ZEITSCHRIFT

für

MEDIZINAL-BEAMTE.

Zentralblatt für gerichtliche Medizin und Psychiatrie, für ärztliche Sachverständigenthätigkeit in Unfall- und Invaliditätssachen, sowie für Hygiene, öffentliches Sanitätswesen, Medizinal-Gesetzgebung und Rechtsprechung.

Herausgegeben

von

Dr. Otto Rapmund
Reg.- und Geheimer Medizinalrath in Minden.

XIII. Jahrgang. 1900.

Beilage:

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Berlin W.
FISCHER'S MEDIZ. BUCHHANDLUNG.
H. Kornfeld.

Inhalt.

I. Rechtsprechung.

1. Entscheidungen des Reichsgerichts.

Seite.

1898. 22. Dez.: Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges für die Geltendmachung der Gebührenforderung des in einem gerichtlichen Verfahren zugezogenen Sachverständigen. Unanwendbarkeit landesgesetzlicher Bestimmungen über die Verfolgung der den Beamten aus ihrem Dienstverhältniss zustehenden Ansprüche auf die nach besonderen Taxvorschriften zu berechnenden Sachverständigengebühren der Gerichtsärzte 37

1899. 18. Jan.: Die Kosten, welche durch Arbeiten erwachsen, die zur Vorbereitung des von einem Sachverständigen zu erstattenden Gutachtens erforderlich werden, braucht die zum Armenrecht zugelassene Partei nicht zu tragen 45

„ 27. Febr.: Mittel gegen Sommersprossen sind nicht als Heil-, sondern als kosmetische Mittel anzusehen. Quecksilberhaltige Farbstifte dürfen nach §. 3 des Gesetzes vom 5. Juli 1867 zu kosmetischen Zwecken nicht feilgehalten und verkauft werden 41

„ 22. März: Anpreisung von Eisen-Somatose. Ist diese ein Heilmittel oder nur ein Kräftigungsmittel? Begriff Geheimmittel 42

„ 12. April: Recht der Parteien, dem Sachverständigen Fragen vorlegen zu lassen; bezügliche Anträge müssen in unmittelbarer Verbindung mit der Vernehmung des Sachverständigen gestellt werden 45

„ 2. Juni: Die von einer Polizeibehörde getroffene Anordnung, dass vorläufig festgenommene und in Polizeihaft gebrachte Personen den sog. Bertillon'schen Messungen zu unterwerfen seien, liegt innerhalb der allgemeinen Zuständigkeit dieser Behörde; die im einzelnen Falle mit der Ausführung dieser Anordnung befassten Beamten befinden sich somit dabei in der rechtmässigen Ausübung ihres Amtes 41

„ 5. „ : Bedeutung des Ausdrucks: „der blosse Zusatz von Rosinen" in §. 4, Abs. 3 des Gesetzes, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken vom 20. April 1892 (R.-G.-Bl. S. 297). . . 40

„ 21. Sept.: Eine Beleidigung gegen einen Beamten, die sich auf ein von diesem als Sachverständigen in einem Zivilpro-

Seite.

zesse abgegebenes Gutachten bezieht, liegt im Sinne des §. 196 Str.-G.-B. nicht vor, wenn dieses Gutachten nicht in amtlicher Eigenschaft abgegeben, sondern der Beamte nur mit Rücksicht auf seine Berufserfahrungen als Sachverständiger zugezogen ist . . . 25

1899. 3. Okt.: Schriftliche Gutachten von Fachbehörden, deren Einholung nicht den in den §§. 367 Z.-Pr.-O. enthaltenen Vorschriften entsprechen, sind gleichwohl vom Richter zu berücksichtigen. Begriff „Unfall" im Sinne einer Privat-Unfallversicherung. Ursächlicher Zusammenhang des Todes mit einem solchen, wenn eine innere Erkrankung die Ursache zu dem todtbringenden Unfall gegeben hat 167

„ 10. „ : §. 279 Str.-G.-B. findet auch dann Anwendung, wenn ein objektiv unrichtiges ärztliches Zeugniss der in §. 278 bezeichneten Art nicht wider besseres Wissen ausgestellt ist 26

„ 24. „ : Begriff des Ausdrucke „Im Wiederholungsfalle" im §. 14 Abs. 2 des Gesetzes, betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz u. deren Ersatzmitteln vom 15. Juni 1897 105

„ 5. Dez.: Begriff der Unbescholtenheit 87

„ 21. „ : Begriff „Vollmilch", entrahmte Milch, Mischmilch . . . 155

„ 22. „ : Ein Gefängnissarzt ist nicht Beamter; der §. 16a des Strafgesetzbuches, betreffs Verletzung der Amtspflicht, findet auf ihn daher nicht statt 143

„ 29. „ : Berechtigung des polizeilichen Zwanges zur Anschliessung an die kommunale Wasserleitung 96

1900. 19. Jan.: In der Gebühr für schriftliche Gutachten (§. 3 Nr. 6 des des Gesetzes vom 9. März) ist diejenige für die gewöhnliche zuvorige Untersuchung eingeschlossen; nicht aber diejenige für die längere Beobachtung . . . 87

„ 22. „ : Bestrafung eines Kurpfuschers wegen fahrlässiger Körperverletzung 135

„ 15. Febr.: Fahrlässige Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange durch Anfahren seitens eines Radfahrers 144

„ 16. „ : Fahrlässige Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange durch Verabreichen einer übermässigen Menge Alkohols 144

„ 22. „ : Der Medizinalbeamte in Preussen ist nicht berechtigt, bei Revision der Drogenhandlungen vorschriftswidrig feilgehaltene Arzneimittel ohne Zuziehung der Ortspolizei mit Beschlag zu belegen . . . . . 145 u. 243

„ 23. „ : Schadenersatzanspruch gegen einen Arzt 123

„ 6. März: Ein Sachverständiger kann für das Hauptverfahren nicht deshalb abgelehnt werden, weil er im Vorverfahren gehört worden ist 243

„ 19. „ : Krankhafte Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des §. 51 des Strafgesetzbuchs bei einem degenerirten Trinker 145

„ 18. Mai: Unter einem Zeugnisse über den Gesundheitszustand eines Menschen ist nicht nur die Bezeugung unmittelbar wahrnehmbarer Thatsachen, sondern auch die sachverständige Würdigung dieser Thatsachen in ihren Folgen für die Gesundheit zu verstehen 235

„ 28. „ : Begriff „Nahrungsmittel" im Sinne des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1879 (R.-G.-Bl. S. 149); Hefe fällt darunter 244

„ 16. Juni: Bestrafung eines Kurpfuschers wegen unlauteren Wettbewerbs 179

„ 16. „ : 1. Der Begriff des „Annehmens" eines Titels etc. im Sinne des §. 300 Nr. 8 Str.-G.-B. setzt stets eine eigene Thätigkeit des Annehmenden voraus und kann nicht in der blossen Duldung der Anrede von Seiten

Seite.

Anderer gefunden werden. — 2. „Ueberlassen“ von Gift oder Arzneien an Andere im Sinne des §. 367 Nr. 3 Str.-G.-B. liegt nicht vor, wenn die gedachten Stoffe bei der Behandlung von Patienten verwendet werden 245

1900. 10. Juli: Stempelpflicht bei Verleihung des Titels Sanitätsrath . 227

---

2. Entscheidungen des Königl. Preussischen Kammergerichts, sowie anderer Preussischer Oberlandesgerichte und Landgerichte.

1899. 19. Jan.: Ein Sachverständiger, der in Folge eines Beweisbeschlusses ein schriftliches Gutachten eingereicht hat, kann nicht noch abgelehnt werden, weil das Gericht eine Ergänzung dieses Gutachtens für erforderlich erachtet und zu diesem Zweck seine nochmalige Vernehmung anordnet (Kammergericht) 95

„ 19. März: In Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung sind die Medizinalbeamten berechtigt, Gebühren für die im ortspolizeilichen Interesse ausgeführten Verrichtungen gemäss §. 1, Ab. 1 des Gesetzes vom 9. März 1872 zu beanspruchen (Landgericht Potsdam) [Siehe auch die Entscheidung des Kammergerichts vom 26. Juni 1900, S. 168] 96

„ 3. Juli: Untersuchung des Fleisches am Verkaufsorte (Kammergericht) 68

„ 6. Dez.: Verbot des Verkaufs von Aether und Aetherweingeist in Apotheken (im Handverkauf) und Drogenhandlungen zu Genusszwecken (Landgericht Memel) . . . . . 112 (Hauptblatt)

1900. 2. Febr.: Die Gewährung von Tagegeldern und Terminsgebühr für denselben Tag ist unzulässig (Oberlandesgericht Breslau) 65

„ 22. „ : Rechtsgültigkeit der Königl. Verordnung vom 22. Februar 1900 betreffend die Führung der mit akademischen Graden verbundenen Titel. Führung des amerikanischen Doktortitels ist ohne ministerielle Genehmigung unstatthaft (Kammergericht) 146

„ 3. März: Belästigungen durch das mit dem Betriebe eines Petroleummotors verbundene Eindringen von Gestank u. s. w. auf die benachbarten Grundstücke (Landgericht Neisse) 237

„ 7. Mai: Ein Arzt ist zur Abgabe von dem freien Verkehr überlassenen Heilmitteln berechtigt (Kammergericht) . 375 (Hauptblatt)

„ 31. „ : Die forstwirthschaftliche Berufsgenossenschaft ist, obwohl sie von der Königlichen Regierung vertreten wird, eine nichtstaatliche Person und demnach ein selbstständiges Subjekt des Privatrechts. Eine im Auftrage derselben von dem Regierungs- und Medizinalrath vorgenommene Untersuchung eines Unfallverletzten charakterisirt sich nicht als unentgeltliche amtliche Thätigkeit, sondern ist gebührenpflichtig (Landgericht Bielefeld) 169

„ 31. „ : Aerztliche Standesvereine, die sich auch mit der Erörterung von Honorarfragen beschäftigen, fallen unter das Vereinsgesetz (Kammergericht) . . . . . 374 (Hauptblatt)

„ 26. Juni: In Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung sind die Medizinalbeamten berechtigt, Gebühren für die im ortspolizeilichen Interesse ausgeführten Verrichtungen gemäss §. 1, Abs. 1 des Gesetzes vem 9. März 1872 zu beanspruchen (Kammergericht) 168

Seite.

1900. 11. Aug.: Bei einem gemeinschaftlichen, von mehreren Aerzten abgegebenen Gutachten steht, abgesehen von den Fällen, in denen es sich um ein Gutachten über den Gesundheitszustand eines Menschen handelt, nicht jedem derselben die volle Gebühr des §. 6 des Gesetzes vom 9. März 1972 zu, sondern nur allen zusammen diese Gebühr bis zum Höchstbetrage von 24 Mark (Oberlandesgericht Köln) 207

„ 29. „ : Ueberlassen von nicht freigegebenen Arzneimitteln seitens eines Kassenarztes an Kassenmitglieder (Oberlandesgericht Breslau) 208

„ 17. Sept.: Apotheker haben nicht die Berechtigung zur Ankündigung von Geheimmitteln, falls diese polizeilich verboten ist (Kammergericht) 210

„ 24. „ : Der Apotheker kann für Mängel, die sich bei der Apothekenrevision ergeben haben, strafrechtlich verantwortlich gemacht werden (Kammergericht) 218

„ 3. „ : Berechtigung des Medizinalbeamten auf Gebühren für die Verwaltung sanitätspolizeilicher Geschäfte im ortspolizeilichen Interesse in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung (Landgericht Köln) 236

„ 15. Okt.: Apparate (Panaxora und Oxydonor victory) sind keine Geheimmittel (Kammergericht) 215

„ 1. Nov.: Begriff „Zuverlässig bekannte Personen“ im Sinne des Giftgesetzes (Kammergericht) 229

„ 19. „ : Oeffentliches Ankündigen von Geheimmitteln durch Broschüren (Kammergericht) 246

---

3. Entscheidungen von Oberlandesgerichten und Landgerichten anderer deutscher Bundesstaaten.

1899. 18. April: Zusatz von Schwefelsäuranhydrat zu Hackfleisch. Als Maassstab für die Schädlichkeit derartigen Fleisches gilt nicht der Gesundheitszustand der Allgemeinheit, sondern derjenigen Personenkreise, für die jenes als besonderes Nahrungs- und Genussmittel dienen soll (Oberlandesgericht Jena) 1

„ 10. Aug.: Anpreisung von Eucalyptusbonbons als Geheimmittel. Mittel gegen üblen Geruch im Munde sind als solche zur Heilung von Krankheiten anzusehen (Oberlandesgericht Dresden) 13

„ 28. Sept.; Bestrafung eines Kurpfuschers wegen fahrlässiger Körperverletzung (Landgericht Mainz) 135

1900. 31. März: Bestrafung eines Kurpfuschers wegen unlauteren Wettbewerbs (Landgericht Bautzen) 179

„ 9. Okt.: Auch eine von Laien verschriebene Verordnung ist als Rezept im Sinne der bayerischen Apothekenbetriebsordnung vom 19. März 1895 anzusehen (Oberlandesgericht München) 229

---

4. Entscheidungen des Königl. Preuss. Oberverwaltungsgerichts.

1899. 21. Febr.: Die Schliessung einer gesundheitsschädlichen Wasserleitung ist Sache der Ortspolizei. Dieselbe ist auch zulässig, wenn ein nachweisbarer gesundheitlicher Schaden durch den Gebrauch des Wassers nicht beobachtet ist 112

„ 28. März: Untersagung des Lagerns von Dünger zum Schutze einer Wasserversorgungsanstalt 114

„ 1. Dez.: Der Staat ist bei eigener Verwaltung der Gesundheitspolizei in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung

Seite.

nicht verpflichtet, dem Medizinalbeamten Gebühren für Amtsverrichtungen im ortspolizeilichen Interesse zu zahlen 97

1899. 15. Dez.: Die Polizeibehörde kann die Beseitigung eines Brunnens mit gesundheitsschädlichem Wasser verlangen und braucht sich nicht mit der vom Eigenthümer angebrachten Aufschrift: „Kein Trinkwasser“ oder mit Anschliessung des Pumpenschwengels zu begnügen . 123

1900. 10. Jan.: Polizeiliches Einschreiten aus sanitären Gründen gegen privilegirte Abdeckereien 199

„ 24. „ : Versagung der Erlaubniss zur Errichtung einer Privatkrankenanstalt wegen mangelhafter Beschaffenheit der Räume 207

„ 14. März: Arztähnlicher Titel (Spezialist für Zahnersatz u. s. w.) . 146

„ 14. „ : „Professeur honoraire à la chaire de thérapeutique magnetique“ ist kein mit akademischen Graden verbundener arztähnlicher Titel 146

„ 25. April: Verbot des Feilhaltens von Druckschriften („Die Grundursache der meisten chronischen Krankheiten, besonders des weiblichen Geschlechts“) im Umherziehen . 200

„ 9. Mai: Gesundheitsgefährliches Geräusch beim Auf- und Abladen sowie Bearbeiten von Eisenwaaren 201

„ 27. Juni: Wann ist die zur Bekämpfung einer ansteckenden Krankheit dienende polizeiliche Thätigkeit eine landes- oder ortspolizeiliche 246

„ 10. Okt.: Polizeiliche Untersagung der Benutzung einer Kegelbahn nach 10 Uhr Abends wegen Störung der Nachtruhe der Anwohner 248

„ 20. „ : Untersagung des Handels mit Arzneiwaaren und Drogen 229

5. Entscheidungen von Verwaltungsgerichtshöfen anderer deutscher Bundesstaaten.

1898. 26. Juli: Auch berufliche Verfehlungen können unter Umständen als Verfehlungen gegen die Sittlichkeit sich darstellen und die Entziehung des Hebammenzeugnisses begründen (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof) . . . 103

II. Medizinalgesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

1899. 26. Okt.: Eisenbahnbetriebsordnung 1

„ 18. Dez.: Beschränkung der Einfuhr aus Südamerika wegen Pestgefahr 3

1900. 6. Febr.: Einrichtung und Betrieb der Zinkhütten 46

„ 14. März: Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten 88

„ 3. Juni: Schlacht- und Fleischbeschau-Gesetz 156

„ 30. „ : Gesetz betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten 146

„ 30. „ : Verbot der Einfuhr von Fleischkonserven, Würsten und sonstigen Gemengen und zerkleinertem Fleisch . . 171

„ 4. Juli: Ein- und Durchfuhrbeschränkungen zur Abwehr von Cholera- und Pestgefahr 153

„ 9. Juli: Inkraftsetzung der im §. 154 Abs. 3 der Gewerbeordnung getroffenen Bestimmung 182

„ 18. „ : Ausführungsbestimmungen des Bundesraths über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb 183

			Seite.
1900.	1. Okt.:	Vereinbarung der betheiligten deutschen Bundesregierungen über die medizinische Doktorpromotion . .	230
„	6. „ :	Vorläufige Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze, betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 (R.-G.-Bl. S. 306)	215

B. Königreich Preussen.

1. Ministerialerlasse.

1899.	11. Okt.:	Vergütung an die Medizinalbeamten für ortspolizeiliche Verrichtungen in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung	66
„	25. Nov.:	Aerztliche Ehrengerichte, das Umlagerecht und die Kassen der Aerztekammern	3
„	27. „ :	Vertrieb der als Kinderspielzeug dienenden Bleisoldaten	14
„	7. Dez.:	Die venerischen Krankheiten als Unterrichtsgegenstand bei der Ausbildung der Hebammen, sowie als Prüfungsgegenstand bei den Nachprüfungen derselben .	14
„	15. „ :	Arzneitaxe	11
„	19. „ :	Erhöhung der Verpflegungssätze für die in der Station für Schutzimpfungen gegen Tollwuth aufzunehmenden Personen	11
„	20. „ :	Mitwirkung der Medizinalbeamten in dem Verfahren bei der Errichtung und Veränderung gewerblicher Anlagen, sowie bei Konzessionirung von Privat-Kranken- u. s. w. Anstalten	29
„	21. „ :	Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze, betr. die ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagerecht und die Kassen der Aerztekammern	26
„	27. „ :	Herstellung von Konservebüchsen unter Verwendung bleihaltiger Löthmasse	42
1900.	4. Jan.:	Eintragungen der ärztlichen Verordnungen in das Rezeptbuch ist in den Apotheken nicht mehr erforderlich .	15
„	5. Febr.:	Allgemeine Beeidigung von Sachverständigen für gerichtliche Angelegenheiten	100
„	14. „ :	Versand von Asche der in Krematorien verbrannten Leichen	66
„	20. „ :	Bezeichnung der Standgefässe für Migränin in den Apotheken, sowie Zahl und Art der im Laboratorium und auf der Materialkammer vorräthig zu haltenden Waagen und Gewichte	53
„	24. „	Vereidigung der Hebammen. Aushändigung ihres Prüfungszeugnisses durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission im Anschluss an die bestandene Prüfung	108
„	27. „	Abgabe von zusammengesetzten Tabletten in Apotheken	67
„	27. „ :	Verhütung der Schälblasen	94
„	28. „ :	Ausführungsvorschriften zum Impfgesetz	67
„	28. „ :	Mittheilung der Bezirksausschüsse über die Einleitung des Verfahrens auf Zurücknahme der ärztlichen Approbation an die ärztlichen Ehrengerichte	108
„	31. März:	Adressirung von Postsendungen nach Berlin	101
„	6. April:	Geschäftsordnung für die ärztlichen Ehrengerichte und den ärztlichen Ehrengerichtshof	104
„	9. „ :	Verfälschte Muskatnüsse	109
„	5. Mai:	Die auf einer nichtpreussischen Universität im Deutschen Reiche erworbene medizinische Doktorwürde ist der auf preussischen Universitäten ertheilten als gleichstehend für die Zulassung zur staatsärztlichen Prüfung zu erachten	104
„	15. „ :	Benutzung von Flachgefässen in Verkaufsräumen als Unterlagen für Margarine	160

			Seite.
1900.	21. Mai:	Bissverletzungen der Menschen von tollwuthkranken Thieren sowie Ergebnisse der Schutzimpfung gegen Tollwuth	124
„	25. „ :	Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes	126
„	29. „ :	Grundsätze für die Regelung des Milchverkehrs	191
„	5. Juni:	Uebersicht über die Verhältnisse aller Anstalten für Geisteskranke	153
„	7. „ :	Ersatz der mit Réaumur-Skalen versehenen Thermometer durch 100theilige nach Celsius	141
„	12. „ :	Oelpissoirs	161
„	13. „ :	Untersuchung und Impfung ausländischer Arbeiter	142
„	22. „ :	Ausbildung von Wochenbettpflegerinnen	192
„	30. „ :	Aufbewahrung von Gläsern mit homöopathischen Arzneimitteln in Schiebladen mit abgetheilten Fächern	161
„	6. Juli:	Aerztliche Standesordnungen	186
h	10. „ :	Aerztliche und spezialärztliche Fürsorge für die Zöglinge der Taubstummenanstalten. Fortbildungskurse für die Aerzte an diesen Anstalten	171
„	26. „ :	Anlage, Bau und Einrichtung von öffentlichen und Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irren-Anstalten	202
„	10. Aug.:	Begleitpersonal bei Ueberführung weiblicher Kranken in Irren- u. s. w. Anstalten	194
„	13. „ :	Die Bestimmungen über die Benutzung der Kleinbahnen bei Dienstreisen der Staatsbeamten finden vorläufig auf die Dienstreisen der Medizinalbeamten keine Anwendung	210
„	17. „ :	Tuberkulose-Merkblatt	194
„	22. „ :	Kontrole der sittenärztlichen Untersuchung der Prostituirten durch die Medizinalbeamten	231
„	30. „ :	Verkehr mit verfälschtem und nachgemachtem Honig	219
„	5. Sept.:	Herstellung und Verkauf von Trinkbranntweinen	205
„	13. Nov.:	Zulassung von privaten Anstalten zur Gewinnung von Thierlymphe	249

2. Verfügungen und Polizeiverordnungen in den einzelnen Regierungsbezirken.

1899.	8. Febr.:	Vorräthighalten und unentgeltliche Abgabe von Arzneimitteln seitens der Gemeindeschwestern (Reg.-Bez. Danzig)	15
„	3. Mai:	Schulschliessung bei ansteckenden Krankheiten (Reg.-Bez. Potsdam)	53
„	14. Nov.:	Verkehr mit frischer Kuhmilch (Reg.-Bez. Sigmaringen)	16
„	23. „ :	Impfung der Schulkinder (Reg.-Bez. Potsdam)	48
„	27. „ :	Ausstellung von amtsärztlichen Attesten und Gutachten zu privatem Gebrauche sowie für nicht im Kreise der betreffenden Medizinalpersonen wohnende Personen (Reg.-Bez. Aachen)	31
„	20. Dez.:	Ausbildung von Desinfektoren. Beschaffung von Desinfektionsapparaten und deren Prüfung. Desinfektion mittelst Formaldehyd (Reg.-Bez. Aurich)	73
„	22. „ :	Gegenseitige Mittheilung von Wochenbettfieber-Erkrankungen zwischen den benachbarten Medizinalbeamten (Reg.-Bez. Trier)	116
1900.	1. Jan.:	Verbot des Anpreisens und öffentlichen Auslegens von Gegenständen, Mitteln, Einrichtungen und Methoden zur Verhütung der Empfängniss oder zur Beseitigung von Geschlechtskrankheiten (Polizeipräsidium Berlin)	15
„	29. „ :	Mikroskopische Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen (Reg.-Bez. Münster)	73
„	15. Febr.:	Müllabfuhr (Reg.-Bez. Potsdam)	126

		Seite.
1900. 16. Juni:	Beurtheilung der Beziehbarkeit neuerbauter Häuser und der gesundheitsgefährlichen Beschaffenheit von Wohnungen in alten Gebäuden (Reg.-Bez. Bromberg) . .	102
„ 24. „ :	Bekämpfung der Granulose (Reg.-Bez. Minden)	109
„ 27. März:	Ausführung der Impfvorschriften (Reg.-Bez. Trier) . .	116
„ 5. Mai:	Ausübung des Frisier-, Barbier- und Haarschneidegewerbes (Reg.-Bez. Danzig)	130
„ 8. „ :	Massregeln beim Schlachten von Vieh (Reg.-Bez. Arnsberg)	161
„ 23. „ :	Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Unterleibstyphus (Reg.-Bez. Arnsberg)	162
„ 23. „ :	Verunreinigung von Trinkwasserleitungen (Reg.-Bez. Potdam)	233
„ 30. „ :	Anmeldung des Heilpersonals (Reg.-Bez. Stralsund) . .	187
„ 8. Juni:	Anzeigepflicht bei Lungen- und Kehlkopftuberkulose [Schwindsucht] (Reg.-Bez. Trier)	194
„ 8. „ :	Desinfektion beim Auftreten ansteckender Krankheiten (Reg.-Bez. Trier)	195
„ 15. Juni:	Hebammen-Gebühren-Ordnung (Reg.-Bez. Oppeln) . .	165
„ 18. Juli:	Transport von Fleisch (Polizeipräsidium Berlin) . . .	187
„ 10. Aug.:	Beaufsichtigung der beruflichen Thätigkeit der Hebammen (Reg.-Bez. Lüneburg)	239
„ 11. „ :	Taxe für die Bezirkshebammen (Reg.-Bez. Magdeburg) .	212
„ 21. „ :	Anmeldepflicht für Aerzte und Apotheker (Reg.-Bez. Magdeburg)	212

C. Königreich Bayern.

1899. 17. Dez.:	Ausführungsbestimmungen zum Impfgesetz	67
1900. 22. Juni:	Verkehr mit Arznei- oder Geheimmitteln. Polizeiliche Beaufsichtigung des Wohnungswesens. Ergänzung und Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches für das Königreich Bayern vom 26. Dezember 1871	166
„ 14. Juli:	Verhandlungen der Aerztekammern im Jahre 1899 . .	175

D. Königreich Sachsen.

1899. 28. Nov.:	Anmeldepflicht der an staatlichen Anstalten angestellten Aerzte gegenüber dem Bezirksarzt. Welche Aerzte sind als beamtete Aerzte bei Ausstellung von Zeugnissen anzusehen?	196
1899. 14. Dez.:	Ausführungsbestimmungen zum Impfgesetz	67
1900. 19. März:	Gebührenordnung für Aerzte, Chemiker, Pharmazeuten und Hebammen bei gerichtlich-medizinischen und medizinalpolizeilichen Verrichtungen	118
„ 9. April:	Abänderung des Geschäftsregulativs für das Landes-Medizinal-Kollegium	122
„ 10. Juli:	Errichtung einer fünften Kreishauptmannschaft in Chemnitz	196
„ 29. Sept.:	Bekämpfung der Tuberkulose der Menschen	234

E. Königreich Württemberg.

1899. 18. Nov.:	Betrieb und Ueberwachung der Privatirrenanstalten . .	17
„ 6. Dez.:	Ausführungsbestimmnngen zum Reichsimpfgesetz . . .	67
„ 27. „ :	Sportel-Tarif	49
1900. 21. April:	Die Vornahme medizinalpolizeilicher Visitationen bei den Gelehrten- und Realschulen	197
„ 10. Juli:	Verkehr mit Arzneimitteln ausserhalb der Apotheken .	188
„ 18. „ :	Vollzug des Reichsgesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten	197
„ 1. Aug.:	Verkehr mit Giften.	206

Seite.

F. Grossherzogthum Baden.

1899. 28. Okt.: Massregeln gegen die Pest nebst Belehrung über das Wesen und die Verbreitungsweise der Pest 12
„ 7. Dez.: Besichtigung der Apotheken 22

G. Grossherzogthum Hessen.

1899. 15. Nov.: Ausführungsbestimmungen zum Gesetze betreffend die Feuerbestattung 50
„ 30. Dez.: Gebührenordnung für approbirte Aerzte und Zahnärzte 56
1900. 22. Jan.: Gebühren der Kreisärzte und Kreisassistenzärzte . . . 54
„ 16. Okt.: Besichtigung von Fabrikanlagen 249
„ 26. „ : Ausführung des Gesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 250

H. Grossherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

1899. 20. Dez.: Ausführungsbestimmungen zum Impfgesetz 67
„ 22 „ : Führung des Rezeptbuches in den Apotheken 12
1900. 23. Juni: Verhütung der Einschleppung der ägyptischen Augenkrankheit 241

I. Grossherzogthum Oldenburg

1899. 13. Dez.: Rabattvergütung der Apotheker 12

K. Herzogthum Braunschweig.

1900. 21. Mai: Verwaltung von Apotheken 190

L. Fürstenthum Schaumburg-Lippe.

1900. 20. März: Abänderung der Polizeiverordnung vom 19. August 1897, die Einführung einer obligatorischen Trichinenschau betreffend 102
„ 27. Juni: Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen 175
„ 27. „ : Schliessung der Schulen bei ansteckenden Krankheiten . 178

M. Freie Stadt Hamburg.

1899. 29. Dez.: Hebammen-Ordnung 43
„ 29. „ : Neue Medizinal-Ordnung 91
1900. 10. Mai: Vorsichtsmassregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch Barbiere und Friseure 130
„ 1. Juni: Ankündigung von nicht approbirten, mit Ausübung der Heilkunde sich befassenden Personen 131
„ 1. „ : Regelung des Irrenwesens 132

N. Elsass-Lothringen.

1899. 4. Okt.: Untersuchung der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen 75
1900. 9. April: Berechtigung der Drogisten, sich als Apotheker zu bezeichnen 178
„ 14. Juli: Ausbildung der Apothekerlehrlinge 213

Sach-Register.

Abdeckereien, privilegirte, polizeiliches Einschreiten gegen dieselben aus sanitären Gründen (Rechtsprechung) 199.
Ablehnung eines Sachverständigen, der ein schriftliches Gutachten eingereicht hat und nochmals vernommen werden soll, ist nicht zulässig (Rechtspr.) 95.
Adressirungen von Postsendungen nach Berlin (Preussen) 101.
Aerzte und Zahnärzte, approbirte, deren Gebühren (Hessen) 56.
Aerztekammern, deren Umlagerecht und Kassen (Preussen) 3, 36; Verhandlungen derselben im Jahre 1899 (Bayern) 175.
Aerztliche Verordnung, deren Eintragung in das Rezeptbuch ist nicht mehr erforderlich (Preussen) 15.
Alkohol, fahrlässige Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange durch Verabreichung einer zu grossen Gabe davon (Rechtsprechung) 144.
Ankündigen, Verbot des Ankündigens von Geheimmitteln [Rechtspr.], Hauptblatt 310; durch Broschüren (Rechtsprechung) 246; s. auch Geheimmittel.
Anmeldepflicht, der an staatlichen Anstalten angestellten Aerzte gegenüber dem Bezirksarzte (Sachsen) 196; für Aerzte und Apotheker (Koblenz) 212.
Ansteckende Krankheiten, s. Krankheiten.
Apotheken, Führung des Rezeptbuches in ihnen (Mecklenb.-Schwerin) 12, (Preussen) 15; deren Besichtigung (Hessen) 22 und Verwaltung (Braunschweig) 190.
Apothekenbesitzer, Bestrafung auf Grund des §. 367 Nr. 5 St.-G.-B. wegen Mängel, die sich bei den Apothekenbesichtigungen ergeben [Rechtspr.], Hauptblatt 375 und Beilage 215; Verbot der Ankündigung von Geheimmitteln, Hauptblatt 310.
Apotheker, Rabattgewährung den Armen gegenüber (Oldenburg) 12; Berechtigung der Drogisten, sich als solche zu bezeichnen (Elsass-Lothringen) 178.
Apothekerlehrlinge, deren Ausbildung (Elsass-Lothringen) 213.
Apparate (Panaxora u. Oxydonor victory) sind keine Geheimmittel (Rechtspr.) 215.
Arbeiter, ausländische, deren Untersuchung und Impfung (Preussen) 142; jugendliche und Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb (Deutsches Reich) 183.
Armenrecht, bei dessen Gewährung ist eine Hinterlegung der Kosten für die Vorbereitung eines Gutachtens nicht erforderlich (Rechtsprechung) 45.
Arzneien, nicht freigegebene, Ueberlassen derselben an Andere seitens eines Arztes [Rechtspr.], Hauptblatt 375, an Kassenmitglieder seitens eines Kassenarztes (Rechtsprechung) 208, 245; Untersagung des Handels damit (Rechtsprechung) 226; Verkehr damit ausserhalb der Apotheken (Württemberg) 138; deren unentgeltliche Abgabe durch Gemeindeschwestern (Danzig) 17; homöopathischer, deren Aufbewahrung (Preussen) 161.
Arzneitaxe für 1900 (Preussen) 11.
Arzt, Schadenersatzanspruch gegen diesen (Rechtsprechung) 125 u. Hauptblatt 172; Abgabe von Arzneimitteln (Rechtsprechung) 208, 245 und Hauptblatt 375.
Atteste, amtsärztliche, zu privatem Gebrauche (Preussen) 31.

Barbiergewerbe, dessen Ausübung (Danzig) 130, (Hamburg) 130.
Beamten, Beleidigung desselben liegt nicht vor, wenn er wegen eines in nicht amtlicher Eigenschaft abgegebenen Gutachtens angegriffen wird (Rechtspr.) 25.
Begleitpersonal, bei Ueberführung weiblicher Kranker in Irrenanstalten (Preussen) 194.
Bertillon'sche Messungen an vorläufig festgenommenen und in Polizeihaft gebrachten Personen ist die Polizei anzuordnen befugt (Rechtsprechung) 40.
Beschlagnahme von Heilmitteln in Drogenhandlungen steht nur der Ortspolizeibehörde, nicht aber den Medizinalbeamten zu (Rechtsprechung) 145 u. 243.
Besichtigung, amtliche, der Apotheken (Hessen) 22; medizinalpolizeiliche in den Gelehrten- und Realschulen (Württemberg) 197.

Beziehbarkeit von Häusern und Wohnungen, deren Beurtheilung (Bromberg) 102.
Bezirksausschuss, dessen Verpflichtung zur Mittheilung über die Einleitung des Verfahrens auf Zurücknahme der ärztlichen Approbation an die ärztlichen Ehrengerichte (Preussen) 108.
Bezirkshebammen, deren Taxe (Oppeln) 165, (Magdeburg) 212.
Bleisoldaten, bemalte, sind nicht gesundheitsgefährlich (Preussen) 14.
Brunnen, deren Beseitigung durch die Polizei (Rechtsprechung) 123.

Chemnitz, Errichtung einer Kreishauptmannschaft daselbst (Sachsen) 196.
Choleragefahr, deren Abwehr (Rechtsprechung) 123.

Desinfektion, mittels Formaldehyd (Aurich) 73, beim Auftreten ansteckender Krankheiten (Trier) 195, bei Pest (Deutsches Reich) 218.
Desinfektoren, deren Ausbildung (Aurich) 73.
Doktorwürde, medizinische, in deutschen Bundesstaaten erworbene, ist gleichwerthig der preussischen für die amtsärztliche Prüfung (Preussen) 104, 186; Vereinbarungen der betheiligten deutschen Regierungen über Erlangung derselben (Deutsches Reich) 230.
Drogisten, deren Berechtigung, sich als Apotheker zu bezeichnen (Elsass-Lothringen) 178.
Druckschriften, Verbot des Feilhaltens unsittlicher im Umherziehen (Rechtsprechung) 200.

Ehrengerichte, ärztliche, in Preussen (Preussen) 3, 26, 104, 108.
Einfuhr-Beschränkungen wegen Pestgefahr (Deutsches Reich) 3, 202.
Eisenbahnbetriebsordnung (Deutsches Reich) 1.
Eisenbahnverkehr, Massnahmen in Pestzeiten (Deutsches Reich) 223.
Eisensomatose, ein Geheimmittel (Rechtsprechung) 42.
Empfängniss, Verbot der Ankündigung von Mitteln zu dessen Verhütung (Berlin) 15.
Entbindungsanstalten, öffentliche und private, Anlage, Bau und Einrichtung (Preussen) 202.
Eukalyptusbonbons, deren Anpreisung als Geheimmittel, als Mittel gegen üblen Geruch im Munde (Rechtsprechung) 13.

Fachbehörden, ärztliche, Berücksichtigung der schriftlichen Gutachten seitens des Richters (Rechtsprechung) 167.
Feilhalten, dessen Begriff (Rechtsprechung) 41.
Feuerbestattung; Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über diese (Hessen) 50.
Flachgefässe, in Verkaufsräumen als Unterlagen für Margarine (Preussen) 160.
Fleisch, dessen Untersuchung am Verkaufsorte (Rechtsprechung) 65; Transport desselben (Berlin) 187; s. auch Hackfleisch.
Fleischbeschaugesetz (Deutsches Reich) 156.
Fleischkonserven, Verbot der Einfuhr derselben (Deutsches Reich) 171.
Forstwirthschaftliche Berufsgenossenschaft ist eine nichtstaatliche Person; eine in ihrem Auftrage von dem Reg.- und Medizinalrath vorgenommene Untersuchung eines Unfallverletzten ist gebührenpflichtig (Rechtsprechung) 169.
Friseurgewerbe, dessen Ausübung (Danzig) 130, (Hamburg) 130.

Gebühren, gerichtsärztliche, deren Geltendmachung (Rechtsprechung) 37; für die Kreisärzte und Kreisassistenzärzte (Hessen) 54; für die approbirten Aerzte und Zahnärzte (Hessen) 56; für gerichtlich-medizinische und medizinalpolizeiliche Verrichtungen (Sachsen) 118; für sanitäts-polizeiliche Geschäfte im ortspolizeilichen Interesse (Rechtsprechung) 66, 96, 97, 168; für Untersuchungen Unfallverletzter im Auftrage des Forstfiskus (Rechtsprechung) 169; für gemeinschaftliche Gutachten (Rechtsprechung) 207.
Gefängnissarzt ist kein Beamter, der §. 164 St.-G.-B. betreffs Verletzung der Amtspflicht findet daher auf ihn keine Anwendung (Rechtsprechung) 143.
Geheimmittel, Begriff (Rechtsprechung) 42; Verbot der Ankündigung (Hamburg) 132, (Bayern) 166; auch für Apotheker [Rechtspr.], Hauptblatt 310; durch Broschüren (Rechtsprechung) 246.
Geisteskranke, Uebersicht über die Anstalten für solche (Preussen) 153.
Geistesthätigkeit, deren krankhafte Störung nach §. 51 St.-G.-B. bei einem degenerirten Trinker (Rechtsprechung) 145.

Gemeindeschwestern, unentgeltliche Arzneiabgabe durch diese (Danzig) 15.
Geräusch, gesundheitsgefährliches, beim Auf- und Abladen sowie beim Bearbeiten von Eisenwaaren (Rechtsprechung) 201, bei Benutzung von Kegelbahnen (Rechtsprechung) 248.
Geschlechtskrankheiten, Verbot der Ankündigung von Mitteln zu deren Beseitigung (Berlin) 15.
Gesundheitsschädlichkeit eines Nahrungsmittels, Massstab für diese (Rechtsprechung) 1.
Gesundheitszustand eines Menschen, das Zeugniss darüber (Rechtsprechung) 236.
Gewerbliche Anlagen, Mitwirkung der Medizinalbeamten bei deren Konzessionirung (Preussen) 29, (Hessen) 249.
Gewerbeordnungsnovelle (Deutsches Reich) 182.
Gifte, Verkehr damit (Württemberg) 206.
Glasgow, Beschränkungen der Ein- und Durchfuhr dorther (Deutsches Reich) 202.
Granulose, deren Bekämpfung (Minden) 109; Verhütung der Einschleppung derselben (Mecklenburg-Schwerin) 241.
Gutachten, amtsärztliche, zu privatem Gebrauche, Vorsicht bei deren Ausstellung (Preussen) 31; schriftliche, in die Gebühr für diese ist die vorhergehende Untersuchung mit eingeschlossen, nicht aber eine längere Beobachtung (Rechtsprechung) 87; Gebühr für gemeinschaftliche, von mehreren Aerzten abgegebene (Rechtsprechung) 207.

Hackfleisch, Zusatz von Schwefelsäureanhydrat (Rechtsprechung) 1.
Hebammen, Ausbildung und Nachprüfung in Bezug auf venerische Krankheiten (Preussen) 14; Vereidigung (Preussen) 108; Beaufsichtigung ihrer beruflichen Thätigkeit (Lüneburg) 239; Gebührenordnung für Hebammen (Oppeln) 165, (Magdeburg) 212.
Hebammenordnung (Hamburg) 43.
Hebammenprüfungszeugniss, dessen Entziehung (Rechtsprechung) 103.
Hefe, als Nahrungsmittel (Rechtsprechung) 244.
Heilmittel, dessen Begriff (Rechtsprechung) 13, 41, 42.
Heilpersonal, dessen Anmeldepflicht (Stralsund) 187.
Honig, verfälschter und nachgemachter, Verkehr damit (Preussen) 211.

Impfgesetz, Ausführungsverordnung dazu (Preussen, Bayern, Sachsen u. s. w.) 67, (Trier) 116.
Irrenanstalten, öffentliche und private, Anlage, Bau und Einrichtung derselben (Preussen) 202.
Irrenwesen, dessen Regelung (Hamburg) 132.

Kegelbahn, Untersagung deren Benutzung nach 10 Uhr Abends wegen Störung der Nachtruhe der Anwohner (Rechtsprechung) 248.
Kinderspielzeug, bemaltes, aus Blei ist nicht gesundheitsgefährlich (Preussen) 14.
Kleinbahnen, deren Benutzung bei Dienstreisen seitens der Medizinalbeamten (Preussen) 210.
Körperverletzung, fahrlässige, mit tödtlichem Ausgange (Rechtsprechung) 144.
Konservebüchsen mit bleihaltiger Löthmasse (Preussen) 42.
Kosmetische Mittel (Rechtsprechung) 41.
Krankenanstalten, öffentliche und private, deren Anlage, Bau und Einrichtung (Preussen) 202.
Krankenversicherungsgesetz, dessen Abänderung (Preussen) 126.
Krankheiten, ansteckende, Schulschliessung dabei (Potsdam) 53; deren Verbreitung durch die Schulen (Schaumburg-Lippe) 175, 178; gemeingefährliche, Gesetz, betr. deren Bekämpfung (Deutsches Reich) 88, 146; Vollzug desselben (Württemberg) 197, (Deutsches Reich) 215, (Baden) 250; Kosten bei deren Bekämpfung, ob orts- oder landespolizeiliche (Rechtsprechung) 246.
Kreisärzte und Kreisassistenzärzte, deren Gebühren (Hessen) 54.
Krematorien, Versand von Asche der in jenen verbrannten Leichen (Preussen) 60.
Kurpfuscher, Bestrafung wegen fahrlässiger Körperverletzung (Rechtsprechung) 35; wegen unlauteren Wettbewerbes (Rechtsprechung) 179; Schadenersatzanspruch gegen diesen seitens einer Berufsgenossenschaft [Rechtspr.], Hauptbl. 172.
Kurpfuscherreklame, deren Beschränkung (Hamburg) 131.

Landesmedizinalkollegium, Abänderung des Geschäftsregulativs für dasselbe (Sachsen) 122.

Landes- und Ortspolizei, deren Thätigkeit bei Bekämpfung ansteckender Krankheiten (Rechtsprechung) 246.
Lungen- und Kehlkopftuberkulose, Anzeigepflicht derselben (Trier) 194.

Margarine, Flachgefässe bei deren Verkauf (Preussen) 160.
Materialkammer der Apotheken, Waagen und Gewichte daselbst (Preussen) 53.
Medizinalbeamte, deren Mitwirkung bei der Gewerbehygiene (Preussen) 29, (Hessen) 249; Ausstellung amtsärztlicher Atteste in Privatsachen (Preussen) 31; Vergütung für ortspolizeiliche Verrichtungen in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung (Preussen) 66, 96, 97, 168, 236; s. auch Gebühren.
Medizinalordnung, neue (Hamburg) 31.
Migränin, Bezeichnung der Standgefässe in den Apotheken (Preussen) 53.
Milch, entrahmte und Mischmilch, Begriff derselben (Rechtsprechung) 155; Verkehr damit (Sigmaringen) 16, (Preussen) 191.
Motorbetrieb, Werkstätten mit demselben, Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen darin (Deutsches Reich) 183.
Müllabfuhr (Potsdam) 126.
Muskatnüsse, verfälschte (Preussen) 109.

Nahrungsmittel, dessen Begriff im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes (Rechtsprechung) 244.

Oelpissoirs (Preussen) 161.
Ortspolizei s. Landespolizei.

Pest, Beschränkung der Einfuhr (Deutsches Reich) 3, 153; Massregeln gegen dieselbe (Baden) 12, (Deutsches Reich) 215; in Bezug auf das Arbeiten und den Verkehr mit ihren Erregern (Deutsches Reich) 221; in Bezug auf den Eisenbahnverkehr (Deutsches Reich) 223.
Petroleummotor, Belästigung der Nachbarschaft durch dessen Gestank (Rechtsprechung) 237.
Polizeiverwaltung, königliche, Vergütung an Medizinalbeamte in Städten mit einer solchen (Preussen) 66, (Rechtsprechung) 96, 97, 168, 236.
Privatanstalten zur Gewinnung von Thierlymphe, deren Zulassung (Preussen) 249.
Privatirrenanstalten, Betrieb und Ueberwachung derselben (Württemberg) 17.
Privatkrankenanstalt, Bau, Einrichtung und Betrieb derselben (Preussen) 202; Versagung der Konzession wegen Mängel der Räume (Rechtsprechung) 207; Begriff derselben (Rechtsprechung) 228.

Quecksilberhaltige Farbstifte dürfen zu kosmetischen Zwecken nicht feilgehalten oder verkauft werden (Rechtsprechung) 41.

Rabatt, dessen Gewährung seitens der Apotheker (Oldenburg) 12.
Reklame der Kurpfuscher, Einschränkung derselben (Hamburg) 131.
Rezept, auch eine von Laien verschriebene Verordnung ist als solches im Sinne der bayerischen Apothekenbetriebsordnung anzusehen (Rechtsprechung) 229.
Rezepturbuch in den Apotheken (Mecksenburg-Schwerin) 12, (Preussen) 15.
Rosinen, Bedeutung des Ausdrucks: „Der blosse Zusatz von Rosinen“ (Rechtsprechung) 40.

Sachverständige für gerichtliche Angelegenheiten, deren allgemeine Beeidigung (Preussen) 100; die Kosten für deren Gutachten bei Gewährung von Armenrecht (Rechtsprechung) 45; das Recht der Parteien zur Fragestellung (Rechtsprechung) 45; Ablehnung der im Vorverfahren zugezogenen ist im Hauptverfahren nicht zulässig 243.
Sanitätsrath, Stempelpflicht bei Verleihung dieses Titels (Rechtsprechung) 227.
Schadenersatzanspruch gegen einen Arzt (Rechtspr.) 123; gegen einen Kurpfuscher seitens einer Berufsgenossenschaft [Rechspr.], Hauptblatt 172.
Schälblasen, deren Verhütung (Preussen) 94.
Schlachten von Vieh, Massregeln (Arnsberg) 161.
Schlachtvieh- und Fleischschaugesetz (Deutsches Reich) 156.
Schulkinder, deren Impfung (Preussen) 48.
Schulschliessung bei ansteckenden Krankheiten (Potsdam) 53, (Schaumburg-Lippe) 178.

Schwefelsäureanhydrat, Zusatz zu Hackfleisch (Rechtsprechung) 1.
Schweinefleisch, dessen mikroskopische Untersuchung auf Trichinen (Münster) 73.
Sittenärztliche Untersuchung der Prostituirten, deren Kontrole durch die Medizinalbeamten (Preussen) 239.
Sommersprossen, Mittel dagegen sind nicht Heil-, sondern kosmetische Mittel (Rechtsprechung) 41.
Sporteltarif (Württemberg) 49.
Standesordnungen, ärztliche (Preussen) 186.
Standesvereine, ärztliche, fallen unter das Vereinsgesetz, sobald sie über Honorarfragen berathen [Rechtspr.] (Hauptblatt) 374.

Tabletten, deren Abgabe in Apotheken (Preussen) 67.
Tagegelder und Terminsgebühr, deren Gewährung für denselben Tag ist unzulässig (Rechtsprechung) 65.
Taubstummenanstalten, ärztliche Fürsorge für deren Zöglinge (Preussen) 171.
Thermometer, 100theiligen, deren Einführung (Preussen) 141.
Thierlymphe, Privatanstalten zu deren Gewinnung, Zulassung derselben (Preussen) 249.
Titel, mit akademischen Graden, Rechtsgültigkeit der Königl. Verordnung vom 22. Februar 1900, betreffend die Führung desselben (Rechtsprechung) 146; arztähnliche (Rechtsprechung) 146; Begriff des Annehmens eines Titels (Rechtsprechung) 245.
Tollwuthkranke Thiere, Bissverletzungen der Menschen durch diese (Preussen) 124.
Tollwuthschutz, Impfungsstation, Verpflegungssätze (Preussen) 11.
Transport von Fleisch (Berlin) 187.
Trichinen, mikroskopische Untersuchung des Schweinefleisches auf solche (Münster) 73, (Schaumburg-Lippe) 102.
Trinkbranntweine, deren Herstellung und Betrieb (Preussen) 205.
Trinker, degenerierter, krankhafte Störung der Geistesthätigkeit bei einen solchen (Rechtsprechung) 145.
Trinkwasserleitungen, deren Verunreinigungen (Potsdam) 233.
Tuberkulose der Menschen, deren Bekämpfung (Sachsen) 234.
Tuberkulosemerkblatt (Preussen) 194.
Typhus, Verhinderung der weiteren Ausbreitung desselben (Arnsberg) 162.

Ueberlassen von Arzneien (Rechtsprechung) 208, 244.
Unbescholtenheit, Begriff derselben (Rechtsprechung) 87.

Venerische Krankheiten als Unterrichts- und Prüfungsgegenstand bei der Ausbildung und Nachprüfung der Hebammen (Preussen) 14.
Vollmilch, Begriff (Rechtsprechung) 155.

Wasserleitung, Zwangsanschluss (Rechtsprechung) 96; polizeiliche Schliessung einer solchen (Rechtsprechung) 111.
Wasserversorgungsanlagen, deren Untersuchung (Elsass-Lothringen) 75; Verbot des Lagerns von Dünger in deren Nähe (Rechtsprechung) 114.
Wettbewerb, unlauterer, Bestrafung eines Kurpfuschers deshalb (Rechtsprechung) 179.
Wiederholungsfall im Sinne des §. 14 Abs. 2 des Gesetzes betr. den Verkehr mit Butter etc. vom 15. Juni 1897 (Rechtsprechung) 104.
Wochenbettfiebererkrankungen, deren Mittheilung zwischen benachbarten Medizinalbeamten (Trier) 116.
Wochenbettpflegerinnen, deren Ausbildung (Preussen) 192.
Wohnungswesen, dessen polizeiliche Beaufsichtigung (Bayern) 166.

Zeugniss, ärztliches, unrichtiges (Rechtsprechung) 26, 235.
Zinkhütten, deren Einrichtung und Betrieb (Deutsches Reich) 46.
„Zuverlässig bekannte" Personen, Begriff im Sinne des Giftgesetzes (Rechtsprechung) 229.
Zwangsanschluss an eine kommunale Wasserleitung (Rechtsprechung) 96.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 1. 1. Januar. 1900.

Rechtsprechung.

Zusatz von Schwefelsäureanhydrat zu Hackfleisch. Als Massstab für die Schädlichkeit derartigen Fleisches gilt nicht der Gesundheitszustand der Allgemeinheit, sondern derjenigen Personenkreise, für die jenes als besonderes Nahrungs- und Genussmittel dienen soll. Urtheil des Oberlandesgerichts zu Jena vom 18. April 1899.

. . . . Zwar kann von der Schädlichkeit eines Nahrungs- oder Genussmittels für die menschliche Gesundheit regelmässig nur dann die Rede sein, wenn es diese Eigenschaft durchschnittlich für jeden Menschen hat, nicht auch dann, wenn es nur unter besonderen, bei einzelnen Menschen ausnahmsweise zutreffenden Voraussetzungen schädlich ist. Eine Ausnahme von dieser Regel findet aber dann statt, wenn Nahrungs- und Genussmittel in Frage stehen, welche erkennbar nur für den Genuss einzelner Personenkreise bestimmt sind, welchenfalls dann deren Gesundheit den Massstab ergiebt, nach welchem sich die Schädlichkeit bezw. Unschädlichkeit derselben bemisst.

Was den vorliegenden Fall anbelangt, so stellt das Berufungsurtheil von vornherein fest, dass durch den Genuss gehackten Rindfleisches mit Zusätzen von Schwefligsäureanhydrit in den festgestellten Prozentsätzen (mehr als 1% zu 1 Kilo gehackten Fleisch) nicht normale, sondern nur magenkranke Personen geschädigt werden können.

Das Berufungsurtheil hat aber weiter auch festgestellt, dass gehacktes Rindfleisch Magenkranken und Schwachen speziell als Genussmittel verordnet werde. Damit ist dasselbe dem Kreise der unterschiedslos für die Allgemeinheit bestimmten Nahrungs- und Genussmittel entrückt und demselben die Eigenschaft eines einer bestimmten Kategorie von Personen dienenden gegeben. Zwar ist es damit nicht ausschliesslich für diesen Personenkreis bestimmt. Aber die Absicht des Gesetzgebers trifft diesen Fall ebenso wie den letztgedachten. Soll gehacktes Rindfleisch neben seiner Bestimmung für die Allgemeinheit aus gewissen Gründen einem besonderen Personenkreise (Magenkranken) noch als besonderes Genussmittel dienen, so handelt es sich insoweit nicht um vereinzelte Ausnahmefälle, bei welchen auf den individuellen Zustand der Betroffenen keine Rücksicht zu nehmen ist, sondern um eine bestimmte grössere Zahl von Personen, deren Zustand diese Rücksichtnahme gebietet, weil das Gesetz die Gesammtheit der Konsumenten schützen will, und die Kategorie der Magenkranken sich nicht unter die vereinzelten Ausnahmefälle bringen lässt. Danach muss aber auch, soll dieser Zweck nicht verfehlt werden, der Gesundheitszustand der letzteren den Massstab für die Schädlichkeit bezw. Unschädlichkeit des in Frage stehenden Fleisches abgeben. Dass für diese aber der Genuss derartigen Fleisches gesundheitsgefährlich ist, hat das Berufungsurtheil, wie eingangs erwähnt ist, festgestellt. Es kommt dabei auch darauf nicht an, ob eine dauernde oder nur vorübergehende Beschädigung der Gesundheit zu befürchten steht, das Gesetz bietet für einen derartigen Unterschied keinen Anhalt.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

Eisenbahnbetriebsordnung. Bekanntmachung des Reichskanzlers (gez. in Vertr.: v. Posadowsky) vom 26. Oktober 1899. (Auszug.)[1])

[1]) Dieselbe ist am 1. Januar 1900 in Kraft getreten.

III. Beförderung von Personen.

. . . . . .

§. 20. Ausschluss von der Fahrt.

1. Personen, welche wegen einer sichtlichen Krankheit oder aus anderen Gründen die Mitreisenden voraussichtlich belästigen würden, sind von der Mitfahrt auszuschliessen, wenn nicht für sie eine besondere Abtheilung bezahlt wird und bereitgestellt werden kann. Wird die Mitfahrt nicht gestattet, so ist das etwa bezahlte Fahrgeld einschliesslich der Gepäckfracht zurückzugeben. Wird erst unterwegs wahrgenommen, dass ein Reisender zu den vorbezeichneten Personen gehört, so erfolgt der Ausschluss auf der nächsten Station. Das Fahrgeld, sowie die Gepäckfracht sind für die nicht durchfahrene Strecke zu ersetzen.

2. Personen, die an Pocken, Flecktyphus, Diphtherie, Scharlach, Cholera oder Lepra leiden, sind in besonderen Wagen, solche, die an Ruhr, Masern oder Keuchhusten leiden, in abgeschlossenen Wagenabtheilungen mit getrenntem Abort zu befördern. Die Beförderung von Pestkranken ist ausgeschlossen. Bei Personen, die einer der vorgenannten Krankheiten verdächtig sind, kann die Beförderung von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig gemacht werden, aus dem die Art ihrer Krankheit hervorgeht. Für die Beförderung in besonderen Wagen und Wagenabtheilungen sind die tarifmässigen Gebühren zu bezahlen.

3. Wer die vorgeschriebene Ordnung nicht beobachtet, sich den Anordnungen der Bediensteten nicht fügt oder den Anstand verletzt, wird ohne Anspruch auf den Ersatz des bezahlten Fahrgeldes von der Mitfahrt ausgeschlossen. Namentlich dürfen trunkene Personen zur Mitfahrt und zum Aufenthalt in den Warteräumen nicht zugelassen werden und sind, falls die Zulassung dennoch stattgefunden hat, auszuweisen.

VI. Beförderung von Leichen.

§. 42. Beförderungs-Bedingungen.

1. Der Transport einer Leiche muss, wenn er von der Ausgangsstation des Zuges erfolgen soll, wenigstens 6 Stunden, wenn er von einer Zwischenstation ausgehen soll, wenigstens 12 Stunden vorher angemeldet werden.

2. Die Leiche muss in einem hinlänglich widerstandsfähigen Metallsarge luftdicht eingeschlossen und letzterer von einer hölzernen Umhüllung dergestalt umgeben sein, dass jede Verschiebung des Sarges innerhalb der Umhüllung verhindert wird.

3. Die Leiche muss von einer Person begleitet sein, welche eine Fahrkarte zu lösen und denselben Zug zu benutzen hat, in dem die Leiche befördert wird.

4. Bei der Aufgabe muss der vorschriftsmässige, nach anliegendem Formular ausgefertigte Leichenpass beigebracht werden, welchen die Eisenbahn übernimmt und bei Ablieferung der Leiche zurückstellt. Die Behörden, welche zur Ausstellung von Leichenpässen befugt sind, werden besonders bekannt gemacht. Der von der zuständigen Behörde ausgefertigte Leichenpass hat für den ganzen darin bezeichneten Transportweg Geltung. Die tarifmässigen Transportgebühren müssen bei der Aufgabe entrichtet werden. Bei Leichentransporten, welche aus ausländischen Staaten kommen, mit welchen eine Vereinbarung wegen wechselseitiger Anerkennung der Leichenpässe abgeschlossen ist, genügt die Beibringung eines der Vereinbarung entsprechenden Leichenpasses der nach dieser Vereinbarung zuständigen ausländischen Behörde.

5. Die Beförderung der Leiche hat in einem besonderen, bedeckt gebauten Güterwagen zu erfolgen. Mehrere Leichen, welche gleichzeitig von dem nämlichen Abgangsorte nach dem nämlichen Bestimmungsort aufgegeben werden, können in einem und demselben Güterwagen verladen werden. Wird die Leiche in einem ringsumschlossenen Leichenwagen befördert, so darf zum Eisenbahntransport ein offener Güterwagen benutzt werden.

6. Die Leiche darf auf der Fahrt nicht ohne Noth umgeladen werden. Die Beförderung muss möglichst schnell und ununterbrochen bewirkt werden. Lässt sich ein längerer Aufenthalt auf einer Station nicht vermeiden, so ist der Güterwagen mit der Leiche thunlichst auf ein abseits im Freien gelegenes Gleise zu schieben.

7. Wer unter unrichtiger Bezeichnung Leichen zur Beförderung bringt,

hat ausser der Nachzahlung der verkürzten Fracht vom Abgangs- bis zum Bestimmungsort einen Frachtzuschlag im vierfachen Betrage der Fracht zu entrichten.

8. Bei dem Transporte von Leichen, welche von Polizeibehörden, Krankenhäusern, Strafanstalten u. s. w. an öffentliche höhere Lehranstalten übersandt werden, bedarf es einer Begleitung nicht. Auch genügt es, wenn solche Leichen in dicht verschlossenen Kisten aufgegeben werden. Die Beförderung kann in einem offenen Güterwagen erfolgen. Es ist zulässig, in den Wagen solche Güter mitzuverladen, welche von fester Beschaffenheit (Holz, Metall und dergleichen) oder doch von festen Umhüllungen (Kisten, Fässern und dergleichen) dicht umschlossen sind. Bei der Verladung ist mit besonderer Vorsicht zu verfahren, damit jede Beschädigung der Leichenkiste vermieden wird. Von der Zusammenladung sind ausgeschlossen: Nahrungs- oder Genussmittel, einschliesslich der Rohstoffe, aus welchen Nahrungs- oder Genussmittel hergestellt werden, sowie die in der Anlage B zu §. 50 der Verkehrsordnung aufgeführten Gegenstände. Ob von der Beibringung eines Leichenpasses abgesehen werden kann, richtet sich nach den von den Landesregierungen dieserhalb ergehenden Bestimmungen.

9. Auf die Regelung der Beförderung von Leichen nach dem Bestattungsplatze des Sterbeorts finden die vorstehenden Bestimmungen nicht Anwendung.

§. 43. Art der Abfertigung und der Auslieferung.

1. Die Abfertigung der Leichen erfolgt nach der Vorschrift des Tarifs auf Grund von Beförderungsscheinen, welche die Eisenbahn auszufertigen und dem Absender auszuhändigen hat, oder auf Grund von Frachtbriefen (§. 51).

2. Die Auslieferung von Leichen, welche mit Personenzügen befördert werden, kann in der für Gepäck bestimmten Frist (§. 34 Abs. 2) verlangt werden. Die Auslieferung der Leichen erfolgt, sofern die Beförderung auf Beförderungsschein stattgefunden hat, gegen Rückgabe des letzteren.

3. Innerhalb 6 Stunden nach Ankunft des Zuges auf der Bestimmungsstation muss die Leiche abgeholt werden, widrigenfalls sie nach der Verfügung der Ortsobrigkeit beigesetzt wird. Kommt die Leiche nach 6 Uhr Abends an, so wird die Abholungsfrist vom nächsten Morgen 6 Uhr ab gerechnet. Bei Ueberschreitung der Abholungsfrist ist die Eisenbahn berechtigt, Wagenstandgeld zu erheben.

Anlage A.

Leichen-Pass.

Die nach Vorschrift eingesargte Leiche de am . . . ten . . . . . 19 . . zu . . . . . (Ort) an . . . . (Todesursache) verstorbenen (Alter) . . jährigen . . . . . (Stand, Vor- und Zuname des Verstorbenen, bei Kindern Stand der Eltern) soll mittelst Eisenbahn von . . . . . über . . . . . nach . . . . . zur Bestattung gebracht werden. Nachdem zu dieser Ueberführung dem Begleiter der Leiche . . . . (Stand und Name) die Genehmigung ertheilt worden ist, werden sämmtliche Behörden, deren Bezirke durch diesen Leichentransport berührt werden, ersucht, denselben ungehindert und ohne Aufenthalt weitergehen zu lassen.

. . . . . , den . . . ten . . . . . 19 . . .

(Siegel.) (Unterschrift.)

Beschränkung der Einfuhr aus Südamerika wegen Pestgefahr. Kaiserliche Verordnung vom 18. Dezember 1899.

Die Verordnung stimmt ihrem Inhalte nach mit derjenigen vom 22. August 1899 betreffs die Beschränkung der Einfuhr aus Portugal (s. Beilage Nr. 17 dieser Zeitschrift, S. 139) überein.

B. Königreich Preussen.

Aerztliche Ehrengerichte, das Umlagerecht und die Kassen der Aerztekammern. Gesetz vom 25. November 1899.

Erster Abschnitt.
Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Für den Bezirk jeder Aerztekammer wird ein ärztliches Ehrengericht, für den Umfang der Monarchie ein ärztlicher Ehrengerichtshof gebildet.

§. 2. Die Zuständigkeit des Ehrengerichts erstreckt sich auf die approbirten Aerzte mit Ausnahme:

1. derjenigen, für welche ein anderweit geordnetes staatliches Disziplinarverfahren besteht,
2. der Militär- und Marineärzte,
3. der Militär- und Marineärzte des Beurlaubtenstandes während ihrer Einziehung zur Dienstleistung.

Die der Zuständigkeit des Ehrengerichts zu 1 und 2 nicht unterworfenen Aerzte sind bei den Wahlen für das Ehrengericht weder wahlberechtigt, noch wählbar.

§. 3. Der Arzt ist verpflichtet, seine Berufsthätigkeit gewissenhaft auszuüben und durch sein Verhalten in Ausübung des Berufs sowie ausserhalb desselben sich der Achtung würdig zu zeigen, die sein Beruf erfordert.

Ein Arzt, welcher die ihm obliegenden Pflichten verletzt, hat die ehrengerichtliche Bestrafung verwirkt.

Politische, wissenschaftliche und religiöse Ansichten oder Handlungen eines Arztes als solche können niemals den Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens bilden.

Auf Antrag eines Arztes muss eine ehrengerichtliche Entscheidung über sein Verhalten herbeigeführt werden.

§. 4. Das Ehrengericht hat zugleich als Ehrenrath die Beilegung von Streitigkeiten zu vermitteln, welche sich aus dem ärztlichen Berufsverhältnisse zwischen Aerzten, oder zwischen einem Arzte und einer anderen Person ergeben.

Bei Streitigkeiten zwischen einem Arzte und einer anderen Person findet das Vermittelungsverfahren nur auf Antrag der letzteren statt.

Der Vorsitzende des Ehrengerichts kann die Vermittelung einem Mitglied übertragen.

§. 5. Kommen in Bezug auf einen der im §. 2 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Aerzte Thatsachen zur Kenntniss des Ehrengerichts, welche, wenn sie in Bezug auf einen anderen Arzt vorlägen, ein ehrengerichtliches Verfahren nach sich ziehen würden, so hat das Ehrengericht hiervon der vorgesetzten Dienstbehörde des Arztes Mittheilung zu machen.

Die vorgesetzte Dienstbehörde des Arztes wird, sofern nicht dienstliche Interessen entgegenstehen, das Ehrengericht von dem Ausgang des Verfahrens benachrichtigen.

§. 6. Zuständig ist das Ehrengericht derjenigen Kammer, in deren Bezirke der Arzt, gegen welchen das ehrengerichtliche Strafverfahren oder der Antrag auf ehrengerichtliche Vermittelung gerichtet ist, zur Zeit der Erhebung der Klage oder der Einreichung des Antrags seinen Wohnsitz oder in Ermangelung desselben seinen Aufenthalt hatte.

Streitigkeiten über die Zuständigkeit eines Ehrengerichts werden von dem Ehrengerichtshof endgültig entschieden.

Wenn der Ehrengerichtshof das Vorhandensein von Gründen anerkennt, aus welchen die Unbefangenheit des Ehrengerichts bezweifelt werden kann, so tritt an die Stelle des letzteren ein anderes von dem Ehrengerichtshofe zu bezeichnendes Ehrengericht.

§. 7. Das Ehrengericht besteht:

1. aus dem Vorsitzenden und drei Mitgliedern der Aerztekammer. Die Aerztekammer wählt die letzteren, sowie vier Stellvertreter aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Amtszeit und bestimmt die Reihenfolge, in welcher die Stellvertreter zu berufen sind. Gehört der Vorsitzende der Aerztekammer zu den im §. 2 bezeichneten Aerzten, so ist an seiner Stelle von der Aerztekammer ein viertes Mitglied des Ehrengerichts zu wählen;
2. aus einem von dem Vorstande der Aerztekammer für die Dauer von 6 Jahren gewählten richterlichen Mitglied eines ordentlichen Gerichts, für welches zugleich ein richterlicher Stellvertreter zu wählen ist.

Das richterliche Mitglied des Ehrengerichts erhält aus der Kasse der Aerztekammer neben einer Vergütung Tagegelder und Reisekosten für Dienstreisen nach den ihm in seinem Hauptamte zustehenden Sätzen.

Die Geschäfte des Ehrengerichts werden von den ärztlichen Mitgliedern unentgeltlich geführt; baare Auslagen werden ihnen jedoch erstattet; ausserdem

erhalten sie Tagegelder und Reisekosten nach den von der Aerztekammer zu bestimmenden Sätzen.

§. 8. Das Ehrengericht beschliesst und entscheidet nach absoluter Stimmenmehrheit in der Besetzung von fünf Mitgliedern.

Zu jeder dem Angeschuldigten nachtheiligen Entscheidung, welche die Schuldfrage betrifft, ist jedoch eine Mehrheit von vier Fünftel der Stimmen erforderlich.

Die das Verfahren leitenden Beschlüsse des Ehrengerichts können mittelst schriftlicher Abstimmung gefasst werden, sofern nicht ein Mitglied mündliche Berathung verlangt.

Die bei einer Angelegenheit betheiligten oder für befangen erklärten Mitglieder des Ehrengerichts sind bei einer Beschlussfassung oder Entscheidung über dieselbe ausgeschlossen und werden durch Stellvertreter ersetzt. Der Ausschluss und die Ersetzung durch Stellvertreter tritt ohne Weiteres ein, wenn die betreffenden Mitglieder des Ehrengerichts sich selbst für betheiligt oder befangen erklären; andernfalls entscheidet darüber endgültig der Ehrengerichtshof.

§. 9. Den Vorsitz des Ehrengerichts führt der Vorsitzende der Aerztekammer, oder, falls dieser zu den im §. 2 bezeichneten Aerzten gehört, den Vorsitz ablehnt, oder sonst dauernd behindert ist, ein von den Mitgliedern des Ehrengerichts aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Amtszeit zu wählender Vorsitzender.

Der Vorsitzende vertritt das Ehrengericht nach Aussen und vollzieht die von demselben auszustellenden Urkunden im Namen desselben. Er beruft die Sitzungen und ist verpflichtet, die Beschlüsse und Entscheidungen des Ehrengerichts zur Ausführung zu bringen.

Bei zeitweiliger Behinderung wird der Vorsitzende des Ehrengerichts durch den stellvertretenden Vorsitzenden vertreten, welcher von den Mitgliedern des Ehrengerichts aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Amtszeit gewählt wird.

§. 10. Die Aerzte im Bezirke des Ehrengerichts sind verpflichtet, im Vermittelungsverfahren die verlangten Aufschlüsse zu geben, auch, wenn es wegen Streitigkeiten zwischen Aerzten schwebt, auf die an sie ergehenden Ladungen zu erscheinen und den dieserhalb erlassenen Anordnungen des Ehrengerichts und seiner beauftragten Mitglieder Folge zu leisten.

Zur Erzwingung einer solchen Anordnung können Geldstrafen bis zum Gesammtbetrage von dreihundert Mark festgesetzt werden. Der Festsetzung einer Strafe muss deren schriftliche Androhung vorausgehen.

Gegen die Anordnungen oder Straffestsetzungen eines beauftragten Mitgliedes des Ehrengerichts findet Beschwerde an das Ehrengericht statt.

Die nach Abs. 1 an die im §. 2 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Aerzte ergehenden Ladungen oder sonstigen Anordnungen sind der vorgesetzten Dienstbehörde des Arztes mit dem Ersuchen um Zustellung zu übermitteln. Die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 bleiben ausser Anwendung, wenn die vorgesetzte Dienstbehörde des Arztes gegen die Ladung oder die sonst getroffene Anordnung Einspruch erhebt.

§. 11. Gerichts-, Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden sind, soweit ein dienstliches Interesse nicht entgegensteht, verpflichtet, auf Ersuchen des Ehrengerichts oder seiner beauftragten Mitglieder behufs Aufklärung des Thatbestandes Auskunft zu ertheilen.

Das Ehrengericht und seine beauftragten Mitglieder sind berechtigt, auch die Ortspolizeibehörden um Auskunft, oder um protokollarische Vernehmung von Personen zu ersuchen.

Das Recht, Zeugen oder Sachverständige eidlich zu vernehmen, oder die Gerichte um Vernehmung von solchen zu ersuchen, steht dem Ehrengericht und seinen beauftragten Mitgliedern nur im förmlichen ehrengerichtlichen Strafverfahren zu.

§. 12. Die allgemeine Staatsaufsicht über den Geschäftsbetrieb des Ehrengerichts führt der Oberpräsident.

Im ehrengerichtlichen Strafverfahren wird derselbe durch einen von ihm dauernd oder für den einzelnen Fall bestellten Beauftragten vertreten.

§. 13. Die Verhandlungen und Erlasse der Ehrengerichte und ihrer beauftragten Mitglieder, sowie die an diese gerichteten Schriftstücke sind, soweit dieselben nicht eine Beurkundung von Rechtsgeschäften enthalten, frei von Gebühren und Stempeln.

§. 14. Der Vorsitzende des Ehrengerichts hat alljährlich dem Oberpräsidenten einen schriftlichen Bericht über die Thätigkeit des Ehrengerichts zu erstatten.

Zweiter Abschnitt.

Ehrengerichtliches Strafverfahren.

§. 15. Die ehrengerichtlichen Strafen sind:

1. Warnung,
2. Verweis,
3. Geldstrafe bis zu 3000 Mark,
4. auf Zeit beschränkte oder dauernde Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts zur Aerztekammer.

Verweis, Geldstrafe und Entziehung des Wahlrechts können gleichzeitig als Strafe ausgesprochen werden.

In besonders geeigneten Fällen kann auf Veröffentlichung der ehrengerichtlichen Entscheidung erkannt werden.

Die Veröffentlichung erfolgt durch die von dem Ehrengericht alljährlich bestimmten Blätter, falls das Ehrengericht nicht in dem einzelnen Falle eine andere Art der Veröffentlichung für angemessen erachtet. Die Kosten der Veröffentlichung gehören zu den Kosten des ehrengerichtlichen Verfahrens.

§. 16. Ist gegen einen Arzt wegen einer strafbaren Handlung die öffentliche Klage erhoben, oder das Verfahren auf Zurücknahme der Approbation eingeleitet, so ist während der Dauer jenes Verfahrens wegen der nämlichen Thatsachen das ehrengerichtliche Verfahren nicht zu eröffnen und das eröffnete auszusetzen.

Ist im gerichtlichen Strafverfahren auf Freisprechung oder auf Einstellung des Verfahrens erkannt oder ist das Verfahren auf Zurücknahme der Approbation eingestellt, so findet wegen derjenigen Thatsachen, welche in dem vorangegangenen Verfahren zur Erörterung gelangt sind, ein ehrengerichtliches Verfahren nur insofern statt, als diese Thatsachen an sich und unabhängig von dem Thatbestand einer im Strafgesetze vorgesehenen Handlung oder des §. 53 der Reichs-Gewerbeordnung die ehrengerichtliche Bestrafung begründen.

Ist im gerichtlichen Strafverfahren eine Verurtheilung ergangen, auf Grund deren die Verwaltungsbehörde die Approbation nicht, oder nur auf Zeit zurücknehmen kann (§. 53 der Reichs-Gewerbeordnung), so beschliesst das Ehrengericht, ob ausserdem das ehrengerichtliche Verfahren zu eröffnen oder fortzusetzen ist.

Wird nach Eröffnung oder Aussetzung des ehrengerichtlichen Verfahrens die Approbation des Angeschuldigten dauernd zurückgenommen, so ist das ehrengerichtliche Verfahren einzustellen. Veröffentlichung des Einstellungsbeschlusses ist nach Massgabe des §. 15 zulässig.

Kann im gerichtlichen Strafverfahren eine Hauptverhandlung nicht stattfinden, weil der Angeklagte abwesend ist, so findet die Vorschrift des Abs. 1 keine Anwendung.

§. 17. Warnung, Verweis und Geldstrafen bis zu 300 Mark können nach Anhörung des Beauftragten des Oberpräsidenten (§. 12 Abs. 2) ohne förmliches ehrengerichtliches Verfahren durch Beschluss des Ehrengerichts verhängt werden.

In jedem Falle ist jedoch der Angeschuldigte über die ihm zur Last gelegte Verfehlung zu hören.

Dem Angeschuldigten und dem Beauftragten des Oberpräsidenten steht das Recht zu, vor der Beschlussfassung auf Eröffnung des förmlichen ehrengerichtlichen Verfahrens anzutragen. Die Ablehnung des Antrages ist nur bei gleichzeitiger Einstellung des nichtförmlichen ehrengerichtlichen Verfahrens zulässig.

§. 18. Ein nach §. 17 Abs. 1 gefasster Beschluss ist in schriftlicher, mit Gründen versehener Anfertigung dem Angeschuldigten und dem Beauftragten des Oberpräsidenten zuzustellen.

Beiden Theilen steht die Beschwerde an den Ehrengerichtshof zu.

Die Beschwerdefrist beträgt 1 Monat und beginnt mit der Zustellung des Beschlusses.

§. 19. Das förmliche ehrengerichtliche Verfahren besteht in Voruntersuchung und Hauptverhandlung.

§. 20. Die Voruntersuchung wird durch einen Beschluss des Ehren-

gerichts eröffnet, in welchem die dem Angeschuldigten zur Last gelegten Verfehlungen aufzuführen sind.

Ausserdem ist in dem Beschlusse der Untersuchungskommissar und der Vertreter der Anklage zu benennen.

§. 21. Als Untersuchungskommissar ist in der Regel das richterliche Mitglied des Ehrengerichts zu bestellen.

§. 22. Die Anklage vertritt der Beauftragte des Oberpräsidenten (§. 12 Absatz 2).

§. 23. Die Eröffnung der Voruntersuchung kann von dem Ehrengerichte sowohl aus rechtlichen, wie aus thatsächlichen Gründen abgelehnt werden.

Gegen den ablehnenden Beschluss steht dem Vertreter der Anklage binnen 1 Monat die Beschwerde an den Ehrengerichtshof zu. Gegen den die Voruntersuchung eröffnenden Beschluss steht binnen 1 Monat dem Angeschuldigten die Beschwerde an den Ehrengerichtshof nur wegen Unzuständigkeit oder Befangenheit des Ehrengerichts zu.

§. 24. In der Voruntersuchung wird der Angeschuldigte unter Mittheilung des Eröffnungsbeschlusses vorgeladen und, wenn er erscheint, gehört.

Die Zeugen und Sachverständigen werden vernommen und die zur Aufklärung der Sache dienenden sonstigen Beweise erhoben.

Die Zeugen und Sachverständigen sind zu beeidigen, wenn ihre Aussagen für die Beurtheilung der Sache erheblich erscheinen und ihre Beeidigung zulässig ist. Die Beeidigung erfolgt nach der Vernehmung; im Uebrigen finden auf das Verfahren bei der Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, sowie bezüglich des Rechtes zur Verweigerung des Zeugnisses oder Gutachtens und bezüglich der Zeugen- und Sachverständigengebühren die Vorschriften des sechsten und siebenten Abschnitts des ersten Buches der Reichs-Strafprozessordnung vom 1. Februar 1877 (§§. 48, 49, 51 bis 57, 58 Abs. 1, 59 bis 64, 66 bis 68, 70, 71 Abs. 2, 72 bis 80) entsprechende Anwendung.

Erscheint ein ordnungsmässig geladener Zeuge oder Sachverständiger nicht oder verweigert derselbe ohne gesetzlichen Grund seine Aussage, so ist der Untersuchungskommissar berechtigt, das zuständige Amtsgericht um dessen eidliche Vernehmung zu ersuchen.

Auf das Ersuchen finden die Vorschriften der §§. 158 bis 160, 166 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 entsprechende Anwendung.

Die Vorschriften der Abs. 4 und 5 finden auch Anwendung, wenn der Untersuchungskommissar wegen weiter Entfernung des Wohn- oder Aufenthaltsorts des Zeugen oder Sachverständigen das zuständige Amtsgericht um Vernehmung desselben ersucht.

§. 25. Ueber jede Untersuchungshandlung ist ein Protokoll aufzunehmen.

Der Protokollführer ist vorher mittelst Handschlags an Eidesstatt zu verpflichten.

§. 26. Der Vertreter der Anklage ist berechtigt, von dem Stande der Voruntersuchung durch Einsicht der Akten jeder Zeit Kenntniss zu nehmen und die ihm geeignet erscheinenden Anträge zu stellen.

Weigert sich der Untersuchungskommissar, einem Antrag auf Ergänzung der Voruntersuchung stattzugeben, so ist die Entscheidung des Ehrengerichts einzuholen.

§. 27. Erachtet der Untersuchungskommissar den Zweck der Voruntersuchung für erreicht, so übersendet er die Verhandlungen dem Ehrengerichte, welches dieselben, wenn es die Voruntersuchung für abgeschlossen hält, dem Vertreter der Anklage zur Stellung seiner Anträge vorlegt.

Der Angeschuldigte ist hiervon zu benachrichtigen.

§. 28. Der Vertreter der Anklage hat bei dem Ehrengericht entweder die Einstellung des Verfahrens oder unter Einreichung einer Anklageschrift die Anberaumung einer Sitzung zur Hauptverhandlung zu beantragen.

Die Anklageschrift hat die dem Angeschuldigten zur Last gelegte Verfehlung durch Angabe der sie begründenden Thatsachen zu bezeichnen und, soweit in der Hauptverhandlung Beweise erhoben werden sollen, die Beweismittel anzugeben.

§. 29. Die Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens erfolgt durch Beschluss des Ehrengerichts.

Ausfertigung des mit Gründen zu versehenden Einstellungsbeschlusses ist dem Angeschuldigten zuzustellen.

Ist das ehrengerichtliche Verfahren ohne Hauptverhandlung eingestellt, so kann die Anklage nur während eines Zeitraums von drei Jahren und nur auf Grund neuer Thatsachen oder Beweismittel wieder aufgenommen werden.

§. 30. Wird das Verfahren nicht eingestellt, so ist der Angeschuldigte unter abschriftlicher Mittheilung der Anklageschrift zu einer von dem Vorsitzenden des Ehrengerichts anzuberaumenden Sitzung zur Hauptverhandlung vorzuladen.

Der Angeschuldigte kann sich dabei eines Rechtsanwalts oder eines Arztes als Beistandes bedienen. Dem Beistand ist auf Antrag Einsicht der Untersuchungsakten zu gestatten.

§. 31. Die Mitglieder des Ehrengerichts, welche bei dem Beschluss auf Eröffnung der Voruntersuchung mitgewirkt haben, sind von der Theilnahme an dem weiteren Verfahren, insbesondere der Hauptverhandlung nicht ausgeschlossen.

§. 32. Die Hauptverhandlung ist nicht öffentlich. Den Mitgliedern der Aerztekammer und ihren Stellvertretern ist der Zutritt zu gestatten, anderen Personen nur nach dem Ermessen des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende kann die Anwesenden zur Verschwiegenheit verpflichten.

§. 33. In der Hauptverhandlung giebt nach Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung der Voruntersuchung ein von dem Vorsitzenden des Ehrengerichts aus der Zahl der Mitglieder ernannter Berichterstatter in Abwesenheit der Zeugen eine Darstellung der Sache, wie sie aus den bisherigen Verhandlungen hervorgeht.

Hierauf erfolgt die Vernehmung des Angeschuldigten, sowie die Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen.

Die Aussagen der nicht geladenen, bereits in der Voruntersuchung oder durch einen ersuchten Richter vernommenen Zeugen und Sachverständigen sind in der Hauptverhandlung zu verlesen, sofern es der Vertreter der Anklage oder der Angeschuldigte beantragen oder das Ehrengericht die Verlesung beschliesst.

Zum Schlusse der Hauptverhandlung werden der Vertreter der Anklage, sowie der Angeschuldigte und sein Vertheidiger mit ihren Ausführungen und Anträgen gehört.

Dem Angeschuldigten gebührt das letzte Wort.

Der Vorsitzende kann für einzelne Theile der Hauptverhandlung die Leitung einem anderen Mitgliede des Ehrengerichts übertragen.

§. 34. Das Ehrengericht kann jeder Zeit die Aussetzung der Hauptverhandlung anordnen, wenn es eine solche behufs weiterer Aufklärung der Sache, sowie beim Hervortreten neuer Thatumstände oder rechtlicher Gesichtspunkte für angemessen erachtet.

§. 35. Das Ehrengericht kann nach freiem Ermessen die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen durch einen ersuchten Richter oder in der Hauptverhandlung anordnen.

Die Vorschriften des §. 24 Abs. 3 bis 6 finden entsprechende Anwendung.

§. 36. Die Hauptverhandlung kann stattfinden, auch wenn der Angeschuldigte trotz Vorladung nicht erschienen ist.

Eine öffentliche Ladung oder Vorführung des Angeschuldigten ist unzulässig.

Der Angeschuldigte kann sich durch einen Rechtsanwalt oder einen Arzt vertreten lassen. Das Ehrengericht kann jedoch jeder Zeit das persönliche Erscheinen des Angeschuldigten unter der Verwarnung anordnen, dass bei seinem Ausbleiben ein Vertreter nicht werde zugelassen werden.

§. 37. Die Hauptverhandlung schliesst mit der Verkündung der Entscheidung. Dieselbe kann nur auf Freisprechung oder Verurtheilung lauten.

Das Ehrengericht urtheilt dabei nach seiner freien Ueberzeugung.

Eine Ausfertigung der mit Gründen versehenen Entscheidung ist dem Angeschuldigten zuzustellen.

§. 38. Ueber die Hauptverhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen. Dasselbe ist von dem Vorsitzenden und dem Protokollführer (§. 25) zu unterschreiben.

§. 39. Gegen die Entscheidung des Ehrengerichts steht sowohl dem Vertreter der Anklage, als dem Angeschuldigten die Berufung an den Ehrengerichtshof zu.

Die Berufung ist bei dem Ehrengerichte, welches die angegriffene Ent-

scheidung erlassen hat, schriftlich einzulegen; doch genügt zur Wahrung der Berufungsfrist auch die Einlegung bei dem Ehrengerichtshofe.

Von Seiten des Angeschuldigten kann die Einlegung der Berufung durch einen Bevollmächtigten geschehen.

Die Berufungsfrist beträgt einen Monat und beginnt für beide Theile mit dem Ablaufe des Tages, an welchem dem Angeschuldigten die Ausfertigung der Entscheidung zugestellt ist.

§. 40. Ist die Berufung verspätet eingelegt, so hat das Ehrengericht das Rechtsmittel als unzulässig zu verwerfen.

Der Vertreter der Anklage und der Angeschuldigte können binnen einer Woche nach Zustellung des Beschlusses auf die Entscheidung des Ehrengerichtshofs antragen.

§. 41. Zur schriftlichen Rechtfertigung der Berufung steht dem einlegenden Theile eine vom Ablaufe der Einlegungsfrist ab zu berechnende Frist von zwei Wochen offen.

Die Schriftstücke über die Einlegung und Rechtfertigung der Berufung sind, wenn der Vertreter der Anklage die Berufung eingelegt hat, dem Angeschuldigten eingelegt worden ist, dem Vertreter der Anklage in Urschrift vorzulegen.

Innerhalb zwei Wochen nach erfolgter Zustellung der Rechtfertigungsschrift kann der andere Theil eine Beantwortungsschrift einreichen.

Die Fristen zur Rechtfertigung und Beantwortung der Berufung können von dem Ehrengericht auf Antrag verlängert werden.

Neue Thatsachen, welche die Grundlage einer anderen Beschuldigung bilden, dürfen in der Berufungsinstanz nicht vorgebracht werden.

§. 42. Nach Ablauf der in den §§. 39, 40, Abs. 2 und 41 bestimmten Fristen werden die Akten an den Ehrengerichtshof eingesandt.

§. 43. Der Ehrengerichtshof besteht:

1. aus dem Leiter der Medizinal-Abtheilung des Ministeriums der Medizinalangelegenheiten oder in dessen Behinderung aus dem rechtskundigen Mitgliede dieser Abtheilung als Vorsitzenden,
2. aus vier Mitgliedern des Aerztekammer-Ausschusses,
3. aus zwei anderen Aerzten.

Die Letzteren und zwei Stellvertreter werden von dem König ernannt.

Die vier Mitglieder des Aerztekammer-Ausschusses und vier Stellvertreter werden von dem Aerztekammerausschusse mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

Die Ernennung und die Wahl der ärztlichen Mitglieder des Ehrengerichtshofs und ihrer Stellvertreter erfolgt auf die Dauer der Amtszeit des Aerztekammer-Ausschusses.

Die ärztlichen Mitglieder des Ehrengerichtshofs und deren Stellvertreter müssen zu den für das Ehrengericht wahlberechtigten Aerzten (§. 2 Schlussabsatz) gehören.

§. 44. Der Ehrengerichtshof beschliesst und entscheidet nach absoluter Stimmenmehrheit in der Besetzung von sieben Mitgliedern.

Zu jeder dem Angeschuldigten nachtheiligen Entscheidung, welche die Schuldfrage betrifft, ist jedoch eine Mehrheit von fünf Siebentel der Stimmen erforderlich.

Ein Mitglied, welches bei der angefochtenen Entscheidung mitgewirkt hat, ist von der Theilnahme an der Verhandlung und Entscheidung in der Berufungsinstanz ausgeschlossen.

§. 45. Auf das Verfahren in der Berufungs- und Beschwerdeinstanz finden die Vorschriften über das Verfahren erster Instanz entsprechende Anwendung.

Für die Einlegung von Beschwerden gegen Beschlüsse des Ehrengerichts sind die Bestimmungen des §. 39 massgebend.

Die Verrichtungen des Vertreters der Anklage werden von einem rechtskundigen Kommissar des Ministers der Medizinalangelegenheiten wahrgenommen.

§. 46. Für das ehrengerichtliche Verfahren werden nur baare Auslagen in Ansatz gebracht.

Der Betrag der entstandenen Kosten ist von dem Vorsitzenden des Ehrengerichts festzusetzen. Die Festsetzung ist vollstreckbar.

Ueber die Kostenerstattungspflicht des Angeschuldigten ist von dem Ehrengericht oder dem Ehrengerichtshofe mitzuentscheiden.

Kosten, welche weder dem Angeschuldigten auferlegt, noch von dem Verpflichteten eingezogen werden können, fallen der Kasse der Aerztekammer zur Last. Dieselbe haftet den Zeugen und Sachverständigen für die ihnen zukommende Entschädigung in gleichem Umfange, wie in Strafsachen die Staatskasse. Bei weiter Entfernung des Aufenthaltsortes der geladenen Personen ist denselben auf Verlangen ein Vorschuss zu geben.

§. 47. Die Vollstreckung der eine Geldstrafe festsetzenden ehrengerichtlichen Entscheidung erfolgt auf Grund einer von dem Vorsitzenden des Ehrengerichts ertheilten, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen beglaubigten Abschrift der Entscheidungsformel nach Massgabe der Verordnung vom 7. September 1879, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen (Gesetz-Sammlung S. 591).

Dasselbe gilt für die Vollstreckung der die Kosten festsetzenden Verfügung.

§. 48. Die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes erfolgenden Zustellungen und Vorladungen sind gültig und bewirken den Lauf der Fristen, wenn sie unter Beobachtung der für gerichtliche Zustellungen durch die Post vorgeschriebenen Formen — §§. 193 bis 195 der Zivil-Prozess-Ordnung vom 31. Januar 1877 (Reichs-Gesetzbl. 1898 S. 410 ff.) — demjenigen, an den sie ergehen, zugestellt werden.

Der Beauftragung eines Gerichtsvollziehers bedarf es dabei nicht.

Dritter Abschnitt.

Das Umlagerecht und die Kassen der Aerztekammern.

§. 49. Jede Aerztekammer ist befugt, von den wahlberechtigten Aerzten des Kammerbezirkes einen von ihr festzusetzenden jährlichen Beitrag zur Deckung ihres Kassenbedarfs zu erheben.

Der Beschluss der Aerztekammer über die Höhe des Beitrags und über die Festsetzung des Beitragsfusses bedarf der Genehmigung des Oberpräsidenten, welche von dem Vorstande der Aerztekammer nachzusuchen ist.

Wird die Genehmigung ertheilt, so erfolgt die Einziehung der Beiträge, soweit dieselben nicht freiwillig gezahlt werden, nach Massgabe der Verordnung vom 7. September 1879, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen (Gesetz-Samml. S. 591).

Ueber die Niederschlagung einzelner Beiträge entscheidet der Aerztekammer-Vorstand.

§. 50. Bei jeder Aerztekammer wird eine Kasse errichtet. Diese gilt als Vertreterin der Aerztekammer in allen vermögensrechtlichen Angelegenheiten. Sie kann Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden. Sie hat ihren Sitz am Amtssitze des Oberpräsidenten. Die Kasse der Aerztekammer der Provinz Brandenburg und des Stadtkreises Berlin hat ihren Sitz in Berlin.

Zu der Kasse der Aerztekammer fliessen:

1. Geldstrafen und Kosten (§§. 46 und 47);
2. die Beiträge der wahlberechtigten Aerzte des Kammerbezirkes (§. 49);
3. die der Aerztekammer gemachten Zuwendungen jeder Art.

Aus der Kasse werden bestritten:

1. die Verwaltungskosten einschliesslich der Tagegelder und Reisekosten der Mitglieder der Aerztekammer;
2. die Kosten des ehrengerichtlichen Verfahrens, soweit nicht eine Erstattung derselben stattfindet;
3. der durch Beschluss des Aerztekammer-Ausschusses festgesetzte Beitrag der Aerztekammer zu den Kosten des Aerztekammer-Ausschusses;
4. die sonstigen von der Aerztekammer beschlossenen Aufwendungen für Angelegenheiten des ärztlichen Standes.

§. 51. Die Kasse wird von dem Vorstande der Aerztekammer verwaltet und nach Aussen vertreten.

Den Kassenführer wählt der Vorstand der Aerztekammer für die Dauer der Amtszeit aus seiner Mitte.

§. 52. Der Kassenführer ist zur Empfangnahme von Geldern und zur Ertheilung von Quittungen, sowie auf Anweisung des Vorsitzenden der Aerztekammer zu Zahlungen berechtigt.

Die einkommenden Gelder sind nach den für die Belegung vormundschaftlicher Gelder massgebenden Vorschriften zinsbar zu belegen.

Der Kassenführer hat über Einnahmen und Ausgaben Bücher zu führen.

§. 53. Der Kassenführer hat im Namen des Vorstandes der Aerztekammer die Einziehung der Geldstrafen und Kosten, sowie der nicht freiwillig gezahlten Beiträge (§. 49 Abs. 3) zu betreiben.

Als Vollstreckungsbehörde im Sinne der Verordnung vom 7. September 1879, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, (Gesetz-Samml. S. 591) gilt die Ortspolizeibehörde, welche auf Ersuchen des Kassenführers die Vollstreckung zu bewirken hat.

§. 54. Der Vorstand der Aerztekammer hat mindestens jährlich ein Mal durch zwei seiner Mitglieder die Kasse und die Bücher nebst Belägen zu prüfen.

Der Kassenführer hat dem Vorstand und der Letztere der Aerztekammer jährlich Rechnung zu legen.

Die Aerztekammer ertheilt nach Erledigung etwaiger Anstände die Entlastung.

§. 55. Der Oberpräsident ist befugt, von dem Stande der Kasse selbst oder durch einen Beauftragten Kenntniss zu nehmen und Bücher und Beläge zu prüfen.

Vierter Abschnitt.

Uebergangs- und Schlussbestimmungen.

§. 56. Der §. 5 der Verordnung vom 25. Mai 1887, betreffend die Einrichtung einer ärztlichen Standesvertretung, (Gesetz-Samml. S. 169) wird aufgehoben.

§. 57. Die bei dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes aus §. 5 der Verordnung vom 25. Mai 1887 anhängigen Angelegenheiten werden nach den bisherigen Vorschriften erledigt.

§. 58. Dieses Gesetz tritt am 1. April 1900 in Kraft. Mit der Ausführung desselben wird der Minister der Medizinalangelegenheiten beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Windsor Castle, den 25. November 1899.

(L. S.) **Wilhelm.**

Fürst zu Hohenlohe. v. Miquel. Thielen. Frhr. v. Hammerstein. Schönstedt. Brefeld. v. Gossler. Gr. v. Posadowsky. Gr. v. Bülow. Tirpitz. Studt. Frhr. v. Rheinbaben.

Erhöhung der Verpflegungssätze für die in der Station für Schutzimpfungen gegen Tollwuth aufzunehmenden Personen. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten (gez. i. Vertr.: v. Bartsch) — M. Nr. 7843 U I — vom 19. Dezember 1899. — an sämmtliche Königlichen Regierungspräsidenten.

Durch den in Gemeinschaft mit den Herren Ministern für Landwirthschaft etc. und des Innern ergangenen Erlass vom 10. Juli d. J. — M. 13145 —[1]), betr. die beim hiesigen Institut für Infektionskrankheiten eingerichtete Station für Schutzimpfungen gegen Tollwuth, ist mitgetheilt worden, dass die Kosten für die zur Behandlung im Institut aufzunehmenden Patienten pro Tag auf 1,50 M. für jedes Kind unter 12 Jahren, auf 2. M. für jeden Erwachsenen belaufen und dass nach diesen Sätzen 45 M. resp. 60 M. im Voraus einzuzahlen sind. Nachdem es nothwendig geworden ist, diese Kurkostensätze vom 1. Januar 1900 ab auf 2 M. resp. 2,50 M. pro Tag zu erhöhen, bedarf es von diesem Zeitpunkte ab auch der Einzahlung eines entsprechend höheren Kurkostenvorschusses, der sich danach auf 60 M. resp. 75 M. beläuft.

Arzneitaxe. Erlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten (gez. Studt) vom 15. Dezember 1899.

Die in den Einkaufspreisen mehrerer Drogen und Chemikalien eingetretenen Veränderungen haben eine entsprechende Umarbeitung der bisher geltenden Arzneitaxe erforderlich gemacht.

Die allgemeinen Bestimmungen sind unverändert geblieben. Dagegen sind einige Aenderungen und erläuternde Zusätze in dem Abschnitt IV „Preise der Arbeiten“ zur Vermeidung von irrthümlichen Auffassungen für zweckmässig erachtet worden.

---

[1]) Abgedruckt in Beilage zu Nr. 16 dieser Zeitschrift, Jahrg. 1899, S. 130.

Ich hebe die Aenderung in Anmerkung 4 auf Seite 69, ferner den geringeren Preisansatz für Tabletten auf Seite 70 hervor, auf derselben Seite ist die Bezeichnung „Kontundiren“ ergänzt.

Die Bezeichnung „Pastillen“ für „Trochisci“ (Seite 71) ist in Uebereinstimmung mit der Bezeichnung im künftigen Arzneibuche für das Deutsche Reich gewählt.

An derselben Stelle und auf Seite 72 ist der Umfang der Arbeiten für die Zubereitungen von Pillen, Körnern und Pastillen, sowie Pulvern etc. erläutert und ergänzt worden.

Die Verordnungen und Zusätze im Texte des Abschnittes IV sind durch gesperrten Druck kenntlich gemacht.

Ueberschreitung der Taxe unterliegt der Bestrafung nach §. 148 Ziffer 8 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in der Fassung vom 1. Juli 1883 — R.-G.-Bl. S. 177.

Die Taxe tritt mit dem 1. Januar 1900 in Kraft.

C. Grossherzogthum Baden.

Massregeln gegen die Pest nebst Belehrung über das Wesen und die Verbreitungsweise der Pest. Verordnung des Ministeriums des Innern vom 28. Oktober 1899.

Der Inhalt dieser Verordnung, durch welche die in der Verordnung vom 30. Dezember 1891 bestimmte Anzeigepflicht auch auf jeden Erkrankungs- und Todesfall an Pest oder pestverdächtige Erkrankungen eingeführt wird, entspricht dem Rundschreiben des Reichskanzlers vom 26. August 1899 (s. Beilage zu Nr. 20 dieser Zeitschrift, S. 170). Die Belehrung stimmt ihrem Wortlaute nach mit derjenigen überein, die vom Reichskanzler durch Rundschreiben vom 9. September 1899 (s. Beilage zu Nr. 19 dieser Zeitschrift, S. 158) bekannt gegeben ist.

Gleichzeitig werden durch die Verordnung als Untersuchungsstationen für bakteriologische Feststellung der Pest ausschliesslich die hygienischen Institute der Universitäten Heidelberg und Freiburg bestimmt.

D. Grossherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

Führung des Rezepturbuches in den Apotheken. Bekanntmachung des Ministeriums vom 22. Dezember 1899.

Wir finden uns veranlasst, die Bekanntmachung vom 24. April 1832, betreffend die in die Rezepturbücher einzutragenden Rezepte,[1]) mit der Massgabe hierdurch wieder aufzuheben, dass die Bestimmung in §. 2 Absatz 2 Kapitel IX der neuen Medizinal-Ordnung vom 18. Februar 1830 wieder in Geltung tritt, wonach

> „in das in jeder Apotheke zu führende Rezepturbuch jedes zubereitete Rezept nach dem Datum und Nummer, wie es eingegangen, nebst dem Namen des Arztes und des Kranken eingetragen wird.“

E. Grossherzogthum Oldenburg.

Rabattvergütung der Apotheker. Gesetz vom 13. Dezember 1899.

Die auf Ziffer 14 der Apothekerordnung von 1714 und Artikel VIII der Armenverordnung vom 1. August 1786 beruhende Verpflichtung der Apotheker, den Armen die Arzneien ohne Profit zu liefern und für die Bemühung der Zusammensetzung Nichts in Anschlag zu bringen, sowie die bestehende Verpflichtung der Apotheker, die Arzneien für Arme unter Bewilligung eines Rabattes zu liefern, wird mit dem 1. Mai 1900 aufgehoben.

[1]) Durch die angezogene Bakanntmachung war die Eintragung nur derjenigen Rezepte verfügt, welche nach der Bereitung der Arznei aus der Apotheke sogleich wieder zurückgegeben werden.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 2. 15. Januar. 1900.

Rechtsprechung.

Anpreisung von Eukalyptusbonbons als Geheimmittel. Mittel gegen üblen Geruch im Munde sind als solche zur Heilung von Krankheiten anzusehen? Urtheil des Oberlandesgerichss zu Dresden vom 10. August 1899.

Zur Rechtfertigung der Revision ist geltend gemacht worden, in der Verordnung vom 29. Mai 1895 werde die Ankündigung von Geheimmitteln verboten, die zur Heilung und Verhütung von Krankheiten bestimmt seien; die vom Angeklagten angekündigten Eukalyptusbonbons seien aber nicht Heil-, sondern Erfrischungsmittel und seien auch nur als solche angekündigt worden. Wenn sie zur Anwendung bei Husten und Heiserkeit, sowie allen Hals- und Mundkrankheiten empfohlen worden seien, und zugleich behauptet worden sei, sie beseitigten üblen Geruch und Geschmack im Munde und wirkten sehr erfrischend, so werde damit ausgedrückt, dass sie gegen den als Begleiterscheinung auftretenden üblen Geruch und Geschmack anzuwenden seien; übler Geruch und Geschmack bilde aber nicht die zu bekämpfende Krankheit, diese sei vielmehr Husten, Schnupfen und Aehnliches.

Die Rüge ist nicht begründet. Zunächst steht sie in thatsächlicher Beziehung in Widerspruch mit der Ankündigung selbst. Diese zerfällt in zwei Theile. Im ersten Absatz werden die nach ärztlicher Vorschrift bereiteten Eukalyptusbonbons bei Husten, Heiserkeit und allen Hals- und Mundkrankheiten empfohlen. Der zweite Absatz enthält die Behauptung, sie beseitigten üblen Geruch und Geschmack und wirkten sehr erfrischend. Hiernach ist die Annahme gerechtfertigt, dass sie im ersten Absatz allgemein als Heilmittel gegen Husten, Schnupfen und alle Hals- und Mundkrankheiten empfohlen werden, und dass im zweiten Absatz ihre besondere Wirkung gegen üblen Geruch und Geschmack im Munde angepriesen, und dass überdies ihre Eigenschaft als Erfrischungsmittel gerühmt wird. Aber auch wenn sich die Annahme einer allgemeinen Anpreisung im ersten Absatz als Mittel gegen die dort bezeichneten Krankheiten nicht rechtfertigen liesse, sondern die Ankündigung als ein Ganzes aufgefasst und so verstanden werden müsste, dass sie sich nur auf die Wirkung hinsichtlich des üblen Geruches und Geschmacks im Munde beziehen solle, so würde damit für den Angeklagten nichts gewonnen sein. Denn zweifellos enthält die Ankündigung die Anpreisung eines Mittels zur Bekämpfung des schlechten Geschmacks und Geruchs im Munde. Der schlechte Geruch und Geschmack im Munde aber stellt sich nach der auf das Gutachten eines Sachvesständigen gestützten thatsächlichen Feststellung des Berufungsgeriehts als krankhafte Störung des körperlichen Befindens dar. Wenn demnächst das angefochtene Urtheil hierauf die Annahme gründet, dass die Ankündigung der Bonbons als Anpreisung eines Heilmittels anzusehen sei, so lässt sich dagegen kein Bedenken materiell-rechtlicher Art erheben. Hieraus ergiebt sich von selbst, dass die Ankündigung nicht bloss zur Anpreisung eines Erfrischungsmittels dienen soll, sondern dass sie mindestens mit bestimmt ist, ein Heilmittel zu empfehlen. Ferner aber haben die angepriesenen Eukalyptusbonbons auch als Geheimittel im Sinne der erwähnten Verordnung zu gelten. Mag der Begriff des Geheimmittels auf solche Mittel, deren Bestandtheile und Gewichtsmengen nicht in gemeinverständlicher Weise angegeben sind, beschränkt und davon abgesehen werden, ihn auf die Fälle auszudehnen, in denen nur die Angabe der Bereitungsweise fehlt, so sind doch hier jedenfalls jene Thatbestandsmerkmale gegeben; denn die Ankündigung enthält so wenig die Angabe der Bestandtheile, wie die der Gewichtsmengen. Der Einwand, dass sich wenigstens die Bestandtheile aus der

Bezeichnung von selbst ergäben, ist unbegründet. Wenn sich auch zugeben liesse, dass aus der Bezeichnung auf die Zusammensetzung der Bonbons aus Eukalyptus und Zucker zu schliessen sei, würde doch der Vertheidigung entgegengehalten werden müssen, dass die Bonbons noch einen dritten Bestandtheil enthalten, und dass keinesfalls die Gewichtsmengen in den Ankündigungen angegeben sind. Hiernach aber ist auf Grund der massgebenden thatsächlichen Feststellungen des angefochtenen Urtheils anzunehmen, dass der Angeklagte ein Geheimmittel im Sinne der bezeichneten Verordnung angekündigt hat. Seine Verurtheilung ist daher gerechtfertigt.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Vertrieb der als Kinderspielzeug dienenden Bleisoldaten. Runderlass der Minister der u. s. w. Medizinalangelegenheiten, des Handels und des Innern vom 27. November 1899 — M. d. g. A. M. Nr. 7550, M. d. H. C. Nr. 7722, M. d. Inn. II Nr. 14459 — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Aus dem Kreise der Kinderspielwaaren-Industrie ist in letzter Zeit mehrfach über Erschwerungen Klage geführt worden, welche den Vertrieb der als Kinderspielzeug dienenden Bleisoldaten dadurch bereitet worden, dass diese Artikel wegen ihres Bleigehaltes von den Behörden als gesundheitsgefährlich beanstandet werden.

Der Herr Reichskanzler hat deshalb das Kaiserl. Gesundheitsamt zur Abgabe eines Gutachtens veranlasst. Darnach sind im Allgemeinen Bleisoldaten in bemaltem Zustande als gesundheitsgefährlich im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 nicht zu erachten und wird in der Regel zu einer Beanstandung vom gesundheitspolizeilichen Standpunkte aus kein Grund vorliegen. Das Gleiche wird von allen anderen zu Kinderspielzwecken bestimmten, bemalten Bleifiguren zu gelten haben.

Die mit der gesundheitspolizeilichen Ueberwachung des Verkehrs mit Kinderspielzeug beauftragten Behörden sind deshalb zur Verhütung einer unnöthigen Belästigung der in Frage kommenden Handels- und Industriekreise mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Inwieweit etwa die vielfach als Kinderspielzeug im Gebrauch befindlichen Ess-, Trink- und Kochgeschirre aus bleihaltigen Metalllegirungen (Puppengeschirre, Kinderspielservice u. s. w.) zu gesundheitlichen Bedenken Anlass geben, unterliegt zur Zeit noch der Untersuchung.

Die venerischen Krankheiten als Unterrichtsgegenstand bei der Ausbildung der Hebammen, sowie als Prüfungsgegenstand bei den Nachprüfungen derselben. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinal-Angelegenheiten vom 7. Dezember 1899 — M. Nr. 13075 U. I. III Ang. — an sämmtliche Königliche Oberpräsidenten.

Die Bedeutung, welche den Geschlechtskrankheiten nach dem übereinstimmenden Urtheile der medizinischen Sachverständigen für Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett beigelegt werden muss, lässt es geboten erscheinen, die Kenntniss der venerischen Krankheiten auch bei den Hebammen nach Möglichkeit zu vertiefen.

Ein mangelhaftes Wissen auf diesem Gebiete und Unkenntniss der äussern Zeichen und Erscheinungen der venerischen Krankheiten birgt ausserdem die Gefahr in sich, dass die Hebamme bei der Ausübung ihrer Thätigkeit nicht nur sich selbst ansteckt, sondern auch auf ihre Pflegebefohlenen unbewusst den Ansteckungsstoff überträgt.

Gegen solche bedauerliche Vorkommnisse schützt vor Allem eine sachgemässe Ausbildung in der Kenntniss der syphilitischen Erkrankungen. Es ist deshalb Werth darauf zu legen, dass die Hebammenschülerinnen nicht bloss theoretisch über diese Krankheiten belehrt, sondern dass ihnen die Krankheitserscheinungen an Krankheitsfällen auch demonstrirt werden.

Soweit hierfür das Material der Hebammenlehranstalt an Schwangeren keine Gelegenheit bietet, werden die Direktoren es sich angelegen sein lassen, geeignete Fälle für den Unterricht anderweit zu beschaffen. In Städten, in

welchen Kliniken für syphilitische Kranke bestehen, dürfte sich dies unschwer erreichen lassen und wird es sich gegebenen Falles empfehlen, den Hebammen durch den Arzt an der klinischen Anstalt eine Unterweisung an Krankheitsfällen geben zu lassen, wie dies u. a. in der Charité in Berlin geschieht. Wo derartig günstige Verhältnisse nicht vorliegen, wird angestrebt werden müssen, mit Unterstützung der ortsansässigen Aerzte das fehlende Demonstrationsmaterial zu erhalten.

Ich ersuche ergebenst, das hiernach Erforderliche in geeigneter Weise zu veranlassen. Zugleich werden die Regierungs-Präsidenten in meinem Namen zu beauftragen sein, den Regierungs- und Medizinalrath als Vorsitzenden der Hebammen-Prüfungs-Kommission sowie die Kreisphysiker anzuweisen, die venerischen Krankheiten bei der Prüfung der Hebammenschülerinnen bezw. bei der Nachprüfung der Hebammen zum Gegenstand der Besprechung zu machen, das Wissen über die Ursachen, Verbreitung, Erscheinungen und Folgen dieser Krankheiten festzustellen und nach Möglichkeit zu erweitern.

Eintragung der ärztlichen Verordnungen in das Rezeptbuch ist in den Apotheken nicht mehr erforderlich. Bescheid des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 4. Januar 1900 — M. Nr. 7845 — an den Vorstand des Deutschen Apotheker-Vereins; allen Königlichen Regierungspräsidenten zur Kenntnissnahme mitgetheilt.

Auf die Vorstellung vom 12. Oktober d. J., betreffend abschriftliche Vermerkung der ärztlichen Verordnungen auf den Arzneibehältnissen (Erlass vom 8. Mai 1899 — Min.-Bl. f. d. inn. Verw., S. 77[1]) —) erwidere ich nach Anhörung der technischen Kommission für pharmazeutische Angelegenheiten, dass ich eine Gebühr für diese Abschrift nicht zu bewilligen vermag.

Dagegen kann die Eintragung der ärztlichen Verordnungen in das Rezeptbuch, wie sie durch §. 32 der Vorschriften vom 16. Dezember 1893 über Einrichtung und Betrieb der Apotheken u. s. w. — Min.-Bl. f. d. inn. Verw. von 1894, S. 4 — bisher angeordnet ist, in Zukunft fortfallen.

Verbot des Anpreisens und öffentlichen Auslegens von Gegenständen, Mitteln, Einrichtungen und Methoden zur Verhütung der Empfängniss oder zur Beseitigung von Geschlechtskrankheiten. Polizei-Verordnung des Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin vom 1. Januar 1900.

§. 1. Gegenstände, Mittel, Einrichtungen und Methoden, welche dazu bestimmt sind, die Empfängniss zu verhüten oder geschlechtliche Erregungen hervorzurufen, dürfen weder öffentlich angepriesen, angekündigt, noch in öffentlichen Anstalten (Badeanstalten, Kuranstalten und ähnlichen) in Anwendung gebracht werden.

§. 2. Gegenstände, Mittel, Einrichtungen und Methoden zur Verhütung oder Beseitigung von Geschlechtskrankheiten oder der Folgen geschlechtlicher Ausschweifungen dürfen weder öffentlich angepriesen, noch angekündigt werden.

§. 3. Gegenstände oder Mittel der in den §§. 1 und 2 bezeichneten Art dürfen in Schaufenstern oder in dem Publikum zugänglichen Lokalen nicht öffentlich ausgelegt, auch nicht durch Automaten verkauft werden.

§. 4. Verordnungen approbirter Aerzte, welche dazu bestimmt sind, Gefahren für Leben und Gesundheit zu verhüten oder zu beseitigen, werden von den Bestimmungen in den §. 1—2 nicht betroffen.

§. 5. Uebertretungen dieser Verordnung werden, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldbusse bis zu 30 Mark bestraft, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle verhältnissmässige Haft tritt.

Vorräthighalten und unentgeltliche Abgabe von Arzneimitteln seitens der Gemeindeschwestern. Verfügung des Königlichen Regierungspräsidenten in Danzig vom 8. Februar 1899.

Auf die dortigen Anträge genehmige ich, dass die Gemeindeschwestern des Westpreussischen Mutterhauses von denjenigen Arzneibereitungen, Drogen

---

[1]) Siehe Beilage zu Nr. 11 der Zeitschrift; 1899, S. 93.

und chemischen Präparaten, welche den Apotheken zur Abgabe vorbehalten sind, die in dem anliegenden Verzeichnisse aufgeführten Heilmittel innerhalb des Regierungsbezirks Danzig vorräthig halten und unentgeltlich an notorisch unbemittelte Kranke nach Massgabe der im Verzeichnisse aufgeführten näheren Bedingungen abgeben dürfen, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die Arzneimittel wie die Arzneizubereitungen aus der nächsten Apotheke bezogen werden. Die eigenhändige Herstellung von Arzneien und von Mischungen, Lösungen, Pulvern, Salben, Theeaufgüssen oder anderen den Apothekern vorbehaltenen Zubereitungen auch aus solchen Stoffen, deren Abgabe in rohem, ungetheiltem und unverarbeitetem Zustande frei steht, bleibt auch den Gemeindeschwestern wie Jedermann zur Abgabe an Andere verboten.

Diese Genehmigung ist widerruflich und würde zurückgezogen werden müssen, falls die Bestimmungen nicht innegehalten würden. Auch würden die Gemeindeschwestern durch derartige Zuwiderhandlungen sich einer Bestrafung nach §. 367 ad. 3 des Straf-Gesetzbuches aussetzen.

Sollten dort weitergehende Wünsche bestehen, so stelle ich deren Vorbringung in detaillirter, begründeter Weise anheim.

Soweit die Gemeindeschwestern grössere Vorräthe von Arzneimitteln vorräthig halten, wird darauf hinzuwirken sein, dass diese nicht in Papierbeuteln oder Leinwandsäckchen frei umherliegen, sondern in haltbaren, dicht schliessenden, deutlich und dauerhaft bezeichneten Gefässen aufbewahrt werden, welche womöglich in einem verschliessbaren Schranke aufzustellen sind. Bestimmt vorzuschreiben ist solches für die im anliegenden Verzeichnisse aufgeführten Mittel, von denen Aqua carbolisata, Karbolwasser (Nr. 2) abgesondert für sich anfzubewahren ist.

Bezüglich der Abgabegefässe sind auch seitens der Gemeindeschwestern die Bestimmungen des Ministerial-Erlasses vom 22. Juni 1896 zu beachten, wonach die für den inneren Gebrauch bestimmten flüssigen Arzneien in runden Gläsern mit weissen Etiketten, die zum äusseren Gebrauch bestimmten jedoch in sechseckigen, an 3 Flächen gerippten Gläsern mit rothen Etiketten abzugeben sind.

Verzeichniss

derjenigen Heilmittel und Arzneizubereitungen, welche, obwohl sie im Allgemeinen der Abgabe durch die Apotheken vorbehalten sind, von den Gemeindeschwestern aus dem Westpreussischen Diakonissenkrankenhause zu Danzig vorräthig gehalten und an notorisch unbemittelte Kranke unentgeltlich abgegeben werden dürfen.

1. Aqua Calcariae, Kalkwasser.
2. Aqua carbolisata, Karbolwasser (3 %) [nur zum äusseren Gebrauche, nicht aber zu hydropathischen Umschlägen].
3. Aqua Plumbi, Bleiwasser.
4. Chininum hydrochloricum, salzsaures Chinin, in abgetheilten Pulvern zu je 0,25 gr. (nur auf Anordnung des Arztes abzugeben).
5. Emplastrum Cantharidum ordinarium, spanisch Fliegenpflaster (nur auf Anordnung des Arztes abzugeben).
6. Emplastrum Cantharidum perpetuum, Zugpflaster.
7. Mixtura acidi hydrochlorici 1 % (1 : 99 destillirtes Wasser).
8. Mixtura solvens (5 gr. Ammoniumchlorid, 20 gr. Succus Liquiritiae, 175 gr. destillirtes Wasser).
9. Mixtura sulfurica acida, Hallersches Sauer, als Zusatz zum kühlenden Getränk.
10. Pulvis Liquiritiae compositus, Brustpulver.
11. Pulvis Magnesiae cum Rheo, Kinderpulver.
12. Tinctura amara, bittere Tinktur.
13. Tinctura Chinae composita, zusammengesetzte Chinatinktur.
14. Tinctura Valerianae aetherea, ätherische Baldriantinktur.
15. Unguentum basilicum, Königssalbe (nur auf Anordnung des Arztes).

Verkehr mit frischer Kuhmilch. Polizei-Verordnung des Königlichen Regierungs-Präsidenten zu Sigmaringen vom 14. November 1899.

§. 1. Als frische Kuhmilch darf nur eingeführt, feilgehalten oder verkauft werden die

a. Vollmilch, welcher nach dem Melken keine Milchbestandtheile entnommen sind, oder
b. Magermilch, deren einzige Veränderung in der Abrahmung (Abnehmen von Fett) besteht.

§. 2. Vom Verkehr ausgeschlossen ist Milch, die von kranken Kühen stammt, verdorben oder verfälscht ist.

Vom Verkauf ausgeschlossen ist auch:
a. Milch von Kühen, bei welchen seit dem Kalben noch nicht volle 8 Tage verstrichen sind,
b. blutige, schleimige, bittere, schmutzige, ekelerregende Milch oder solche, die sauer geworden ist,
c. Milch, welche mit Wasser, Mehl oder Konservirungsmitteln versetzt ist.

§. 3. Gefässe, aus welchen die Milch fremdartige Stoffe aufnehmen kann, wie Gefässe aus Kupfer, Messing, Zink, Thongefässe mit schlechter oder schadhafter Glasur, eiserne Gefässe mit bleihaltigem Email sind zur Aufbewahrung und für den Transport zur Verkaufsstelle ausgeschlossen.

Auch müssen die Gefässe gehörig rein gehalten und gegen das Eindringen von Staub und anderem Schmutz während der Zeit, in welcher sie zur Verbrauchsstelle gebracht werden, mittels fest schliessenden Deckels verschlossen sein.

Die Gefässe, in welchen entrahmte oder Kindermilch in den Verkehr gebracht wird, müssen in deutlicher, dauerhafter Aufschrift, die nicht am Deckel angebracht sein darf und unabnehmbar sein muss, die Inhaltsbezeichnung „Entrahmte Milch“ oder „Kindermilch“ zeigen.

§. 4. Die für den Verkehr bestimmte Milch darf nur in Räumen aufbewahrt werden, welche gelüftet und rein gehalten, die auch nicht als Schlaf- oder gar Krankenzimmer dienen. Auch dürfen Leute, welche an ansteckenden Krankheiten leiden, oder mit solchen in Berührung kommen, insbesondere auch Schwindsüchtige, sich in keiner Weise mit der Gewinnung, Aufbewahrung und dem Vertrieb von Milch beschäftigen.

§. 5. Unter dem Namen „Kindermilch“ darf nur Vollmilch verkauft werden aus Stallungen, in denen die Viehhaltung (Fütterung, Reinlichkeit u. s. w.) der besonderen Aufsicht eines Thierarztes oder sonstigen Sachverständigen dauernd unterworfen ist.

§. 6. Die Nichtbeachtung der in §. 1 bis 5 einschliesslich gegebenen Vorschriften zieht Geldstrafe bis zu 60 Mark oder entsprechende Haft nach sich.

§. 7. Diese Verordnung tritt $^1/_2$ Jahr nach der Verkündigung in Kraft.

B. Königreich Sachsen.

Ausführungsverordnung zum Reichs-Impfgesetz. Verordnung des Ministeriums des Innern und des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 14. Dezember 1899.

Der Inhalt der Verordnung entspricht den durch die Bundesrathsbeschlüsse vom 28. Juni festgestellten Ausführungsvorschriften Nr. 2 und 8 (s. Beilage zu Nr. 22 dieser Zeitschrift, Jahrg. 1899, S. 186). Die Vorschriften treten am 1. Januar d. J. in Kraft; Aerzte und Apotheker, die diese nicht beachten, sind, soweit nicht schon nach allgemeinen Strafbestimmungen eine Bestrafung einzutreten hat, mit Geldstrafe bis zu 100 Mark zu bestrafen.

C. Königreich Württemberg.

Betrieb und Ueberwachung der Privatirrenanstalten. Verfügung des Ministeriums des Innern vom 18. November 1899.

I. Vorschriften über die Einrichtuug und den Betrieb der Privat-Irrenanstalten im Allgeneinen.

Bauliche Anlage, Einrichtung und Belegung.

§. 1. Bei der baulichen Anlage und den sonstigen Einrichtungen der Privatirrenanstalten sind neben den bei der Konzession etwa ertheilten besonderen Vorschriften die für Krankenhäuser und Krankenpflege in Betracht kommenden allgemeinen hygienischen Grundsätze zu beachten. Die Anstalten müssen in einem diesen Anforderungen entsprechenden Zustande erhalten werden.

Die Belegung der Anstalten darf die von dem Medizinalkollegium für zulässig erklärte Höchstzahl von Kranken nicht überschreiten.

Aerztliche Versorgung der Anstalt.

§. 2. Jede Privatirrenanstalt, welche zur Aufnahme von heilbaren Kranken bestimmt, oder welche für mehr als 50 Kranke berechnet ist, muss, soweit es sich nicht um wirthschaftliche Angelegenheiten handelt, von einem psychiatrisch ausgebildeten Arzte geleitet werden, welcher seine Wohnung in der Anstalt oder deren nächster Umgebung zu nehmen hat.

Für Privatirrenanstalten von nicht über 50 Betten, in welchen nur solche Kranke Aufnahme finden, bei denen eine Aussicht auf Heilung nicht mehr vorhanden ist, genügt es, wenn der regelmässige Besuch eines Arztes in den von dem Medizinalkollegium für zulässig erachteten Zeitabschnitten gesichert ist.

Die Anstellung des ärztlichen Leiters der Anstalt bedarf, falls der Unternehmer nicht selbst der leitende Arzt ist, der vorgängigen Anzeige an das Medizinalkollegium unter Vorlage der zum Nachweis der Qualifikation erforderlichen Belege. Ebenso ist von dem Dienstaustritt des ärztlichen Leiters der Anstalt dem Medizinalkollegium Anzeige zu erstatten.

Befugnisse und Obliegenheiten des ärztlichen Leiters.

§. 3. Der ärztliche Leiter hat die Verantwortung für den gesammten ärztlichen Betrieb der Anstalt zu übernehmen.

Zu seinen Befugnissen und Obliegenheiten gehört insbesondere die Aufnahme, Entlassung und Beurlaubung von Kranken, die Unterbringung derselben in den einzelnen Krankenräumen oder die Verlegung von einer Abtheilung in die andere, die Beschäftigung der Kranken, die Mitwirkung bei Festsetzung der Verköstigungsnormen und die Verordnung der aus ärztlichen Gründen einzelnen Kranken zu gewährenden besonderen Verpflegung, die Anordnung etwa nothwendig werdender Isolirung oder sonstiger Beschränkung, sowie überhaupt sämmtlicher therapeutischer Massnahmen, die Ueberwachung der in §. 15 genannten Vorschriften, die verantwortliche Führung der Krankengeschichten, die Lieferung der vorgeschriebenen Berichte, sowie die Besorgung aller sonstigen, auf den ärztlichen Dienst sich beziehenden Korrespondenzen.

Hülfsärzte.

§. 4. In grösseren Privatanstalten sind die erforderlichen Hülfsärzte anzustellen. Deren Zahl ist in der Regel so zu bemessen, dass auf einen Arzt nicht mehr als 100 Kranke kommen.

Die Hülfsärzte sind in allen Fragen des ärztlichen Dienstes dem ärztlichen Leiter der Anstalt zu unterstellen.

Wart- und Pflegepersonal.

§. 5. Zur unmittelbaren Krankenpflege und zur Beaufsichtigung der Pfleglinge ist das erforderliche Wart- und Pflegepersonal anzustellen. Als Wärter und Wärterinnen dürfen nur zuverlässige und unbescholtene Personen verwendet werden.

Das Wart- und Pflegepersonal ist in allen Fragen des ärztlichen Dienstes dem ärztlichen Leiter der Anstalt zu unterstellen.

II. Aufnahme von Kranken.

Aufnahmebedingungen.

§. 6. Zur Aufnahme von Kranken sind folgende Nachweise erforderlich:

1. ein Geburts- oder Taufschein des Kranken;

2. ein Zeugniss des Gemeinderaths (bei Nichtwürttembergern der Ortspolizeibehörde) des bisherigen Wohnorts des Kranken über den Stand und die Familienverhältnisse des Aufzunehmenden und über die Thatsache des gestörten Geisteszustandes desselben. In unbedenklichen Fällen kann durch das Medizinalkollegium die Beibringung dieses Zeugnisses nachgelassen werden;

3. die auf persönlicher Untersuchung beruhende Beurkundung und Beschreibung der Geistesstörung, ihrer Art und bisherigen Dauer durch einen approbirten deutschen Arzt und zwar, wenn der Kranke in ärztlicher Behandlung gestanden ist, durch denjenigen Arzt, welcher die Behandlung geleitet hat. Bei Zeugnissen von Aerzten, die nicht im öffentlichen Dienst stehen, kann von der Aufsichtsbehörde eine Beglaubigung durch einen beamteten Arzt verlangt werden. Das ärztliche Zeugniss soll zur Zeit der Einreichung des Gesuchs keinenfalls älter als vier Wochen sein und im Allgemeinen die in der

Beilage zu dem Statut der Staatsirrenanstalten vom 29. März 1899 (Reg.-Blatt S. 249) aufgeführten Anhaltspunkte geben.

Bei Geisteskranken, welche aus einer ausserdeutschen Irrenanstalt zugeführt werden, kann mit Genehmigung des Medizinalkollegiums an Stelle der Beurkundung der Geistesstörung durch einen approbirten deutschen Arzt ein entsprechendes, von einem Arzt der betreffenden Irrenanstalt ausgestelltes Zeugniss treten, sofern die Thatsache der Geistesstörung aus dem Verhalten der aufzunehmenden Person unzweifelhaft hervorgeht und die Aufnahme unter sonst unverdächtigen Umständen nachgesucht wird;

4. die Zustimmungserklärung der nächsten Angehörigen des Kranken, sowie, wenn ein solcher aufgestellt ist, seines Vormundes.

Als nächste Angehörige sind zu betrachten: Ehegatten, volljährige Abkömmlinge, Eltern oder Voreltern, volljährige Geschwister des Kranken, Geschwister jedoch nur dann, wenn weder volljährige Abkömmlinge, noch Eltern oder Voreltern vorhanden sind.

In unzweifelhaften Fällen genügt die Zustimmung eines der nächstberufenen Verwandten und ausserdem, wenn der Kranke verheirathet ist, des Ehegatten, insolange, als nicht seitens eines anderen Angehörigen Einspruch erhoben wird (vergl. §. 10 Abs. 1 lit. b).

Ist der Aufenthalt von Angehörigen eines Kranken in dem oben bezeichneten Sinn nicht zu ermitteln oder ist die Beibringung ihrer Zustimmungserklärung nur mit einem unverhältnissmässigen Zeitverlust möglich, so darf von Einholung der Zustimmung dieser Angehörigen überhaupt Umgang genommen werden; es sind jedoch diese Verhältnisse, wie auch der Fall, wenn keine Angehörigen der genannten Art vorhanden sind, in dem unter Ziff. 2 erwähnten Zeugniss zu beurkunden;

5. ein Nachweis über die Heimath und den Unterstützungswohnsitz des Kranken.

Ist die Herkunft des Kranken bekannt und waltet darüber, wohin derselbe im Falle der Entlassung aus der Anstalt gebracht und wo die Aufnahme zur weiteren Verpflegung nicht verweigert werden darf, kein Zweifel ob, so darf gegenüber von Angehörigen des Deutschen Reichs von der Beibringung eines obrigkeitlichen Zeugnisses über diese Verhältnisse abgestanden werden, während in Ermangelung der bezeichneten Voraussetzungen und insbesondere bei allen Ausländern auf der Vorlegung eines Zeugnisses der zuständigen Obrigkeit des Heimathorts zu beharren ist.

Aufnahme in dringlichen Fällen.

§. 7. In Fällen, welche die ungesäumte Aufnahme eines Kranken erfordern, kann die sofortige vorläufige Aufnahme in eine Privatirrenanstalt stattfinden, auch wenn nicht sämmtliche in §. 6 Ziff. 1 bis 5 vorgeschriebenen Nachweise vorhanden sind. Doch ist hierzu jedenfalls erforderlich:

1. wenn die Zustimmung eines der nächsten Angehörigen (§. 6, Ziff. 4, Abs. 2 und 3) oder des Vormundes vorliegt:

der Nachweis der Geisteskrankheit des Aufzunehmenden durch ein ärztliches, auf persönlicher Untersuchung beruhendes Zeugniss;

2. wenn die Beibringung der Zustimmung eines der nächsten Angehörigen oder des etwaigen Vormunds nicht thunlich ist, mit Beschränkung auf Kranke, welche in Württemberg wohnen:

ein Aufnahmeantrag des Oberamts, in dessen Bezirk sich der Kranke zur Zeit aufhält und ein von dem Oberamtsarzt ausgestelltes Zeugniss, welches die Dringlichkeit der sofortigen Aufnahme nachweist.

Die noch fehlenden Belege müssen alsdann baldthunlichst, spätestens aber binnen vier Wochen, nachgebracht und dem Oberamtsarzt unbeschadet der vorläufigen Anzeige gemäss §. 9 Abs. 1 vorgelegt werden.

Freiwilliger Eintritt in die Anstalt.

§. 8. Bei volljährigen Kranken, deren Aufnahme auf ihren eigenen Wunsch erfolgt, kann, wenn sie diesen vor dem ärztlichen Leiter der Anstalt zu Protokoll geben und unterschriftlich bestätigen, von der Beibringung der in §. 6 verlangten Belege mit Ausnahme der Geburtskunde Umgang genommen worden.

Die Aufnahme freiwillig Eintretender ist in Privatirrenanstalten, welche

nicht unter spezieller ärztlicher Leitung im Sinne des §. 2 Abs. 1 stehen, nicht zulässig.

Anzeigepflicht bei der Aufnahme.

§. 9. Von jeder Aufnahme, welche auf Grund der §§. 7 und 8 erfolgt, ist dem Oberamtsarzt, in dessen Bezirk sich die Privatirrenanstalt befindet, binnen zwei Tagen, von jeder anderen Aufnahme innerhalb der ersten acht Tage nach vollzogener Aufnahme Anzeige zu erstatten. Der Oberamtsarzt prüft die Aufnahmebelege und vergewissert sich über die Zulässigkeit der Aufnahme; erscheint ihm letztere nicht anstandslos zu sein, so hat er sich durch sofortige persönliche, nöthigenfalls zu wiederholende Untersuchung des Kranken von der Unbedenklichkeit der Aufnahme zu überzeugen. Gewinnt er diese Ueberzeugung nicht, so ist der Kranke alsbald zu entlassen. In zweifelhaften Fällen ist die Entscheidung des Medizinalkollegiums sofort einzuholen.

Ausserdem ist von jeder Aufnahme, sofern sie nicht auf Grund des §. 8 erfolgt, binnen der in Abs. 1 genannten Fristen dem Oberamt, in dessen Bezirk der Kranke seinen Wohnsitz hat oder in Ermangelung eines solchen seinen letzten Aufenthalt hatte, unter Bezeichnung des bei der Aufnahme vorgelegten ärztlichen Zeugnisses vertrauliche Mittheilung zu machen. Bei Nichtwürttembergern ist die Anzeige dem Oberamt des Sitzes der Anstalt behufs Uebermittelung an die zuständige Heimathbehörde des Kranken zu übergeben. Eine Bescheinigung über den Empfang der Mittheilung ist zu den Akten zu bringen. In unbedenklichen Fällen kann von dieser Anzeige durch das Medizinalkollegium entbunden werden.

III. Entlassung und Beurlaubung von Kranken.

Entlassung.

§. 10. Die Entlassung eines Kranken hat vorbehaltlich der Bestimmung in Abs. 2 zu erfolgen:

a) wenn er genesen ist, oder sonst sein Gesundheitszustand ein ferneres Verbleiben in der Anstalt nicht rechtfertigt;

b) wenn seine Entlassung von dem Vormund oder einem der nächsten Angehörigen (§. 6 Ziff. 4) verlangt wird.

In letzterem Fall darf die Entlassung, wenn der Kranke für sich oder andere gefährlich ist, nur erfolgen, wenn die zuständige Polizeibehörde des künftigen Aufenthaltsorts des Kranken — in Württemberg das Oberamt — auf vorherige Benachrichtigung seitens der Anstalt der Entlassung zustimmt und wenn für sichere Ueberführung gesorgt ist. Wenn die Zustimmung der Polizeibehörde zur Entlassung des Kranken verweigert wird, sowie in zweifelhaften Fällen, ist die Entscheidung des Medizinalkollegiums einzuholen. Kommt hiebei die polizeiliche Einweisung des Kranken in eine Staatsirrenanstalt in Frage, so hat das Medizinalkollegium alsbald das Vezfahren nach §. 16 des Statuts der Staatsirrenanstalten vom 20. März 1899 zu veranlassen.

Beurlaubung von Kranken.

§. 11. Kranke, welche noch nicht so weit genesen sind, dass sie unbedenklich entlassungsfähig erscheinen, oder solche, bei denen ein Rückfall zu befürchten ist, können zunächst versuchsweise in Form der Beurlaubung entlassen werden.

Die Dauer des Urlaubs soll drei Monate nicht überschreiten, kann aber mit Genehmigung des Medizinalkollegiums bis zu 6 Monaten verlängert werden.

Beurlaubte Kranke, deren Zustand sich derart verschlimmert, dass sie wieder anstaltsbedürftig erscheinen, können, wenn die Rückfälligkeit ärztlich bescheinigt wird, ohne Weiteres wieder aufgenommen werden. Die Wiederaufnahme ist in derselben Weise wie eine Neuaufnahme anzuzeigen (vergl. §. 9).

Nach Ablauf der Urlaubsfrist tritt ohne Weiteres die endgültige Entlassung aus der Anstalt ein.

Austritt freiwillig Eingetretener.

§. 12. Ein Kranker, dessen Aufnahme auf seinen eigenen Wunsch erfolgt ist (§. 8), kann jeder Zeit aus der Anstalt wieder austreten, es sei denn, dass die Beobachtung ergeben hat, dass er für sich oder andere gefährlich ist. In letzterem Fall ist sofort die Zustimmung der nach §. 6 Ziff. 4 in Betracht kommenden Angehörigen, sowie eines etwaigen Vormundes zum Verbleiben des Kranken in der Anstalt einzuholen. Wird diese Zustimmung verweigert, so ist in derselben Weise wie in §. 10 Abs. 2 zu verfahren.

Anzeigepflicht bei Entlassungen und Todesfällen.

§. 13. Die Entlassung und Beurlaubung eines Kranken ist binnen acht Tagen demjenigen Oberamt, welchem die Mittheilung von der Aufnahme zu machen war (§. 9 Abs. 2), vertraulich anzuzeigen. Indess kann von dieser Anzeige abgesehen werden, wenn von ihr ein ungünstiger Einfluss auf das Befinden des Kranken zu befürchten ist; sie hat aber jedenfalls zu erfolgen, wenn sie im öffentlichen Interesse oder im Interesse des Pfleglings erforderlich erscheint.

Wenn ein in der Anstalt befindlicher Kranker stirbt, so ist der Oberamtsarzt hiervon unter Angabe der vermuthlichen Todesursache so zeitig in Kenntniss zu setzen, dass er der etwa beabsichtigten Sektion der Leiche anwohnen kann, falls er dies aus irgend einem Grunde für angemessen hält. Wird eine Sektion vorgenommen, so ist ein Sektionsprotokoll aufzunehmen und solches auf Verlangen dem Oberamtsarzt und dem Medizinalkollegium vorzulegen.

IV. Staatspfleglinge.

§. 14. Sind in einer Privatirrenanstalt Staatspfleglinge untergebracht, so finden auf diese die über Aufnahme, Entlassung und Beurlaubung von Kranken in den Staatsirrenanstalten geltenden Vorschriften (vergl. Statut der Staatsirrenanstalten vom 20. März 1899) entsprechende Anwendung.

Für die Versetzung von Pfleglingen der Staatsirrenanstalten unter die Staatspfleglinge einer Privatirrenanstalt und umgekehrt ist die Zustimmung der Angehörigen nicht erforderlich.

V. Behandlung und Verpflegung der Kranken.

§. 15. Der Unternehmer, sowie alle Angestellten und Bediensteten der Anstalt haben sich die möglichst sorgfältige und menschenfreundliche Behandlung der Kranken unter Beachtung aller Forschritte auf dem Gebiete der Irrenheilkunde zur ernsten Pflicht zu machen.

Jede Misshandlung der Kranken ist durchaus verboten.

Die Verköstigung ist in genügender Menge, in guter und gesunder Beschaffenheit und reinlicher Zubereitung zu reichen.

Auf Ordnung im gesammten Dienst, körperliche Reinlichkeit der Kranken, auf Sauberkeit in Kleidung, Betten und in allen Räumen, ebenso auf gehörige Lüftung ist sorgfältigst Bedacht zu nehmen.

VI. Krankenlisten, Personalakten und Berichterstattung.

Krankenlisten.

§. 16. Ueber die aufgenommenen Kranken ist eine Aufnahmeliste zu führen.

Diese Liste ist in chronologischer Ordnung anzulegen und hat folgende, stets sofort mit den erforderlichen Einträgen zu versehende Rubriken zu enthalten:

a) fortlaufende Nummer;
b) Namen, Religion, Stand, Alter und Wohnort des Kranken;
c) Namen und Stand des gesetzlichen Vertreters des Kranken oder Bezeichnung der für ihn sorgenden Behörde;
d) Namen und Wohnort des Arztes, auf dessen Zeugniss die Aufnahme erfolgt ist;
e) Tag des Eintritts des Kranken in die Anstalt;
f) Tag des Austritts des Kranken aus der Anstalt, bezw. seines Todes;
g) Krankheitsform;
h) Bemerkungen.

Unter h) sind bei Gestorbenen die Ursache des Todes mit der Angabe, ob die Sektion gemacht worden ist oder nicht, ferner Entweichungen, sowie die Orte, an welche entlassene Pfleglinge verbracht werden, anzuführen.

Die Aufnahmeliste muss eingebunden, mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen und so geführt sein, dass der Bestand der Anstalt an Kranken jeder Zeit leicht aus ihr ersehen werden kann.

Jede Isolirung eines Kranken ist unter Angabe des Grundes und der Dauer derselben in ein besonders hierfür bestimmtes Buch einzutragen.

Personalakten und Krankengeschichten.

§. 17. Die jeden Kranken betreffenden Urkunden und sonstigen Schriftstücke sind in besonderen mit dem Namen des Kranken und der Nummer der Aufnahmelisten bezeichneten Aktenheften in der Anstalt aufzubewahren.

Ueber jeden Kranken ist eine Krankheitsgeschichte von dem Anstaltsarzt zu führen; die Einträge in derselben müssen so gemacht sein, dass jeder Zeit eine Orientirung über den Zustand des Kranken möglich ist.

Berichterstattung.

§. 18. Spätestens bis zum 15. Februar jeden Jahres ist dem Medizinalkollegium ein die bemerkenswerthen Vorkommnisse des abgelaufenen Kalenderjahres enthaltender Jahresbericht, sowie ein Verzeichniss der während des Jahres in der Anstalt verpflegten Kranken unter Anwendung des im §. 16 gegebenen Schemas vorzulegen.

Unabhängig hiervon sind dem Medizinalkollegium auf Verlangen jeder Zeit sowohl über den Betrieb der Anstalt, als über die einzelnen Kranken, alle für einen vollen Einblick erforderlichen Aufschlüsse zu ertheilen.

Auch ohne besondere Aufforderung ist jeder Selbstmord und jede zur Ausführung gekommene Flucht von Kranken dem Medizinalkollegium anzuzeigen.

VII. Beaufsichtigung der Privatirrenanstalten.

§. 19. Die Beaufsichtigung und Ueberwachung der Privatirrenanstalten liegt dem Medizinalkollegium, Abtheilung für die Staatskrankenanstalten, unter Mitwirkung der Oberamtsärzte, in deren Bezirk sich die Anstalt befindet, ob.

Seitens des Medizinalkollegiums sind alle Privatirrenanstalten, und zwar die grösseren durch den Vorstand oder ein administratives Mitglied und den psychiatrischen Referenten desselben, die kleineren durch letzteren allein, von Zeit zu Zeit unvermutheten genauen Visitationen zu unterziehen, welche sich ebenso auf die Einrichtungen der Anstalt und ihren gesammten Betrieb, wie auf die persönlichen Angelegenheiten der einzelnen Pfleglinge zu erstrecken haben.

Ausserdem haben die Oberamtsärzte, soweit nicht im Einzelnen andere Bestimmungen getroffen werden, die Anstalten alljährlich zwei Mal, ein Mal im Sommer, ein Mal im Winter, in unvermutheter Weise zu visitiren.

Als Anleitung für die Vornahme der Visitation dient bis auf Weiteres die Dienstanweisung für die Visitation der Privatirrenanstalten (zu vergl. Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 26. März 1890, Reg.-Blatt S. 73). Soweit in dieser Dienstanweisung auf die Ministerialverfügung vom 18. Oktober 1873, betreffend den Betrieb und die Ueberwachung von Privatirrenanstalten (Reg.-Blatt S. 395), Bezug genommen ist, treten die Vorschriften der gegenwärtigen Verfügung an deren Stelle.

Für Beseitigung der bei der Aufsichtsführung entdeckten Mängel hat das Medizinalkollegium, nöthigenfalls durch Inanspruchnahme des Oberamts oder der Kreisregierung, Sorge zu tragen.

VIII. Schlussbestimmung.

§. 20. Die Ministerialverfügungen vom 18. Oktober 1873, betreffend den Betrieb und die Ueberwachung von Privatirrenanstalten (Reg.-Blatt S. 395), und vom 7. November 1894, betreffend die Abänderung der vorerwähnten Verfügung (Reg.-Blatt S. 315), werden aufgehoben.

D. Grossherzogthum Hessen.

Anweisung zur amtlichen Besichtigung der Apotheken. Verordnung des Ministeriums des Innern (Abtheilung für öffentliche Gesundheitspflege) vom 7. Dezember 1899.

A. Allgemeines.

§. 1. Jede Apotheke, Zweig-, Krankenhaus-, ärztliche und homöopathische Haus-Apotheke ist innerhalb dreier Jahren einer amtlichen Besichtigung durch das pharmazeutische Mitglied der Ministerialabtheilung für öffentliche Gesundheitspflege zu unterziehen.

Ort, Zahl, Zeit und Reihenfolge der vorzunehmenden Besichtigungen bestimmt die Ministerialabtheilung für öffentliche Gesundheitspflege.

Jede neuerrichtete oder verlegte Apotheke ist vor oder kurz nach ihrer Eröffnung einer amtlichen Besichtigung zu unterziehen.

§. 2. Die Ministerialabtheilung theilt die getroffenen Bestimmungen ihrem Bevollmächtigten als Dienstgeheimniss mit und beauftragt ihn mit der Ausführung der Besichtigungen. Der Bevollmächtigte hat den zuständigen Kreisarzt vertraulich von dem Zeitpunkt der Besichtigung zu benachrichtigen, damit derselbe, falls er es für erforderlich hält, der Besichtigung beiwohnen kann. Jedenfalls soll der Kreisarzt an Besichtigungen in seinem Wohnorte theilnehmen, soweit er nicht wichtige Abhaltung hat.

Ist das pharmazeutische Mitglied der Ministerialabtheilung für öffentliche Gesundheitspflege verhindert, die Besichtigung vorzunehmen, so kann ein Apothekenbesitzer oder ein gewesener Apothekenbesitzer mit der Vornahme beauftragt werden. In diesem Falle ist der zuständige Kreisarzt anzuweisen, die Besichtigung beizuwohnen.

§. 3. Der Bevollmächtigte soll an dem Orte der Besichtigung stets ohne vorhergehende Ankündigung eintreffen, und die Besichtigung ist auch in Abwesenheit des Besitzers unter Zuziehung des befugten Vertreters vorzunehmen. Ist ein solcher nicht vorhanden, und kann dessen alsbaldige Anwesenheit nicht bewirkt werden, so unterbleibt die Besichtigung und es ist alsbald ein Bericht über den Sachverhalt an die Grossherzogliche Ministerialabtheilung für öffentliche Gesundheitspflege zu erstatten, welche weiteres verfügen wird.

§. 4. Der Bevollmächtigte hat die bei der Besichtigung aufzunehmende Verhandlung längstens binnen 14 Tagen der Ministerialabtheilung für öffentliche Gesundheitspflege mit Bericht vorzulegen, welche das nach ihrem Ermessen Erforderliche verfügt und bei Vorhandensein grober Unregelmässigkeiten Nachbesichtigungen auf Kosten des Besitzers anordnen kann. Mit der Kontrole der Beseitigung leichterer Anstände nach einer festgesetzten Frist, kann der zuständige Kreisarzt beauftragt werden.

B. Die Besichtigung.

§. 5. Die Besichtigung soll in der Regel bei Tageslicht stattfinden und in einem Tage beendet werden. Für die Besichtigung grösserer Apotheken, oder wenn viele Beanstandungen zu erheben sind, sind zwei Tage zulässig.

Der Bevollmächtigte hat nach seinem Eintreffen zunächst den Apothekenvorstand von dem Zweck seines Kommens zu verständigen und ihn durch Handgelöbniss an Eidesstatt dahin zu verpflichten, dass er dem Bevollmächtigten pflichtmässig alles, was er über den Zustand und die Geschäftsführung der Apotheke zu wissen verlangt, der Wahrheit entsprechend ohne Hinterhalt angeben wolle.

Der Apothekenvorstand und sein Geschäftspersonal sind verpflichtet, dem Bevollmächtigten bei der Ausführung der Besichtigung bereitwillig entgegenzukommen und allen berechtigten Anforderungen desselben zu entsprechen.

§. 6. Die Besichtigung beginnt mit einem Rundgang durch sämmtliche Geschäftsräume um zunächst einen allgemeinen Ueberblick zu ermöglichen.

Werden in einem Raume Vorschriftswidrigkeiten bemerkt, so beginnt in demselben die eingehende Besichtigung, sonst im Arzneisaale. Als Richtschnur für die Ausführung derselben dienen die Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheker vom 14. Januar 1897, sowie die dazu etwa ergehenden Ergänzungen oder Abänderungen.

§. 7. Nicht nur die in den vorstehend angeführten Vorschriften aufgeführten Räume, sondern sämmtliche Räume und Behältnisse, in welchen Arzneimittel oder Apothekerwaaren, einschliesslich der überschiessenden Vorräthe, aufbewahrt werden, müssen vorschriftsmässig eingerichtet sein und sind dem Bevollmächtigten auch ohne besonderes Verlangen vorzuzeigen.

§. 8. Die Arzneimittel sind, soweit sie nicht chemischen oder physikalischen Prüfungen unterworfen werden sollen, nach ihren sinnlich wahrnehmbaren Eigenschaften genau auf Güte und Brauchbarkeit zu prüfen.

Von den zur chemischen und physikalischen Untersuchung geeigneten Mitteln ist eine dem Geschäftsumfang entsprechende Anzahl nach Vorschrift des Arzneibuches zu untersuchen, wobei vorzugsweise solche Mittel berücksich-

tigt werden sollen, welche erfahrungsgemäss öfters verdorben oder verunreinigt vorkommen. Eine Beschränkung der Untersuchungen auf die nach der Series medicam. vorräthig zu haltenden oder in das Arzneibuch aufgenommenen Mittel soll nicht stattfinden. Die zur Untersuchung erforderlichen Waaren, Reagentien und Geräthschaften hat der Apothekenvorstand unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

§. 9. Unbrauchbare Mittel sind auszuscheiden und falls sie durch Umarbeitung nicht in vorschriftsmässigen Zustand versetzt werden können, zu vernichten. Die Umarbeitung hat thunlichst während der Anwesenheit des Bevollmächtigten stattzufinden. Ist dies nicht ausführbar, so ist Vorsorge zu treffen, dass ein Verbrauch oder Verkauf derartiger Mittel ausgeschlossen wird.

Der Vorschrift des §. 11 der Betriebsordnung entgegen vorräthig gehaltene Mittel sind in Gegenwart des Bevollmächtigten zu vernichten.

Minderwerthige Arzneimittel dürfen, abgesehen von den ausschliesslich zu technischem Gebrauch bestimmten und als solche deutlich bezeichneten Mitteln, nicht geduldet werden.

Erhebt der Apothekenvorstand Einspruch gegen die Beanstandung einer Waare, so ist eine Probe derselben versiegelt an die Ministerialabtheilung für öffentliche Gesundheitspflege zur Entscheidung einzusenden.

§. 10. Die vorhandenen Waagen und Gewichte sind auf vorschriftsmässige Beschaffenheit, Richtigkeit und Empfindlichkeit zu prüfen.

Unrichtige Waagen oder Gewichte sind zu beschlagnahmen.

Die zur Aufbewahrung der Arzneimittel dienenden Behälter (Schubkasten, Standgefässe [und Gestelle u. s. w.) sind in Bezug auf ihr Material, ihre Verschliessbarkeit und Reinlichkeit, ihre Aufschrift und Aufstellung, die zur Anfertigung der Arzneien erforderlichen Geräthschaften auf genügende Anzahl und gute Beschaffenheit zu untersuchen.

§. 11. Eine dem Geschäftsumfang entsprechende Anzahl der in der Apotheke zurückgebliebenen Rezepte aus verschiedenen Monaten stammend, sind auf ihre Autorität und die Richtigkeit ihrer Taxansätze zu prüfen.

Die in den Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken angeführten Bücher und Geschäftspapiere sind zur Einsicht vorzulegen. Desgleichen die Urkunden über den Besitz und die Betriebsberechtigung, die Approbation des Besitzers und die Legitimationspapiere des Personals.

Wird ein Nebengeschäft betrieben, so ist die dafür ertheilte Erlaubniss vorzulegen, und der Bevollmächtigte hat zu prüfen, ob und wie weit der Betrieb desselben auf den Betrieb der Apotheke in nachtheiliger Weise einwirkt.

Der Bevollmächtigte soll sich in möglichst schonender Weise Kenntniss von dem durchschnittlichen Jahresumsatz der Apotheke zu verschaffen suchen.

Lehrlinge haben ihre Pflanzensammlung und ihr Elaborationsbuch vorzulegen und sind in Gegenwart des Apothekenvorstandes gemäss der Prüfungsvorschriften und der Dauer der Lehrzeit entsprechend auf das Mass ihrer Kenntnisse zu prüfen.

§. 12. Am Schlusse der Besichtigung hat der Bevollmächtigte eine Verhandlung nach dem vorgedruckten Formular aufzunehmen, in welcher die gemachten Wahrnehmungen einzutragen sind. Dieselbe ist von dem Bevollmächtigten, von dem Apothekenvorstand und gegebenenfalls von dem Kreisarzte nach Kenntnissnahme zu unterzeichnen.

Einwendungen des Apothekenvorstandes gegen Inhalt oder Wortlaut der Verhandlung sind nebst Begründung am Schlusse der Verhandlung aufzunehmen.

Ueber die erhobenen Beanstandungen ist dem Apothekenvorstand ein Verzeichniss zurückzulassen.

§. 13. Die Besichtigung von Zweig-, Krankenhaus-, ärztlichen auch homöopathischen Hausapotheken findet unter Berücksichtigung der §§. 43—45 der Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken in sinngemässer Anwendung der vorstehenden Bestimmungen statt.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 3. **1. Februar.** 1900.

Rechtsprechung.

Eine Beleidigung gegen einen Beamten, die sich auf ein von diesem als Sachverständigen in einem Zivilprozesse abgegebenes Gutachten bezieht, liegt im Sinne des §. 196 Str.-G.-B. nicht vor, wenn dieses Gutachten nicht in amtlicher Eigenschaft abgegeben, sondern der Beamte nur mit Rücksicht auf seine Berufserfahrungen als Sachverständiger zugezogen ist. Urtheil des Reichsgerichts (I. Strafsenats) vom 21. September 1899.

. . . Die Ausfälle auf das von Prof. Dr. S.[1]) als Sachverständigen in dem Zivilprozesse auf Antrag des Beklagten abgegebene Gutachten werfen dem Sachverständigen fingirte Sachdarstellung vor, nennen sein Gutachten einen Parteischriftsatz und behaupten, er bediene sich fingirter Thatsachen als Handhabe. . . .

Unter den Berufspflichten eines Vorstandes der landwirthschaftlichen Zentralversuchsstation kommt die Abgabe von Gutachten in Zivilprozessen nicht vor. . . . Dass bei Abgabe des Gutachtens die gleichen Fragen zu beurtheilen sind, wie bei Ausübung des Berufes, giebt der Thätigkeit keine Beziehung auf den Beruf, sonst wäre dies bei jeder Verwendung der einem Beamten zur Ausübung seines Berufes nothwendigen Kenntnisse zu Privatzwecken der Fall, was Niemand behaupten wird.

. . . Selbstverständlich fällt die Wahl des zu bestellenden Sachverständigen regelmässig auf den am besten dazu Befähigten, gleichviel wie er diese Befähigung erworben hat. Werden Privatpersonen in einer Frage für reicher an Wissen und Erfahrung gehalten, als staatlich Angestellte, so wird die Wahl auf jene fallen, wo die Wahl freigegeben ist. Ein gesetzlicher Zwang, im fraglichen Zivilprozesse gerade einen Beamten als Sachverständigen zu ernennen, bestand nicht; es ist anzunehmen, dass Prof. Dr. S. wegen seiner Sachkunde auch dann zur Abgabe seines Gutachtens herbeigezogen sein würde, wenn er etwa bereits aus dem Staatsdienste ausgeschieden gewesen wäre. Daraus ergiebt sich, dass darauf nichts ankommen kann, ob die erforderlichen Kenntnisse vor, bei, durch oder ohne amtliche Beschäftigung gewonnen wurden. Dass Professor Dr. S. durch seine amtliche Thätigkeit in günstigerer Lage war, Erfahrungen zu sammeln, als ohne solche, gab ihm nur einen thatsächlichen Vorsprung vor anderen Gelehrten, die dazu weniger Gelegenheit hatten; und dass er den Gegenstand der Begutachtung im Zivilprozesse schon einmal zum Gegenstande einer Untersuchung in seinem Amte gemacht hatte, gewährt der Prozesspartei den Vortheil, nicht auf ihre Kosten die Untersuchung vornehmen lassen zu müssen. Solche Motive bei Aufstellung des Sachverständigen für hinreichend zur Annahme einer Begründung des im Prozesse abgegebenen Gutachtens in dem amtlichen Berufe des Gewählten zu erachten, ist rechtsirrig. Wegen der Beschäftigung im Amte könnte ja unter gewissen Umständen die Abgabe des Gutachtens zu Privatzwecken sogar als eine disziplinäre Verfehlung, als ein Missbrauch des Amtes, eine Verletzung des Amtsgeheimnisses erscheinen; aber als eine Amtshandlung ist lediglich eine Thätigkeit zu amtlichen Zwecken zu verstehen.

. . . Dass Professor Dr. S. eine amtliche Pflicht hatte, sich als Sachver-

---

[1]) Ein Professor der Agrikulturchemie an einer technischen Hochschule, gleichzeitig Vorstand der damit als staatliche Anstalt verbundenen landwirthschaftlichen Zentralversuchsstation, war auf Antrag des Beklagten als Sachverständiger über die Zusammensetzung, die Düngerwirkung und den Werth der vom Kläger gelieferten Mineraldünger gerichtlich vernommen und die Klage auf Grund seines Gutachtens abgewiesen.

ständigen vernehmen zu lassen, ist, wie gesagt, nicht festgestellt, vielmehr weisen die Entscheidungsgründe auf das Gegentheil hin, indem sie gerade die Erfüllung einer Bürgerpflicht durch den Sachverständigen hervorheben. Die blosse Beziehung auf den Gegenstand der Berufsthätigkeit ist wohl zu unterscheiden von der in §. 196 St.-G.-B.'s geforderten Beziehung auf den Beruf. Was ein Beamter neben seiner Berufserfüllung spricht und schreibt, ist trotz der Identität des Gegenstandes nicht amtlicher Natur; eine mit Beziehung hierauf begangene Beleidigung fällt nicht unter §. 196 St.-G.-B.'s. Insoweit fehlt es also an einem wesentlichen Erfordernisse für die Wirksamkeit eines von dem Vorgesetzten gestellten Strafantrages. Dass die blosse Beziehung ausserdienstlichen Verhaltens auf die Amtsehre nicht genügt, ist bereits in den Entscheidungen des R.-G., Bd. 26, S. 34 nachgewiesen. . . .

---

§. 279 Str.-G.-B. findet auch dann Anwendung, wenn ein objektiv unrichtiges ärztliches Zeugniss der in §. 278 bezeichneten Art nicht wider besseres Wissen ausgestellt ist. Urtheil des Reichsgerichts (IV. Strafsenats) vom 10. Oktober 1899.

Unbedenklich ist es zunächst, wenn der erste Richter das Schriftstück, welches der approbirte Arzt Dr. S. am 21. Oktober 1898 auf Verlangen des Angeklagten niedergeschrieben und diesem übergeben hat, als ein objektiv unrichtiges Zeugniss über den Gesundheitszustand des Angeklagten qualifizirt hat. Nach Inhalt desselben hat der Angeklagte in Folge einer Vertretung des rechten Fusses vom 20. bis 23. August das Zimmer hüten müssen, während er festgestelltermassen sich die fragliche Verletzung des Fusses erst im Laufe des 21. August zugezogen hat.

Die weitere Feststellung, dass der Angeklagte von dem gedachten Zeugnisse mit dem Bewusstsein von seiner Unrichtigkeit Gebrauch gemacht hat, um eine Behörde, nämlich das Schöffengericht zu L. über seinen Gesundheitszustand zu täuschen, unterliegt keinerlei Bedenken, wird auch von der Revision nicht bemängelt. Der hiernach gegebene Thatbestand bietet aber für die unter Anwendung des §. 279 Str.-G.-B. ausgesprochene Verurtheilung des Angeklagten eine ausgesprochene Unterlage.

Dem Vorderrichter ist unbedenklich darin beizutreten, dass durch die in §. 279 enthaltene Bezugnahme auf §. 278 Str.-G.-B. das rein subjective Thatbestandsmerkmal der Ausstellung des Zeugnisses wider besseres Wissen jedenfalls nicht mit umfasst wird. Für die Auslegung des §. 279 a. a. O. in diesem Sinne fällt namentlich der voraussetzliche Zweck der Bestimmung entscheidend in's Gewicht. Derselbe geht im Wesentlichen dahin, dass dem Missbrauche entgegengetreten werden soll, welcher mit unrichtigen Gesundheits- oder Krankheitsattesten zur Täuschung von Behörden oder Versicherungsgesellschaften getrieben werden kann. In dieser Hinsicht scheint es augenscheinlich ohne Belang, ob ein derartiges Attest von dem Aussteller mit dem Bewusstsein von seiner Unrichtigkeit gegeben ist, oder ob derselbe in Folge Irrthumes gutgläubig etwas thatsächlich Unwahres bescheinigt hat. Dies tritt in einem Falle der vorliegenden Art besonders klar zu Tage. Nach den Feststellungen des Urtheiles ist Dr. S. von dem Angeklagten geflissentlich in den Irrthum versetzt worden, auf dem die Unrichtigkeit des ausgestellten Zeugnisses beruht, und es ist kein Gesichtspunkt erfindlich, aus dem es gerechtfertigt erscheinen könnte, bei im Uebrigen gleich liegendem Thatbestande zwischen einem solchen Falle und dem, wo von einer wider besseres Wissen ausgestellten Bescheinigung Gebrauch gemacht ist, einen grundsätzlichen Unterschied zu statuiren.

Diese durch die zu unterstellende Absicht des Gesetzes an die Hand gegebenen Erwägungen würden nur dann zurückzustellen sein, wenn aus der Wortfassung des §. 279 a. a. O. ein der gedachten Auslegung widersprechender Sinn klar hervorginge. Dies ist aber keineswegs der Fall, die Ausdrucksweise lässt eine Einschränkung der Bedeutung des Hinweises auf §. 278 a. a. O., wie sie vorstehend hervorgehoben, ohne Zwang zu . . .

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze, betr. die ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagerecht und die Kassen der Aerztekammern.

Erlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 21. Dezember 1899 an sämmtliche Königliche Oberpräsidenten.

Zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagerecht und die Kassen der Aerztekammern, vom 25. November 1899 (Ges.-S. S. 565), bestimme ich auf Grund des §. 58 des Gesetzes Folgendes:

1) Die am 1. April 1900 in Wirksamkeit tretenden ärztlichen Ehrengerichte haben ihren Sitz an dem Amtssitze des Ober-Präsidenten der betreffenden Provinz. Das ärztliche Ehrengericht für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin, sowie der ärztliche Erhrengerichtshof haben ihren Sitz in Berlin. Die Sitzungen des ärztlichen Ehrengerichtshofes finden in den Geschäftsräumen des Ministeriums der Medizinal-Angelegenheiten statt.

2) Das ärztliche Ehrengericht führt die Amtsbezeichnung

„Aerztliches Ehrengericht für die Provinz . . . . . "

(Ostpreussen, Westpreussen, Pommern, Posen, Brandenburg und den Stadtkreis Berlin, Rheinprovinz und die Hohenzoller'schen Lande u. s. w.);

Die Vorladungen und Beschlüsse in dem Verfahren behufs Beilegung von Streitigkeiten (§§ 4, 10 des Gesetzes) ergehen jedoch unter der Bezeichnung

„Der ärztliche Ehrenrath der Provinz . . . ."

Der ärztliche Ehrengerichtshof führt die Amtsbezeichnung:

„Aerztlicher Ehrengerichtshof" ohne weiteren Zusatz.

Das ärztliche Ehrengericht und der Ehrengerichtshof führen ein den heraldischen Preussischen Adler enthaltenen Siegel mit der Unterschrift: „Aerztliches Ehrengericht für die Provinz . . . .", „Aertlicher Ehrengerichtshof".

3) Von dem Vorstande jeder Aerztekammer ist unverzüglich ein Verzeichniss der zu der Aerztekammer wahlberechtigten approbirten Aerzte des Kammerbezirkes aufzustellen. Bei jedem der in das Verzeichniss aufgenommenen — nach Vor- und Zunammen, Stand und Wohnort genau zu bezeichnenden — Arzte ist zu vermerken, ob derselbe nach §. 2 des Gesetzes der Zuständigkeit des ärztlichen Ehrengerichts unterworfen ist oder ob er zu den von der Zuständigkeit des letzteren dauernd ausgenommenen Aerzten (§. 2 Nr. 1 und 2 des Gesetzes) gehört. In Zweifelsfällen ist der Vermerk näher zu begründen und die Entscheidung des Ober-Präsidenten einzuholen.

In der Liste ist ausserdem anzugeben, ob ein Arzt als Militär- oder Marinearzt dem Beurlaubtenstande angehört.

Der Vorstand der Aerztekammer hat die Aerzte dieser Kategorie aufzufordern, von ihrer Einziehung zur Dienstleistung spätestens nach Empfang des Gestellungsbefehls Anzeige zu erstatten.

Die Liste ist dauernd richtig zu erhalten und alljährlich gegen Ende Dezember neu aufzustellen.

Eine beglaubigte Abschrift der Liste und ihrer nachträglichen Abänderungen ist dem Ober-Präsidenten einzureichen, ein zweites Exemplar ist zu den Akten des Ehrengerichts zu nehmen.

4) Die zur Konstituirung der ärztlichen Ehrengerichte und des Ehrengerichtshofes erforderlichen Wahlen sind mit besonderer Beschleunigung, die erstmaligen Wahlen im Jahre 1900 spätestens bis zum 15. Februar vorzunehmen.

5) Die Wahl der ärztlichen Mitglieder des Ehrengerichts und ihrer Stellvertreter (§. 7 Abs. 1 des Gesetzes) erfolgt unter sinngemässer Anwendung der für die Wahl des Vorstandes der Aerztekammer gegebenen Vorschriften in der in dem §. 8 Abs. 1 der Verordnung, betreffend die Einrichtung einer ärztlichen Standesvertretung, vom 25. Mai 1887 (Ges.-S. S. 169) bezeichneten Wahlversammlung der Aerztekammer. Voraussetzung ist hierbei jedoch, dass in dieser Wahlversammlung mindestens zwei Drittel der nach §. 2 des Gesetzes wahlberechtigten Mitglieder der Aerztekammer oder deren Stellvertreter anwesend sind. Bei geringerer Theilnehmerzahl ist eine neue Wahlversammlung nicht über zwei Wochen hinaus anzuberaumen. In der neuen Wahlversammlung sind die Wahlen nach den vorstehenden Bestimmungen ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder vorzunehmen. In dem Einladungsschreiben ist hierauf ausdrücklich hinzuweisen.

In dem Wahlprotokoll ist die Wahlberechtigung der Wahltheilnehmer und die Wählbarkeit der Gewählten im Sinne des §. 2 des Gesetzes besonders festzustellen.

In den Fällen der nachträglichen Ablehnung oder des späteren Ausscheidens eines ärztlichen Mitgliedes des Ehrengerichts oder eines Stellvertreters

durch Tod, Verzicht, Verlust der Wählbarkeit oder Ausscheiden aus dem Kammerbezirk ist für die unverzügliche Vornahme der erforderlichen Nachwahl auf die restliche Dauer der Amtszeit der Ablehnenden oder ausgeschiedenen Sorge zu tragen.

6) In der zu 5 bezeichneten Wahlversammlung ist von den wahlberechtigten Theilnehmern

a. über die Reihenfolge, in der die Stellvertreter der ärztlichen Mitglieder des Ehrengerichts zu berufen sind (§. 7 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes),
b. über die Sätze der Tagegelder und Reisekosten, welche den ärztlichen Mitgliedern des Ehrengerichts gewährt werden sollen (§. 7 Abs. 3 des Gesetzes),

Beschluss zu fassen.

7) Die vorstehend zu 5 und 6 getroffenen Bestimmungen finden auf die Wahlen der von dem Aerztekammer-Ausschusse zu wählenden vier Mitglieder des ärztlichen Ehrengerichtshofes und ihrer Stellvertreter (§. 43) sowie auf die dabei zu fassenden Beschlüsse des Aerztekammer-Ausschusses mit der Massgabe sinngemässe Anwendung, dass die Wahlen und Beschlüsse für jede Amtsperiode in der ersten beschlussfähigen Sitzung des Aerztekammer-Ausschusses nach Konstituirung desselben stattzufinden haben und dass von dem Ergebnisse unter Beifügung des Sitzungsprotokolls bis zum 20. Februar des betreffenden Jahres, bezüglich der betreffenden Wahlen und Beschlüsse bis zum 20. Februar 1900 mir Anzeige zu erstatten ist.

8) Die Wahl des richterlichen Mitgliedes des ärztlichen Ehrengerichts und seines Stellvertreters (§. 7 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes) erfolgt in der ersten beschlussfähigen Sitzung des Vorstandes der Aerztekammer nach Beginn der Amtsperiode. Die Wahl erfolgt in gesonderten Wahlgängen nach absoluter Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

In derselben Sitzung ist auch über die Höhe der dem richterlichen Mitgliede des Ehrengerichts und seinem Stellvertreter zu gewährenden Vergütung (§. 7 Abs. 2 des Gesetzes) Beschluss zu fassen.

Ueber die Beschlussfassung und über die Wahlhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen, welches von dem Vorsitzenden binnen einer Woche dem Ober-Präsidenten einzureichen ist.

Findet der Ober-Präsident nichts zu erinnern, so hat er sich wegen Herbeiführung der Genehmigung zur Annahme der Wahl und zur Führung des Nebenamtes mit dem zuständigen Oberlandesgerichts-Präsidenten in Verbindung zu setzen.

Wird die Genehmigung versagt, so ist die Wahlhandlung zu wiederholen; der betreffende Richter scheidet dabei aus der Zahl der Wahlkandidaten aus.

Die Wahlhandlung ist auch zu erneuern, falls der Gewählte die Wahl ablehnt oder nachträglich verzichtet, oder an einen anderen Ort versetzt wird oder die Richtereigenschaft verliert.

9) Gehört der Vorsitzende der Aerztekammer zu den in dem §. 2 des Gesetzes bezeichneten, der Zuständigkeit des Ehrengerichts nicht unterworfenen Aerzten, oder lehnt er den Vorsitz des Ehrengerichts ab, oder ist er sonst dauernd behindert, so haben die Mitglieder des Ehrengerichts nach §. 9 des Gesetzes einen Vorsitzenden aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Amtszeit zu wählen, Die Wahl erfolgt nach absoluter Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit entscheidet das von dem ältesten Mitgliede zu ziehende Loos.

Der Zusammentritt des Ehrengerichts behufs Vornahme der nach Abs. 1 erforderlichen Wahl ist von dem Ober-Präsidenten herbeizuführen, sobald die Wahlen der Mitglieder beendet sind.

Die Wahlhandlung wird von dem seinen Jahren nach ältesten Mitgliede geleitet. Das Wahlprotokoll ist dem Ober-Präsidenten einzureichen.

10) Dem Ermessen des Ober-Präsidenten wird anheimgestellt, ob er sich in dem ehrengerichtlichen Strafverfahren durch einen dauernd oder für den einzelnen Fall bestellten Beauftragten vertreten lassen will (§. 12 des Gesetzes.)

11) In der ersten beschlussfähigen Sitzung jedes Jahres hat die Aerztekammer den nach §. 49 des Gesetzes erforderlichen Beschluss über die Festsetzung des jährlichen Beitrages, welcher von den zur Aerztekammer wahlberechtigten Aerzten des Bezirks zu erheben ist, zu fassen. Der erstmalige Beitrag ist für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1900 festzusetzen.

12) In der ersten beschlussfähigen Sitzung des Vorstandes der Aerztekammer, welche in der neuen Amtsperiode stattfindet, ist die Wahl des Kassenführers nach §. 51 Abs. 2 des Gesetzes vorzunehmen.

Von der Wahl ist dem Ober-Präsidenten Anzeige zu erstatten.

13) Seitens des Ober-Präsidenten ist mir über die Erledigung der vorstehenden Anordnungen bis zum 20. Februar 1900 Bericht zu erstatten.

14) Der Erlass von Geschäftsordnungen für die ärztlichen Ehrengerichte, sowie für den Ehrengerichtshof bleibt vorbehalten.

15) Die Kasse der Aerztekammer führt die Amtsbezeichnung:

„Kasse der Aerztekammer für die Provinz . . . . . .“

Diese Amtsbezeichnung ist auch auf dem von der Kasse zu führenden, den Preussischen heraldischen Adler enthaltenden Siegel zu verwenden.

16) Für die Kasse der Aerztekammer ist seitens des Vorstandes der Aerztekammer eine Kassenordnung auszuarbeiten und dem Ober-Präsidenten einzureichen.

Findet dieser nichts zu erinnern, so ist sie der Aerztekammer zur Genehmigung vorzulegen.

Die Kassenordnung hat Bestimmungen über den inneren und äussseren Geschäftsbetrieb der Kasse, insbesondere über das Geschäftsjahr, über die zu führenden Bücher (§. 52 Abs. 3 des Gesetzes), über die Kassenprüfungen (§. 54 Abs. 1 des Gesetzes), über die Dauer der Aufbewahrung der Bücher und Beläge, über die Beitreibung der Kosten, Geldstrafen, Beiträge und sonstigen Aussenstände (§§ 46, 47, 53 des Gesetzes) sowie über die Rechnungslegung und Entlastung (§. 54 Abs. 2 und 3 des Gesetzes) zu enthalten.

17) In den letzten Monat des ersten und jeden folgenden Geschäftsjahres ist von dem Vorstande der Aerztekammer ein Voranschlag über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben der Kasse der Aerztekammer für das nachfolgende Gtschäftsjahr aufzustellen und der Aerztekammer spätetens in der zu 11 bezeichneten Sitzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beglaubigte Abschrift des Voranschlages ist dem Ober-Präsidenten einzureichen.

Mitwirkung der Medizinalbeamten in dem Verfahren bei der Errichtung und Veränderung gewerblicher Anlagen, sowie bei Konzessionirung von Privat-Kranken- u. s. w. Anstalten. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 20. Dezember 1899 — M. Nr. 2932 — an sämmtliche Königlichen Regierungspräsidenten.

Durch die am 9. August 1899 erlassene Anweisung zur Ausführung der Gewerbeordnung Tit. I, II, IV, V[1]) sind den Medizinalbeamten neue Dienstverrichtungen in dem Verfahren bei der Errichtung und Veränderung gewerblicher Anlagen (Ziff. 12, 13, 20), sowie bei der Konzession zur Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irrenanstalten (Ziff. 34) von Amtswegen zugewiesen, die sie bisher nur auf besondere Veranlassung ausgeübt haben.

Diese Anordnung ist aus der Erwägung erfolgt, dass die Rücksicht auf die öffentliche Gesundheitspflege hinfort eine weitergehende Beachtung auf gewerblichem Gebiet erfordere, und das hierfür die Medizinalbeamten nach ihrer wissenschaftlichen Vorbildung und Dienstbeschäftigung neben den Gewerbeaufsichtsbeamten besonders geeignet sind.

Durch die schon bei dem Verfahren zur Errichtung oder Veränderung einer gewerblichen Anlage einsetzende medizinalamtliche Begutachtung sollen rechtzeitig diejenigen Mängel und Fehler in gesundheitlicher Hinsicht erkannt werden, die in der Folge auf Grund des medizinischen Wissens und der sanitätspolizeilichen Erfahrung zu sanitären Belästigungen, Missständen und Schädigungen führen und deren spätere Beseitigung zumeist mit Schwierigkeiten und oftmals mit kostspieligen Aufwendungen verknüpft ist.

Wenn hiernach die Medizinalbeamten berufen sind, die gesundheitlichen Interessen an erster Stelle zu vertreten und sich dieser Verantwortung namentlich bei der Prüfung der Gesuche auf Abänderung gewerblicher Anlagen, bei denen die Abstandnahme von der öffentlichen Bekanntmachung beantragt worden ist (Ziff. 13), bewusst bleiben müssen, so sollen dieselben sich anderseits

---

[1]) Siehe Beilage zu Nr. 20 der Zeitschrift, Jahrg. 1899, S. 172.

stets gewärtig halten, dass bei der Projekt-Prüfung nicht die in jeder Richtung vollkommene hygienische Unbedenklichkeit der Anlage beansprucht werden kann, wie sie nach allgemeinen und theoretisch wissenschaftlichen Erwägungen aufgestellt werden konnte. Es kommt vielmehr in der Hauptsache darauf an, im Einzelfalle unter Abwägung aller Umstände nach dem Umfange der zu befürchtenden sanitären Mängel Entscheidung darüber zu treffen, ob die gesundheitlichen Nachtheile, Gefahren und Belästigungen das Gemeinübliche, d. h. dasjenige Mass überschreiten, dessen Duldung sowohl von den Nachbaren als dem Publikum im Interesse der für die allgemeine Wohlfahrt unentbehrlichen Industrie verlangt werden kann. Die Medizinalbeamten haben sich daher auch über die praktische Tragweite ihrer Begutachtung genügend zu unterrichten.

Des Oeftern gebietet die stets fortschreitende Wissenschaft bereits über die Erkenntniss von Schädlichkeiteu und die Mittel zu ihrer Verhütung, ohne dass die breite Oeffentlichkeit schon die Nutzanwendung daraus gezogen hat. Der Medizinalbeamte wird eine besonders dankbare Aufgabe darin zu sehen haben, die nutzbringende Anwendung der wissenschaftlichen Kenntnisse und die Ueberführung derselben in die Praxis anzuregen, sowie gegebenen Falles durch Vorschlag zu verbessernden Abänderungen die Hand zur Hinwegräumung der Schwierigkeiten zu bieten, die sich der Errichtung einer gewerblichen Anlage aus gesundheitlichen Gründen entgegenstellen. Hierin werden die Medizinalbeamten einen Ansporn erblicken, sich die wissenschaftliche Gewerbehygiene voll und ganz anzueignen und ihren Fortschritten stets zu folgen. Nicht minder wichtig ist für die Begutachtung im Hinblick auf die Bestimmung der §§ 18 und 120a der Gewerbeordnung die Beherrschung der gewerbehygienischen, gesetzlichen Bestimmungen und der zum Schutze der Arbeiter ergangenen Anordnungen, sowie die Kenntniss der in einem bestimmten Fabrikationsbetrieb gemachten Erfahrungen.

Wenn bisher den Medizinalbeamten nach Massgabe der früheren Anweisung die Gelegenheit zur praktischer Schulung in manchen Bezirken selten geboten worden ist, so darf ich annehmen, dass sie es sich angelegen sein lassen werden, über die thatsächlichen Verhältnisse durch eigene Anschauung sich zu unterrichten, soweit in ihrem Dienstbezirke die Möglichkeit hierzu geboten ist. Die Medizinalbeamten wollen zu diesem Zwecke mit den Gewerbeaufsichtsbeamten, welche gemäss §. 12 der Dienstanweisung für die Gewerbeaufsichtsbeamten vom 22. März 1892 bereits angewiesen sind, sich mit ihnen über die ihren amtlichen Wirkungskreis berührenden Fragen in's Benehmen zu setzen, in Verbindung treten. Ueberhaupt lege ich im Einvernehmen mit dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe das grösste Gewicht auf ein wechselseitiges, verständiges Zusammenwirken der Medizinal- und Gewerbeaufsichtsbeamten dergestalt, dass etwaige differente Anschauungen bei Konzessionsangelegenheiten auf dem vielfach sich berührenden Interessengebieten thunlichst durch persönliches Benehmen ausgeglichen und erforderliche Aufklärungen vor Abgabe der gutachtlichen Aeusserungen beschafft werden, damit unliebsame und vermeidbare Verzögerungen hintan gehalten werden. Insbesondere will ich vermieden wissen, dass der nunmehrigen Mitwirkung der Medizinalbeamten Verzögerungen in dem Verfahren zur Errichtung und Veränderung gewerblicher Anlagen zur Last gelegt werden. Ich bestimme daher, dass sämmtliche derartige Eingänge als eilige behandelt und dass die Vorlagen in der Regel innerhalb 8 Tagen mit gutachtlichen Prüfungsvermerk zurückgegeben werden. Alle von den Medizinalbeamten in Gemässheit der Anweisung vom 9. August 1899 ausgeführten Dienstgeschäfte sind von ihnen in den Dienstakten zu verzeichnen und die hierbei gemachten Beobachtungen und Erfahrungen in dem Sanitätsberichte mitzutheilen. Ich hege zu den Medizinalbeamten das Vertrauen und spreche die bestimmte Erwartung aus, dass dieselben in Nachachtung der vorstehenden Hinweise mit Eifer bestrebt sein werden, sich die neuen Pflichten zu eigen zu machen, durch ihre Thätigkeit die Sache selbst zu fördern und durch die gewissenhafte Erfüllung der ihnen gesetzten Aufgaben auch auf dem gewerbehygienischen Gebiete sich die allgemeine und meine Anerkennung zu erwerben.

Ew. Hochwohlgeboren wollen demgemäss die Medizinalbeamten Ihres Bezirks mit Anweisung versehen und für die Heranziehung des Regierungs-Medizinalraths, sowie der Kreismedizinalbeamten bei den ihnen nach der Anweisung vom 9. August 1899 zufallenden Aufgaben Sorge tragen.

Ausstellung von amtsärztlichen Attesten und Gutachten zu privatem Gebrauche sowie für nicht im Kreise der betreffenden Medizinalbeamten wohnende Personen. Rundverfügung des Königlichen Regierungspräsidenten zu Aachen vom 27. November 1899 an sämmtliche Kreisphysiker und Kreiswundärzte des Bezirks[1]).

Aus Anlass eines Einzelfalles, in dem Unzuträglichkeiten dadurch entstanden sind, das zwei sich widersprechende Gutachten von Medizinalbeamten vorgelegt wurden, ordne ich hierdurch an, dass sich die Kreismedizinalbeamten der Ausstellung von amtsärzlichen Attesten zum privaten Gebrauche bei solchen Personen, welche nicht in ihrem Kreise wohnen, regelmässig zu enthalten haben.

Ich erinnere zugleich daran, dass die Medizinalbeamten überhaupt gut thun, bei der Ausstellung von amtlichen Attesten und Gutachten zu privatem Gebrauche die grösste Vorsicht zu gebrauchen.

Da Sie nicht verpflichtet sind, auf jedes Ansuchen hin sofort ein Attest auszustellen, so empfliehlt es sich, dasselbe zu verweigern, sobald die Sache, um die es sich handelt, und der Zweck, der mit dem Atteste verfolgt werden soll, nicht völlig klar sind, oder Ihnen die Vorgänge nicht vorliegen. Dies betrifft namentlich auch Atteste, die vielfach erfordert werden zur Unterstützung von Anträgen auf Invaliditäts- und Unfalls-Renten oder bei Klagen gegen Entscheide, die in diesen Sachen getroffen worden sind. Wenn hierbei amtliche Atteste erfordert werden, werden die zuständigen Stellen solche einfordern und Ihnen hierbei Gelegenheit geben, in die Vorgänge Einsicht zu nehmen.

B. Freie Stadt Hamburg.

Neue Medizinal-Ordnung. Bekanntmachung des Senats vom 29. Dezember 1899.

Der Senat hat in Uebereinstimmung mit der Bürgerschaft beschlossen und verkündet hierdurch als Gesetz, was folgt:

I. Das Medizinal-Kollegium.

§. 1. Das Medizinalwesen des Hamburgischen Staates wird geleitet von dem Medizinal-Kollegium.

Dasselbe besteht aus folgenden achtzehn Mitgliedern:

1. zwei Mitgliedern des Senats.
2. vier Mitgliedern, welche gemäss §. 6 des revidirten Gesetzes über die Organisation der Verwaltung vom 2. November 1896 von der Bürgerschaft auf sechs Jahre gewählt werden,
3. dem mit der Verwaltung des Medizinalwesens beauftragten Mitgliede des Armen-Kollegiums,
4. dem Medizinalrath,
5. dem Verwaltungsphysikus,
6. drei Physicis, welche vom Senat aus der Zahl der Physici auf sechs Jahre gewählt werden,
7. zwei der ärztlichen Direktoren der staatlichen Kranken- und Irrenanstalten, welche vom Senat, und zwar abwechselnd, aus der Zahl der sämmtlichen ärztlichen Direktoren der staatlichen Kranken- und Irrenanstalten auf sechs Jahre berufen werden,
8. drei praktischen Aerzten, welche nach Massgabe der §§. 11 und 24 der Aerzte-Ordnung vom 21. Dezember 1894 von der Aerztekammer aus der Zahl ihrer Mitglieder auf sechs Jahre gewählt werden,
9. dem Assessor für Pharmazie, welcher aus der Zahl der gegenwärtigen und früheren Besitzer Hamburgischer Apotheken vom Senat auf sechs Jahre gewählt wird.

Die Geschäftsstelle des Medizinal-Kollegiums, welche dem Medizinalrath untersteht, führt den Namen „Medizinalamt".

§. 2. Das Medizinal-Kollegium ist die begutachtende Behörde des Ham-

---

[1]) Durch Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 2. Januar 1900 — M. Nr. 3183 — ist diese Verfügung allen Königlichen Regierungspräsidenten mitgetheilt mit dem Ersuchen, deren Inhalt den Medizinalbeamten ihres Bezirks zur Kenntniss und Nachachtung bekannt zu geben.

burgischen Staates in allen Fragen der öffentlichen Gesundheits- und der öffentlichen Krankenpflege.

Die Behörden werden in der Regel das Gutachten des Medizinal-Kollegiums einholen, ehe sie in diesen Fragen Entschliessungen fassen.

§. 3. Dem Medizinal-Kollegium liegt es ob, alle Einrichtungen und Zustände, welche für die öffentliche Gesundheitspflege von Bedeutung sind, zu überwachen, bei drohenden oder eingetretenen Gefahren für die öffentliche Gesundheit, in Sonderheit beim Drohen und beim Ausbruch von Seuchen die nöthigen Ermittelungen anzustellen, die erforderlichen vorläufigen Anordnungen zu treffen und das weiter Nothwendige bei den zuständigen Verwaltungsbehörden zu beantragen.

Zwecks Ausübung der in diesem Paragraphen genannten Ueberwachungen und Ermittelungen ist dem Medizinalrath und den von ihm besonders beauftragten Beamten des Medizinal-Kollegiums gegen Vorzeigung einer Legitimation während der Tagesstunden von 9 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends der Zutritt zu allen öffentlichen und privaten Grundstücken, Gebäuden, Wohnungen und Schiffen zu gewähren; auch ist ihnen auf Befragen Auskunft zu ertheilen, soweit es zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten nöthig ist.

§. 4. Der Leitung des Medizinal-Kollegiums untersteht das Meldewesen der Geburten durch Aerzte und Hebammen, die ärztliche Leichenschau und das Meldewesen über ansteckende Krankheiten.

a. Ueber jede Geburt muss eine Geburtsbescheinigung nach den Vorschriften der Aerzte-Ordnung oder der Hebammen-Ordnung und den dazu erlassenen Ausführungsverordnungen von dem Arzte oder der Hebamme, welche die Geburt geleitet hat, ausgestellt werden. Ist bei der Geburt ein Arzt oder eine Hebamme nicht zugegen gewesen, so muss die Bescheinigung von dem zuständigen beamteten Arzte ausgestellt werden.

   Die Geburtsbescheinigungen sind von dem Aussteller wöchentlich an die Aufsichtsbehörde für die Standesämter einzusenden.

b. Ueber jeden Todesfall muss von dem behandelnden Arzte eine ärztliche Todesbescheinigung nach den Vorschriften der Aerzte-Ordnung ausgestellt werden. War der Verstorbene nicht in ärztlicher Behandlung, oder fanden sich bei dem Verstorbenen während der Krankheit oder nach dem Tode Spuren einer nicht natürlichen Veranlassung des Todes, von denen der zuständigen Polizeibehörde noch nicht Anzeige gemacht worden, oder handelt es sich um ein todtgeborenes Kind, bei dessen Geburt ein Arzt nicht zugegen gewesen, so muss die Todesbescheinigung von dem zuständigen beamteten Arzte ausgestellt werden. Dieser hat die Bescheinigung der zuständigen Polizeibehörde zuzustellen, welche nach vorgenommener Untersuchung auf der Rückseite derselben bescheinigt, dass gegen die Beerdigung nichts einzuwenden ist, und die Bescheinigung dann den Angehörigen aushändigt.

   Die Todesbescheinigungen sind von den nach dem Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 zur Anzeige der Todesfälle verpflichteten Personen oder Behörden auf den Standesämtern abzugeben. Die Eintragung eines Todesfalles in die Sterberegister und die Ausfertigung des Beerdigungsscheines darf erst dann erfolgen, wenn dem Standesbeamten die ordnungsmässig ausgestellte ärztliche Todesbescheinigung eingehändigt worden ist. Die Todesbescheinigung muss bei nicht natürlichen Todesfällen von der zuständigen Behörde mit dem Vermerk versehen sein, dass gegen die Beerdigung nichts einzuwenden ist.

c. Alle Geburts- und Todesbescheinigungen sind von den Standesämtern dem Medizinalamt zuzustellen, welches dieselben aufzubewahren hat.

d. Alle den Aerzten vorkommenden Fälle von ansteckenden Krankheiten müssen von ihnen dem Medizinalamt gemeldet werden nach den Vorschriften der Aerzte-Ordnung und der zu derselben erlassenen Ausführungsverordnung.

   In Epidemiezeiten kann durch Senatsverordnung die Meldepflicht an das Medizinalamt allen Einwohnern auferlegt werden.

§. 5. Als höhere Verwaltungsbehörde gemäss §§. 30 und 53 der Reichs-Gewerbeordnung ertheilt und entzieht das Medizinal-Kollegium die Konzession für die Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten.

Die vorgenannten Privatanstalten, wie auch die staatlichen Kranken-,

Entbindungs- und Irrenanstalten und die der Krankenfürsorge dienenden Wohlthätigkeitsanstalten sind in regelmässigen Zwischenräumen durch Beauftragte des Medizinal-Kollegiums zu besichtigen.

§. 6. Die öffentlichen Anstalten für Geisteskranke, Idioten und Epileptische werden mindestens ein Mal, die privaten mindestens zwei Mal im Jahre von einer Kommission des Medizinal-Kollegiums, welcher zwei der von der Bürgerschaft erwählten Mitglieder, jahrweise abwechselnd, sowie mindestens Einer der im §. 1 unter 7 erwähnten drei praktischen Aerzte anzugehören haben, besichtigt. Diese Kommission hat über das Ergebniss ihrer Besichtigungen dem Kollegium zu berichten.

Alle Insassen der öffentlichen und privaten Anstalten haben das Recht, an diese Kommission Beschwerden zu richten, welche von der Anstaltsleitung zu befördern sind. Jeder Beschwerde ist von dem ärztlichen Leiter der Anstalt ein Bericht über die Umstände des Falles und der Beschwerde beizufügen. Von jeder Beschwerde von Insassen der öffentlichen Anstalten ist der vorgesetzten Verwaltungsbehörde durch die Kommission eine Mittheilung zu machen. In Beschwerdesachen sind diejenigen Aerzte, welche bereits in dem betreffenden einzelnen Falle ein Gutachten abgegeben haben, bei der Berathung und Beschlussfassung auszuschliessen.

Die Leiter der privaten wie der öffentlichen Anstalten sind verpflichtet, von jeder Aufnahme eines Kranken innerhalb 24 Stunden der zuständigen Polizeibehörde Anzeige zu machen. Die Polizeibehörde hat demnächst die Untersuchung des Kranken durch einen Physikus herbeizuführen, welcher darüber zu berichten hat, ob der Kranke sich zur Behandlung in der betreffenden Anstalt eignet oder nicht.

In eine auswärtige Irrenanstalt dürfen aus dem Hamburgischen Staatsgebiet Geisteskranke nur dann gebracht werden, wenn der zuständigen Polizei-Behörde Anzeige gemacht und derselben ein ärztliches Attest, sowie die Bescheinigung eines Hamburgischen Physikus vorgelegt wird, laut deren sich der Kranke zur Behandlung in einer Irrenanstalt eignet.

Die zu diesem Paragraphen erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlässt der Senat im Verordnungswege.

§. 7. Die Anmeldung oder die Zulassung der Aerzte und Zahnärzte, der Apotheker, Apothekergehülfen und Lehrlinge, der Hebammen, der geprüften Heildiener und Masseure, sowie des geprüften Kranken- und Wochenpflege-Personals erfolgt bei dem Medizinal-Kollegium, bezw. durch dasselbe nach den darüber erlassenen Vorschriften.

Ueber alle vorgenannten Personen sind auf dem Medizinalamt gesonderte Listen (Matrikeln) zu führen.

Bei Zurücknahme von Approbationen, Prüfungszeugnissen, Genehmigungen für Aerzte, Wundärzte, Zahnärzte, Hebammen, geprüfte Heildiener und Masseure, sowie das geprüfte Kranken- und Wochenpflege-Personals, gemäss, bezw. analog §. 53 der Reichs-Gewerbeordnung, ist das Medizinal-Kollegium die zuständige Verwaltungsbehörde.

§. 8. Das Medizinal-Kollegium überwacht, gemeinsam mit der zuständigen Polizeibehörde, die Ausübung der Heilkunde durch nicht approbirte Personen, sowie die Herstellung und den Vertrieb von Giften, Arzneien und Geheimmitteln auch ausserhalb der Apotheken. Der Senat erlässt nach Anhörung des Medizinal-Kollegiums und der Polizeibehörde die Anordnungen, welche zur Regelung dieser Gewerbe- und Geschäftsbetriebe und zur Verhütung von Schädigungen des Publikums durch dieselben erforderlich sind.

§. 9. Dem Medizinal-Kollegium als Verwaltungsbehörde unterstehen:

1. das hygienische Institut, 2. der hafenärztliche Dienst, 3. der stadtärztliche Dienst, 4. der ärztliche Dienst in der Anatomie, 5. der ärztliche Dienst in dem Beobachtungshause, 6. die Staatsimpfanstalt, 7. das Apothekenwesen, einschliesslich der pharmazeutischen Lehranstalt, 8. das Hebammenwesen.

§. 10. Das Medizinal-Kollegium ernennt die Kommissionen für die Prüfung des unteren Heilpersonals, sowie des Kranken- und Wochenpflege-Personals, erlässt die erforderlichen Instruktionen für den Geschäftsbetrieb dieser Personen und überwacht denselben nach den vom Senat erlassenen Verordnungen über deren Rechte und Pflichten.

§. 11. Ueber die Angemessenheit der Rechnungen von Aerzten, Zahn-

ärzten, Wundärzten, Apothekern und Hebammen giebt das Medizinal-Kollegium in streitigen Fällen auf Verlangen der Gerichte sein Gutachten ab.

§. 12. Das Medizinal-Kollegium erlässt die allgemeinen Vorschriften über die Ausübung der gerichtlichen Medizin durch die Physici. Die (gerichtlich-medizinischen) Gutachten werden von den Physicis selbstständig erstattet. Die Obergutachten werden Namens des Medizinal-Kollegiums abgegeben durch eine Kommission von fünf Aerzten, die von dem Präses des Kollegiums für jeden einzelnen Fall aus der Zahl der ärztlichen Mitglieder und der ärztlichen Beamten des Medizinal-Kollegiums, der Direktoren und Oberärzte der staatlichen Kranken- und Irrenanstalten und anderer geeigneter Aerzte ernannt werden. Der Kommission müssen mindestens drei ärztliche Mitglieder des Medizinal-Kollegiums und unter diesen ein Physikus angehören; kein Mitglied darf bei dem ersten Gutachten betheiligt gewesen sein.

Die Kommission ist verpflichtet, bei pharmazeutischen Fragen den Assessor für Pharmazie, sofern dieser nicht schon bei dem ersten Gutachten betheiligt war, sonst einen oder zwei der pharmazeutischen Assistenten an ihren Berathungen theilnehmen zu lassen; auch ist sie befugt, geeignete anderweitige Sachverständige zuzuziehen.

II. Der Medizinalrath und die Physici.

§. 13. Dem Medizinal-Kollegium sind der Medizinalrath und die Physici unterstellt. Die Fähigkeit zum Amte des Medizinalraths und des Physikus wird durch die Ablegung der Physikatsprüfung erlangt. Die Wahl erfolgt durch den Senat.

Von den Physici fungirt einer als Verwaltungsphysikus, während die übrigen als Gerichtsärzte, als Hafenarzt und als Stadtärzte fungiren.

1. Der Medizinalrath.

§. 14. Der Medizinalrath ist der erste Beamte des Medizinal-Kollegiums; er vertheilt die Geschäfte unter die Beamten nach Massgabe der Beschlüsse des Medizinal-Kollegiums und überwacht deren Ausführung. Er hat auf Innehaltung der Medizinalgesetze zu achten.

Ihm liegt die Verpflichtung ob, der Entwickelung der öffentlichen Gesundheitspflege in Deutschland und anderen Ländern seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen und thunlichst dahin zu wirken, dass die auf diesem Gebiete gewonnenen Erfahrungen auch für die Hamburgische Verhältnisse nutzbar gemacht werden.

Er ist der ausführende Beamte für die dem Medizinal-Kollegium nach §. 3 obliegenden Aufgaben. Er ist der nächste Rathgeber des Chefs der Polizei-Behörde und der Landherren in allen Fragen der Medizinalverwaltung und der öffentlichen Gesundheitspflege.

Dem Medizinalrath sind unterstellt:

das hygienische Institut, der hafenärztliche Dienst, der stadtärztliche Dienst, der ärztliche Dienst im Beobachtungshause, das Impfwesen, einschliesslich der Staatsimpfanstalt.

Ihm sind ferner der Amtsphysikus in Ritzebüttel, die Distrikts-, Polizei-, Auswanderer-, Gefängniss- und Prostitutionsärzte, sowie der Ammenarzt insoweit unterstellt, als sie die in ihren Geschäftsbereich fallenden, im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege oder der Medizinalverwaltung erforderlichen Untersuchungen und Massnahmen nach seinen Anweisungen auszuführen und ihm darüber, aufgefordert wie unaufgefordert, zu berichten haben.

Der Medizinalrath kann jeden Arzt vorladen und von ihm die zu seiner Geschäftsführung erforderliche Auskunft verlangen. (Aerzte-Ordnung §. 3.)

2. Der Verwaltungsphysikus.

§. 15. Der Verwaltungsphysikus wird vom Senat auf Vorschlag des Medizinal-Kollegiums aus der Reihe der Physici auf sechs Jahre gewählt. Er vertritt den Medizinalrath und hat die Geschäfte des Apothekenwesens in Gemeinschaft mit dem Assessor für Pharmazie (§. 21), diejenigen des Arzneiverkehrs, des Hebammenwesens und des Krankenanstaltswesens, sowie andere ihm von dem Medizinalrath zur Bearbeitung überwiesene Angelegenheiten selbstständig zu erledigen. Doch ist er verpflichtet, den Medizinalrath ständig über seine Amtsthätigkeit in Kenntniss zu erhalten und sich über prinzipielle Fragen mit ihm zu verständigen.

3. Die als Gerichtsärzte thätigen Physici.

§. 16. Die Gerichtsärzte, welche auf unbestimmte Zeit vom Medizinal-

Kollegium aus der Reihe der Physici bestellt werden, sind die amtlichen ärztlichen Sachverständigen der Gerichte in allen Fragen, welche sich auf die körperliche oder geistige Gesundheit oder auf die Geburt oder den Tod von Personen beziehen. Die gerichtlichen Leichenöffnungen und die über diese zu ertheilenden Gutachten erfolgen entweder durch zwei Gerichtsärzte oder durch einen Gerichtsarzt und einen anderen Arzt, der ständig oder für den einzelnen Fall damit beauftragt und entsprechend beeidigt wird. Alle anderen Gutachten werden von nur einem Gerichtsarzt allein abgegeben.

Auch für die Verwaltungsbehörden sind die Gerichtsärzte die ärztlichen Sachverständigen bei allen Fragen über den körperlichen oder geistigen Zustand von Personen, sofern nicht einzelne Behörden für solchen Zweck eigene Aerzte angestellt haben.

Ferner haben die Gerichtsärzte die in §. 6 vorgeschriebenen Untersuchungen von Personen, welche in eine Hamburgische Irrenanstalt aufgenommen sind oder welche aus dem Hamburgischen Staatsgebiet in eine auswärtige Irrenanstalt gebracht werden sollen, vorzunehmen und über ihren Befund der Polizeibehörde zu berichten. Ein Gerichtsarzt leitet den ärztlichen Dienst in der Anatomie.

4. Die als Hafenarzt und Stadtärzte thätigen Physici.

§. 17. Der Hafenarzt und die Stadtärzte werden auf unbestimmte Zeit vom Medizinal-Kollegium aus der Reihe der Physici bestellt; sie sind die amtlichen ärztlichen Sachverständigen der Gerichte in den Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege.

Als Gesundheitsbeamte haben sie in ihrem Bezirk die ihnen zuertheilten Geschäfte der öffentlichen Gesundheitspflege nach Anweisung des Medizinalraths auszuführen.

Die Abgrenzung der Bezirke wird vom Medizinal-Kollegium festgesetzt.

Der Hafenarzt leitet auch die gesundheitspolizeiliche Kontrole der Seeschiffe in Kuxhafen und den ärztlichen Dienst beim Auswandererwesen und im Seemannskrankenhause.

III. Der Direktor des Hygienischen Instituts.

§. 18. Der Direktor des Hygienischen Instituts leitet dieses Institut und die Untersuchungsstation für Nahrungs- und Genussmittel.

IV. Der Oberimpfarzt.

§. 19. Der Oberimpfarzt leitet die Staatsimpfanstalt und den gesammten staatlichen Impfbetrieb, mit Ausschluss der der Polizeibehörde unterstellten Listenführung.

V. Die ärztlichen Hülfsarbeiter.

§. 20. Das Medizinal-Kollegium wählt sich aus der Zahl der Hamburgischen Aerzte einen ersten Hülfsarbeiter auf sechs Jahre und drei weitere Hülfsarbeiter auf je drei Jahre.

Der erste Hülfsarbeiter hat das Protokoll in den Sitzungen des Medizinal-Kollegiums zu führen und die Beschlüsse des Kollegiums auszufertigen.

VI. Der Assessor für Pharmazie.

§. 21. Der Assessor für Pharmazie ist der Sachverständige für alle Apothekenangelegenheiten und als solcher dem Verwaltungsphysikus beigeordnet. Er muss bei jeder sein Fach berührenden Frage gehört werden. Er verwaltet die pharmazeutische Lehranstalt und hat mit dem Verwaltungsphysikus und den pharmazeutischen Assistenten die Besichtigungen der Apotheken vorzunehmen. Alle pharmazeutischen Untersuchungen und Begutachtungen auf Antrag der Gerichte und Behörden hat er auszuführen.

VII. Die pharmazeutischen Assistenten.

§. 22. Die vier pharmazeutischen Assistenten werden vom Senate aus der Mitte und auf den Vorschlag der hiesigen Apothekenbesitzer, einschliesslich der Oberapotheker der Krankenhäuser und der selbstständigen Apothekenverwalter, auf sechs Jahre ernannt. Alle drei Jahre treten zwei von ihnen aus.

Die Vorschlagsberechtigten treten auf Berufung durch den pharmazeutischen Assessor des Medizinal-Kollegiums zur Anfertigung eines Wahlaufsatzes von zwei Personen für jede der zu besetzenden Stellen zusammen. Auf den Aufsatz werden diejenigen gebracht, welche die meisten und mindestens ein Dritttheil der Stimmen der Anwesenden erhalten haben. Kommt auf diese Weise der Aufsatz weder im ersten, noch im zweiten Wahlgang zu Stande, so werden diejenigen vier Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben, dem Senate vorgeschlagen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Die pharmazeutischen Assistenten haben in regelmässigem Wechsel an den Besichtigungen der Apotheken und an den Obergutachten in pharmazeutischen Fragen theilzunehmen. Sie sind verpflichtet, im Auftrag des Medizinal-Kollegiums sich über Fragen des Apothekenwesens gutachtlich zu äussern. Auch sind sie befugt, Vorstellungen und Anträge in Angelegenheiten ihres Berufes und Gewerbes an dasselbe zu richten.

Das Medizinal-Kollegium hat in allen die wirthschaftlichen Interessen der Apotheker berührenden Fragen einen der pharmazeutischen Assistenten, welcher für den Einzelfall von der Gesammtheit der pharmazeutischen Assistenten aus ihrer Mitte vorgeschlagen wird, zu hören, und ihn bei der Berathung und Verhandlung über derartige Fragen zu den Sitzungen mit berathender Stimme hinzuzuziehen.

VIII. Die zahnärztlichen Assistenten.

§. 23. Die zwei zahnärztlichen Assistenten werden vom Senat aus der Mitte und auf den Vorschlag der hier immatrikulirten Zahnärzte auf sechs Jahre ernannt. Alle drei Jahre tritt einer derselben aus.

Die Vorschlagsberechtigten treten auf Berufung durch den Medizinalrath zur Anfertigung eines Wahlaufsatzes von zwei Personen für jede der zu besetzenden Stellen zusammen. Die Anfertigung des Wahlaufsatzes erfolgt in derselben Weise wie bei den pharmazeutischen Assistenten (§. 22 Abs. 2).

Die zahnärztlichen Assistenten haben abwechselnd an den Besichtigungen der Anstalten für Zahnpflege theilzunehmen. Sie sind bei allen die Zahnheilkunde betreffenden Angelegenheiten vom Medizinal-Kollegium zu hören und sind verpflichtet, im Auftrage des Medizinal-Kollegiums sich über Fragen der Zahnheilkunde gutachtlich zu äussern. Auch sind sie befugt, Vorstellungen und Anträge in Angelegenheiten ihres Berufes an das Medizinal-Kollegium zu richten.

IX. Gebühren.

§. 24. Für die auf Erfordern der Gerichte erstatteten Gutachten des Medizinal-Kollegiums und seiner Beamten werden Gebühren erhoben gemäss dem Regulativ vom 21. Oktober 1881, betreffend die Gebühren der Medizinalpersonen als Sachverständige.

X. Strafbestimmung.

§. 25. Zuwiderhandlungen gegen den §. 3 Abs. 2 dieses Gesetzes werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen des Senats werden, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft, und wenn die Zuwiderhandlung eine vorsätzliche war, mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängniss bis zu 3 Monaten geahndet.

XI. Schlussbestimmungen.

§. 26. 1. Die Bestimmungen des §. 1 unter 5 und 6 über die Wahl zum Mitgliede des Medizinal-Kollegiums finden auf diejenigen Physici und auf den Krankenhausdirektor, welche zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes schon Mitglieder des Medizinal-Kollegiums sind, keine Anwendung.

2. Die Bestimmung des §. 17 Abs. 1, nach welcher der Hafenarzt den ärztlichen Dienst beim Auswandererwesen zu übernehmen hat, tritt erst bei eintretender Vakanz oder nach entsprechender Aenderung der Gesetzgebung in Kraft.

3. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden aufgehoben:

Die §§. 1—11, 13, 14, 16—24, 58—60, 62—64, 65 Satz 1 und 2, 68 bis 82, 88—96, 98—100, 113—121, 122 Abs. 4, 123 mit Ausschluss des ersten Satzes und 124—127 der Medizinal-Ordnung vom 19. Februar 1818.

Das Gesetz, betreffend Reorganisation des Gesundheitsrathes, vom 26. Oktober 1870.

Die Bekanntmachung vom 27. Oktober 1871, wegen Abänderung des §. 16 des Gesetzes, betreffend Reorganisation des Gesundheitsrathes.

Die Bekanntmachung vom 11. November 1878, betreffend den Titel des als Medizinal-Inspektor fungirenden Physikus.

Die Bekanntmachung vom 18. Oktober 1880 über Zusätze zum Gesetz, betreffend Reorganisation des Gesundheitsrathes.

Die §§. 17, 37 und 42 des Gesetzes, betreffend Zivilstandsregister und Eheschliessungen, vom 17. November 1865.

§. 27. Dieses Gesetz tritt an einem vom Senat zu bestimmenden Tage in Kraft.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 4. 15. Februar. 1900.

Rechtsprechung.

Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges für die Geltendmachung der Gebührenforderung des in einem gerichtlichen Verfahren zugezogenen Sachverständigen. Unanwendbarkeit landesgesetzlicher Bestimmungen über die Verfolgung der den Beamten aus ihrem Dienstverhältniss zustehenden Ansprüche auf die nach besonderen Taxvorschriften zu berechnenden Sachverständigengebühren der Gerichtsärzte.
Urtheil des Reichsgerichts vom 22. Dezember 1898.

. . . . Die Entscheidung auf die Revision selbst hängt von dem gesetzgeberischen Inhalte des §. 17 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878 (Reichs-Gesetzbl. S. 173) ab. Das Berufungsgericht nimmt in Uebereinstimmung mit dem Landgericht an, dass durch den §. 17 in abschliessender und erschöpfender Weise das Verfahren der Gebührenfestsetzung auch für Sachverständige geregelt sei, und dass der Sachverständige, der sich durch die Festsetzung oder deren Ablehnung in seinem Gebührenanspruche geschmälert fühle, zwar im Beschwerdewege das im Instanzenzuge höhere Gericht anrufen, nicht aber durch Erhebung der Klage Abhülfe suchen könne. Demgegenüber macht die Revision dem Berufungsgericht in erster Reihe den Vorwurf, verkannt zu haben, dass der §. 17 nur das Verfahren der Festsetzung der Gebühren, also der Bestimmung der Höhe derselben regele, während er das für den Fall der gänzlichen Ablehnung der Gebühren einzuschlagende Verfahren und somit auch den dafür gemäss §. 13 des Gerichtsverfassungsgesetzes zu Gebote stehenden ordentlichen Rechtsweg unberührt lasse.

Der Auffassung der Revision lässt sich nicht beitreten. Der den Zeugen und Sachverständigen in Folge Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Zeugniss- und Begutachtungspflicht zustehende Entschädigungsanspruch ist seinem Grunde, wie seinem Umfange nach, in letzterer Beziehung abgesehen von dem in §. 15 a. a. O. vorgesehenen Falle, ein gesetzlicher. Mit der grundsätzlichen Anerordnung des Anspruchs in den §§. 366, 378 Zivilprozessordnung und §§. 70, 84 Strafprozessordnung ist zugleich der Ausspruch verknüpft, dass der Anspruch „nach Massgabe der Gebührenordnung“ zusteht, und letztere selbst schreibt in §. 1 ebenfalls vor, dass „die Zeugen und Sachverständigen Gebühren nach Massgabe der folgenden Bestimmungen erhalten“. Die Gebührenordnung enthält aber nach der Bestimmung der Höhe der Entschädigung in den §§. 2—15 und der Bestimmung in §. 16, dass die Gebühren nur auf Verlangen gewährt werden und dass der nicht geltend gemachte Anspruch darauf binnen drei Monaten erlischt, neben dem §. 18 über den Zeitpunkt des Eintritts der Geltungskraft des Gesetzes, nur noch den §. 17, dahin: Die einem Zeugen oder Sachverständigen zu gewährenden Beträge werden durch das Gericht oder den Richtern, vor welchem die Verhandlung stattfindet, festgesetzt.

Sofern die Beträge aus der Staatskasse gezahlt und diese nicht erstattet sind, kann die Festsetzung von dem Gericht oder dem Richter, durch welchen sie erfolgt ist, sowie von dem Gericht der höheren Instanz von Amtswegen berichtigt werden.

Gegen die Festsetzung findet Beschwerde nach Massgabe der §§. 531 bis 538 Zivilprozessordnung und des §. 4 Absatz 8 des Gerichtskostengesetzes, in Strafsachen nach Massgabe der §§. 346—352 Strafprozessordnung statt; es ergiebt sich daraus unzweideutig auch die Massgabe des Anspruchs, dass seine Geltendmachung allein in dem in §. 17 vorgesehenen Verfahren zu erfolgen hat Nur diese Behandlung entspricht auch der Wirklichkeit der Verhältnisse, die ihrer Natur nach auf thunlichst alsbaldige endgültige Erledigung hinweisen und deren sachgemässe Würdigung für die Bemessung der Höhe des Anspruchs

am ersten dem Gericht oder dem Richter möglich ist, vor welchem die Verhandlung stattgefunden hat. Die Bestimmung in Absatz 2 des §. 17 steht aber der Geltendmachung des Anspruchs im ordentlichen Rechtswege geradezu entgegen, da sie mit den Wirkungen der Rechtskraft eines den Anspruch zuerkennenden Urtheils unvereinbar sein würde.

. . . . Aus derselben ergiebt sich ohne Weiteres auch die Unhaltbarkeit der von der Revision gemachten Unterscheidung zwischen dem durch §. 17 nur geregelten Verfahren der Festsetzung der Höhe der Gebühren und dem davon unberührt gebliebenen Verfahren im Falle deren gänzlicher Ablehnung. An sich enthält die Befugniss zur Festsetzung der Gebühren von selbst auch die Befugniss zur Entscheidung darüber, ob überhaupt eine Gebühr beansprucht werden kann, da die Begründetheit des Anspruchs die unerlässliche Voraussetzung zur Festsetzung des Anspruchs in einer gewissen Höhe ist. Es hätte daher einer besonderen Bestimmung bedurft, falls neben dem im §. 17 vorgesehenen Festsetzungsverfahren der ordentliche Rechtsweg dann eröffnet werden sollte, wenn der Gebührenanspruch seinem Grunde nach abgelehnt wurde. Wollte man ohne eine solche Bestimmung den ordentlichen Rechtsweg zulassen, so würde sich da die Festsetzung der Höhe der Gebühren angesichts der Vorschrift in §. 17 Abs. 1 dem hier bestimmten Gericht nicht entzogen werden darf, die bedenkliche Folge ergeben, dass die Entscheidung über einen und denselben Anspruch unter verschiedene Gerichte vertheilt und dabei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen wäre, dass in derselben Rechtssache das Gericht der höheren Instanz an die der seinigen widersprechende Entscheidung des nachgeordneten Gerichts gebunden wäre. Steht hiernach den Zeugen und Sachverständigen für die Geltendmachung ihres Gebührenanspruchs nur der im §. 17 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 vorgesehene, den ordentlichen Rechtsweg ausschliessende Weg zur Verfügung, so entfällt damit auch der gleichzeitigen Berufung der Revision auf den §. 13 Gerichtsverfassungs-Gesetzes die Unterlage.

Der Kläger und mit ihm die Revision halten den ordentlichen Rechtsweg aber auch noch aus einem anderen Grunde für zulässig. Im §. 13 Abs. 1 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 ist bestimmt:

> „Soweit für gewisse Arten von Sachverständigen besondere Taxvorschriften bestehen, welche an dem Orte des Gerichts, vor welches die Ladung erfolgt, und an dem Aufenthaltsorte des Sachverständigen gelten, kommen lediglich diese Vorschriften in Anwendung. . . .“

Durch diese Bestimmung ist für Preussen das im Thatbestande gedachte Gesetz vom 9. März 1872 in seinen Taxvorschriften aufrecht erhalten, und der Kläger hat schon in der Berufungsinstanz die Auffassung vertreten, dass damit auch die frühere, nach dem Gesetz vom 24. Mai 1861, betreffend die Erweiterung des Rechtswegs (Gesetz-Sammlung S. 241) in den §§. 1 fgde. gewährte Verfolgbarkeit von Gebührenansprüchen der Medizinalbeamten aus ihrem Dienstverhältnisse, wohin auch der hier erhobene Anspruch gehöre, im ordentlichen Rechtswege aufrecht erhalten sei. Das Berufungsgericht hält das Gesetz vom 24. Mai 1861 auf den vorliegenden Fall schon um deshalb nicht für anwendbar, weil hier ein vermögensrechtlicher Anspruch eines Staatsbeamten aus seinem Dienstverhältnisse nicht in Frage stehe, auch die Eigenschaft des Klägers als Staatsbeamter unerheblich sei, da er nicht als Staatsbeamter, sondern lediglich als „Sachverständiger“ beauftragt gewesen, und seine Beamtenqualität an sich mit den Aufträgen nichts gemein gehabt hätte. Da, wo der Medizinalbeamte als Staatsbeamter auftrete und seine Thätigkeit im allgemeinen staatlichen Interesse entfalte, bleibe ihm der Rechtsweg zufolge der Gesetze vom 24. Mai 1861 und 9. März 1872 gesichert, unberührt von den Bestimmungen der deutschen Gebührenordnung. Die Revision erhebt hiergegen die Rüge, dass die Annahme des Berufungsgerichts, Kläger sei bei der hier in Rede stehenden Thätigkeit nicht als Staatsbeamter, sondern lediglich als Sachverständiger beauftragt gewesen, der erforderlichen Begründung ermangele und jedenfalls auf einer rechtsirrthümlichen Auffassung der amtlichen Stellung des Klägers als Gerichtsphysikus beruhe. Als solcher sei er Medizinalbeamter und unmittelbarer Staatsbeamter, und die von ihm auf Ersuchen der Gerichte ausgeführten gerichtsärztlichen Verrichtungen, insbesondere auch die Erstattung von Sachverständigengutachten seien amtliche Handlungen und die ihm dafür zustehenden Gebühren als ein vermögensrechtlicher Anspruch aus seinem Dienstverhältnisse anzusehen. Das Berufungsgericht habe daher auch, so meint schliesslich die

Revision, die §§. 1 figde. des Gesetzes vom 24. Mai 1861 durch Nichtanwendung verletzt.

Auch dem hier erhobenen Angriffe der Revision muss der Erfolg versagt bleiben. Es kann dahingestellt bleiben, ob es richtig ist, wovon das Berufungsgericht ausgeht, dass der vom Gericht in einer Entmündigungs- oder Strafsache um Erstattung eines Sachverständigengutachtens über den Geisteszustand einer Person ersuchte Gerichtsarzt nicht als Beamter, sondern lediglich als Sachverständiger bei Erledigung des Ersuchens thätig ist. . . . Denn wenn auch angenommen wird, dass der Gerichtsarzt bei Erledigung gerichtlicher Ersuchen der vorgedachten Art zwar als Sachverständiger, zugleich aber in seiner Eigenschaft als Medizinalbeamter innerhalb seines amtlichen Geschäftskreises thätig ist, so lässt sich daraus doch eine Einschränkung der Geltung des §. 17 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 und die Zälässigkeit des ordentlichen Rechtsweges für die Geltendmachung des Gebührenanspruchs des Gerichtsarztes nicht herleiten. Allerdings ist hier auch weiter zu unterstellen, dass die dem Gerichtsarzt für die Erledigung gerichtlicher Ersuchen der mehrgedachten Art zustehenden Gebühren einen Anspruch aus seinem Dienstverhältnisse darstellen, und ein solcher Anspruch wäre auch der vom Kläger geltend gemachte. Ueber vermögensrechtliche Ansprüche der Staatsbeamten aus ihrem Dienstverhältnisse findet unterschiedslos und ohne Rücksicht auf die Art der Ansprüche nach §. 1 des erwähnten Gesetzes vom 24. Mai 1861 der ordentliche Rechtsweg statt. Da es sich aber im vorliegenden Falle um einen Gebührenanspruch nach Massgabe der Reichs-Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 handelt und Reichsgesetze den Landesgesetzen vorgehen — Artikel 2 der Reichsverfassung —, so würde gegenüber dem §. 17 dieser Gebührenordnung, durch welchen, wie oben dargelegt, in abschliessender und erschöpfender Weise das Verfahren der Gebührenfestsetzung für Zeugen und Sachverständige geregelt ist, der von dem Kläger beschrittene ordentliche Rechtsweg nur zugelassen werden können, wenn die Auffassung der Revision zuträfe, dass mit der Aufrechterhaltung gewisser landesgesetzlicher Taxvorschriften durch die oben wiedergegebene Bestimmung in §. 13 Abs. 1 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 auch die landesgesetzlichen Vorschriften über die Geltendmachung der nach jenen Taxvorschriften zustehenden Gebühren im ordentlichen Rechtswege ebenfalls in Kraft geblieben seien. Für eine solche Annahme fehlt es aber an jedem Anhalt. Von vornherein ist ein innerer Grund, welcher die Zulassung einer Verschiedenheit in dem Verfahren für die Geltendmachung des Gebührenanspruchs rechtfertigen könnte, nicht erkennbar. Während die Berücksichtigung landesgesetzlicher Taxvorschriften in der Verschiedenheit der in Betracht kommenden örtlichen Verhältnissen ihre Rechtfertigung findet, musste eine Abweichung von dem der Natur des Anspruchs entsprechend geordneten Verfahren für dessen Geltendmachung jeder Berechtigung entbehren. Insbesondere ist auch die Beamteneigenschaft des zu dem Gebührenanspruche Berechtigten nicht geeignet, ein abweichendes Verfahren zu rechtfertigen, wie dies in der Gebührenordnung auch selbst dadurch anerkannt ist, dass für den Gebührenanspruch der als Zeugen oder Sachverständige zugezogenen öffentlichen Beamten aus §. 14 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 ein von dem in §. 17 vorgesehenen Verfahren abweichendes nicht zugelassen ist. . . . . Desgleichen kann aus der Aufrechterhaltung des Gesetzes vom 9. März 1872 in §. 13 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 nicht hergeleitet werden, dass die nach dem Gesetze vom 9. März 1872 zu berechnenden Sachverständigengebühren in anderer als in der in §. 17 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 vorgesehenen Weise geltend gemacht werden dürfen, zumal das Gesetz vom 9. März 1872 sich mit dem Verfahren der Geltendmachung des danach zustehenden Anspruchs überhaupt nicht befasst. Auch weist das Berufungsgericht zutreffend darauf hin, dass in §. 13 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 nur die besonderen Taxvorschriften, also nur die die Höhe der Gebühren betreffenden Vorschriften der Landesgesetze aufrecht erhalten werden, womit zugleich zum zweifellosen Ausdruck gebracht wird, dass andere, das Verfahren der Geltendmachung des Gebührenanspruchs betreffende landesgesetzliche Vorschriften in der ausgesprochenen Aufrechterhaltung nicht begriffen sind.

Nach alledem bleibt Kläger für die Geltendmachung des von ihm erhobenen Gebührenanspruchs auf den in §. 17 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 bezeichneten Weg auch dann beschränkt, wenn er die den Anspruch be-

gründende Thätigkeit nicht lediglich als Sachverständiger, sondern zugleich in amtlicher Eigenschaft als Medizinalbeamter, vorgenommen hat und somit der Anspruch als ein solcher anzusehen ist, der aus dem Dienstverhältnisse des Klägers herrührt. Auch für diesen Fall ist daher dem Kläger der von ihm betretene ordentliche Rechtsweg nicht eröffnet. Die Entscheidung des Berufungsgerichts ist daher gerechtfertigt und war deshalb, wie geschehen, die Revision als unbegründet zurückzuweisen.

Die von einer Polizeibehörde getroffene Anordnung, dass vorläufig festgenommene und in Polizeihaft gebrachte Personen den sog. Bertillon'schen Messungen zu unterwerfen seien, liegt innerhalb der allgemeinen Zuständigkeit dieser Behörde; die im einzelnen Falle mit der Ausführung dieser Anordnung befassten Beamten befinden sich somit dabei in der rechtmässigen Ausübung ihres Amtes. Urtheil des Reichsgerichts (IV. Strafsenats) vom 2. Juni 1899.

. . . . Die Entscheidung der Frage, ob der Schutzmann B. und der Aufseher Sch. sich in rechtmässiger Amtsausübung befunden haben, ist nach dem festgestellten Sachverhalte lediglich davon abhängig, ob die vorstehend erwähnte Anordnung der Polizeidirektion als innerhalb der allgemeinen Zuständigkeit dieser Behörde liegend anzusehen ist. Trifft dies zu, so befanden sich sowohl der Polizeikommissar bei Ertheilung des fraglichen Auftrages, als auch die beauftragten Beamten bei der Vornahme der vorgeschriebenen Messungen in der rechtmässigen Ausübung ihres Amtes, da sie vermöge ihrer Stellung verpflichtet waren, jener Anordnung nachzukommen. Die Zuständigkeit der Polizeidirektion zu der generellen Anweisung, Verhaftete, die bereits mit Zuchthaus bestraft worden, den Bertillon'schen Messungen zu unterwerfen und gleichzeitig zu photographiren, ist aber nicht zu beanstanden. Sie ergiebt sich aus der gesetzlich anerkannten Obliegenheit der Polizei, die nöthigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit zu treffen (§. 10 A. L.-R. II. 17), welche, soweit die Verletzung oder Bedrohung der öffentlichen Sicherheit in Frage kommt, die Aufgabe der Unterstützung der Strafrechtspflege in sich schliesst. In dieses Gebiet ihrer Wirksamkeit fällt unzweifelhaft die Aufnahme von Signalements solcher Personen, welche wegen Verdachtes der Verübung einer strafbaren Handlung festgenommen und bei der Polizeibehörde eingeliefert sind. Eine solche Beschreibung der körperlichen Erscheinung und der in ihr sich darbietenden Unterscheidungsmerkmale kann für die Zwecke der Strafverfolgung, wie einer näheren Ausführung nicht bedarf, auch dann, wenn die betreffende Person der Behörde nicht unbekannt ist, in verschiedenen Richtungen von Bedeutung sein. Die Art und Weise, in welcher eine solche Aufnahme zu bewirken, fällt wesentlich in den Bereich des pflichtmässigen Ermessens derjenigen Behörden oder Beamten, welche mit der Leitung und Beaufsichtigung der betreffenden Gefangenanstalten betraut sind. Die einschlagenden Anordnungen haben ihr Mass und ihre Grenze einerseits aus dem Zwecke der fraglichen Feststellungen, anderseits aus dem Gesichtspunkte zu entnehmen, dass Massnahmen, welche an sich den Charakter körperlicher Misshandlung tragen oder geeignet sind, die Gesundheit der Betroffenen zu beschädigen, jedenfalls ausgeschlossen erscheinen müssen. Hiervon ausgegangen liegt kein Grund vor, weshalb die Messung bestimmter Glieder und Körpertheile in Verbindung mit der Photographirung der festgenommenen Personen, wie beides zusammen die Grundlage des sog. anthropometrischen Signalements nach dem Systeme Bertillon bildet, nicht als Hülfsmittel bei der Herstellung von Personalbeschreibungen Festgenommener zur Erleichterung einer späteren Identifizirung benutzt werden dürften.

Liegt sonach die in Rede stehende Anordnung der Polizeidirektion zu P. zweifellos innerhalb ihrer allgemeinen gesetzlichen Zuständigkeit, so entfällt damit dem Vorstehenden nach jedes Bedenken bezüglich der Rechtmässigkeit der Amtsausübung, in welcher dem Schutzmann B. und dem Gefangenaufseher Sch. seitens des Angeklagten in der festgestellten gewaltsamen Weise Widerstand geleistet worden ist. . . .

Bedeutung des Ausdrucks: „der blosse Zusatz von Rosinen" in §. 4, Abs. 3 des Gesetzes, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen

und weinähnlichen Getränken vom 20. April 1892 (R.-G.-Bl. S. 697). Urtheil des Reichsgerichts (I. Strafsenats) vom 5. Juni 1899.

Entscheidend ist die unanfechtbare Feststellung, dass der Angeklagte grosse Mengen Weines unter der Bezeichnung vins doux verkauft hat, dem Rosinen, Sprit und Brunnenwasser zugesetzt waren.

Der Zusatz von Wein war nicht zu beanstanden, da der Wein laut seiner französischen Benennung nicht als deutscher in den Verkehr kommen sollte. Auch der Zusatz von Rosinen ist bei Weinen, die als Süssweine ausländischen Ursprungs in den Verkehr kommen, gemäss §. 4, Abs. 3 des Gesetzes vom 20. April 1892 erlaubt und die vins doux des Angeklagten erscheinen als solche.

Nicht erlaubt ist dagegen die Verwendung von Rosinen und Wasser. Auf die Frage, ob Wasserzusatz ohne Rosinen gestattet sei, braucht hier nicht eingegangen zu werden. Es mag nur beiläufig bemerkt werden, dass laut den „Technischen Erläuterungen" (Drucks. des Reichst. 1890 92 Nr. 766, S. 47/48) der Zusatz von blossem Wasser in der dadurch herbeigeführten Verschlechterung des Weines und den Rücksichten auf die Konkurrenz und den Geschmack des Publikums eine natürliche Grenze hat, deren Festlegung nur bei gallisirten Weinen wegen der gleichzeitigen Zuckerung für nöthig erachtet wurde, dass dagegen die Verwendung von Rosinen eine nahezu unbegrenzte Vermehrung des Weines durch Wasserzusatz ermöglicht und darum eine Bezeichnung verlangt werden müsse, die das sogenannte Erzeugniss von Traubenwein unterscheidet. Nur der Zusatz von Rosinen allein, der „blosse" Zusatz von Rosinen, erschien bei den in §. 4, Abs. 3 genannten Süssweinen unbedenklich. Sobald Vermehrung durch Wasser hinzutritt, tritt die Regel des Abs. 2 ein, wonach Wein, der mit Verwendung von Rosinen hergestellt wird, nur unter einer diese Beschaffenheit erkennbar machenden oder einer anderweiten, die Mischung von Wein unterscheidenden Bezeichnung (z. B. Rosinenwein) feilgehalten und verkauft werden darf. Dem entspricht die Bezeichnung vins doux nicht, die Verurtheilung wegen Weinfälschung im Sinne des §. 10 des Gesetzes vom 14. Mai 1879 war also gerechtfertigt.

Mittel gegen Sommersprossen sind nicht als Heil-, sondern als kosmetische Mittel anzusehen. Quecksilberhaltige Farbstifte dürfen nach §. 3 des Gesetzes vom 5. Juli 1887 zu kosmetischen Zwecken nicht feilgehalten und verkauft werden. Begriff des Feilhaltens. Urtheil des Reichsgerichts vom 27. Februar 1899.

Die Annahme des Vorderrichters, dass es sich bei dem vom Angeklagten feilgehaltenen Präparate nicht um ein Heilmittel, also um ein Mittel handle, das gegen Krankheit oder wahre Gebrechen und Leiden Hülfe gewähre, sondern nur um ein sog. kosmetisches Mittel, ist im Hinblick auf die in den Urtheilsgründen enthaltenen Ausführungen rechtlich nicht zu beanstanden, auch vom Beschwerdeführer in keiner Weise bemängelt worden.

Der §. 3 des angezogenen Reichsgesetzes geht in seinem Inhalte weiter als die §§. 1, 2, 4—10. Denn während diese nach ihrem Wortlaute die Verwendung der hier bezeichneten Farben verbieten, untersagt der §. 3 die Verwendung der im §. 1, Abs. 2 aufgeführten Stoffe zur Herstellung von kosmetischen Mitteln. Die §§. 1, 2, 4—10 fassen daher die in Frage kommenden Stoffe nur mit Rücksicht auf eine einzelne Eigenschaft und Verwendungsfähigkeit in's Auge, der §. 3 hingegen die von ihm getroffenen in der Totalität ihres Wesens und ihrer Eigenschaften, soweit solche für die Herstellung kosmetischer Mittel überhaupt in Betracht kommen. Daraus aber, dass der Gesetzgeber diese abweichenden Ausdrücke gewählt hat, muss .... gefolgert werden, dass die hervorgehobene verschiedene Tragweite der angezogenen gesetzlichen Bestimmungen vom Gesetzgeber geradezu gewollt gewesen ist. Dieser aus dem Inhalte des Gesetzes sich klar ergebenden Willensbekundung des Gesetzgebers gegenüber kann darauf, dass die Ueberschrift des Gesetzes die weiter reichende Tendenz der Vorschrift in §. 3 nicht mit hervorhebt, kein Gewicht gelegt werden. Da Quecksilberchlorid bekanntermassen eine chemische Verbindung von Quecksilber und einigen anderen Stoffen ist, die überdies gelöst werden kann, so ist die Annahme des ersten Richters, dass das Präparat des Angeklagten Quecksilber enthalte, rechtlich nicht zu beanstanden.

Der Ausspruch des Urtheils, dass das vom Angeklagten ausgegangene Zeitungsinserat nach Lage der Sache als ein Feilhalten des in Rede

stehenden Präparates im Sinne des Gesetzes zu gelten habe, giebt zu keinem rechtlichen Bedenken Anlass, ist auch von der Revision nicht entschieden als unhaltbar bekämpft worden . . .

Anpreisung von Eisen-Somatose. Ist diese ein Heil- und Geheimmittel oder nur ein Kräftigungsmittel? Begriff Geheimmittel. Urtheil des Reichsgerichts vom 22. März 1899.

. . . . Die Feststellungen, betr. die Ankündigung der „Eisen-Somatose" in der fraglichen Annonce rechtfertigen die Bestrafung der Beschwerdeführer nach Massgabe der im Urtheil angeführten Strafgesetze. Die Rüge, dass die Feststellungen durch eine unrichtige Auffassung des §. 99 der Hamburger Medizinalordnung vom 20. Februar 1818 beeinflusst seien, kann als zutreffend nicht anerkannt werden. Die genannte Medizinalordnung enthält keine Begriffsbestimmung des Geheimmittels. Es ist aber auch nicht ersichtlich, dass sie von der Begriffsbestimmung abweichen will, welche sich aus der Natur der Sache und den dabei in Betracht kommenden medizinalpolizeilichen Gesichtspunkten ergiebt. Auf dieser Grundlage ist es nicht zu beanstanden, wenn das Urtheil, in wesentlicher Uebereinstimmung auch mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts, den Begriff des Geheimmittels dahin definirt, dass darunter als Heilmittel sich ankündigende Zubereitungen zu verstehen seien, welche nicht zu den medizinalpolizeilich anerkannten Arzneimitteln gehören, und deren Bestandtheile und Gewichtsmengen nicht bei der Ankündigung und Feilbietung dem Publikum in gemeinverständlicher Weise bekannt gegeben werden. Dass die Eisen-Somatose dieser Begriffsbestimmung unterfällt, ist in dem Urtheile einwandsfrei dargelegt, insbesondere auch, dass sie als Heilmittel angekündigt ist, indem ihr in der Annonce eine Heilwirkung bei einer bestimmten Krankheit, der Bleichsucht, beigelegt wird. Auch die Rüge geht fehl, dass das Gericht den Begriff des Anpreisens verkenne. Wenn die Revision aus dem Zusammenhange der Bestimmungen des §. 99 der Medizinalordnung herleiten will dass nur Anpreisungen besonders prahlerischen Charakters oder Ankündigungen, welche auf die Beförderung einer Quacksalberei abzielen, unter die Strafandrohungen fielen, so kann das nicht als richtig zugegeben werden. In dem Paragraph sind verschiedene Thatbestände neben einander als gleichwerthig unter Strafe gestellt, wie die unbefugte und prahlerische Ankündigung von Arzneimitteln, eine derartige Anempfehlung von Aerzten und Wundärzten u. s. w. Unter diesen Thatbeständen befindet sich: „das Anpreisen von geheimen Mitteln" mit dem Zusatze: „unter welcher Maske es auch geschehe". Diese Nebeneinanderstellung deutet nicht darauf hin, dass der Gesetzgeber bei dem Verbote des Anpreisens von Geheimmitteln nur eine besonders prahlerische oder marktschreierische Art der Anpreisung, etwa im Gegensatze zu einer einfachen Empfehlung oder einer den Charakter der Aufdringlichkeit nicht an sich tragenden Hervorhebung guter Eigenschaften habe treffen wollen. Ebensowenig lässt sich aus dem allgemeinen Verbote „Alles dessen, was die Beförderung einer gefährlichen und schädlichen Quacksalberei zur Folge hat", mit welchem der Paragraph abschliesst, ableiten, dass das Anpreisen von Geheimmitteln nur dann unter die Strafbestimmung falle, wenn es erweislich diesem Zwecke zu dienen bestimmt ist.

Das auch im Uebrigen das angefochtene Urtheil zu einer materiellrechtlichen Beanstandung keinen Anlass bietet, war das Rechtsmittel zu verwerfen.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Herstellung von Konservebüchsen unter Verwendung bleihaltiger Löthmasse. Runderlass der Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten für Handel und Gewerbe und des Innern vom 27. Dezember 1899 — M. d. g. A. Nr. 7687, M. f. H. u. G. C. Nr. 8285, M. d. I. II. Nr. 15785 — an sämmtliche Königlichen Regierungspräsidenten.

Die Technik in der Herstellung von Konservebüchsen hat in neuerer Zeit solche Fortschritte gemacht, dass Konservebüchsen mit Löthmasse, welche von Aussen in das Innere gedrungen ist, nur noch selten vorkommen. Durch das

mehr und mehr zur Anwendung gelangende Falzverfahren lassen sich die in Frage stehenden Gefässe derart herstellen, dass nur noch an einer einzigen Naht ein Verschluss mittelst Löthmasse erforderlich ist. Selbst wenn aber bei der Aussenlöthung mittelst einer Legirung, welche mehr Blei enthält, als für Innenlöthung zulässig ist, kleine Theile der Löthmasse an einer zufällig durchlässigen Stelle in das Innere der Büchse eindringen, ist eine ernstliche Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch den Inhalt solcher Konservebüchsen nicht gegeben. In der Herstellung und in dem Vertriebe solcher Büchsen kann auch kein Verstoss gegen das Gesetz, betreffend den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen vom 25. Juni 1887 (R.-G.-Bl. S. 173) erblickt werden.

B. Freie Stadt Hamburg.

Hebammen-Ordnung. Gesetz vom 29. Dezember 1899.

Der Senat hat in Uebereinstimmung mit der Bürgerschaft beschlossen und verkündet hierdurch als Gesetz, was folgt:

I. Zulassung und Ausbildung der Hebammen.

§. 1. Die gewerbsmässige Ausübung der geburtshülflichen Thätigkeit durch Frauen steht im Hamburgischen Staate nur den Hebammen zu, welche durch Ertheilung eines Prüfungszeugnisses des Medizinal-Kollegiums zugelassen sind.

Die Befugniss der in der Nähe der Grenze ansässigen preussischen Hebammen zur Ausübung geburtshülflicher Thätigkeit auf Hamburger Gebiet richtet sich nach den darüber getroffenen Vereinbarungen.

§. 2. Zur Prüfung als Hebammen dürfen nur erwachsene Personen weiblichen Geschlechts zugelassen werden, welche den vollständigen Unterricht in der Hamburgischen Hebammenlehranstalt durchgemacht haben.

Ausnahmsweise kann das Medizinal-Kollegium auch solche Frauen zur Prüfung zulassen, welche den Nachweis einer anderweitigen gleichwerthigen Ausbildung führen und den zur Aufnahme in die Hamburgische Lehranstalt aufgestellten Bedingungen entsprechen.

§. 3. Die Gesuche um Zulassung zu dem Hebammenunterricht sind an das Medizinal-Kollegium zu richten, welches über die Zulassung entscheidet.

Die Zulassungsbedingungen werden vom Medizinal-Kollegium im Verordnungswege festgestellt und bekannt gemacht.

§. 4. Die Kosten des Unterrichts, während dessen die Schülerinnen in der Hebammenlehranstalt wohnen, werden vom Senat festgesetzt.

Das Medizinal-Kollegium wählt den Hebammenlehrer, ordnet an, wie oft ein Unterrichtskursus stattzufinden hat, wie lange derselbe dauern soll und welche Zahl von Schülerinnen zuzulassen ist. Auch der Umfang des Lehrstoffes und das dem Unterricht zu Grunde zu legende Lehrbuch werden vom Medizinal-Kollegium bestimmt.

§. 5. Die Hebammenprüfung wird von der Prüfungskommission des Medizinal-Kollegiums vorgenommen. Diese besteht aus dem Verwaltungsphysikus, einem vom Kollegium jedes Mal zu wählenden ärztlichen Mitgliede und dem Hebammenlehrer.

§. 6. Die Schülerinnen, welche die Prüfung bestanden haben, erhalten ein Prüfungszeugniss (§. 1) und werden von dem Präses des Medizinal-Kollegiums auf diese Hebammen-Ordnung und die sonstigen für ihre Berufsthätigkeit massgebenden Vorschriften vereidigt. Die Vereidigung wird auf dem Prüfungszeugniss beurkundet.

II. Die Ausübung des Hebammen-Berufs.

§. 7. Die Hebammen stehen unter Aufsicht des Medizinal-Kollegiums, insbesondere des mit Leitung des Hebammenwesens beauftragten Verwaltungsphysikus. Das Medizinal-Kollegium erlässt die erforderlichen Anweisungen über die Pflichten und Befugnisse der Hebammen und über die Massregeln zur Verhütung ansteckender Krankheiten der Wöchnerinnen und Neugeborenen. Es ist befugt, den Hebammen aus sanitätspolizeilichen Gründen zeitweilig die Ausübung jeder geburtshülflichen Thätigkeit zu untersagen.

§. 8. Die Hebamme ist verpflichtet, ihre Berufsthätigkeit gewissenhaft auszuüben und durch ihr Verhalten in Ausübung des Berufs, sowie ausserhalb desselben sich der Achtung würdig zu erzeigen, die ihr Beruf erfordert. Ins-

besondere ist sie verpflichtet, jedem Rufe zu einer Entbindung sofort zu folgen, es sei denn, dass sie durch eine andere Entbindung bereits in Anspruch genommen ist.

Die Hebamme ist verpflichtet:

1. von dem Beginn der gewerblichen Thätigkeit, von der Wahl ihrer Wohnung und jeder Veränderung derselben, sowie von etwaigen Behinderungen in der Ausübung ihrer Thätigkeit durch Erkrankung, Reisen u. s. w., dem Medizinalamt binnen 24 Stunden Mittheilung zu machen;

2. die erforderlichen Geräthe, Desinfektionsmittel, Lehrbücher nach Anweisung des Medizinal-Kollegiums zu beschaffen, in gutem Zustande zu erhalten und auf Erfordern zur Besichtigung vorzulegen;

3. nur die geburtshülfliche Thätigkeit einschliesslich der ersten Pflege der Neugeborenen zu betreiben und keinerlei Krankenbehandlung, insbesondere keine Behandlung von Fehlgeburten, Frauenleiden oder Kinderkrankheiten, abgesehen von der ersten Hülfe in Nothfällen, selbstständig auszuführen;

4. ein Tagebuch über ihre Berufsthätigkeit nach Anweisung des Medizinal-Kollegiums zu führen und auf Erfordern den Beauftragten desselben vorzulegen;

5. die von ihr geleiteten Entbindungen allwöchentlich der Aufsichtsbehörde für die Standesämter nach den vom Medizinal-Kollegium im Verordnungswege erlassenen Ausführungsbestimmungen durch Einsendung der Geburtsbescheinigungen anzuzeigen;

6. jeden Todesfall einer Gebärenden, sowie nach den besonderen Anweisungen des Medizinal-Kollegiums jeden ihr vorkommenden Fall von Wochenbettfieber und anderen ansteckenden Krankheiten dem Medizinalamt anzuzeigen und den daraufhin amtlich angeordneten sanitätspolizeilichen Massnahmen nachzukommen;

7. Ladungen des Medizinalamts Folge zu leisten;

8. auf Verlangen den Beauftragten des Medizinal-Kollegiums die zu ihrer Geschäftsführung erforderliche Auskunft zu geben, insoweit sie damit nicht unbefugt Privatgeheimnisse offenbaren würde (Strafgesetzbuch §. 300);

9. sich den vom Medizinal-Kollegium angeordneten Nachprüfungen bei dem Verwaltungsphysikus zu stellen und sich etwa erforderlichen Nachkursen zu unterziehen.

§. 10. Die Bezahlung der Hebammen bleibt der Vereinbarung überlassen. In streitigen Fällen wird das Medizinal-Kollegium auf Verlangen des Gerichtes ein Gutachten über die Angemessenheit der geforderten Bezahlung abgeben.

§. 11. Die Zurücknahme des einer Hebamme ertheilten Prüfungszeugnisses erfolgt nach Massgabe des § 53, Abs. 2 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 21. Juni 1869 durch das Medizinal-Kollegium. Für das Verfahren und das Beschwerderecht gelten die Bestimmungen der §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung und der Hamburgischen Ausführungsverordnung vom 3. September 1869.

Die Wiederverleihung eines Prüfungszeugnisses erfolgt durch den Senat.

§. 12. Die besonderen Pflichten der Distrikts-, Armen- und Anstalts-Hebammen werden nach Anhörung des Medizinal-Kollegiums und unbeschadet der Anordnungen des letzteren über die allgemeinen Berufspflichten der Hebammen von den Behörden festgesetzt, welche die Anstellung vornehmen.

§. 13. Zuwiderhandlungen gegen die §§. 8 und 9 dieses Gesetzes, sowie die auf Grund des Gesetzes erlassenen Verordnungen werden, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist oder die Zurücknahme des Prüfungszeugnisses zu erfolgen hat, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit entsprechender Haftstrafe geahndet.

§. 14. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die §§. 101—112 der Medizinal-Ordnung vom 19. Februar 1818 und die Revidirte Instruktion für die Hebammen der Stadt und deren Gebiete vom 6. August 1870 aufgehoben.

§. 15. Dieses Gesetz tritt an einem vom Senat zu bestimmenden Tage in Kraft.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 5. **1. März.** 1900.

Rechtsprechung.

Die Kosten, welche durch Arbeiten erwachsen, die zur Vorbereitung des von einem Sachverständigen zu erstattenden Gutachtens erforderlich werden, braucht die zum Armenrecht zugelassene Partei nicht zu tragen. Beschluss des Reichsgerichts (V. Zivilsenats) vom 18. Januar 1899.

Nach §. 107 Nr. 1 der Zivilprozessordnung erlangt die Partei durch Bewilligung des Armenrechts die einstweilige Befreiung von der Berichtigung der rückständigen und künftig erwachsenen Gerichtskosten einschliesslich der den Sachverständigen zu gewährenden Vergütung und sonstigen baaren Auslagen. Das deutsche Gerichtskostengesetz rechnet im §. 79 Nr. 4 die den Sachverständigen zu zahlenden Gebühren zu den baaren Auslagen, welche vom Gericht zu erheben sind. Nach §. 3 Abs. 3 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige sind dem Sachverständigen auch die auf die Vorbereitung des Gutachtens verwendeten Kosten, sowie die für eine Untersuchung verbrauchten Stoffe und Werkzeuge zu vergüten. Auch diese Kosten und Auslagen fallen mithin unter §. 107 Nr. 1 der Zivilprozessordnung, und es kann keinem begründeten Zweifel unterliegen, dass von ihrer Hinterlegung durch die mit dem Armenrecht ausgestattete Partei die Erhebung eines beschlossenen Beweises nicht auf Grund der §. 344, 367 der Zivilprozessordnung abhängig gemacht werden darf.

Recht der Parteien, dem Sachverständigen Fragen vorlegen zu lassen; bezügliche Anträge müssen in unmittelbarer Verbindung mit der Vernehmung des Sachverständigen gestellt werden. Urtheil des Reichsgerichts (1. Zivilsenats) vom 12. April 1899.

. . . . . Ueber das Verfahren bei Vernehmung von Zeugen sind in den §§. 361, 362 der Zivilprozessordnung Vorschriften getroffen, welche nach §. 367 auch auf die Vernehmung von Sachverständigen entsprechende Anwendung finden. Nach §. 361 ist der zu Vernehmende zu einer zusammenhängenden Angabe desjenigen, was ihm von dem Gegenstande seiner Vernehmung bekannt ist, zu veranlassen und sollen zur Aufklärung und zur Vervollständigung der Aussage sowie zur Erforschung des Grundes, auf welchem die Wissenschaft des Zeugen beruht, nöthigenfalls weitere Fragen gestellt werden. Der §. 362 gewährt den Parteien das Recht, dem Zeugen die von ihnen zur Aufklärung der Sache für dienlich erachteten Fragen vorlegen zu lassen; Zweifel über die Zulässigkeit einer Frage entscheidet nach dem letzten Absatze des §. 362 das Gericht. Aus dem Zusammenhange des §. 362 mit dem §. 361 erhellt, dass nach dem Willen des Gesetzes das Recht, Fragen zu stellen, nur in unmittelbarer Verbindung mit der Vernehmung geübt werden kann, und dass für die Anträge auf Stellung von Fragen als Grundlage der Entscheidung über ihre Zulässigkeit der Grundsatz der Mündlichkeit des Verfahrens Geltung haben soll. Nur von einer im Termine vertretenen Partei und nur mündlich können daher solche Anträge gestellt werden. Schriftliche Anträge und insbesondere solche, die vor dem Termin eingehen, sind unzulässig.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

Einrichtung und Betrieb der Zinkhütten. Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 6. Februar 1900.

Auf Grund der §§. 120c und 139a der Gewerbeordnung hat der Bundesrath über die Einrichtung und den Betrieb der Zinkhütten folgende Vorschriften zu erlassen:

§. 1. Die Räume, in denen Zinkerz kalzinirt oder geröstet oder Rohzink durch Destillation gewonnen wird, müssen geräumig, hoch und so eingerichtet sein, dass in ihnen ein ausreichender beständiger Luftwechsel stattfindet.

Sie müssen mit einem ebenen und festen Fussboden versehen sein, der eine leichte Beseitigung des Staubes auf feuchtem Wege gestattet.

Die Wände müssen, um eine Staubansammlung zu vermeiden, eine ebene Oberfläche haben; sie müssen, soweit sie nicht mit einer abwaschbaren Bekleidung oder mit einem Oelfarbenanstrich versehen sind, mindestens ein Mal jährlich mit Kalk frisch angestrichen werden.

Das Dachgebälk und die Kappen der Destillationsöfen sind mindestens ein Mal jährlich von Staub gründlich zu reinigen.

§. 2. In den im §. 1 bezeichneten Räumen muss in der Nähe der Arbeitsstellen gutes, gegen Eindringen von Staub geschütztes Trinkwasser in reichlichen Mengen für die Arbeiter derart bereitgehalten werden, dass sie es jeder Zeit bequem erreichen können, ohne in's Freie zu treten.

In der Nähe der Oefen, sowie in den Röschen sind Einrichtungen zum Besprengen des Fussbodens anzubringen.

Der Fussboden in den im §. 1 bezeichneten Räumen ist mindestens ein Mal täglich feucht zu reinigen.

§. 3. Die Zerkleinerung der Zinkerze darf nur in Apparaten erfolgen, die so eingerichtet sind, dass das Eindringen von Staub in die Arbeitsräume verhindert wird.

§. 4. Die Röstöfen, sowie die Kalzinieröfen sind mit wirksamen Abzugsvorrichtungen für die entweichenden Gase zu versehen. Der Arbeitgeber ist dafür verantwortlich, dass die Wirksamkeit der Abzugsvorrichtungen während des Ofenbetriebes nicht unterbrochen wird.

§. 5. Die zum Beschicken der Destillationsöfen bestimmten Erze dürfen zur Vermeidung der Staubbildung nur in angefeuchtetem Zustande vor den Oefen gelagert, mit anderem Material gemischt und in die Oefen eingeführt werden.

Diese Vorschrift bleibt ausser Anwendung, soweit in einer Zinkhütte grosse sogenannte schlesische Muffeln im Gebrauche sind. In einem solchen Falle kann jedoch die höhere Verwaltungsbehörde bei besonders gesundheitsschädlicher Beschaffenheit des Beschickungsmaterials dessen Anfeuchtung anordnen.

§. 6. Staub, Gase und Dämpfe, die den Destillationsöfen entweichen, müssen durch wirksame Einrichtungen möglichst nahe an der Austrittsstelle abgefangen und zum Hüttenraume hinausgeführt werden.

Durch geeignete Abführungsvorkehrungen muss auch das Eindringen der Feuerungsgase in den Hüttenraum thunlichst verhindert werden.

§. 7. Die Räumasche darf nicht in den Hüttenraum gezogen werden; sie muss in geschlossenen Kanälen unter den Oefen aufgefangen und aus diesen Kanälen unmittelbar in Wagen entleert werden, die sich in Gängen (Röschen) unterhalb der Destillationsräume befinden.

Diese Vorschrift kann für bestehende Anlagen mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde ausser Anwendung bleiben, sofern Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art nicht oder nur durch unverhältnissmässig kostspielige Umbauten hergestellt werden können.

§. 8. Das Sieben und Verpacken der bei der Zinkdestillation gewonnenen Nebenprodukte (Poussière, Flugstaub) darf nur in einem besonderen, von anderen Arbeitsräumen getrennten Raume ausgeführt werden, der den Vorschriften des §. 1 entspricht.

Das Sieben darf nur in Apparaten vorgenommen werden, die so eingerichtet sind, dass eine Verstäubung nach aussen nicht stattfinden kann.

§. 9. Vom 1. Januar 1902 ab darf Arbeiterinnen die Bedienung der Destillationsöfen, sowie eine Beschäftigung beim Verladen und Abfahren der Räumasche oder der Asche aus den Feuerungen und bei den im §. 8 bezeichneten Verrichtungen nicht mehr gestattet werden.

Neue Arbeiterinnen dürfen vom Inkrafttreten dieser Bekanntmachung ab zu Beschäftigungen der im Abs. 1 bezeichneten Art nicht mehr herangezogen werden.

Eine Beschäftigung von Arbeiterinnen mit sonstigen im Abs. 1 nicht aufgeführten Arbeiten, die ein Betreten der Destillationsräume erforderlich machen, insbesondere mit dem Heranschaffen des Beschickungsmaterials an die Oefen, ist nur vor Beginn oder nach Beendigung des sogenannten Manövers an den Oefen gestattet.

§. 10. Jugendlichen Arbeitern darf die Beschäftigung und der Aufenthalt in den Destillationsräumen, sowie die Beschäftigung beim Verladen und Abfahren der Räumasche oder der Asche aus den Feuerungen und bei den im §. 8 bezeichneten Verrichtungen nicht gestattet werden.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf die Verwendung jugendlicher Arbeiter zu den Maurerarbeiten bei Herstellung neuer oder Ausbesserung kalter Oefen.

§. 11. Die Vorschriften der §§. 9, 10 haben bis zum 1. Januar 1910 Gültigkeit.

§. 12. Arbeiter zwischen sechszehn und achtzehn Jahren dürfen zum Verladen und Abfahren der Räumasche, sowie der Asche aus den Feuerungen und zu den im §. 8 bezeichneten Verrichtungen nicht herangezogen werden.

Zu anderen Arbeiten in dem Destillationsbetriebe dürfen sie nur zugelassen werden, wenn durch ein Zeugniss eines von der höheren Verwaltungsbehörde dazu ermächtigten Arztes bescheinigt wird, dass weder ihre Gesundheit, noch ihre körperliche Entwickelung zu Bedenken gegen die Beschäftigung Anlass geben. Die Bescheinigungen sind zu sammeln, aufzubewahren und dem Aufsichtsbeamten (§. 139 b der Gewerbeordnung) auf Verlangen vorzulegen.

Für die bei Verkündigung dieser Bekanntmachung in der im Abs. 2 bezeichneten Weise beschäftigten Arbeiter unter achtzehn Jahren bedarf es der Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses nicht.

§. 13. In einem staubfreien Theile der Anlage muss für die Arbeiter ein Wasch- und Ankleideraum und getrennt davon ein Speiseraum vorhanden sein. Beide Räume müssen sauber und staubfrei gehalten und während der kalten Jahreszeit geheizt werden.

In dem Wasch- und Ankleideraum müssen Wasser, Seife und Handtücher, sowie Einrichtungen zur Verwahrung derjenigen Kleidungsstücke, welche vor Beginn der Arbeit abgelegt werden, in ausreichender Menge vorhanden sein.

Der Arbeitgeber hat seinen Arbeitern wenigstens zwei Mal wöchentlich Gelegenheit zu geben, ein warmes Bad innerhalb der Betriebsanlage und, sofern nicht nach dem Urtheile des Gewerbeaufsichtsbeamten dringende Rücksichten auf den Betrieb dies ausgeschlossen erscheinen lassen, auch innerhalb der Arbeitszeit zu nehmen.

§. 14. Der Arbeitgeber hat die Ueberwachung des Gesundheitszustandes seiner Arbeiter einem dem Gewerbeaufsichtsbeamten namhaft zu machenden approbirten Arzte zu übertragen, der mindestens ein Mal monatlich die Arbeiter im Betrieb aufzusuchen und bei ihnen insbesondere auf die Anzeichen etwa vorhandener Bleierkrankung zu achten hat.

Auf Anordnung des Arztes sind Arbeiter, welche Krankheitserscheinungen in Folge der Einwirkung des Betriebs, namentlich Zeichen von Bleivergiftung aufweisen, bis zur völligen Genesung, solche Arbeiter aber, die sich diesen Einwirkungen gegenüber besonders empfindlich erweisen, dauernd von der Beschäftigung in den Destillationsräumen, von den im §. 8 bezeichneten Verrichtungen, sowie von den Arbeiten bei der Beseitigung von Räumasche fernzuhalten.

§. 15. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zur Kontrole über den Wechsel und Bestand, sowie über den Gesundheitszustand der Arbeiter ein Buch zu führen oder durch einen Betriebsbeamten führen zu lassen. Er ist für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen, soweit sie nicht vom Arzte bewirkt werden, verantwortlich.

Dieses Kontrolbuch muss enthalten:

1. den Namen dessen, welcher das Buch führt,

2. den Namen des mit der Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter beauftragten Arztes,

3. Vor- und Zunamen, Alter, Wohnort, Tag des Ein- und Austritts jedes Arbeiters, sowie die Art seiner Beschäftigung,

4. den Tag und die Art der Erkrankung eines Arbeiters,

5. den Tag der Genesung,

6. die Tage und Ergebnisse der im §. 14 vorgeschriebenen allgemeinen ärztlichen Untersuchungen.

§. 16. Der Arbeitgeber hat für die Arbeiter verbindliche Bestimmungen über folgende Gegenstände zu erlassen:

1. Die Arbeiter dürfen Nahrungsmittel nicht in die Arbeitsräume mitnehmen. Das Einnehmen der Mahlzeiten ist nur ausserhalb der Arbeitsräume gestattet.

2. Die Arbeiter dürfen erst dann den Speiseraum betreten, Mahlzeiten einnehmen oder die Anlage verlassen, wenn sie zuvor Hände und Gesicht sorgfältig gewaschen haben.

In den zu erlassenden Bestimmungen ist vorzusehen, dass Arbeiter, welche trotz wiederholter Warnung den vorstehend bezeichneten Bestimmungen zuwiderhandeln, vor Ablauf der vertragsmässigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden können.

Ist für einen Betrieb eine Arbeitsordnung erlassen (§. 134a der Gewerbeordnung), so sind die vorstehend bezeichneten Bestimmungen in die Arbeitsordnung aufzunehmen.

§. 17. In jedem Arbeitsraum, sowie in dem Ankleide- und dem Speiseraum muss eine Abschrift oder ein Abdruck der §§. 1 bis 16 dieser Vorschriften, sowie der gemäss §. 16 vom Arbeitgeber erlassenen Bestimmungen an einer in die Augen fallenden Stelle aushängen.

§. 18. Neu zu erbauende Destillationsöfen, hinsichtlich deren gemäss §§. 16 ff., §. 25 der Gewerbeordnung eine besondere Genehmigung erforderlich ist, müssen so angelegt werden, dass

1) vor ihren Beschickungsöffnungen ein lichter Raum von mindestens 6 m, bei Oefen, deren Beschickungöffnungen sich gegenüberliegen, ein Zwischenraum von mindestens 10 m vorhanden ist;

2) die unter den Destillationsräumen befindlichen Gänge (Röschen) geräumig, im Scheitel mindestens 3,5 m hoch, hell und luftig sind.

§. 19. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 1. Juli 1900 in Kraft.

Soweit zur Durchführung der Vorschriften der §§. 1—4, 6—8 und des §. 13 bauliche Veränderungen erforderlich sind, können hierzu von der höheren Verwaltungsbehörde Fristen bis höchstens zum 1. Juli 1901 gewährt werden.

B. Königreich Preussen.

Impfung der Schulkinder. Rundverfügung des Königlichen Regierungspräsidenten in Potsdam vom 23. November 1899 an sämmtliche Kreisschulinspektoren.

Durch die Erhebungen, betr. den Impfzustand der Schulkinder in einzelnen Gemeinden der Kreise Teltow und Nieder-Barnim, ist der Nachweis erbracht, dass trotz der klaren und unzweideutigen Bestimmungen des Impfgesetzes eine grosse Zahl von Kindern zur Schule zugelassen wird, ohne den Nachweis der erfolgten Impfung erbracht zu haben, und dass ferner eine grössere Zahl von Schulkindern der Wiederimpfung entzogen bleibt. Es ergiebt sich hieraus die Nothwendigkeit, dem Impfzustand der Schulkinder grössere Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden.

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung im amtlichen Schulblatt Jahrgang 1899 Nr. 7 (I. 1669/3.) wird hiermit angeordnet, dass die Schulleiter der öffentlichen und privaten Schulen fortan in die Schülerverzeichnisse eine Rubrik aufzunehmen haben: „Nachweis der erfolgten Impfung — Wiederimpfung“, und zwar ist dieser Vermerk in die Schülerverzeichnisse für sämmtliche in den Schulen vorhandene Schüler nachträglich einzutragen.

In allen Fällen, in welchen der Nachweis der erfolgten Erstimpfung oder Wiederimpfung nicht erbracht ist, hat der Schulleiter der Ortspolizeibehörde die Namen der betreffenden Kinder nebst Geburtsjahr und Tag, Namen der Eltern (Vormund) und deren Wohnort alsbald zur weiteren Veranlassung anzuzeigen.

Da ferner die Verzeichnisse der in der Schule befindlichen, zur zweiten

Impfung gesetzlich verpflichteten Schulkinder im März jeden Jahres dem Gemeindevorstand eingereicht werden, demnach im alten Schuljahr und kurz vor dem Hauptumzugstermin, ist es nothwendig, dass bis zum 1. Mai jedes Jahres ein Nachtragverzeichniss für die betreffende Schule aufgestellt und dem Gemeindevorstand auch ohne Erfordern eingereicht wird.

Ich ersuche die Herren Kreisschulinspektoren, hiernach das Erforderliche zu veranlassen.

C. Königreich Württemberg.

Sportel-Tarif vom 27. Dezember 1899.

Nr. 4. Apotheken:

1.	Für die persönliche Konzession zur Errichtung einer Apotheke	100—150 M.
2.	„ „ Erlaubniss „ „ „ einer Filialapotheke	10— 50 „
3.	„ „ „ zur Uebertragung einer dinglichen Apothekengerechtigkeit auf ein anderes Haus	50—100 „
4.	„ „ Erlaubniss zur Verlegung einer mit persönlicher Berechtigung errichteten Apotheke	25—150 „
5.	„ „ Kopialien über die Verpachtung einer Apotheke . . .	10— 25 „
6.	Bei der Abweisung des Gesuches in den Fällen 2—5 die Hälfte der betreffenden Sporteln bis zum Höchstbetrag von	100 „

Nr. 5. Approbationsschein:

Für dessen Ausstellung an einen Arzt, Zahnarzt, Thierarzt, Apotheker	3 „

Nr. 6. Arzneimischungen (Patentarzneien, Spezialitäten, ärztliche Geheimmittel):

Für den Bescheid des Medizinalkollegiums an einen Apotheker in Bezug auf den Verkauf einer von ihm nicht selbst gefertigten Arzneimischung,		
1.	wenn die nur auf Grund ärztlicher Anordnung abgegeben werden darf	1— 50 „
2.	wenn die Abgabe auch ohne ärztliche Anordnung gestattet wird	3—100 „

Nr. 10. Beerdigung.

1.	Für Ertheilung der Erlaubniss an einem anderen Orte als dem öffentlichen Regräbnissplatz oder einer zugelassenen Familienbegräbnissstätte (§. 17 der K. Verordnung vom 24. Jan. 1882, Reg.-Bl. 33)	10— 50 „
2.	Bei Abweisung eines solchen Gesuches	3— 10 „

Nr. 16. Beglaubigung (mit Ausnahme der Beglaubigungen in Rechtsangelegenheiten):

1.	Der Echtheit von Urkunden, einschliesslich der Siegelung, wenn die Beglaubigung beantragt wird, und soweit nicht die Beglaubigung lediglich behufs Erfüllung einer dienstlichen Verpflichtung gegenüber einer Behörde erfolgt oder nicht für einzelne Fälle besondere Bestimmungen gegeben sind; für jede derselben	
	a) durch ein Ministerium oder eine Mittelstelle . . .	2 „
	b) durch eine Bezirksstelle oder eine andere Staatsbehörde	0,50 „

Nr. 18. Dienstanstellungsbestätigung, Ernennung und Bestellung der Amtskörperschafts-, Gemeinde- und Stiftungsbeamten:

2.	Für die durch eine Staatsbehörde erfolgende Bestätigung der Beamten, Hülfsbeamten der Amtskörperschaften, Gemeinden, Armenverbände und der in öffentlicher Verwaltung befindlichen Stiftungen, einschliesslich der mit Wartegeld angestellten Aerzte, soweit eine solche Bestätigung erforderlich ist, sowie für die Ernennung von Stiftungsbeamten durch eine Staatsbehörde.	1— 30 „

Nr. 22. Familienbegräbnissstätten ausserhalb der öffentlichen Begräbnissplätze:

1.	Für die Ertheilung der Erlaubniss zur Errichtung (§. 17 Abs. 4 der K. Verordnung vom 24. Januar 1882, Reg.-Bl. S. 33) .	10— 50 „
2.	Bei Abweisung eines solchen Gesuchs.	5— 20 „

Nr. 42. Krankenanstalten, gewerbliche:

1. für die Konzession einer Privatkranken-, Privatentbindungs-, Privatirrenanstalt (Reichs-Gew.-Ordn. §. 30) . . . . . 10—200 „
2. Für die Erlaubniss zu Aenderungen in der ertheilten Konzession (z. B. Lokaländerungen) und für die Fristung in den Fällen des §§. 49 Abs. 3 und 5 der Gew.-Ordn. . . . . 5— 50 „
3. Für die Verlängerung der Frist in den Fällen des §. 49 Abs. 1 und 2 der Gew.-Ordn. . . . . 5— 20 „
4. Bei der Abweisung oder Zurückziehung eines Gesuchs (Ziff. 1 bis 3) die Hälfte der betreffenden Sportel.

Nr. 44. Leichentransport:

Für die auf Ansuchen erfolgende Ausstellung eines Leichenpasses zum Transport einer Leiche, soweit hierzu Genehmigung erforderlich ist . . . . . 2— 30 „

Nr. 51. Prüfungen.

I. Es sind zu entrichten ohne einen besonderen Ansatz für das Zeugniss:

2. Für die Staatsprüfung behufs Anstellung im ärztlichen Staatsdienst und für die Staatsprüfung in der Thierheilkunde je 30 „

II. Bei anderen als den vorbemerkten Prüfungen, welche zur Erlangung einer öffentlichen Ermächtigung oder eines Zeugnisses (Diploms) über Kenntnisse in bestimmten Fächern erstanden werden, kann eine den Kosten entsprechende Gebühr im Vorordnungswege bestimmt werden; abgesehen von dieser Gebühr ist für das Zeugniss (Diplom) eine Sportel zu entrichten, welche beträgt:

1. bei Ausstellung eines die nachgesuchte Doktor- oder die Licentiatenwürde verleihenden Diploms einer Fakultät der Landesuniversität . . . . . 5 „
9. bei der Prüfung der Hebammen . . . . . nichts.
11. für die Ertheilung des Befähigungsnachweises an geprüfte Nahrungsmittelchemiker . . . . . 5 „

Nr. 73. Verfahren in Gewerbesachen nach Massgabe der Reichs-Gewerbeordnung §§. 20 und 21:

1. Bei dem Verfahren wegen Ertheilung einer Konzession, Genehmigung, Erlaubniss u. s. w. sind ausser der für die Ertheilung oder Versagung der Konzession etc. anzusetzenden Sportel zu entrichten:
   a. für jede in der ersten Instanz stattfindende mündliche Verhandlung vor der Kreisregierung . . . . . 3—25 M.
   b. für das Verfahren in zweiter Instanz, mit Ausnahme derjenigen Fälle, in welchen der Konzessionsbewerber allein rekurrirt und auf seinen Rekurs von der Rekursbehörde die Konzession etc. ertheilt wird, oder die als lästig angefochtenen Bedingungen oder Beschränkungen im Wesentlichen zu Gunsten des Rekurrenten geändert oder aufgehoben werden . . . . . 5—100 „
2. Bei der Untersagung eines Gewerbebetriebs oder der Entziehung einer ertheilten Approbation, Konzession, Erlaubniss, Genehmigung oder Bestallung, wenn die Untersagung oder Entziehung rechtskräftig wird, werden angesetzt . . . . 5— 50 „ zutreffenden Falls daneben bei Abweisung einer Beschwerde
   a. gegen die Untersagung: die Beschwerdesportel (1—10; 2—20; 5—50 M.);
   b. gegen die Entziehung der Approbation, Konzession etc.: die Sportel für Verwaltungsrechtssachen (15—400 M).

Anmerkung: Das Verfahren erster Instanz in den Fällen der §§. 27, 51 und 52 der Gewerbeordnung bleibt sportelfrei.

D. Grossherzogthum Hessen.

Ausführungsbestimmungen zum Gesetz betreffend die Feuerbestattung. Runderlass des Ministers des Innern vom 15. November 1899 an die Kreisgesundheitsämter.

Indem wir Ihnen in der Anlage einen Abdruck des Gesetzes, die Feuer-

bestattung betreffend, vom 19. August 1899,[1]) sowie die Anweisung für die Ortspolizeibehörden zur Ausführung der Bestimmungen über Beerdigung, Leichenöffnung und Feuerbestattung zur Kenntnissnahme und Nachachtung mittheilen, weisen wir Sie zugleich an, in allen Fällen, in welchen nach Massgabe der Art. 3 und 4 des gedachten Gesetzes die Mitwirkung des Amtsarztes, d. h. des Kreisarztes oder Kreisassistenzarztes gefordert wird, sich dieser Verpflichtung nicht zu entziehen.

Zur Herbeiführung übereinstimmender Zeugnisse des behandelnden und des Amtsarztes des Amtsgerichts des Sterbeorts wird es sich in der Regel empfehlen, dass die Leichenschau von beiden Aerzten gemeinschaftlich vorgenommen werde. Sollten sich diesem Verfahren Schwierigkeiten entgegenstellen, so wird es im Interesse einer raschen Erledigung des Geschäfts zweckmässig sein, wenn das Zeugniss des behandelnden Arztes dem weiter zugezogenen Arzte — sei dieser nun der Amtsarzt oder ein nach Abs. 2 des Art. 4 des Gesetzes von der Ortspolizeibehörde des Sterbeorts berufener Arzt — vor Abgabe seines Zeugnisses vorgelegt wird.

Sollte nach Massgabe des Gesetzes eine Leichenöffnung für nothwendig erachtet werden, so liegt die Ausführung derselben demjenigen der beiden Aerzte ob, welcher nicht der behandelnde war, und falls eine ärztliche Behandlung nicht stattgefunden hat, dem Amtsarzte ob. Ueber die Leichenöffnung ist ein Bericht aufzunehmen, welcher sofort von dem sezirenden Arzte dem zweiten zugezogenen Arzte diktirt, von beiden Aerzten unterzeichnet und in der Registratur des Kreisgesundheitsamts, zu welchem der Sterbeort gehört, aufbewahrt wird.

Anweisung für die Ortspolizeibehörden zur Ausführung der Bestimmungen über Beerdigung, Leichenöffnung und Feuerbestattung.

1. Zu jeder Leichenöffnung, Beerdigung oder Feuerbestattung ist die schriftlich zu ertheilende Genehmigung der Ortspolizeibehörde desjenigen Ortes, an welchem die Leichenöffnung oder Beerdigung oder Feuerbestattung stattfinden soll, erforderlich. Ausgenommen sind Leichenöffnungen, welche auf besondere Anordnung des zuständigen Gerichts erfolgen.

2. Die Genehmigung zur Leichenöffnung oder zur Beerdigung darf nur ertheilt werden auf Grund

a. eines der Ortspolizeibehörde übergebenen, von einem Arzte oder von den verpflichteten Leichenbeschauern des Ortes vorschriftsmässig ausgestellten Zeugnisses über das erfolgte Ableben der betreffenden Person (Todeszeugniss) — in diesem Zeugniss muss die Frage über die Art der tödtlichen Krankheit oder sonstige Todesart — im Falle einer ärztlichen Behandlung von dem berufenen Arzt beantwortet und im anderen Falle angegeben werden, dass eine ärztliche Behandlung nicht stattgefunden hat;

b. einer Bescheinigung des Standesbeamten über die stattgehabte Eintragung des Sterbefalles in das Sterberegister. Ist der Ortspolizeibeamte zugleich Standesbeamter, so bedarf es dieser letzteren Bescheinigung nicht. Der Ortspolizeibeamte darf in einem solchen Falle die Genehmigung zur Leichenöffnung oder Beerdigung *erst dann* ertheilen, nachdem *er den Eintrag des Todesfalles in das Sterberegister vollzogen hat.*

Nur ausnahmsweise und in dringenden Fällen, in welchen nach den vorliegenden besonderen Umständen die Beerdigung keinerlei Aufschub erleiden kann, darf die Genehmigung zur Leichenöffnung oder Beerdigung auch *vor* dem erfolgten Eintrag des Sterbefalles in das Sterberegister ertheilt werden. In diesen Fällen hat die Ortspolizeibehörde in der schriftlichen Genehmigung zur Leichenöffnung oder Beerdigung anzugeben, dass und aus welchen Gründen die Genehmigung vor erfolgtem Eintrag in das Sterberegister ertheilt wird, und hat, falls der Ortspolizeibeamte nicht zugleich Standesbeamter ist, dem Standesbeamten sofort schriftliche Mittheilung davon zu machen, dass die Genehmigung vor erfolgtem Eintrag in das Sterberegister ertheilt worden ist.

3. Die Genehmigung zur Feuerbestattung wird nur ertheilt auf Antrag der Betheiligten. Sie darf nur ertheilt werden auf Grund

a. einer Anordnung des Verstorbenen.

---

[1]) Siehe Beilage zu Nr. 21 dieser Zeitschrift; 1899, S. 184.

„Dass der Verstorbene die Feuerbestattung angeordnet hat, muss durch eine Verfügung desselben von Todeswegen oder durch eine hinsichtlich der Unterschrift öffentlich beglaubigte Erklärung desselben oder durch das von einer öffentlichen Behörde beurkundete Zeugniss zweier glaubwürdiger Personen, welche dem Verstorbenen im Leben nahe gestanden haben, dargethan werden.

Die Fähigkeit, eine Anordnung der im Abs. 2 bezeichneten Art zu treffen, bestimmt sich nach den Vorschriften des §. 2229 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Hatte ein Verstorbener zur Zeit seines Todes das sechszehnte Lebensjahr nicht vollendet, so kann die Feuerbestattung von dem Inhaber der elterlichen Gewalt durch Erklärung gegenüber der Ortspolizeibehörde des Sterbeorts angeordnet werden."

b. übereinstimmender Zeugnisse des behandelnden Arztes und des Amtsarztes (Kreisarztes oder Kreisassistenzarztes) des Amtsgerichts des Sterbeorts, durch welche die Todesursache festgestellt worden und dargethan ist, dass der Verdacht, es sei der Tod durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden, ausgeschlossen ist.

War der Amtsarzt der behandelnde Arzt oder ist der Verstorbene in seiner letzten Krankheit nicht von einem Arzte behandelt worden, so muss bei der Ertheilung der ärztlichen Zeugnisse ein zweiter von der Ortspolizeibehörde des Sterbeorts zu berufender Arzt mitwirken.

Dem gesetzlichen Erforderniss, dass die ärztlichen Zeugnisse übereinstimmen, wird genügt, wenn beide Aerzte bezeugen, dass der Tod durch eine bestimmt zu bezeichnende Ursache herbeigeführt worden ist, welche den Verdacht einer strafbaren Handlung ausschliesst. Bestehen verschiedene Ansichten unter den beiden Aerzten über die Todesursache, so ist in dem Zeugnisse diese Verschiedenheit zum Ausdruck zu bringen, ausserdem aber anzugeben, ob die Aerzte gleichwohl darin übereinstimmen, dass sowohl die von dem einen, als auch die von dem anderen Arzt angenommene Todesursache den Verdacht einer strafbaren Handlung ausschliesst.

Sofern es auch nur einer der Aerzte nach seinem Ermessen für erforderlich hält, muss eine Leichenöffnung stattfinden. Wird die Leichenöffnung von einem der Aerzte für erforderlich gehalten, so ist dem oder den die Feuerbestattung Beantragenden hiervon sofort mit dem Anfügen Kenntniss zu geben, dass die von dem Gesetz geforderten ärztlichen Zeugnisse nicht vor stattgehabter Leichenöffnung ausgestellt werden könnten.

Derjenige oder diejenigen, welche die Feuerbestattung beantragt haben, müssen die oben nach Ziffer 2 geforderte ortspolizeiliche Genehmigung zur Leichenöffnung erwirken und die Kosten der Leichenöffnung tragen.

In jedem Fall, in welchem eine Leichenöffnung stattfand, ist dies in dem Zeugnisse der Aerzte zu bemerken und zutreffenden Falls auszuführen, dass durch die Oeffnung jeder Zweifel über die Todesart beseitigt worden ist.

Wird durch die Leichenschau oder die Leichenöffnung auch nur bei einem der Aerzte der Verdacht eines Verbrechens begründet, so ist nicht nur die Ausstellung der ärztlichen Zeugnisse und die Genehmigung zur Feuerbestattung zu verweigern, sondern es ist auch der Ortspolizeibehörde und durch diese dem nächsten Staatsanwalt, Amtsanwalt oder Amtsgericht oder denselben unmittelbar vor dem Verdacht und den ihn begründenden Thatsachen sofort Anzeige zu erstatten.

c. Ausser durch die Zeugnisse der Aerzte muss durch ein Zeugniss der Ortspolizeibehörde des Sterbeorts dargethan sein, dass der Verdacht ausgeschlossen ist, als sei der Tod durch eine strafbare Handlung herbeigeführt worden. Dieses Zeugniss der Ortspolizeibehörde des Sterbeorts kann mit dem Zeugniss der Aerzte verbunden oder besonders ausgestellt werden.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 6. 15. März. 1900.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Bezeichnung der Standgefässe für Migränin in den Apotheken, sowie Zahl und Art der im Laboratorium und auf der Materialkammer vorräthig zu haltenden Waagen und Gewichte. Erlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten (gez. im Auftr.: Förster) vom 20. Februar 1900 an den Herrn Oberpräsidenten in Kassel.

Migränin, mit einem Gehalte von nur 9 Theilen Koffein auf 90 Theilen Antipyrin, ist zu den Mitteln der Tabelle C. des Arzneibuches für das Deutsche Reich nicht zu rechnen; die Standgefässe für Migränin in den Apotheken sind deshalb mit schwarzer Schrift auf weissem Grunde zu bezeichnen.

Die Zahl und Art der für die Laboratorien und die Materialstuben der Apotheken erforderlichen Wagen und Gewichte wird in jedem Einzelfalle durch den Umfang des Geschäftsbetriebs bestimmt. Das Vorhandensein von Präzisionswaagen, deren Tragfähigkeit weniger als ein Kilogramm beträgt, kann in diesen Geschäftsräumen nur dann verlangt werden, wenn der Geschäftsbetrieb solche Waagen erforderlich macht.

Schulschliessung bei ansteckenden Krankheiten. Rundverfügung des Königlichen Regierungspräsidenten in Potsdam vom 3. Mai 1899 an sämmtliche Herren Landräthe, Kreisphysiker u. s. w. des Bezirks.

Aus den Anzeigen, betreffend Schulschliessungen beim Herrschen ansteckender Krankheiten, ersehe ich, dass die gesundheitspolizeiliche Massregel der Schulschliessung in den verschiedenen Kreisen sehr verschieden gehandhabt und vielfach in Anwendung gebracht wird, wo gesundheitspolizeiliche Gründe überhaupt nicht vorliegen oder wo vielleicht weniger eingreifende Massregeln — Ausschluss der erkrankten Kinder und deren Geschwister vom Schulbesuch, Ausschluss der schulpflichtigen Kinder des befallenen Hauses, vorübergehende Schliessung einer Schulklasse zum Zwecke der Desinfektion beim Auftreten erster Fälle ansteckender Krankheiten, Absonderung Erkrankter in den Lehrerwohnungen oder deren Ueberführung in eine Krankenanstalt, Entbindung des betreffenden Lehrers vom Unterricht u. s. w. — ausreichend gewesen wären.

Unter Bezugnahme auf den Runderlass vom 4. Juli 1884 (Min.-Bl.) nebst Anweisung zur Verhütung ansteckender Krankheiten durch die Schule und den Erlass vom 20. Mai 1898, betreffend die Uebertragung ansteckender Krankheiten durch die Schule, weise ich darauf hin, dass die Schulschliessung als gesundheitspolizeiliche Massregel nur in Frage kommen darf, wo der Gefahr einer Weiterverbreitung der Krankheit durch andere weniger eingreifende Massregeln sich nicht begegnen lässt, also hauptsächlich bei Einbrüchen einer der leicht übertragbaren Krankheiten in die im Schulhause und an demselben Flur wie die Schulräume gelegene Lehrerwohnung oder in die Familie des Schuldieners, oder wo der begründete Verdacht vorliegt, dass die Schule als Ansteckungsherd zu erachten ist. Nur in diesen Fällen ist die Massregel der Schulschliessung gesundheitspolizeilich begründet, und zwar so lange, bis diese Gefahr entweder in Folge Ablaufs der Krankheit oder nach anderweitiger Unterbringung der betreffenden Kranken beseitigt oder im anderen Falle der in der Schule vorhandene Ansteckungsherd durch vorschriftsmässige Desinfektion des Schulraumes getilgt ist. Danach werden die so häufigen und langdauernden Schulschliessungen bei bereits in epidemischer Ausbreitung herrschenden Masern in der Regel vermeidbar sein, während es andererseits im

gesundheitspolizeilichen Interesse geboten sein wird, Schüler und Einzusegnende, die aus benachbarten seuchenfreien Ortschaften die Schulen oder den Einsegnungsunterricht in einer verseuchten Ortschaft besuchen, während der Dauer der Krankheit von der Theilnahme am Schul- oder Einsegnungsunterricht zu befreien und ebenso Schüler und Einzusegnende aus einer verseuchten Ortschaft nicht in benachbarten seuchenfreien Orten am Schul- und Einsegnungsunterricht theilnehmen zu lassen. Eine Schliessung der Schulen aus anderen als gesundheitspolizeilichen Gründen, insbesondere solchen unterrichtlicher Natur (gleichzeitiges Befallensein einer grösseren Zahl von Schülern u. a.), muss ausschliesslich dem Ermessen der Schulaufsichtsbehörde überlassen bleiben.

Für die rechtzeitige Ausschliessung wie die Beobachtung der bei der Wiederzulassung erkrankt gewesener Schulkinder vorgeschriebenen Massnahmen (gründliche Reinigung der betreffenden Kinder und ihrer Kleidungsstücke) ist der Vorstand der Schule, bei einklassigen Schulen der Lehrer (Lehrerin) verantwortlich. Voraussetzung ist ein geordnetes Zusammenwirken der Polizeibehörde und Schulvorstände und eine rechtzeitige gegenseitige Benachrichtigung.

Hinsichtlich der Ausführung der Massregel der Schulschliessung weise ich darauf hin, dass nach dem Erlass vom 14. Juli 1884, von besonderen dringenden Fällen abgesehen, als welche in der Regel nur Erkrankungen in der Familie eines im Schulhause wohnenden Lehrers oder Schuldieners erachtet werden können, auf dem Lande und in kreisangehörigen Städten, die Massregel der Schulschliessung vom Landrath unter Zuziehung des Kreisphysikus anzuordnen ist, und dass von jeder Schulschliessung alsbald dem Kreisschulinspektor Mittheilung und der vorgesetzten Schulaufsichtsbehörde Anzeige zu erstatten ist. In Stadtkreisen entscheidet der Polizeiverwalter nach Anhörung des Kreisphysikus und des Vorsitzenden der Schuldeputation über die Schliessung der Schule, die von dem Ortsschulinspektor oder von der an dessen Stelle stehenden Persönlichkeit zur Ausführung zr bringen ist. Auch hier ist der Schulaufsichtsbehörde Anzeige zu erstatten. Dieselben Amtssellen entscheiden über die Wiedereröffnung einer wegen Ausbruch einsr ansteckenden Krankheit geschlossenen Schule, die in jedem Falle erst nach gründlicher Reinigung und Desinfektion des Schulraumes erfolgen darf.

B. Grossherzogthum Hessen.

Gebühren der Kreisärzte und Kreisassistenzärzte. Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 22. Januar 1900.

Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs wird, unter Aufhebung des §. 44 Ziffer 1 der Dienstinstruktion für die Grossherzoglichen Kreisärzte vom 14. Juli 1884 und entgegenstehender Bestimmungen der Medizinaltaxe von 1865, hinsichtlich der Gebühren der Grossherzoglichen Kreisärzte und Kreisassistenzärzte Folgendes bestimmt:

A. Bezüglich der ärztlichen Verrichtungen bei Gegenständen der Gesundheitspolizei.

I. Alle Geschäfte, welche von den beamteten Aerzten im öffentlichen Interesse von Amtswegen auf Anordnung ihrer vorgesetzten Behörde oder auf Requisition der oberen Justiz- und Finanzverwaltungsbehörden, der Provinzialdirektionen und Kreisämter, der Polizeibehörden und der Kreisschulkommissionen vorgenommen werden, wie auch die deshalb zu erstattenden Vorschläge, Gutachten und Berichte sind als Pflichtgeschäfte anzusehen, für welche eine Vergütung nicht geleistet wird. Im Sinne dieser Bestimmung gelten, als nicht zahlbare, insbesondere folgende Geschäfte:

1. die Untersuchung und Begutachtung des Gesundheitszustandes Grossherzoglicher Beamten und sonstiger im inländischen öffentlichen Dienste verwendeter Personen zum Behufe der Feststellung der Dienstfähigkeit derselben auf Requisition der oben genannten Behörden;

2. die auf Requisition von Verwaltungs- oder Justizbehörden, bezw. der Staatsanwaltschaften erfolgende Untersuchung und Begutachtung des Gesundheitszustandes von Schüblingen und gerichtlichen Gefangenen zum Behufe der Feststellung der Marsch- bezw. Transportfähigkeit, sowie der Nothwendigkeit der Aufnahme in eine Krankenanstalt;

3. die Prüfung der Apothekerlehrlinge, der israelitischen Beschneider, der Leichenbeschauer, der Desinfektoren und der Hebammenschülerinnen, mögen die letzteren auf eigene oder auf Kosten der Gemeinden den Lehrgang besuchen wollen, ebenso die Wiederimpfung der letzteren, sowie die Ausstellung der erforderlichen Zeugnisse;

4. die einfache mikroskopische und chemische Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, sowie von Gebrauchsgegenständen, mögen dieselben von Amtswegen oder auf Requisition der Polizeibehörden vorgenommen werden;

5. die Mitwirkung der beamteten Aerzte bei der Durchführung des Gesetzes über die polizeiliche Beaufsichtigung der Miethwohnungen und Schlafstellen, einschliesslich der Theilnahme an den Verhandlungen der Kreis- und Provinzialausschüsse wegen solcher Angelegenheiten;

6. die Besichtigungen der Drogen- und Materialwaarenhandlungen;

7. die Besichtigung einer Leiche behufs Feststellung des Todes nebst Todeszeugniss auf Erfordern der Polizeibehörde;

8. die Untersuchung einer Leiche nebst Fundbericht oder Gutachten auf Erfordern der Polizeibehörde;

9. die Untersuchung und Eröffnung einer Leiche nebst Fundbericht oder Gutachten auf Erfordern der Polizeibehörde;

10. die Untersuchung und Begutachtung von Arznei- und Geheimmitteln und Giften, soweit solche ohne genaue chemische Ermittelung möglich ist, auf Erfordern der Polizeibehörde;

11. die Untersuchung des körperlichen und geistigen Zustandes einer Person nebst Zeugniss oder Gutachten auf Erfordern einer Behörde;

12. die ärztliche Untersuchung und Begutachtung von Schülern behufs Feststellung der Folgen einer Züchtigung auf Erfordern der Kreisschulkommissionen.

II. Für nachfolgende dienstliche Verrichtungen, welche in Folge eines Antrags oder im Interesse von Privaten vorgenommen werden, sind die Gebühren in den beigefügten Beträgen für die Staatskasse zu vereinnahmen. Die Erhebung erfolgt nach vorheriger Anforderung des Betrags durch die Distriktseinnehmerei des Wohnortes des Interessenten, bei Ausländern durch die Distriktseinnehmerei des Sitzes des Kreisarztes oder Kreisassistenzarztes. Der für die gebührenpflichtigen Geschäfte zu zahlende Betrag ist von dem Kreisarzt oder Kreisassistenzarzt auf dem Zeugniss, der Urkunde oder dem Gutachten zu vermerken und in einem nach Vorschrift zu führenden Register einzutragen. Die hierunter fallenden Geschäfte sind folgende:

1. Beiwohnung bei einer auf Wunsch von Privaten vorgenommenen Ausgrabung oder Verlegung einer Leiche	6 M.
2. Ausstellung einer Bescheinigung zum Zwecke einer Leichenüberführung oder einer Leichenverlegung	2 „
3. Untersuchung einer Leiche und das Zeugniss über die Todesursache Zwecks der Ermöglichung der Feuerbestattung . .	3 „
4. Eröffnung einer Leiche und Fundbericht zu gleichem Zwecke	20 „
bei vorgeschrittener Fäulniss der Leiche	30 „
5. Untersuchung und Begutachtung von Privatbauten, von gewerblichen und Fabrikanlagen	3—15 „
Falls die Begutachtung eine vorausgehende Ortsbesichtigung nicht erfordert oder wenn es sich um eine Begutachtung ohne nähere wissenschaftliche Ausführung handelt, kann von Erhebung einer Gebühr abgesehen werden.	
6. Untersuchung und Begutachtung eines Geisteskranken behufs dessen Aufnahme in eine Irrenanstalt.	3—6 „
Bei Bestätigung eines diesbezüglichen, von einem praktischen Arzte ausgestellten Gutachtens ermässigt sich vorstehende Gebühr auf	1—3 „
7. Untersuchung und Begutachtung von Taubstummen, Blinden, Blödsinnigen, sowie von Epileptischen behufs Aufnahme in die für derartige Kranken besonders bestimmten Anstalten . . .	1—3 „
8. Untersuchung und Begutachtung einer angeblich kranken oder gebrechlichen Person behufs Reklamation eines Militärpflich-	

tigen oder eines bereits eingestellten Soldaten, insofern nach den seitherigen Bestimmungen die Erhebung einer Gebühr zulässig war 1—3 M.
im Falle mehrere Personen untersucht werden müssen nicht über 5 „

9. Untersuchung und Begutachtung von Schülern behufs Festsetzung der zeitlichen oder dauernden Befreiung vom Schulbesuche . . . . . 1—3 „

10. Untersuchung und Begutachtung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst behufs Feststellung ihrer Tauglichkeit . . . 1—3 „

11. Untersuchung und Begutachtung von Aspiranten für das Lehrfach behufs deren Aufnahme in eine Präparandenanstalt oder in ein Seminar oder behufs Zulassung zur Prüfung . . . . . 1—3 „

Für die durch die vorstehend bezeichneten Untersuchungen und Begutachtungen nothwendig werdenden Besuche am Wohnort des Arztes darf eine besondere Gebühr nicht berechnet werden; bei auswärtigen Besuchen sind die dem beamteten Arzt zukommenden Tagegelder von den Antragstellern oder Betheiligten zu entrichten.

In allen Fällen, für welche ein Mindest- und Höchstsatz festgestellt ist, wird die Wahl des Satzes durch die Schwierigkeit der Untersuchung und Beurtheilung, sowie durch den grösseren oder geringeren Zeitaufwand bedingt.

B. Bezüglich der dienstlichen Verrichtungen auf dem Gebiete der Krankenpflege:

1. Die ärztliche Behandlung erkrankter Gefangener und Schüblinge in den Untersuchungsgefängnissen, gerichtlichen Haftlokalen und landespolizeilichen Bezirksgefängnissen am Wohnorte der beamteten Aerzte, mit Ausnahme der Städte Darmstadt, Offenbach, Mainz und Giessen, ist dem Kreisarzt oder dem Kreisassistenzarzt als unentgeltliches Pflichtgeschäft übertragen; sind derartige Geschäfte ausserhalb des Wohnortes des beamteten Arztes vorzunehmen, so können Tagegelder berechnet werden;

2. die ärztliche Untersuchung und Behandlung der Landeswaisen am Wohnorte der beamteten Aerzte, sowie bei gelegentlicher Anwesenheit derselben am Pflegeort ist als nicht zahlbares Pflichtgeschäft anzusehen, wogegen bei nothwendig werdenden Reisen Tagegelder zur Berechnung kommen können;

3. die den Kreisärzten und Kreisassistenzärzten übertragene Behandlung der Gendarmen und deren Frauen und Kinder unter 14 Jahren gegen die Mindestsätze der Gebührenordnung für approbirte Aerzte von 1900 gilt als zahlbares Pflichtgeschäft nur insoweit, als die Gendarmen mit der Hälfte der Gebühren selbst herangezogen werden;

4. für die Fälle, in welchen die beamteten Aerzte nach Massgabe des Abschnitts V, §. 19 Ziffer 7 der Novelle zur Medizinalordnung vom 28. Dezember 1896 zur Krankenbehandlung herangezogen werden, bleibt es hinsichtlich der Vergütung bei den dort gegebenen Bestimmungen.

C. Bezüglich der **Rückerstattung der Auslagen** gilt die Bestimmung, dass sowohl für solche Ausgaben, welche durch die Untersuchungen im Dienste der Gesundheitspolizei, als auch für solche, welche durch die aufgetragene Krankenbehandlung veranlasst werden, entweder von den zahlungspflichtigen Privatpersonen oder aus der in Betracht kommenden öffentlichen Kasse Ersatz geleistet wird. Der wirkliche Aufwand ist möglichst durch Belege nachzuweisen.

D. Die Rechnungen für ärztliche Behandlung als Pflichtgeschäft sind unter Aufzählung der Einzelleistungen und unter Anwendung des vorgeschriebenen Formulars in den vorschriftsmässigen Terminen einzugeben.

E. Gegenwärtige Bestimmungen treten, insoweit hierdurch bestehende Vorschriften abgeändert werden, mit dem 1. Februar d. J. in Wirksamkeit.

Gebührenordnung für approbirte Aerzte und Zahnärzte. Bekanntmachung des Ministerium des Innern vom 30. Dezember 1899.

Mit Allerhöchster Genehmigung Seiner Königlichen Hoheit des Grossherzogs wird auf Grund des §. 80 Absatz 2 Satz 2 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich als Norm für streitige Fälle im Mangel einer Vereinbarung

über ärztliche und zahnärztliche Gebühren und unter Bezugnahme auf den §. 2 der Bekanntmachung, die Aufhebung der Medizinaltaxe vom 14. November 1865 betreffend, nachstehende Gebührenordnung zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

A. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Den approbirten Aerzten und Zahnärzten (§. 29 Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung) stehen für ihre berufsmässigen Leistungen in streitigen Fällen Mangels einer Vereinbarung (§. 80 Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung) Gebühren nach Massgabe der nachstehenden Bestimmungen zu.

§. 2. Die niedrigsten Sätze gelangen zur Anwendung:

a. wenn nachweisbar Unbemittelte oder Armenverbände die Zahlungspflichtigen sind;
b. wenn für die Zahlung andere juristische Personen des öffentlichen Rechts, oder juristische Personen, welche wohlthätige Zwecke verfolgen, oder Genossenschaften, Anstalten, Kassen, einschliesslich der eingeschriebenen Hülfskassen, welche einer gesetzlichen Unfall-, Invaliditäts-, Alters-, Krankenversicherung dienen, aufzukommen haben.

In den Fällen zu lit. b. ist ausnahmsweise die Ueberschreitung der niedrigsten Gebühren zulässig, wenn besondere Schwierigkeiten der Leistung oder das Mass des Zeitaufwands einen höheren Satz rechtfertigen.

§. 3. Im Uebrigen ist die Höhe der Gebühr innerhalb der festgesetzten Grenzen nach den besonderen Umständen des einzelnen Falles, insbesondere nach der Beschaffenheit und Schwierigkeit der Leistung, der Vermögenslage des Zahlungspflichtigen, den örtlichen Verhältnissen u. s. w. zu bemessen.

§. 4. Verrichtungen, für welche diese Taxe Gebühren nicht auswirft, sind nach Massgabe derjenigen Sätze, welche für ähnliche Leistungen gewährt werden, zu vergüten.

§. 5. Auf Verlangen des Zahlungspflichtigen ist eine Rechnung mit Bezeichnung der einzelnen Leistungen und der dafür beanspruchten Gebühren aufzustellen:

Für die Aufstellung solcher Rechnungen an Behörden, Krankenkassenvorstände u. s. w. sind die hierfür erlassenen besonderen Vorschriften massgebend.

§. 6. Gegenwärtige Gebührenordnung tritt dem Tag der Verkündigung in Kraft.

Gebühren für approbirte Aerzte.

I. Allgemeine Verrichtungen.

Für die in den folgenden Nummern bezeichneten Leistungen gelten nachstehende Gebührensätze:

	Mark
1. Der erste Besuch des Arztes bei dem Kranken	1,50—15
2. Jeder folgende im Verlauf derselben Krankheit	1—10
3. Die erste Berathung eines Kranken in der Wohnung des Arztes .	1—10
4. Jede folgende Berathung in derselben Krankheit	1— 5
5. Die Gebühr für den Besuch bezw. die Berathung schliesst die Untersuchung des Kranken und die Verordnung mit ein. Findet jedoch eine besondere eingehende Untersuchung eines oder mehrerer Organe unter Anwendung des Augen-, Ohren-, Nasen-, Kehlkopf-, Scheiden- oder Mastdarmspiegels oder des Mikroskops statt oder ist eine einen längeren Zeitaufwand beanspruchende chemische Untersuchung des Urins, des Mageninhalts und des Magensaftes nothwendig, so können hierfür . . . . . berechnet werden.	2— 5
6. Für Besuche oder Berathungen bei Tage (vrgl. Nr. 10), bei denen eine derjenigen Verrichtungen vorgenommen wird, für welche nach dieser Gebührenordnung eine Gebühr von mehr als 10 Mark zu entrichten ist, darf eine besondere Vergütung nicht berechnet werden.	
7. Muss der Arzt nach der Beschaffenheit des Falles oder auf Verlangen des Kranken oder seiner Angehörigen länger als eine halbe Stunde verweilen, so stehen ihm für jede weitere angefangene halbe Stunde . . . . . zu	1,50—3
8. Mehr als zwei Besuche an einem Tage können nur dann berechnet werden, wenn dieselben im Einverständniss mit dem Kranken	

oder dessen Angehörigen erstattet werden oder nach der Beschaffenheit des Falles geboten sind. Mark

9. Sind mehrere zu einer Familie gehörende und in derselben Wohnung befindliche Kranke gleichzeitig zu behandeln, so ermässigt sich der Gebührensatz für die zweite und jede folgende Person auf die Hälfte der Sätze zu 1 und 2.

Es stehen dem Arzte ferner zu:

10. Für Besuche oder Berathungen in der Zeit zwischen 9 Uhr Abends und 7 Uhr Morgens das Zweifache der Gebühr zu Nr. 1—3 und zu Nr. 7. Die Gebühr unter Nr. 2 ist jedoch nicht unter 3 Mark zu bemessen.
11. Für Besuche, welche am Tage auf Verlangen des Kranken oder seiner Angehörigen sofort oder zu einer bestimmten Stunde gemacht werden, das Doppelte der Sätze zu Nr. 1 und 2.
12. Für die mündliche Berathschlagung zweier oder mehrerer Aerzte, jedem derselben (einschliesslich des Besuches) . . . . . 5— 30
13. Für fortgesetzte Berathschlagungen in demselben Krankheitsfalle, für die zweite und folgende . . . . . 5— 20
14. Für jeden als Beistand bei einer anderweiten ärztlichen Verrichtung (Operationen etc.) hinzugezogenen anderen Arzt . . . . 5— 20
15. Für die Verrichtungen zu Nr. 12, 13, 14 bei Nacht (vrgl. Nr. 10) das Doppelte.
16. Für Fuhrkosten und für die durch den Weg zum Kranken bedingte Zeitversäumniss steht dem Arzte bei Krankenbesuchen in seinem Wohnorte in der Regel eine besondere Entschädigung nicht zu; doch kann in den Fällen der Ziffern 10, 11, 12, 13, 14 und 15 auch innerhalb des Wohnortes des Arztes, wenn die Wohnung des Kranken 2 km und weiter von der des Arztes entfernt ist, neben der Gebühr für den Besuch eine Entschädigung für die erwachsenen Fuhrkosten berechnet werden.
17. Befindet sich der Kranke ausserhalb des Wohnortes des Arztes, und zwar nicht unter 1 Kilometer von der Grenze desselben und nicht unter 2 Kilometer von der Wohnung des Arztes entfernt, so hat der Arzt ausser der Gebühr für den Besuch, den Ersatz der für die Reise erwachsenen Fuhrkosten zu beanspruchen. Bei Benutzung eines eigenen Transportmittels kann unter Zugrundelegung der ortsüblichen Fuhrlohnpreise eine entsprechende Vergütung in Anrechnung gebracht werden. Legt der Arzt den Weg zu Fuss zurück, oder wird ihm ein geeignetes Fuhrwerk gestellt, so findet eine Transportvergütung nicht statt.
18. Bei Fahrten mit der Eisenbahn sind die Kosten der zweiten Wagenklasse, bei Fahrten mit dem Dampfschiff die der ersten Kajüte zu vergüten. Die für den Zu- und Abgang zu und von der Abfahrtsstelle nothwendigen Auslagen können besonders vergütet werden.
19. Ausserdem hat der Arzt in den Fällen der Nr. 17 Anspruch auf Entschädigung für die durch die Zurücklegung des Weges bedingte Zeitversäumniss, und zwar für jede angefangene halbe Stunde der für den Hin- und Rückweg erforderlichen Zeit . . . . . 1— 3
20. Bei Reisen, welche mehr als 10 Stunden in Anspruch nehmen, findet ausser der Erstattung der Reisekosten eine Vergütung von 30—150 für den Tag statt, welche die Entschädigung für Zeitversäumniss einschliesst. Die ärztliche Verrichtung ist besonders zu vergüten.
21. Besucht der Arzt mehrere ausserhalb seines Wohnorts befindliche Kranke (Nr. 17) in demselben Orte oder auf derselben Reise, so sind die Vergütungen für Fuhrkosten und Zeitversäumniss auf die einzelnen Verpflichteten in entsprechender Weise zu vertheilen.
22. Wird der Arzt bei Gelegenheit der auswärtigen Besuche noch von anderen Kranken in Anspruch genommen, so stehen ihm die Sätze unter 1 und 3 zu.

Die in den weiteren Nummern bezeichneten Leistungen unterliegen folgenden Gebührensätzen:

		Mark
23. a.	Eine kurze Bescheinigung über Gesundheit oder Krankheit eines Menschen	1— 5
	Falls eine besondere Untersuchung dazu nöthig ist, nicht unter	2
	Anmerkung. Eine einfache Krankheitsbescheinigung für Vorgesetzte, Krankenkassenvorstände u. drgl. während eines Besuchs oder bei einer Berathung gilt nicht als ärztliches Zeugniss im Sinne der Ziffer 23 a, die Vergütung hierfür ist vielmehr unter der Besuchs- und Berathungsgebühr mit einbegriffen.	
	b. Ein ausführlicher Krankheitsbericht oder eine ausführliche schriftliche Berathung	3—10
	c. Ein begründetes Gutachten	6—20
24.	Ein im Interesse der Heilung des Kranken geschriebener Brief	2—10
25.	Die Besichtigung einer Leiche, auch Ausstellung einer kurzen Bescheinigung, ausser der Gebühr für den Besuch	2— 6
26. a.	Die Sektion einer Leiche in Folge Privatauftrags nebst Ausstellung einer kurzen Befundbescheinigung	20—50
	b. Die Eröffnung einer einzelnen Körperhöhle	5—15
	c. Die Eröffnung einer Schlagader an der Leiche	2— 5
27.	Ein ausführlicher schriftlicher Sektionsbericht	3—10
28.	Die Instrumente und Verbandmittel, welche entweder einen nur einmaligen Gebrauch erlauben, oder welche wegen besonderer Umstände vernichtet werden mussten, oder welche der Kranke zu fernerer Anwendung für sich behält, sind dem Arzte zu liefern oder ihrem Werthe nach zu vergüten.	
29.	Länger dauernde Wiederholungen einer und derselben mechanischen Hülfe (Anlegung des Katheters, der Bougie, der Magensonde, hydropathische Einwickelung, Massage, subkutane Einspritzungen, Anwendung der Elektrizität u. s. w. sind in der Weise zu berechnen, dass nur für die drei ersten Male die volle Gebühr, für die folgenden Male nur je die Hälfte der letzteren, jedoch nicht unter 1 Mark angesetzt werden darf.	

II. Besondere ärztliche und wundärztliche Verrichtungen.

		Mark
30.	Bemühungen zur Wiederbelebung eines Scheintodten (ohne die etwaige Nachbehandlung)	4—20
31.	Impfung der Schutzpocken (einschliesslich der Nachschau und der Ausstellung des Impfscheins)	2— 5
32.	Werden mehrere zu demselben Hausstande gehörige Personen in demselben Raume gemeinschaftlich geimpft, für jede Person	1— 2
33.	Die Leitung eines Bades	2— 6
34.	Eine hydrotherapeutische Einwickelung	2— 5
35.	Massage, heilgymnastische Uebungen, jede Sitzung	2— 6
36.	Anwendung des Glüheisens, des Thermo- und Galvanokauters, der Elektrolyse, soweit keine besonderen Gebührensätze vorgesehen sind	3—20
37.	Anwendung des konstanten und induzirten Stroms	2—10
38.	Ausführung der Narkose ausser dem Ersatz für das verwendete Mittel	5—10
39.	Anwendung der Infiltationsanästhesie ausser dem Ansatz für das verwendete Mittel	3—10
40.	Oertliche Betäubung ausser dem Ersatz für das verwendete Mittel	2— 5
41.	Für Einleitung der Hypnose	3—10
	Erfolgt die Betäubung bezw. Hypnose (s. 38, 39, 40 u. 41) behufs Ausführung einer Operation, für welche der Arzt nicht unter 10 Mark zu beanspruchen hat, so ist für erstere keine Gebühr zu berechnen.	
42.	Subkutane Einspritzung von Medikamenten (ausser dem Betrage für letztere), Einspritzungen in die Harnröhre, ein Klystier, ein Einlauf	1— 3
43.	Einspritzung in eine Blutader	2— 6
44.	Ansetzen von Blutegeln bis zu 5 Stück	1,50
	für jeden weiteren	0,20
45.	Ein Aderlass	3— 5

	Mark
46. Eröffnung eines oberflächlichen Abszesses oder Erweiterung einer Wunde	2—15
47. Eröffnung eines tiefliegenden Abszesses	10—50
48. Anwendung des scharfen Löffels, vielfache Skarifikationen der Haut	2—10
49. Entfernung kleiner, leicht zu operirender Geschwülste an äusseren Körpertheilen	3—15
50. Entfernung grosser, komplizirter Geschwülste	20—200
51. Der erste Verband einer kleinen Wunde	1—10
52. Naht und erster Verband einer kleinen Wunde	2—10
53. Naht und erster Verband einer grösseren Wunde	10—30
Jeder folgende Verband die Hälfte, jedoch nicht unter 1 Mark.	
54. Anlegung eines grösseren festen oder Streckverbandes, jedesmal	5—20
55. Entfernung eines solchen Verbandes	2— 6
56. Unterbindung eines grösseren Gefässes als selbstständige Operation oder Operation einer Pulsadergeschwulst	20—100
57. Operation der Blutaderknoten	5— 30
58. Entfernung ferner Körper:	
a. aus den natürlichen Oeffnungen	2—10
b. aus dem Ohre mit Ablösung der Ohrmuschel	15—40
c. aus der Harnröhre	3—20
d. aus dem Kehlkopf oder der Speiseröhre	6—50
59. Entfernung fremder Körper oder Knochensplitter aus einer Schusswunde	5—10
60. Entleerung von Flüssigkeit mittels Einstich:	
a. aus dem Wasserbruch oder aus oberflächlichen Zysten	5—10
b. aus der Brusthöhle, der Blase oder dem Eierstock, Punktion des Wasserkopfs oder Lumbalpunktion	15—30
61. Eine Sehnendurchschneidung	10—30
62. Naht einer oder mehrerer Sehnen	10—50
63. Eine Nervenisolirung und Durchschneidung oder Dehnung, oder Naht	10—50
64. Ueberpflanzung von Hautstücken	3—30
65. Subkutane Infusion	10— 30
66. Transfusion	20— 60
67. Knochenaufmeiselung	20—100
68. Osteotomie	15—100
69. Dieselbe an der Hüfte	30—200
70. Unblutige Korrektur difformer Glieder (Klumpfuss, Genu valgum u. s. w.)	10— 30
71. Gewaltsames Gradestrecken eines verkrümmten Gliedes oder Wiederzerbrechen eines fehlerhaft geheilten Knochenbruches	10— 50
72. Eröffnung eines Gelenkes zur Drainage oder zur Entfernung eines Fremdkörpers einschl. der Gelenkmäuse	10—100
73. Punktion eines Gelenkes	5— 20
74. Gelenkresektion oder Ausrottung der Gelenkkapsel	30—300
75. Resektion eines Knochens der Gliedmassen in der Kontinuität	30—150
76. Resektion oder Exstirpation der Hand oder Fusswurzelknochen	20—100
77. Trennung verwachsener Finger oder Zehen	5— 30
78. Ausrottung eines Finger- oder Zehennagels	3— 10
79. Absetzung oder Auslösung von Gliedern, und zwar:	
a. Auslösung des Oberschenkels	60—300
b. Absetzung des Oberschenkels	50—200
c. eines Ober- oder Unterarms, eines Unterschenkels	30—200
d. des Fusses oder der Hand	20—150
e. eines Fingers oder einer Zehe, oder einzelner Glieder derselben	10— 30
80. Einrichtung und Verband gebrochener Knochen, und zwar:	
a. eines gebrochenen Gesichtsknochens oder Schulterblatts	3— 10
b. einer oder mehrerer Rippen	2— 10
c. der Knochen des Beckens, der Hand- oder Fusswurzel, der Mittelhand, des Mittelfusses	6— 10
d. des Schlüsselbeins	6— 20
e. des Ober- oder Unterarmes	10— 20

	f. des Unterschenkels	10— 25
	g. des Oberschenkels	20— 50
	h. der Kniescheibe	15— 30
	i. Naht der Kniescheibe	20—100
	k. eines oder mehrerer Finger oder Zehen	2— 10
81.	Für Einrichtung und Verband gebrochener Knochen bei Durchbohrung der Haut erhöhen sich die Sätze zu Nr. 80 um	10— 50
82.	Einrichtung und erster Verband verrenkter Glieder, und zwar:	
	a. des Unterkiefers	5— 20
	b. des Ober- oder Unterarms, des Unterschenkels	15— 30
	c. des Oberschenkels	30— 60
	d. der Hand oder des Fusses	10— 20
	e. der Finger oder Zehen	2— 10
	f. der Wirbel	10— 25
83.	Für Einrichtung und Verband veralteter Verrenkungen sind die doppelten Gebühren zu gewähren.	
84.	Eröffnung der Schädelhöhle	30—200
85.	Resektion des Ober- oder Unterkiefers	30—300
86.	Eröffnung der Oberkieferhöhle	5— 30
87.	Katheterismus der Eustachischen Trompete mit Lufteinblasen oder Einspritzung	3— 6
88.	Ausstopfung der Nase	2— 5
89.	Aetzung und Abtragung von Theilen der inneren Nase mit dem Galvanokauter	3— 30
90.	Kleine Operationen am Trommelfell und in der Paukenhöhle	2— 10
91.	Schwierige Operation am Mittelohr vom Gehörgange aus	15— 30
92.	Anbohrung oder Aufmeisselung des Warzenfortsatzes	15—100
93.	Entfernung	
	a. einer Mandel	3— 15
	b. eines Nasen- oder Rachenpolypen	10— 30
	c. von Drüsenwucherungen im Rachenraume	10— 50
94.	Kleine Operationen im Kehlkopf, Einbringung von Medikamenten in denselben und dergleichen	2— 10
95.	Andere grosse Kehlkopf-Operationen and Entfernung einer Geschwulst aus dem Kehlkopf	20—300
96.	Eröffnung des Kehlkopfes oder der Luftröhre	20—200
97.	Theilweise oder gänzliche Ausrottung des Kehlkopfes	30—500
98.	Grössere plastische Operationen (Augenlid-, Nasen-, Lippen-, Gaumenbildung), Operation der komplizirten Hasenscharte	20—200
99.	Operation der einfachen Hasenscharte	10—100
100.	Ausrottung eines Theiles der Zunge oder der ganzen Zunge	20—200
101.	Eröffnung des Schlundes oder der Speiseröhre	30—200
102.	Anlegung der Magensonde oder des Schlundrohres	3— 10
103.	Letztere bei Strikturen der Speiseröhre oder mit Ausspülung des Magens	5— 10
104.	Ausrottung des Kropfes	50—300
105.	Resektion einer oder mehrerer Rippen	20—150
106.	Einführung einer Bougie, eines Mastdarmrohrs mit oder ohne Eingiessung oder ähnliche Verrichtungen	2— 10
107.	Operation des Empyems durch Schnitt mit oder ohne Rippenresektion	20—150
108.	Eröffnung des oberflächlichen Verschlusses des Afters, der Harnröhre, der Schamspalte	5— 20
109.	Eröffnung tieferer Verschlüsse des Mastdarms, der Harnröhre, der Scheide, des Gebärmuttermundes	15—100
110.	Operationen an inneren Organen der Bauchhöhle	50—500
111.	Zurückbringung eines beweglichen Bruches oder eines Mastdarmvorfalles	3— 10
112.	Zurückbringung eines eingeklemmten Bruchcs	10— 50
113.	Operation des eingeklemmten Bruches	30—100
114.	Radikaloperationen eines Bruches oder Anlegung eines künstlichen Afters oder Operation eines widernatürlichen Afters	30—20

		Mark
115.	Operation der Mastdarmfistel oder des Mastdarmvorfalls oder der Hämorrhoidalknoten	10—100
116.	Ausrottung des Mastdarms	50—300
117.	Katheterismus der Harnblase beim Mann	3— 15
118.	Derselbe bei der Frau	2— 5
119.	Zurückbringung der Paraphimose	1— 10
120.	Operation der Phimose oder Paraphimose	6— 20
121.	Operation der Harnröhrenfistel, Harnröhrenschnitt	20—100
122.	Grössere plastische Operationen am Urogenitalapparat	30—200
123.	Absetzung des Penis	15— 50
124.	Spiegelung der Blase als selbstständige Operation	5— 20
125.	Ausspülung der Blase desgl.	2— 5
126.	Steinschnitt oder Steinzertrümmerung (in einer oder mehreren Sitzungen)	60—500
127.	Operation des Blutaderbruchs	10— 30
128.	Heftpflastereinwickelung des Hodens	2— 5
129.	Schnittoperation des Wasserbruchs	20— 50
130.	Ausrottung eines oder beider Hoden	30—100
131.	Resektion des Vas defereus	20— 50

Geburtshülfliche und gynäkologische Operationen.

132.	Untersuchung auf Schwangerschaft, erfolgte Geburt oder Krankheit der Geschlechtsorgane	2— 10
133.	Beistand bei einer natürlichen Entbindung	10— 40
134.	Bei einer Zwillingsgeburt um die Hälfte mehr.	
135.	Bei einer Geburt von mehr als zwei Stunden Dauer für jede angefangene halbe Stunde mehr	1— 3
136.	Künstliche Entbindung:	
	a. durch Manual-Extraktion	15— 50
	b. durch Wendung mittelst innerer Handgriffe oder durch Zange	15—150
	c. durch Wendung, Extraktion und Zange zugleich oder durch Perforation mit oder ohne Kephalotripsie oder Zerstückelung oder mit Symphyseotomie	30—150
	d. bei vorliegendem Mutterkuchen ausserdem	10— 50
137.	Beistand bei einer Fehlgeburt	6— 50
138.	Einleitung der künstlichen Frühgeburt oder des Abortus	10— 50
139.	Kaiserschnitt bei einer Lebenden	50—500
140.	Desgleichen bei einer Verstorbenen	20— 50
141.	Entfernung der Nachgeburt ohne Entbindung und zwar:	
	a. durch äussere Handgriffe	5— 10
	b. durch innere Handgriffe	10— 30
142.	Behandlung einer Blutung nach der Geburt ohne Entbindung	10—100
143.	Operation:	
	a. eines frischen Dammrisses	5— 20
	b. eines veralteten Dammrisses	20—200
144.	Sofern derselbe ein bis in den Darm durchgehender ist	30—300
145.	Operation der Mastdarm-Scheidenfistel, der Blasen- oder Harnleiter-Scheidenfistel oder Aehnliches	50—500
146.	Einlegen von Arzneistiften in die Gebärmutter, oder Ausspülung derselben, oder Aetzung des Gebärmutterhalses, oder der Gebärmutterhöhle, oder Ansetzen von Blutegeln mittelst Mutterspiegels	3— 10
147.	Einlegung eines Mutterkranzes mit Lageverbesserung der Gebärmutter	2— 20
148.	Reposition der umgestülpten Gebärmutter	10—100
149.	Unblutige Erweiterung des Muttermundes und Mutterhalses	3— 20
150.	Blutige Erweiterung des Muttermundes	5— 50
151.	Naht alter Mutterhalsrisse	20— 50
152.	Ausschabung der Gebärmutterhöhle	10— 50
153.	Vollständige oder theilweise Entfernung des Scheidentheils der	
154.	Gebärmutter	20—100
155.	Gänzliche Entfernung der Gebärmutter	50—500
	Untersuchung einer Amme	3—10

Augenärztliche Verrichtungen.

		Mark
156.	Untersuchung der Sehkraft (einschl. Brechungsfehler, Farbenblindheit, Gesichtsfeldbeschränkung u. s. w.)	3— 15
157.	Operation der verengten oder erweiterten Augenlidspalte oder der Verwachsung der Lidspalte, des Epicanthus	10— 50
158.	Operation der Verwachsung der Augenlider mit dem Augapfel	20—100
159.	Operation des ein- (einschl. Trichiasis) oder auswärts gewendeten Lides	10—100
160.	Ausschneiden der Uebergangsfalte eines Augenlids, Ausquetschung der Follikel bei Bindehautentzündungen	3— 20
161.	Operation des herabhängenden Augenlides in einer oder mehreren Sitzungen	20—100
162.	Katheterismus der Thränenwege	2— 10
	Bei Wiederholung die ersten drei Male der volle Satz, bei weiteren die Hälfte.	
163.	Schlitzen der Thränenröhrchen	2— 10
164.	Operation der Thränensackfistel oder Verödung oder Ausrottung des Thränensackes oder Operation der Thränendrüsenfistel	10— 50
165.	Ausrottung der Thränendrüse oder des Thränensackes	20— 80
166.	Entfernung des Flügelfelles	10— 50
167.	Entfernung von Fremdkörpern und zwar:	
	a. aus der Bindehaut	2— 10
	b. „ „ Hornhaut	3— 20
	c. „ „ Augenhöhle	5— 50
	d. „ dem Innern des Augapfels	20—150
	e. Entfernung des Cysticercus	30—300
168.	Thermo- und galvanokaustische Aetzung oder Elektrolyse der Bindehaut oder Hornhaut	3— 20
169.	Tätowirung der Hornhaut in einer oder mehreren Sitzungen	10— 50
170.	Schieloperation:	
	a. mit Rücklagerung	15—150
	b. mit Vorlagerung der Augenmuskeln	20—200
171.	Eröffnung der vorderen Augenkammer durch Schnitt	10— 50
172.	Iridektomie, Pupillenbildung	30—150
173.	Operation des Irisvorfalls	20—100
174.	Operation des grauen Staars, der Kurzsichtigkeit oder des Glaukoms	50—300
175.	Diszision der Linse oder des Nachstaares in einer oder mehreren Sitzungen	30—150
176.	Ausschälung oder Ausräumung des Augapfels oder Resektion des Sehnerven	30—150
177.	Ausräumung der Augenhöhle	50—200
178.	Operation des Staphyloms	20—100
179.	Auswahl und Einsetzen eines künstlichen Auges	2— 10
180.	Ansetzen künstlicher Blutegel	2— 5

C. Gebühren für approbirte Zahnärzte.

1. Für die Berathung eines Zahnkranken einschl. der Untersuchung des Mundes und etwaiger schriftlicher Verordnung:

a.	in der Wohnung des Zahnarztes	1— 3
	Nachts	2— 6
b.	in der Wohnung des Kranken	1,50— 6
	Nachts	3— 10

2. Schliesst sich an die Berathung und Untersuchung in derselben Sitzung innerhalb der Wohnung des Zahnarztes eine der Verrichtungen, für welche im Nachstehenden eine besondere Gebühr ausgeworfen ist, so darf eine solche nach Ziffer 1a nicht gefordert werden.
3. Findet eine der nachstehend aufgeführten Operationen in der

		Mark
	Wohnung des Zahnkranken statt, so erhöht sich die für dieselben ausgeworfene Gebühr um	2— 5
	Nachts um	3— 10
4.	Befindet sich der Kranke ausserhalb des Wohnorts des Zahnarztes, so können neben der Besuchsgebühr, Reisekosten und Versäumnissgebühr nach Massgabe der für approbirte Aerzte bestehenden Bestimmungen in Anrechnung gebracht werden.	
5.	Für einen im Interesse des Kranken geschriebenen Brief	1— 5
6.	Für eine kurze Krankheitsbescheinigung oder einen kurzen Krankheitsbericht	1— 3
	Hierher gehören nicht die für die Krankenkassenvorstände oder für Vorgesetzte der Kranken bestimmten während einer Berathung oder eines Besuchs ausgestellten Krankenscheine.	
7.	Für einen ausführlichen Krankheitsbericht mit gutächtlicher Aeusserung	3— 20
8.	Für Reinigung der Zähne	3— 10
9.	Für Ausziehen eines Zahnes oder einer Wurzel	1— 5
	Beim Ausziehen mehrerer Zähne oder Wurzeln in derselben Sitzung für den zweiten und die folgenden die Hälfte, jedoch nicht unter 1 Mark.	
10.	Für die Füllung einer Zahnhöhle:	
	a. mit plastischem Material	3— 10
	b. mit Gold je nach der Grösse	10— 30
	c. mit Zinn und Gold	5— 15
11.	Für die Ueberkappung einer freiliegenden Wurzel, Zahnpulpa oder Extraktion oder Abtödtung einer Zahnpulpa	2— 4
	Beim Abtödten mehrerer Zahnpulpen in derselben Sitzung für jeden folgenden Zahn die Hälfte.	
12.	Für jede antiseptische Behandlung einer Zahnhöhle oder eines Wurzelkanals	1— 2
13.	Für Eröffnung eines Abszesses in der Mundhöhle und ähnliche einfache blutige Operationen in der Mundhöhle	1— 5
14.	Für grössere blutige Operationen im Munde	5— 30
15.	Für die Abfeilung störender Ränder an einem Zahne	1— 2
	Für dieselbe Operation an mehreren Zähnen in derselben Sitzung für jeden folgenden die Hälfte.	
16.	Für die Stillung einer übermässigen Blutung nach der Zahnoperation	1— 5
17.	Für die örtliche Betäubung bei einer Zahnoperation	2— 5
18.	Für die allgemeine Betäubung bei einer Zahnoperation	5— 10
19.	Für die Anfertigung einer Platte aus Kautschuk für künstlichen Zahnersatz	8— 10
20.	Für Reparatur einer solchen Platte je nach der Erheblichkeit bis zur Hälfte des vorstehenden Satzes.	
21.	Für jeden an derselben befestigten Zahn	4— 10
	Für Blockzähne mehr um je	2— 5
22.	Für Klammern oder Einlagen aus Edelmetall zur Befestigung oder Verstärkung einer Kautschukplatte	5— 10
23.	Für Anfertigung einer Zahnersatzplatte aus Edelmetall wird ausser dem Metallwerth berechnet	20— 30
24.	Für jeden an eine solche Platte (Nr. 23) befestigten Zahn	10— 15
25.	Für Ansetzung eines Stiftzahnes	6— 20
26.	Für Federn nebst Federträgern aus Gold an einem Gebiss	15— 30

Der Preis für die Anfertigung von Obturatoren, von Schienenverbänden bei Kieferbrüchen, von Apparaten zum Zweck der Rechtstellung schief stehender Zähne, oder von anderen zahntechnischen Apparaten, sowie für Kronen- und Brückenarbeiten bleibt der freien Vereinbarung überlassen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 7. **1. April.** 1900.

Rechtsprechung.

Die Gewährung von Tagegeldern und Terminsgebühr für denselben Tag ist unzulässig. Beschluss des Oberlandesgerichts (Strafsenats) zu Breslau vom 2. Februar 1900.

Auf die Beschwerde des Königlichen Kreisphys. San.-Rath Dr. Finger zu Münsterberg über den Beschluss der Strafkammer IIa des Königlichen Landgerichts zu Glatz vom 4. Januar 1900, durch welchen dem Beschwerdeführer für die Wahrnehmung des Termins vom 20. Oktober 1899 als Sachverständiger nur Reisekosten, nicht auch eine Terminsgebühr gemäss §. 3 des Gesetzes vom 9. März 1872 (Ges.-S. S. 265) bewilligt ist, ist nach Anhörung des Königlichen Oberstaatsanwalts der Beschluss gefasst:

In Erwägung, dass der Beschwerdeführer, der zur Zeit des Termins zu einem psychiatrischen Kursus nach Breslau einberufen war, und während dieser Einberufung täglich, also auch für den Terminstag, Tagegelder in der im Gesetze vom 17. September 1876 (Ges.-S. S. 411) §. 2 II, 1. A. bestimmten Höhe erhalten hat,

dass der Grundsatz des §. 5 des Gesetzes vom 9. März 1872 sowohl in dieser älteren Fassung, als in der des Gesetzes vom 17. September 1876, welcher die Zahlung von Tagegeldern und Terminsgebühren für denselben Tag untersagt, als ein allgemein gültiger anzusehen ist, wenn er auch in dem Gesetze unmittelbar nur für amtliche Geschäfte und die hierfür zu gewährende Vergütung ausgesprochen ist, — cfr. die Erlasse des Ministers des Innern vom 20. Februar 1878 und des Ministers für Landwirthschaft u. s. w. vom 31. Mai 1883 (Min.-Bl. f. d. i. Verw. 1878, S. 46 bezw. 1883, S. 150) — und dass es hiernach keinen Unterschied macht, ob dem Beschwerdeführer die Tagegelder während der fraglichen Zeit für amtliche Geschäfte bewilligt sind oder nicht.

In Berücksichtigung des §. 505, Abs. 1 St.-P.-O. hinsichtlich der Kosten wird die Beschwerde als unbegründet kostenpflichtig zurückgewiesen.

Untersuchung des Fleisches am Verkaufsorte. Urtheil des Kammergerichts vom 3. Juli 1899.

Die Revision der Königlichen Staatsanwaltschaft, welche Verletzung der §§. 3, 4, 14 der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Stettin vom 10. Februar 1894 rügt, ist begründet. Der Angeklagte, welcher Kaufmann ist, hat am 28. November 1898 gepökeltes, aus Amerika stammendes Schweinefleisch in Stettin verkauft, welches zwar in Altona, aber nicht in Stettin amtlich untersucht und dessen Freiheit von Trichinen und Finnen daher auch nur durch ein Attest des Altonaer, nicht durch ein solches des Stettiner Trichinenbeschauers nachgewiesen war. Damit hat er gegen die §§. 3 und 4 der erwähnten Verordnung verstossen; denn der amtliche Nachweis, ohne den der Angeklagte als Kaufmann das Fleisch nach §. 3 nicht verkaufen durfte, konnte nach §. 4 nur durch ein amtliches Attest oder durch einen Stempel eines für den Verkaufsort konzessionirten Trichinenbeschauers geführt werden. Verkaufsort im Sinne des §. 4 ist derjenige Ort, an welchem der Angeklagte als Kaufmann das Fleisch verkauft (§. 3 Abs. 1), also Stettin; die ganze Verordnung regelt auch lediglich das Schlachten, Feilhalten und den Verkauf innerhalb des Stettiner Bezirks. Die entgegengesetzte Auffassung des Vorderrichters widerspricht dem klaren Wortlaut und Sinn der Verordnung; diese beabsichtigt nicht, wie das Berufungsurtheil irrthümlich annimmt, lediglich eine Untersuchung des Fleisches in Deutschland vorzuschreiben, sondern sie wollte anordnen, dass die Untersuchung gerade an demjenigen Orte des Reg.-Bez. Stettin stattfinde, wo das

Fleisch zum Verkauf gelangt; dass sich aus dieser Auslegung, wie das Schöffengericht unter Billigung der Strafkammer ausführt, bedenkliche Folgen ergeben, kann nicht zugestanden werden. Eine Mehrheit von Untersuchungen ist, wie die Revision zutreffend ausführt, dadurch zu vermeiden, dass das Fleisch vor der Einfuhrstation, ohne dort untersucht zu werden, unter amtlichen Verschluss an den im Reg.-Bez. Stettin belegenen Verkaufsort gesandt wird.

Die Sache war daher unter Aufhebung des angefochtenen Urtheils zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückzuverweisen, welches auch über die Kosten der Revisionsinstanz zu befinden haben wird.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Vergütung an die Medizinalbeamten für ortspolizeiliche Verrichtungen in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung. Runderlass des Finanzministers, der Minister der u. s. w. Medizinalangelegenheiten und des Innern vom 11. Oktober 1899.

Die Rechtsauffassung des Reichsgerichts in dem Erkenntnisse vom 5. Januar d. J. in der Prozesssache des Kreisphysikus Dr. P. wider den Fiskus betr. der Vergütung der Medizinalbeamten für ortspolizeiliche Verrichtungen in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung steht mit dem in der Verwaltungsstreitsache der Stadtgemeinde C. wider den Oberpräsidenten wegen Beitragsleistung zu den Kosten der Königlichen Polizeiverwaltung für das Etatsjahr 1897/98 ergangenen Erkenntnisse des Oberverwaltungsgerichts vom 20. Januar d. J. in direktem Widerspruch. Durch die Ausführungen des letzteren wird der Standpunkt der Staatsregierung (Erlass vom 18. Juni 1896) durchweg als richtig bestätigt und die Auffassung des vom Reichsgericht aufrecht erhaltenen Urtheils des Kammergerichts vom 23. April 1898 ausdrücklich als auf unzutreffende Voraussetzungen beruhend zurückgewiesen.

Danach hat der Polizei-Stadtphysikus Dr. M. für das Gutachten in der Beschwerdesache gegen die dortige P.'sche Fabrik wegen Rauchbelästigung nur eine Fuhrkostenvergütigung von 1,50 Mark zu beanspruchen.

Versandt von Asche der in Krematorien verbrannten Leichen. Runderlass der Minister der u. s. w. Medizinalangelegenheiten, der öffentlichen Arbeiten und des Innern vom 14. Februar 1900 — M. d. g. A. M. Nr. 13784, M. d. öff. A. II C Nr. 871 III, Nr. 2480, M. d. I. II a Nr. 742 — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

In neuerer Zeit ist die Frage von praktischer Bedeutung geworden, wie sich die Behörden gegenüber dem Versandt der Asche von Leichen, die in Krematorien verbrannt worden sind, zu verhalten haben.

Vom gesundheitlichen Standpunkte erscheinen Vorsichtsmassnahmen bei sachgemäss vorgenommenen Verbrennungen nicht erforderlich, da die organischen Leichenbestandtheile einschliesslich etwa vorhandener Krankheitserreger durch den Verbrennungsvorgang sicher vernichtet werden und nur trockene unorganische (mineralische) Stoffe, zurückbleiben. Immerhin wird aber aus praktischen Gründen zu verlangen sein, dass der Versandt in Behältnissen erfolgt, die gut verschlossen sind.

Der Herr Reichskanzler hat deshalb die Regierungen derjenigen Bundesstaaten, in welchen Leichenverbrennungsanstalten bestehen, ersucht, die Verwaltungen dieser Anstalten anzuhalten, für die Verpackung der zum Weitertransport bestimmten Asche in gut verschliessbaren Behältnissen Sorge zu tragen.

Was die Aschentransporte aus dem Auslande betrifft, so ist den Kaiserlichen Konsularbehörden eröffnet worden, dass es sich zur Vermeidung von Weitläufigkeiten an der Grenze empfiehlt, den Sendungen ein ihren Inhalt beglaubigendes konsularisches Attest beizufügen und auf die Verwendung eines gut schliessenden Behältnisses Bedacht zu sein.

Den Aschentransporten werden hiernach, sofern sie von inländischen Verbrennungsanstalten ausgehen, oder sofern sie vom Auslande eintreffen und mit einem konsularischen Begleitattest des bezeichneten Inhalts versehen sind, vom gesundheitlichen Standpunkte aus Beschränkungen nicht aufzuerlegen sein. Ins-

besondere finden die Vorschriften über Leichentransporte und über die Ausstellung von Leichenpässen auf Aschentransporte nicht Anwendung.

Wir ersuchen, die nachgeordneten Behörden und Beamten mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Abgabe von zusammengesetzten Tabletten in Apotheken. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 27. Februar 1900 — M. Nr. 5046 — an sämmtliche Königlichen Regierungspräsidenten u. s. w.

Unter Abänderung des Runderlasses vom 8. Dezember 1898 — M. 6334 II —, betreffend den Verkehr mit zusammengesetzten Tabletten, bestimme ich in Ergänzung des §. 13 der Vorschriften über Einrichtung und Betrieb der Apotheken vom 16. Dezember 1893 — Min.-Bl. f. d. i. Verw. 1894 S. 4 — Folgendes:

Tabletten (komprimirte, zusammengepresste Arzneizubereitungen), welche Arzneimittel der Tabellen B. und C. des Arzneibuches für das Deutsche Reich enthalten, dürfen in Apotheken nicht vorräthig gehalten werden.

Solche Arzneizubereitungen sind vielmehr auf jedesmalige ärztliche Verordnung besonders anzufertigen.

Organotherapeutische Mittel fallen nicht unter diese Bestimmung.

Pastilli hydrargyri bichlorati sind in dem Neudruck des Arzneibuches für das Deutsche Reich von 1895 als fertige Zubereitungen aufgeführt.

Der Preis für alle käuflichen Tabletten berechnet sich lediglich nach Ziffer 10 der allgemeinen Bestimmungen (II) S. 12 der geltenden Arzneitaxe.

Dieser Erlass ist zur Kenntniss der betheiligten Kreise zu bringen.

Ausführungsvorschriften zum Impfgesetz. Runderlass der Minister der u. s. w. Medizinalangelegenheiten und des Innern vom 28. Februar 1900 — M. d. g. A. M. Nr. 13827 U. II. U. III A., M. d. Inn. IIa. Nr. 793 II — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten*).

Zur grösseren Sicherung des Impfgeschäfts und der Impflinge sind die unter dem 6. April 1886 — M. d. I. II 3673; M. d. g. A. M. 8745, U II 838, U III A 13087 — herausgegebenen Bundesrathsbeschlüsse vom 18. Juni 1885 nach dem jetzigen Stande der Wissenschaft und nach den Erfahrungen auf dem Gebiete des Impfwesens durch eine Sachverständigen-Kommission einer eingehenden Prüfung unterzogen und durch Bundesrathsbeschluss vom 28. Juni 1899 den aus den anliegend beigefügten „Beschlüssen und Vorschriften zur Ausführung des Impfgesetzes“ [1]) ersichtlichen Abänderungen und Ergänzungen unterzogen worden.

Die Absicht der Abänderungen ist hauptsächlich, die für die Impflinge, und deren Angehörige aus der Impfung entstehenden Unannehmlichkeiten so weit zu verringern, als es mit dem Zwecke der Impfung, für die Bevölkerung einen Schutz gegen die Pockengefahr zu schaffen, vereinbar ist, insbesondere aber auch den Schutz gegen die bei dem Impfgeschäft aufgetretenen stetigen Nebenwirkungen thunlichst zu erhöhen. Deshalb soll die Impfung nach den Bundesrathsbeschlüssen mit der einwandfreieren Thierlymphe vorgenommen werden, während Menschenlymphe sowohl bei öffentlichen, als auch bei privaten Impfungen nur in Ausnahmefällen verwendet werden darf.

Nachdem der Bundesrath beschlossen hat, dass die Thierlymphe für alle Impfungen nur aus staatlichen (Landes-) Impfanstalten, oder deren Niederlagen, oder aus solchen Privat-Impfanstalten, welche einer staatlichen Aufsicht

---

*) Die Beschlüsse des Bundesraths sind in allen anderen Bundesstaaten ebenfalls eingeführt, so im Königreich Bayern durch Allerhöchste Verordnung vom 17. Dezember 1899 und Verordnung vom 21. Dezember 1899, im Königreich Sachsen durch Verordnung vom 14. Dezember 1899, im Königreich Württemberg durch Verordnung vom 6. Dezember 1899, im Grossherzogthum Hessen durch Verordnung vom 29. Dezember 1899, im Grossherzogthum Mecklenburg-Schwerin durch Verordnung vom 20. Dezember 1899 u. s. w.

[1]) Diese Beschlüsse und Vorschriften sind bereits in der Beilage zu Nr. 22, Jahrg. 1899, S. 182, abgedruckt.

unterstehen, bezogen werden darf, und wir durch Erlass vom 31. März 1897[2]) — M. d. g. A. M. 10886, M. d. I. II 4487 — bereits angeordnet hatten, dass für die öffentlichen Impfungen im Allgemeinen ausschliesslich thierischer Impfstoff aus den staatlichen (Landes-) Anstalten zu verwenden ist, war es in erster Linie nothwendig, die Erzeugung und den Vertrieb der Lymphe zu regeln und zu beaufsichtigen. Es sind deshalb vor Allem unter dem heutigen Tage „Vorschriften über Einrichtung und Betrieb der staatlichen Anstalten zur Gewinnung thierischen Impfstoffes" herausgegeben worden. In gleicher Weise wird der Betrieb der privaten Impfinstitute, deren Lymphe für das Impfgeschäft zugelassen werden soll, in Verfolg der unter dem 8. Dezember 1899 — M. 13295 — eingeforderten Berichte demnächst geregelt werden. Zur Kontrole der richtigen Ausführung dieser Vorschriften wird eine ständige Aufsicht seitens der zuständigen Behörden auszuüben sein. Ein erheblicher Nutzen für die Impfforschung und insbesondere für die Bestrebungen zur Verbesserung des Impfstoffes ist auch von der Zutheilung von Impfarztstellen an die Universitätslehrer der Impftechnik, sowie an die Dirigenten und Assistenten der staatlichen Anstalten zur Gewinnung thierischen Impfstoffes zu erwarten, worauf die bei der Besetzung der Impfarztstellen betheiligten Behörden hinzuweisen sind.

Zur Erleichterung des Bezuges der Lymphe können Niederlagen errichtet werden, für welche die in der Anlage II beigefügten „Grundsätze für die Einrichtung von Niederlagen der Königlichen Anstalten zur Gewinnung thierischen Impfstoffes und für deren Betrieb" Anwendung zu finden haben. Hierbei sind für den Bezug der Lymphe, welcher bisher durch den Erlass vom 16. April 1888 — M. 3028 — geregelt war, die beifolgenden „Grundsätze für die Lieferung von Lymphe aus den Königlichen Anstalten zur Gewinnung thierischen Impfstoffes" zu beachten.

Für den Handel mit Thierlymphe in den Apotheken gelten folgende Vorschriften:

a. Die Lymphe muss aus den staatlichen (Landes-) Anstalten, oder aus deren Niederlagen, oder aus solchen Privatanstalten, welche einer staatlichen Aufsicht unterstehen, bezogen sein.
b. Die Lymphe ist an einem kühlen Orte und vor Licht geschützt aufzubewahren.
c. Die Lymphe darf nur in der von der Anstalt gelieferten Verpackung abgegeben werden, und dieser Verpackung müssen die Bezeichnung der Anstalt, Angaben über die Nummer des Versandbuches, über den Tag der Abnahme der Lymphe und über die in der Verpackung enthaltenen Portionen, sowie eine Gebrauchsanweisung beigefügt sein. Letztere hat den Wortlaut der §§. 13 bis 19 der Vorschriften, welche von den Aerzten bei der Ausführung des Impfgeschäfts zu befolgen sind, zu enthalten.
d. Lymphe, welche vor mehr als drei Monaten abgenommen ist, darf nicht abgegeben werden.
e. Ueber den Empfang und die Abgabe der Lymphe ist ein Buch zu führen, in welchem der Tag des Empfanges, die Bezeichnung der Anstalt, in welcher die Lymphe gewonnen ist, der Tag der Abgabe, der Name und die Wohnung des Abnehmers einzutragen sind.

Die Medizinalbeamten sind anzuweisen, auf die Innehaltung dieser Vorschriften seitens der Apotheken bei den regelmässigen Revisionen derselben zu achten.

Eine grosse Gefahr für die Impflinge birgt aber auch die vielfach unsachgemässe Behandlung derselben und der Impfwunden bezw. Impfpusteln nach der Impfung, durch welche der weitaus grösste Theil der verschiedenen Reizerscheinungen (Entzündungen der Impfstellen, der benachbarten Lymphdrüsen, des Unterhaut-Zellengewebes pp.), Hautausschläge u. s. w. hervorgerufen wird. Zur Verminderung dieser Fälle hat der Impfarzt vor Allem darauf zu achten, dass die Verhaltungsvorschriften für die Angehörigen der Impflinge und Wiederimpflinge seitens der Behörden rechtzeitig denAn gehörigen bezw. bei erwachsenen Impflingen diesen selbst ausgehändigt werden. Wo dies unterblieben ist, hat es der Impfarzt im Impftermine nachzuholen. Aber auch durch Belehrung im Impftermine hat der Impfarzt dahin zu wirken, dass die Impflinge und deren Angehörige durch Sauberkeit, durch zweckmässige Kleidung und

[2]) Siehe Beilage zu Nr. 9 der Zeitschrift, Jahrg. 1897, S. 57.

durch Vermeidung von Anstrengungen des geimpften Armes Reizungen der Impfstellen thunlichst verhindern.

Um in den Impfärzten die Einsicht und das Gefühl der ihnen obliegenden Verantwortung zu steigern, und sie zur gewissenhaften Ausführung der ihnen übertragenen Verpflichtungen anzuhalten, ist es erwünscht, dass die Impfärzte bei ihrer Annahme seitens der Behörde möglichst ausdrücklich in Pflicht genommen und ihnen die „Vorschriften, welche von den Aerzten bei der Ausführung des Impfgeschäfts zu befolgen sind, dringend eingeschärft werden.

Zur Sicherung einer ordnungsmässigen Durchführung des Impfgeschäftes ist bereits durch unseren Erlass vom 31. März 1897[3]) — M. d. g. A. M. 10886, M. d. I. II 4437 — eine Revision der Impftermine durch den Regierungs- und Medizinalrath angeordnet werden, welche sich allgemein bewährt hat. Zur Erweiterung dieser Kontrole bestimmen wir entsprechend den Bundesrathsbeschlüssen noch Folgendes:

1. Die Beaufsichtigung der Impfärzte ist einem beamteten Arzte zu übertragen. Dieselbe kann von dem Kreisphysikus ausgeführt werden, sofern er nicht selbst Impfarzt ist. In solchem Kreise ist der Regierungs- und Medizinal-Rath mit diesem Dienstgeschäft zu betrauen. Im Uebrigen ist es nicht ausgeschlossen, dass der Regierungs- und Medizinalrath auch Revisionen derjenigen Impftermine vornimmt, welche schon seitens des Kreisphysikus beaufsichtigt werden.

2. Die Beaufsichtigung besteht in einer an Ort und Stelle auszuführenden Revision eines oder mehrerer Impftermine, wobei thunlichst immer die zusammengehörigen Impf- und Nachschautermine beide zu kontroliren sind.

3. Die Geschäftsführung der Impfärzte ist, soweit ein Bedürfniss hierfür nach dortigem Ermessen besteht, periodischen Revisionen zu unterziehen. Ueber erwähnenswerthe Thatsachen, welche sich bei diesen Revisonen herausstellen, besonders über Missstände allgemeiner Natur, ist hierher zu berichten.

4. Die Revision hat sich in erster Linie auf die Impftechnik und die Feststellung des Impferfolges, sodann auf die Listenführung, Auswahl des Impflokals, Zahl der Impflinge u. s. w. zu erstrecken. Es ist darauf zu halten, dass die Impfärzte zur Erleichterung der Revisionen zu den Impfterminen das von ihnen über den Bezug der Lymphe zu führende Buch mitbringen.

5. Auch die Impfungen der Privatärzte sind je nach Bedürfniss der Revision zu unterwerfen, insofern sie nicht von den Privatärzten in ihrer Eigenschaft als Hausärzte in den Familien ausgeführt werden. Es wird sich dabei im Wesentlichen um die in öffentlich ausgeschriebenen Terminen vorgenommenen Impfungen handeln.

Zur Ausführung der Revisionen ist das Erforderliche anzuordnen.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung unter den Wiederimpflingen haben die Schulaufsichtsbeamten, denen die Impftermine von der Ortspolizeibehörde mitzutheilen sind, dafür Sorge zu tragen, dass in jedem Termin, in welchem Wiederimpflinge zur Impfung oder zur Nachschau gelangen, ein Lehrer anwesend ist. Derselbe sorgt in dem Termine im Einvernehmen mit dem Impfarzte und dem Vertreter der Ortspolizeibehörde für Aufrechterhaltung der Ordnung unter den Wiederimpflingen (§. 4 der „Vorschriften, welche von den Behörden bei der Ausführung des Impfgeschäfts zu befolgen sind"). Auch ist zu erwägen, ob und inwieweit die Umstände es erfordern, dass die Schulkinder auf ihrem Wege von und zu dem Termine durch einen Begleiter beaufsichtigt werden, und zutreffenfalls dafür zu sorgen, dass eine zuverlässige Person dazu bestellt wird

Zu den einzelnen Beschlüssen und Vorschriften ist noch Folgendes zu bemerken:

I. Beschlüsse, betreffend den physiologischen und pathologischen Stand der Impffrage.

Zu Ziffer 8. Es haben sich bisher auch keine Anhaltspunkte für die Annahme eines ursächlichen Zusammenhanges zwischen den in der Thierlymphe bekannten Keimen und den Reizerscheinungen ergeben, welche nach der Impfung auftreten.

---

[3]) l. c.

II. Vorschriften, welche von den Aerzten bei der Ausführung der Impfung zu befolgen sind.

Diese Vorschriften sind nicht nur den die öffentlichen Impfungen besorgenden Impfärzten bekannt zu geben, sondern auch in geeigneter Weise (vielleicht durch Vermittlung der Aerztekammern) zur Kenntniss der Privatärzte bringen.

Zu §. 1 Abs. 2. Wegen des Rothlaufs (Erysipels) bei Geimpften s. Erlass vom 22. Mai 1895 — M. d. g. A. M. 3941 U. I., M. d. I. II. 6480 —, nach welchem zwischen dem sogenannten Impfrothlauf und echtem Wundrothlauf zu unterscheiden ist.

Zu §. 3. Die Impfung ist mit Thierlymphe vorzunehmen und zwar nach dem Erlass vom 31. März 1897[4]) — M. d. g. A. M. Nr. 10886, M. d. I. II. Nr. 4437 — bei öffentlichen Impfungen nur mit Thierlymphe aus den staatlichen (Landes-) Anstalten. Menschenlymphe darf sowohl bei öffentlichen, als auch bei privaten Impfungen nur in Ausnahmefällen verwendet werden. Diese Fälle eingehend zu begründen sind. Wegen des unentgeltlichen Bezuges von Lymphe zur Impfung der aus dem Auslande, insbesondere aus Russland kommenden Arbeiter, welche in ländlichen oder gewerblichen Betrieben Beschäftigung suchen, siehe Erlass vom 10. Mai 1899 — M. Nr. 11037 — und 17. Oktober 1899 — M. Nr. 13125.[5])

Zu §. 4. Das betreffende Buch ist in den Impftermin mitzubringen.

Zu §. 5. Siehe Erläuterung zu §. 3.

Zu §. 7. Durch den Satz: „Die Lymphe selbst ist derart zu bezeichnen, dass später über die Abstammung derselben ein Zweifel nicht entstehen kann, soll die Verwendung von Mischlymphe verboten werden mit Rücksicht darauf, dass durch die Benutzung solcher event. Schwierigkeiten bei Feststellung von Schädigungen entstehen können.

Zu §. 13. Der Arzt hat vor Beginn des Impfaktes seine Hände und Arme, wie vor jeder chirurgischen Thätigkeit, zu desinfiziren und nach den Vorschriften des § 15 zu jeder Impfung ein steriles Instrument zu verwenden (vrgl. den Erlass vom 31. März 1897[4]) — M. d. g. A. M. Nr. 10886, M. d. I. II. Nr. 4437). Die Anlegung eines Verbandes auf die Impfstelle ist nicht nothwendig; es empfiehlt sich jedoch, zur Eintrocknung der Lymphe den Arm fünf Minuten unbedeckt zu lassen.

Zu §. 16 Abs. 1. Kreuz- und Gitterschnitte sind nach unserem Erlasse vom 31. März 1897[4]) — M. d. g. A. M. Nr. 10886, M. d. I. II. Nr. 4437 — verboten. Die Worte „der Regel nach“ sind auch auf die Worte „und zwar bei Erstimpflingen auf dem rechten, bei Wiederimpflingen auf den linken“ zu beziehen. Der Arzt kann somit bei Auswahl des Armes, auf welchem geimpft werden soll, die Gewohnheiten der Bevölkerung und die Wünsche der Angehörigen des Impflings berücksichtigen.

Zu §. 17. Je ein Exemplar der abgeänderten Impfformulare V bis IX (Impflisten und Impfübersichten), welche von der Reichsdruckerei bezogen werden können, wird mit dem Ersuchen beigefügt, die zuständigen Stellen, insbesondere die Impfärzte, darauf hinzuweisen, dass schon die Entwicklung einer Pustel (bei der Erstimpfung) bezw. eines Bläschens (bei der Wiederimpfung) genügt, um die Impfung als erfolgreich gelten zu lassen.

Der Impfarzt ist verpflichtet, in dem Impftermine den Nachschau-Termin bekannt zu machen und in dem letzteren für die besichtigten geimpften oder wiedergeimpften Personen die Impfscheine auszufertigen.

Zu §. 18. Die zuständige Stelle zu derartigen Anzeigen ist die Ortspolizeibehörde. Bei der Untersuchung derartiger Fälle und der Berichterstattung über dieselben ist der Erlass vom 22. Mai 1895 — M. d. g. A. M. Nr. 3941 U. I., M. d. I. II. Nr. 6480 — zu beachten.

III. Verhaltungsvorschriften für die Angehörigen der Erstimpflinge und für Wiederimpflinge.

Zu Abschn. B. §. 4. Es sind Anordnungen zu treffen, dass die Schulen die bereits in dem Erlasse vom 18. Juni 1878 — U. III. Nr. 9266, U. II. M. Nr. 3324 — zum Ausdruck gebrachte Vorschrift betreffs des Termins vom 3.

---

[4]) l. c.

[5]) Siehe Beilage zu Nr. 12 und 22, Jahrg. 1899, S. 95 u. 192.

bis zum 12. Tage bei den Wiederimpflingen, bei denen sich Impfblattern bilden, beachten.[6])

V. Vorschriften, welche von den Behörden bei der Ausführung des Impfgeschäfts zu befolgen sind.

Zu §. 3 Abs. 1. Schulräume, welche zu Impfzwecken benutzt werden, sind vor dem Impftermine rechtzeitig zu reinigen und zu lüften. Krankenhäuser dürfen zu Impflokalen nicht benutzt werden.

Zu §. 5. Nach dem Erlasse vom 31. März 1897[7]) — M. d. g. A. M. Nr. 10886, M. d. I. I. II. Nr. 4437 — sind zur Vermeidung einer Ueberfüllung der Impfräume und zur möglichsten Sicherung einer raschen und ungestörten Ausführung der Impfungen die Vorladungen an der Hand der Erfahrungen so einzurichten, dass bei Erstimpflingen die Zahl 50, bei Wiederimpflingen die Zahl 80 im einzelnen Impftermin voraussichtlich nicht überschritten wird. Es ist dabei jedoch nicht ausgeschlossen, dass mehrere Impftermine an demselben Tage und in demselben Impflokale mit angemessenen zeitlichen Zwischenräumen angesetzt werden.

Zu §. 6 Abs. 2. Die Wiederimpflinge sind thunlichst auch nach Geschlechtern zu trennen.

Zu §. 7. Um eine Störung der ordnungsmässigen Abwickelung des Impfgeschäftes durch solche Zurückweisungen zu vermeiden, ist zweckmässig bei Abhaltung eines öffentlichen Impftermins Vorsorge zu treffen, dass eine noch erforderlich erscheinende Reinigung des Armes mit Wasser und Seife dabei ausgeführt werden kann.

Zu §. 9. Wegen der Feststellung von angeblichen Impfschädigungen etc. vergleiche die Erlasse vom 22. Mai 1895 — M. d. g. A. M. Nr. 3941 U. I., M. d. I. II. Nr. 6480 —, vom 27. September 1895 — M. d. g. A. M. Nr. 8663, M. d. I. II. Nr. 11164 — und vom 22. Januar 1896 — M. d. g. A. M. Nr. 253, M. d. I. II. Nr. 660.

Wegen der Herstellung einer Statistik über Todesfälle und Erkrankungen an Pocken verbleibt es bei den Bestimmungen unserer Erlasse vom 28. Mai 1886 — M. d. I. II. Nr. 5746 I., M. d. g. A. M. Nr. 4141 II, vom 27. September 1895 — M. d. g. A. M. Nr. 8663, M. d. I. II. 11164 —, vom 22. Januar 1896 — M. d. g. A. M. Nr. 253, M. d. II. II. Nr. 660 — und vom 29. Januar 1896[8]) — M. d. g. A. M. Nr. 480, M. d. I. II. Nr. 1158.

Wir ersuchen, die zur Durchführung der neuen Vorschriften erforderlichen Anordnungen so schleunigst zu treffen, dass dieselben schon beim diesjährigen Impfgeschäft befolgt werden können.

Die früheren Erlasse über die vorstehend geregelte Angelegenheit, insbesondere die bereits erwähnten Erlasse vom 6. April 1886 — M. d. I. II. Nr. 3673, M. d. g. A. M. Nr. 8745, U. II. Nr. 838, U. III a. Nr. 13087 — und vom 16. April 1888 — M. N. 3028 —, sowie alle diesen neuen Vorschriften entgegenstehenden älteren Bestimmungen werden hierdurch aufgehoben.

Grundsätze

für die Einrichtung von Niederlagen der Königlichen Anstalten zur Gewinnung thierischen Impfstoffes und für deren Betrieb.

Niederlagen zur Gewinnung thierischen Impfstoffes können ständig an Orten, deren Einwohnerzahl einen dauernden Betrieb gewährleistet, vorübergehend aber auch an anderen Orten, in welchem sich das Bedürfniss geltend macht, eingerichtet werden.

Der Vertrieb des thierischen Impfstoffes kann sowohl Behörden, als auch Apothekenbesitzer und -Leitern übertragen werden.

Die Auswahl der Niederlagen erfolgt nach Anhörung des Dirigenten der zuständigen Anstalt durch den zuständigen Regierungspräsidenten, in Berlin durch den Polizeipräsidenten.

---

[6]) In dieser Hinsicht ist von dem Minister der u. s. w. Medizinalangelegenheiten noch ein besonderer Runderlass unter dem 28. Februar 1900 — M. Nr. 10014 U. II. U. III. A. — an sämmtliche Königliche Regierungen ergangen.

[7]) l. c.

[8]) Siehe Beilage zu Nr. 5 der Zeitschrift, Jahrg. 1896, S. 24

In den Niederlagen ist der Impfstoff an einem kühlen Orte und vor Licht geschützt aufzubewahren. Impfstoff, welcher sich bereits vier Wochen in der Niederlage befindet, ist der Anstalt zurückzugeben.

Die Niederlagen haben den Impfstoff in der Originalverpackung der Anstalt an die Abnehmer abzugeben und ein Buch nach beiliegendem Schema zu führen.

Von den Behörden wird die Lymphe nur auf schriftliche Bestellungen an Aerzte gegen eine baar zu entrichtende Vergütung von 20 Pfennig für eine zu einer Einzelimpfung und 60 Pfennig für eine zu fünf Impfungen ausreichende Menge abgegeben.

Befinden sich Niederlagen in Apotheken, so ist den Besitzern oder Leitern derselben nicht gestattet, Kuhpockenstoff aus irgend einer anderen Bezugsquelle zu vertreiben. Sie dürfen den Impfstoff nicht an Wiederverkäufer abgeben und haben sich jeglicher Reklame mit demselben zu enthalten, können aber den Aerzten ihres Betriebsbezirks anzeigen, dass ihnen die Niederlage seitens der Behörden übertragen sei.

Sie dürfen den Impfstoff auch ohne ärztliche Verordnung gegen eine Gebühr a. von 30 Pfennig für eine zu einer Impfung, b. von 1 Mark für eine zu fünf Impfungen ausreichende Menge abgeben. Hiervon haben sie 20 Pfennig von jeder Einnahme zu a., 60 Pfennig von jeder Einnahme zu b. an die Anstalt vierteljährlich abzuführen.

Schema zum Geschäftsbuche der Niederlagen.

Laufende Nummer.	Der Anstalt zurückgegeben.
Datum des Empfanges aus der Anstalt.	Wann?
Ob Packung zu 1 oder zu 5 Impfungen?	Eingenommen.
Name und Wohnung des Käufers.	Bemerkungen.
Datum des Verkaufes.	

Grundsätze

für die Lieferung von Lymphe aus den Königlichen Anstalten zur Gewinnung thierischen Impfstoffes.

Die Anträge auf Lieferung von Lymphe aus einer Königlichen Anstalt zur Gewinnung thierischen Impfstoffes sind brieflich oder telegraphisch bei dem Dirigenten der Anstalt einzubringen. Zur Stellung derselben sind Aerzte, Behörden und Vorstände öffentlicher Anstalten befugt. Das Impfergebniss ist alsbald nach seiner Feststellung der Anstalt auf den den Sendungen zur Berichterstattung beigefügten Karten durch den Arzt, der die Impfungen vorgenommen hat, portofrei mitzutheilen. Bei den Lymphebestellungen ist Folgendes zu beachten.

a. Die Anträge auf Lieferung von Lymphe zu öffentlichen Impfungen sind unter deutlicher Angabe des Namens und des Wohnortes des mit der Ausführung derselben beauftragten Arztes sowie der Zahl der Impfungen, zu denen, und des Tages, an welchem die Impfung stattfinden soll, mindestens vierzehn Tage vor dem letzteren einzubringen.

   Die Lieferung erfolgt in der Regel an den Impfarzt.

b. Die Anträge auf sofortige Lieferung von Lymphe zu den Impfungen, welche wegen des Ausbruches der natürlichen Pocken von den zuständigen Behörden angeordnet sind, oder welche aus gleichem Grunde in Krankenanstalten oder Gefängnissen an dem Wartepersonal bezw. den Insassen dieser Anstalten vorgenommen, oder welche an ausländischen Arbeitern auf Anordnung der zuständigen Behörden ausgeführt werden sollen, haben haben ausser der Bezeichnung der Adresse, an welche die Sendung geschickt werden soll, die Zahl der voraussichtlich zur Impfung gelangenden Personen zu enthalten.

c. Die Anträge auf Lieferung von Lymphe zu privaten Zwecken können nur von Aerzten gestellt werden; auch bei diesen kann der Anstaltsdirigent eine vierzehntägige Vorausbestellung verlangen.

Die Lieferung erfolgt in den Fällen a. und b. kosten- und portofrei, für private Zwecke (c.) kosten- und portopflichtig, und zwar gegen eine durch Einsendung mit der Post frei einschliesslich Bestellgeld im Voraus zu leistende Zahlung von 20 Pfennig für eine zu einer Impfung, von 60 Pfennig für eine zu fünf Impfungen hinreichende Menge. Die Verwendung von Postmarken zur Zahlung ist nicht statthaft.

Mikroskopische Untersuchung des Schweinefleisches auf Trichinen. Verordnung des Regierungspräsidenten in Münster vom 29. Januar 1900.

Zur Untersuchung frisch geschlachteter Schweine sind ausgeschnittene Stücke aus den Zwerchfellpfeilern, dem Rippenfell des Zwerchfelles, den Zungenmuskeln und den Kehlkopfmuskeln zu verwenden. Das einzelne Präparat muss eine Grösse von wenigstens einen Quadratzentimeter haben, und sind, wenn nicht durch die Untersuchung früher mit Sicherheit Trichinen gefunden werden, wenigstens 16 Präparate aus den Zwerchpfeilern und je zwei Präparate aus den bezeichneten anderen Muskeln mikroskopisch zu untersuchen, bevor das Fleisch für trichinenfrei erklärt werden darf. Von anderen Schweinefleischwaaren (Schinken, Speckseiten u. s. w.) sind wenigstens 12 Präparate von je einem Quadratzentimenter anzufertigen und zu untersuchen.

Die Gebühr für die Untersuchung eines jeden Schweines, dessen Theile vom Fleischbeschauer vor dem Zerlegen des geschlachteten Schweines in der Wohnung des Händlers u. s. w. entnommen werden müssen, beträgt 50 Pf. bis 1 Mark 50 Pf., diejenige für Untersuchung von einzelnen Fleischtheilen und Fleischwaaren 20—30 Pf. für jedes Stück. Diese Bestimmung hat auch dann Anwendung zu finden, wenn in Gemeinden die Trichinenschau entweder in Verbindung mit dem Schlachthauszwange, oder mit der allgemeinen Fleischschau eine eigene Regelung erfahren hat. Die Höhe der Gebühren innerhalb der angegebenen Grenzen richtet sich nach den Umständen, unter denen die Untersuchung stattgefunden hat — ob der Fleischbeschauer z. B. besonders weite oder schlechte Wege zurückzulegen, oder ob die Untersuchung besondere Schwierigkeiten, etwa in Folge starker Austrocknung oder harter Räucherung des Fleisches bereitet hatte u. s. w.

Ausbildung von Desinfektoren. Beschaffung von Dienst-Desinfektionsapparaten und deren Prüfung. Desinfektion mittelst Formaldehyd. Verfügung des Königlichen Regierungspräsidenten in Aurich vom 20. Dezbr. 1899 an sämmtliche Landräthe und Kreisphysiker.

. . . . Um für wirklichen Erfolg der Desinfektionen Gewähr zu bieten, ist zunächst nothwendig, dass nur sachkundige, geschulte und geübte, selbstverständlich auch zuverlässige Personen mit ihrer Ausführung beauftragt werden. Von Personen, die zu Desinfektoren tauglich sein sollen, ist zu verlangen, dass sie die Desinfektionstechnik auf ihrer dem gegenwärtigen Stande der Bakteriologie entsprechenden, hohen Entwickelungsstufe völlig beherrschen.

Die beste Ausbildung würde den zu Desinfektoren in Aussicht zu nehmenden Personen im Insitut für Infektionskrankheiten zu Berlin oder in den hygienischen Universitätsinstituten zu Theil werden können. Ich bin deshalb bereit, Anträge, welche darauf hinzielen, solchen Personen eine zweckentsprechende Ausbildung in einem der gedachten Institute auf Kosten der Gemeinden oder Kreise oder aus Privatmitteln zu verschaffen, dem Herrn Ressortminister mit der Bitte um Berücksichtigung vorzulegen. Anderenfalls stelle ich anheim, Sich wegen Anleitung der Desinfektoren mit den Herren Kreisphysikern, denen Abschrift dieser Verfügung zugeht, oder sonstigen geeigneten Sachverständigen in's Benehmen zu setzen.

Um sodann zu verhüten, dass die Desinfektionen wegen Mangels an geeigneten Dampfdesinfektionsapparaten ihren Zweck verfehlen, finde ich mich zu einem Hinweise auf die hauptsächlichsten, an solche Apparate zu stellenden Anforderungen veranlasst. Es ist nicht nur nothwendig, dass diese Apparate wirksam desinfiziren, sondern es sind auch Vorkehrungen erforderlich, die verhindern, dass die dem Verfahren unterworfenen, desinfizirten Gegenstände anlässlich desselben sogleich von Neuem infizirt werden.

Betreffs der Wirksamkeit mache ich darauf aufmerksam, dass überhitzter, sogenannter trockener Dampf zu Desinfektionszwecken nicht genügend wirksam ist. Es ist deshalb die Verwendung gesättigten Dampfes zu verlangen. Der Dampf darf während der eigentlichen Desinfektionszeit nicht mit Luft gemischt sein, er muss eine Temperatur von wenigstens 100° C haben und als strömender Dampf einwirken. Wegen schnellerer und sicherer Wirkung sind solche Apparate zu bevorzugen, welche mit gespanntem Dampfe arbeiten; die in ihnen herzustellende Dampfspannung beträgt meist nur $^1/_{20}$tel bis $^1/_{10}$tel, (selten bis $^1/_5$tel) Atmosphäre.

Ich empfehle dringend, durch genügend sachverständige Persönlichkeiten Ermittelungen darüber anstellen zu lassen, ob die vorhandenen Apparate wenigstens dem sich aus Vorstehendem ergebenden Mindestmass der an sie zu stellenden Anforderungen genügen, und, wenn dies der Fall ist, ob sich ihre Desinfektionswirkung bei einer bakteriologischen Prüfung ausreichend erweist Von jedem Dampfdesinfektionsapparat ist zu verlangen, dass er sämmtliche. bei Probedesinfektionen sowohl im Innern von Betten, Decken etc. gut verpackte, als auch auf der Oberfläche der Objekte, sowie in dem freien Raum der Desinfektionskammer unter thunlichster Nachahmung der natürlichen Verhältnisse untergebrachte Milzbrandsporen sicher abtödtet. Ob die Abtödtung stattgefunden hat, ist durch Prüfung der der Probedesinfektion unterworfenen Sporen auf ihr demnächstiges Wachstum in Kulturen festzustellen.

Das hygienische Institut der Universität Kiel, Hospitalstrasse 34, ist nach einer Mittheilung seines Direktors, des Prof. Dr. Fischer, jederzeit bereit, Milzbrandsporenmaterial zur Prüfung der Desinfektionsapparate des hiesigen Regierungsbezirkes auf Antrag des zuständigen Kreisphysikus, mit dem ich dortseits in Verbindung zu treten bitte, zu übersenden, sowie die demnächst erforderlichen Aussaaten der von dem Kreisphysikus an das Institut zurückzusendenden Desinfektionsproben zu übernehmen. Für die hieraus erwachsenden Unkosten wird das hygienische Institut den Betrag von 6 M für den einzelnen Desinfektionsapparat liquidiren.

Falls die Untersuchung im hygienischen Institute ergiebt, dass die Milzbrandsporen abgetödtet wurden, ist nach Massgabe der bei der Probedesinfektion gewonnenen Erfahrungen eine genaue Instruktion für den Desinfektor auszuarbeiten und darin die künftig regelmässig innezuhaltende Desinfektionsdauer festzusetzen, die indess bei fest zusammengepressten Kleiderbündeln oder Lumpen entsprechend zu verlängern sein würde. Auch hierbei bitte ich, Sich des Beirathes des Kreisphysikus zu bedienen.

Was die Vorkehrungen betrifft, durch die zu verhindern ist, dass die desinfizirten Gegenstände bei der Herausnahme aus dem Apparate von Neuem infizirt werden, so ist unter allen Umständen zu fordern, dass die Oeffnung, durch welche die zu desinfizirenden Gegenstände in den Apparat hineingebracht werden, eine andere ist, als diejenige, durch welche sie nach der Desinfektion aus dem Apparate herausgenommen werden. Bei guten Dampfdesinfektionsanstalten sind völlig — durch eine Mauer — getrennte Räume einerseits für die Einbringung der zu desinfizirenden, andererseits für die Herausnahme der desinfizirten Gegenstände und eine Einrichtung vorhanden, die es nothwendig macht, dass der Desinfektor, nachdem er die zu desinfizirenden Gegeustände in den Apparat hineingebracht hat, aussen herumgehen oder vielmehr einen Raum, in dem er ein Reinigungsbad nimmt, passiren muss, wenn er in den Raum gelangen will, wo er die desinfizirten Gegenstände aus dem Apparate herausnimmt. Um eine Verschleppung von Infektionserregern zu verhüten, sind die Einrichtungen für das von dem Desinfektor nach der Einbringung und vor der Herausnahme der Sachen zu nehmende Reinigungsbad (Brausebad) selbstverständlich innerhalb des Gebäudes selbst, in dem der Desinfektionsapparat aufgestellt ist, an passender Stelle zu treffen. Schleunige Abstellung der hier und da bestehenden grösseren oder gringeren Mängel der vorhandenen Desinfektionseinrichtungen auch in allen diesen Beziehungen kann ich nur dringend anrathen.

Zu den bisher gebräuchlichen Desinfektionsmitteln, wie solche in der mittelst meiner Verfügung vom 5. März 18'8, I b 2064, mitgetheilten Desinfektionsanweisung für Seeschiffe angegeben sind, ist in neuerer Zeit als Mittel zur Oberflächendesinfektion das Formaldehyd hinzugetreten, das hinsichtlich der Art nnd Weise seiner Anwendung im Vergleiche mit anderen Desinfektionsmitteln Vortheile bietet und nach dem heutigen Stande der Wissenschaft die Hoffnung begründet, dass es sich zur Wohnungsdesinfektion bei Pest und einer Anzahl anderer Krankheiten eignen wird.

Die Beschaffung von Formaldehyd-Apparaten — neben den Dampfdesinfektionsapparaten — kann unter den obwaltenden Umständen nur dringend anempfohlen werden. Ein abschliessendes Urtheil darüber, welchem unter den in den Handel gebrachten Formaldehyd-Apparaten der Vorzug zu geben sein möchte, lässt sich nach den bisher vorliegenden Erfahrungen wohl noch nicht abgeben. Mit diesem Vorbehalte empfehle ich den Breslauer Formaldehyd-Apparat von Flügge, zu beziehen von der chemischen Fabrik auf Aktien, vor-

mals Schering, in Berlin. Schon für 130 bis 150 M. lässt sich, soweit hier bekannt, ein Apparat mit der gesammten dazu gehörigen Ausrüstung beschaffen. Dem Apparate wird eine genaue Gebrauchsanweisung beigegeben.

. . . Da es sich — wie bereits Eingangs hervorgehoben — um Massnahmen handelt, die auf den Schutz des Wohlfahrtsinteresses innerhalb der einzelnen Gemeinden und Kreise hinzielen, muss ich auch rücksichtlich solcher Bezirke, für welche die Polizeikosten von der Staatskasse getragen werden, erwarten, dass die Gemeinden oder Kreise die in Rede stehenden Kosten iherseits übernehmen. Die Wahrnehmung des eigenen, wohlverstandenen Interesses hat ja bereits auch solche Gemeinden und Kreise, in denen die Polizeikosten der Staatskasse zur Last fallen, zur Errichtung von Krankenhäusern oder zur Beschaffung von Desinfektionsapparaten auf eigene Kosten veranlasst.

Abschrift vorstehender Verfügung ist den Herren Kreisphysikern des Regierungsbezirks zur Mitwirkung mit folgendem Zusatze übersandt:

Für den Fall, dass Ihre Vermittelung behufs bakteriologischer Prüfung eines Dampfdesinfektionsapparates in Anspruch genommen wird, ersuche ich Sie, einen Antrag der in vorstehender Verfügung gedachten Art bei dem Direktor des Hygienischen Instituts zu Kiel, Hospitalstrasse 34, zu stellen. Sie wollen sodann die Einlegung der Desinfektionsproben in den Apparat, sowie ihre demnächstige Herausnahme selbst bewirken, auch thunlichst während der ganzen Desinfektionsdauer anwesend bleiben, jedenfalls aber Sich persönlich volle Gewissheit darüber verschaffen, dass die Desinfektionsproben keinem anderen Einflusse, als demjenigen, welcher dem von Ihnen beaufsichtigten Betriebe des Dampfapparates entspricht, ausgesetzt werden.

Dass jede Weiterverbreitung von Infektionserregern anlässlich der Probedesinfektionen vermieden wird, setze ich voraus. Sollte mit der Möglichkeit zu rechnen sein, dass Theile der Desinfektionskammer oder die in diese gebrachten Objekte mit Infektionserregern in Berührung gekommen sein könnten., so würden Sie für Vernichtung etwaiger Infektionserreger mittelst eines baktrientödtenden Mittels von völlig sicherer Wirkung Sorge zu tragen haben.

B. Elsass-Lothringen.

Untersuchung der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen. Verfügung des Bezirkspräsidenten des Unter-Elsass vom 4. Oktober 1899 an sämmtliche Kantonalärzte und den Kreisärzten zur Beachtung mitgetheilt.

Nachdem in der Mehrzahl der Kreise die Untersuchungen der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen durch die Kreisärzte durchgeführt sind, hat das Ministerium angeordnet, dass eine fortlaufende Kontrolle derselben mit Berichterstattung vom nächsten Jahre ab durch die Kantonalärzte erfolgt.

Zu diesem Zwecke haben die Herren Kantonalärzte mindestens einmal im Laufe eines jeden Jahres den Zustand der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen jeder Gemeinde ihres Bezirks sowie die physikalishe Beschaffenheit des Wassers dieser Anlagen einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen und über das Ergebniss bis zum 15. November durch Vermittelung des Herrn Kreisarztes der Kreisdirektion Bericht zu erstatten. Im Interesse der Vereinfachung und Gleichmässigkeit der Berichterstattung sind Formulare angefertigt worden, welche bei der Berichterstattung zu benutzen sind. Fünf Exemplare sind in der Anlage beigefügt. In der Regel wird 1 Exemplar für den Jahresbericht genügen.

Die Herren Kantonalärzte werden ersucht, sämmtliche Verfügungen und Belehrungen über die Wasseruntersuchung, die im Jahrbuch der Medizinalverwaltung und im Archiv für öffentliche Gesundheitspflege in Elsass-Lothringen veröffentlicht sind, genau zu studiren und die Untersuchungen mit der grössten Sorgfalt auszuführen. Eine chemische oder bakteriologische Prüfung ist jedoch nicht zu veranlassen. Erscheint sie dem Kantonalarzt angezeigt, so hat er bei dem Kreisarzt Antrag zu stellen. Die Kantonalärzte sind berechtigt, die eingehenden, vom Kreisarzte gefertigten Beschreibungen der Wasserversorgungs-Anlagen vom Kreisarzte oder Kreisdirektor zu erbitten und in Einsicht zu nehmen. Im Uebrigen wird vorausgesetzt, dass die Kreis- und Kantonalärzte überhaupt Hand in Hand arbeiten und dass namentlich die jüngeren Kantonal-

ärzte über die Art der Ausführung der Untersuchungen von den Kreisärzten sich belehren lassen und belehrt werden.

Die Untersuchung hat sich nur auf öffentliche Wasserversorgungsanlagen zu erstrecken. Als solche sind anzunehmen: zentrale Wasserversorgungsanlagen, ferner Gemeindebrunnen, Schulbrunnen und die Brunnen von Fabriken, öffentlichen Gebäuden, Metzgereien und Wirthschaften. Auch private Wasserversorgungsanlagen können mit Einwilligung der Besitzer in den Bereich der Untersuchung eingezogen werden. Eine solche Einwilligung erscheint nicht nöthig, wenn dringender Verdacht vorhanden ist, dass von der Wasserversorgungsanlage Infektionen entstanden sind. Hierbei ist jedoch die Mitwirkung der Ortspolizeibehörde zu beantragen.

Bei der Besichtigung ist die Aufmerksamkeit vorzugsweise auf die Beschaffenheit des Schachtes, die Art der Eindeckung desselben, auf die Fördervorrichtungen und den Ablauf des Wassers zu richten. Es ist stets die Möglichkeit der Verunreinigung des Wassers durch Eindringen von Regenwasser, von Waschwasser, Schmutzwasser von benachbarten Dohlen und Strassenrinnen, von Jauche und Abortinhalt von Dungstätten und Abortgruben zu berücksichtigen.

Durch den vorgeschriebenen jährlichen Bericht wird die Verpflichtung der Kantonalärzte nicht aufgehoben, Missstände, welche eine eingehendere Untersuchung einer Wasserversorgungsanlage als dringlich erscheinen lassen, durch sofortige besondere Berichterstattung zur Sprache zu bringen.

Der erste jährliche Bericht ist von den Kantonalärzten bis zum 15. November 1900 zu erstatten.

Formular.

Untersuchung der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen der Gemeinden des Kantonalarztbezirks . . . im Jahre . . . (Gemäss Verfügung des Herrn Bezirkspräsidenten vom 4. Oktober 1899, VI. 7315.)

Laufende Nummer.	Gemeinde.	Aufzählung der öffentlichen Wasserversorgungsanlagen mit Bezeichnung der Art.	Was wurde bei der Besichtigung der nebengenannten Anlage beanstandet? Insbesondere ist Möglichkeit der Verunreinigung durch Schmutzwasser u. s. w. ausgeschlossen?	Ergebniss der physikalischen Prüfung des Wassers. Ist es klar und hell, ohne Farbe, Geruch und Geschmack?	Kritik der Wasserversorgung. Bezeichnung etwaiger Massnahmen zur Verbesserung derselben oder der einzelnen Anlage.

Ort . . . . Datum . . . .

Der Kantonalarzt.

Abschrift erhalten Sie zur gefälligen Kenntnissnahme und Beachtung, soweit Ihre Mitwirkung in Betracht kommt.

Die Berichte der Kantonalärzte sind von Ihnen zu prüfen. Sie haben dabei insbesondere Ihr Augenmerk darauf zu richten, dass die Missstände, welche sich bei den Wasserversorgungsanlagen ergeben haben, abgestellt werden und dass Sie dementsprechende Anträge stellen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 8. 15. April. 1900.

Rechtsprechung.

Begriff der Unbescholtenheit. Urtheil des Reichsgerichts (II. Strafsenats) vom 5. Dezember 1899.

Unbescholten ist ein Mädchen zur Zeit der Beischlafsvollziehung mit dem Verführer auch dann noch, wenn es bei bisher völlig unversehrter Geschlechtsehre erst durch den unsittlichen Einfluss seines Verführers ein unzüchtiges Verhalten angenommen und sich etwa in Folge dieses Einflusses selbst dritten Personen bereits vor der vollendeten Verführung unehrbar benommen haben sollte. Juristische Wochenschrift; 1900, Nr. 13 und 14.

In der Gebühr für schriftliche Gutachten (§. 3 Nr. 6 des Gesetzes vom 9. März 1872) ist diejenige für die gewöhnliche zuvorige Untersuchung eingeschlossen; nicht aber diejenige für eine längere Beobachtung. Urtheil des Reichsgerichts (III. Zivil-Senats) vom 19. Januar 1900.

Da die Beschwerde am 30. Dezember 1899 eingelegt ist, die seit dem 1. Januar 1900 geltende neue Bestimmung des §. 567 Abs. 2 der Z.-P.-O., §. 17 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige sonach noch keine Anwendung leidet, so ist die Zulässigkeit der Beschwerde nicht zu beanstanden. Sie ist aber sachlich unbegründet. Allerdings ist der Beschwerde darin beizustimmen, dass in der Regel für einen zum Zweck der Vorbereitung eines schriftlichen Gutachtens empfangenen Besuch eine besondere Gebühr nicht liquidirt werden kann. Denn da, wie das Reichsgericht in dem von der Beschwerde angezogenen Beschlusse vom 5. Februar 1893 bereits ausgeführt hat, weder der §. 6, noch der §. 10 des Gesetzes vom 9. März 1872 auf diesen Fall bezogen werden können, sonach das bezeichnete Gesetz, welches nach §. 13 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige allein massgebend ist, für diese Thätigkeit eine besondere Tarifposition überhaupt nicht enthält, ferner aber nach Abs. 2, der die schriftlichen Gutachten betreffenden Tarifposition, §. 3 Nr. 6 die höheren Sätze der in dem Spielraum von 6 bis 24 Mark ausgeworfenen Gebühr dem Sachverständigen insbesondere dann zugebilligt werden sollen, wenn die Untersuchung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, so muss man annehmen, dass für die dem Gutachten vorausgehende Untersuchung, also auch für die der Person, über welche das Gutachten erstattet werden soll, eine besondere Gebühr nicht gewährt, sondern dass diese Untersuchung durch die entsprechend zu erhöhende Gebühr für das Gutachten mitabgegolten werden soll. Dennoch aber kann der Beschwerde aus dem Grunde nicht stattgegeben werden, weil im vorliegenden Falle nach dem massgebenden Beweisbeschlusse von dem Gerichte dem Sachverständigen nicht blos die Erstattung eines Gutachtens, sondern ausdrücklich noch etwas weiteres, nämlich eine längere Beobachtung der zu begutachtenden Person aufgegeben war. Dass nicht unter allen Umständen jede für ein demnächst zu erstattendes Gutachten einem Sachverständigen aufgetragene Thätigkeit durch die Gutachtengebühr abgegolten sein kann, liegt in dem Falle auf der Hand, wenn z. B. dem Sachverständigen eine Woche oder gar Monate andauernde tägliche Beobachtung aufgetragen worden wäre. Nur die gewöhnliche Untersuchung, wie sie zur Erstattung jedes Gutachtens in der Regel erforderlich ist, kann als in der Gutachtengebühr mitabgegolten gelten, und für jede darüber hinausgehende Thätigkeit muss, dem allgemeinen Grundsatz des §. 413 der Z.-Pr.-O. entsprechend, dem Sachverständigen daher auch eine weitere Vergütung gewährt werden. Ist in dem massgebenden Gesetze für eine

solche Thätigkeit eine ausdrückliche Position nicht ausgeworfen, dann ist, wie auch seitens des Reichsgerichts in dem erwähnten Beschlusse vom 6. Februar 1893 geschehen, eine entsprechende Vergütung im Geiste und Sinne des Gesetzes aus dessen sonstigen Bestimmungen zu ermitteln, und wie in jenem Beschlusse die Gebühr für einen einer Terminswahrnehmung vorausgegangenen Vorbesuch in der Wohnung des Sachverständigen auf Grund der §§. 3 Nr. 1 und 6 des Gesetzes vom 9. März 1872 auf 1,50 Mark für jede angefangene Stunde mit dem Höchstbetrag von 3 Mark für den Besuch zu bemessen ist, so kann in ganz gleicher Weise auch die Gebühr für empfangene Vorbesuche, die einem schriftlichen Gutachten vorangegangen sind, festgesetzt werden. Danach sind dann aber die bestrittenen 3 Mark, da der Besuch über eine Stunde gedauert hat, mit Recht zugebilligt. Wolle man endlich noch geltend machen, dass doch wenigstens ein Besuch, da ein solcher bei jedem Gutachten erforderlich zu sein pflege, unliquidirt bleiben müsse, so erledigt sich dies im vorliegenden Falle schon dadurch, dass nach der eingezogenen Aeusserung des Sachverständigen auch noch weitere nicht liquidirte Vorbesuche von ihm empfangen sind.

Juristische Wochenschrift; 1900, Nr. 17—20.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Dem Reichstage unter dem 24. März 1900 vorgelegt.

Anzeigepflicht.

§. 1. Jede Erkrankung und jeder Todesfall an

Aussatz (Lepra), Cholera (asiatischer), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest, (orientalischer Beulenpest), Pocken (Blattern),

sowie jeder Fall, welcher den Verdacht einer dieser Krankheiten erweckt, ist der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen.

Wechselt der Erkrankte den Aufenthaltsort, so ist dies unverzüglich bei der Polizeibehörde des bisherigen und des neuen Aufenthaltsorts zur Anzeige zu bringen.

§. 2. Zur Anzeige sind verpflichtet:

1. der *zugezogene* Arzt,
2. der Haushaltungsvorstand,
3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person,
4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat,
5. *der Leichenbeschauer.*

Die Verpflichtung der unter Nr. 2 bis 5 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

§. 3. Für Krankheits- und Todesfälle, welche sich in öffentlichen Kranken-, Entbindungs-, Pflege-, Gefangenen- und ähnlichen Anstalten ereignen, ist der Vorsteher der Anstalt oder die von der zuständigen Stelle damit beauftragte Person ausschliesslich zur Erstattung der Anzeige verpflichtet.

Auf Schiffen oder Flössen gilt als der zur Erstattung der Anzeige verpflichtete Haushaltungsvorstand der Schiffer oder Flössführer oder deren Stellvertreter. Der Bundesrath ist ermächtigt, Bestimmungen darüber zu erlassen, an wen bei Krankheits- und Todesfällen, welche auf Schiffen oder Flössen vorkommen, die Anzeige zu erstatten ist.

§. 4. Die Anzeige kann mündlich oder schriftlich erstattet werden. Die Polizeibehörden haben auf Verlangen Meldekarten für schriftliche Anzeigen unentgeltlich zu verabfolgen.

§. 5. Landesrechtliche Bestimmungen, welche eine weitergehende Anzeigepflicht begründen, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Durch Beschluss des Bundesraths können die Vorschriften *über die Anzeigepflicht (§§. 1 bis 4)* auf andere *als die im §. 1 Abs. 1 genannten übertragbaren* Krankheiten ausgedehnt werden.

Ermittelung der Krankheit.

§. 6. Die Polizeibehörde muss, sobald sie von dem Ausbruch oder dem Verdachte des Auftretens einer der im §. 1 Abs. 1 genannten Krankheiten *(gemeingefährliche Krankheiten)* Kenntniss erhält, den zuständigen beamteten Arzt benachrichtigen. Dieser hat alsdann unverzüglich an Ort und Stelle Ermittelungen über die Art, den Stand und die Ursache der Krankheit vorzunehmen und der Polizeibehörde eine Erklärung darüber abzugeben, ob der Ausbruch der Krankheit festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet ist. In Nothfällen kann der beamtete Arzt die Ermittelung auch vornehmen, ohne dass ihm eine Nachricht der Polizeibehörde zugegangen ist.

In Ortschaften mit mehr als 10000 Einwohnern ist nach den Bestimmungen des Abs. 1 auch dann zu verfahren, wenn Erkrankungs- oder Todesfälle in einem räumlich abgegrenzten Theile der Ortschaft, welcher von der Krankheit bis dahin verschont geblieben war, vorkommen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann Ermittelungen über jeden einzelnen Krankheits- oder Todesfall anordnen. So lange eine solche Anordnung nicht getroffen ist, sind nach der ersten Feststellung der Krankheit von dem beamteten Arzte Ermittelungen nur im Einverständnisse mit der unteren Verwaltungsbehörde und nur insoweit vorzunehmen, als dies erforderlich ist, um die Ausbreitung der Krankheit örtlich und zeitlich zu verfolgen.

§. 7. Dem beamteten Arzte ist der Zutritt zu dem Kranken oder zur Leiche und die Vornahme der zu den Ermittelungen über die Krankheit erforderlichen Untersuchungen zu gestatten. Auch kann bei Cholera-, Gelbfieber- und Pestverdacht eine Oeffnung der Leiche polizeilich angeordnet werden, insoweit dies zur Feststellung der Krankheit erforderlich ist.

Der behandelnde Arzt ist berechtigt, den Untersuchungen, insbesondere auch der Leichenöffnung beizuwohnen.

Die in §§. 2 und 3 aufgeführten Personen sind verpflichtet, über alle für die Entstehung und den Verlauf der Krankheit wichtigen Umstände dem beamteten Arzte und der zuständigen Behörde auf Befragen Auskunft zu ertheilen.

§. 8. Ist nach dem Gutachten des beamteten Arztes der Ausbruch der Krankheit festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet, so hat die Polizeibehörde unverzüglich die erforderlichen Schutzmassregeln zu treffen.

§. 9. Bei Gefahr im Verzuge kann der beamtete Arzt schon vor dem Einschreiten der Polizeibehörde die zur Verhütung der Verbreitung der Krankheit zunächst erforderlichen Massregeln anordnen. Der Vorsteher der Ortschaft hat den von dem beamteten Arzte getroffenen Anordnungen Folge zu leisten. Von den Anordnungen hat der beamtete Arzt der Polizeibehörde sofort schriftliche Mittheilung zu machen.

§. 10. Für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind, sowie für deren Umgegend kann durch die zuständige Behörde angeordnet werden, dass jede Leiche vor der Bestattung einer amtlichen Besichtigung (Leichenschau) zu unterwerfen ist.

Schutzmassregeln.

§. 11. Zur Verhütung der Verbreitung der gemeingefährlichen Krankheiten können *für die Dauer der Krankheitsgefahr* Absperrungs- und Aufsichtsmassregeln nach Massgabe der §. 12 bis 21 polizeilich angeordnet werden.

Die Anfechtung der Anordnungen hat keine aufschiebende Wirkung.

§. 12. Kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen können einer Beobachtung unterworfen, auch zu diesem Zwecke, sofern sie obdachlos oder ohne festen Wohnsitz sind oder berufs- oder gewohnheitsmässig umherziehen, in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte beschränkt werden.

§. 13. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für den Umfang ihres Bezirkes oder für Theile desselben anordnen, dass zureisende Personen, sofern sie sich innerhalb einer zu bestimmenden Frist vor ihrer Ankunft in Ortschaften oder Bezirken aufgehalten haben, in welchen eine gemeingefährliche Krankheit ausgebrochen ist, nach ihrer Ankunft der Ortspolizeibehörde zu melden sind.

§. 14. Für kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen kann eine Absonderung angeordnet werden.

Die Absonderung kranker Personen hat derart zu erfolgen, dass der Kranke mit anderen als den zu seiner Behandlung und Pflege bestimmten Personen nicht in Berührung kommt und eine Verbreitung der Krankheit ausgeschlossen ist. Werden auf Erfordern der Polizeibehörde in der Behausung

des Kranken die zu diesem Zwecke nothwendigen Einrichtungen nicht getroffen, so kann, falls der beamtete Arzt es für unerlässlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig erklärt, die Ueberführung des Kranken in ein Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum angeordnet werden. Dasselbe gilt, wenn die Absonderung nach dem Gutachten des beamteten Arztes in anderer Weise nicht durchführbar ist.

Auf die Absonderung krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen finden die Bestimmungen des Abs. 2 sinngemässe Anwendung. Jedoch dürfen krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen nicht in demselben Raume mit kranken Personen untergebracht werden, auch sollen ansteckungsverdächtige Personen von krankheitsverdächtigen Personen soweit möglich getrennt bleiben.

Wohnungen oder Häuser, in welchen erkrankte Personen sich befinden, können kenntlich gemacht werden.

Für das berufsmässige Pflegepersonal können Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden.

§. 15. Die Landesbehörden sind befugt, *für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind,*

1. hinsichtlich der gewerbsmässigen Herstellung, Behandlung und Aufbewahrung sowie hinsichtlich des Vertriebs von Gegenständen, welche geeignet sind, die Krankheit zu verbreiten, eine gesundheitspolizeiliche Ueberwachung und die zur Verhütung der Verbreitung der Krankheit erforderlichen Massregeln anzuordnen; die Ausfuhr von Gegenständen der bezeichneten Art darf aber nur für Ortschaften verboten werden, in denen Cholera, Fleckfieber, Pest oder Pocken ausgebrochen sind,
2. Gegenstände der in Nr. 1 bezeichneten Art vom Gewerbebetrieb im Umherziehen auszuschliessen,
3. die Abhaltung von Märkten, Messen und anderen Veranstaltungen, welche eine Ansammlung grösserer Menschenmengen mit sich bringen, zu verbieten oder zu beschränken,
4. die in der Schifffahrt, der Flösserei oder sonstigen Transportbetrieben beschäftigten Personen einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung zu unterwerfen und kranke, krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen, sowie Gegenstände, von denen anzunehmen ist, dass sie mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, von der Beförderung auszuschliessen,
5. den Schifffahrts- und Flössereiverkehr auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken.

§. 16. Jugendliche Personen aus Behausungen, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, können zeitweilig vom Schul- und Unterrichtsbesuche fern gehalten werden. Hinsichtlich der sonstigen für die Schulen anzuordnenden Schutzmassregeln bewendet es bei den landesrechtlichen Bestimmungen.

§. 17. In Ortschaften, welche von Cholera, Fleckfieber, Pest oder Pocken befallen oder bedroht sind, sowie in deren Umgegend kann die Benutzung von Brunnen, Teichen, Seen, Wasserläufen, Wasserleitungen, sowie der dem öffentlichen Gebrauche dienenden Bade-, Schwimm-, Wasch- und Bedürfnissanstalten *verboten oder* beschränkt werden.

§. 18. Die Räumung von Wohnungen und Gebäuden, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, kann, insoweit der beamtete Arzt es zur wirksamen Bekämpfung der Krankheit für unerlässlich erklärt, angeordnet werden. Den betroffenen Bewohnern ist anderweit geeignete Unterkunft unentgeltlich zu bieten.

§. 19. Für Gegenstände und Räume, von denen anzunehmen ist, dass sie mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, kann eine Desinfektion angeordnet werden.

Für Reisegepäck und Handelswaaren ist bei Aussatz, Cholera und Gelbfieber die Anordnung der Desinfektion nur dann zulässig, wenn die Annahme, dass die Gegenstände mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, durch besondere Umstände begründet ist.

Ist die Desinfektion nicht ausführbar oder im Verhältnisse zum Werthe der Gegenstände zu kostspielig, so kann die Vernichtung angeordnet werden.

§. 20. Zum Schutze gegen Pest können Massregeln zur Vertilgung und Fernhaltung von Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer angeordnet werden.

§. 21. Für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen von Personen, welche an einer gemeingefährlichen Krankheit gestorben sind, können besondere Vorsichtsmassregeln angeordnet werden.

§. 22. Der Bundesrath ist ermächtigt, Bestimmungen über die Ausführung der in den §§. 12 bis 21 vorgesehenen Schutzmassregeln, insbesondere der Desinfektion zu beschliessen:

§. 23. Die zuständige Landesbehörde kann die Gemeinden und im Falle ihrer Leistungsunfähigkeit die weiteren Kommunalverbände dazu anhalten, diejenigen Einrichtungen, welche zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten nothwendig sind, zu treffen. *Wegen Aufbringung der erforderlichen Kosten findet die Bestimmung des §. 36 Satz 2 Anwendung.*

§. 24. Zur Verhütung der Einschleppung der gemeingefährlichen Krankheiten aus dem Auslande kann der Einlass der Seeschiffe vor der Erfüllung gesundheitspolizeilicher Vorschriften abhängig gemacht, sowie

1. der Einlass anderer dem Personen- oder Frachtverkehre dienenden Fahrzeuge,
2. die Ein- und Durchfuhr von Waaren und Gebrauchsgegenständen,
3. der Eintritt und die Beförderung von Personen, welche aus dem von der Krankheit befallenen Lande kommen,

verboten oder beschränkt werden.

Der Bundesrath ist ermächtigt, Vorschriften über die hiernach zu treffenden Massregeln zu beschliessen. Soweit sich diese Vorschriften auf die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der Seeschiffe beziehen, können sie auf den Schiffsverkehr zwischen deutschen Häfen erstreckt werden.

§. 25. Wenn eine gemeingefährliche Krankheit im Ausland oder im Küstengebiete des Reiches ausgebrochen ist, so bestimmt der Reichskanzler oder für das Gebiet des zunächst bedrohten Bundesstaates im Einvernehmen mit dem Reichskanzler die Landesregierung, wann und in welchem Umfange die gemäss §. 24 Abs. 2 erlassenen Vorschriften in Vollzug zu setzen sind.

§. 26. Der Bundesrath ist ermächtigt, Vorschriften über die Ausstellung von Gesundheitspässen für die aus deutschen Häfen ausgehenden Seeschiffe zu beschliessen.

§. 27. Der Bundesrath ist ermächtigt, über die bei der Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten mit Krankheitserregern zu beobachtenden Vorsichtsmassregeln sowie über den Verkehr mit Krankheitserregern und deren Aufbewahrung Vorschriften zu erlassen.

Entschädigungen.

§. 28. Für Gegenstände, welche in Folge einer nach Massgabe dieses Gesetzes polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion derart beschädigt worden sind, dass sie zu ihrem bestimmungsmässigen Gebrauche nicht weiter verwendet werden können, oder welche auf polizeiliche Anordnung vernichtet worden sind, ist vorbehaltlich der in §§. 32 und 33 angegebenen Ausnahmen auf Antrag Entschädigung zu gewähren.

§. 29. Der landesrechtlichen Regelung bleibt vorbehalten, Bestimmungen darüber zu treffen:

1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie dieselbe aufzubringen ist,
2. binnen welcher Frist der Entschädigungsanspruch geltend zu machen ist,
3. wie die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist.

Soweit landesherrliche Bestimmungen hierüber nicht bestehen, liegt die Entschädigungspflicht den Gemeinden oder nach Bestimmung der Landesregierung einem weiteren Kommunalverband ob.

§. 30. Als Entschädigung soll der gemeine Werth des Gegenstandes gewährt werden ohne Rücksicht auf die Minderung des Werthes, welche sich aus der Annahme ergiebt, dass der Gegenstand mit Krankheitsstoff behaftet sei. Wird der Gegenstand nur beschädigt oder theilweise vernichtet, so ist der verbleibende Werth auf die Entschädigung anzurechnen.

§. 31. Die Entschädigung wird, sofern ein anderer Berechtigter nicht bekannt ist, demjenigen gezahlt, in dessen Gewahrsam sich der beschädigte oder vernichtete Gegenstand zur Zeit der Desinfektion befand. Mit dieser Zahlung erlischt jede Entschädigungsverpflichtung aus §. 28.

§. 32. Eine Entschädigung auf Grund dieses Gesetzes wird nicht gewährt:

1. für Gegenstände, welche im Eigenthume des Reichs, eines Bundesstaates oder einer kommunalen Körperschaft sich befinden;
2. für Gegenstände, welche entgegen einem auf Grund des §. 15 Nr. 1 oder des §. 24 erlassenen Verbot aus- oder eingeführt worden sind.

§. 33. Der Anspruch auf Entschädigung fällt weg:

1. wenn derjenige, welchem die Entschädigung zustehen würde, die be-

schädigten oder vernichteten Gegenstände oder einzelne derselben an sich gebracht hat, obwohl er wusste oder den Umständen nach annehmen musste, dass dieselben bereits mit dem Krankheitsstoffe behaftet oder auf polizeiliche Anordnung zu desinfiziren waren;

2. wenn derjenige, welchem die Entschädigung zustehen würde, oder in dessen Gewahrsam die beschädigten oder vernichteten Gegenstände sich befanden, zu der Desinfektion durch eine Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz oder eine auf Grund desselben getroffene Anordnung Veranlassung gegeben hat.

Allgemeine Vorschriften.

§. 34. Die dem allgemeinen Gebrauche dienenden Einrichtungen für Versorgung mit Trink- oder Wirthschaftswasser und für Fortschaffung der Abfallstoffe sind fortlaufend durch staatliche Beamte zu überwachen.

Die Gemeinden sind verpflichtet, für die Beseitigung der vorgefundenen gesundheitsgefährlichen Missstände Sorge zu tragen. Sie können zur Herstellung von Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art, sofern dieselben zum Schutze gegen übertragbare Krankheiten erforderlich sind, jeder Zeit angehalten werden.

Das Verfahren, in welchem über die hiernach gegen die Gemeinden zulässigen Anordnungen zu entscheiden ist, richtet sich nach Landesrecht.

§. 35. Beamtete Aerzte im Sinne dieses Gesetzes sind Aerzte, welche vom Staate angestellt sind, oder deren Anstellung mit Zustimmung des Staates erfolgt ist.

An Stelle der beamteten Aerzte können im Falle ihrer Behinderung oder aus sonstigen dringenden Gründen andere Aerzte zugezogen werden. Die letzteren sind innerhalb des ihnen ertheilten Auftrags befugt und verpflichtet, diejenigen Amtsverrichtungen wahrzunehmen, welche in diesem Gesetz oder in den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen den beamteten Aerzten übertragen sind.

§. 36. Die Anordnung und Leitung der Abwehr- und Unterdrückungsmassregeln liegt den Landesregierungen und deren Organen ob. Die Zuständigkeit der Behörden und die Aufbringung der entstehenden Kosten regelt sich nach Landesrecht. Die Landesregierungen bestimmen, welche Körperschaften unter der Bezeichnung Gemeinde, weiterer Kommunalverband und kommunale Körperschaft zu verstehen sind.

§. 37. Die Behörden der Bundesstaaten sind verpflichtet, sich bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten gegenseitig zu unterstützen.

§. 38. Die Ausführung der nach Massgabe dieses Gesetzes zu ergreifenden Schutzmassregeln liegt, insoweit davon

1. dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärpersonen,
2. Personen, welche in militärischen Dienstgebäuden, oder auf den zur Kaiserlichen Marine gehörigen, oder von ihr gemietheten Schiffen und Fahrzeugen untergebracht sind,
3. marschirende oder auf dem Transport befindliche Militärpersonen und Truppentheile des Heeres und der Marine, sowie die Ausrüstungs- und Gebrauchsgegenstände derselben,
4. ausschliesslich von der Militär- oder Marineverwaltung benutzte Grundstücke und Einrichtungen

betroffen werden, den Militär- und Marinebehörden ob.

Auf Truppenübungen finden die nach diesem Gesetze zulässigen Verkehrsbeschränkungen keine Anwendung.

Der Bundesrath hat darüber Bestimmung zu treffen, inwieweit von dem Auftreten des Verdachts und von dem Ausbruch einer übertragbaren Krankheit, sowie von dem Verlauf und dem Erlöschen der Krankheit sich die Militär- und Polizeibehörden gegenwärtig in Kenntniss zu setzen haben.

§. 39. Für den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, *sowie für Schiffsbetriebe, welche im Anschluss an den Eisenbahnverkehr geführt werden und der staatlichen Eisenbahnaufsichtsbehörde unterstellt sind,* liegt die Ausführung der nach Massgabe dieses Gesetzes zu ergreifenden Schutzmassregeln ausschliesslich den zuständigen Reichs- und Landesbehörden ob. Polizeiliche Verkehrsbeschränkungen und Desinfektionsmassnahmen gegen die im Dienste befindlichen oder aus dienstlicher Veranlassung vorübergehend ausserhalb ihres Wohnsitzes sich aufhaltenden Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen, *sowie der genannten Schifffahrtsbetriebe* sind nicht zulässig.

§. 40. Dem Reichskanzler liegt ob, die Ausführung dieses Gesetzes und der auf Grund desselben erlassenen Anordnungen zu überwachen.

Wenn zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten Massregeln erforderlich sind, von welchen die Gebiete mehrerer Bundesstaaten betroffen werden, so hat der Reichskanzler oder ein von ihm bestellter Kommissar für Herstellung und Erhaltung der Einheit in den Anordnungen der Landesbehörden zu sorgen und zu diesem Behufe das Erforderliche zu bestimmen, in dringenden Fällen auch die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen zu versehen.

§. 41. Ist in einer Ortschaft der Ausbruch einer gemeingefährlichen Krankheit festgestellt, so ist das Kaiserliche Gesundheitsamt hiervon sofort auf kürzestem Wege zu benachrichtigen. Der Bundesrath ist ermächtigt zu bestimmen, inwieweit im späteren Verlauf dem Kaiserlichen Gesundheitsamte Mittheilungen über Erkrankungs- und Todesfälle zu machen sind.

§. 42. In Verbindung mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamte wird ein Reichsgesundheitsrath gebildet. Die Geschäftsordnung wird vom Reichskanzler *mit Zustimmung des Bundesraths* festgestellt. Die Mitglieder werden vom Bundesrathe gewählt.

Der Reichsgesundheitsrath hat das Gesundheitsamt bei der Erfüllung der diesem Amte zugewiesenen Aufgaben zu unterstützen. Er ist befugt, den Landesbehörden auf Ansuchen Rath zu ertheilen. Er kann sich, um Auskunft zu erhalten, mit den ihm zu diesem Zwecke zu bezeichnenden Landesbehörden unmittelbar in Verbindung setzen, sowie Vertreter absenden, welche unter Mitwirkung der zuständigen Landesbehörden Aufklärungen an Ort und Stelle einziehen.

Strafvorschriften.

§. 43. Mit Gefängniss bis zu zwei Jahren wird bestraft:

1. *wer wissentlich bewegliche Gegenstände, für welche eine Desinfektion polizeilich angeordnet war, vor Ausführung der angeordneten Desinfektion in Gebrauch nimmt, an Andere überlässt oder sonst in Verkehr bringt;*
2. wer wissentlich Kleidungsstücke, Leibwäsche, Bettzeug oder sonstige bewegliche Gegenstände, welche von Personen, die an einer gemeingefährlichen Krankheit litten, während der Erkrankung gebraucht, oder bei deren Behandlung oder Pflege benutzt worden sind, in Gebrauch nimmt, an Andere überlässt oder sonst in Verkehr bringt, bevor sie den auf Grund des §. 22 vom Bundesrathe beschlossenen Bestimmungen entsprechend desinfizirt worden sind;
3. wer wissentlich Fahrzeuge oder sonstige Geräthschaften, welche zur Beförderung von Kranken oder Verstorbenen der in Nr. 2 bezeichneten Art gedient haben, vor Ausführung der polizeilich angeordneten Desinfektion benutzt oder Anderen zur Benutzung überlässt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Ist in Folge der Handlung ein Anderer von der Krankheit ergriffen worden, so tritt Gefängnissstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren ein. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf eine Woche Gefängniss ermässigt werden.

§. 44. Mit Geldstrafe von 10 bis 150 Mark oder mit Haft nicht unter einer Woche wird bestraft:

1. wer die ihm nach den §§. 2, 3 oder nach den auf Grund des §. 5 vom Bundesrathe beschlossenen Vorschriften obliegende Anzeige unterlässt oder länger als 24 Stunden, nachdem er von der anzeigenden Thatsache Kenntniss erhalten hat, verzögert. Die Strafverfolgung tritt nicht ein, wenn die Anzeige, obwohl nicht von dem zunächst Verpflichteten, doch rechtzeitig gemacht worden ist;
2. wer im Falle des §. 7 dem beamteten Arzte den Zutritt zu dem Kranken oder zur Leiche oder die Vornahme der erforderlichen Untersuchungen verweigert;
3. wer die Bestimmungen im §. 7 Abs. 3 zuwider über die daselbst bezeichneten Umstände dem beamteten Arzte oder der zuständigen Behörde die Auskunft verweigert oder wissentlich unrichtige Angaben macht;
4. wer den auf Grund des §. 13 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

§. 45. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, bestraft:

1. wer den im Falle des §. 9 von dem beamteten Arzte oder dem Vorsteher

der Ortschaft getroffenen vorläufigen Anordnungen oder den auf Grund des §. 10 von der zuständigen Behörde erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt;
2. wer den auf Grund des §. 12, des §. 14 Abs. 5, der §§. 15, 17, 19 bis 22 getroffenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt;
3. wer den auf Grund der §§. 24, 26, 27 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt.

Schlussbestimmungen.

§. 46. Landesrechtliche Vorschriften über die Bekämpfung anderer als der im §. 1 Abs. 1 genannten übertragbaren Krankheiten werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§. 47. Dieses Gesetz tritt am . . . . . 1900 in Kraft.

B. Königreich Preussen.

Verhütung der Schälblasen. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 27. Februar 1900 — M. Nr. 13851 — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Das wiederholte Vorkommen gehäufter Erkrankungen von Neugeborenen an Schälblasen (Pemphigus neonatorum) hat mir Anlass zu Erhebungen geboten. Aus den eingegangenen Berichten geht hervor, dass auch die nicht syphilitische Schälblasenerkrankung der Neugeborenen ansteckend sein, durch Gebrauchsgegenstände, sowie auch von Person zu Person übertragen werden und nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene befallen kann. Den Hauptantheil an der Verbreitung haben die Hebammen und Wärterinnen. Der Verlauf der Krankheit war in vielen Fällen ein ernster und oftmals tödtlicher. Die Schälblasenerkrankung verdient hiernach eine andere Würdigung und Beurtheilung, als dieselbe bisher nach den Angaben des Hebammenlehrbuches von 1892, S. 242 (§, 321 Abs. 6) erfahren hat. An Stelle der hierselbst gegebenen Darstellung tritt daher folgende Belehrung:

„Neben dem S. 153 (§. 219) erwähnten Blasenausschlage der neugeborenen Kinder kommt auch eine Form von sehr ansteckenden Schälblasen vor. Sie entstehen gewöhnlich in den ersten Tagen nach der Geburt auf der Haut an den verschiedensten Körperstellen als runde oder unregelmässig geformte, manchmal sich schnell vergrössernde Bläschen von der Grösse eines Hirsekorns bis zu der eines Zehnpfennigstückes und darüber. Im Gegensatze zu dem syphilitischen Blasenausschlage bleiben vielfach die Fusssohlen und Handflächen frei. Wo die Bläschen dichter stehen, können sie zusammenfliessen, bis handtellergrosse Blasen bilden und den Kindern ein Aussehen geben, als ob sie verbrüht seien.

Anfangs sind die Bläschen in der Regel mit klarer Flüssigkeit gefüllt, später wird der Inhalt trübe, schliesslich eiterähnlich. Nach einiger Zeit platzen die Blasen und an ihrer Stelle zeigt sich ein rother, nässender, von der Oberhaut entblösster Fleck. Neben den älteren können neue frische Bläschen bis in die dritte Woche entstehen. Fieber ist in den leichten Fällen nicht vorhanden; in der Regel tritt nach einer bis drei Wochen bei zweckmässiger Behandlung Heilung ein. Nicht selten kommen jedoch auch Fälle mit Fieber und tödtlichem Ausgange vor.

Die Schälblasen sind sehr ansteckend und können durch Gebrauchsgegenstände und Personen verbreitet werden, insbesondere werden dieselben aber leicht durch Hebammen oder Wärterinnen von einem Neugeborenen auf andere mit unreinen bezw. mit durch Eiterstoffe beschmutzten Händen übertragen. — Auch ältere Kinder und Erwachsene können von der Krankheit ergriffen werden.

Hat die Hebamme ein an Schälblasen leidendes Kind berührt, so hat sie ihre Hände auf's Sorgfältigste zu desinfiziren und, bevor sie zu einer zweiten Wöchnerin oder einem zweiten Kinde geht, ihre Kleider zu wechseln.

Von jeder in ihrer Praxis vorkommenden Schälblasenerkrankung eines Kindes hat die Hebamme dem Kreisphysikus unter näherer Darlegung des Falles mündlich oder schriftlich Anzeige zu erstatten und den hiernach ergehenden Weisungen Folge zu leisten. Beim Auftreten von mehreren Fällen in ihrer Praxis hat sich die Hebamme der Ausübung ihres Berufs so lange zu enthalten, bis sie von dem Kreisphysikus Verhaltungsmassregeln eingeholt hat.

Jeder Fall ist in das Tagebuch einzutragen. Auf die Zuziehung eines Arztes ist in allen mit Fieber verbundenen Fällen zu dringen.'

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 9. **1. Mai.** 1900.

Rechtsprechung.

Ein Sachverständiger, der in Folge eines Beweisbeschlusses ein schriftliches Gutachten eingereicht hat, kann nicht noch abgelehnt werden, weil das Gericht eine Ergänzung dieses Gutachtens für erforderlich erachtet und zu diesem Zwecke seine nochmalige Vernehmung anordnet. Beschluss des Kammergerichts (VI. Zivilsenats) vom 19. Januar 1899.

. . . . Nach Abgabe des Gutachtens hat das Gericht sodann zu prüfen, ob die dem Sachverständigen unterbreitete Frage in erschöpfender und überzeugender Weise von ihm erörtert ist, und kann, wenn es dieser Ansicht nicht ist, eine weitere Begründung des Gutachtens anordnen, so dass, wenn der Sachverständige ein schriftliches Gutachten eingereicht hat, eine schriftliche Ergänzung dieses Gutachtens oder eine Vernehmung des Sachverständigen über den von vornherein für erheblich erachteten Punkt nothwendig werden kann. In diesen Fällen handelt es sich aber nur um eine Fortsetzung der früher angeordneten Beweisaufnahme, und es bildet deshalb den Zeitpunkt, bis zu welchem, abgesehen von der erst später erlangten Kenntniss des Ablehnungsgrundes, das Ablehnungsgesuch angebracht sein muss, die frühere Vernehmung des Sachverständigen oder die Einreichung des früheren Gutachtens. Denn sonst würde die Nachlässigkeit der Partei gerade das Resultat herbeiführen, welchem der Gesetzgeber durch die erwähnte Vorschrift des §. 371, Abs. 2 Z.-P.-O. möglichst entgegentreten will, nämlich dass ein Gutachten abgegeben ist, welches im Prozesse nicht verwendet werden darf.

In ähnlicher Weise darf nach den Bestimmungen der §§. 43, 44 Abs. 4 a. a. O. ein Richter, bei welchem sich die Partei in eine Verhandlung eingelassen oder Anträge gestellt hat, von ihr wegen Besorgniss der Befangenheit nur abgelehnt werden, wenn sie glaubhaft macht, dass der Ablehnungsgrund erst später entstanden oder ihr erst später bekannt geworden ist. Es soll also auch hier vermieden werden, dass Prozesshandlungen vorgenommen werden, die in Folge eines für begründet erachteten Ablehnungsgesuches später nicht berücksichtigt werden dürfen. Die Vorschriften über die Ablehnung eines Sachverständigen lehnen sich aber, wie sich aus §. 371 a. a. O. ergiebt, an diejenigen über die Ablehnung eines Richters an.

Durch den Verlust des Rechtes der Ablehnung eines Sachverständigen werden überdies der Partei erhebliche materielle Nachtheile kaum erwachsen. Denn die Partei kann alles, was sie zur Begründung des Ablehnungsgesuches geltend machen konnte, noch bis zum Schlusse der mündlichen Verhandlung, auf welche das Urtheil ergeht, vorbringen, um die Unglaubwürdigkeit und Unzuverlässigkeit eines Sachverständigen darzuthun. Das Gericht hat nach §. 259 Z.-P.-O. bei Prüfung der Frage, ob der von dem Sachverständigen zu begutachtende Punkt nach dem von ihm abgegebenen Gutachten für wahr zu erachten ist oder nicht, diese Umstände zu berücksichtigen und kann, wenn es die Bedenken gegen die Unbefangenheit des Sachverständigen für begründet erachtet, immer noch Sachverständige vernehmen.

Im vorliegenden Falle hat das Kammergericht in dem Beschlusse vom 22. Oktober 1898 nun nur eine Ergänzung des von dem Sachverständigen eingereichten Gutachtens angeordnet, weil er bestimmte, erst durch die Vernehmung von Zeugen festzustellende Thatsachen in seinem Gutachten nicht berührt hat. Die Beklagten durften demnach den Sachverständigen nach Ein-

reichung seines schriftlichen Gutachtens nur noch ablehnen, wenn sie glaubhaft machten, dass sie den Ablehnungsgrund bis zu der Einreichung jenes Gutachtens nicht hatten geltend machen können.

Berechtigung des polizeilichen Zwanges zur Anschliessung an die kommunale Wasserleitung. Urtheil des Reichsgerichts (III. C.-S.) vom 29. Dezember 1899.

Die auf Grund der §§. 5 und 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 erlassenen Polizeiverordnung für die Stadtgemeinde Gütersloh vom 4. Februar 1896 ist ihrem Inhalte nach Gesetz. Auf ihrer Grundlage sind wiederum die polizeilichen Verfügungen ergangen, wodurch den Klägern die Anschliessung ihrer Grundstücke an die städtische Wasserleitung aufgegeben ist. Die Nichtbeachtung dieser Verfügungen hat zur Folge gehabt, dass die Polizeiverwaltung die Anschliessung bewirkt hat. Die Kosten hierfür sind angeblich von den Klägern beigetrieben. Dadurch ist den Klägern nach ihrer Behauptung ein Schaden in Höhe der Kosten, dem einem der Kläger auch ein solcher in Höhe des gezahlten Wasserzinses, entstanden. Wegen desselben nehmen sie die beklagte Stadtgemeinde in Anspruch. Sie stützen den Anspruch darauf, dass durch die polizeilichen Verfügungen ein solcher Eingriff in ihr Eigenthum zum Wohle des städtischen Gemeinwohles geschehen sei, für welchen nach dem Gesetze Entschädigung gewährt werden müsse. Die Zulässigkeit des Rechtsweges kann nach der Vorschrift des §. 4 des Gesetzes vom 11. Mai 1842, betreffend die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen, keinem Bedenken unterliegen. Der Anspruch selbst lässt sich aus dem Gesetze vom 11. März 1850 und aus der Polizeiverordnung vom 4. Februar 1896, den Grundlagen der polizeilichen Verfügungen, durch welche der Schaden verursacht sein soll, nicht begründen, weil darin eine Entschädigung weder gewährleistet, noch vorbehalten ist. Die Kläger können sich ferner nicht auf die Bestimmung des §. 75 der Einleitung zum A. L.-R. berufen. Denn der dort aufgestellte Grundsatz, dass der Staat (oder die Gemeinde) denjenigen zu entschädigen gehalten sei, welcher seine besonderen Rechte und Vortheile zum Wohle des gemeinen Wesens aufzuopfern genöthigt wird, findet auf solche Einschränkungen des Eigenthums, welche durch ein Gesetz auferlegt werden, keine Anwendung. Da nun aber die Polizeiverordnung vom 4. Februar 1896 ein Gesetz ist, und die an die Kläger gerichteten polizeilichen Verfügungen sich nur als Ausflüsse dieses Gesetzes darstellen, so beruht die Nöthigung der Kläger zum Anschlusse an die städtische Wasserleitung auf gesetzlicher Anordnung, und den Klägern steht daher aus §. 75 der Einleitung zum A. L.-R. eine Entschädigungsforderung nicht zu. Juristische Wochenschrift; 1900, Nr. 15 u. 16.

In Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung sind die Medizinalbeamten berechtigt, Gebühren für die im ortspolizeilichen Interesse ausgeführten Verrichtungen gemäss §. 1, Abs. 1 des Gesetzes vom 9. März 1872 zu beanspruchen. Urtheil des Königlichen Landgerichts zu Potsdam (3. Zivilkammer) vom 19. März 1899.

Die zwischen den Parteien streitige Frage, ob der Beklagte nach dem Inkrafttreten des Polizeikostengesetzes vom 20. April 1892 verpflichtet sei, dem Kläger als Medizinalbeamten für amtliche Verrichtungen, welche er im ortspolizeilichen Interesse der Stadt Potsdam vorgenommen hat, eine Gebühr zu zahlen, ist durch die beiden im Vorprozess ergangenen Entscheidungen des Kammergerichts vom 23. August 1898 und des Reichsgerichts vom 5. Januar 1899 (s. Beilage zu Nr. 13, 1898, S. 82 und zu Nr. 5, 1899, S. 33) zu Gunsten des Klägers entschieden worden. An dieser Rechtsauffassung musste festgehalten werden, wobei namentlich auf die ausführlich Begründung des Urtheils des Reichsgerichts vom 5. Januar verwiesen wird.

Das Gesetz vom 9. März 1872 setzt für die Vergütungsansprüche der Medizinalbeamten, die im ortspolizeilichen Interesse ausgeführten Verrichtungen derselben im Gegensatz zu den im allgemeinen staatlichen Interesse vorgenommenen, wobei unter ersteren diejenigen, welche das Wohl und die Förderung der einzelnen im Staat bestehenden Gemeinschaften in sich begreifen, unter letzteren diejenigen, welche die Gesammtinteressen des Staates als solchen berühren, verstanden werden müssen. Zu den Gegenständen der

ortspolizeilichen Fürsorge gehört unter anderen die Sorge für Leben und Gesundheit und fallen unter sie die Vorschriften über polizeiliche Revisionen von Drogengeschäften, über Untersuchungen von Wohnungen hinsichtlich ihrer Bewohnbarkeit, von Abladeplätzen, von gemeingefährlichen Geisteskranken durch Medizinalbeamte. Wenn nun auch häufig ortspolizeiliche Funktionen durch Organe der Landespolizeiverwaltnng wahrgenommen werden, so werden hierdurch die im ortspolizeilichen Interesse vorgenommenen Verrichtungen nicht zu solchen, welche die allgemeinen staatlichen Interesse berühren, sondern bleiben Gegenstände des ortspolizeilichen Interesses.

Es kann den Ausführungen des Oberverwaltungsgerichts in seinen beiden Entscheidungen, dass hierin durch das Gesetz vom 20. April 1892 eine Aenderung eingetreten sei, nicht beigetreten werden. Die ortspolizeilichen Interessen sind, auch wenn der Staat die durch die örtliche Polizeiverwaltung entstandenen Kosten durch das genannte Gesetz übernommen hat, hierdurch nicht zu allgemeinen staatlichen Interessen geworden. Das Gesetz vom 20. April 1892 hat lediglich finanzielle Bedeutung; es sind aber durch dasselbe die in dem Gesetze vom 9. März 1872 festgelegten Rechte der Medizinalbeamten weder berührt worden, noch sollen sie berührt werden. Der Träger der Kostenlast für die im Gesetz vom 9. März 1872 gewährleisteten Vergütungen hat seit 1893 gewechselt; der Staat ist an die Stelle der Gemeinde getreten.

Die Verrichtungen, für welche Kläger Vergütung fordert, sind von ihm im ortspolizeilichen Interesse vorgenommen; sie betreffen Revisionen von Selterswasserfabriken, Drogen-, Farbehandlungen, Untersuchungen von ungesunden Wohnungen, Geisteskranken, einer Abladestelle. Er kann für dieselben Vergütung vom Beklagten in derselben Weise fordern, wie er früher solche von der Stadt Potsdam zu fordern berechtigt war. Die Angemessenheit der geforderten Gebührensätze ist nicht bemängelt; die Gebührenansätze erscheinen auch nach §. 1 des Gesetzes vom 9. März 1872 thatsächlich durchaus angemessen.

Die Klage war daher für gerechtfertigt zu erachten. Jedoch erschien der vom Beklagten bezüglich der Gebührenforderungen für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1894 erhobenen Verjährungseinwand gerechtfertigt.

Nach §. 2 des Verjährungsgesetzes vom 31. März 1838 verjähren die Forderungen der Medizinalbeamten in 4 Jahren und beginnt der Lauf dieser Verjährung, insofern die Forderungen einer Festsetzung durch die vorgesetzte Dienstbehörde bedürfen, nach §. 5 Nr. 1 des zitirten Gesetzes mit dem letzten Dezember desjenigen Jahres, in welchem die Medizinalbeamten im Stande gewesen sind, die Liquidation zur Festsetzung einzureichen. Kläger hat nun zwar geltend gemacht, dass er zu Folge einer Anordnung der Polizeidirektion zu Potsdam seine Gebührenaufstellungen erst am Ende jedes Vierteljahres habe einreichen dürfen. Es kann dies aber nicht als zutreffend erachtet werden, da diese Anordnung nur im Interesse und zur Erleichterung des amtlichen Geschäftsverkehrs ergangen war, aber rechtliche Wirkungen bezüglich einer Hemmung der Verjährungsfrist nicht hervorbringen konnte. Kläger war vielmehr in jedem Fall einer dienstlichen Verrichtung sofort in der Lage, die ihm zukommenden Gebühren ihrer Höhe nach anzugeben und der Polizei zur Festsetzung einzureichen. Die Verjährung für die Gebühren für die Zeit vom 19. Oktober bis 19. Dezember 1894 Nr. 1—16 der Aufstellung Blatt 4 begann deshalb am 31. Dezember 1894 zu laufen und war am 1. Januar 1899 vollendet. Die für die Positionen Nr. 1 bis 16 der Gebührenaufstellung geforderten 117 Mark waren daher abzusetzen und Beklagter im Uebrigen zur Zahlung von 1095 Mark nebst 4 Prozent Verzugszinsen seit Klagezustellung, dem 30. Dezember 1899, zu verurtheilen.

Die Kosten sind nach §. 92 Zivilprozessordnung vertheilt.

Der Staat ist bei eigener Verwaltung der Gesundheitspolizei in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung nicht verpflichtet, dem Medizinalbeamten Gebühren für Amtsverrichtungen im ortspolizeilichen Interesse zu zahlen. Urtheil des preussischen Oberverwaltungsgerichts (I. Sen.) vom 1. Dezember 1899.

Die allein streitige Frage, ob der Staat bei eigener Verwaltung der Gesundheitspolizei in Köln verpflichtet sein würde, dem Stadtphysikus Gebühren für dessen Amtsverrichtungen in Angelegenheiten der Ortspolizeiverwaltung zu

zahlen, ist von dem Oberverwaltungsgerichte in der zwischen denselben Parteien am 20. Januar 1899 [1]) ergangenen Entscheidung im verneinenden Sinne beantwortet worden. An dieser Rechtsauffassung, auf deren ausführliche Begründung in jener Entscheidung hiermit verwiesen wird, musste auch im vorliegenden Falle festgehalten werden. Auch die Ausführungen in dem Urtheil des Reichsgerichts vom 5. Januar 1899 [2]) — IV 216/98 — geben keinen Anlass, von der früheren Auslegung des §. 1 des Gesetzes, betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsärztlicher, medizinal- oder sanitätspolizeilicher Geschäfte zu gewährenden Vergütungen, vom 9. März 1872 wieder abzugehen.

In dem Urtheil des Reichsgerichts ist hervorgehoben, dass die in dem §. 1 a. a. O. festgesetzte Vergütung den Medizinalbeamten für ihre im ortspolizeilichen Interesse ausgeführte medizinal- oder sanitätspolizeiliche Thätigkeit, wie sich aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes ergebe, auch dann gewährt werden solle, wenn die Ortspolizei von einer Königlichen Behörde verwaltet werde. Dass in diesem Falle von dem Gesetze dem Beamten ein unmittelbares Forderungsrecht gegen die Gemeinde verliehen werde, beruhe lediglich auf der Erwägung, dass die Gemeinde schliesslich die Ausgabe zu tragen habe, und es deshalb zweckmässig sei, ein rechtliches Band zwischen ihr und dem Beamten herzustellen, während nach logischer Konstruktion der Staat, der die Thätigkeit des Beamten in Anspruch genommen habe, zu der Vergütung dem Medizinalbeamten gegenüber verpflichtet sei. Jenes rechtliche Band sei gelöst, wo der Staat auf Grund des Gesetzes vom 20. April 1892 die unmittelbaren Kosten der Polizeiverwaltung zu tragen habe. Dort sei der Anspruch des Beamten gegen den Staat wirksam geworden und dem Beamten die Möglichkeit gewährt, die aus dem Gesetze vom 9. März 1872 fliessenden Rechte gegen den Staat geltend zu machen. Auch habe sich die Natur der von den Medizinalbeamten im ortspolizeilichen Interesse vorgenommenen Verrichtungen nicht verändert. Die Ortspolizei werde von der Königlichen Behörde nach wie vor im unmittelbaren Interesse der Gemeinde verwaltet, die betreffenden Verrichtungen der Medizinalbeamten erfolgten daher nicht im unmittelbaren Interesse des Staates.

Diesen Ausführungen kann nicht beigestimmt werden. Wenn sich aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes ergiebt, dass nach der Absicht des Gesetzgebers die fraglichen Gebühren den Medizinalbeamten für ortspolizeiliche Geschäfte auch in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung zustehen sollten, so konnte sich diese Absicht doch nur auf die Fälle beziehen, in denen die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen für einen Gebührenanspruch vorliegen. Dieser Anspruch sollte, wenn er an sich begründet war, durch den Umstand nicht ausgeschlossen werden, dass die Ortspolizeiverwaltung von einer Königlichen Behörde geführt wird. Dagegen ist aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes nicht zu entnehmen, dass letzterer Umstand auch dann einen Anspruch auf Gebühren begründen sollte, wenn ein solcher nach den allgemeinen Voraussetzungen des Gesetzes nicht gegeben war. Wie in der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 20. Januar 1899 dargelegt worden ist, hängt aber der Anspruch der Medizinalbeamten nicht davon ab, wer die örtliche Polizeiverwaltung führt und wer daher den Auftrag zu der Amtsverrichtung dem Medizinalbeamten ertheilt hat, ob eine Staatsbehörde oder eine Gemeindebehörde, sondern davon, wer die Kosten für die örtliche Polizeiverwaltung zu tragen hat. Ist dies die Gemeinde, so sollte nach dem Gesetze vom 9. März 1872 dem Medizinalbeamten der Gebührenanspruch auch dann zustehen, wenn die Polizei von einem Königlichen Beamten verwaltet wird; ist es dagegen der Staat, so hat der Medizinalbeamte einen Gebührenanspruch nicht, weil er vom Staate besoldet wird. Es kann auch nicht anerkannt werden, dass durch das Gesetz vom 9. März 1872 die Gemeinde als der zur Gebührenzahlung Verpflichtete aus Zweckmässigkeitsrücksichten an die Stelle des nach logischer Konstruktion verpflichteten Staates, des Auftraggebers, gesetzt worden ist. War eine Auftragsertheilung der Rechtsgrund für eine Verpflichtung zur Gebührenzahlung, so konnte der Anspruch auf die Gebühren für Ausführung des Auftrages in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung von dem Medizinalbeamten auch vor Erlass des Gesetzes vom 20. April 1892 nur dem Staate,

[1]) Siehe Beilage zu Nr. 9, Jahrg. 1999, S. 65.
[2]) Siehe Beilage zu Nr. 5, Jahrg. 1899, S. 33.

dessen Beamter den Auftrag ertheilt hatte, aber nicht der Gemeinde gegenüber erhoben werden, da die Königliche Polizeibehörde kein Organ der Gemeinde ist. Der Staat hatte der Gemeinde gegenüber einen Anspruch auf Erstattung der von ihm für die unmittelbare Polizeiverwaltung verausgabten Kosten. Die Gemeinde hatte keine Verpflichtung, an den Medizinalbeamten unmittelbar Gebühren zu zahlen für Verrichtungen, die er im Auftrage der Königlichen Polizeibehörde ausgeführt hatte, und der Medizinalbeamte daher kein unmittelbares Forderungsrecht gegen die Gemeinde. Die Voraussetzung des Reichsgerichts dass das Gesetz vom 9. März 1872 dem Medizinalbeamten ein solches „unmittelbares Forderungsrecht gegen die Gemeinde" auch in dem Falle verliehen habe, dass die örtliche Polizeiverwaltung in der Gemeinde von einer Königlichen Behörde geführt würde, trifft nicht zu. Es kann auf diese Voraussetzung mithin auch nicht die Annahme gestützt werden, dass in diesem Falle in Folge des Gesetzes vom 20. April 1892 ein durch das Gesetz vom 9. März 1872 hergestelltes „rechtliches Band" zwischen dem Beamten und der Gemeinde „gelöst" und ein „nach logischer Konstruktion" bestehender Anspruch des Beamten an den Staat „nunmehr wirksam geworden sei". Der unterzeichnete Gerichtshof musste vielmehr dabei verbleiben, dass in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung der dem Staate gegenüber vor Erlass des Gesetzes vom 20. April 1892 begründet gewesene Anspruch der Medizinalbeamten auf Gebühren in Folge dieses Gesetzes deshalb fortgefallen ist, weil der Träger der Kosten für die Ortspolizeiverwaltung ein anderer geworden ist und nach dem Gesetze vom 9. März 1872 das Recht des Medizinalbeamten auf Gebühren nur dann besteht, wenn die Gemeinde jene Kosten zu tragen hat. Endlich konnte auch der Annahme des Reichsgerichts nicht beigestimmt werden, dass sich die Natur der ortspolizeilichen Verrichtungen der Medizinalbeamten in Beziehung auf die Frage, ob sie im Staatsinteresse oder im Gemeindeinteresse erfolgen, in Folge des Gesetzes vom 20. April 1892 deshalb nicht geändert habe, weil „die Ortspolizei von der Königlichen Behörde nach wie vor im unmittelbaren Interesse der Gemeinde verwaltet" werde. Durch die Ortspolizeiverwaltung wird stets eine Aufgabe des Staates erfüllt. Wo diese den Vorstehern der Gemeinden durch das Gesetz in vollem Umfange übertragen ist (wie nach §. 57 der Rheinischen Städteordnung in den Städten dem Bürgermeister), verwaltet sie die Polizei nicht als eine kommunale Angelegenheit der Gemeinden, sondern als eine ihnen delegirte staatliche Angelegenheit (vergl. §. 1 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850). Dies gilt auch von der Ueberweisung einzelner Zweige der Polizeiverwaltung an die Stadtgemeinden auf Grund des §. 6 des Gesetzes vom 20. April 1892. Auch hier erfolgt die Verwaltung der Polizei nicht durch die Gemeinde wie eine dieser zufallende kommunale Aufgabe, sondern durch denjenigen Gemeindebeamten, der durch die Städteordnung oder sonstige gesetzliche Vorschriften zur Polizeiverwaltung in der Stadt berufen ist. Uebernimmt dagegen der Staat selbst die Verwaltung der Ortspolizei, in einer Stadt, so führt er diese Verwaltung nicht „im unmittelbaren Interesse der Gemeinde", sondern in Erfüllung einer ihm selbst grundsätzlich obliegenden Aufgabe und auf seine Kosten, wenn auch die Gemeindekraft besonderer gesetzlicher Bestimmung verpflichtet ist, an den Staat einen Beitrag zu den ihm aus seiner Verwaltung erwachsenden Kosten zu zahlen. Das „Interesse" des Gemeindeverbandes an der Ortspolizeiverwaltung, auf das die Bestimmungen des Gesetzes vom 9. März 1872 sich beziehen, ist lediglich ein vermögensrechtliches, da die Gemeinden auch nach dem Gesetze vom 11. März 1850 nicht die Ortspolizei zu verwalten, sondern nur deren Kosten zu tragen hatten.

Wenn schliesslich die Klägerin darauf hinweist, dass der Staat die hier streitigen Gebühren bei eigener Verwaltung der Gesundheitspolizei deshalb zu zahlen haben würde, weil die Zivilgerichte ihn hierzu verurtheilen würden, so mag bemerkt werden, dass die erwähnte Entscheidung des Reichsgerichts eine Rechtswirkung nur für den im damaligen Prozesse erhobenen einzelnen Anspruch hat, und dass die Möglichkeit des Eintritts einer Aenderung in der Rechtsauffassung des Reichsgerichts in künftigen Prozessen über Ansprüche der fraglichen Art nicht ausgeschlossen ist.

Ist hiernach der von der Klägerin erhobene Anspruch unbegründet, so musste die Klage zurückgewiesen werden, wobei die Kosten der Klägerin nach §. 103 des L.-V.-G. vom 30. Juli 1883 zur Last fallen.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Allgemeine Beeidigung von Sachverständigen für gerichtliche Angelegenheiten. Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 5. Februar 1900. — I Nr. 6994.

Auf Grund des §. 86 des Ausführungsgesetzes zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetze (G.-S. von 1899 S. 277) wird Folgendes bestimmt.

§. 1. Die Auswahl der als Sachverständige für gerichtliche Angelegenheiten im Allgemeinen zu beeidigenden Personen geschieht durch den Landgerichtspräsidenten.

Die Beeidigung auch für solche Gutachten, welche von anderen Gerichten als deren des Landgerichtsbezirkes gefordert werden, bedarf der Genehmigung des Oberlandesgerichtspräsidenten. Soll sich die Beeidigung auf die von Gerichten mehrerer Oberlandesgerichtsbezirke zu fordernden Gutachten erstrecken, so hat der Oberlandesgerichtspräsident die Entscheidung des Justizministers einzuholen.

Der Oberlandesgerichtspräsident kann die Auswahl von Sachverständigen für einen beschränkten Kreis von Angelegenheiten, zu deren Beurtheilung eine besondere Kenntniss der örtlichen Verhältnisse erforderlich ist, insbesondere für Schätzungen und Begutachtungen in landwirthschaftlichen Angelegenheiten, dem aufsichtführenden Richter eines Amtsgerichts übertragen.

§. 2. Die Auswahl (§. 1) erfolgt von Amtswegen ohne Rücksicht auf etwaige Anträge. Vor der Auswahl sind Erkundigungen nach der Zuverlässigkeit und Sachkunde der zu beeidigenden Person einzuziehen.

Besteht für die Interessenten an den Angelegenheiten, für welche die Beeidigung erfolgen soll, eine staatlich geordnete Vertretung (Handelskammer oder sonstige kaufmännische Korporation, Landwirthschaftskammer, Gewerbekammer, Aerztekammer und dergl.) so ist diese zu hören. Inwieweit freie Vereinigungen der Interessenten zu hören sind, bleibt dem Ermessen des Landgerichtspräsidenten überlassen. Im Falle eines Bedürfnisses nach der allgemeinen Beeidigung von Sachverständigen sind die bezeichneten Vertretungen, geeignetenfalls auch die Vereinigungen, um den Vorschlag befähigter Personen zu ersuchen.

Die Vorschriften des Abs. 2 finden im Falle des §. 1 Abs. 3 keine Anwendung.

Unmittelbare Staatsbeamte dürfen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde als Sachverständige im Allgemeinen beeidigt werden.

§. 3. Die Beeidigung erfolgt in der Regel für die von den Gerichten des Landgerichtsbezirkes zu forderden Gutachten. Im Falle des Bedürfnisses kann sie auch für Gutachten vor den Gerichten eines weiteren oder eines engeren Bezirks erfolgen.

Die Beeidigung kann vor dem Landgerichtspräsidenten einem Mitgliede des Landgerichts oder des Amtsgerichts, in dessen Bezirke der Sachverständige seinen Wohnsitz hat, übertragen werden.

Im Falle des §. 1 Abs. 3 erfolgt die Beeidigung durch den aufsichtführenden Amtsrichter und nur für die von dem Amtsgerichte zu fordernden Gutachten.

§. 4. Der Eid ist von dem Sachverständigen dahin zu leisten:

dass er die von einem Gericht im Bezirke des Landgerichts in . . . von ihm zu fordernden Gutachten über . . . . unparteiisch nach bestem Wissen und Gewissen erstatten werde.

In der Eidesformel ist hinter dem Worte „über“ der Kreis der Angelegenheiten, für welche die Beeidigung erfolgt, zu bezeichnen. Erfolgt die Beeidigung nicht für die Gutachten vor den Gerichten eines Landgerichtsbezirkes, so ist die Formel entsprechend abzuändern.

§. 5. Vor der Beeidigung ist dem Sachverständigen zu eröffnen:

dass er durch die Beeidigung die Eigenschaft eines öffentlich bestellten Sachverständigen nicht erlange, dass viel mehr nur bei seiner Vernehmung im Einzelfalle nach dem Ermessen des Gerichts statt der Eidesleistung die Berufung auf den allgemeinen Eid genüge;

dass es ihm freistehe, sich „für die Gerichte des Landgerichtsbezirkes . . . . (oder für die sonstigen der Beeidigung entsprechenden Gerichte) beeidigter Sachverständiger“ zu nennen.

Ferner hat sich der Sachverständige vor der Beeidigung zu verpflichten:

dass er sich der Bezeichnung als gerichtlicher oder als gerichtlich bestellter oder beeidigter Sachverständiger ohne Angabe des Bezirkes, für den die Beeidigung erfolgt ist, nicht bedienen,

dass er etwaige Veränderungen seines Wohnsitzes zu den Akten unverzüglich anzeigen und

dass er im Falle seiner Streichung in der Sachverständigenliste den ihm ertheilten Ausweis über seine Beeidigung unverzüglich zu den Akten zurückzureichen und die ihm nach Abs. 1 gestattete Bezeichnung unterlassen werde.

§. 6. Ueber die Beeidigung ist ein Protokoll aufzunehmen, welches die Eidesformel (§. 4), die Eröffnung (§. 5 Abs. 1) und die Verpflichtung (§. 5 Abs. 2) ihrem Wortlaute nach zu enthalten hat.

Der Sachverständige erhält eine beglaubigte Abschrift des Protokolls als Ausweis über seine Beeidigung.

§. 7. Bei jedem Gericht wird ein nach den einzelnen Angelegenheiten geordnetes Verzeichniss der im Allgemeinen beeidigten Sachverständigen geführt. Aenderungen, welche die Person des Sachverständigen betreffen, insbesondere eine Verlegung der Wohnung oder des Wohnsitzes, sind nachzutragen. Der Landgerichtspräsident hat von der Beeidigung sowie von jeder in dem Verzeichnisse des Landgerichts vorgenommenen Nachtragung oder Streichung den Gerichten, für welche die Beeidigung erfolgt ist, Kenntniss zu geben.

Die Einsicht des Verzeichnisses ist Jedem gestattet. Eine Veröffentlichung der Eintragungen findet nicht statt.

§. 8. Der Name des Sachverständigen ist in den Verzeichnissen zu streichen:

1. im Falle des Todes des Sachverständigen;
2. auf Antrag des Sachverständigen;
3. wenn sich der Sachverständige als unzuverlässig erweist, oder wenn sich erhebliche Bedenken gegen seine Sachkunde ergeben.

Die Streichung kann erfolgen, wenn der Sachverständige den Wohnsitz an einen Ort ausserhalb des Bezirks verlegt, für den er beeidigt ist, oder wenn er sich eine ihm nicht gestattete Bezeichnung (§. 5) beilegt.

Die Streichung erfolgt auf Anordnung des Landgerichtspräsidenten, im Falle des §. 1 Abs. 3 des aufsichtführenden Amtsrichters.

Die Streichung auf Grund des Abs. 1 Nr. 3, sowie auf Grund des Abs. 2 soll nur nach Anhörung des Sachverständigen erfolgen.

Die Richter und die Staatsanwälte haben Wahrnehmungen, welche eine Streichung zu begründen geeignet sind, der zuständigen Stelle (Abs. 3) mitzutheilen.

§. 9. Nach Streichung des Sachverständigen ist dessen Ausweis (§. 6 Abs. 2) zurückzufordern. Wird der Ausweis nicht zurückgegeben, so ist die Streichung durch Aushang und, abgesehen von dem Falle des §. 8 Abs. 1 Nr. 1, durch Einwirkung in öffentliche Blätter bekannt zu machen. Im Uebrigen findet eine Veröffentlichung der Streichung nicht statt.

§. 10. Betrifft Dollmetscher.

§. 11. Eine Bestellung oder Ernennung von Sachverständigen durch die Justizbehörde findet nicht mehr statt.

Auf die zur Zeit vorhandenen, von Justizbehörden bestellten, ernannten oder im Allgemeinen beeidigten Sachverständigen finden §§. 7 und 9 dieser Verfügung entsprechende Anwendung.

§. 12. Diese Verfügung tritt am 1. April 1900 in Kraft.

Adressirung von Postsendungen nach Berlin. Erlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 31. März 1900 — B. Nr. 275 — an die nachgeordneten Behörden ausserhalb Berlins.

Die an die Behörden Berlins gerichteten Postsendungen erleiden nicht selten Verzögerungen in der Bestellung durch den Umstand, dass in der Aufschrift lediglich der Bestimmungsort, nicht aber die Lage der Diensträume nach Postbezirk (W. C., SW. u. s. w.) Strasse und Hausnummer angegeben ist.

Die Kaiserliche Ober-Postdirektion hierselbst hat unter Hinweis auf die zum 1. April d. J. mit dem Aufhören der Briefbeförderung durch Privatunternehmungen zu erwartende starke Vermehrung der Postsendungen den Wunsch ausgesprochen, zur Vermeidung von Verzögerungen und Verwechselungen bei

dem Postbetrieb auf die unterstellten Behörden dahin einzuwirken, dass in der Aufschrift der an Behörden in Berlin gerichteten Postsendungen die Lage der in Betracht kommenden Diensträume nach Postbezirk, Strasse und Hausnummer angegeben werde.

Die nachgeordneten Behörden ersuche ich, diesem Wunsche in Zukunft zu entsprechen.

Um die Absender von Postsendungen an hiesige Behörden auf das Erforderniss genauer Adressirung hinzuweisen und in den Stand su setzen, die Briefaufschriften vollständig abzufassen, habe ich die zu meinem Geschäftskreise gehörenden Behörden etc. in Berlin angewiesen, auf den von ihnen ausgehenden Schriftstücken, soweit dies nicht schon bisher geschehen ist, von jetzt ab hinter dem Ortsnamen Berlin die Lage der Diensträume nach Postbezirk, Strasse und Hausnummer anzugeben.

Beurtheilung der Beziehbarkeit neuerbauter Häuser und der gesundheitsgefährlichen Beschaffenheit von Wohnungen in alten Gebäuden. Verfügung des Königlichen Regierungspräsidenten zu Bromberg vom 16. Februar 1900 an sämmtliche Kreismedizinalbeamte des Bezirks.

Die Erfahrung, dass bezüglich der Beziehbarkeit der Wohnungen in neuerbauten Häusern, wie auch bezüglich der gesundheitsgefährlichen Beschaffenheit der Wohnungen in alten Wohnhäusern seitens der Kreismedizinalbeamten oft ganz verschiedene, einander widersprechende Gutachten abgegeben werden, veranlasst mich auf Folgendes hinzuweisen.

Zur Beurtheilung dieser Frage sind nicht bloss, wie es gegenwärtig in der Regel geschieht, lediglich subjektive Befunde, wie schlechte, dumpfe Luft und dergl. zu beachten, auch nicht bloss solche Befunde wie Schimmelpilze an den Wänden heranzuziehen, weil solche Erscheinungen auch bei Vernachlässigung der Wohnungen durch mangelhaftes Heizen und Lüften künstlich hervorgerufen werden können. Es ist vielmehr das Augenmerk darauf zu richten, möglichst zuverlässige und künstlichen Veränderungen nicht zugängige Beurtheilungsmerkmale zu finden. Als ein solches Merkmal ist der Feuchtigkeitsgehalt des Mörtels (Putz- oder Fugenmörtels) und nöthigenfalls des Baumaterials zu erachten. Der Hygieniker, Geh. Med.-Rath Prof. Dr. Flügge-Breslau, hat in trockenen Mauern nur 0,5—1 Proz. Feuchtigkeit im Mörtel gefunden und bei bewohnbaren Neubauten höchstens 2 Proz. Feuchtigkeit; Prof. Esmarch hält den Feuchtigkeitsgehalt der Baumaterialien von 1 Proz. als höchste zulässige Grenze. Da nun dieser Feuchtigkeitsgehalt des Mörtels leicht und schnell sich in jeder Apotheke feststellen lässt (Trocknen bei 105° C. bis zum konstanten Gewicht und Abkühlenlassen im Exsikkator oder Vakuum-Apparate), da ferner, wenn man den Mörtel an den ungünstigsten Stellen (an den Aussenwänden unten über der Scheuerleiste, aus den Ecken und dergl.) entnimmt, diese Bestimmung des Feuchtigkeitsgehalts des Mörtels einen zuverlässigen Anhalt über die Frage der Bewohnbarkeit giebt, so ersuche ich, von dieser Probe bei allen einschlägigen Begutachtungen Gebrauch zu machen.

Ich setze dabei aber voraus, dass bei Neubauten möglichst die Innehaltung der zum Austrocknen der Wohnungen angesetzten Frist (9 Monate, die nur ausnahmsweise bis auf 4 Monate herabgesetzt werden kann) im Auge behalten wird und empfehle bei Beurtheilung von Keller- und nicht unterkellerten Erdgeschosswohnungen die allergrösste Vorsicht.

B. Fürstenthum Schaumburg-Lippe.

Abänderung der Polizeiverordnung vom 19. August 1897, die Einführung einer obligatorischen Trichinenschau betr. Verordnung des Ministeriums vom 20. März 1900.

Einziger Paragraph.

Der Absatz 2 des §. 1 vom 19. August 1887, wonach ein Schwein auch dann als zerlegt gilt, wenn an demselben der Kopf und die unteren Theile der Füsse fehlen, wird für Privatschlachtungen hiermit ausser Kraft gesetzt.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 10. 15. Mai. 1900.

Rechtsprechung.

Was ist im §. 14 Abs. 2 des Gesetzes, betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln, vom 15. Juni 1897 unter dem Ausdrucke: „Im Wiederholungsfalle" zu verstehen? Urtheil des Reichsgerichts (II. Strafsenats) vom 24. Oktober 1899.

In dem hier in Frage kommenden Abs. 2 des §. 14 des Gesetzes vom 15. Juni 1897 ist aber nur vom „Wiederholungsfalle" schlechthin die Rede; auch ist keinerlei Andeutung dafür gegeben, dass die an den Wiederholungsfall geknüpfte Strafschärfung von der (auch nur theilweisen) Verbüssung oder Erlassung der früheren Strafe abhängig sein solle, sondern es ist dieser Voraussetzung nur in der Schlussbestimmung über die Berechnung der Frist gedacht worden, mit deren Ablauf die Strafverschärfung wegen des Wiederholungsfalles ausser Anwendung bleiben soll. Danach muss angenommen werden, dass der Gesetzgeber hier von dem beregten Rückfallserfordernisse der wenigstens theilweise verbüssten oder erlassenen Vorbestrafung durchaus hat absehen und diesen Willen durch die vorliegende Fassung des Gesetzes hat zum Ausdrucke bringen wollen, da er sonst eine andere, schon in mehreren Gesetzen gebrauchte Fassung gewählt haben würde. Es kann sich deshalb nur noch darum handeln, ob unter dem Ausdrucke: „im Wiederholungsfalle" mit dem ersten Richter die Wiederbegehung derselben strafbaren Handlung nach vorhergegangener rechtskräftiger Verurtheilung zu verstehen oder überhaupt jede Wiederholung derselben Handlung auch ohne Verurtheilung zu begreifen ist. Der letzteren Annahme steht indess die Erwägung entgegen, dass die Schlussbestimmung des Abs. 2 in §. 14 eine bereits abgeurtheilte That voraussetzt, und dass auch von einem Wiederholungsfalle nur dann die Rede sein kann, wenn eine frühere gleiche That begangen ist, was rechtlich erst durch die rechtskräftige Verurtheilung unanfechtbar festgestellt wird. Es muss deshalb dem ersten Richter auch in der, den Angeklagten überdies günstigeren, Auffassung dahin beigetreten werden, dass der Wiederholungsfall im Sinne des §. 14 nur bei vorhergegangener rechtskräftiger Verurtheilung wegen der gleichen That anzunehmen und dementsprechend bei der Strafbestimmung zu berücksichtigen ist. Ein solcher Wiederholungsfall aber ist vorliegend gegen beide Angeklagte bedenkenfrei festgestellt, da sie nach dem Ergebnisse der Beweisaufnahme die strafbare Beimischung der Margarine zur Butter noch nach der am 13. Januar 1899 rechtskräftig gewordenen Verurtheilung wegen des gleichen Vergehens vorgenommen haben. Dass dabei noch weitere Beimischungen aus dem Dezember 1898 mit berücksichtigt worden sind, ist nicht zu beanstanden, da nach der Feststellung des ersten Richters alle diese Einzelakte nur eine fortgesetzte einheitliche Handlung bildeten, deren Beendigung erst in die Zeit nach der rechtskräftigen Verurtheilung gefallen ist.

Auch berufliche Verfehlungen können unter Umständen als Verfehlungen gegen die Sittlichkeit sich darstellen und die Entziehung des Hebammenzeugnisses begründen. Entscheidung des bayer. Verwaltungsgerichtshofes (2. Sen.) vom 26. Juli 1898.

Durch die Rechtsprechung des königl. Verwaltungsgerichtshofes ist ferner festgestellt worden, dass bei Anwendung des §. 53 Abs. 2 a. O. für die Frage, welche Eigenschaften bei Ertheilung der Approbation

vorauszusetzen waren, diejenigen Vorschriften massgebend sind, unter deren Herrschaft die Ausstellung des Prüfungszeugnisses sich vollzog.

Hienach aber ist der Nachweis sittlichen Lebenswandels Vorbedingung für die Zulassung zum Betriebe des Hebammengewerbes und es steht auf Grund des §. 53 Abs. 2 a. O. den Verwaltungsbehörden in ihrem regelmässigen Instanzenzuge die Befugniss, einer Hebamme den Fortbetrieb ihres Gewerbes durch Entziehung des Approbationszeugnisses zu untersagen, auch dann zu, wenn sich die Hebamme derart führt, dass ihre moralische Qualifikation als gemindert und ihr Verhalten nicht mehr als ein sittliches zu bezeichnen ist.

Dabei können, wie vom Gerichtshofe bereits in einer Entscheidung vom 10. Juni 1891 des Näheren ausgeführt wurde, insbesondere auch solche schwere Verletzungen der Berufspflichten oder solche hartnäckig fortgesetzte berufliche Verfehlungen selbst minder schwerer Art in Betracht kommen, welche nach den Gesetzen der Moral und nach der öffentlichen Meinung den Lebenswandel der betr. Person als einen sittlichen d. h. den Anforderungen der Sittenordnung entsprechenden nicht mehr erscheinen lassen.

Ist dagegen letzteres nicht der Fall, so berechtigen solche Berufsvergehen nicht zur Zeugnissentziehung. . . .

Medizinal-Gesetzgebung.

Königreich Preussen.

Die auf einer nichtpreussischen Universität im Deutschen Reiche erworbene medizinische Doktorwürde ist der auf preussischen Universitäten ertheilten als gleichstehend für die Zulassung zur staatsärztlichen Prüfung zu erachten. Bekanntmachung des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten (gez. Studt) vom 5. Mai 1900.

Mit Bezug auf §. 2 Nr. 2 des Gesetzes, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes u. s. w., vom 16. September 1899 wird hiernach bestimmt, dass die bei einer nichtpreussischen Universität im Deutschen Reich erworbene medizinische Doktorwürde der von preussischen Universitäten ertheilten als gleichstehend zu erachten ist.

Geschäftsordnung für die ärztlichen Ehrengerichte und den ärztlichen Ehrengerichtshof. Verordnung des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten (gez.: Studt) vom 6. April 1900.

§. 1. Die Vorsitzenden und die ärztlichen Mitglieder der Ehrengerichte, die ärztlichen Mitglieder des Ehrengerichtshofes, sowie die Stellvertreter, werden auf die unparteiische und gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet.

Die Verpflichtung der Mitglieder und ihrer Stellvertreter erfolgt bei der ersten Dienstleistung in der Amtsperiode durch den Vorsitzenden.

Der Vorsitzende des Ehrengerichts wird durch den Oberpräsidenten oder dessen Stellvertreter verpflichtet.

Ueber die Verpflichtung ist ein Protokoll aufzunehmen; dasselbe ist zu den Generalakten des betreffenden Gerichts zu bringen.

Bei dem Beginn einer neuen Amtsperiode sind die bereits früher verpflichteten Vorsitzenden, Mitglieder und Stellvertreter auf diese Verpflichtung hinzuweisen.

§. 2. Das Geschäftsjahr des Ehrengerichts und des Ehrengerichtshofes ist das Kalenderjahr.

Der nach §. 14 des Gesetzes, betreffend die ärztlichen Ehrengerichte u. s. w., zu erstattende Geschäftsbericht ist dem Oberpräsidenten Ende Januar einzureichen.

Die Vorschrift des §. 14 a. a. O. und die vorstehende Fristbestimmung finden auch auf den ärztlichen Ehrengerichtshof mit der Massgabe Anwendung, dass der Geschäftsbericht dem Minister der Medizinalangelegenheiten zu erstatten ist.

§. 3. Der Vorsitzende des Ehrengerichts hat für die Bereitstellung der

nöthigen Geschäftsräume, für die Anstellung des erforderlichen Bureau- und Unterbeamtenpersonals, für die Ordnung der Registratur und für die sonstigen Bureaubedürfnisse, sowie für die Bereitstellung und Deckung der erforderlichen Geldmittel Sorge zu tragen.

Wegen der Regelung der Bureaubedürfnisse pp. des Ehrengerichtshofes bleibt besondere Verfügung vorbehalten.

§. 4. Die Beschlüsse und Entscheidungen der ärztlichen Ehrengerichte und des Ehrengerichtshofes werden durch mündlichen oder, soweit gesetzlich zulässig, schriftlichen Kollegialbeschluss (§. 8 des Gesetzes) erledigt.

Verfügungen, welche eine sachliche Entscheidung nicht enthalten, insbesondere diejenigen, welche nur die Leitung des Verfahrens betreffen, werden von dem Vorsitzenden — vergl. den folgenden §. 5 — oder von demjenigen Mitgliede erlassen, welchem die Bearbeitung der Sache übertragen ist (§. 4 Abs. 3 und §§. 20 Abs. 2, 21 des Gesetzes).

Wird gegen eine Verfügung des Vorsitzenden oder des beauftragten Mitgliedes von einem Betheiligten Widerspruch erhoben, so muss der Beschluss des Kollegiums eingeholt werden.

§. 5. Dem Vorsitzenden des Ehrengerichts liegt die Leitung und Beaufsichtigung des gesammten Geschäftsbetriebes ob.

Der Vorsitzende öffnet die eingehenden Sendungen und lässt dieselben mit dem Eingangsvermerk und der Tagebuchnummer (E. G. No. . . . für das ehrengerichtliche Strafverfahren; E. R. No. . . . für das ehrengerichtliche Vermittelungsverfahren — vergl. §. 4 des Gesetzes und No. 2 der Ausführungsbestimmungen vom 21. Dezember 1899 — M. No. 3284 —[1]) sowie unten §. 7 No. 1 und 2) — versehen.

Der Vorsitzende vertheilt die Geschäfte, ernennt die Berichterstatter und veranlasst die Einladung der Mitglieder (Stellvertreter), sowie des Protokollführers zu den von ihm anberaumten Sitzungen.

Er veranlasst die Ladungen und Zustellungen und überwacht deren Ausführung, sowie die Aufbewahrung der Zustellungsurkunden.

Er bestimmt die Tagesordnung der Sitzungen und führt die erforderlichen Beschlüsse — event. nach §. 8 Abs. 3 des Gesetzes auf schriftlichem Wege — herbei, bestellt im Vermittelungsverfahren das beauftragte Mitglied, führt die Beschlüsse des Ehrengerichts aus und bewirkt und überwacht die Vollstreckung der Entscheidungen.

Er zeichnet die Urschriften aller Verfügungen u. s. w., vollzieht alle Reinschriften und trifft in Bezug auf Bücher, Akten und Geschäftskontrolen die erforderlichen Anordnungen.

Bei Behinderung des Vorsitzenden tritt der stellvertretende Vorsitzende (§. 9 Abs. 3 des Gesetzes) ohne Weiteres in dessen Befugnisse ein. Ist auch der letztere behindert, so bestimmt, falls die Vertretung nicht durch Gerichtsbeschluss geregelt ist, der Vorsitzende (Stellvertreter) das ihn vertretende Mitglied.

Der Fall der Behinderung im Sinne dieser Bestimmungen ist insbesondere auch dann gegeben, wenn der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende nicht an dem Sitze des Ehrengerichts wohnhaft sind.

Die Bestimmungen der Absätze 1—7 finden auf den Vorsitzenden des Ehrengerichtshofes und dessen Vertreter (§. 43 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes) entsprechende Anwendung.

§. 6. Die Ordnung der Registratur, die Anlegung der Akten und die Einrichtung und Führung der erforderlichen Geschäftsbücher und Geschäftskontrolen hat sowohl bei den ärztlichen Ehrengerichten, als bei dem Ehrengerichtshofe unter Anlehnung an die Vorschriften der Geschäftsordnung für die Sekretariate der Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten vom 30. November 1899 (Justizministerialblatt für 1899 Nr. 46 S. 601—625) zu erfolgen.

Die Akten sind mit einem Inhaltsverzeichniss (Rotulus), die einzelnen Blätter mit Seitenzahlen zu versehen.

§. 7. Bei jedem Ehrengerichte sind mindestens folgende Geschäftsbücher zu führen:

1. ein Tagebuch für die sämmtlichen Eingänge in Angelegenheiten, betr die Beilegung von Streitigkeiten (§. 4 des Gesetzes) — (E. R. Nr.);

[1]) S. Beilage zu Nr. 3, S. 26.

2. ein Tagebuch für alle übrigen Eingänge (E. G. Nr.);
3. ein Register für ehrengerichtliche Strafsachen;
4. ein Register für Vermittelungssachen;
5. ein Tagebuch für die Untersuchungskommissare (U. C. Nr.);
6. ein Geschäfts- und Terminkalender;
7. ein Register für Generalakten;
8. ein Postbuch;
9. ein Einnahme- und Ausgabebuch;
10. ein alphabetisches Register der sämmtlichen, der Zuständigkeit des betreffenden Ehrengerichts unterstehenden Aerzte.

Das Verzeichniss ist auf Grund und nach Massgabe der in Nr. 3 der Ausführungsbestimmungen vom 21. Dezember 1899 an das Ehrengericht gelangenden Liste aufzustellen.

Hinsichtlich der Militärverhältnisse der einzelnen Aerzte ist das Register nach den von den Sanitätsämtern und den Marine-Stationsärzten zu Kiel und Wilhelmshaven eingehenden Verzeichnissen und den vierteljährlich nachfolgenden Ergänzungsverzeichnissen dauernd richtig zu erhalten.

In dem Register sind auch die Anzeigen der Aerzte über Einziehung zu militärischen Dienstleistungen (Nr. 3 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen vom 21. Dezember 1899), sowie die amtlichen Mittheilungen des Generalstabsarztes der Marine über Einziehung von Marineärzten des Beurlaubtenstandes zu vermerken.

In das Register sind die gerichtlichen oder ehrengerichtlichen Strafen jedes darin verzeichneten Arztes einzutragen. Auch die Eröffnung und das Ergebniss eines strafgerichtlichen Hauptverfahrens, sowie die Einleitung und das Ergebniss des Verfahrens auf Approbationsentziehung sind unmittelbar nach Eingang der entsprechenden Benachrichtigung der Staatsanwaltschaft — vergl. Allgem. Verfügung des Herrn Justizministers vom 9. März 1900 (Justizministerialblatt S. 86) [1]) — oder des Bezirksausschusses — vergl. Runderlass des Herrn Ministers des Innern vom 28. Februar 1900 II a 1433, von welchem ein Abdruck beifolgt [2]), einzutragen.

Die Eintragung der Militärverhältnisse und der Bestrafungen etc. kann auch auf Zählkarten erfolgen.

§. 8. Die zu einer Sitzung einberufenen Mitglieder (Stellvertreter) des Ehrengerichts und des Ehrengerichtshofes haben im Falle ihrer Behinderung dies umgehend dem Vorsitzenden anzuzeigen. Der Letztere hat für die unverzügliche Einberufung der erforderlichen Stellvertreter in der festgesetzten Reihenfolge Sorge zu tragen.

§. 9. In den Sitzungen leitet der Vorsitzende (vorbehaltlich der Bestimmung im §. 33 Abs. 6 des Gesetzes) die Verhandlung und Berathung.

Auf die Berathung und Abstimmung finden die nachfolgenden Vorschriften der §§. 194 Abs. 1 und 2, 196—198 Abs. 2 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 (R. G. Bl. für 1898, S. 371 ff.) entsprechende Anwendung:

§. 194. Bei Entscheidungen dürfen Richter nur in der gesetzlich bestimmten Anzahl mitwirken.

Bei Verhandlungen von längerer Dauer kann der Vorsitzende die Zuziehung von Ergänzungsrichtern anordnen, welche der Verhandlung beizuwohnen und im Falle der Verhinderung eines Richters für denselben einzutreten haben.

§. 196. Der Vorsitzende leitet die Berathung, stellt die Fragen und sammelt die Stimmen.

Meinungsverschiedenheiten über den Gegenstand, die Fassung und die Reihenfolge der Fragen oder über das Ergebniss der Abstimmung entscheidet das Gericht.

§. 197. Kein Richter . . . darf die Abstimmung über eine Frage verweigern, weil er bei der Abstimmung über eine vorhergegangene Frage in der Minderheit geblieben ist.

§. 198. (Abs. 2 und 3.) Bilden sich in Beziehung auf Summen (Geldbeträge), über welche zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, deren keine die Mehrheit für sich hat, so werden die für die grösste Summe abgegebenen Stimmen den für die zunächst geringere abgegebenen so lange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergiebt.

Bilden sich in einer Strafsache, von der Schuldfrage abgesehen, mehr als zwei Meinungen,

---

[1]) In dieser allgemeinen Verfügung sind die Beamten der Staatsanwaltschaften angewiesen, den ärztlichen Ehrengerichten sowie dem Oberpräsidenten Mittheilung über die Eröffnung und das Ergebniss eines strafrechtlichen Verfahrens gegen einen der ärztlichen Ehrengerichtsbarkeit unterliegendem Arzte zu machen.

[2]) Siehe S. 108.

deren keine die Mehrheit für sich hat, so werden die dem Beschuldigten nachtheiligsten Stimmen den zunächst minder nachtheiligen so lange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergiebt.

Die Reihenfolge bei der Abstimmung richtet sich nach dem Lebensalter; der jüngste stimmt zuerst, der Vorsitzende zuletzt. Wenn ein Berichterstatter ernannt ist, so giebt dieser seine Stimme zuerst ab.

Bei der Berathung und Abstimmung dürfen nur die zur Mitwirkung berufenen Mitglieder des Ehrengerichts oder des Ehrengerichtshofes, sowie der Protokollführer anwesend sein.

Die Mitglieder des Ehrengerichts und des Ehrengerichtshofes, sowie der Protokollführer sind verpflichtet, über die Verhandlungen, sowie über den Hergang bei der Berathung und Abstimmung Stillschweigen zu beobachten.

§. 10. In Bezug auf die Geschäftssprache der ärztlichen Ehrengerichte und des Ehrengerichtshofes finden die nachfolgenden Vorschriften der §§. 186 bis 188, 190—193 des Gerichts-Verfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877 entsprechende Anwendung:

§. 186. Die Gerichtssprache ist die Deutsche.

§. 187. Wird unter Betheiligung von Personen verhandelt, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, so ist ein Dolmetscher zuzuziehen. Die Führung eines Nebenprotokolls in der fremden Sprache findet nicht statt; jedoch sollen Aussagen und Erklärungen in fremder Sprache, wenn und soweit der Richter dies mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache für erforderlich erachtet, auch in der fremden Sprache in das Protokoll oder in eine Anlage niedergeschrieben werden. In den dazu geeigneten Fällen soll dem Protokolle eine durch den Dolmetscher zu beglaubigende Uebersetzung beigefügt werden.

Die Zuziehung eines Dolmetschers kann unterbleiben, wenn die betheiligten Personen sämmtlich der fremden Sprache mächtig sind.

§. 188. Zur Verhandlung mit tauben oder stummen Personen ist, sofern nicht eine schriftliche Verständigung erfolgt, eine Person als Dolmetscher zuzuziehen, mit deren Hülfe die Verständigung in anderer Weise erfolgen kann.

§. 190. Personen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, leisten Eide in der ihnen geläufigen Sprache.

§. 191. Der Dolmetscher hat einen Eid dahin zu leisten: dass er treu und gewissenhaft übertragen werde.

Ist der Dolmetscher für Uebertragungen der betreffenden Art im allgemeinen beeidigt, so genügt die Berufung auf den geleisteten Eid.

§. 192. Der Dienst des Dolmetschers kann von dem Gerichtsschreiber wahrgenommen werden. Einer besonderen Beeidigung bedarf es nicht.

§. 193. Auf den Dolmetscher finden die Bestimmungen über Ausschliessung und Ablehnung der Sachverständigen entsprechende Anwendung. Die Entscheidung erfolgt durch das Gericht oder den Richter, von welchem der Dolmetscher zugezogen ist.

Eingaben, welche nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, werden nicht berücksichtigt.

§. 11. Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung liegt dem Vorsitzenden ob.

§. 12. Beschlüsse und Entscheidungen des Ehrengerichts und des Ehrengerichtshofes sind von dem Vorsitzenden durch Verlesung des Beschlusses oder der Entscheidungsformel zu verkünden.

Wird die Verkündung der Gründe für angemessen erachtet, so erfolgt sie durch Verlesen derselben oder durch mündliche Mittheilung des wesentlichen Inhalts.

Die Verkündung kann auf eine spätere Sitzung vertagt werden.

§. 13. Die Entscheidung und entscheidenden Beschlüsse (vergl. insbesondere §§. 17 und 29 des Gesetzes) enthalten eine gedrängte Darstellung des Sachverhalts auf Grundlage der gesammten Verhandlungen unter Hervorhebung der gestellten Anträge, der gefassten Beschlüsse und des Ergebnisses der Beweisaufnahme (Thatbestand), ferner die Entscheidungsgründe und die von der Darstellung des Thatbestandes und der Entscheidungsgründe äusserlich zu sondernde Urtheilsformel.

Die Entscheidungen und Beschlüsse sind in der Urschrift von dem Vorsitzenden und den Beisitzern, welche bei denselben mitgewirkt haben, zu unterschreiben. Bei Behinderung eines Mitgliedes vermerkt der Vorsitzende an der betreffenden Unterschriftsstelle die Thatsache und den Grund der Behinderung.

§. 14. Bei den Ausfertigungen der Entscheidungen und der im §. 13 angeführten Beschlüsse sind im Eingange die Mitglieder des Ehrengerichts (Ehrengerichtshofes), welche an der Entscheidung oder den Beschlüssen Theil genommen haben, namentlich aufzuführen. Auch ist der Sitzungstag, an welchem die Entscheidung oder der Beschluss erfolgt ist, zu verzeichnen.

Die Ausfertigung erhält neben dem Siegel des Ehrengerichts (Ehrengerichtshofes) die Schlussformel:

„Urkundlich unter Siegel und Unterschrift".

Hierunter ist die Amtsbezeichnung des Gerichts (Nr. 2 der Ausführungsbestimmungen vom 21. Dezember 1899) zu setzen.

Die Vollziehung erfolgt durch den Vorsitzenden.

§. 15. Der Vorsitzende hat von jeder ehrengerichtlichen Bestrafung eines Arztes der über den Wohn- oder Aufenthaltsort desselben zuständigen Staatsanwaltschaft Mittheilung zu machen.

Die Mittheilung erfolgt binnen vierzehn Tagen nach der Rechtskraft der Entscheidung unter Uebersendung einer beglaubigten Abschrift der Entscheidungsformel.

§. 16. Die ehrengerichtliche Bestrafung eines Militärarztes des Beurlaubtenstandes ist von dem Vorsitzenden des Ehrengerichts dem zuständigen Sanitätsamte, die Bestrafung eines Marinearztes des Beurlaubtenstandes dem Generalstabsarzt der Marine mitzutheilen.

Die Mittheilung erfolgt binnen vierzehn Tagen nach der Rechtskraft der Entscheidung unter Uebersendung einer beglaubigten Abschrift der Entscheidungsformel.

Dem Sanitätsamte und dem Generalstabsarzt der Marine sind auf Ersuchen auch die Akten zur Einsicht zu übersenden.

Mittheilung der Bezirksausschüsse über die Einleitung des Verfahrens auf Zurücknahme der ärztlichen Approbation an die ärztlichen Ehrengerichte. Runderlass des Ministers des Innern vom 28. Februar 1900 — IIa Nr. 1433 — an sämmtliche Königlichen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten.

Die Vorschriften des §. 11 des am 1. April d. J. in Kraft tretenden Gesetzes, betreffend die ärztlichen Ehrengerichte, das Umlagerecht und die Kassen der Aerztekammern, vom 25. November v. J. (G.-S. S. 565) lassen es geboten erscheinen, dass die ärztlichen Ehrengerichte von der Einleitung eines Verfahrens auf Zurücknahme der ärztlichen Approbation (§. 53 der Reichsgewerbeordnung) gegen einen ihrer Gerichtsbarkeit unterstehenden Arzt, sowie von dem Ausgange eines solchen Verfahrens in jedem einzelnen Falle alsbald Kenntniss erhalten. Da für das Verfahren auf Zurücknahme der Approbation nach §. 54 der Reichsgewerbeordnung und §. 120 des Zuständigkeitsgesetzes die Bezirksausschüsse zuständig sind, ersuche ich, den dortigen Bezirksausschuss mit entsprechender Weisung zu versehen.

Ferner wollen Sie die Ihnen unterstellten Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden, insbesondere auch die Ortspolizeibehörden, auf den Inhalt des §. 11 Abs. 1 und 2 und des §. 53 des vorerwähnten Gesetzes vom 25. November vorigen Jahres noch besonders aufmerksam machen lassen. Es lässt sich erwarten, dass die Thätigkeit der ärztlichen Ehrengerichte dadurch wesentlich erleichtert werden wird.

Vereidigung der Hebammen. Aushändigung ihres Prüfungszeugnisses durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission im Anschluss an die bestandene Prüfung. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 24. Februar 1900 — M. Nr. 6802 — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Nach den auf den Erlass vom 28. März 1899 — M. 5675 — eingegangenen Berichten ist allgemein als erwünscht und zweckmässig anerkannt, die Vereidigung der Hebammen und Aushändigung ihres Prüfungszeugnisses im Anschlusse an die bestandene Prüfung durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission stattfinden zu lassen. Es wird daher hiermit die Fassung des §. 4 der allgemeinen Verfügung vom 6. August 1883, betreffend das Hebammenwesen, (Min.-Bl. f. d. inn. Verwaltung S. 211) wie folgt abgeändert:

§. 4. „Schülerinnen, welche sich im Besitze der zu §. 3 Nr. 1 und 2 bezeichneten Eigenschaften befinden und die Prüfung bestanden haben, erhalten

ein Prüfungszeugniss. Dasselbe wird von der Prüfungskommission ausgestellt und ist den Hebammen auszuhändigen, nachdem diese durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission (Regierungs- und Medizinalrath) nach der im Hebammenlehrbuche angegebenen Eidesnorm vereidigt worden sind und die Vereidigung auf dem Prüfungszeugniss vermerkt worden ist. Den Hebammen, welche auf Grund des Vorschlages von Gemeinden, Ortsarmenverbänden, Hebammenbezirken oder auf Kosten solcher Verbände oder der Provinz ausgebildet sind, ist dabei die Verpflichtung aufzuerlegen, sich bei dem Landrathe (Oberamtmanne) ihres Bezirks persönlich unter Vorlegung des Prüfungszeugnisses spätestens innerhalb 8 Tagen zu melden. Die geschehene Meldung wird auf dem Zeugniss vermerkt."

Zur Sicherstellung und Ueberwachung der letzteren Massnahme, welche durch das Bedenken veranlasst ist, dass solche Hebammen sich der übernommenen Verpflichtung, in einem bestimmten Bezirke ihrer Thätigkeit obzuliegen, bei dem abgeänderten Verfahren leichter entziehen könnten, bestimme ich, dass die Vorsitzenden der Prüfungskommissionen angewiesen werden, den Regierungspräsidenten bei ihrem Berichte über die abgehaltene Prüfung Namen und Wohnort der hierbei in Betracht kommenden Hebammen zur alsbaldigen Mittheilung an die Landräthe (Oberamtmänner) der betreffenden Kreise anzugeben. Zugleich ist der Kreisphysikus anzuweisen, bei der gemäss §. 5 Ziff. 1 der Allgemeinen Verfügung vom 6. August 1883 vorgeschriebenen Meldung der Hebammen darauf zu achten, ob die persönliche Vorstellung bei dem Landrathe (Oberamtmanne) stattgefunden hat.

Wegen Mittheilung an die Behörden, sowie wegen Veröffentlichung durch die Amtsblätter wollen Ew. Excellenz gefälligst das Weitere veranlassen.

Verfälschte Muskatnüsse. Runderlass der Minister für Handel und Gewerbe und der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 9. April 1900 — C. Nr. 1890; M. f. H., M. Nr. 5958 M. d. g. A. — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Nach einer Mittheilung im Amsterdamer Allgemeinen Handelsblatte vom 3. v. Mts. (Nr. 22555) werden zuverlässigen Nachrichten zufolge in Belgien künstliche Muskatnüsse in so täuschender Weise hergestellt, dass sie, zumal bei Vermengung mit echten Muskatnüssen, von letzteren kaum zu unterscheiden sind. Die chemische Untersuchung soll ergeben haben, dass dieses neue Produkt aus einem Gemengsel von fein pulverisirter Muskatnuss (herrührend von ausgezogenen oder beschädigten Parthien) und etwa 20 % mineralischer Stoffe besteht.

Als Erkennungszeichen werden angegeben:

1. den künstlichen Nüssen fehlt beim Durchschneiden die so charakteristische pflanzenartige Struktur der echten Nüsse;
2. nach 3 Minuten langem Behandeln mit kochendem Wasser werden sie weich und können mit Fingern zu Pulver gerieben werden;
3. beim Verbrennen lassen sie ungefähr 18 % Asche zurück, während natürliche Nüsse 2—3 % Asche enthalten;
4. sie sind im Allgemeinen viel schwerer als natürliche Nüsse.

Wir ersuchen Sie, den in Betracht kommenden Handelskreisen in geeigneter Weise hiervon Kenntniss zu geben, sowie die mit der Nahrungsmittel-Ueberwachung betrauten Organe auf diese Falsifikate aufmerksam zu machen.

Ueber festgestellte Fälle erwarten wir Bericht.

Bekämpfung der Granulose. Verfügung des Königlichen Regierungspräsidenten in Minden vom 24. Februar 1900 an sämmtliche Landräthe und Kreisphysiker des Bezirks.

Anbei erhalten sie eine Zusammenstellung über die bei dem vorjährigen Militär-Ersatz- und Ober-Ersatzgeschäft in den einzelnen Kreisen des Regierungsbezirkes augenkrank befundenen Militärpflichtigen.[1]) Danach hat die Gesammtzahl der Augenkranken zweifellos zugenommen und wenn diese Zunahme

---

[1]) Danach sind im Regierungsbezirk bei der Musterung von 11984

auch wesentlich durch eine solche der akuten und chronischen Bindehautkatarrhe (K. I) bedingt ist, so haben doch auch die leichteren und schwereren granulösen Bindehauterkrankungen (Gr. I und Gr. II), sowie die schwereren chronischen Bindehautkatarrhe (K. II) nicht gefehlt. Jedenfalls erscheint es geboten, einem weiteren Umsichgreifen derartiger Erkrankungen entgegenzutreten; denn je früher dies geschieht, desto grösser ist die Aussicht auf sicheren Erfolg.

Wenn auch nach den Ergebnissen des Militär-Ersatzgeschäftes die an Granulose erkrankt befundenen Militärpflichtigen vorwiegend Eingesessene waren, so bildet doch nach den übereinstimmenden Berichten der Medizinalbeamten und der im Regierungsbezirke ansässigen Augenärzte die Hauptgefahr für die Bevölkerung die Einschleppung der Krankheit durch die aus dem Osten zuziehenden landwirthschaftlichen und industriellen Arbeiter. Deshalb empfiehlt es sich dringend, dass alle derartigen aus östlichen Provinzen, aus Russland und Oesterreich zuziehenden Arbeiter sofort nach ihrer Ankunft auf das etwaige Vorhandensein von Granulose ärztlich untersucht werden, wie dies schon jetzt bei einzelnen industriellen Werken im hiesigen Bezirke, z. B. bei der Ravensberger Spinnerei in Bielefeld, geschieht. Die dadurch den Arbeitgebern entstehenden Kosten können nicht in's Gewicht fallen gegenüber dem grossen Vortheil, der ihnen in Bezug auf die Verhütung einer Einschleppung der Granulose unter ihre Arbeiter erwächst; für die russischen und österreichischen landwirthschaftlichen Saisonarbeiter ist ausserdem bereits eine ärztliche Untersuchung binnen drei Tagen nach ihrer Ankunft vorgeschrieben (s. Verfügung vom 21. Oktober 1899, Nr. 4 c).

Sollten unter den Arbeitern granulöse Augenkranke gefunden werden, so ist für ihre ärztliche Behandlung und Ueberwachung bezw. für ihre Unterbringung in einem Krankenhause Sorge zu tragen; letzteres ist insbesondere bei den schwereren Formen von Granulose erforderlich. Dasselbe gilt betreffs derjenigen Militärpflichtigen, die bei dem Musterungs- oder Aushebungsgeschäft an Granulose (Gr. I und II) erkrankt befunden werden. Die Namen derselben sind nicht nur der Ortspolizeibehörde, sondern auch dem zuständigen Kreisphysikus sofort nach der Musterung bezw. Aushebung mitzutheilen, damit dieser im Verein mit der ersteren das Weitere veranlassen kann. In gleicher Weise ist betreffs der gemäss §. 15 Nr. 7 der Heerordnung wegen kontagiöser Augenentzündung von den Truppentheilen entlassenen Militärpersonen zu verfahren.

Im Uebrigen mache ich nochmals auf die Beachtung der in meiner Anweisung vom 12. Mai 1899 unter Nr. 100—104 gegebenen Vorschriften zur Verhütung ansteckender Augenkrankheiten aufmerksam.

Abschrift nebst Anlage erhalten Sie zur Beachtung mit dem Ersuchen, dem Auftreten der Granulose innerhalb Ihres Kreises Ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich dieserhalb nicht nur mit den etwa im Kreise ansässigen Augenärzten in Verbindung zu setzen, sondern den Gegenstand auch auf den Versammlungen der ärztlichen Orts- oder Kreisvereine zur Besprechung zu bringen. Desgleichen spreche ich die Erwartung aus, dass Sie jede Gelegenheit bei auswärtigen Dienstreisen wahrnehmen, um die Ausführung der von Ihnen etwa in Gemeinschaft mit der Ortspolizeibehörde in Bezug auf die ärztliche Behandlung und Ueberwachung von granulösen Augenkranken getroffenen Massregeln zu kontroliren. Ebenso ist bei Besichtigungen von Schulen (gemäss Nr. 17 Abs. 2 der Anweisung vom 12. Mai 1899) namentlich auf das etwaige Vorhandensein ansteckender Augenkrankheiten unter den Schülern zu achten.

Vorgestellten im Jahre 1899 144 = 1,20% augenkrank befunden worden und zwar 121 K. I, 12 K. II, 11 Gr. I, 0 Gr. II gegen durchschnittlich 105 = 0,91% bei 11509 Vorgestellten in den Jahren 1895/98, davon 75 K. I, 19 K. II, 7 Gr. I, 4 Gr. II. Bei der Aushebung wurden im Jahre 1899 (über die Vorjahre fehlen die Angaben) unter 6459 Vorgestellten 63 = 1,63% augenkrank befunden, davon 63 K. I, 1 K. II, 40 Gr. I und 1 Gr. II.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
Druck von J. C. C. Bruns, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 11. 1. Juni. 1900.

Rechtsprechung.

Die Schliessung einer gesundheitsschädlichen Wasserleitung ist Sache der Ortspolizei. Dieselbe ist auch zulässig, wenn ein nachweisbarer gesundheitlicher Schaden durch den Gebrauch des Wassers bisher nicht beobachtet ist. Urtheil des Königlich Preussischen Ober-Verwaltungsgerichts vom 21. Februar 1899.

Besondere gesetzliche Bestimmungen, welche die Ausübung der Gesundheitspolizei den Landespolizeibehörden vorbehalten, bestehen nicht, vielmehr wird die Gesundheitspolizei vielfach in gesetzlichen Vorschriften zu den Aufgaben der Ortspolizei gezählt, so namentlich in der Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landestheilen vom 20. September 1867 (Gesetzs. S. 1529), die in §. 6 lit. f. unter den Gegenständen der ortspolizeilichen Vorschriften die Sorge für Leben und Gesundheit aufführt. Daraus ist indess nicht zu schliessen, dass jede gesundheitspolizeiliche Massregel als Handhabung der Ortspolizei anzusehen ist, es ist vielmehr nach dem Ziele, welches die polizeilichen Anordnungen verfolgen, zu unterscheiden. So lange diese nur bezwecken, die Entstehung und Verbreitung von Krankheiten innerhalb eines bestimmten Ortes zu verhüten, haben sie einen ortspolizeilichen Charakter; erst wenn sie hierüber hinausgehen und entweder der Einschleppung von Krankheiten in das Staatsgebiet oder ihrer Verbreitung von Gegend zu Gegend entgegenwirken sollen, nehmen sie einen landespolizeilichen Charakter an.

Im vorliegenden Falle verfolgt die angeordnete Massregel einer Schliessung der Ausläufe der Druselwasserleitung ganz allein den Zweck, die Entnahme gesundheitsschädlichen Wassers durch Bewohner der Stadt C. und damit den Ausbruch von Krankheiten in dieser Stadt zu verhindern; sie kennzeichnet sich daher ihrem Zwecke nach lediglich als eine zum Schutze der Interessen der örtlichen Gemeinschaft getroffene und deshalb ortspolizeiliche Massregel. Daran ändert auch der Umstand, dass die Leitung ausserhalb des Polizeibezirks der Stadt C. beginnt, und namentlich die Quellen, aus denen sie gespeist wird, in anderen Polizeibezirken liegen, an sich nichts; denn dadurch hört das polizeiliche Interesse, welches durch die angeordnete Massregel wahrgenommen werden soll, nicht auf, ein rein örtliches der Stadt C. zu sein. . . . . Der Regierungspräsident war gewiss ebenso verpflichtet, wie befugt, je nach dem Ausfall der von ihm angestellten Ermittelungen und Erwägungen die betheiligten Polizeibehörden mit Weisungen über die zur Wahrung der gesundheitspolizeilichen Interessen der Stadt C. erforderliche Art des Einschreitens zu versehen; . . . er durfte sich aber nicht an ihre Stelle setzen, die erforderlichen Anordnungen an die Betheiligten unmittelbar erlassen und dadurch auch die jenen zustehenden Rechtsbehelfe verrücken. Freilich kann ein derartiges Vorgehen der Polizeiaufsichtsbehörde nicht schlechthin für unzulässig erklärt werden. Allein es ist in vollkommen gleichmässiger Rechtsprechung an dem Grundsatze festgehalten worden, dass ein unmittelbares Einschreiten der Polizeiaufsichtsbehörde nur in den Ausnahmefällen als rechtmässig anzuerkennen sei, in denen der angestrebte Zweck auf eine andere Weise nicht erreicht werden kann. Von dem Vorliegen dieser Voraussetzung kann aber nicht wohl die Rede sein; denn es ist kein Grund angegeben oder sonst erfindlich, weshalb der angestrebte Erfolg, die Verhinderung der Entnahme von Wasser aus den Ausflüssen der Druselwasserleitung, nicht durch Anweisung der Königlichen Polizeidirektion zu C. zum Erlass der erforderlichen Anordnungen hätte erreicht werden können. — Hiernach beruht der angegriffene Bescheid des Oberpräsidenten auf unrichtiger Anwendung des

bestehenden Rechts, insbesondere auf einem Verkennen der Grenzen zwischen der Zuständigkeit der Orts- und Landespolizeibehörden und war daher mit den Verfügungen des Regierungspräsidenten zu C. vom 10. April und 25. Oktober 1897 ausser Kraft zu setzen.

Betreffs der materiellen Rechtmässigkeit der angefochtenen Verfügungen mögen zur Vermeidung künftiger Streitigkeiten folgende Bemerkungen Platz finden:

Unzutreffend ist der Einwand, dass ein Schaden aus dem Gebrauch des Wassers nicht entstanden, oder dass eine mit seiner Verwendung nachweisbar im Zusammenhange stehende Erkrankung nicht vorgekommen sei. Da es zu den aus dem Wesen der Polizei folgenden Obliegenheiten gehört, den Gefahren, welche Leben und Gesundheit der Menschen bedrohen, vorzubeugen und drohenden Schaden zu verhüten, so kann der Nachweis eines bereits eingetretenen Schadens unmöglich eine unerlässliche, thatsächliche Voraussetzung des polizeilichen Einschreitens sein, diese muss vielmehr als gegeben erachtet werden, wenn die vorliegenden Umstände die Befürchtung, dass ein solcher in Zukunft eintreten werde, rechtfertigen. Wenn z. B. neben einem öffentlichen oder vielfach von Menschen betretenen Wege eine tiefe Grube liegt, so kann dem Verlangen der Polizeibehörde, dass die Grube zugeschüttet oder doch mit einer sicheren Umwährung versehen werde, der Einwand, dass noch Niemand hineingefallen sei, nicht entgegengesetzt werden. Ebensowenig kann einer Anordnung der Polizeibehörde, welche darauf abzielt, die Benutzung gesundheitsschädlichen Wassers zu verhindern, der Einwand entgegengehalten werden, dass noch Niemand in Folge des Gebrauchs dieses Wassers erkrankt sei.

Dass aber das „Druselwasser“ als gesundheitsschädlich anzusehen ist, kann nach dem Ergebniss der chemischen und namentlich der bakteriologischen Untersuchung nicht wohl bezweifelt werden. Wenn auch direkt pathogene Keime im Wasser nicht gefunden sind, so lässt doch die überaus grosse Anzahl der im Wasser entwickelten Keime, die bei allen untersuchten Proben die Zahl von 4000 auf das Kubikzentimeter übersteigt, bei einigen sogar nach Zehntausenden auf das Kubikzentimeter zählt, in Verbindung mit dem nachgewiesenen Vorkommen zahlreicher Fäulnissbakterien keinen Zweifel an der Gesundheitsgefährlichkeit des Wassers übrig. Der im Berichte des beklagten Regierungspräsidenten vom 5. Dezember 1895 gezogene Schluss, dass das Leitungswasser zum Trinken, Kochen, zur anderweitigen Zubereitung oder Herstellung von Nahrungs- oder Genussmitteln, ja selbst zu jedem sonstigen Gebrauche, der es in eine, wenn auch nur indirekte Verbindung oder Berührung mit zum Genuss für Menschen bestimmten Stoffen bringt, wie Spülen von Ess-, Koch- oder Trinkgeschirr, oder von zur Aufbewahrung von Speisen und Getränken bestimmten Geräthschaften, z. B. Bierfässern nicht ohne Gefahr für die Gesundheit verwendet werden kann, erscheint daher völlig gerechtfertigt. Im Grunde bestreitet dies die Klägerin auch gar nicht. Sie giebt zwar mit dem einigermassen gewundenen Satz: „Das Druselwasser sei wegen seiner mitunter etwas unreinen Beschaffenheit zum Trinken, Kochen und zur sonstigen Herstellung von Nahrungsmitteln nicht in dem Masse geeignet, wie das in dieser Beziehung völlig einwandsferie Niestewasser“, die Gesundheitsschädlichkeit des Leitungswassers nicht unbedingt zu. Allein sie behauptet doch auch nicht, dass es zu den angegebenen Zwecken ohne Gefahr für die Gesundheit verwendet werden könne, sondern stützt ihre Klage vorzugsweise auf die Behauptung, dass es innerhalb ihres Grundstücks bisher nur zu anderen, eine Gefährdung der Gesundheit nicht herbeiführenden Zwecken, nämlich zum Reinigen und Besprengen des Hofes, Reinigen des Bürgersteigs vor dem Hause und Begiessen von Blumen verwendet worden sei, und eine andere Art der Verwendung auch für die Zukunft nicht beabsichtigt werde. Aus ihren Ausführungen kann also nicht gefolgert werden, dass die thatsächlichen Voraussetzungen für ein polizeiliches Einschreiten überhaupt nicht vorgelegen haben, sondern selbst bei der ihr günstigen Auffassung immer nur, dass die Voraussetzungen für die gewählte Art des Einschreitens, die völlige Schliessung der Leitung, gefehlt haben, weil damit auch der von der Klägerin allein gewollte, eine Gefährdung der Gesundheit nicht nach sich ziehende Gebrauch des Wassers ausgeschlossen ist.

Dass die von der Klägerin bezeichneten Verwendungsarten eine Gefährdung der Gesundheit herbeizuführen nicht geeignet sind, mag anzuerkennen

sein. Der beklagte Regierungspräsident hat indess sein Vorgehen gar nicht auf diese Annahme gestützt, er ist vielmehr davon ausgegangen, dass ein gesundheitsschädlicher Missbrauch des Wassers nicht anders als durch Schliessung der Leitung wirksam verhindert werden könne. Dem ist beizutreten. Dass eine polizeiliche Kontrole darüber, ob das Wasser nur zu zulässigen Zwecken und in einer jede Gefährdung der Gesundheit ausschliessenden Weise verwendet wird, völlig undurchführbar ist, bedarf keines Nachweises. Nicht einmal dem Haushaltungsvorstand oder dem Leiter eines Gewerbebetriebes ist es möglich, eine derartige Kontrole, welche die unausgesetzte Ueberwachung jedes einzelnen mit Entnahme und Verwendung von Wasser beschäftigten Dienstboten, Gewerbegehülfen oder Arbeiters erfordern würde, in ausreichender Weise zu üben. Deshalb ist auch Niemand im Stande, die Gewähr dafür zu übernehmen, dass in seinem Haushalt oder Gewerbebetriebe an sich gesundheitsschädliches Wasser nur in einer die Gesundheit nicht gefährdenden Weise verwendet wird, und noch weniger kann der Hausbesitzer, der die Benutzung seines Hauses ganz oder theilweise Dritten überlässt, eine solche übernehmen, da er einen unmittelbaren Einfluss auf die in sein Haus aufgenommenen Haushaltungen oder Gewerbebetriebe gar nicht auszuüben vermag. Deshalb sind auch in der Rechtsprechung des unterzeichneten Gerichtshofes polizeiliche Verfügungen, welche den Gebrauch gesundheitsschädlichen Wassers gänzlich verhinderten oder doch seine Zulassung von Einrichtungen, die einen Missbrauch auszuschliessen geeignet waren, abhängig machten, in wiederholten Fällen als zulässig anerkannt worden.

Trotzdem würde die getroffene Anordnung der thatsächlichen zu ihrer Begründung erforderlichen Voraussetzungen dann entbehren, wenn die Befürchtung, dass die mit der Verwendung des Wassers unmittelbar beschäftigten Personen zu einem gesundheitsgefährlichen Missbrauche schreiten könnten, sich als eine völlig grundlose, jedes thatsächlichen Anhalts entbehrende darstellte. Dies ist indess nicht anzuerkennen; denn erfahrungsmässig pflegen Personen, welche mit gefährlichen Stoffen zu thun haben, die Gefahr zu unterschätzen und aus Leichtsinn und Bequemlichkeit eine gefährliche Verwendung des Stoffes selbst dann vorzunehmen, wenn die Gefahr offensichtlich und naheliegend ist, um so mehr dann, wenn sie eine entferntere ist. Ob freilich die Befürchtung, dass das Wasser in gesundheitsgefährlicher Weise missbraucht werden kann, im vorliegenden Falle eine so dringende ist, dass die Schliessung der Leitung unbedingt geboten erscheint, mag zweifelhaft erscheinen. Allein einer Erörterung nach dieser Richtung bedarf es nicht, denn sie läuft auf eine ausserhalb der Aufgaben des Verwaltungsrichters liegende Prüfung der Nothwendigkeit und Angemessenheit der angegriffenen Anordnung hinaus.

Damit erledigt sich auch der Einwand der Klägerin, dass der Erlass einer Polizeiverordnung, welche die Verwendung des Druselwassers zum Trinken, Kochen und zu sonstiger Zubereitung von Nahrungsmitteln verbiete, in Verbindung mit der Aufstellung von Warnungstafeln an den Ausflüssen genügen werde, um die befürchteten Gefahren für die Gesundheit zu verhüten. Einerseits ist die Wirksamkeit eines derartigen Verbots bei der oben dargelegten Unmöglichkeit einer Kontrole über seine Beachtung zu bezweifeln, andererseits greift die Prüfung, ob eine derartige Massregel ausreicht, auf das Gebiet der Zweckmässigkeit und Angemessenheit über.

Nicht minder unzutreffend ist es, wenn Klägerin ausführt, dass die Polizeibehörde nicht befugt sei, in ihr wohlerworbenes Recht zur Entnahme des Wassers einzugreifen, sondern auf eine bessere Beschaffenheit des Leitungswassers habe hinwirken sollen, sei es durch Abschneiden verunreinigender Zuflüsse, sei es durch zwangsweise Herbeiführung einer besseren Einrichtung der Leitung. . . . Allerdings darf wohl angenommen werden, dass die schlechte Beschaffenheit des Wassers mit den Zuflüssen, die der Druselbach innerhalb des Dorfes W. aufnimmt, im ursächlichen Zusammenhänge steht, und es mag auch polizeilich zulässig und durchführbar sein, die Zuflüsse zum grössten Theile zu verhindern, daraus folgt indess nicht, dass ein Einschreiten nach dieser Richtung das allein Zulässige ist. Einerseits hängt die Beurtheilung, ob der angestrebte Zweck einer Abwendung der Gefahren für die Gesundheit der Bewohner von C. am einfachsten und sichersten durch die Schliessung der Leitung oder durch das Abschneiden verunreinigender Zuflüsse erreicht werden

kann, wesentlich von Erwägungen ab, die sich auf dem Boden einer Prüfung der Nothwendigkeit und Angemessenheit der angegriffenen Massregel bewegen, andererseits kommt in Betracht, dass die polizeilichen Verbote und die zu ihrer Durchführung angewendeten Zwangsmittel sich immer nur gegen die Zuleitung mittelst offener Gräben oder unterirdischer Kanäle richten können, dagegen der Zufluss verunreinigenden, wild ablaufenden Wassers oder gar die Infiltration durch unterirdisch durchsickerndes Wasser nur durch eine veränderte Einrichtung der Leitung erreicht werden kann.

Bei einer Wiederholung der aus formellen Gründen aufgehobenen Anordnung wird daher die Polizeibehörde zu prüfen haben, ob aus polizeilich zu berücksichtigenden Erwägungen eine Beschränkung der Massregel auf den fiskalischen Theil der Leitung gerechtfertigt erscheint, und falls sie sich zu einer solchen entschliesst, in einem etwaigen erneuten Streitverfahren die Bedenken, welche einem Vorgehen gegen einen Theil der an die Druselwasserleitung angeschlossenen Grundbesitzer entgegenstehen und die Unterscheidung zwischen den an den fiskalischen und den städtischen Theil der Leitung angeschlossenen als eine willkürliche erscheinen lassen, durch Darlegung der dafür sprechenden Erwägungen zu widerlegen haben.

Untersagung des Lagerns von Dünger zum Schutze einer Wasserversorgungsanstalt. Urtheil des Königlich Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 28. März 1899.

Die Polizei darf allerdings die Eigenthümer von Grundstücken in deren Benutzung beschränken, wenn dadurch Gefahren für Leben oder Gesundheit entstehen. Eine solche Gefahr erblickt aber die Polizeidirektion im Lagern von Dünger auf dem Grundstücke der Kläger nur darum, weil dadurch die Quelle, welche die Stadt mit Wasser versorgt, verunreinigt werden könne. Leben und Gesundheit wird also nicht schon durch das Lagern des Düngers gefährdet, sondern erst durch die Benutzung des Quellwassers. Während auf dem Grundstücke der Kläger unstreitig seit länger als dreissig Jahren Dünger gelagert worden ist, versorgt die benachbarte Ortsschlumpquelle erst seit wenigen Jahren die Stadt mit Wasser. Der Umstand, dass die Quelle diese Bestimmung erhalten hat, legt den Eigenthümern der benachbarten Grundstücke nicht die Verpflichtung auf, sich der bisherigen Benutzung ihrer Grundstücke ferner soweit zu enthalten, als dadurch die Benutzbarkeit der Quelle gefährdet wird. Nach den Ausführungen der Sachverständigen — namentlich des Prof. Dr. W. — scheint man vor Herstellung der Wasserversorgungsanlage nicht genügend erwogen zu haben, ob die dauernde Güte des Wassers durch die Bodenbeschaffenheit der Umgebung gewährleistet sei. Dem hieraus entspringenden Uebelstande kann aber nicht dadurch abgeholfen werden, dass die Besitzer benachbarter Grundstücke durch polizeiliche Anordnung in der Benutzung ihrer Grundstücke entsprechend eingeschränkt werden. Den einzelnen Grundstückseigenthümern liegt hinsichtlich der allgemeinen Wasserversorgung keine Verpflichtung ob. Sie haben zwar ihre Grundstücke in polizeimässigem Zustande zu erhalten, aber hiergegen verstossen sie nicht durch die Fortdauer der üblichen Benutzung, auch wenn darunter die Benutzbarkeit der seit einiger Zeit zur Wasserversorgung bestimmten Quelle leidet. Das öffentliche Interesse an Erhaltung ihrer Benutzbarkeit giebt der Polizei nicht ohne Weiteres das Recht, Jemanden, der in dieser Hinsicht keine öffentlich rechtliche Verpflichtung hat, in der Benutzung seines Grundstücks zu beschränken. Die der Gesundheit drohende Gefahr lässt sich durch ein Verbot der Wasserbenutzung abwenden.

Würde bei einem Verbote der ferneren Benutzung des Wassers der Ortsschlumpquelle zur Versorgung der Stadt mit Trinkwasser ein Wassermangel entstehen, so mag ein Nothstand vorhanden sein, und aus diesem Gesichtspunkte der Polizei das Recht erwachsen, den Grundstückseigenthümern auch ohne deren öffentlich rechtliche Verpflichtung Beschränkungen zur Verhütung der Verunreinigung des Quellwassers aufzuerlegen. Dann muss aber die Gefahr unmittelbar bevorstehen und sich kein anderes Mittel zu deren Abwendung bieten. Zunächst kann aber in Ermangelung näherer thatsächlicher Begründung die Gefahr einer Verunreinigung der Quelle nicht als unmittelbar bevorstehend betrachtet werden, da nicht erhellt, dass sich die Gefahr seit Herstellung der Wasserversorgungsanlage gesteigert hätte, eine Verunreinigung aber, so viel bekannt, bisher

niemals eingetreten ist. In dieser Beziehung kommt auch in Betracht, dass sich die Kläger bereit erklärt haben, eine den Anforderungen der Sachverständigen entsprechende Grube herzustellen, wodurch bei regelmässiger genauer Kontrole die Gefahr jedenfalls vermindert werden würde. Aber auch davon abgesehen kann die polizeiliche Beschränkung der Grundstückseigenthümer durch die angefochtene Verfügung nicht als das einzige Mittel zur Beseitigung der Gefahr erachtet werden. Ein Mal ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die Stadt im Interesse der Erhaltung guten Quellwassers durch Kauf oder Enteignung das in Betracht kommende Terrain oder doch das Recht auf Einschränkung der Benutzung erwirbt. So ist ja auch vorgeschlagen worden, das Terrain zur Anlegung eines Parks zu erwerben. Ferner fehlt bisher der Nachweis, dass die Stadt auf keine andere Art als unter Benutzung der Ortsschlumpquelle mit dem nöthigen Wasser versehen werden kann. Im Gutachten des Prof. W. ist wenigstens davon die Rede, dass auch andere Wasserversorgungsprojekte in Frage gekommen sind. Das Erforderniss erheblich grösserer finanzieller Opfer würde nicht ausreichen, um einen polizeilichen Eingriff in das Benutzungsrecht der Grundstückseigenthümer aus dem Gesichtspunkte des Nothstandes zu rechtfertigen. Wenn anzunehmen ist, dass sowohl die Verhandlungen über Erwerb des Terrains oder eines Rechts auf Einschränkung der Benutzung, als auch die Vorbereitungen zur Beschaffung des Wassers von einer anderen Stelle längere Zeit beanspruchen würden, und dass deshalb wenigstens in der Zwischenzeit die polizeiliche Verhinderung einer der Ortsschlumpquelle drohenden Verunreinigung zulässig sein müsse, so folgt doch daraus nur, dass den Klägern vorübergehende Beschränkungen in der Benutzung ihres Grundstücks hätten auferlegt werden dürfen. Die angefochtene polizeiliche Verfügung legt jedoch den Klägern dauernde Beschränkungen auf und sieht von einer Heranziehung der an sich Verpflichteten ganz ab.

Hieraus ergiebt sich, dass die angefochtene polizeiliche Verfügung aufgehoben werden muss, weil die Kläger nicht verpflichtet sind, sich der Benutzung ihres Grundstückes soweit zu enthalten, als darunter die Benutzbarkeit der Ortsschlumpquelle leiden könnte, und weil auch nicht die Voraussetzungen eines Nothstandes hinlänglich dargethan sind, ein solcher auch nicht die Auferlegung dauernder Beschränkungen zu rechtfertigen vermöchte.

Das Gutachten des Prof. W., auf welches sich der Kreisphysikus Dr. B. in seiner für die polizeiliche Verfügung massgebend gewesenen Aeusserung stützt, erklärt es für ausserordentlich schwierig, die Grube so herzustellen, dass sie auf die Dauer dicht bleibe, meint, es sei praktisch nicht durchführbar, die Grube in geeigneter Weise regelmässig auf ihre Dichtigkeit zu untersuchen, und sieht hier wegen der ganzen örtlichen Verhältnisse in der Nähe der Düngergrube eine besondere Gefahr für die Reinheit des Quellwassers. Danach ist anzunehmen, dass die angefochtene polizeiliche Verfügung unter Berücksichtigung der besonderen örtlichen Verhältnisse im Hinblick auf die grosse Schwierigkeit der Herstellung einer undurchlässigen Grube und die Schwierigkeit einer wirksamen Kontrole der fortdauernden Dichtigkeit erlassen, also aus sachlichen Erwägungen der Zweckmässigkeit hervorgegangen ist. Diesen Erwägungen wird auch nicht der Boden dadurch entzogen, dass die Sachverständigen, Bauinspektor H. und Architekt We., die Herstellung einer undurchlässigen Grube und die fortgesetzte Kontrole der Dichtigkeit für möglich erklären. Vielmehr ergeben auch diese Gutachten, dass die Herstellung schwierig ist und ganz besondere Vorsichtsmassregeln erfordert. Unter solchen Umständen hängt es vom Ermessen der Polizei ab, ob die Herstellung der Grube zur Beseitigung der Gefahr genügt oder ob das Lagern von Düngern überhaupt zu untersagen ist.

Unzutreffend ist es freilich, wenn die Beklagte ausführt, die Auferlegung der Pflicht zur Anlegung einer Grube, wie sie die Sachverständigen fordern, hätte die Kläger noch mehr belastet als die ergangene Verfügung; denn bei Gestattung der Anlegung der Grube wäre den Klägern die Wahl zwischen der Beschränkung hinsichtlich des Lagerns von Dünger und der Anlegung der vorgeschriebenen Grube geblieben. Andererseits kann hier von einer Unmöglichkeit, die polizeiliche Auflage zu erfüllen, keine Rede sein, da irgend ein Ort, wohin die Kläger den Dünger schaffen lassen können, wenigstens in grösserer Entfernung jedenfalls vorhanden ist, schlimmsten Falls aber die Kläger aufhören müssten, Vieh zu halten.

Ebensowenig würde der Umstand, dass auf einem städtischen Grundstücke in ähnlicher Lage eine Düngerstätte geduldet wird, den Klägern das Recht geben, die Duldung eines polizeiwidrigen Zustandes auf ihrem Grundstücke zu verlangen. . . .

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Gegenseitige Mittheilung von Wochenbettfiebererkrankungen zwischen den benachbarten Medizinalbeamten. Verfügung des Regierungspräsidenten in Trier vom 22. Dezember 1899.

Von den an den Kreis-, Regierungsbezirks- und Bundesstaatsgrenzen, sowie an den Grenzen des Grossherzogthums Luxemburg ansässigen Hebammen üben viele ihre Praxis zu beiden Seiten dieser Grenzen aus. Anordnungen, welche die Hebammen dazu verpflichten, fieberhafte Wochenbetterkrankungen ihrer Praxis sowohl dem Physikus des Kreises, in welchem sie selbst wohnen, als auch dem Medizinalbeamten desjenigen Kreises, in welchem die erkrankte Wöchnerin wohnt, anzuzeigen, bestehen bisher nicht. In Folge dessen sind fieberhafte Wochenbetterkrankungen in den erwähnten Grenzgebieten den für die einzelnen Hebammen zuständigen Medizinalbeamten nicht regelmässig bekannt geworden und die Verschleppung der Krankheit hat nicht immer verhütet werden können.

Um diesen Uebelständen nach Möglichkeit zu begegnen, ordne ich hiermit bis auf Weiteres an:

1. Der Kreisphysikus hat von jedem zu seiner Kenntniss kommenden Falle einer fieberhaften Wochenbetterkrankung, bei welchem eine nicht in seinem Kreise ansässige Hebamme thätig war, dem Kreisphysikus des Nachbarkreises, in welchem die betreffende Hebamme ihren Wohnsitz hat, umgehend schriftliche Mittheilung in amtlicher Form zu machen, gleichviel ob der Nachbarkreis dem hiesigen oder einem anderen Regierungsbezirke angehört.

2. In Kreisen, welche an andere Bundesstaaten oder an das Grossherzogthum Luxemburg grenzen, hat die Mittheilung an den zuständigen Medizinalbeamten des betreffenden Staates (Bezirksarzt in Bayern, Kreisarzt in Lothringen, Physikus im Fürstenthum Birkenfeld, Kantonalarzt im Grossherzogthum Luxemburg) zu erfolgen.

3. In gleicher Weise sind alle zur Kenntniss kommenden Fälle einer fieberhaften Wochenbetterkrankung zu behandeln, in welchen eine zur Entbindung an sich nicht berechtigten Person thätig war (Nothfall).

4. Der Kreisphysikus hat bei jeder aus einem Nachbarkreise oder aus dem Gebiete eines Bundesstaates oder des Grossherzogthums Luxemburg ihm zugehenden Mittheilung über einen Fall von fieberhafter Wochenbetterkrankung in der Praxis einer in seinem Kreise ansässigen Hebamme oder Nothhelferin sofort die erforderlichen Massregeln zur Verhütung der Weiterverbreitung der Krankheit (Desinfektion, Ausschluss von der Praxis für bestimmte Zeit u. s. w.) zu veranlassen. Von dem Geschehenen ist jedes Mal dem Medizinalbeamten, von welchem ihm die Mittheilung des Falles zuging, auf amtlichem Wege schriftliche Nachricht zu geben.

Den Behörden der benachbarten Regierungsbezirke, der angrenzenden Bundesstaaten und des Grossherzogthums Luxemburg ist diese Verfügung mitgetheilt worden.

Ausführung der Impfvorschriften. Verfügung des Königlichen Regierungspräsidenten in Trier vom 27. März 1900 an sämmtliche Landräthe und Kreisphysiker des Bezirks.

Sie werden auf die in einer Sonderausgabe des Amtsblattes zum Abdruck gelangende Bekanntmachung I. 6239 vom heutigen Tage, betreffend den zur grösseren Sicherung des Impfgeschäfts und der Impflinge ergangenen Erlass der Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und des Innern vom 28. Februar d. J. — M. d. g. A. Nr. 13827, U II. U III A. M. d. I. IIa Nr. 793 II — mit dem Ersuchen aufmerksam gemacht, die zur

Durchführung der neuen Vorschriften erforderlichen Anordnungen so schleunigst zu treffen, dass sie schon bei dem diesjährigen Impfgeschäft befolgt werden können.

Im Einzelnen wird folgendes angeordnet:

1. Die Impfärzte sind bei ihrer Annahme entweder durch den Landrath, oder durch einen Beauftragten des letzteren, — in Trier durch den Oberbürgermeister —, ausdrücklich in Pflicht zu nehmen und ihnen die „Vorschriften, welche von den Aerzten bei der Ausführung des Impfgeschäfts zu befolgen sind" (Anlage 1, II), hierbei dringend einzuschärfen.

Bei den bereits früher angenommenen Impfärzten ist die Inpflichtnahme vor Beginn des diesjährigen Impfgeschäfts in gleicher Weise zu bewirken.

Den Privatärzten werden die genannten Vorschriften voraussichtlich durch die Aerztekammer zugänglich gemacht werden.

2. Die Impftermine sind seitens der Ortspolizeibehörden den Schulaufsichtsbeamten rechtzeitig mitzutheilen, damit letztere dafür Sorge tragen, dass gemäss §. 4, Abs. 3 der von dem Bundesrathe beschlossenen Vorschriften, welche von den Behörden bei der Ausführung des Impfgeschäfts zu befolgen sind (IV. Anläge 1), bei der Impfung und der darauf folgenden Nachschau ein Lehrer anwesend sei.

3. Sollte die rechtzeitige Beschaffung der ausgegebenen abgeänderten, von der Reichsdruckerei, sowie von der Sonnenburg'schen Druckerei hier beziehbaren Impfformulare V—IX (Impflisten und Uebersichten, Anlagen 5—9) sich vor Beginn des diesjährigen Impfgeschäfts nicht rechtzeitig ermöglichen, so ist doch die Aufstellung der „Uebersichten" der Impfungen und Wiederimpfungen schon für das Jahr 1900 unbedingt nach den neuen Formularen VIII und IX zu bewirken.

4. Es erscheint ferner erforderlich, streng darauf zu halten, dass seitens der Impfärzte nicht nur die ordnungsmässig gemäss Ziffer 5 unter B der Reg.-Verfügung vom 6. April 1898, I. 7029, abgeschlossenen Impflisten, sondern auch die „Uebersichten" und der „Impfbericht" nach dem mittelst Reg.-Verfügung vom 31. August 1883, I. B. 9034 mitgetheilten, durch den Min.-Erlass vom 26. Juli 1883, M. 4748 vorgeschriebenen „Schema" bis zu der im §. 28 des Impfregulativs gesetzten Frist, d. h. spätestens bis zum 20. Januar j. J. dem Kreisphysikus eingesendet werden. In diesem Impfberichte ist jede ausnahmsweise erfolgte Verwendung von Menschenlymphe statt der Thierlymphe gemäss der Erläuterungen im Erlasse vom 28. Februar d. J. zu §. 3 der von den Aerzten bei der Ausführung des Impfgeschäfts zu befolgenden „Vorschriften" (Anlage 1 II) eingehend zu begründen.

5. Besondere Vorkommnisse erfordern weiter, dass betreffs derjenigen Impf- und Wiederimpflinge, welche bei den öffentlichen Impfungen „nicht auffindbar oder zufällig ortsabwesend waren" (Spalte 20 und 21 der Listen, Form. V und VI) oder bei denen die Impfung wegen vorschriftswidriger Entziehung (Sp. 24 und 25) unterblieben ist, von Seiten der Ortspolizeibehörden baldmöglichst, spätestens aber bei Eingang der gemäss §§. 31 und 32 des Impfregulativs den Bürgermeistern von den Kreisphysikern vor dem 15. Februar k. J. zuzustellenden Rückstands-Verzeichnissen, die erforderlichen Ermittelungen angestellt, bezw. die im §. 12 des Reichs-Impfgesetzes genannten Nachweise (Bescheinigungen, §. 10), amtlich erfordert, Eltern, Pflegeeltern und Vormünder aber, welche den nach §. 12 ihnen obliegenden Nachweis zu führen unterlassen, gemäss §. 14 des R. I. G. bestraft werden.

6. Sofern sich hierbei oder anderweit herausstellt, dass Privat-Impfungen ausgeführt, die vorgeschriebenen Impflisten (Form. V bezw. VI) jedoch nicht gemäss §. 24 des Impfregulativs und des §. 8 des R. I. G. am Jahresschlusse der zuständigen Behörde (Bürgermeister) vorgelegt worden sind, so werden die betreffenden Privatärzte zur Erfüllung der ihnen auferlegten Verpflichtung anzuhalten, bei wiederholten Zuwiderhandlungen aber gemäss §. 15 des R. I. G. zur Verantwortung zu ziehen sein.

7. In denjenigen Kreisen, in welchen die Kreisphysiker nicht selbst Impfärzte sind, wird letzteren hierdurch die in Ziffer 1 des Min.-Erlasses vom 28. Februar d. J. vorgesehene Beaufsichtigung der Impfärzte gemäss Ziffer 2 bis 5 daselbst übertragen.

Die Zahl der von ihnen auszuführenden jährlichen Revisionen von Impfterminen wird sich nach der Zahl und der Geschäftsführung der Impfärzte des betreffenden Kreises richten; im Allgemeinen wird es genügen, wenn innerhalb

5 Jahren sämmtliche Impfärzte eines Kreises ein Mal bei je einem Impf- und je einem Nachschautermin beaufsichtigt werden. Hierbei ist regelmässig auch die Geschäftsthätigkeit des Impfarztes gemäss Ziffer 4 a. a. O. zu prüfen und g. F. die erforderliche, seitens des Impfarztes zu beachtende Anweisung in geeigneter Form zu ertheilen. Ueber den Vollzug der Revisionen ist in den Impflisten, sowie in dem Lymphe-Bezugsbuch des Impfarztes ein Vermerk mit Angabe von Ort und Datum und der Unterschrift des revidirenden Medizinalbeamten einzutragen. Die Beaufsichtigung der Impftermine hat sich auch auf die von den Polizeibehörden zu befolgenden Vorschriften zu erstrecken. Wegen der Beaufsichtigungen der in öffentlich ausgeschriebenen Terminen vorgegenommenen Impfungen der Privatärzte wird auf Ziffer 5 a. a. O. verwiesen. Ueber das Ergebniss der Beaufsichtigung von Impfterminen ist thunlichst bald, spätestens bis zum 1. Oktober j. J. seitens der betr. Kreisphysiker durch die Hand der Landräthe an mich kurz und übersichtlich im Sinne der Ziffer 3 a. a. O. zu berichten.

Zur Ermöglichung der Vornahme dieser Beaufsichtigungen sind den in Betracht kommenden Kreisphysikern die nach der Reg.-Verfügung vom 23. April 1897, I. 8084 aufzustellenden „Pläne für das Impfgeschäft" spätestens bis zum 25. April j. J. zugänglich zu machen. In solchen Kreisen, in welchen der Kreisphysikus selbst Impfarzt ist, wird der Regierungs- und Medizinalrath die Beaufsichtigung der Impftermine ausführen; doch steht ihm frei, nach seinem Ermessen auch Revisionen derjenigen Impftermine, welche schon seitens des Kreisphysikus beaufsichtigt werden, vorzunehmen. Die Impfärzte bezw. Aerzte sind zur Beachtung der von ihm hierbei g. F. ertheilten Anweisungen verpflichtet.

8. Sämmtliche Kreisphysiker haben ferner die Aufgabe, in erster Reihe bei den Jahresmusterungen der Apotheken oder bei Erledigung anderer Revisionen auf den Handel mit Thierlymphe in den Apotheken zu achten und g. F. die Innehaltung der unter a bis e im Min.-Erlass vom 28. Februar d. J. enthaltenen Vorschriften zu überwachen.

Abdrücke dieser Verfügung für die Impfärzte und die Bürgermeister befinden sich in Anlage; für die ersteren wird ausserdem je 1 Stück der Sonder-Ausgabe des Amtsblattes mit der im Eingange erwähnten Bekanntmachung vom heutigen Tage zur Verfügung gestellt.

Abschrift erhalten Sie zur Kenntnissnahme und Beachtung. Zur Beaufsichtigung der Impfärzte können nur solche Physiker in Betracht kommen, welche die erforderliche körperliche Rüstigkeit besitzen. Die betreffenden Physiker haben mir bis zum 25. April j. J. vertraulich und unmittelbar anzuzeigen, bei welchen Impfärzten und an welchen Terminen sie in dem Geschäftsjahr Revisionen vorzunehmen beabsichtigen.

B. Königreich Sachsen.

Gebührenordnung für Aerzte, Chemiker, Pharmazeuten und Hebammen bei gerichtlich-medizinischen und medizinalpolizeilichen Verrichtungen. Verordnung der Ministerien der Justiz und des Innern vom 19. März 1900.

Mit Allerhöchster Genehmigung und auf Grund Einverständnisses der Ständeversammlung wird die Verordnung vom 14. März 1872 (G.- und V.-Bl. S. 135) nebst der angefügten Gebührentaxe für Aerzte, Wundärzte, Chemiker, Pharmazeuten und Hebammen durch nachstehende Gebührenordnung ersetzt.

Dieselbe hat dann Anwendung zu leiden, wenn Aerzte, Chemiker, Pharmazeuten und Hebammen seitens der Gerichts- oder Verwaltungsbehörden als Sachverständige zugezogen werden. Findet dagegen eine Abhörung dieser Personen blos als Zeugen, sei es auch als sachverständige Zeugen, statt, so greifen ausschliesslich die betreffs der Zeugen bestehenden Vorschriften Platz.

A. Allgemeine Bestimmungen.

1. Durch die nachstehenden Bestimmungen wird in den Obliegenheiten der mit festem Gehalt angestellten Bezirksärzte, Gerichtsärzte, Gerichtsassistenzärzte, Apothekenrevisoren, Chemiker und Hebammen, welche gerichtlich-medi-

zinische und medizinalpolizeiliche Handlungen unentgeltlich zu verrichten haben, und in den hierüber bestehenden Anordnungen und Grundsätzen nichts geändert.

Es kann daher von der Aufnahme eines Ansatzes in die Gebührenordnung für dergleichen Verrichtungen an sich ein Vergütungsanspruch nicht hergeleitet werden.

2. Für die Vergütung von Reiseaufwand der Aerzte, Apothekenrevisoren und Chemiker bei gerichtlich-medizinischen und medizinalpolizeilichen Verrichtungen sind die Bestimmungen über Vergütung des Reiseaufwands bei Dienstreisen von Zivilstaatsdienern — zur Zeit Gesetz vom 15. März 1880 — massgebend und zwar haben die Betheiligten, soweit sie nicht als Zivilstaatsdiener nach höheren Sätzen Vergütung beanspruchen können, den Reiseaufwand nach den für die Bezirksärzte vorgeschriebenen Ansätzen — zur Zeit Abstufung V — zu berechnen.

3. Verläge:

a) Schreiblöhne, Porti und Botenlöhne passiren allenthalben als Verläge, auch da, wo nicht Gebühren, sondern nur Verläge in Ansatz kommen, und zwar an Schreiblöhnen:

für einen vollen breitgeschriebenen Bngen . . .	50 Pfg.
für ein einzelnes Blatt	25 „
für eine einzelne Seite	13 „

b) die bei gerichtlich-chemischen und bakteriologischen Untersuchungen verbrauchten Materialien sind nach dem üblichen Kostenpreise, die Chemikalien und Reagentien aber nach der Arzneitaxe und den Preisverzeichnissen chemischer Fabriken zu berechnen.

4. Die Gebühren sind nach der geringeren oder grösseren Schwierigkeit und Mühewaltung, sowie nach dem verschiedenen Zeitaufwande zu berechnen, was ebenso von den Verrichtungen selbst, als von den schriftlichen Arbeiten gilt. Daher ist weder bei Aufstellung der Berechnung vorzugsweise der höhere, noch bei deren Feststellung vorzugsweise der niedere Satz anzunehmen.

Ueber die Höchstsätze kann ausnahmsweise in solchen Fällen hinausgegangen werden, in welchen die zu der fraglichen Verrichtung stattgehabten Leistungen einen so aussergewöhnlichen Aufwand an Zeit, Mühe und Fleiss erforderten, dass derselbe mit den höchsten Sätzen der Gebührenordnung nicht genügend vergütet sein würde.

5. Die nachstehend aufgezählten Verrichtungen werden zur gleichartigen Beurtheilung solcher Fälle dienen, wo die einschlagende Verrichtung nicht wörtlich genannt oder bezeichnet ist oder wo mehrere Verrichtungen vereinigt werden mussten.

B. Aerztliche Verrichtungen.

6. Für die Untersuchung blinder und taubstummer oder für blind oder taubstumm gehaltener Personen: 3—6 Mark.

Für das Gutachten darüber: 3 - 6 M.

7. Für die Untersuchung eines Verletzten in der Behausung des Arztes: 3—6 M., ausserhalb der Behausung des Arztes: 5—10 M.

Für das Gutachten darüber: 3—30 M.

8. Für die Untersuchung einer Person betreffs deren Geisteszustandes: 6—30 Mark.

Für das Gutachten darüber a) zum Behufe der Unterbringung in einer Irrenanstalt: 6—10 M., b) in anderen Polizeifällen: 3—10 M., c) zu gerichtlichen Zwecken, in zivil- oder kriminalrechtlichen Fällen: 10—100 M.

9. Für die Untersuchung einer Person über geschlechtliche Zustände (Geschlechtsvermögen, Ehestandsfähigkeit, Jungfernschaft, Schwangerschaft, erfolgte Geburt, geschlechtliche Vergehungen und Gewaltthätigkeiten etc.): 5—20 M.

Für das Gutachten darüber: 5—20 M.

10. Für die gleichzeitige Untersuchung eines Ehepaares in Beziehung auf Geschlechtsverhältnisse: 5—20 M.

Für das Gutachten darüber: 5—30.

11. Für die Untersuchung einer Person aus einem anderen Grunde oder zu einem anderen Zwecke, als in den unter 6—10 angeführten Fällen: 3—10 M.

Bei der gleichzeitigen Untersuchung mehrerer Personen an demselben Orte für jede Person: 2—5 M.

Für das Gutachten darüber: 3—30 M.

12. Für die zur Feststellung der vorstehend unter 6 bis 11 aufgeführten körperlichen und geistigen Zustände nöthig werdende zweite und folgende Untersuchung: 3—20 M.

13. Für die Besichtigung eines lebenden oder todten Neugeborenen, wie überhaupt einer menschlichen Frucht in Hinsicht auf Reife und Alter — Fehlgeburt, Frühgeburt, Spätgeburt —, Lebensfähigkeit, Geschlecht, Erstgeburt bei Zwillingen, Echtheit und Rechtmässigkeit, mit Einschluss der etwa nöthigen Untersuchung der Mutter, nebst Gutachten: 5—30 M.

14. Für die Untersuchung einer Nachgeburt, einer Missgeburt oder einer Mole nebst Gutachten: 5—30 M.

15. Für die Untersuchung einer Leiche ohne Vornahme der Sektion mit Einschluss mündlicher Anzeige darüber: 5—10 M.

Befindet sich die Leiche im Zustande vorgeschrittener Fäulniss, so dass die Untersuchung derselben mit besonderer Mühewaltung verbunden ist: 10—20 M.

Bei gleichzeitiger Besichtigung mehrerer Leichen an demselben Orte ist für die Untersuchung jeder der ersten folgende Leichen nur die Hälfte des Betrages anzusetzen.

Für das Gutachten darüber: 6—15 M.

Hat sich das Gutachten über mehrere Leichen, die gleichzeitig besichtigt wurden, zu erstrecken, so ist ausser dem Betrage des einfachen Satzes noch für jede auf die erste folgende Leiche anzusetzen: 3—10 M.

16. Für die Sektion einer Leiche jeden Alters mit Einschluss des Diktirens und Unterzeichnens des Protokolls jedem der beiden Aerzte: 10—30 M.

Hat die Leiche über die Zeit von 72 Stunden unbeerdigt gelegen oder ist dieselbe bereits beerdigt gewesen, so dass die Sektion mit sehr erhöhter Mühewaltung verbunden ist, jedem der beiden Aerzte: 12—50 M.

Für das vorläufige Gutachten über den Sektionsbefund jedem der beiden Aerzte: 5—10 Mark.

Für das motivirte Gutachten: 12—75 M.

17. Wird die Vornahme einer der unter 7, 9, 15 und 16 bezeichneten Richtungen zur Nachtzeit erfordert, so sind die betreffenden Sätze um die Hälfte zu erhöhen.

18. Für die Untersuchung eines ausgegrabenen oder aufgefundenen Skelettes oder aufgefundener Knochen oder anderer Theile von menschlichen oder thierischen Körpern nebst Gutachten über den Befund: 5—10 M.

19. Für die erforderte Anwesenheit bei Ausgrabung einer Leiche bis 10 M. für jede Stunde.

20. Für das Gutachten über die Zulässigkeit der Ausgrabung einer Leiche und die hierbei zu beobachtenden Vorsichtsmassregeln: 5—15 M.

21. Für die Bescheinigung der Zulässigkeit des Transports einer Leiche vom Sterbe- oder Bestattungsorte nach einem anderen Orte, ausschliesslich der etwa nöthigen Besichtigung der Leiche: 3—10 M.

22. Für die Untersuchung und das Gutachten über die Priorität des Todes: 5—10 M.

23. Für die Untersuchung eines Ortes zur Beurtheilung der Ausführung einer strafbaren Handlung: 5—20 M.

Für das Gutachten darüber: 5—10 M.

24. Für die Untersuchung eines Platzes oder Gebäudes, einer Anlage oder Einrichtung, zur Beurtheilung der Schädlichkeit oder Unschädlichkeit derselben für die Gesundheit: 5—30 M.

Für das Gutachten darüber: 5—30 M.

25. Für Gutachten über Gewerbeanlagen, einschliesslich der etwa nöthigen Besichtigung: 5—30 M.

26. Für Gutachten in baupolizeilichen Angelegenheiten, einschliesslich der etwa nöthigen Besichtigung: 5—30 M.

27. Für Gutachten über Privat-Kranken- und Entbindungsanstalten, einschliesslich der etwa nöthigen Besichtigung: 5—30 M.

28. Für die Prüfung einer Mineralwasserfabrik: 5—20 M.

29. Für Begutachtung von Gesuchen um Erlaubniss zum Gifthandel: 3—10 M.

30. Für die Prüfung einer Gifthandlung: 5—10 M.

31. Für Untersuchung von Geschirren, Kleidungsstücken, Gebrauchsgegenständen, Spielwaaren etc. in Bezug auf Gesundheitsgefährdung, wenn keine chemische oder sonstige Untersuchung durch Sachverständige nöthig ist, nebst Gutachten: 3—10 M.

32. Für Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, wenn keine chemische oder sonstige Untersuchung durch einen Sachverständigen nöthig ist, nebst Gutachten: 3—10 M.

33. Für die Untersuchung von Arzneiwaaren, Geheimmitteln etc. in Bezug auf deren Wirkung, insbesondere Gesundheitsgefährdung, wenn keine chemische oder sonstige Untersuchung durch Sachverständige nöthig ist, nebst Gutachten: 3—10 M.

34. Für die Begutachtung zu Heilzwecken angekündigter oder feilgehaltener Mittel rücksichtlich deren Zugehörigkeit zu den Geheimmitteln: 5—20 M.

35. Für einen Bericht oder ein Gutachten über Kunstfehler der Medizinalpersonen oder über Medizinalpolizeivergehen: 3—20 M.

36. Für einen Bericht oder ein Gutachten über Krankenbehandlung seitens anderer Personen, als approbirter Aerzte: 3—20 M.

37. Für die Untersuchung eines als Lehrling in eine Apotheke Eintretenden über seine Tauglichkeit für den Apothekerberuf nebst Ausstellung des Tauglichkeitszeugnisses: 6 M.

38. Für mikroskopische Untersuchungen von Flecken aller Art, Haaren, Pflanzentheilen etc.: 5—30 M.

39. Für bakteriologische Untersuchungen: 5—30 M., rücksichtlich jedes einzelnen untersuchten Gegenstandes.

40. Für die Beglaubigung von Unterschriften, Zeugnissen etc.: 1—3 M.

41. Für die Prüfung und Feststellung einer Rechnung mit Einschluss des Feststellungsvermerks: 1—3 M.

42. Für die Niederschrift eines mündlichen Vorbringens: 3—5 M.

43. Für die Bestellung zur Post oder an eine Behörde: 10 Pfennige.

C. Physikalische, chemische und pharmazeutische Verrichtungen.

44. Für die pharmakognostische Untersuchung einer rohen Droge oder ähnlicher Stoffe auf ihre Güte und Echtheit, wenn nicht zugleich eine chemische oder mikroskopische Prüfung erforderlich ist, einschliesslich der mündlichen Befundangabe: 1 M.

Bei gleichzeitiger Untersuchung mehrerer Gegenstände derselben Art darf jedoch für jede auf die erste folgende Untersuchung nur die Hälfte der Gebühr angesetzt werden.

Für ein schriftliches Gutachten darüber 2—6 M.

45. Für die qualitative chemische Untersuchung irgend eines Gegenstandes, mit Ausnahme der unter Nr. 48 und 50 vorgesehenen Fälle, einschliesslich des darüber abzugebenden Gutachtens

a) wenn der aufzusuchende Gegenstand im Voraus bezeichnet worden ist: 3—10 M.

b) wenn eine solche Vorausbezeichnung nicht stattgefunden hat, die Untersuchung vielmehr im Allgemeinen anzustellen gewesen ist: 6—30 M.

46. Für die Untersuchung einer Farbe in Substanz oder auf einem damit gefärbten Gegenstande, einschliesslich der mündlichen Befundangabe: 1—20 M.

Bei gleichzeitiger Untersuchung verschiedener Farben ist für jede auf die erste folgende Untersuchung nur die Hälfte der Gebühr anzusetzen.

47. Für die quantitative chemische und die physikalische Untersuchung irgend eines Gemisches nebst der mündlichen Befundangabe: 1—60 M.

48. Für die chemische Untersuchung zum Nachweis einer Vergiftung: 10—60 M., rücksichtlich jedes einzelnen untersuchten Gegenstandes.

Für die dabei vorzunehmende quantitative Bestimmung des Giftes, wenn solche besonders verlangt worden ist, ausserdem noch: 20—30 M.

49. Für den Bericht und das Gutachten über chemische oder physikalische Untersuchungen, sofern nicht eine Gebühr hierfür in dem Gebührensatz für die Untersuchung inbegriffen ist: 5—30 M.

50. Für die Prüfung und Nachschätzung einer Apothekerrechnung, einschliesslich der Befundanzeige bis zu 10 Rezepten: 1 M., bei jedem über 10 zu prüfenden Rezept: 10 Pfennige.

51. Für die Schätzung oder Prüfung eines Apothekengeschäftes oder eines Drogengeschäfts, für jeden auf die Dienstleistung verwendeten vollen Tag: 15 M, halben Tag: 10 M.

Für den schriftlichen gutachtlichen Bericht hierüber: 5—30 M.

52. Für die erforderte Anwesenheit bei Untersuchung einer Oertlichkeit oder eines Geschäftsbetriebes, zur Beurtheilung der Schädlichkeit oder Unschädlichkeit für die Gesundheit für den vollen Tag: 15 M., für den halben Tag: 10 M.

Anmerkung. Die Gebühren für Reisen, sowie Bestellung sind die gleichen, wie die unter A 2, B 43 aufgeführten.

Zu B und C.

53. Für Gutachten — mündliche oder schriftliche — insoweit dieselben in den vorstehenden Abschnitten unter B und C nicht besonders schon berücksichtigt sind: 3 bis 30 M.

Hatte der Sachverständige vor der Begutachtung und zur Vorbereitung derselben besondere Erörterungen, umfängliche Aktenstudien etc. vorzunehmen, so kann hierfür noch eine der Mühewaltung entsprechende Gebühr angesetzt werden.

Ausserdem sind für Fortkommen und Tagegelder die unter A 2 bestimmten Ansätze passirlich.

54. Für die erforderte Anwesenheit bei gerichtlichen oder sonstigen Befragungen, Vernehmungen und Verhandlungen, einschliesslich des mündlichen Gutachtens: 3—30 M.

Erstreckt sich eine Verhandlung über mehrere Tage, so ist ein der Zahl der Tage entsprechend erhöhter Ansatz zulässig.

D. Verrichtungen von Hebammen.

55. Für die Untersuchung von Frauenspersonen oder Neugeborenen, einschliesslich der mündlichen Befundanzeige: 2—6 M.

Für die schriftliche Anzeige des Befundes: 1—3 M.

56. Für die mündliche oder schriftliche Anzeige bei Behörden über Zustände von Frauen und Kindern und über den Verlauf von Entbindungen: 1—2 M.

57. Bei Verrichtungen, welche über 2 km vom Wohnorte der Hebamme entfernt vorgenommen werden, können ausser der Berechnung des Verlags für das Fortkommen noch angesetzt werden

a) als Versäumnissvergütung für einen halben Tag der Abwesenheit vom Wohnorte: 3 M., einen ganzen Tag der Abwesenheit: 6 M.
b) Tagegelder für Zehrung für einen Tag ohne Nachtquartier: 2,50 M., für einen solchen mit Nachtquartier: 5 M.

Abänderung des Geschäftsregulativs für das Landes-Medizinal-Kollegium. Verordnung des Ministeriums des Innern vom 9. April 1900.

In Abänderung der Bestimmung in §. 21 des Geschäftsregulativs für das Landes-Medizinalkollegium vom 12. April 1865 (G.- u. V.-Bl. S. 127) wird im Einverständniss mit dem Justizministerium hiermit bestimmt, dass die Berechnung der Gebühren für die vom Landes-Medizinalkollegium in gerichtlichen Sachen abzugebenden Gutachten und Obergutachten künftig nach den Vorschriften der Gebührenordnung für Aerzte, Chemiker, Pharmazeuten etc. vom 19. März 1900 G.- und V.-Bl. S. 231 flg.) zu erfolgen hat.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 12. 15. Juni. 1900.

Rechtsprechung.

Schadenersatzanspruch gegen einen Arzt. Urtheil des Reichsgerichts (III. Zivilsenats) vom 23. Februar 1900.

Bei Gelegenheit eines Besuchs in der Sprechstunde eines Arztes hatte Kläger in dem sehr besetzten Vorzimmer lange warten und, da ihm ein Bedürfniss anwandelte, den zur Wohnung des Arztes gehörigen Abort aufsuchen müssen. Der Zugang zu diesem war schlecht beleuchtet; in Folge dessen kam Kläger zu Falle, zog sich dadurch verschiedene Verletzungen zu und verlangte nun von dem Arzte Schadenersatz für Kurkosten, Erwerbsbeeinträchtigung u. s. w.

In der ersten Instanz war der Arzt, der eine ausgedehnte Sprechstundenpraxis betreibt, für verpflichtet erachtet, während der Sprechstunden den freien Verkehr der ihn konsultirenden Kranken auf seinem Abort zu gestatten und demgemäss diesen bei Einbruch der Dunkelheit ausreichend zu beleuchten. In Uebereinstimmung mit dem Berufungsgerichte hat jedoch das Reichsgericht diese Rechtsauffassung verworfen.

„Schon sanitäre Gründe sprechen gegen die Duldung eines solchen freien Verkehrs. Wenn auch im Einzelfalle der Beklagte genöthigt war, den bei ihm Vorsprechenden die Benutzung seines Abortes zu gestatten und dieselbe auch thatsächlich mehrfach geduldet hat, so führt dies noch nicht dahin, ihn zur Beleuchtung dieses Zuganges zu verpflichten und haftbar zu machen, falls in Folge unterbliebener und mangelhafter Beleuchtung ein Besucher des Abortes sich eine Verletzung zuzieht. Es kommt hinzu, dass im Vorzimmer selbst sich stets ein Bedientester des Beklagten aufhielt, an den sich Kläger mit dem Ersuchen hätte wenden können, für Beleuchtung dieser Oertlichkeit Sorge zu tragen.

Die Polizeibehörde kann die Beseitigung eines Brunnens mit gesundheitsschädlichem Wasser verlangen und braucht sich nicht mit der vom Eigenthümer angebrachten Aufschrift „Kein Trinkwasser!“ oder mit Anschliessung des Pumpenschwengels zu begnügen. Urtheil des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 15. Dezember 1899

Irrig ist zunächst die Ansicht des Klägers, dass ihm die Polizeibehörde die Benutzung des auf seinem Grundstücke befindlichen Brunnens überhaupt nicht untersagen dürfe, weil darin ein unzulässiger Eingriff in sein Privateigenthum liege. Jeder Eigenthümer eines Grundstücks muss dafür sorgen, dass sich sein Grundstück nicht in einem für Leben oder Gesundheit gefährlichen Zustande befinde. Massregeln der Polizeibehörden, welche den Grundstückseigenthümern hierzu anhalten, verletzen daher nicht das Privateigenthum und fallen auch nicht unter den Begriff von Beschränkungen des Eigenthums im Sinne des Art. 9 der Verfassung. Mit zu den aus ihrem Wesen folgenden Obliegenheiten der Polizei gehört es, einen Schaden zu verhüten, der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern des Publikums aus der Verwendung gesundheitsgefährlichen Wassers droht. In dem Vorhandensein eines Brunnens mit gesundheitsgefährlichem Wasser liegt die Gefahr, dass durch dessen Genuss Leben oder Gesundheit geschädigt werde. Durch das Verlangen, dass ein solcher Brunnen beseitigt werde, überschreitet daher die Polizeibehörde keineswegs die Grenzen der ihr gegen den Grundstückseigenthümer zustehenden Befugnisse. Die Gefahr braucht nicht, wie der Kläger meint, unmittelbar bevorzustehen; denn diese Voraussetzung besteht nur beim Einschreiten gegen einen unbetheiligten Dritten,

der nicht — wie der Grundstückseigenthümer — an sich schon verpflichtet ist, der Gefahr vorzubeugen.

Die Gesundheitsgefährlichkeit des Wassers erkennt der Kläger an. Er meint aber, dass die Aufschrift „Kein Trinkwasser" hinreichend gegen den Genuss des Wassers schütze, und dass ihm nur allenfalls noch hätte aufgegeben werden können, die Pumpe durch Anschliessen des Schwengels für Unbefugte unbenutzbar zu machen. Allerdings hat sich die Beklagte nach der Verfügung vom 3. September 1896 früher damit begnügt, die Anbringung der Aufschrift „Kein Trinkwasser" zu verlangen. Sie ist aber nach ihrer Gegenerklärung durch Erfahrungen bei anderen Brunnen mit gesundheitsgefährlichem Wasser zu der Ueberzeugung gekommen, dass dessen Genuss nur durch gänzliche Beseitigung des Brunnens wirksam verhindert werden könne. Dies sind Erwägungen der Zweckmässigkeit, auf die sich die Nachprüfung des Verwaltungsrichters nicht zu erstrecken hat. Dass die Polizeibehörde anderweit gewonnene Erfahrungen auch dem Kläger gegenüber verwerthen darf, kann nicht dem mindesten Zweifel unterliegen. Uebrigens leuchtet ein, dass die Polizei obige Warnung für keine genügende Gewähr gegen den Genuss des Wassers — besonders bei Kindern und auch sonst mit Rücksicht auf die Sorglosigkeit vieler Menschen — erachten und auch Bedenken haben kann, diese Gewähr in der Anordnung der Anschliessung des Schwengels zu erblicken; denn eine Kontrole darüber, dass dessen Anschliessung nur aufgehoben wird, um das Wasser zu unschädlichen Zwecken zu verwenden, ist kaum möglich. Unzutreffend ist es, wenn der Kläger ausführt, dass die Polizeibehörde nicht auch auf die Unvernunft und Sorglosigkeit mancher Menschen Rücksicht nehmen dürfe. Wenn auch nicht alles gesundheitsgefährliche Wasser in Teichen u. s. w. beseitigt werden kann, so haben doch Brunnen regelmässig die Bestimmung, das Wasser zum menschlichen Genusse zu liefern, und liegt daher gerade in der gesundheitsgefährlichen Beschaffenheit des Brunnenwassers eine besondere Gefahr. Bei der anerkannt gesundheitsgefährlichen Beschaffenheit des Wassers im Brunnen des Klägers ermangelt daher die polizeiliche Verfügung, wonach der Brunnen unbenutzbar gemacht werden soll, keineswegs der erforderlichen thatsächlichen Voraussetzungen, und ist nicht daran zu zweifeln, dass die Verfügung auf objektiven polizeilichen Gesichtspunkten beruht. Nun behauptet freilich der Kläger, dass die Beklagte ungleichmässig verfahre und willkürlich gegen einzelne Grundstückseigenthümer vorgehe. Allein auch wenn die Beklagte anderen Grundstückseigenthümern trotz gleicher Beschaffenheit des Brunnenwassers keine ähnliche Auflage gemacht haben sollte, würde nicht angenommen werden können, dass die an den Kläger ergangene Verfügung auf anderen als objektiven polizeilichen Beweggründen beruhe; denn diese ergeben sich hier ohne Weiteres aus der Natur der Sache. Aus der Unterlassung einer allseitigen konsequenten Durchführung des gegen den Kläger eingeschlagenen Verfahrens würde daher noch nicht auf einen Mangel sachlicher Gründe geschlossen werden können. Vielmehr würde in Frage kommen, ob die Beklagte etwa gegen Andere eine unberechtigte Nachsicht geübt hätte. Uebrigens bemerkt ja die Beklagte, dass sie nur einstweilen mit Rücksicht auf diesen Rechtsstreit von der weiteren Durchführung Abstand genommen habe; ob mit Recht, ist hier nicht zu entscheiden.

Weder verstösst hiernach die angefochtene polizeiliche Verfügung gegen das geltende Recht, noch entbehrt sie der erforderlichen thatsächlichen Voraussetzungen. Daher musste die auf Abweisung der Klage lautende Vorentscheidung bestätigt werden. . . .

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Bisverletzungen der Menschen von tollwuthkranken Thieren sowie Ergebnisse der Schutzimpfung gegen Tollwuth. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten — M. Nr. 11279 U. I. — vom 21. Mai 1900 an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Die Zusammenstellung der Verzeichnisse, welche auf Grund meines Rund-

erlasses vom 12. Okt. 1897, Nr. 12558 — eingereicht worden sind, hat ergeben, dass im Jahre 1898 in Preussen nicht, wie in meinem Runderlass vom 1. März 1899 — Nr. 10393 U. I. — angegeben, 254 Personen von tollen bezw. tollwuthverdächtigen Thieren gebissen und 8 an Tollwuth gestorben sind, sondern dass 263 gebissen und 9 gestorben sind.

Im Jahre 1899 sind 287 Bissverletzungen von Menschen amtlich gemeldet worden. Von diesen sind 2 = 0,70 % an Tollwuth zu Grunde gegangen. Die Bissverletzungen betrafen 201 männliche und 86 weibliche Personen. Von diesen standen im Lebensalter von

0	bis	1	Jahr	—	Personen,	25	bis	30	Jahr	18	Personen,
1	„	3	„	2	„	30	„	40	„	17	„
3	„	5	„	4	„	40	„	50	„	26	„
5	„	10	„	20	„	50	„	60	„	13	„
10	„	15	„	60	„	60	„	70	„	10	„
15	„	20	„	44	„	70	„	80	„	5	„
20	„	25	„	30	„						

Die Verletzungen wurden hervorgebracht von 163 Hunden, 11 Katzen, 4 Rindern und 1 Schwein. Von diesen 209 Thieren wurde bei 150 Tollwuth zweifellos festgestellt, davon bei 83 nur durch die Obduktion, bei 67 ausserdem durch Verimpfung von Gehirn oder Rückenmark auf Versuchsthiere im Institut für Infektionskrankheiten. Bei 3 Thieren ergab die Obduktion ein zweifelhaftes Resultat. Bei 42 Thieren bestand mehr oder weniger sicherer Tollwuthsverdacht. 10 Thiere — 9 Hunde und 1 Katze — entzogen sich der Feststellung durch die Flucht.

Von den Verletzungen hatten ihren Sitz am Kopf 15, am Rumpf 7, an den oberen Gliedmassen 176, an den unteren Gliedmassen 74, nicht angegeben 15.

Die Verletzungen kamen in 7 Provinzen vor, nämlich in Schlesien 121, Westpreussen 46, Posen 37, Ostpreussen 26, Sachsen 24, Pommern 19, Brandenburg 14.

Von den Regierungsbezirken waren 15 betheiligt, nämlich

Oppeln	mit	56	Verletzungen,	Gumbinnen	„	12	Verletzungen,
Breslau	„	52	„	Frankfurt	„	12	„
Posen	„	28	„	Köslin	„	11	„
Danzig	„	23	„	Bromburg	„	9	„
Marienwerder	„	23	„	Stettin	„	8	„
Merseburg	„	23	„	Potsdam	„	2	„
Königsberg	„	14	„	Magdeburg	„	1	„
Liegnitz	„	13	„				

In den einzelnen Monaten kamen Verletzungen in folgender Anzahl vor:

Im Januar	16,	Im Mai	35,	Im Sept.	16,
Februar	21,	Juni	31,	Oktober	6,
März	27,	Juli	23,	November	22,
April	31,	August	35,	Dezember	24.

Von den Verletzten blieben 29 ohne ärztliche Behandlung; von ihnen starben 2 = 6, 9 % an Wuth. Bei den übrigen 258 Kranken fand ärztliche Behandlung statt, doch ist bei 16 derselben nicht angegeben, worin die Behandlung bestand.

Ausgebrannt wurde die Verletzung 11 —, ausgeschnitten 1 —, geätzt 4 —, antiseptisch verbunden 6 —, mit kühlen Umschlägen behandelt 5 mal. Bei 231 Verletzten wurde die Schutzimpfung nach Pasteur vorgenommen, und zwar 1 mal im Impfinstitut gegen Tollwuth in Krakau, 230 mal im Institut für Infektionskrankheiten in Berlin.

Im Jahre 1898 blieben ohne ärztliche Behandlung 52 = 20,6 % und wurden geimpft 72 = 28,3 % der Verletzten. Im Jahre 1899 dagegen blieben ohne Behandlung 29 = 10,1 % und wurden geimpft 231 = 80,5 % der Verletzten. Im Jahre 1898 starben an Wuth 9 = 3,42 %, im Jahre 1899 dagegen nur 2 = 0,70 % der Verletzten. Diese Zahlen beweisen einerseits die Wirksamkeit der Schutzimpfung, zeigen aber andererseits die erfreuliche Thatsache, dass die Ueberzeugung, die Gebissenen sobald als möglich der ärztlichen Behandlung und besonders der Schutzimpfung zuzuführen, in breiten Schichten der Bevölkerung Platz gegriffen hat.

Ein Fall, in welchem die Behandlung eines gebissenen Kindes unterblieb, weil der kurz darauf geisteskrank gewordene Thierarzt den betreffenden Hund bei der Obduktion für gesund erklärt hatte, giebt mir Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass die Schutzimpfung nicht von dem Ergebniss der Obduktion des Thieres abhängig gemacht werden darf, sondern in jedem Falle so schnell als möglich vorgenommen werden sollte.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich, die Bevölkerung von Vorstehendem in geeigneter Weise in Kenntniss zu setzen und erneut auf die Nothwendigkeit und Wirksamkeit der Schutzimpfung hinzuweisen.

Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes. Runderlass der Minister für Handel und Gewerbe, des Innern und der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 25. Mai 1900 — B. Nr. 3622 II M. f. H.; Ic. Nr. 681 M. d. I.; M. Nr. 1414 II M. d. g. A. — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Es besteht die Absicht, dem Reichstage in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes zur Beschlussfassung zu unterbreiten, um durch Verlängerung der gesetzlichen Unterstützungsdauer der Krankenkassen auf 26 Wochen den Zusammenhang zwischen der Kranken- und Invalidenversicherung herzustellen. Bei dieser Gelegenheit sollen auch diejenigen Bestimmungen des Gesetzes geändert werden, welche sich in der Praxis als abänderungsbedürftig erwiesen haben.

Wir ersuchen Sie daher, nach Anhörung der Aufsichtsbehörden, diejenigen Bestimmungen zu bezeichnen, welche einer Aenderung zu unterziehen sein werden, und dabei sich namentlich auch über folgende Punkte zu äussern:

1. Empfiehlt sich eine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen; ist insbesondere die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle der Invalidenversicherung unterliegende Personen erwünscht? — Welche Einschränkungen würden vorzusehen sein? Welche Bestimmungen würden namentlich zu treffen sein für land- und forstwirthschaftliche Arbeiter und für das Gesinde?

6.[1]) Ist in das Gesetz eine deklarirende Bestimmung aufzunehmen, wonach als „ärztliche Behandlung“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes nur die Behandlung durch approbirte Aerzte (§. 29 der Reichs-Gewerbe-Ordnung) gilt? — Welche Ausnahmen sind im Bejahungsfalle vorzusehen?

7. Ist die durch §§. 6 und 26a des Krankenversicherungsgesetzes den Kassen gegebene Möglichkeit der Einführung des Zwanges zur Benutzung bestimmter Kassenärzte beizubehalten oder empfiehlt sich die Einführung der freien Aerztewahl? — Allgemein oder mit welchen Beschränkungen?

Welche Einrichtungen sind im Falle der Einführung der freien Aerztewahl zur Verhütung einer über das Bedürfniss hinausgehenden Ausübung der ärztlichen Verordnungen zu treffen?

Sind besondere Vorschriften über die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Aerzten und Kassen zu erlassen?

8.[1]) Empfiehlt es sich, nach dem Vorgange bei §. 30 des Invalidenversicherungsgesetzes in den §§. 9a Ziffer 2 und 26a Ziffer 2 des Krankenversicherungsgesetzes die Worte „oder geschlechtliche Ausschweifungen“ zu streichen?

Müllabfuhr. Polizeiverordnung des Königl. Regierungspräsidenten in Potsdam vom 15. Februar 1900.

I.

Für:

a. den Theil des Kreises Teltow, welcher südlich durch die Chausseelinie Kreisgrenze Trebbin — Christinendorf — Nunsdorf — Zossen — Telz — Mittenwalde — Schenkendorf — Königs-Wusterhausen — Neue Mühle, östlich, nördlich und westlich durch die Kreisgrenze eingeschlossen wird,

---

[1]) Nr. 2—5 und 9—10 sind nicht abgedruckt, da sie kein Interesse für Aerzte bieten.

b. den Theil des Kreises Niederbarnim, welcher östlich und nördlich durch die Chausseelinie Neu-Zittau — Erkner — Tasdorf — Alt-Landsberg — Löhme — Bernau — Wandlitz — Stolzenhagen — Oranienburg über Quaden-Germendorf bis zur Kreisgrenze, übrigens durch die westliche und südliche Kreisgrenze eingeschlossen wird,

c. den Umfang der Stadtkreise Rixdorf, Schöneberg, Charlottenburg und Spandau

wird Folgendes bestimmt:

§. 1. Das Abladen und die Lagerung von allen aus dem Gebiete der Stadtkreise Berlin und Charlottenburg herrührenden Küchen- und Fleischabfällen, Haus- und Marktabgängen, Müll, Asche, Abraum, Schutt, Kehricht, Modder, Kanalisationsschlamm, Scherben, Fabrikabgängen und von anderen ähnlichen, sowie von allen übelriechenden Stoffen ist verboten.

§. 2. Von dem Verbot des §. 1 sind ausgenommen rein thierische Dünger und von Papierresten gereinigter Strassenkehricht.

Für Asche, Bauschutt und Formsand, welche zur Verwendung bei Hoch- und Tiefbauten geeignet und bestimmt sind, kann die Polizeibehörde des Verwendungsortes (in Verbindung mit der Genehmigung aus §. 20) durch besondere, auf eine nach dem Bedürfniss begrenzte Anzahl von Fuhren lautende, die erforderlichen Bedingungen enthaltende schriftliche Erlaubniss Ausnahmen zulassen.

Das Verbot des §. 1 findet ferner keine Anwendung, soweit es sich um das Abladen und die Lagerung der aus dem Gebiete des Stadtkreises Charlottenburg herrührenden vorbenannten Stoffe innerhalb des eigenen Gebietes dieses Stadtkreises handelt.

II.

Für den Bereich:

der Stadtkreise Rixdorf und Schöneberg, der Amtsbezirke Deutsch-Wilmersdorf, Schmargendorf, Grunewald, Spandauer Forst, Friedenau, Steglitz, Zehlendorf, Gross-Lichterfelde, Mariendorf, Tempelhof, Britz, Treptow, Alt-Glienicke, Koepeniker Forst, Buckow und des Stadtbezirks Koepenick

im Kreise Teltow,

der Amtsbezirke Stralau, Rummelsburg, Lichtenberg, Friedrichsfelde, Oberschönweide, Koepenicker Forst, Erkner, Hohen-Schönhausen, Weissensee, Malchow, Franz. Buchholz, Pankow, Niederschönhausen, Blankenfelde, Schönerlinde, Reinickendorf, Dalldorf und Tegel

im Kreise Niederbarnim

wird Folgendes verordnet.

§. 3. Die mittelst Fuhrwerks, Handwagen und Karren erfolgte Beförderung, das Abladen und die Lagerung von:

a. Küchen- und Fleischabfällen, Müll, Asche, Schlacken, Abraum, Schutt, Kehricht, Modder, Kanalisationsschlamm, Scherben, Fabrikabgängen und von anderen ähnlichen, sowie von allen übelriechenden Stoffen, mit Ausnahme rein thierischen Düngers, sowie des von Papierresten gereinigten Strassenkehrichts,

b. Schnee

unterliegt den nachfolgenden Bestimmungen:

Beförderung.

§. 4. Die Beförderung der im §. 3 unter a bezeichneten Stoffe darf, sofern diese nicht bereits in dicht verschlossenen, undurchlässigen Behältern untergebracht sind, nur mittelst solcher Wagen geschehen, die mit staubdichten Böden und Seitenwänden, sowie mit dichtschliessenden Deckeln versehen und während der Fahrt dergestalt dicht verschlossen sind, dass jede Staubentwickelung durch die beförderten Stoffe und jedes Durchstreuen derselben vermieden wird.

Der Regierungspräsident ist ermächtigt, Abfuhrsysteme, welche den Anforderungen des Absatzes 1 in ausreichendem Masse genügen, oder welche ihnen nicht oder nicht mehr entsprechen, öffentlich bekannt zu geben.

Für die ordnungsmässige Beschaffenheit der Wagen sind die Besitzer, für die Befolgung der übrigen Vorschriften der Führer der Wagen verantwortlich.

§. 5. Mit Wagen, die zur Beförderung der im §. 3 unter a bezeichneten Stoffe benutzt werden, darf innerhalb der Ortschaften auf Strassen, Plätzen Chausseen und Wegen, sowohl in beladenem, wie in unbeladenem Zustande nur im Schritt gefahren werden.

Die Wagen müssen in einem Abstande von mindestens 10 Metern von einander fahren.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn nur zwei Wagen gleichzeitig fahren.

§. 6. Die Ladung der zur Beförderung von Schnee auf den Strassen, Plätzen, Chausseen und Wegen benutzten Wagen muss derart vertheilt und befestigt sein, dass sie weder ganz, noch theilweise herabfallen kann.

Für die Befolgung dieser Vorschrift sind die Führer der Wagen verantwortlich.

§. 7. Der Führer jedes Wagens, der mit den im §. 3 unter a und b bezeichneten Stoffen beladen ist, muss eine auf seinen Namen lautende Fahrkarte bei sich führen. Der Fuhrwerksbesitzer ist für die Befolgung dieser Vorschrift mit verantwortlich.

Die Fahrkarte wird auf den Antrag des Fuhrwerksbesitzers von der Polizeibehörde des Betriebsortes desselben ausgestellt; sie muss den Namen und die Wohnung des Fuhrwerksbesitzers enthalten. Behufs ihrer Ausstellung ist eine Bescheinigung über die am Wohnorte des Wagenführers erfolgte polizeiliche Anmeldung desselben vorzulegen.

Lagerung.

§. 8. Das Abladen und die Lagerung der im §. 3 unter a angegebenen Stoffe darf nur auf den von der Ortspolizeibehörde genehmigten und gemäss nachstehender Bestimmungen einzurichtenden Abladeplätzen erfolgen.

Die nachstehenden Bestimmungen finden jedoch keine Anwendung auf das Abladen von Jauche und von menschlichen Exkrementen zum Zweck der Düngung landwirthschaftlich genutzter Ackerflächen, sowie auf die Verwendung von Jauche zur Düngung in Gärtnereibetrieben, soweit das Abladen zur Nachtzeit erfolgt. Die Stoffe müssen innerhalb 24 Stunden durch Unterpflügen oder Untergraben mit Erde bedeckt werden, dürfen jedoch nicht tiefer, als 1 m unter die Fläche des umgebenden Erdreichs gebracht werden.

Als Nachtzeit gelten die Stunden von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens.

§. 9. Jeder Unternehmer, welcher einen derartigen Abladeplatz neu einrichten oder einen bereits bestehenden weiter benutzen will, hat vor der Eröffnung oder Fortsetzung der Benutzung desselben die Genehmigung der zuständigen Polizeibehörde einzuholen. Dem Gesuche ist ein Plan in doppelter Ausfertigung, aus welchem Lage, Ausdehnung und Umgebung des Platzes deutlich ersichtlich sind, sowie eine Erläuterung gleichfalls in doppelter Ausfertigung beizufügen. Aus der Erläuterung muss genau ersichtlich sein, wie den Vorschriften dieser Polizeiverordnung genügt werden soll.

Die Genehmigung zur Weiterbenutzung bestehender Abladeplätze ist vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung nachzusuchen.

§. 10. Jeder Abladeplatz muss von Eisenbahnen, sowie allen öffentlichen Strassen, Plätzen, Chausseen, Wegen und Brücken mindestens 200 m und von den nächstbelegenen bewohnten Gebäuden mindestens 500 m entfernt sein.

Für die von einer Gemeinde eingerichteten Abladeplätze können die Entfernungen des Absatzes 1 nach dem Ermessen der Polizeibehörden bis auf 50 bezw. 300 m ermässigt werden.

§. 11. Die Ausdehnung eines Abladeplatzes darf einen Flächenraum von 10 000 qm nicht überschreiten, doch ist die zuständige Polizeibehörde befugt, ausnahmsweise eine Ausdehnung auf einen Gesammtflächenraum von höchstens 20 000 qm zu gestatten.

Ist das festgesetzte Höchstmass erreicht, so darf im Umkreise von 500 m ein weiterer Abladeplatz nicht angelegt werden.

§. 12. Jeder Abladeplatz muss mit einem festen, mindestens 2 m hohen durch dicht an einander schliessende Bretter hergestellten Zaun umfriedigt sein. In dem Zaune muss wenigstens ein jeder Zeit in brauchbarem Zustande befindliches, in eisernen Angeln hängendes, verschliessbares Zufahrtsthor angebracht sein.

Die Abladestelle muss durch den Zaun derartig abgeschlossen sein, dass eine Staubentwickelung, sowie ein Umherfliegen von Papierschnitzeln u. s. w. über die Grenze der Abladestelle hinaus ausgeschlossen ist.

§. 13. Die Zufahrten nach einem Abladeplatze, sowie die Ein- und Aus-

fahrten desselben müssen feste, das Erdreich bedeckende Fahrbahnen bilden. Dieselben sind in einem, dem beabsichtigten Zwecke entsprechenden Zustande herzustellen und zu erhalten.

§. 14. Auf jedem Abladeplatze muss mindestens eine vom Unternehmer anzustellende Person während der Zeit, während welcher dort abgeladen wird, zum Anweisen und zur Aufrechterhaltung der Ordnung ununterbrochen anwesend sein.

Diese Zeit hat der Unternehmer in seinem Genehmigungsgesuch anzugeben. Aenderungen der Zeit sind der Polizeibehörde anzuzeigen.

§. 15. Die Genehmigung (§. 9) kann auch versagt werden, wenn der Betrieb vermöge der besonderen örtlichen Lage oder Beschaffenheit des Abladeplatzes trotz Erfüllung der Vorschriften der §§. 9 bis 14 erhebliche Nachtheile, Gefahren oder Belästigungen für die Besitzer oder Bewohner benachbarter Grundstücke oder für den öffentlichen Verkehr herbeizuführen geeignet ist.

§. 16. Die Höhe der gelagerten Stoffe darf 2 m nicht übersteigen. Ist diese Höhe erreicht, so ist der Unternehmer verpflichtet, die gelagerten Stoffe mit einer mindestens 0,30 m hohen Schicht fester Erde zu bedecken.

Sand oder Grus sind als Bedeckungsmaterial unzulässig.

§. 17. Wenn ein Abladeplatz den in den §§. 10 bis 14 und 16 festgesetzten Anforderungen nicht mehr entspricht, so ist er auf Anordnung der Polizeibehörde zu schliessen.

§. 18. Das Schaalen (Aussuchen) und Fortschaffen der auf einem Abladeplatze lagernden Stoffe kann von der Polizeibehörde bei einer vorhandenen oder zu befürchtenden Epidemie, sowie zu Zeiten anhaltender Dürre durch öffentliche Bekanntmachung untersagt werden.

Das einzelne Verbot gilt höchstens für 4 Wochen und verliert seine Gültigkeit, wenn es nach Ablauf der festgesetzten Zeit nicht erneuert wird.

§. 19. Die Polizeibehörden sind befugt, bei eintretendem Bedürfniss Desinfektion der abgeladenen Stoffe anzuordnen.

§. 20. Die Polizeibehörden sind befugt, aus besonderen Gründen (z. B zwecks Aufhöhung) das Abladen und Lagern von Bauschutt an bestimmten. Stellen ausserhalb der eigentlichen Abladeplätze zu genehmigen, sowie die Verwendung von Asche und Formsand zu baulichen Zwecken zu gestatten.

Bei Ertheilung der Genehmigung sind die erforderlichen Bedingungen vorzuschreiben.

§. 21. Der Kreisausschuss, in Stadtkreisen der Bezirksausschuss, ist befugt, in geeigneten Fällen Dispensationen von den Bestimmungen über die Lagerung (§. 8 ff.) zu ertheilen.

§. 22. Werden, entgegen den Bestimmungen dieser Polizeiverordnung, Stoffe der im §. 3 unter a angeführten Art abgeladen, so sind die Unternehmer, durch dessen Angestellte oder mit dessen Betriebsmitteln dies geschieht, und — in zweiter Reihe — der Grundstückseigenthümer verpflichtet, auf polizeiliche Aufforderung binnen 24 Stunden die Stoffe fortzuschaffen, widrigenfalls ausser der Bestrafung die Fortschaffung auf Kosten des Verpflichteten bewirkt werden kann.

§. 23. Schnee darf auf öffentlichen Strassen, Plätzen, Chausseen und Wegen nicht abgeladen und gelagert werden.

Die zur Ablagerung bestimmten Flächen müssen mindestens 40 m von Wohngebäuden entfernt sein und, soweit es nach polizeilichem Ermessen erforderlich ist, mit den nöthigen Abzugsvorrichtungen versehen werden.

Strafbestimmungen.

§. 24. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden, soweit nicht in den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe angedroht ist, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt.

Im Falle des Abladens oder Lagerns der im §. 3 unter a angegebenen Stoffe ausserhalb der in den §§. 8 und 20 zugelassenen Plätze tritt Geldstrafe nicht unter 10 Mark oder entsprechende Haft ein.

§. 25. Diese Polizeiverordnung tritt unter Aufhebung der Polizeiverordnung vom 17. März 1898 sofort in Kraft.

Ausübung des Frisier-, Barbier und Haarschneidegewerbes. Polizeiverordnung des Königl. Regierungspräsidenten in Danzig vom 5. Mai 1900.

§. 1. In den Frisier-, Barbier- und Haarschneidestuben, sowie bei Ausübung des Frisier-, Barbier- und Haarschneidegeschäftes überhaupt muss peinlichste Sauberkeit obwalten.

Frisier-, Barbier und Haarschneidestuben dürfen als Schlafstellen nicht benutzt werden.

Hunde und Katzen dürfen in denselben nicht geduldet werden.

§. 2. Personen, welche an einer Haut- oder Haarkrankheit oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen das Gewerbe des Frisierens, Barbierens und Haarschneidens nicht ausüben.

§. 3. Das Frisieren, Barbieren und Haarschneiden darf nur mit reinen Händen vorgenommen werden.

In jeder Frisier oder Barbierstube ist für ausreichende, für das Personal bestimmte Waschgelegenheit zu sorgen, derart, dass dasselbe sich jeder Zeit die Hände mit Seife in reinem, noch unbenutzten Wasser waschen und an einem noch gehörig sauberen und trockenen Handtuch abtrocknen kann.

§. 4. Alle bei dem Frisieren, Barbieren oder Haarschneiden zur Verwendung kommenden Tücher, Frisiermäntel, Unterlagen, Schutzstoffe u. dergl. m. müssen gehörig trocken und sauber, jedenfalls ohne sichtbare Schmutzflecken, sein.

Aus Papier bestehende Schutzstoffe pp. sind nach einmaliger Benutzung zu vernichten.

Sessel, an die der Kopf gelehnt werden soll, sind vorher mit einem Schutzstoffe zu bedecken.

§. 5. Scheeren, Kämme, Rasiermesser, Bürsten, Pinsel und alle sonstigen Frisier-, Barbier- und Haarschneidegeräthe sind nach jeder Benutzung sofort gehörig zu reinigen und zwar mit Ausnahme von Bürsten durch Abwaschen mit Seifenlauge.

Die gemeinsame Benutzung von Schnurrbartbinden, Puderquasten und Schwämmen ist verboten. Wattebäusche und Blutstillungsmittel sind nach dem Gebrauche zu vernichten.

§. 6. Personen, welche an einer Haar- oder Hautkrankheit des Kopfes, an Ungeziefer oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen in den Frisier-, Barbier-, oder Haarschneidestuben nicht bedient werden.

Tücher und Geräthe, welche bei der Bedienung solcher Personen ausserhalb der Geschäftsstuben verwendet sind, müssen, bevor sie wieder in Gebrauch genommen werden, in starker warmer Seifenlauge gründlich gewaschen oder durchgekocht werden.

§. 7. Ein Exemplar dieser Polizeiverordnung in Grösse von einem halben Bogen Reichsformat ist leicht lesbar und bemerkbar in jeder Frisier-, Barbier- oder Haarschneidestube anzubringen.

§. 8. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung seitens solcher Personen, welche das Frisier-, Barbier- oder Haarschneidegewerbe betreiben, oder in demselben beschäftigt sind, werden, soweit nicht anderweitig bestimmte höhere Strafen in Betracht kommen, mit Geldstrafe bis zu 60 Mark, oder im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§. 9. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. Juli 1900 in Kraft.

B. Freie Stadt Hamburg.

Vorsichtsmassregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten durch Barbiere und Friseure. Bekanntmachung des Medizinalkollegiums vom 10. Mai 1900.

Nachdem hier neuerdings wieder mehrfache Erkrankungen an Bartflechten zur Beobachtung gekommen, welche mit grosser Wahrscheinlichkeit auf Uebertragung durch einen Barbier zurückzuführen sind, werden allen Friseuren und Barbieren die nachfolgenden Vorsichtsmassregeln gegen die Verbreitung ansteckender Krankheiten zur Nachachtung empfohlen:

1. Vor der Bedienung eines jeden Kunden wasche der Friseur oder Barbier sich die Hände gründlich mit Wasser und Seife oder mit Seifenspiritus.

2. Er wirke bei seinen Kunden möglichst darauf hin, dass dieselben sich eigene Geräthe zum Rasiren und Haarschneiden anschaffen und in den Geschäftslokalen hinterlegen, oder in ihren Wohnungen zur Benutzung durch den Barbier bereit halten.

3. Alle Geräthe, welche bei mehreren Kunden verwendet werden sollen, müssen vor jeder Benutzung sorgfältig gereinigt werden.

Bürsten und Kämme sind ausserdem mit einer warmen, 5prozentigen Sodalösung mindestens einmal am Tage auszuwaschen, am besten Abends, damit sie über Nacht wieder trocknen können.

Scheeren, Rasirmesser und Haarschneidemaschinen sollten so oft wie möglich, mindestens ein Mal am Tage, in einer starken Seifenlösung 10 Minuten lang gekocht werden.

Rasirmesser mit metallenen Schalen eignen sich für diese wie für jede andere Art der Reinigung besser, als Messer mit Schalen aus Horn, Elfenbein, Schildpatt, Celluloid.

Haarwalzbürsten sollten gar nicht verwendet werden.

4. Zum Einseifen und Einpudern bediene man sich nicht der üblichen Pinsel und Quäste, sondern neuer, sauberer Bäusche aus entfetteter Watte, welche nur bei einem Kunden zu benutzen und dann zu vernichten sind. Gegen die Verwendung von Pulverzerstäubern mit Gummiballongebläse zum Pudern ist nichts einzuwenden.

5. Das Abwaschen des Gesichtes nach dem Rasiren wird am besten durch den Rasirten selbst vorgenommen. Zum Abtrockenen dürfen ihnen nur frisch gewaschene, noch von keinem anderen Kunden benutzte Handtücher oder Papierservietten gegeben werden. Die Frisirmäntel müssen rein sein; wo sie dem Halse anliegen, ist eine frische Papierserviette einzuschieben. Wer sich im Hause rasiren lässt, benutzt am besten seine eigene Wäsche.

6. In der ganzen Frisir- und Barbierstube muss peinliche Sauberkeit herrschen; abgeschnittene zu Boden gefallene Haare sind mit feuchtem Sand, Sägespähnen oder Theeblättern zusammenzukehren.

In jeder Barbierstube muss mindestens ein mit Wasser gefüllter Spucknapf stehen, welcher täglich zu reinigen ist.

7. Personen, welche mit Bart-, Haar- oder sonstigen Ausschlagskrankheiten behaftet sind, sollten nicht in einem offenen Geschäft, sondern nur in ihren Wohnungen und nur mit ihren eigenen Geräthen, oder mit besonderen, nur für Kranke bestimmten Geräthen bedient werden. Die bei ihnen benutzten Geräthe sind unmittelbar nach dem Gebrauch mit besonderer Sorgfalt zu reinigen. Man bemühe sich, solche Kranke zum Aufsuchen ärztlicher Hülfe zu bestimmen.

Zum Rasiren und Frisiren von Leichen dürfen nur die Geräthe der Verstorbenen oder solche Geräthe benutzt werden, welche bei Lebenden nicht wieder zur Verwendung kommen.

8. Barbiere und Friseure, sowie deren Gehülfen, welche selbst an ansteckenden Krankheiten leiden, müssen sich aller Thätigkeit in ihrem Beruf enthalten, bis sie wieder hergestellt sind.

9. Barbiere und Friseure, welche diese Vorsichtsmassregeln versäumen, haben im Falle der Uebertragung einer ansteckenden Krankheit durch ihre Thätigkeit strafrechtliche Verfolgung auf Grund von §. 230 des Strafgesetzbuches wegen fahrlässiger Körperverletzung zu gewärtigen.

Ankündigung von nicht approbirten, mit Ausübung der Heilkunde sich befassenden Personen. Verordnung des Senats vom 1. Juni 1900.

Der Senat verordnet auf Grund §. 8 der Medizinal-Ordnung vom 29. Dezember 1899 was folgt:

§. 1. Oeffentliche Anzeigen von nicht approbirten Personen, welche sich mit der Ausübung der Heilkunde befassen, sind verboten, sofern sie über Vorbildung, Befähigung oder Erfolge der genannten Personen zu täuschen geeignet sind, oder prahlerische Versprechungen enthalten.

§. 2. Die öffentliche Ankündigung von Gegenständen, Mitteln, Vorrichtungen und Methoden, welche zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Menschen- oder Thierkrankheiten bestimmt sind, ist verboten:

1. falls den Gegenständen, Mitteln, Vorrichtungen oder Methoden besondere, über ihren wahren Werth hinausgehende Wirkungen beigelegt werden, oder das Publikum durch die Art ihrer Anpreisung irregeführt oder belästigt wird, oder
2. falls die Gegenstände, Mittel, Vorrichtungen oder Methoden ihrer Beschaffenheit nach geeignet sind, Gesundheitsschädigungen hervorzurufen.

Handelt es sich um Geheimmittel oder Geheimkuren, so ist deren öffentliche Ankündigung unter allen Umständen, einerlei ob die unter 1 und 2 genannten Bedingungen zutreffen, verboten.

§. 3. Die öffentliche Ankündigung von Gegenständen, Mitteln, Vorrichtungen und Methoden, welche zur Verhütung der Empfängniss, zum Hervorrufen geschlechtlicher Erregungen oder zur Beseitigung der Folgen geschlechtlicher Ausschweifungen bestimmt sind, ist verboten.

§. 4. Zuwiderhandlungen gegen die §§. 1 bis 3 werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit entsprechender Haft bestraft.

Regelung des Irrenwesens. Verordnung des Senats vom 1. Juni 1900.

Der Senat verordnet auf Grund §. 6 der Medizinal-Ordnung vom 29. Dezember 1899 über das Irrenwesen und den Betrieb von öffentlichen und privaten Anstalten für Geisteskranke, Idioten und Epileptische was folgt:

A. Aufnahme.

§. 1. Geisteskranke, Idioten und Epileptische, deren Behandlung in einer geschlossenen Anstalt nothwendig ist, dürfen nur in die hierfür bestimmten öffentlichen oder behördlich anerkannten und beaufsichtigten privaten Anstalten aufgenommen werden.

§. 2. 1. Zur Aufnahme in eine Hamburgische Anstalt für Geisteskranke, Idioten und Epileptische bedarf es des auf Grund persönlicher Untersuchung ausgestellten Zeugnisses eines approbirten Arztes, welches enthalten muss:

a. die Erklärung, dass die Aufnahme wegen Geisteskrankheit, bezw. Idiotie oder Epilepsie erforderlich ist,
b. eine Aeusserung über die Haupterscheinungen der Krankheit und
c. die Angabe des Zeitpunktes der letzten Untersuchung.

2. Die Aufnahme eines Kranken darf nur innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach der letzten ärztlichen Untersuchung erfolgen.

3. Von der Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses kann abgesehen werden:

a. falls die Aufnahme von dem leitenden Arzte der Anstalt oder dessen Vertreter für dringlich erklärt wird;
b. falls die Aufnahme auf Grund von Anordnungen der Gerichte oder der Staatsanwaltschaft erfolgt.

4. Wünscht ein Kranker freiwillig in eine Irrenanstalt aufgenommen zu werden, so ist dazu erforderlich:

a. eine ärztliche Bescheinigung der Zweckmässigkeit der Aufnahme vom medizinischen Standpunkte;
b. die schrittliche Einwilligung des Kranken selbst, die, wenn er einen gesetzlichen Vertreter hat, von diesem zu genehmigen ist.

5. Bei Versetzung eines Kranken aus einem Krankenhause oder einer anderen Anstalt in eine Hamburgische Anstalt für Geisteskranke, Idioten und Epileptische ist gleichzeitig mit der Ueberführung ein ärztlicher Bericht über die Haupterscheinungen der Krankheit und die Gründe der Verlegung beizubringen. Erfolgt die Versetzung aus einer Hamburgischen Anstalt für Geisteskranke, Idioten und Epileptische in eine andere derartige Anstalt, so ist ausserdem eine Abschrift der bei den Akten der ersten Anstalt befindlichen privatärztlichen und amtsärztlichen Zeugnisse baldigst nachzusenden.

6. Bei Versetzung eines Kranken in eine Hamburgische Privat-Irren-Anstalt kommt ausserdem die Vorschrift der Aerzte-Ordnung in §. 3 Nr. 6 zur Anwendung.

§. 3. Von jeder Aufnahme, auch wenn es sich um eine Verlegung aus einer anderen Anstalt handelt, hat der Leiter der Anstalt innerhalb 24 Stunden der zuständigen Polizeibehörde Anzeige zu machen. Die Polizeibehörde hat demnächst die Untersuchung des Kranken durch einen Physikus herbeizuführen, welcher darüber zu berichten hat, ob der Kranke sich zur Behandlung in der betreffenden Anstalt eignet.

Falls der Physikus bei der ersten Untersuchung zu einem abschliessenden Urtheil nicht kommt, hat er die Untersuchung zu wiederholen, bis er ein endgültiges Gutachten abgeben kann.

Die von den Gerichten oder der Staatsanwaltschaft zur Beobachtung ihres Geisteszustandes der Irrenanstalt überwiesenen Personen unterliegen für ihre Aufnahme der Untersuchung und Begutachtung durch den Physikus nicht.

§. 4. Falls ein Physikus in nicht amtlicher Eigenschaft die Ueberführung eines Kranken in eine der genannten Anstalten veranlasst, muss das erforderliche Physikatsattest von einem anderen Physikus ausgestellt werden. Dasselbe hat zu geschehen, wenn der Leiter einer Privatirrenanstalt selbst Physikus ist.

§. 5. Soll ein Geisteskranker aus dem Hamburgischen Staatsgebiet in eine auswärtige Irrenanstalt gebracht werden, so kommen die Vorschriften der Aerzte-Ordnung §. 3 unter 6 und der Medizinal-Ordnung §. 6 Absatz 4 zur Anwendung.

Macht die Erkrankung eines Hamburgischen Staatsangehörigen die Ueberführung in eine auswärtige Irrenanstalt nothwendig, während er vom Hamburgischen Staatsgebiet abwesend ist, so ist dem Zeugniss eines Hamburgischen Physikus das eines anderen deutschen Physikus (Kreisarzt, Bezirksarzt, Amtsarzt) gleich zu stellen.

B. Entlassung.

§. 6. 1. Gegen den Willen der gesetzlichen Vertreter dürfen Geisteskranke in der Anstalt nur zurückgehalten werden:

a. wenn sie auf Veranlassung der Polizeibehörde, der Staatsanwaltschaft oder der Gerichte in die Anstalt gebracht worden sind;
b. wenn sie von dem leitenden Arzt als für sich oder für Andere gefährlich erklärt werden.

In beiden Fällen kann die Entlassung nur nach eingeholter Genehmigung der Polizeibehörde erfolgen.

2. Anträgen auf Entlassung von freiwillig in die Anstalt eingetretenen Kranken muss in jedem Falle entsprochen werden, falls nicht durch Physikats-Gutachten festgestellt wird, dass der Betreffende für sich oder Andere gefährlich ist.

3. Beurlaubungen eines Kranken aus einer Privatanstalt dürfen die Dauer von vier Wochen nicht überschreiten. Eine Rückführung nach Ablauf dieser Zeit gilt als Neuaufnahme.

C. Betrieb.

§. 7. In jeder Anstalt muss ein Gesammtkrankenverzeichniss (Hauptbuch) und eine Zu- und Abgangsliste, ferner über jeden Kranken eine Personalakte und eine ärztliche Krankengeschichte fortlaufend geführt werden.

Für die Privatanstalten sind die für Hauptbuch und Listen vom Medizinal-Kollegium festgestellten Schemata massgebend.

§. 8. Privatanstalten für Geisteskranke, Idioten und Epileptische sollen, soweit es sich nicht um wirthschaftliche und Verwaltungsangelegenheiten oder um den Unterricht der Kranken handelt, von einem in der Psychiatrie ausgebildeten Arzte geleitet werden, dessen Wahl vom Medizinal-Kollegium zu genehmigen ist.

Die dem Arzte ertheilte Genehmigung kann zurückgenommen werden, wenn aus Handlungen oder Unterlassungen desselben sich dessen Unzuverlässigkeit in Bezug auf die ihm übertragene Thätigkeit ergiebt.

In jeder Privatanstalt für Geisteskranke, Idioten und Epileptische muss, vorbehaltlich vom Medizinal-Kollegium zuzulassender Ausnahmefälle, mindestens ein psychiatrisch ausgebildeter Arzt wohnen. Bei einer grösseren Anzahl von Kranken kann das Medizinal-Kollegium die Anstellung weiterer Aerzte verlangen.

§. 9. Folgende Anordnungen sind in allen Privatanstalten für Geisteskranke, Idieten und Epileptische ausschliesslich den Aerzten vorbehalten:

1. Die Anordnung der Isolirung eines Kranken — abgesehen von Nothfällen, in denen jedoch nachträglich ärztliche Genehmigung erforderlich ist — und die Anordnung etwaiger mechanischer Beschränkung eines Kranken durch Jacken, Binden oder ähnliche Vorrichtungen.

Jeder Fall von solcher Beschränkung oder Isolirung ist unter Angabe des Grundes zur Anordnung vom Arzt in ein besonderes hierzu bestimmtes Buch,

welches nach einem vom Medizinal-Kollegium aufgestellten Schema einzurichten ist, einzutragen.

2. Die Anordnung der den einzelnen Kranken zu gewährenden besonderen Kost und Verpflegung.

3. Die Bestimmung über die gesammte Thätigkeit des Wartepersonals, soweit es sich um die Krankenpflege handelt.

4. Die Beantwortung aller mündlichen und schriftlichen Anfragen von Behörden, Anverwandten und gesetzlichen Vertretern, soweit sie sich auf den Krankheitszustand der Insassen beziehen.

Ausserdem sind Verlegungen von Kranken auf eine andere Abtheilung, die Beschäftigung der Kranken und die allgemeine Regelung ihrer Beköstigung, sowie die Vertheilung des Wartepersonals nur mit Zustimmung des leitenden Arztes vorzunehmen.

Für die öffentlichen Anstalten werden die entsprechenden Anordnungen von den zuständigen Verwaltungsbehörden im Einvernehmen mit dem Medizinal-Kollegium festgestellt.

D. Ueberwachung.

§. 10. Die Aufsicht über die öffentlichen und privaten Anstalten für Geisteskranke, Idioten und Epileptische führt die Kommission des Medizinal-Kollegiums für das Irrenwesen. Dieselbe besteht aus folgenden fünf Mitgliedern:

1. einem als Gerichtsarzt fungirenden Physikus, welcher den Vorsitz führt;
2. dem Direktor einer öffentlichen Irrenanstalt, falls ein solcher Mitglied des Medizinal-Kollegiums ist, sonst einem zweiten als Gerichtsarzt fungirenden Physikus;
3) einem der praktischen Aerzte;
4) zwei bürgerlichen Mitgliedern.

Die Kommission wird vom Medizinal-Kollegium alljährlich neu gewählt. Es ist darauf zu achten, dass die bürgerlichen Mitgliedern jahrweise wechseln.

Die Kommission ist befugt, weitere psychiatrische Sachverständige zuzuziehen.

§. 11. Ist in einer Beschwerdesache oder bei einer Anstaltsbesichtigung ein Mitglied der Kommission gemäss §. 6 der Medizinal-Ordnung Absatz 2 auszuschliessen, so bestimmt der Präses des Medizinal-Kollegiums aus der Zahl der übrigen Mitglieder des Medizinal-Kollegiums einen Ersatzmann, welcher soweit möglich der gleichen Kategorie wie das ausgeschlossene Mitglied angehören muss.

§. 12. Die von der Kommission vorgenommenen Besichtigungen sind protokollarisch festzustellen.

Berichte und Anträge der Kommission sind an den Präses des Medizinal-Kollegiums zu richten.

§. 13. Die Besichtigungen der Anstalten durch die Kommission finden unangemeldet statt.

Die Aerzte der Anstalten sind verpflichtet, die Kommission auf Erfordern bei ihrer Besichtigung zu begleiten und die gewünschten Auskünfte zu ertheilen.

Die Kommission ist berechtigt, die Bücher und Krankengeschichten (§. 7), sowie die über jeden Kranken ausgestellten privatärztlichen und amtsärztlichen Zeugnisse und Gutachten einzusehen.

§. 14. Ueber die bei der Kommission eingehenden Beschwerden ist ein Journal zu führen.

Wenn ein Kranker wiederholte, nach Ueberzeugung der Kommission durch seine Krankheit verursachte Beschwerden führt, so kann die Kommission den Anstaltsleiter befugen, von der Absendung weiterer Beschwerden abzusehen.

E. Schlussbestimmungen.

§. 15. Die Vorschriften dieser Verordnung finden auf offenen Anstalten, in denen die Kranken keiner Einschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterliegen, keine Anwendung.

§. 16. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäss §. 25 der Medizinal-Ordnung, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft, und wenn die Zuwiderhandlung eine vorsätzliche war, mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder mit Gefängniss bis zu drei Monaten geahndet.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 13. 1. Juli. 1900.

Rechtsprechung.

Bestrafung eines Kurpfuschers wegen fahrlässiger Körperverletzung. Urtheile des Landgerichts (Strafkammer) zu Mainz vom 28. September 1899 und des Reichsgerichts (III. Strafsenats) vom 22. Januar 1900.

a. Urtheil des Landgerichts vom 28. September 1899.

Der Angeklagte genoss, seiner Angabe gemäss, bis zu seinem 12. Lebensjahre Mittel-, bis zum 14. Lebensjahre Volksschulunterricht, trat sodann in die Zigarrenfabrik seines Vaters ein, um sich kaufmännisch auszubilden und genügte hierauf seiner Militärdienstpflicht als vierjährig Freiwilliger bei einem Dragonerregiment. Bereits zu dieser Zeit will er sich für die sogenannte Naturheilkunde interessirt und durch Studium hierauf Bezug habender Werke — Hahn, Rausse, Munde, Canitz, Spohr, Siegert, Reclam — sich soweit ausgebildet haben, dass er in der Lage gewesen sei, die erworbenen Kenntnisse bei seinen Angehörigen, in der Kaserne und in der von ihm später geleiteten Fabrik praktisch anzuwenden. Während seiner Beschäftigung als Werkmeister in einer Zigarrenfabrik in H. habe er die Bekanntschaft von Studirenden der Medizin gesucht und gefunden, durch Umgang mit diesen sein Wissen erweitert, zeitweise Zutritt in die Anatomie erlangt, von Studenten Unterricht in der Mikroskopie erhalten und sich mit der Lektüre physiologischer und anatomischer Werke — Foster, Hirtl, Heymann, Landois, Böhm, Gutmann — befasst, wodurch er auch Palgation, Perkussion und Auskultation erlernt habe. Nach Absolvirung eines praktischen Kursus in einem Kurbad und in der Massage habe er 1895 seinen Wohnsitz nach W. verlegt, sich fortgesetzt weiter theoretisch ausgebildet und im Jahre 1898 eine Kur- und Badeanstalt für naturgemässe, arzneilose Krankenbehandlung errichtet, die gleichzeitig als öffentliche Badeanstalt jedem zugänglich gewesen sei. Sowohl in dieser Anstalt, als auch ausserhalb derselben behandelte er nach den Grundsätze der Naturheilmethode, durch Anwendung von Bädern, Douchen, Wickeln, Packungen in den verschiedensten Temperaturen, Massage und Anordnung einer vorzugsweise aus Vegetabilien bestehenden Diät, unter möglichstem Ausschluss des Alkohols.

Durch Prospekte und Zeitungsannoncen setzte er die Vortheile seines Verfahrens unter Mittheilung von Krankheitsberichten und Heilungserfolgen auseinander und bezeichnete sich insbesondere qualifizirt zur Berathung und Behandlung aller Krankheiten, auch weiblicher Leiden jeder Art. Er will sich eines grossen Zuspruchs und Vertrauens erfreut haben, und es kann nach Art und Umfang seines Betriebes keinem Zweifel unterliegen, dass der Angeklagte durch die von ihm selbst gewählte, gegen Entgelt ausgeübte Thätigkeit verpflichtet war, sich den Angaben derselben mit besonderer Sorgfalt zu widmen und dass er für Anwendung der erforderlichen Einsicht und Sachkunde in einem höheren Masse verantwortlich ist, als unter gleichen Verhältnissen von einem anderen gefordert wird. Die Voraussetzungen des §. 230 2, St.-G.-B. sind daher an sich gegeben.

Der Angeklagte bezeichnet sich auch heute noch als genügend wissenschaftlich und praktisch befähigt nach den Grundsätzen der Naturheilmethode die Leiden des menschlichen Körpers zu erkennen und zu heilen; bei besonders schwierigen Fällen, namentlich operativen Eingriffen, will er die Zuziehung eines Arztes angerathen und veranlasst haben. Die Erkenntniss der Krankheit schöpft er im Wesentlichen aus der Anamnese; der Diagnose, dem nach den Prinzipien der Schulmedizin wichtigsten Theil der Therapie, der Grundlage der Praxis, misst er keine entscheidende Bedeutung bei, da sie meistens nicht über die Ursachen

der Krankheit, sondern nur über Symptome Aufschluss gebe. In keinem der vier zur Anklage stehenden Fällen will der Angeklagte sich gegen die anerkannten Regeln der Heilkunde verfehlt haben, sei es, dass er Mangels richtiger Erkenntniss der Krankheit eine verkehrte Behandlung eintreten liess oder den Kranken von der Ergreifung der richtigen Massregeln abhielt; er bestreitet, dass durch oder in Folge seiner Thätigkeit den betreffenden Patienten körperliche Nachtheile, insbesondere Schmerzen entstanden seien, die ihnen bei einer anderen Behandlung erspart geblieben wären. Jedenfalls fehle es an der Feststellung der subjektiven Fahrlässigkeit; er habe stets in gutem Glauben gehandelt; wo dieser vorhanden sei und die Möglichkeit der Voraussicht eines schlimmen Erfolges fehle, sei ihm diese nicht anzurechnen.

Die Persönlichkeit des Angeklagten und die Art seines Geschäftsbetriebes anlangend, so mag ihm Mangels gegentheiliger Feststellung zugestanden werden, dass ihm der Vorwurf gewissenloser Behandlung und Ausbeutung des Publikums im Allgemeinen nicht gemacht werden kann, er vielmehr im Vertrauen auf seine Kenntniss und die von ihm als richtig anerkannte Heilmethode thätig zu werden bestrebt war; indessen kann ihm dieser Umstand nicht besonders hoch angerechnet werden, da er durch ein entgegengesetztes Verhalten sein Ansehen und seine Existenz auf das Spiel gesetzt hätte. Betrachtet man indessen seine Vorbildung, so muss dieselbe als höchst unzureichend angesehen werden und sie kann ihm trotz aller Mühe und guten Willens nicht zu dem befähigen, als den er sich ausgiebt und auftritt. Die Kenntniss des menschlichen Körpers in seinem kunstvollen Gefüge und seine Behandlung im kranken Zustand erfordern einen anderen Bildungsgang, als den der Angeklagte absolvirt hat. Seine Elementarschulkenntnisse reichen nicht aus um ihm das Verständniss der von ihm angeblich studirten Werke zu ermöglichen; Form und Bau des menschlichen Körpers konnten ihm weder der Umgang mit Studenten, noch spärliche Besuche in der Anatomie lehren; dessen Untersuchung und Behandlung im kranken Zustand konnte er ohne wissenschaftliche Anleitung weder aus der Lektüre, noch durch die Praxis in einer Badeanstalt erlernen; denn mit der Kenntniss, wie man Wasserkuren und Massage applizirt, ist es nicht gethan. Bei dieser Sachlage musste der Angeklagte Gefahr laufen, ohne Rücksicht auf die Art des Leidens und der Individualität des Kranken, die an und für sich auch von der Schulmedizin anerkannten Mittel der Naturheilmethode unrichtig anzuwenden. Es handelt sich somit vorliegend nicht um die Entscheidung, ob die von einer oder der anderen dieser beiden Methoden vertretenen Grundsätze, die allein richtigen sind, sondern ob, nachdem durch die Gewerbeordnung das ärztliche Gewerbe freigegeben ist, dem Angeklagten, der die Heilmethode, ohne geprüft oder approbirt zu sein, gewerbsmässig betreibt, nicht Fehler gegen allgemein anerkannte Regeln der Heilkunst nachgewiesen werden können, ohne Rücksicht darauf, ob von einzelnen Aerzten das von dem Angeklagten eingehaltene Verfahren als richtig angesehen worden ist.

Bezüglich der einzelnen Fälle ergab die Verhandlung Folgendes:

1. Betrifft Verkennung und falsche Behandlung eines Oberschenkelbruches bei dem $1^1/_4$ Jahre alten Kinde H. Das Urtheil sagt hierzu:

„Aus den vorstehenden Feststellungen ergiebt sich zwar, dass der Angeklagte das Vorhandensein des Oberschenkelbruches nicht erkannte, eine strafrechtliche Verschuldung des Angeklagten konnte jedoch nicht angenommen werden. Während die Sachverständigen S. und B. den Standpunkt vertreten, dass der Bruch unschwer zu erkennen war, und es als ein Kunstfehler bezeichnet werden müsse, wenn der Angeklagte nicht zur Anlegung eines Streck-, Schienen- oder Gypsverbandes geschritten sei, oder solchen durch einen Arzt habe anlegen lassen, oder doch mindestens eine sonstige Richtigstellung des Beines gegen willkürliche Lageveränderungen veranlasst habe, wodurch dem Kinde, namentlich die durch das Abhalten entstandenen Schmerzen erspart worden wären, auch der Sachverständige Sp. einen Streckverband angelegt haben würde, so ist der letztere und der Sachverständige B. doch der Ansicht, dass nicht bloss nach den Grundsätzen der Naturheilmethode, sondern auch denen der Chirurgie der Angeklagte, selbst wenn er sich in der Diagnose geirrt oder eine solche gar nicht gestellt hätte, einen Kunstfehler nicht begangen habe, da viele Aerzte zunächst keine Immobilisirungsverbände anlegten, um die Rückbildung der Geschwulst und die Aufsaugung des Blutwassers herbeizuführen, sowie die Schmerzen zu mässigen, und dass ein Druckverband sogar schädlich sei und die Gefahr des

Brandes begünstige. Die dem Kinde durch das Auftreten verursachten Schmerzen wären auch bei Anlegung eines Streckverbandes eingetreten. Bei diesem Zwiespalt der Ansichten ist es zweifelhaft, ob das Verfahren des Angeklagten als ein verfehltes und strafrechtlich verantwortliches erscheint und ob dem Kinde hierdurch grössere Schmerzen zugefügt wurden, als wenn sofort zur Anlegung eines Verbandes geschritten worden wäre. Aber selbst dieses angenommen, fehlt es an ausreichenden Beweisen dafür, dass der Angeklagte nach den geschilderten Verhältnissen die nachtheilige Einwirkung auf den Körper des Kindes als mögliche Folge seines Verhaltens voraussehen konnte. Er war mithin von dieser Anklage freizusprechen.

2. Der .. St. in W. litt seit Jahren an Halsweh, Heiserkeit und Schlundbeschwerden, als Folge einer alten syphilitischen Ansteckung. Zeitweise hatte er ärztliche Hülfe in Anspruch genommen und hierdurch Besserung seines Zustandes herbeigeführt. Als das Uebel im Sommer 1898 wieder auftrat, beschloss St. es mit einer Wasserkur zu versuchen und sich in die Behandlung des angeblich auch in Halskrankheiten bewanderten Angeklagten zu begeben. Nachdem ihm der Patient über die Entstehung und den Verlauf der Krankheit Mittheilung gemacht und der Angeklagte ihm ohne Anwendung eines Instruments in den Hals gesehen, erklärte der Angeklagte, er wisse was St. fehle und machte in seinem Ordinationsbuch unter dem 5. September den Eintrag: „Halsgeschwür in Folge früherer Quecksilberbehandlung.“ Auf die Frage des Kranken, ob er ihn heilen könne, erwiderte er, er schenke jedem klaren Wein ein, er werde ihn heilen. St. musste nun nach den Anordnungen des Angeklagten täglich Dampfbäder, Halbbäder, Waden- und Halswickeln, Douchen auf den Kehlkopf, Abspritzungen und Abreibungen nehmen bezw. an sich machen lassen, jede schwere Arbeit in der Werkstätte, den Aufenthalt daselbst und im Wirthshause, sowie das Rauchen unterlassen und durfte nur etwas Fleisch, Sauer- und Buttermilch, Eier, Gemüse und Milch zu sich nehmen. Während die Kur in den ersten Tagen wohlthätig empfunden wurde, war der Patient, der sämmtliche Anordnungen streng befolgt hatte, nach Verlauf von 20 Tagen so heruntergekommen, dass er starkes Fieber hatte, kaum gehen und fast nichts mehr geniessen konnte, da er die Nahrung der zunehmenden Schmerzen halber nicht hinunterbrachte. Gleichzeitig war eine Gewichtsabnahme von 27 Pfund eingetreten. Als er dem Angeklagten hiervon Mittheilung und Vorstellungen machte, meinte dieser, das Fieber sei gerade der beste Beweis dafür, dass die Kur helfe; wenn er dieselbe nicht fortsetze und nicht wieder zu ihm komme, werde er zu Grunde gehen. St. traute aber den Versprechungen des Angeklagten nicht mehr und begab sich nunmehr in die Behandlung des Prof. Dr. H. Dieser bezeichnet den Eindruck, den der Patient auf ihn machte, als jammervoll und den Geisteszustand für bedenklich. Die mit dem Kehlkopfspiegel angestellte Untersuchung ergab Geschwürbildungen auf dem Kehlkopfdeckel und dem Eingang des Kehlkopfes, die durch Hineinsehen in den Hals ohne Anwendung des Spiegels **nicht** zu entdecken und von solchem Umfange waren, dass die Gefahr der Erstickung nicht als ausgeschlossen angesehen wurde. Halsgeschwüre waren **nicht** vorhanden. Durch reichliche Zufuhr kräftiger Nahrung und geeignete medizinische Heilmittel war St. nach Verlauf mehrerer Wochen wieder hergestellt und ist das Leiden bis jetzt nicht mehr aufgetreten. Der zuletzt genannte Arzt und die Sachverständigen S. und B. sind der Ansicht, dass der Angeklagte mangels technischer Hülfsmittel die Natur der Krankheit nicht erkannte und nicht erkennen konnte und der Eintrag im Ordinationsbuch nur auf Errathen aus der ihm mitgetheilten Krankengeschichte beruhe. So zweckmässig Bäder und eine geregelte Diät bei dieser Art der Krankheit geeignete Heilmittel seien, so habe der Angeklagte jedoch ohne Diagnose und damit ohne Rücksicht auf die Art der Krankheit und ihre Fortschritte, sowie die Individualität des Patienten seine Anordnungen gegeben und durchführen lassen. Die innerhalb so kurzer Zeit eingetretene Gewichtsabnahme bedeute eine erhebliche körperliche Schädigung des Kranken. Der Sachverständige Sp. hält zwar auch die Anwendung des Kehlkopfspiegels für geboten, im Uebrigen genügen aber nach seiner Ansicht meistens Schwitzbäder und besondere Diät; auch mit Quecksilberbehandlung sei der Erfolg zweifelhaft, sogar vielfach ungünstig; die Gewichtsabnahme beweise nichts, sie sei nur ein Durchgangsstadium zur Heilung, und das Fieber erscheine als günstiges Symptom. Auch von Seiten des Sachverständigen B. wird die von dem Angeklagten eingeschlagene Behandlungs-

weise für korrekt erklärt, nur in den äussersten Fällen sei die Anwendung von Quecksilber und Jodkali geboten und gerechtfertigt. In diesem Falle wird jedoch dem Angeklagten mit Recht der Vorwurf fahrlässiger Körperverletzung gemacht. Wie durch den Sachverständigen H. in überzeugender Weise dargethan, waren im Halse bezw. Rachen keine Geschwüre, dieselben sassen vielmehr tiefer an Stellen, die der Angeklagte bei einer blossen Okularbesichtigung nicht wahrnehmen konnte. Sein Eintrag in das Ordinationsbuch hatte deshalb keinen Werth, er ist nur erfolgt auf Grund der Mittheilung des Patienten über die Entstehung der Krankheit und die vorhandenen Schluckbeschwerden. Liess sich der Angeklagte auf die Behandlung und Heilung eines derartigen Patienten ein, so war es seine Pflicht, auch diejenigen Hülfsmittel zu kennen und anzuwenden, durch welche eine gründliche Untersuchung des kranken Körpertheils und Feststellung des Uebels allein möglich war; dies konnte nur unter Anwendung des Kehlkopfspiegels geschehen, und indem der Angeklagte dies nicht that bezw. zu diesem Zweck einen Sachverständigen nicht zuzog, hat er sich unbedenklich einer strafbaren Fahrlässigkeit schuldig gemacht. So zutreffend es sein mag — und es bedarf deshalb des hierüber event. angebotenen Beweises nicht, dass die Syphilis von einer Reihe von Aerzten mit Bädern und geregelter Diät, unter Anschluss von Arzneien wirksam bekämpft wird, so setzt die Anwendung dieser Mittel, neben einer ordnungsmässigen Untersuchung des Kranken, individuelle Anpassung voraus, nur dann kann von richtigen Anordnungen die Rede sein. Wenn nun der Angeklagte die Badekuren und die Kostbeschränkung bezw. Entziehung fortsetzt, obwohl er sah und wusste, dass der Kranke täglich mehr zurückging, fieberte und keine Nahrung mehr zu sich nehmen konnte, wenn er dessen Vorstellungen und Weigerungen die Kur fortzugebrauchen, mit der Drohung begegnete, wenn er von ihm wegbleibe, würde er zu Grunde gehen, dann musste der Angeklagte zur Erkenntniss kommen, dass eine fehlerhafte Behandlung vorliege und eine Fortsetzung derselben das körperliche Wohlbefinden zu stören geeignet sei. Wie in einem solchen Falle jeder gewissenhafte Heilkundige die Zuziehung einer weiteren Hülfe angerathen oder wenigstens nicht verhindert hätte, so wäre es Sache des Angeklagten gewesen, bei dem offenbaren Misserfolg seiner Behandlung ebenso zu verfahren, wodurch dem Zeugen St. wochenlange Schmerzen erspart und die Heilung erheblich verkürzt worden wäre. Da selbst die Naturheilkunde in hartnäckigen Fällen Quecksilber und Jodkali anwendet, so hätte der Angeklagte erkennen müssen, dass in concreto die Naturheilmittel versagen und zu anderen Mitteln gegriffen werden müsse, zumal er selbst in glaubhafter Weise behauptet, — eine Beweiserhebung hat deshalb nicht stattgefunden —, dass er schon in vielen Fällen zur Zuziehung eines Arztes gerathen habe.

Der Angeklagte hat somit wegen unterlassener ordnungsgemässer Untersuchung des Kranken und Anwendung nicht sachgemässer Heilmittel, fahrlässiger Weise durch Ausseracht lassung der durch seinen Beruf gebotenen Vorsicht und Aufmerksamkeit auf den Körper des Zeugen St. schädigend eingewirkt und ist deshalb strafbar.

3. Ende August stellten sich bei der Ehefrau B. in W. schmerzhafte Anschwellungen der inneren Fussknöchel ein und beschloss sie deshalb, in der Anstalt des Angeklagten ein Dampfbad zu nehmen. Von der Ehefrau des Angeklagten an diesen verwiesen, wurde sie über Alter, Kinderzahl und frühere Krankheiten befragt, worauf sie mittheilte, dass sie vor ca. 9 Jahren an Herzbeutelentzündung und vor ungefähr einem Jahre an Bronchialhusten gelitten habe; der Angeklagte füllte nun für die Zeugin B. einen Ordinationszettel aus und ordnete ohne jede körperliche Untersuchung, neben dem von ihm gebilligten Dampfbad Massage der beiden Beine an, welche grosse Schmerzen verursachte. Bei Wiederholung dieser Prozedur steigerten sich die Schmerzen und es zeigten sich auf den Beinen blaue Flecke; auf Vorzeigen der Beine ordnete der Angeklagte Umschläge an, Ehefrau B. konnte aber kaum noch ihre Wohnung erreichen und musste sich in das Bett begeben, in welchem sie noch den folgenden Tag verbrachte. Tags darauf liess sich die nunmehr des Gehens unfähige Patientin, die an eine Behandlung durch den Angeklagten gar nicht gedacht hatte, in dessen Anstalt fahren, um nochmals ein Dampfbad zu nehmen. Beide

Füsse waren so geschwollen, dass die Pantoffeln losgeschnitten werden mussten. Angeklagter besah sich die Beine und erklärte, es liege der Anfang von Gelenkrheumatismus und Knochenhautentzündung vor. Da die Kranke auch fieberte, liess er sie kein Bad nehmen, schickte sie vielmehr mit der Erklärung weg, sie solle die Umschläge fortsetzen und sich in's Bett legen, er werde sie zu Hause besuchen. Dies geschah auch in Folge täglich bezw. einen über den anderen Tag. Schon bei seinem ersten Besuch untersuchte er die Patientin mit dem Hörrohr, durch Beklopfen von Brust und Rücken und Prüfung des Pulses und wiederholte diese Untersuchungen bei jedesmaligem Erscheinen. Bei keiner dieser Untersuchungen will er etwas Auffallendes entdeckt, namentlich von einer Herzdämpfung nie etwas wahrgenommen haben. Die Behandlung bestand in Anwendung 22gradiger Wasserumschläge und mehrfachen täglichen kalten Abreibungen. Die Kost wurde auf Buttermilch, Sauermilch, Apfelbrei und Zitronenwasser beschränkt, der Genuss von Fleisch, Wein und Kognak streng untersagt. Bald stellte sich bei der Patientin heftiger Husten mit geringem Auswurf ein, den Angeklagter für chronischen Luftröhrenkatarrh erklärte und mit nassen Wickeln, Umschlägen und Packungen behandelte; dann traten heftige Schmerzen in der linken Brustgegend hinzu, die der Angeklagte als „Zwischenrippenmuskelschmerz" ansah. Patientin musste nun Honig einnehmen, bei offenem Fenster schlafen und die Abwaschungen fortsetzen. Anfänglich hatte der Angeklagte den Gebrauch der Bettflasche verordnet, solche aber dann wieder entfernen lassen, da Ehefrau B. hiervon nicht gesund werden könne. Während der Angeklagte bei seinem ersten Besuche Heilung innerhalb 8 Tagen in Aussicht stellte, schob er diesen Termin immer mehr hinaus, da gerade das Gegentheil eingetreten war. Nach Beginn der dritten Woche versuchte die ungeduldig gewordene Schwerkranke das Bett zu verlassen, musste es jedoch alsbald wieder aufsuchen. Da aber der Ehemann B. mit dem Resultat der Behandlung unzufrieden war, befahl der Angeklagte nunmehr der Kranken das Bett zu verlassen. Der immer mehr zunehmende Husten wurde zwar durch angelegte Dampfkompressen gemildert, der Schmerz in der Brust nahm aber trotz Ganzpackungen und Halbbädern zu, vor welchen Prozeduren es nunmehr der fortwährend fieberkranken Zeugin zu schaudern anfing. Ein von ihr unter Billigung des Angeklagten unternommener Ausflug mit einem Wagen bekam schlecht; sie schlief unterwegs ein, wurde zu Bett gebracht, der Husten verstärkte sich und sie konnte nur in sitzendem Zustand mit untergeschobenen Kissen einige Ruhe im Bett finden. Der Körper war inzwischen abgemagert und die Kleider passten nicht mehr. Jetzt bezeichnete der Angeklagte die Sonne als Heilfaktor und ordnete Spaziergänge an; aber auch hierdurch trat keine Besserung ein, im Gegentheil die Kranke konnte sich von ihren Ausgängen kaum noch nach Hause schleppen. In der vierten Woche, als Zeugin ihr nahes Ende bevorstehend glaubte, erklärte der Angeklagte nach vorgenommener Untersuchung mit dem Hörrohr und nach Beklopfen, die inneren Organe seien tadellos, er rathe zu einer Luftveränderung, einem Landaufenthalt in L. In Folge Warnung seitens eines Bekannten wurde endlich die Zuziehung des früheren Hausarztes veranlasst, der schon bei Beginn der vorgenannten Kur das Verfahren des Angeklagten als ein bedenkliches bezeichnet hatte. Die von dem Arzt Dr. S. am darauffolgenden Tage vorgenommene Untersuchung ergab weit vorgeschrittene Pericarditis — Herzbeutelwassersucht —; die Entzündung des Herzbeutels musste durch Eisaufschläge bekämpft und der Kranken vollständige Bettruhe auferlegt werden.

Erst nach ungefähr 6 Wochen war der Zustand der Patientin gebessert, die von ihr inzwischen konsultirten Aerzte haben das Herz als ruinirt erklärt. Obwohl dem Angeklagten von der Zuziehung des Arztes Kenntniss gegeben und auf seine Thätigkeit verzichtet worden war, erschien er trotzdem wieder und nahm, nachdem er von der Diagnose des Arztes gehört, eine nochmalige Untersuchung der Zeugin vor, nach der er erklärte, in dem Körper gehe oft in einer Stunde eine Veränderung vor sich, es sei kein Wunder, jetzt höre man das Wasser rauschen oder glucksen, er sehe nun ein, dass der Zustand bedenklich sei, man möge lieber zwei Aerzte nehmen, den Eisbeutel aber weglassen.

Auch in diesem Falle liegt ein strafrechtliches Verschulden des Angeklagten vor:

Die Anwendung der Massage ohne vorherige Untersuchung der Patientin steht nach den übereinstimmenden Angaben der Sachverständigen T., B. und Sp.

mit den fundamentalsten Vorschriften der Heilkunde in Widerspruch und erscheint als grober Kunstfehler, namentlich wenn, wie hier, die Behandlung Körpertheile betrifft, die vom Gelenkrheumatismus befallen sind. Der Angeklagte will zwar die Massage nicht angeordnet haben und behauptet weiter, die oben erwähnten blauen Flecken habe sich Ehefrau B. durch Zustossen von Schubladen mit dem Schienenbein zugezogen; in beiden Richtungen wird er jedoch durch die glaubwürdigen Depositionen der Zeugin widerlegt. Nach ihren Darstellungen muss auch angenommen werden, dass nicht bloss bis zum Knöchel, sondern auch auf demselben massirt wurde. Der Angeklagte hat somit falsche Heilmittel angewendet und der Patientin durch seine Anordnungen Schmerzen verursacht.

Auf Grund der Depositionen des Sachverständigen Sp. bestehen jedoch Zweifel, ob der Angeklagte bei Vornahme der beiden Massirungen das Vorhandensein von Gelenkrheumatismus schon erkannte und erkennen musste, da die Feststellung in den ersten Tagen mit Schwierigkeiten verbunden ist; es kann deshalb auf diese Behandlung eine Verurtheilung nicht gestützt werden. Das weitere Verfahren des Angeklagten enthält indessen Verstösse, die eine fahrlässige Verschuldung darstellen. Nachdem er die Diagnose auf Gelenkrheumatismus gestellt hatte und selbst zugiebt, dass in den meisten Fällen hiermit Herzaffektionen Hand in Hand gehen, musste er erkennen, dass, wenn auch nicht die Anwendung des Wassers und der Diät für sich allein, so doch mit Rücksicht auf den Verfall der Körperkräfte, das fortdauernde Fieber und die Zunahme der Schmerzen in der Brust verkehrte Heilmittel seien, insbesondere aber, dass die von ihm angeordnete Bewegung der Patientin im Freien dazu führen musste, das in Mitleidenschaft gezogene Herz zu erregen und zu gefährden, statt es zu beruhigen; der Angeklagte hat gerade hier, wie der Sachverständige Sp. zutreffend bemerkt, erhebliche Blössen seiner Ausbildung und Vorstellung der Krankheit aufgedeckt, die ihren Höhepunkt darin erreichen, dass er noch etwa 36 Stunden vor der ärztlichen Untersuchung die inneren Organe der Kranken für tadellos erklärte, während die Angaben der Sachverständigen bezw. Zeugen F., B. und S. es als sicher erscheinen lassen, dass zur Zeit der von dem Angeklagten vorgenommenen vorletzten Untersuchung eine Herzbeutelwassersucht schon bestand, aber von ihm nicht erkannt wurde. Durch Anwendung unrichtiger Mittel hat der Angeklagte somit der Zeugin erhebliche Schmerzen verursacht und die Heilung aufgehalten. In beiden vorstehend erörterten Fällen musste sich der nicht im Besitz der erforderlichen Vorbildung befindliche und die Ausübung der Heilkunde betreibende Angeklagte sagen, dass seine Geschäftsroutine nicht ausreiche, so wichtige Organe zu behandeln, ohne Gefahr zu laufen, schwere Schädigungen an der Gesundheit der von ihm Behandelten anzurichten, zum Mindesten mussten ihm Zweifel erwachsen, ob seine Behandlung die richtige sei. Es war auch nicht die Bestrafung ausschliessender guter Glaube, von dem der Angeklagte geleitet wurde, sondern der Dünkel und der Wahn, in allen Fällen hinlänglich erfahren zu sein, diese führten ihn auch dazu, bestimmt die Heilung zuzusichern, die Bedenken der Patienten zu zerstreuen und die rechtzeitige Beiziehung sachverständiger Hülfe zu vereiteln, Indem sich der Angeklagte allen diesen Bedenken verschloss. hat er die ihm als Berufspflicht obliegende Aufmerksamkeit aus den Augen gesetzt, hat in schwerem Masse fahrlässig gehandelt und war in der Lage, die Möglichkeit des eingetretenen schlimmen Erfolges vorauszusehen.

4. In diesem Falle konnte die Annahme der Anklage, dass der Tod der betreffenden Kranken durch unzweckmässige Mittel früher herbeigeführt sei, als er bei sachgemässer Behandlung zu erwarten gewesen wäre, durch die Beweisaufnahme nicht bestätigt werden.

Die nicht zur Anklage gestellten, aber zur Beleuchtung des allgemeinen Verhaltens des Angeklagten zur Verhandlung gebrachten Fälle G. und Schw. haben dargethan, dass der Angeklagte es auch hier an der durch seinen Beruf gebotenen Vorsicht und Aufmerksamkeit fehlen liess, denn G., der durch den Gebrauch, der ihm von dem Angeklagten verordneten Wasserkur so heruntergekommen war, dass er kaum noch gehen konnte, verlangte schliesslich die Zuziehung eines Arztes, was der Angeklagte ablehnte und bezüglich der Zeugin Schw., die an Syphilis litt, sah er nicht nur von der unerlässlichen Untersuchung

der Geschlechtstheile ab, sondern liess auch die genannte in ihrem Beruf als Kellnerin weiter arbeiten, ohne die hierdurch bedingte Gefahr der Uebertragung zu erkennen und zu beachten. Die Strafzumessung anlangend, so muss darauf hingewiesen werden, dass, wenn auch das Publikum häufig und ungeachtet der gemachten ungünstigen Erfahrungen Rath und Hülfe bei sogenannten Kurpfuschern sucht, der gewerbsmässige Betrieb der Heilkunde durch unqualifizirte Personen nicht zu begünstigen, vielmehr gegebenen Falls jede Gefährdung des Lebens und der Gesundheit strenge zu ahnden ist, wie dies auch die bewusste Absicht der Gesetzgebung war. Soweit auf Verurtheilung erkannt wurde, liegen Fälle vor, in denen der Angeklagte die Patienten in ihrer Gesundheit auf das Schlimmste beschädigte, selbst wenn man annimmt, dass für beide dauernde Nachtheile nicht erwachsen und der jetzige krankhafte Herzzustand der Patientin B. nicht unbedingt auf das Verhalten des Angeklagten zurückzuführen ist. Im Uebrigen muss strafmindernd berücksichtigt werden, dass der Angeklagte noch nicht bestraft ist und unlautere Motive ihm nicht nachgewiesen sind. Als schwerster der real konkurrirenden Fälle erscheint die Körperverletzung, die an der Ehefrau B. begangen wurde, hierfür wurde eine Gefängnissstrafe von zwei Monaten festgesetzt und wegen der Körperverletzung zum Nachtheil des Zeugen St. auf eine solche von einem Monat erkannt. Aus beiden Einzelstrafen wurde eine Gesammtstrafe in entsprechender Höhe gebildet.

b. Das Reichsgericht (III. Strafsenat) hat das vorstehende Urtheil vom 29. Januar 1900 bestätigt.

Die Anwendung des materiellen Strafrechtes giebt zu Bedenken keinen Anlass. Die Angriffe, welche in dem Schriftsatze vom 8. Januar l. J. in dieser Richtung gegen das erstrichterliche Urtheil erhoben worden, sind theils nach §. 376 der Strafprozessordnung unzulässig, theils rechtlich nicht zutreffend. Ob eine Krankenbehandlung sachgemäss ist oder nicht, ob sie wider Regeln der Heilkunde verstösst, ob diese Regeln allgemein anerkannt sind, ob die Massnahmen des Angeklagten die Gesundheit seiner Patienten geschädigt haben oder nicht, ob die Gewichtsabnahme eines derselben eine solche Schädigung war, oder, wie die Revision ausführt, einen „Zwischenerfolg“ bedeutete, sind nicht Rechts-, sondern thatsächliche Fragen, mithin in der Revisionsinstanz nicht zu erörtern. Ebenso wenig vermag in ihr nachgeprüft zu werden, ob im Urtheil die vom Angeklagten getroffenen Anordnungen vollständig aufgeführt sind; und es ist das Revisionsgericht an der Feststellung gebunden, dass im Falle St. der Angeklagte die Fortschritte der Krankheit, den Sitz der Geschwüre am Kehlkopf nicht erkannt und der Individualität des Kranken in der Behandlung nicht Rechnung getragen hat.

Nicht in einem Mangel an Begabung und Intelligenz hat die Strafkammer ein Verschulden des Angeklagten gefunden, sondern seine mangelhafte Ausbildung und zu Folge dessen ungenügende Befähigung zur Behandlung von Erkrankungen wie sie in den Fällen St. und B. vorlagen, festgestellt. Dass er solche im Bewusstsein seiner unzulänglichen Vorbildung unternahm, während er hierbei die Möglichkeit schlimmer Folgen und einer Schädigung für seine Patienten voraussehen konnte, wie solche ihr zu Folge thatsächlich eingetreten sind, hat der erste Richter mit Recht dem Angeklagten als Fahrlässigkeit zur Last gelegt. Insoweit ist daher die materielle Beschwerde nicht begründet.

Medizinal-Gesetzgebung.

Königreich Preussen.

Ersatz der mit Réaumur-Skalen versehenen Thermometer durch 100theilige nach Celsius. Bekanntmachung des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 7. Juni 1900.

Nach einer Mittheilung des Herrn Reichskanzlers sind alle mit Réaumur-Skalen versehenen Thermometer in Gemässheit des §. 7 der Prüfungsbestimmungen für Thermometer vom 25. Januar 1898 (Zentralbl. f. d. Deutsche Reich XXVI Nr. 6, vom 11. Februar 1898) vom 1. Januar 1901 ab von der Prüfung ausgeschlossen. Zuverlässige Wärmeangaben nach Réaumur'schem Thermometer werden daher nach Ablauf dieser Frist nicht immer möglich sein und in nicht zu ferner Zeit wegfallen.

Aus diesem Grunde und um überhaupt die Wärmemessungen einheitlich

zu gestalten, ersuche ich unter Bezugnahme auf den Erlass vom 31. August 1892 (Min.-Bl. f. d. i. Verw. S. 254), gefälligst dahin zu wirken, dass die noch vorhandenen Réaumur-Thermometer, auch wenn sie noch brauchbar sind,

1. in allen öffentlichen Kranken- und Irrenanstalten,
2. in den öffentlichen Badeanstalten,
3. in den höheren Schulen

bis zum 31. Dezember 1900 durch 100theilige Instrumente nach Celsius ersetzt worden. Wegen der Universitäten und wissenschaftlichen Anstalten ergeht besondere Verfügung.

Für die in staatlicher Verwaltung befindlichen Anstalten etc. erwarte ich die Ausführung dieser Anordnung, falls nicht finanzielle Bedenken entgegenstehen, bestimmt, und zwar um so mehr, als nach den auf den Eingangs erwähnten Ersatz erstatteten Berichten anzunehmen ist, dass in der Mehrzahl der Provinzen in den obenbezeichneten Anstalten statt der 80theiligen 100theilige Thermometer schon beschafft worden sind.

Untersuchung und Impfung ausländischer Arbeiter. Erlass der Minister des Innern und der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 13. Juni 1900 — M. d. I. IIa Nr. 2829, M. d. g. A. M. Nr. 11450 — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Ueber die Nothwendigkeit der ärztlichen Untersuchung und Impfung ausländischer, insbesondere ausländisch-polnischer Arbeiter und die Tragung der Kosten hierfür zufolge der Erlasse des mitunterzeichneten Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten vom 10. Mai 1899, M. Nr. 11037, und vom 17. Oktober 1899, M. Nr. 13125, und des Erlasses des mitunterzeichneten Ministers des Innern vom 4. September 1899, II Nr. 7327 I, sind in letzter Zeit Zweifel entstanden. Zu deren Beseitigung bestimmen wir Folgendes:

1. Ausländisch-polnische Arbeiter sind entsprechend dem Erlasse des mitunterzeichneten Ministers des Innern vom 4. September 1899 binnen 3 Tagen nach der Ankunft auf ihren Gesundheitszustand ärztlich zu untersuchen und, soweit erforderlich, zu impfen. Als nicht erforderlich ist eine Impfung dann anzusehen, wenn der Arbeiter bereits mit Erfolg geimpft ist oder die natürlichen Pocken überstanden hat.

2. Bei ausländischen nicht polnischen Arbeitern hat eine Impfung dann zu erfolgen, wenn die Gesundheitsverhältnisse des Heimathsortes des Arbeiters oder seines inländischen Beschäftigungsortes einen Pockenausbruch befürchten lassen und der Arbeiter nicht bereits mit Erfolg geimpft ist oder die natürliche Pocken überstanden hat. Die Impfung ist in diesem Falle mit möglichster Beschleunigung auszuführen.

Die den Vorschriften zu 1 und 2 entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die Erlasse des mitunterzeichneten Ministers der geistlichen Angelegenheiten vom 10. Mai und 17. Oktober 1899 werden aufgehoben.

3. Die Verpflichtung zur Tragung der Kosten für die ärztliche Untersuchung und für die Impfung ausländisch-polnischer Arbeiter ist den Arbeitgebern entsprechend dem Erlasse des mitunterzeichneten Ministers des Innern vom 4. September 1899 aufzuerlegen. Bei Eintritt der Nothwendigkeit der Impfung anderer ausländischer Arbeiter sind deren Arbeitgeber von der Polizeibehörde zur Tragung der Kosten der polizeilich angeordneten Impfung aufzufordern. Erklären sie sich hierzu nicht bereit und will oder kann auch der Arbeiter die Kosten nicht tragen, so wird dem Arbeiter der fernere Aufenthalt in Preussen zu untersagen sein.

Eine Verpflichtung des Staates zur Uebernahme der Kosten für die ärztliche Untersuchung und die Impfung kann nicht anerkannt werden. Zur Erleichterung der angeordneten Massregeln wird jedoch, wie bisher, die unentgeltliche Verabfolgung des Impfstoffes aus den Landesanstalten zur Gewinnung thierischen Impfstoffes gewährt werden. Auch bestehen keine Bedenken, dort, wo es zweckdienlich und ausführbar ist, die Impfung im Anschlusse an die öffentlichen Impftermine durch die Impfärzte ausführen zu lassen, unter der Voraussetzung, dass ein zeitlicher Zwischenraum von mindestens $^1/_4$ Stunde innegehalten wird.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 14. 15. Juli. 1900.

Rechtsprechung.

Gefängnissarzt ist nicht Beamter; der §. 16a des Strafgesetzbuches, betreffs Verletzung der Amtspflicht, findet auf ihn daher nicht statt. Urtheil des Reichsgerichts (IV. Strafsenats) vom 22. Dezember 1899.

Nach §. 2 Abs. 3 des Reglements für die Gefängnisse der Justizverwaltung vom 16. März 1881 und der damit übereinstimmenden Vorschrift in §. 2 Abs. 3 der seit dem 1. Januar 1899 an die Stelle jenes Reglements getretenen Gefängnissordnung für die Justizverwaltung in Preussen vom 21. Dezember 1898 werden Geistliche, Aerzte und Lehrer nach Bedürfniss angestellt, oder es wird mit ihnen durch Vertrag ein besonderes Abkommen getroffen. In den Fällen, wo, der letzteren Alternative entsprechend, die Gefängnissverwaltung mit einem Arzte ein vertragsmässiges Abkommen trifft, wodurch sich dieser zur Wahrnehmung der Geschäfte eines Gefängnissarztes verbindlich macht, entsteht lediglich ein Privatrechtsverhältniss, in dem die beiderseitigen Rechte und Pflichten sich im Wesentlichen nach den vereinbarten Vertragsbedingungen bestimmen. Der kontrahirende Arzt erwirbt dadurch nicht die Eigenschaft eines Beamten, in der er der Disziplinargewalt einer amtlich vorgesetzten Stelle unterstände. Hieraus ergiebt sich von selbst, dass eine Anzeige bei einer Behörde, welche die Handlungsweise eines Gefängnissarztes der letzteren Kategorie betrifft und diese als ungehörig oder pflichtwidrig charakterisirt [1]), überhaupt nicht geeignet ist, eine Beschuldigung wegen Verletzung der Amtspflicht im eigentlichen Sinne darzustellen. Der als Kreisphysikus angestellte Arzt ist ohne Zweifel Beamter und untersteht als solcher dem Gesetze vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten. Die Aufgaben, welche regelmässig den hauptsächlichsten Bestandtheil der Thätigkeit des Gefängnissarztes bilden, das heisst die Behandlung kranker Gefangener, sowie die Untersuchung von Gefangenen auf ihren Gesundheitszustand und die Ausstellung von Befundscheinen darüber, liegen aber völlig ausserhalb des Wirkungs- und Pflichtenkreises des Kreisphysikus, welcher für seinen Bezirk Organ der Staatsregierung bei Verwaltung der Medizinal- und Sanitätspolizei ist, und namentlich bei der Ausführung und Ueberwachung der im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege erforderlich werdenden Massregeln mitzuwirken hat. Wenn also ein als Kreisphysikus angestellter Arzt daneben durch Vertrag mit der Gefängnissverwaltung die Geschäfte des Gefängnissarztes für ein bestimmtes Gerichtsgefängniss übernimmt, so hat dies mit seiner amtlichen Stellung an sich nichts zu thun, und die Ausübung seiner Funktion charakterisirt sich nur als Erfüllung einer privatrechtlichen Verbindlichkeit, nicht aber als Wahrnehmung amtlicher Obliegenheiten. Anzuerkennen ist freilich, dass der Begriff der Verletzung einer Amtspflicht im Sinne des §. 164 Str.-G.-B. nicht auf die Verletzung der durch das Amt direkt auferlegten Pflichten zu beschränken, darunter vielmehr auch das unwürdige Verhalten eines Beamten ausser dem Amte, wie es unter Nr. 2 des §. 2 des erwähnten Gesetzes vom 21. Juli 1852 gekennzeichnet wird, zu verstehen ist. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass ein Kreisphysikus sich dadurch disziplinarisch verantwortlich

[1]) Derselbe hatte einem Gefangenen drohend die Faust und den Stock vor den Kopf gehalten und einen kranken Gefangenen in Arrest bringen lassen.

machen kann, dass er bei der Besorgung kontraktlich übernommener gefängnissärztlicher Geschäfte Handlungen begeht,[1]) durch die er sich der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf als Physikus erfordert, unwürdig zeigt.

Fahrlässige Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange. (§. 222. des St.-G.-B.) Urtheil des Reichsgerichts (III. Senat) vom 15. Februar 1900.

Nach den Feststellungen sind der Ehemann B., seine Ehefrau und seine Enkelin auf der Chaussee in der Weise gegangen, dass der Ehemann auf dem an der rechten Chausseeseite befindlichen Fusswege, seine Ehefrau etwa $1^1/_2$ m entfernt links neben ihm auf dem Rande der Fahrbahn und seine Enkelin noch weiter links am Sommerwege entlang sich fortbewegte. Zwischen der Ehefrau B. und ihrer Enkelin befand sich also, wie das erstrichterliche Urtheil ausdrücklich hervorhebt, ein grösserer Zwischenraum, welcher nahezu die ganze Breite der Fahrbahn umfasst haben muss und von dem Angeklagten zu seiner Fahrt mit dem Rade benutzt wurde, um auf diese Weise, als er die vor ihm gehenden drei Personen überholte, zwischen der Ehefrau B. und ihrer Enkelin hindurchzukommen. Wenn nun der Angeklagte hierbei das vorgeschriebene Glockenzeichen, bevor er die genannten drei Personen einholte, mindestens 5 bis 6 mal gegeben, sodann in der Annahme, dass diese Glockenzeichen auch gehört worden seien, in langsamen Fahrtempo zwischen der Ehefrau B. und deren Enkelin hindurchzufahren versucht hat und nunmehr die Ehefrau B. einen Sprung nach links in der Richtung gegen die Enkelin ausbog, so bleibt vollständig unaufgeklärt, wie es überhaupt zu einem Zusammenstosse der Ehefrau B. mit dem Rade des Angeklagten hat kommen können und inwiefern der letztere denselben durch seine Fahrlässigkeit verschuldet haben soll. Unzulänglich und mangelhaft ist ferner die vorderrichterliche Feststellung, der Angeklagte habe wissen müssen, dass bei dem Unternehmen, auf einer Landstrasse von hinten her mit einem Rade zwischen zwei Personen hindurchzufahren, leicht ein Unglück entstehen konnte, zumal bei der Strafzumessung wieder davon ausgegangen wird, dass der Angeklagte einen so schweren Erfolg wie den eingetretenen nicht habe vorhersehen können. Eine Verurtheilung des Angeklagten auf Grund des §. 222 des Str.-G.-B. war nur möglich, wenn sich gegen ihn feststellen liess, dass der eingetretene konkrete Todeserfolg nach den Erfahrungsgrundsätzen des täglichen Lebens ein für ihn im Fragefalle vorhersehbarer war. Eine dahin gerichtete Feststellung ist jedoch dem vorderrichterlichen Urtheile nicht zu entnehmen. Jede Fahrlässigkeit setzt, um strafbar zu sein, die Ausserachtlassung der durch die konkreten Umstände des einzelnen Falles gebotenen Sorgfalt und Aufmerksamkeit voraus, bei deren Anwendung der eingetretene, für den Thäter vorhersehbare Erfolg sich hätte vermeiden lassen. Die auf diesen Punkt bezüglichen erstrichterlichen Ausführungen lassen es aber zum Mindesten als zweifelhaft erscheinen, ob der Vorderrichter eine solche konkrete Fahrlässigkeit festgestellt hat. Sein Urtheil giebt vielmehr dem Verdachte Raum, dass er jeden Radfahrer, welcher an einem Passantem von hinten so nahe vorbeifährt, dass die Möglichkeit des Anfahrens besteht, für den dadurch entstehenden Schaden unter allen Umständen, mag die Sachgestaltung im einzelnen wie immer beschaffen sein, aus dem Gesichtspunkte der Fahrlässigkeit haftbar macht. Eine derartige Auffassung muss indessen als rechtsirrthümlich bezeichnet werden.

Fahrlässige Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange durch Verabreichen einer übermässigen Menge Alkohols. Urtheil des Reichsgerichts (II. Strafsenats) vom 16. Februar 1900.

Der Revision ist zuzugeben, dass nicht schon die Verabfolgung des Alkohols seitens des Angeklagten an und für sich den Tod des R. herbeigeführt hat, sondern erst dessen selbständige und willkürliche Handlung des Genusses dieses Alkohols. In dem angefochtenen Urtheile aber ist festgestellt, dass der Angeklagte die 1,1 Liter Schnaps dem R. zum alsbaldigen Genuss verabfolgt hat, obwohl er wusste, dass R. dieses Quantum — 25 Schnäpse — möglichst hintereinander und in ganz kurzer Zeit austrinken wolle und werde. Danach

war die Verabfolgung eine bewusste Mitwirkung zu dem alsbaldigen Genusse, und der erste Richter hat den Begriff der „Verursachung", den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Verabfolgung und dem Tode des R. als Folge des Genusses nicht verkannt und auch sonst rechtlich nicht geirrt, wenn er grade in der Verabfolgung des Schnapses, ohne welche die Folge nicht eingetreten wäre, einen wesentlichen Faktor und die überwiegende Ursache zur Herbeiführung der eingetretenen Folge erkannt hat. Auch die strafbare Fahrlässigkeit des Angeklagten und die Verletzung derjenigen Aufmerksamkeit, zu welcher der Angeklagte bei Verabfolgung des Alkohols vermöge seines Gewerbes besonders verpflichtet war, sind in dem Urtheile bedenkenfrei festgestellt, und werden dadurch nicht beseitigt, dass der Angeklagte den R. gewarnt und die Verantwortung für dessen Thun abgelehnt hat.

Beschlagnahme von dem freien Verkehr nicht überlassenen, in Drogen- u. s. w. Handlungen vorgefundenen Heilmitteln. Urtheil des Reichsgerichts (III. Strafsenats) vom 22. Februar 1900.

Bei Revisionen von Drogenhandlungen steht die Befugniss zur Beschlagnahme von dort vorgefundenen Heilmitteln, welche nur in Apotheken feilgehalten werden dürfen, wohl der Ortspolizeibehörde zu, welche die Revision nach §. 1 des preussischen Runderlasses vom 1. Februar 1894 selbst vorzunehmen hat oder nach §. 11 desselben bei den Revisionen zugezogen wird, die der Regierungsmedizinalrath oder ein Kreisphysikus im Auftrage des Regierungspräsidenten vornehmen. Dagegen haben der Medizinalrath beziehungsweise Physikus eine eigene Befugniss zur Beschlagnahme auch dann nicht, wenn sie die Revision als Kommissarien des Regierungspräsidenten vornehmen, sie müssen solchenfalls zum Zwecke der Beschlagnahme die Ortspolizeibehörde zuziehen. Widerstand gegen ihre eigenen auf Beschlagnahme gerichteten Handlungen kann demnach nicht als Nöthigung bestraft werden.

Krankhafte Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des §. 51 des Strafgesetzbuches bei einem degenerirten Trinker. Urtheil des Reichsgerichts (III. Strafsenats) vom 19. März 1900.

Der Vorderrichter erklärt, es fehle jeder Anhalt dafür, dass der Angeklagte, welcher allerdings ein degenerirter Trinker sei, zur Zeit der Vornahme der Handlung sich in einem Zustande von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befunden habe, welcher die freie Willensbestimmung ausgeschlossen hätte. Da aber der Angeklagte nur verurtheilt werden konnte, wenn nicht nur kein Beweis für das Vorhandensein der Voraussetzungen des §. 51 Str.-G.-B. vorhanden, sondern wenn das Nichtbestehen dieses Schuldausschliessungsgrundes nachgewiesen war, so konnte diese Feststellung des Vorderrichters nur dann von Bedeutung für die Entscheidung der Sache sein, wenn dieser auf Grund seines Rechtes zur freien Beweiswürdigung daraufhin positiv festgestellt hätte, dass der Angeklagte sich zur Zeit der That nicht in einem der beregten Zustände befunden habe. Statt dessen aber spricht der Vorderrichter als seine Ueberzeugung nur aus, dass die Vornahme der Handlung eine überlegte war. Zur Begründung seiner Ueberzeugung führt er noch an, dass der Angeklagte dem Polizeibeamten, der ihn verhaftete, den Eindruck eines zwar trunkenen, aber seiner Sinne mächtigen Mannes gemacht habe, der insbesondere seine Personalien genau angeben konnte. Diese Feststellung ist nicht geeignet, die erforderliche zu ersetzen. Denn nach den Erfahrungen der forensisch-medizinischen Wissenschaft können Handlungen, die sich in ihrer äusseren Erscheinung von frei gewollten — überlegten — nicht wesentlich unterscheiden, trotz hochgradig beeinträchtigter Selbstbestimmungsfähigkeit noch vorkommen. Insbesondere kann, ohne dass der Rausch bis zur Bewusstlosigkeit fortgeschritten sein musste, Unfähigkeit zur Selbstbestimmung bestehen, und auch in hoher Trunkenheit begangene Handlungen müssen nicht nothwendig einen konfusen, verworrenen Charakter an sich tragen. Ist dies aber der Fall, so kann die Feststellung der überlegten Vornahme einer Handlung jener für die Annahme der Schuld unentbehrlichen nicht gleichwerthig sein, dass eine solche krankhafte Störung der Geistesthätigkeit bei dem Angeklagten nicht vorge-

legen habe, und sie kann nicht geeignet sein, diese zu ersetzen. Nicht auf die Ueberlegung der That kommt es an, sondern auf die Freiheit der Willensbestimmung, nach erfolgter Ueberlegung in dem einen oder dem anderen Sinne zu handeln.

Rechtsgültigkeit der Königl. Verordnung vom 22. Februar 1900 betreffend die Führung der mit akademischen Graden verbundenen Titel. Führung des amerikanischen Doktortitels ist ohne ministerielle Genehmigung unstatthaft. Urtheil des Kammergerichts, Strafsenats vom 22. Februar 1900.

Die Zahnkünstlerin K. hatte vor einiger Zeit den amerikanischen Doktortitel erworben und ihn ohne Weiteres geführt. Wegen Uebertretung der Verordnung vom 7. Februar 1897 vom Schöffengericht bestraft, suchte die Angeklagte nachzuweisen, dass diese ungültig sei, weil sie mit §. 360 Nr. 8 des Str.-G.-B. in Widerspruch stehe. Die Strafkammer wies aber die Berufung als unbegründet zurück, desgleichen das Kammergericht die hiergegen eingelegte Revision, da der amerikanische Doktortitel ohne Genehmigung des Ministers nicht geführt werden dürfe. Die betreffende Königl. Verordnung sei gehörig bekannt gemacht und habe durch ihre Aufnahme in die Gesetzessammlung Gesetzeskraft erhalten; sie sei daher rechtsgültig.

Arztähnlicher Titel (Spezialist für Zahnersatz u. s. w.). Entscheidung des Preuss. Oberverwaltungsgerichts vom 14. März 1900.

Ein Dentist hatte sich auf seinem Schild als Spezialist für Zahnersatz, Plombiren u. s. w. bezeichnet und der Bezirksausschuss darin einen arztähnlichen Titel erblickt. Das preussische Verwaltungsgericht hat sich in seinem Urtheil vom 14. März 1900 dieser Ansicht angeschlossen und die Berufung als unbegründet zurückgewiesen, da die Bezeichnung „Spezialist" wohl geeignet sei, beim Publikum den Glauben zu erwecken, als ob es sich um einen approbirten Zahnarzt handle.

„Professeur honoraire à la chaire de thérapeutique magnétique" ist kein mit akademischen Graden verbundener arztähnlicher Titel. Entscheidung des Preuss. Oberverwaltungsgerichts vom 14. März 1900.

Ein Heilmagnetiseur hatte beim preussischen Kultusministerium beantragt, ihm die Führung des obigen, ihm angeblich von der Faculté des sciences magnétiques in Paris ertheilten Titels zu gestatten, war aber abschlägig beschieden worden. Von der Polizei wurde ihm in Folge dessen die Beseitigung der betreffenden Aufschrift auf seinem Schilde aufgegeben. Die hiergegen eingeklagte Klage wies der Bezirksausschuss als unbegründet ab; das Oberverwaltungsgericht erkannte jedoch, dass die Königliche Verordnung vom 7. April 1897 über die Führung akademischer Grade hier nicht in Frage komme, da es sich nicht um einen solchen Grad handle; desgleichen könne das Vorliegen eines arztähnlichen Titels nicht angenommen werden.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten. Gesetz vom 30. Juni 1900.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, was folgt:

Anzeigepflicht.

§. 1. Jede Erkrankung und jeder Todesfall an
Aussatz (Lepra), Cholera (asiatischer), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest (orientalischer Beulenpest), Pocken (Blattern),
sowie jeder Fall, welcher den Verdacht einer dieser Krankheiten erweckt, ist der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich anzuzeigen.

Wechselt der Erkrankte den Aufenthaltsort, so ist dies unverzüglich bei der Polizeibehörde des bisherigen und des neuen Aufenthaltsorts zur Anzeige zu bringen.

§. 2. Zur Anzeige sind verpflichtet:

1. der zugezogene Arzt,
2. der Haushaltungsvorstand,
3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person,
4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat,
5. der Leichenschauer.

Die Verpflichtung der unter Nr. 2 bis 5 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

§. 3. Für Krankheits- und Todesfälle, welche sich in öffentlichen Kranken-, Entbindungs-, Pflege-, Gefangenen- und ähnlichen Anstalten ereignen, ist der Vorsteher der Anstalt oder die von der zuständigen Stelle damit beauftragte Person ausschliesslich zur Erstattung der Anzeige verpflichtet.

Auf Schiffen oder Flössen gilt als der zur Erstattung der Anzeige verpflichtete Haushaltungsvorstand der Schiffer oder Flossführer oder deren Stellvertreter. Der Bundesrath ist ermächtigt, Bestimmungen darüber zu erlassen, an wen bei Krankheits- und Todesfällen, welche auf Schiffen oder Flössen vorkommen, die Anzeige zu erstatten ist.

§. 4. Die Anzeige kann mündlich oder schriftlich erstattet werden. Die Polizeibehörden haben auf Verlangen Meldekarten für schriftliche Anzeigen unentgeltlich zu verabfolgen.

§. 5. Landesrechtliche Bestimmungen, welche eine weitergehende Anzeigepflicht begründen, werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

Durch Beschluss des Bundesraths können die Vorschriften über die Anzeigepflicht (§§. 1 bis 4) auf andere als die im §. 1 Abs. 1 genannten übertragbaren Krankheiten ausgedehnt werden.

Ermittelung der Krankheit.

§. 6. Die Polizeibehörde muss, sobald sie von dem Ausbruch oder dem Verdachte des Auftretens einer der im §. 1 Abs. 1 genannten Krankheiten (gemeingefährliche Krankheiten) Kenntniss erhält, den zuständigen beamteten Arzt benachrichtigen. Dieser hat alsdann unverzüglich an Ort und Stelle Ermittelungen über die Art, den Stand und die Ursache der Krankheit vorzunehmen und der Polizeibehörde eine Erklärung darüber abzugeben, ob der Ausbruch der Krankheit festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet ist. In Nothfällen kann der beamtete Arzt die Ermittelung auch vornehmen, ohne dass ihm eine Nachricht der Polizeibehörde zugegangen ist.

In Ortschaften mit mehr als 10 000 Einwohnern ist nach den Bestimmungen des Abs. 1 auch dann zu verfahren, wenn Erkrankungs- oder Todesfälle in einem räumlich abgegrenzten Theil der Ortschaft, welcher von der Krankheit bis dahin verschont geblieben war, vorkommen.

Die höhere Verwaltungsbehörde kann Ermittelungen über jeden einzelnen Krankheits- oder Todesfall anordnen. So lange eine solche Anordnung nicht getroffen ist, sind nach der ersten Feststellung der Krankheit von dem beamteten Arzt Ermittelungen nur im Einverständniss mit der unteren Verwaltungsbehörde und nur insoweit vorzunehmen, als dies erforderlich ist, um die Ausbreitung der Krankheit örtlich und zeitlich zu verfolgen.

§. 7. Dem beamteten Arzte ist, soweit er es zur Feststellung der Krankheit für erforderlich und ohne Schädigung des Kranken für zulässig hält, der Zutritt zu dem Kranken oder zur Leiche und die Vornahme der zu den Ermittelungen über die Krankheit erforderlichen Untersuchungen zu gestatten.

Auch kann bei Cholera-, Gelbfieber- und Pestverdacht eine Oeffnung der Leiche polizeilich angeordnet werden, insoweit der beamtete Arzt dies zur Feststellung der Krankheit für erforderlich hält.

Der behandelnde Arzt ist berechtigt, den Untersuchungen, insbesondere auch der Leichenöffnung beizuwohnen.

Die in §§. 2 und 3 aufgeführten Personen sind verpflichtet, über alle für die Entstehung und den Verlauf der Krankheit wichtigen Umstände dem beamteten Arzte und der zuständigen Behörde auf Befragen Auskunft zu ertheilen.

§. 8. Ist nach dem Gutachten des beamteten Arztes der Ausbruch der Krankheit festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet, so hat die Polizeibehörde unverzüglich die erforderlichen Schutzmassregeln zu treffen.

§. 9. Bei Gefahr im Verzuge kann der beamtete Arzt schon vor dem Einschreiten der Polizeibehörde die zur Verhütung der Verbreitung der Krankheit zunächst erforderlichen Massnahmen anordnen. Der Vorsteher der Ortschaft hat den von dem beamteten Arzte getroffenen Anordnungen Folge zu leisten. Von den Anordnungen hat der beamtete Arzt der Polizeibehörde sofort schriftliche Mittheilung zu machen; sie bleiben so lange in Kraft, bis von der zuständigen Behörde anderweite Verfügung getroffen wird.

§. 10. Für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind, kann durch die zuständige Behörde angeordnet werden, dass jede Leiche vor der Bestattung einer amtlichen Besichtigung (Leichenschau) zu unterwerfen ist.

Schutzmassregeln.

§. 11. Zur Verhütung der Verbreitung der gemeingefährlichen Krankheiten können für die Dauer der Krankheitsgefahr Absperrungs- und Aufsichtsmassregeln nach Massgabe der §§. 12 bis 21 polizeilich angeordnet werden.

Die Anfechtung der Anordnungen hat keine aufschiebende Wirkung.

§. 12. Kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen können einer Beobachtung unterworfen werden. Eine Beschränkung in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte ist zu diesem Zwecke nur bei Personen zulässig, welche obdachlos oder ohne festen Wohnsitz sind oder berufs- oder gewohnheitsmässig umherziehen.

§. 13. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für den Umfang ihres Bezirks oder für Theile desselben anordnen, dass zureisende Personen, sofern sie sich innerhalb einer zu bestimmenden Frist vor ihrer Ankunft in Ortschaften oder Bezirken aufgehalten haben, in welchen eine gemeingefährliche Krankheit ausgebrochen ist, nach ihrer Ankunft der Ortspolizeibehörde zu melden sind.

§. 14. Für kranke und krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen kann eine Absonderung angeordnet werden.

Die Absonderung kranker Personen hat derart zu erfolgen, dass der Kranke mit anderen als den zu seiner Pflege bestimmten Personen, dem Arzt oder dem Seelsorger nicht in Berührung kommt und eine Verbreitung der Krankheit thunlichst ausgeschlossen ist. Angehörigen und Urkundspersonen ist, insoweit es zur Erledigung wichtiger und dringender Angelegenheiten geboten ist, der Zutritt zu dem Kranken unter Beobachtung der erforderlichen Massregeln gegen eine Weiterverbreitung der Krankheit gestattet. Werden auf Erfordern der Polizeibehörde in der Behausung des Kranken die nach dem Gutachten des beamteten Arztes zum Zwecke der Absonderung nothwendigen Einrichtungen nicht getroffen, so kann, falls der beamtete Arzt es für unerlässlich und der behandelnde Arzt es ohne Schädigung des Kranken für zulässig erklärt, die Ueberführung des Kranken in ein geeignetes Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum angeordnet werden.

Auf die Absonderung krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen finden die Bestimmungen des Abs. 2 sinngemässe Anwendung. Jedoch dürfen krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen nicht in demselben Raume mit kranken Personen untergebracht werden. Ansteckungsverdächtige Personen dürfen in demselben Raume mit krankheitsverdächtigen Personen nur untergebracht werden, so weit der beamtete Arzt es für zulässig hält.

Wohnungen oder Häuser, in welchen erkrankte Personen sich befinden, können kenntlich gemacht werden.

Für das berufsmässige Pflegepersonal können Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden.

§. 15. Die Landesbehörden sind befugt, für Ortschaften und Bezirke, welche von einer gemeingefährlichen Krankheit befallen oder bedroht sind,

1. hinsichtlich der gewerbsmässigen Herstellung, Behandlung und Aufbewahrung, sowie hinsichtlich des Vertriebs von Gegenständen, welche geeignet sind, die Krankheit zu verbreiten, eine gesundheitspolizeiliche Ueberwachung und die zur Verhütung der Verbreitung der Krankheit erforderlichen Massregeln anzuordnen; die Ausfuhr von Gegenständen der bezeichneten Art darf aber nur für Ortschaften verboten werden, in denen Cholera, Fleckfieber, Pest oder Pocken ausgebrochen sind,

2. Gegenstände der in Nr. 1 bezeichneten Art vom Gewerbebetrieb im Umherziehen auszuschliessen,

3. Die Abhaltung von Märkten, Messen und anderen Veranstaltungen, welche eine Ansammlung grösserer Menschenmengen mit sich bringen, zu verbieten oder zu beschränken,

4. die in der Schifffahrt, der Flösserei oder sonstigen Transportbetrieben beschäftigten Personen einer gesundheitspolizeilichen Ueberwachung zu unterwerfen und kranke, krankheits- oder ansteckungsverdächtige Personen, sowie Gegenstände, von denen anzunehmen ist, dass sie mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, von der Beförderung auszuschliessen.

5. den Schifffahrts- und Flössereiverkehr auf bestimmte Tageszeiten zu beschränken.

§. 16. Jugendliche Personen aus Behausungen, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, können zeitweilig vom Schul- und Unterrichtsbesuche ferngehalten werden. Hinsichtlich der sonstigen für die Schulen anzuordnenden Schutzmassregeln bewendet es bei den landesrechtlichen Bestimmungen.

§. 17. In Ortschaften, welche von Cholera, Fleckfieber, Pest oder Pocken befallen oder bedroht sind, sowie in deren Umgegend kann die Benutzung von Brunnen, Teichen, Seen, Wasserläufen, Wasserleitungen, sowie der dem öffentlichen Gebrauche dienenden Bade-, Schwimm-, Wasch- und Bedürfnissanstalten verboten oder beschränkt werden.

§. 18. Die gänzliche oder theilweise Räumung von Wohnungen und Gebäuden, in denen Erkrankungen vorgekommen sind, kann, insoweit der beamtete Arzt es zur wirksamen Bekämpfung der Krankheit für unerlässlich erklärt, angeordnet werden. Den betroffenen Bewohnern ist anderweit geeignete Unterkunft unentgeltlich zu bieten.

§. 19. Für Gegenstände und Räume, von denen anzunehmen ist, dass sie mit dem Krankheitsstoff behaftet sind, kann eine Desinfektion angeordnet werden.

Für Reisegepäck und Handelswaaren ist bei Aussatz, Cholera und Gelbfieber die Anordnung der Desinfektion nur dann zulässig, wenn die Annahme, dass die Gegenstände mit dem Krankheitsstoffe behaftet sind, durch besondere Umstände begründet ist.

Ist die Desinfektion nicht ausführbar oder im Verhältnisse zum Werthe der Gegenstände zu kostspielig, so kann die Vernichtung angeordnet werden.

§. 20. Zum Schutze gegen Pest können Massregeln zur Vertilgung und Fernhaltung von Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer angeordnet werden.

§. 21. Für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen von Personen, welche an einer gemeingefährlichen Krankheit gestorben sind, können besondere Vorsichtsmassregeln angeordnet werden.

§. 22. Die Bestimmungen über die Ausführung der in den §§. 12 bis 21 vorgesehenen Schutzmassregeln, insbesondere der Desinfektion, werden vom Bundesrath erlassen.

§. 23. Die zuständige Landesbehörde kann die Gemeinden oder die weiteren Kommunalverbände dazu anhalten, diejenigen Einrichtungen, welche zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten nothwendig sind, zu treffen. Wegen Aufbringung der erforderlichen Kosten findet die Bestimmung des §. 37 Abs. 2 Anwendung.

§. 24. Zur Verhütung der Einschleppung der gemeingefährlichen Krankheiten aus dem Auslande kann der Einlass der Seeschiffe von der Erfüllung gesundheitspolizeilicher Vorschriften abhängig gemacht, sowie

1. der Einlass anderer dem Personen- oder Frachtverkehre dienenden Fahrzeuge
2. die Ein- und Durchfuhr von Waaren und Gebrauchsgegenständen,

3. der Eintritt und die Beförderung von Personen, welche aus dem von der Krankheit befallenen kommen,

verboten oder beschränkt werden.

Der Bundesrath ist ermächtigt, Vorschriften über die hiernach zu treffenden Massregeln zu beschliessen. Soweit sich diese Vorschriften auf die gesundheitspolizeiliche Ueberwachung der Seeschiffe beziehen, können sie auf den Schiffsverkehr zwischen deutschen Häfen erstreckt werden.

§. 25. Wenn eine gemeingefährliche Krankheit im Ausland oder im Küstengebiete des Reichs ausgebrochen ist, so bestimmt der Reichskanzler oder für das Gebiet des zunächst bedrohten Bundesstaates im Einvernehmen mit dem Reichskanzler die Landesregierung, wann und in welchem Umfange die gemäss §. 24 Abs. 2 erlassenen Vorschriften in Vollzug zu setzen sind.

§. 26. Der Bundesrath ist ermächtigt, Vorschriften über die Ausstellung von Gesundheitspässen für die aus deutschen Häfen ausgehenden Seeschiffe zu beschliessen.

§. 27. Der Bundesrath ist ermächtigt, über die bei der Ausführung wissenschaftlicher Arbeiten mit Krankheitserregern zu beobachtenden Vorsichtsmassregeln, sowie über den Verkehr mit Krankheitserregern und deren Aufbewahrung Vorschriften zu erlassen.

Entschädigungen.

§. 28. Personen, welche der Invalidenversicherung unterliegen, haben für die Zeit, während der sie auf Grund des §. 12 in der Wahl des Aufenthalts oder der Arbeitsstätte beschränkt oder auf Grund des §. 14 abgesondert sind, Anspruch auf eine Entschädigung wegen des ihnen dadurch entgangenen Arbeitsverdienstes, bei deren Berechnung als Tagesarbeitsverdienst der dreihundertste Theil des für die Invalidenversicherung massgebenden Jahresarbeitsverdienstes zu Grunde zu legen ist.

Dieser Anspruch fällt weg, insoweit auf Grund einer auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Versicherung wegen einer mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheit Unterstützung gewährt wird oder wenn eine Verpflegung auf öffentliche Kosten stattfindet.

§. 29. Für Gegenstände, welche in Folge einer nach Massgabe dieses Gesetzes polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion derart beschädigt worden sind, dass sie zu ihrem bestimmungsgemässen Gebrauche nicht weiter verwendet werden können, oder welche auf polizeiliche Anordnung vernichtet worden sind, ist, vorbehaltlich der in §§. 32 und 33 angegebenen Ausnahmen, auf Antrag Entschädigung zu gewähren.

§. 30. Als Entschädigung soll der gemeine Werth des Gegenstandes gewährt werden ohne Rücksicht auf die Minderung des Werthes, welche sich aus der Annahme ergiebt, dass der Gegenstand mit Krankheitsstoff behaftet sei. Wird der Gegenstand nur beschädigt oder theilweise vernichtet, so ist der verbleibende Werth auf die Entschädigung anzurechnen.

§. 31. Die Entschädigung wird, sofern ein anderer Berechtigter nicht bekannt ist, demjenigen gezahlt, in dessen Gewahrsam sich der beschädigte oder vernichtete Gegenstand zur Zeit der Desinfektion befand. Mit dieser Zahlung erlischt jede Entschädigungsverpflichtung aus §. 29.

§. 32. Eine Entschädigung auf Grund dieses Gesetzes wird nicht gewährt:

1. für Gegenstände, welche im Eigenthume des Reichs, eines Bundesstaats oder einer kommunalen Körperschaft sich befinden;

2. für Gegenstände, welche entgegen einem auf Grund des §. 15 Nr. 1 oder des §. 24 erlassenen Verbot aus- oder eingeführt worden sind.

§. 33. Der Anspruch auf Entschädigung fällt weg:

1. wenn derjenige, welchem die Entschädigung zustehen würde, die beschädigten oder vernichteten Gegenstände oder einzelne derselben an sich gebracht hat, obwohl er wusste oder den Umständen nach annehmen musste, dass dieselben bereits mit dem Krankheitsstoffe behaftet oder auf polizeiliche Anordnung zu desinfiziren waren;

2. wenn derjenige, welchem die Entschädigung zustehen würde oder in dessen Gewahrsam die beschädigten oder vernichteten Gegenstände sich befanden, zu der Desinfektion durch eine Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz

oder eine auf Grund desselben getroffene Anordnung Veranlassung gegeben hat.

§. 34. Die Kosten der Entschädigungen sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Im Uebrigen bleibt der landesrechtlichen Regelung vorbehalten, Bestimmungen darüber zu treffen:

1. von wem die Entschädigung zu gewähren und wie dieselbe aufzubringen ist,
2. binnen welcher Frist der Entschädigungsanspruch geltend zu machen ist,
3. wie die Entschädigung zu ermitteln und festzustellen ist.

Allgemeine Vorschriften.

§. 35. Die dem allgemeinen Gebrauche dienenden Einrichtungen für Versorgung mit Trink- oder Wirthschaftswasser und für Fortschaffung der Abfallstoffe sind fortlaufend durch staatliche Beamte zu überwachen.

Die Gemeinden sind verpflichtet, für die Beseitigung der vorgefundenen gesundheitsgefährlichen Missstände Sorge zu tragen. Sie können nach Massgabe ihrer Leistungsfähigkeit zur Herstellung von Einrichtungen der im Abs. 1 bezeichneten Art, sofern dieselben zum Schutze gegen übertragbare Krankheiten erforderlich sind, jeder Zeit angehalten werden.

Das Verfahren, in welchem über die hiernach gegen die Gemeinden zulässigen Anordnungen zu entscheiden ist, richtet sich nach Landesrecht.

§. 36. Beamtete Aerzte im Sinne dieses Gesetzes sind Aerzte, welche vom Staate angestellt sind oder deren Anstellung mit Zustimmung des Staates erfolgt ist.

An Stelle der beamteten Aerzte können im Falle ihrer Behinderung oder aus sonstigen dringenden Gründen andere Aerzte zugezogen werden. Innerhalb des von ihnen übernommenen Auftrags gelten die letzteren als beamtete Aerzte und sind befugt und verpflichtet, diejenigen Amtsverrichtungen wahrzunehmen, welche in diesem Gesetz oder in den hierzu ergangenen Ausführungsbestimmungen den beamteten Aerzten übertragen sind.

§. 37. Die Anordnung und Leitung der Abwehr- und Unterdrückungsmassregeln liegt den Landesregierungen und deren Organen ob.

Die Zuständigkeit der Behörden und die Aufbringung der entstehenden Kosten regelt sich nach Landesrecht.

Die Kosten der auf Grund des §. 6 angestellten behördlichen Ermittelungen, der Beobachtung in den Fällen des §. 12, ferner auf Antrag die Kosten der auf Grund des §. 19 polizeilich angeordneten und überwachten Desinfektion und der auf Grund des §. 21 angeordneten besonderen Vorsichtsmassregeln für die Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung der Leichen sind aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten.

Die Landesregierungen bestimmen, welche Körperschaften unter der Bezeichnung Gemeinde, weiterer Kommunalverband und kommunale Körperschaft zu verstehen sind.

§. 38. Die Behörden der Bundesstaaten sind verpflichtet, sich bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten gegenseitig zu unterstützen.

§. 39. Die Ausführung der nach Massgabe dieses Gesetzes zu ergreifenden Schutzmassregeln liegt, insoweit davon

1. dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärpersonen,
2. Personen, welche in militärischen Dienstgebäuden oder auf den zur Kaiserlichen Marine gehörigen oder von ihr gemietheten Schiffen und Fahrzeugen untergebracht sind,
3. marschirende oder auf dem Transporte befindliche Militärpersonen und Truppentheile des Heeres und der Marine, sowie die Ausrüstungs- und Gebrauchsgegenstände derselben,
4. ausschliesslich von der Militär- oder Marineverwaltung benutzte Grundstücke und Einrichtungen

betroffen werden, den Militär- und Marinebehörden ob.

Auf Truppenübungen finden die nach diesem Gesetze zulässigen Verkehrsbeschränkungen keine Anwendung.

Der Bundesrath hat darüber Bestimmung zu treffen, inwieweit von dem Auftreten des Verdachts und von dem Ausbruch einer übertragbaren Krankheit,

sowie von dem Verlauf und dem Erlöschen der Krankheit sich die Militär- und Polizeibehörden gegenseitig in Kenntniss zu setzen haben.

§. 40. Für den Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverkehr, sowie für Schifffahrtsbetriebe, welche im Anschluss an den Eisenbahnverkehr geführt werden und der staatlichen Eisenbahn-Aufsichtsbehörde unterstellt sind, liegt die Ausführung der nach Massgabe dieses Gesetzes zu ergreifenden Schutzmassregeln ausschliesslich den zuständigen Reichs- und Landesbehörden ob.

Inwieweit die auf Grund dieses Gesetzes polizeilich angeordneten Verkehrsbeschränkungen und Desinfektionsmassnahmen

1. auf Personen, welche während der Beförderung als krank, krankheits- oder ansteckungsverdächtig befunden werden,
2. auf die im Dienste befindlichen oder aus dienstlicher Veranlassung vorübergehend ausserhalb ihres Wohnsitzes sich aufhaltenden Beamten und Arbeiter der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltungen, sowie der genannten Schifffahrtsbetriebe

Anwendung finden, bestimmt der Bundesrath.

§. 41. Dem Reichskanzler liegt ob, die Ausführung dieses Gesetzes und der auf Grund desselben erlassenen Anordnungen zu überwachen.

Wenn zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Krankheiten Massregeln erforderlich sind, von welchen die Gebiete mehrerer Bundesstaaten betroffen werden, so hat der Reichskanzler oder ein von ihm bestellter Kommissar für Herstellung und Erhaltung der Einheit in den Anordnungen der Landesbehörden zu sorgen und zu diesem Behufe das Erforderliche zu bestimmen, in dringenden Fällen auch die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen zu versehen.

§. 42. Ist in einer Ortschaft der Ausbruch einer gemeingefährlichen Krankheit festgestellt, so ist das Kaiserliche Gesundheitsamt hiervon sofort auf kürzestem Wege zu benachrichtigen. Der Bundesrath ist ermächtigt, zu bestimmen, inwieweit im späteren Verlauf dem Kaiserlichen Gesundheitsamt Mittheilungen über Erkrankungs- und Todesfälle zu machen sind.

§. 43. In Verbindung mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamt wird ein Reichs-Gesundheitsrath gebildet. Die Geschäftsordnung wird vom Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesraths festgestellt. Die Mitglieder werden vom Bundesrath gewählt.

Der Reichs-Gesundheitsrath hat das Gesundheitsamt bei der Erfüllung der diesem Amt zugewiesenen Aufgaben zu unterstützen. Er ist befugt, den Landesbehörden auf Ansuchen Rath zu ertheilen. Er kann sich, um Auskunft zu erhalten, mit den ihm zu diesem Zwecke zu bezeichnenden Landesbehörden unmittelbar in Verbindung setzen, sowie Vertreter absenden, welche unter Mitwirkung der zuständigen Landesbehörden Aufklärungen an Ort und Stelle einziehen.

Strafvorschriften.

§. 44. Mit Gefängniss bis zu drei Jahren wird bestraft:

1. wer wissentlich bewegliche Gegenstände, für welche eine Desinfektion polizeilich angeordnet war, vor Ausführung der angeordneten Desinfektion in Gebrauch nimmt, an Andere überlässt oder sonst in Verkehr bringt;
2. wer wissentlich Kleidungsstücke, Leibwäsche, Bettzeug oder sonstige bewegliche Gegenstände, welche von Personen, die an einer gemeingefährlichen Krankheit litten, während der Erkrankung gebraucht oder bei deren Behandlung oder Pflege benutzt worden sind, in Gebrauch nimmt, an Andere überlässt oder sonst in Verkehr bringt, bevor sie den auf Grund des §. 22 vom Bundesrathe beschlossenen Bestimmungen entsprechend desinfizirt worden sind;
3. wer wissentlich Fahrzeuge oder sonstige Geräthschaften, welche zur Beförderung von Kranken oder Verstorbenen der in Nr. 2 bezeichneten Art gedient haben, vor Ausführung der polizeilich angeordneten Desinfektion benutzt oder Anderen zur Benutzung überlässt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark erkannt werden.

§. 45. Mit Geldstrafe von zehn bis einhundertfünfzig Mark oder mit Haft nicht unter einer Woche wird bestraft:

1. wer die ihm nach den §§. 2, 3 oder nach den auf Grund des §. 5 vom Bundesrath beschlossenen Vorschriften obliegende Anzeige unterlässt oder länger als vierundzwanzig Stunden, nachdem er von der anzuzeigenden Thatsache

Kenntniss erhalten hat, verzögert. Die Strafverfolgung tritt nicht ein, wenn die Anzeige, obwohl nicht von dem zunächst Verpflichteten, doch rechtzeitig gemacht worden ist;

2. wer im Falle des §. 7 dem beamteten Arzt den Zutritt zu dem Kranken oder zur Leiche oder die Vornahme der erforderlichen Untersuchungen verweigert;

3. wer den Bestimmungen im §. 7 Abs. 3 zuwider über die daselbst bezeichneten Umstände dem beamteten Arzt oder der zuständigen Behörde die Auskunft verweigert oder wissentlich unrichtige Angaben macht;

4. wer den auf Grund des §. 13 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

§. 46. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird, sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, bestraft:

1. wer den im Falle des §. 9 von dem beamteten Arzt oder dem Vorsteher der Ortschaft getroffenen vorläufigen Anordnungen oder den auf Grund des §. 10 von der zuständigen Behörde erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt;

2. wer den auf Grund des §. 12, des §. 14 Abs. 5, der §§. 15, 17, 19 bis 22 getroffenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt;

3. wer den auf Grund der §§. 24, 26, 27 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt.

Schlussbestimmungen.

§. 47. Die vom Bundesrathe zur Ausführung dieses Gesetzes erlassenen allgemeinen Bestimmungen sind dem Reichstage zur Kenntniss mitzutheilen.

§. 48. Landesrechtliche Vorschriften über die Bekämpfung anderer als der im §. 1 Abs. 1 genannten übertragbaren Krankheiten werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

§. 49. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Travemünde, den 30. Juni 1900.

(L. S.) Wilhelm.

Graf von Posadowsky.

Ein- und Durchfuhrbeschränkungen zur Abwehr von Cholera- und Pestgefahr. Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 4. Juli 1900.

Der Bundesrath hat auf Grund der §§. 24, 25 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 306) beschlossen, dass für den Fall einer Cholera- oder Pestgefahr hinsichtlich der Ein- und Durchfuhr von Waaren und Gebrauchsgegenständen aus dem Auslande nachstehende Vorschriften in Vollzug gesetzt werden können

1) Die Ein- und Durchfuhr von Leibwäsche, alten und getragenen Kleidungsstücken, gebrauchtem Bettzeuge, Hadern und Lumpen jeder Art ist verboten.

2) Auf Leibwäsche, Bettzeug und Kleidungsstücke, welche Reisende zu ihrem Gebrauche mit sich führen, oder welche als Umzugsgut eingeführt werden, findet das Verbot unter Nr. 1 keine Anwendung. Jedoch kann die Gestattung ihrer Einfuhr von einer vorherigen Desinfektion abhängig gemacht werden.

3) Der Reichskanzler ist ermächtigt, Ausnahmen von dem Verbot unter Anordnung der erforderlichen Vorsichtsmassnahmen zuzulassen.

B. Königreich Preussen.

Uebersicht über die Verhältnisse aller Anstalten für Geisteskranke. Runderlass der Minister der u. s. w. Medizinalangelegenheiten und des Innern vom 5. Juni 1900 — M. d. g. A. M. Nr. 6365 U I, M. d. I. II a Nr. 4487 — an sämmtliche Königliche Oberpräsidenten.

Für die Bearbeitung der auf die Fürsorge für Geisteskranke bezüglichen

Fragen ist es von Wichtigkeit, erneut eine Uebersicht über die Verhältnisse aller Anstalten für Geisteskranke, insbesondere über ihren Umfang, ihre Belegung mit Selbstzahlenden oder aus öffentlichen Mitteln Unterhaltenen und ihre ärztliche Versorgung zu erlangen.

Zu diesem Zweck ersuchen wir ergebenst, unter Betheiligung des Regierungspräsidenten bezw. Polizeipräsidenten und der Landesdirektoren (Landeshauptleute) die erwähnten Verhältnisse in der dortigen Provinz nach dem Stande vom 1. Juli d. J. gefälligst festzustellen und demnächst nach dem anliegenden Formular eine rechnerisch geprüfte und bescheinigte Gesammtnachweisung an uns einzureichen.

In der Nachweisung sind alle Anstalten einzeln aufzunehmen. In Betracht zu ziehen sind die öffentlichen Anstalten, die entsprechenden Abtheilungen öffentlicher Krankenhäuser, die psychiatrischen Universitätskliniken, die Irrenabtheilungen in Strafanstalten und die Privatanstalten einschl. der von geistlichen Orden und Vereinen betriebenen Anstalten.

Laufende Nr.	Nnmen, Ort und Charakter der Anstalt.	Anzahl der verpflegten Kranken.															
		a. Geisteskranken				b. Idioten				c. Epileptiker				d. zusammen			
		insgesammt		darunter unter 18 Jahren		insgesammt		darunter unter 18 Jahren		insgesammt		darunter unter 18 Jahren		insgesammt		darunter unter 18 Jahren	
1.	2.	3.		4.		5.		6.		7.		8.		9.		10.	
		M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.

Verpflegt nicht oder nicht völlig auf eigene Kosten, vielmehr auf Kosten												Zu- (Ab)gang in der Zeit vom 1. Juli 1899 bis 30. Juni 1900 (darunter Todesfälle)		Anzahl der Aerzte einschl. des Leiters		Besteht in der Provinz a. ein Hülfsverein für entlassene Geisteskranke etc. b. Familienpflege unter Aufsicht der Anstalten und für wieviel Kranke.		Bemerkungen.
a. staatlicher Behörden		b. Gemeinden und anderer Kommunalverbände		c. staatlich beaufsichtigten Krankenkassen		d. Berufsgenossenschaften		e. Landesversicherungsanstalten		f. zusammen								
11.		12.		13.		14.		15.		16.		17.		18.		19.		20.
M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.	M.	F.			M.	F.	

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath i. Minden i. W.

J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 15. 1. August. 1900.

Rechtsprechung.

Begriff „Vollmilch", entrahmte Milch, Mischmilch. Urtheil des Reichsgerichts (I. Strafsenats) vom 21. Dezember 1899.

. . . Unter Vollmilch ist Milch zu verstehen in ihrer ursprünglichen, vollen Zusammensetzung, Milch, der Nichts von ihren natürlichen Bestandtheilen entzogen und an der Nichts durch Zusätze oder weitere künstliche oder natürliche Einwirkungen verändert ist, also im Gegensatze z. B. zu Rahm, zu Mager-, Butter-, saurer Milch und dergl., kurz — wenn von Kuhmilch die Rede ist, — wie sie von der Kuh kommt. Solche Milch hat laut der Materialien zur technischen Begründung des Gesetzes „nach den vielen in allen Theilen der Welt angestellten Analysen eine gleichförmige Zusammensetzung, die um so konstanter ist, wenn, wie meist der Fall ist, nicht die Milch einer einzelnen Kuh, sondern die zusammengeschüttete Vollmilch vieler Kühe zum Verkauf gelangt."

. . . . Milch ist ein Naturerzeugniss, auf das wie auf alle reinen Naturerzeugnisse „normal" im Sinne von „vorschrifts- oder ordnungsgemäss" nicht anwendbar ist, sondern nur im Sinne von „gewöhnlich, in der Regel". Denn sie lassen sich zwar in gewissem Masse von Menschen beeinflussen, aber nicht unter menschliche Vorschrift beugen. Sie können darum gut oder schlecht ausfallen, auch wenn sie gewissen Anforderungen nicht entsprechen, vom Verkehre ausgeschlossen werden, aber in ihrem ursprünglichen Zustande nie verfälscht sein, während umgekehrt jede Veränderung dieses ursprünglichen Zustandes zum Schlechteren durch Entnahme oder Zusatz von Stoffen unter den Begriff der Verfälschung des betreffenden Nahrungsmittels fällt, ohne Rücksicht darauf, ob die so hergestellte schlechtere Beschaffenheit bei einem anderen individuell davon verschiedenen Nahrungsmittel derselben Art schon ursprünglich vorkommen kann und vorkommt oder nicht. Die von der Wissenschaft ermittelten oder in dem Bedürfnisse oder den Ansprüchen des Publikums begründeten Grenzwerthe in dem Verhältnisse der Bestandtheile eines Nahrungs- und Genussmittels zu einander haben gegenüber reinen Naturprodukten nur Bedeutung für deren Werth und Verkehrsfähigkeit, und können nur für die Kraft menschlicher Thätigkeit und in diesem Sinne künstlich entstandenen Erzeugnisse den zulässigen Spielraum ausstecken, jenseits dessen die Herstellung als Verfälschung gelten soll. Mit Recht hat daher die Strafkammer davon abgesehen, irgend einen bestimmten ziffermässigen Massstab an den Fettgehalt der von den Angeklagten als Vollmilch verkauften Milch anzulegen; denn der einzig zulässige Massstab war die unveränderte Beschaffenheit dieser Milch, wie sie die Natur geliefert hatte; und dass diese durch vorsätzliche Thätigkeit der Angeklagten verschlechtert wurde[1]) und nicht mehr die „volle", d. i. vollständige Milch war, als die sie verkauft wurde, ist im Urtheil festgestellt.

Da auch alle subjektiven Voraussetzungen des §. 10 N.-M.-G. rechtsirrthumsfrei festgestellt sind, war das Rechtsmittel zu verwerfen.

---

[1]) Die Angeklagten hatten der Milch einen Theil des Rahmes entnommen und behauptet, dies nur bei besonders fettreicher Milch und auch hier nur in dem Masse gethan zu haben, dass die entrahmte Milch immer noch als Vollmilch hätte gelten können.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

Schlachtvieh- und Fleischbeschau. Gesetz vom 3. Juni 1900.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1. Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde und Hunde, deren Fleisch zum Genusse für Menschen verwendet werden soll, unterliegen vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung. Durch Beschluss des Bundesraths kann die Untersuchungspflicht auf anderes Schlachtvieh ausgedehnt werden.

Bei Nothschlachtungen darf die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben.

Der Fall der Nothschlachtung liegt dann vor, wenn zu befürchten steht, dass das Thier bis zur Ankunft des zuständigen Beschauers verenden oder das Fleisch durch Verschlimmerung des krankhaften Zustandes wesentlich an Werth verlieren werde, oder wenn das Thier in Folge eines Unglücksfalls sofort getödtet werden muss.

§. 2. Bei Schlachtthieren, deren Fleisch ausschliesslich im eigenen Haushalte des Besitzers verwendet werden soll, darf, sofern sie keine Merkmale einer die Genusstauglichkeit des Fleisches ausschliessenden Erkrankung zeigen, die Untersuchung vor der Schlachtung und, sofern sich solche Merkmale auch bei der Schlachtung nicht ergeben, auch die Untersuchung nach der Schlachtung unterbleiben.

Eine gewerbsmässige Verwendung von Fleisch, bei welchem auf Grund des Abs. 1 die Untersuchung unterbleibt, ist verboten.

Als eigener Haushalt im Sinne des Abs. 1 ist der Haushalt der Kasernen, Krankenhäuser, Erziehungsanstalten, Speiseanstalten, Gefangenanstalten, Armenhäuser und ähnlicher Anstalten, sowie der Haushalt der Schlächter, Fleischhändler, Gast-, Schank- und Speisewirthe nicht anzusehen.

§. 3. Die Landesregierungen sind befugt, für Gegenden und Zeiten, in denen eine übertragbare Thierkrankheit herrscht, die Untersuchung aller der Seuche ausgesetzten Schlachtthiere anzuordnen.

§. 4. Fleisch im Sinne dieses Gesetzes sind Theile von warmblütigen Thieren, frisch oder zubereitet, sofern sie sich zum Genusse für Menschen eignen. Als Theile gelten auch die aus warmblütigen Thieren hergestellten Fette und Würste, andere Erzeugnisse nur insoweit, als der Bundesrath dies anordnet.

§. 5. Zur Vornahme der Untersuchungen sind Beschaubezirke zu bilden; für jeden derselben ist mindestens ein Beschauer, sowie ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Bildung der Beschaubezirke und die Bestellung der Beschauer erfolgt durch die Landesbehörden. Für die in den Armeekonservenfabriken vorzunehmende Untersuchungen können seitens der Militärverwaltung besondere Beschauer bestellt werden.

Zu Beschauern sind approbirte Thierärzte oder andere Personen, welche genügende Kenntnisse nachgewiesen haben, zu bestellen.

§. 6. Ergiebt sich bei den Untersuchungen das Vorhandensein oder der Verdacht einer Krankheit, für welche die Anzeigepflicht besteht, so ist nach Massgabe der hierüber geltenden Vorschriften zu verfahren.

§. 7. Ergiebt die Untersuchung des lebenden Thieres keinen Grund zur Beanstandung der Schlachtung, so hat der Beschauer sie unter Anordnung der etwa zu beobachtenden besonderen Vorsichtsmassregeln zu genehmigen.

Die Schlachtung des zur Untersuchung gestellten Thieres darf nicht vor der Ertheilung der Genehmigung und nur unter Einhaltung der angeordneten besonderen Vorsichtsmassregeln stattfinden.

Erfolgt die Schlachtung nicht spätestens zwei Tage nach Ertheilung der Genehmigung, so ist sie nur nach erneuter Untersuchung und Genehmigung zulässig.

§. 8. Ergiebt die Untersuchung nach der Schlachtung, dass kein Grund

zur Beanstandung des Fleisches vorliegt, so hat der Beschauer es als tauglich zum Genuss für Menschen zu erklären.

Vor der Untersuchung dürfen Theile eines geschlachteten Thieres nicht beseitigt werden.

§. 9. Ergiebt die Untersuchung, dass das Fleisch zum Genusse für Menschen untauglich ist, so hat der Beschauer es vorläufig zu beschlagnahmen, den Besitzer hiervon zu benachrichtigen und der Polizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten.

Fleisch, dessen Untauglichkeit sich bei der Untersuchung ergeben hat, darf als Nahrungs- oder Genussmittel für Menschen nicht in Verkehr gebracht werden.

Die Verwendung des Fleisches zu anderen Zwecken kann von der Polizeibehörde zugelassen werden, soweit gesundheitliche Bedenken nicht entgegenstehen. Die Polizeibehörde bestimmt, welche Sicherungsmassregeln gegen eine Verwendung des Fleisches zum Genusse für Menschen zu treffen sind.

Das Fleisch darf nicht vor der polizeilichen Zulassung und nur unter Einhaltung der von der Polizeibehörde angeordneten Sicherungsmassregeln in Verkehr gebracht werden.

Das Fleich ist von der Polizeibehörde in unschädlicher Weise zu beseitigen, soweit seine Verwendung zu anderen Zwecken (Abs. 3) nicht zugelassen wird.

§. 10. Ergiebt die Untersuchung, dass das Fleisch zum Genusse für Menschen nur bedingt tauglich ist, so hat der Beschauer es vorläufig zu beschlagnahmen, den Besitzer hiervon zu benachrichtigen und der Polizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten. Die Polizeibehörde bestimmt, unter welchen Sicherungsmassregeln das Fleisch zum Genusse für Menschen brauchbar gemacht werden kann.

Fleisch, das bei der Untersuchung als nur bedingt tauglich erkannt worden ist, darf als Nahrungs- und Genussmittel für Menschen nicht in Verkehr gebracht werden, bevor es unter den von der Polizeibehörde angeordneten Sicherungsmassregeln zum Genusse für Menschen brauchbar gemacht worden ist.

Insoweit eine solche Brauchbarmachung unterbleibt, finden die Vorschriften des §. 9 Abs. 3 bis 5 entsprechende Anwendung.

§. 11. Der Vertrieb des zum Genusse für Menschen brauchbar gemachten Fleisches (§. 10 Abs. 1) darf nur unter einer diese Beschaffenheit erkennbar machenden Bezeichnung erfolgen.

Fleischhändlern, Gast-, Schank- und Speisewirthen ist der Vertrieb und die Verwendung solchen Fleisches nur mit Genehmigung der Polizeibehörde gestattet; die Genehmigung ist jeder Zeit widerruflich. An die vorbezeichneten Gewerbetreibenden darf derartiges Fleisch nur abgegeben werden, soweit ihnen eine solche Genehmigung ertheilt worden ist. In den Geschäftsräumen dieser Personen muss an einer in die Augen fallenden Stelle durch deutlichen Anschlag besonders erkennbar gemacht werden, dass Fleisch der im Abs. 1 bezeichneten Beschaffenheit zum Vertrieb oder zur Verwendung kommt.

Fleischhändler dürfen das Fleisch nicht in Räumen feilhalten oder verkaufen, in welchen taugliches Fleisch (§. 8) feilgehalten oder verkauft wird.

§. 12. Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Büchsen oder ähnlichen Gefässen, von Würsten und sonstigen Gemengen aus zerkleinertem Fleische in das Zollinland ist verboten.

Im Uebrigen gelten für die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland bis zum 31. Dezember 1903 folgende Bedingungen:

1. Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Thierkörpern, die bei Rindvieh, ausschliesslich der Kälber, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden.

Mit den Thierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Euter in natürlichem Zusammenhange verbunden sein; der Bundesrath ist ermächtigt, diese Vorschrift auf weitere Organe auszudehnen.

2. Zubereitetes Fleisch darf nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäss ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen lässt. Diese Feststellung gilt als unausführbar insbesondere bei Sendungen von Pökelfleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als vier Kilogramm be-

trägt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Fleisch, welches zwar einer Behandlung zum Zwecke seiner Haltbarmachung unterzogen worden ist, aber die Eigenschaften frischen Fleisches im Wesentlichen behalten hat oder durch entsprechende Behandlung wieder gewinnen kann, ist als zubereitetes Fleisch nicht anzusehen; Fleisch solcher Art unterliegt den Bestimmungen in Ziffer 1.

Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1903 sind die Bedingungen für die Einfuhr von Fleisch gesetzlich von neuem zu regeln. Sollte eine Neuregelung bis zu dem bezeichneten Zeitpunkte nicht zu Stande kommen, so bleiben die im Abs. 2 festgesetzten Einfuhrbedingungen bis auf Weiteres massgebend.

§. 13. Das in das Zollinland eingehende Fleisch unterliegt bei der Einfuhr einer amtlichen Untersuchung unter Mitwirkung der Zollbehörden. Ausgenommen hiervon ist das nachweislich im Inlande bereits vorschriftsmässig untersuchte und das zur unmittelbaren Durchfuhr bestimmte Fleisch.

Die Einfuhr von Fleisch darf nur über bestimmte Zollämter erfolgen. Der Bundesrath bezeichnet diese Aemter, sowie diejenigen Zoll- und Steuerstellen, bei welchen die Untersuchung des Fleisches stattfinden kann.

§. 14. Auf Wildpret und Federvieh, ferner auf das zum Reiseverbrauche mitgeführte Fleisch finden die Bestimmungen der §§. 12 und 13 nur insoweit Anwendung, als der Bundesrath dies anordnet.

Für das im kleinen Grenzverkehre, sowie im Mess- und Marktverkehre des Grenzbezirks eingehende Fleisch können durch Anordnung der Landesregierungen Ausnahmen von den Bestimmungen der §§. 12 und 13 zugelassen werden.

§. 15. Der Bundesrath ist ermächtigt, weitergehende Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen, als in den §§. 12 und 13 vorgesehen sind, zu beschliessen.

§. 16. Die Vorschriften des §. 8 Abs. 1 und der §§. 9 bis 11 gelten auch für das in das Zollinland eingehende Fleisch. An Stelle der unschädlichen Beseitigung des Fleisches oder an Stelle der polizeilicherseits anzuordnenden Sicherungsmassregeln kann jedoch, insoweit gesundheitliche Bedenken nicht entgegenstehen, die Wiederausfuhr des Fleisches unter entsprechenden Vorsichtsmassnahmen zugelassen werden.

§. 17. Fleisch, welches zwar nicht für den menschlichen Genuss bestimmt ist, aber dazu verwendet werden kann, darf zur Einfuhr ohne Untersuchung zugelassen werden, nachdem es zum Genusse für Menschen unbrauchbar gemacht ist.

§. 18. Bei Pferden muss die Untersuchung (§. 1) durch approbirte Thierärzte vorgenommen werden.

Der Vertrieb von Pferdefleisch, sowie die Einfuhr solchen Fleisches in das Zollinland darf nur unter einer Bezeichnung erfolgen, welche in deutscher Sprache das Fleisch als Pferdefleisch erkennbar macht.

Fleischhändlern, Gast-, Schank- und Speisewirthen ist der Vertrieb und die Verwendung von Pferdefleisch nur mit Genehmigung der Polizeibehörde gestattet; die Genehmigung ist jeder Zeit widerruflich. An die vorbezeichneten Gewerbetreibenden darf Pferdefleisch nur abgegeben werden, soweit ihnen eine solche Genehmigung ertheilt worden ist. In den Geschäftsräumen dieser Personen muss an einer in die Augen fallenden Stelle durch deutlichen Anschlag besonders erkennbar gemacht werden, dass Pferdefleisch zum Vertrieb oder zur Verwendung kommt.

Fleischhändler dürfen Pferdefleisch nicht in Räumen feilhalten oder verkaufen, in welchen Fleisch von anderen Thieren feilgehalten oder verkauft wird.

Der Bundesrath ist ermächtigt, anzuordnen, dass die vorstehenden Vorschriften auf Esel, Maulesel, Hunde und sonstige, seltener zur Schlachtung gelangende Thiere entsprechende Anwendung finden.

§. 19. Der Beschauer hat das Ergebniss de Untersuchung an dem Fleisch kenntlich zu machen. Das aus dem Ausland eingeführte Fleisch ist ausserdem als solches kenntlich zu machen.

Der Bundesrath bestimmt die Art der Kennzeichnung.

§. 20. Fleisch, welches innerhalb des Reichs der amtlichen Untersuchung nach Massgabe der §§. 8 bis 16 unterlegen hat, darf einer abermaligen amtlichen

Untersuchung nur zu dem Zwecke unterworfen werden, um festzustellen, ob das Fleisch inzwischen verdorben ist, oder sonst eine gesundheitsschädliche Veränderung seiner Beschaffenheit erlitten hat.

Landesrechtliche Vorschriften, nach denen für Gemeinden mit öffentlichen Schlachthäusern der Vertrieb frischen Fleisches Beschränkungen, insbesondere dem Beschauzwang innerhalb der Gemeinde unterworfen werden kann, bleiben mit der Massgabe unberührt, dass ihre Anwendbarkeit nicht von der Herkunft des Fleisches abhängig gemacht werden darf.

§. 21. Bei der gewerbsmässigen Zubereitung von Fleisch dürfen Stoffe oder Arten des Verfahrens, welche der Waare eine gesundheitsschädliche Beschaffenheit zu verleihen vermögen, nicht angewendet werden. Es ist verboten, derartig zubereitetes Fleisch aus dem Auslande einzuführen, feilzuhalten, zu verkaufen oder sonst in Verkehr zu bringen.

Der Bundesrath bestimmt die Stoffe und die Arten des Verfahrens, auf welche diese Vorschriften Anwendung finden.

Der Bundesrath ordnet an, inwieweit die Vorschriften des Abs. 1 auch auf bestimmte Stoffe und Arten des Verfahrens Anwendung finden, welche eine gesundheitsschädliche oder minderwerthige Beschaffenheit der Waare zu verdecken geeignet sind.

§. 22. Der Bundesrath ist ermächtigt,

1. Vorschriften über den Nachweis genügender Kenntnisse der Fleischbeschauer zu erlassen,
2. Grundsätze aufzustellen, nach welchen die Schlachtvieh- und Fleischbeschau auszuführen und die weitere Behandlung des Schlachtviehs und Fleisches im Falle der Beanstandung stattzufinden hat,
3. die zur Ausführung der Bestimmungen in dem §. 12 erforderlichen Anordnungen zu treffen und die Gebühren für die Untersuchung des in das Zollinland eingehenden Fleisches festzusetzen.

§. 23. Wem die Kosten der amtlichen Untersuchung (§. 1) zur Last fallen, regelt sich nach Landesrecht. Im Uebrigen werden die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen, insoweit nicht der Bundesrath für zuständig erklärt ist, oder insoweit er von einer durch §. 22 ertheilten Ermächtigung keinen Gebrauch macht, von den Landesregierungen erlassen.

§. 24. Landesrechtliche Vorschriften über die Trichinenschau und über den Vertrieb und die Verwendung von Fleisch, welches zwar zum Genusse für Menschen tauglich, jedoch in seinem Nahrungs- und Genusswerth erheblich herabgesetzt ist, ferner landesrechtliche Vorschriften, welche mit Bezug auf

1. die der Untersuchung zu unterwerfenden Thiere,
2. die Ausführung der Untersuchungen durch approbirte Thierärzte,
3. den Vertrieb beanstandeten Fleisches oder des Fleisches von Thieren der im §. 18 bezeichneten Arten

weitergehende Verpflichtungen als dieses Gesetz begründen, sind mit der Massgabe zulässig, dass ihre Anwendbarkeit nicht von der Herkunft des Schlachtviehs oder des Fleisches abhängig gemacht werden darf.

§. 25. Inwieweit die Vorschriften dieses Gesetzes auf das in die Zollausschlüsse eingeführte Fleisch Anwendung zu finden haben, bestimmt der Bundesrath.

§. 26. Mit Gefängniss bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer wissentlich den Vorschriften des §. 9 Abs. 2, 4, des §. 10 Abs. 2, 3, des §. 12 Abs. 1, oder des §. 21 Abs. 1, 2 oder einem auf Grund des §. 21 Abs. 3 ergangenen Verbote zuwiderhandelt;
2. wer wissentlich Fleisch, das den Vorschriften des §. 12 Abs. 1 zuwider eingeführt oder auf Grund des §. 17 zum Genusse für Menschen unbrauchbar gemacht worden ist, als Nahrungs- oder Genussmittel für Menschen in Verkehr bringt;
3. wer Kennzeichen der im §. 19 vorgesehenen Art fälschlich anbringt oder verfälscht, oder wer wissentlich Fleisch, an welchem die Kennzeichen fälschlich angebracht, verfälscht oder beseitigt worden sind, feilhält oder verkauft.

§ 27. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer eine der im §. 26 Nr. 1 und 2 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begeht;

2. wer eine Schlachtung vornimmt, bevor das Thier der in diesem Gesetze vorgeschriebenen oder einer auf Grund des §. 1 Abs. 1 Satz 2, des §. 3, des §. 18 Abs. 5, oder des §. 24 angeordneten Untersuchung unterworfen worden ist;

3. wer Fleisch in Verkehr bringt, bevor es der in diesem Gesetze vorgeschriebenen, oder einer auf Grund des §. 1 Abs. 1 Satz 2, des §. 3, des §. 14 Abs. 1, des §. 18 Abs. 5, oder des §. 24 angeordneten Untersuchung unterworfen worden ist;

4. wer den Vorschriften des §. 2 Abs. 2, des §. 7 Abs. 2, 3, des §. 8 Abs. 2 des §. 11, des §. 12 Abs. 2, des §. 13 Abs. 2, oder des §. 18 Abs. 2 bis 4, im gleichen wer den auf Grund des §. 15 oder des §. 18 Abs. 5 erlassenen Anordnungen oder den auf Grund des §. 24 ergehenden landesrechtlichen Vorschriften über den Vertrieb und die Verwendung von Fleisch zuwiderhandelt.

§. 28. In den Fällen des §. 26 Nr. 1 und 2 und des §. 27 Nr. 1 ist neben der Strafe auf die Einziehung des Fleisches zu erkennen. In den Fällen des §. 26 Nr. 3 und des §. 27 Nr. 2 bis 4 kann neben der Strafe auf die Einziehung des Fleisches oder des Thieres erkannt werden. Für die Einziehung ist es ohne Bedeutung, ob der Gegenstand dem Verurtheilten gehört oder nicht.

Ist die Verfolgung oder Verurtheilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbstständig erkannt werden.

§. 29. Die Vorschriften des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 145), bleiben unberührt. Die Vorschriften des §. 16 des bezeichneten Gesetzes finden auch auf Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes Anwendung.

§. 30. Diejenigen Vorschriften dieses Gesetzes, welche sich auf die Herstellung der zur Durchführung der Schlachtvieh- und Fleischbeschau erforderlichen Einrichtungen beziehen, treten mit dem Tage der Verkündigung dieses Gesetzes in Kraft.

Im Uebrigen wird der Zeitpunkt, mit welchem das Gesetz ganz oder theilweise in Kraft tritt, durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths bestimmt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Neues Palais, den 3. Juni 1900.

(L. S.) Wilhelm.

Fürst zu Hohenlohe.

B. Königreich Preussen.

Benutzung von Flachgefässen in Verkaufsräumen als Unterlagen für Margarine. Runderlass der Minister des Innern und der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 15. Mai 1900 — M. d. I. IIa Nr. 3816, M. d. g. A. M. Nr. 6040 — an sämmtliche Königlichen Regierungspräsidenten.

Nach §. 2 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Butter pp. vom 15. Juni 1897 — R.-G.-Bl. S. 475 — müssen Gefässe, in welchen Margarine pp. gewerbsmässig verkauft oder feilgehalten wird, mit einem stets sichtbaren, bandförmigen Streifen von rother Farbe in bestimmten Abmessungen versehen sein; die Art der Anbringung des Streifens ist durch Nr. 4 der Bekanntmachung vom 4. Juli 1897, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den Verkehr mit Butter pp. (R.-G.-Bl. S. 591) näher geregelt.

Von den Polizeibehörden sind in mehreren Fällen Flachgefässe (Teller), die als Unterlagen für Margarine in Verkaufsräumen dienten, beanstandet worden, weil die Art und Weise, in der der rothe Streifen auf der oberen Randfläche angebracht war, als vorschriftswidrig betrachtet wurde.

Bei den in Frage stehenden Unterlagen ist aber die Anbringung des Streifens in einer der Bekanntmachung vom 4. Juli 1897 genau entsprechenden Weise in Folge ihrer Form nicht möglich; deshalb soll jedoch der Gebrauch derartiger Unterlagen keineswegs ausgeschlossen werden.

Die Erkennbarkeit der Waare als Margarine wird ausreichend gewahrt, wenn der rothe Streifen bandförmig um die ganze obere Randfläche des Gefässes derart gezogen ist, dass er deutlich ist und beim Gebrauch nicht verdeckt

werden kann; die darauf liegende Waare ist ausserdem durch die vorgeschriebene Würfelform hinreichend charakterisirt.

Demzufolge ersuchen wir, die mit dem Vollzuge des bezeichneten Gesetzes betrauten Behörden und deren Organe anzuweisen, Flachgefässe der in Frage stehenden Art, gleichviel ob sie aus Porzellan oder aus anderem Material bestehen, nicht zu beanstanden, auch wenn sie in einer den Bestimmungen der Eingangs erwähnten Bekanntmachung entsprechenden Weise nicht gekennzeichnet sind.

Oelpissoirs. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten — M. U. I, II, III und 1II E. G. I. C. Nr. 10360 — vom 12. Juni 1900 an sämmtliche Königl. Regierungen.

Die bei den verschiedenen Unterrichts-Anstalten bestehenden Pissoirs werden vielfach Mangels einer Wasserleitung oder wegen der hohen Kosten des Wassers gar nicht oder nur ungenügend gespült und bilden alsdann, abgesehen von den Belästigungen, die durch die üblen Gerüche hervorgerufen werden, eine Gefahr für die Gesundheit.

Zur Beseitigung dieser Uebelstände sind schon mehrfach Versuche gemacht, welche die Verwendung von besonders zubereitetem Oel an Stelle der Wasserspülung bezwecken; sie haben sich jedoch als unzureichend erwiesen.

Seit etwa zwei Jahren werden nun von der Firma Roessemann und Kühnemann zu Berlin N, Gartenstrasse 21, Oelpissoirs nach dem System Beetz in Wien erbaut, welche zu ihrem Betriebe gar kein Wasser, sondern nur geringe Mengen eines eigens zusammengesetzten Oeles (sogen. Urinol) erfordern. Diese Pissoirs, deren wichtigsten Bestandtheil der durch Patent geschützte Oelsyphon bildet, sind bereits vielfach, sowohl in öffentlichen Bedürfnissanstalten, als auch in Schulen, Krankenhäusern, Kasernen u. s. w. eingeführt worden und haben sich durchaus bewährt. Sie entsprechen den hygienischen und praktischen Anforderungen, auch bleiben ihre Betriebs- und Unterhaltungskosten weit hinter den gleichen Kosten der mit Wasserspülung versehenen Pissoirs zurück.

Indem ich die nachgeordneten Behörden auf vorbezeichnete Oelpissoirs hierdurch aufmerksam mache, überlasse ich denselben, in geeigneten Fällen ihre Einführung in's Auge zu fassen.

Aufbewahrung von Gläsern mit homöopathischen Arzneimitteln in Schiebladen mit abgetheilten Fächern. Erlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 30. Juni 1900 — M. Nr. 6428 — an dee Königlichen Regierungspräsidenten zu M.

Die Aufbewahrung der Gläser in Kästen darf nur in Kästen mit abgetheilten Fächern stattfinden, und zwar jedes Fach nur ein Fläschchen aufnehmen. Die Fläschchen müssen gleichmässig nach Inhalt und Verdünnung oder Verreibung in Worten und Zahl bezeichnet sein. In gleicher Weise sind Urtinkturen und Urstoffe aufzubewahren. Wenn die Korke ausserdem entsprechende Bezeichnung haben, so ist dagegen nichts einzuwenden.

Massregeln beim Schlachten von Vieh. Polizeiverordnung des Königlichen Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 8. Mai 1900.

§. 1. Die Schlachtung des Schlachtviehes hat mit Vorsicht, ohne Quälere und auf die schnellste Weise zu geschehen. Das Schlachten sämmtlichen Viehe mit Ausnahme des Federviehes darf nur nach vorhergegangener Betäubung durch Kopfschlag stattfinden.

Bei der Betäubung müssen mindestens zwei erwachsene, kräftige, männliche Personen in der Weise thätig sein, dass die eine den Kopf des Thieres in geeigneter Weise festhält, die andere den Schlag führt.

Auf das Schlachten nach jüdischem Ritus (Schächten) finden die Bestimmungen dieses Paragraphen keine Anwendung.

§. 2. Die Ausführung des Stirn- oder Genickschlages bei der Abschlach-

tung darf erst erfolgen, wenn der Kopf des Thieres derartig festgelegt ist oder derartig festgehalten wird, dass ein Ausweichen des Thieres vor dem Schlage hinreichend verhindert wird. Dem Genickschlag oder -stich muss stets sofort der Stirnschlag folgen.

§. 3. Das Aufhängen, Abhäuten, Abbrühen der geschlachteten Thiere und das Rupfen des Federviehes vor eingetretenem Tode darf nicht stattfinden.

§. 4. Das Schlachten sämmtlichen Viehes einschliesslich des Federviehes soll thunlichst in geschlossenen, dem Publikum nicht zugänglichen Räumen stattfinden. Wo solche in geeigneter Weise nicht zur Verfügung stehen und das Schlachten im Freien geschieht, muss der Anblick des Schlachtens dem auf Strassen, Wegen und Plätzen verkehrenden Publikum entzogen sein.

§. 5. Die Anwesenheit von Kindern unter 14 Jahren beim Schlachten darf nicht geduldet werden.

§. 6. Bei der Schlachtung nach jüdischem Ritus sind folgende Vorschriften massgebend:

a. das Niederlegen der grösseren Thiere muss hauptsächlich durch Winden oder ähnliche Vorrichtungen bewerkstelligt werden. Diese Winden, sowie die dabei gebrauchten Seile u. s. w. müssen haltbar sein und stets geschmeidig gehalten werden, so dass die Ausführung ohne Verzug geschehen kann;
b. während des Niederlegens muss der Kopf des Thieres gehörig unterstützt und geführt werden, damit ein Aufschlagen desselben auf den Fussboden und ein Bruch der Hörner vermieden wird;
c. beim Niederlegen des Thieres muss der Schächter bereits zugezogen sein, um unmittelbar die Schächtung vorzunehmen. Letztere muss sicher und schnell ausgeführt werden;
d. nicht nur während des Schächtungsaktes, sondern auch für die ganze Dauer der nach dem Halsschnitte eintretenden Muskelkrämpfe muss der Kopf des Thieres festgelegt werden, damit nicht der Kopf des in Muskelkrämpfen liegenden Thieres am Boden aufgeschlagen und verletzt wird;
e. die Schächtung darf nur durch geprüfte Schächter ausgeführt werden.

§. 7. Für die Befolgung der Vorschriften dieser Polizeiverordnung ist sowohl der Eigenthümer des zu schlachtenden Viehes, wenn er zugezogen ist, wie auch derjenige verantwortlich, welcher die Schlachtung vornimmt oder leitet.

§. 8. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden, soweit nicht nach den Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches eine höhere Strafe verwirkt ist, mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle entsprechende Haft tritt.

§. 9. Diese Polizeiverordnung tritt am 1. Juli in Kraft.

Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Unterleibstyphus. Verfügung des Königlichen Regierungspräsidenten in Arnsberg vom 23. Mai 1900.

Zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung des Unterleibstyphus ersuche ich folgende Massnahmen zu treffen:

1. In Ortschaften, in welchen Typhus innerhalb der letzten vier Wochen ausgebrochen ist, sind die Sanitätskommissionen einzuberufen und haben mindestens wöchentlich ein Mal über die zur Eindämmung der Krankheit nothwendigen Massregeln zu berathen. Zeit und Ort der Berathung sind sämmtlichen ortsangesessenen Aerzten mit dem Ersuchen, daran theilzunehmen, bekannt zu geben. Die Protokolle dieser Berathungen sind mir sofort in Abschrift vorzulegen. Ausserdem sind aus den erforderlichenfalls durch Kooptation zu ergänzenden Mitgliedern der Kommission Revisionskommissionen zu bilden, welche alle Anlagen einer Besichtigung zu unterziehen haben, durch welche eine Verbreitung des Unterleibstyphus zu befürchten steht, insbesondere also die Wasserversorgungsstätten, das Abfuhrwesen, die Badeanstalten, die Milchversorgungsstätten, das Abfuhrwesen, die Badeanstalten, die Milchversorgungsanlagen, Müllabfuhr, Wäschereinigungs-Anlagen u. a. Ueber die dabei festgestellten Mängel ist ein Verhandlungsprotokoll aufzunehmen, dessen Abschrift mir alsbald mit dem Berichte über das von der Ortspolizei Veranlasste vorzulegen ist.

2. Jeder Fall von Typhus, welcher zur Anmeldung gelangt, ist durch

den Medizinalbeamten auf seine Entstehungsursache festzustellen. Wo dessen Zeit und Kraft nicht ausreichend erscheinen, sind Aerzte hinzuzuziehen, denen für die Feststellung am Wohnorte die Gebühr von 3 Mark, im Uebrigen die den Medizinalbeamten nach dem Gesetz vom 9. März 1872 (G.-S. S. 265) zustehenden Gebühren bis auf Weiteres zugebilligt werden können. Den Feststellungen ist der anliegende Fragebogen zu Grunde zu legen, welcher denselben Weg nimmt, wie die Meldekarte (cf. Verfügung vom 16. Mai 1900 — A II b 1978 —).

3. Den Haushaltungsvorständen, aus deren Hause Fälle von Typhus gemeldet wurden, ist unverzüglich die anliegende ortspolizeiliche Verfügung zuzustellen, deren Befolgung durch Heilgehülfen oder Desinfektoren nach Anweisung der Medizinalbeamten zu kontroliren ist. Die Ortspolizeibehörden sind zur Einstellung und Ausbildung der nöthigen Hülfskräfte zu veranlassen.

4. Sämmtlichen Gastwirthen, Konditoren, Nahrungsmittelhändlern, Inhabern von Pensionären, Waisenhäusern, Kranken- und Irrenanstalten der zu 1 bezeichneten Ortschaften ist durch die anliegende polizeiliche Verfügung aufzugeben bis auf Weiteres nur abgekochtes Wasser in ihrem Gewerbebetriebe zu verwenden bezw. zu verabfolgen.

5. Sämmtlichen Milchhändlern ist durch anliegende ortspolizeiliche Verfügung aufzugeben, Milch nur in gekochtem Zustande feilzuhalten oder zu verkaufen. Diese Vorschrift ist durch die Nahrungsmittelpolizei zu kontroliren. Die Verfügung zu 4 und 5 sind 4 Wochen nach Genesung bezw. dem Tode des letzten Typhuskranken ausser Kraft zu setzen und nur für diejenigen Bezirke zu erlassen, in denen wie jetzt in Bochum Stadt und Land der Typhus epidemisch auftritt.

6. Die von den Sanitätskommissionen bezw. den feststellenden Aerzten unter Zustimmung der Medizinalbeamten ausserdem zur Eindämmung der Krankheit für nothwendig erachteten Massregeln sind entweder sofort zu treffen oder es ist an mich zu berichten, aus welchen Gründen die Vorschläge haben abgelehnt werden müssen.

Anlage 1.

1. Kreis . . . . . Ortschaft . . . . .
2. Zu- und Vorname des Erkrankten:
3. Alter:
4. Wohnung:
5. Stand oder Beruf, bei Kindern und Dienstboten die des Haushaltungsvorstandes:
6. Beginn der Krankheit:
7. Aufenthaltsort während der Inkubationszeit?
8. Welche Schule wird besucht?
9. Welche Arbeitsstätte wurde besucht?
10. Wo hat er gebadet?
11. Herrscht in einem der Aufenthaltsorte Typhus?
12. Ist Patient mit Typhuskranken, deren Dejektionen, Wäsche, Leichen in Berührung gekommen oder hat er in Häusern verkehrt, wo Typhuskranke lagen?
13. Wie hat er seinen Wasserbedarf gedeckt?
14. Hat er Milch unabgekocht getrunken und aus welchen Geschäften?
15. Wo befindet sich der Patient jetzt?
16. Wohin gelangen seine Dejekte?
17. Wie wird seine Wäsche behandelt?
18. Ist er isolirt und wie?
19. Wer ist mit seiner Pflege betraut? Ist der Pfleger genügend über die Behandlung der Abgänge orientirt?
20. Ist die Möglichkeit vorhanden, dass Typhuskeime von ihm aus in eine Wasserversorgungsanlage gelangen?
21. Gehören schulpflichtige Kinder dem Haushalte an? Welche Schulen besuchen sie?
22. Besuchen Angehörige des Haushaltes Arbeitsstätten, in welche sie Typhuskeime leicht verschleppen könnten?
23. Welches Gewerbe wird im Hause betrieben?
    Kann durch dasselbe der Typhus leicht verbreitet werden?

24. Welches Urtheil haben Sie über die Wege der Ansteckung gewonnen?
25. Welche Massregeln halten Sie zur Eindämmung für nothwendig?

Anlage 2.

Nachdem in Ihrem Haushalte der Typhus ausgebrochen ist (Erkrankung des . . . . . am . . . . . .) ersuche ich Sie entweder d . . . Patient . . . einem Krankenhause zuführen zu lassen oder folgenden Anordnungen nachzukommen.

1. Der Kranke ist in einem keinen anderen Zwecken dienenden Zimmer mit dem Pflegepersonal abzusondern. Aus dem Krankenzimmer, vor Einbringung des Kranken in dasselbe sind alle nicht unbedingt nothwendigen Gegenstände, insbesondere Teppiche, Decken, Kleider zu entfernen. Anderen als mit der Pflege des Kranken dauernd beschäftigte Personen dürfen zu dem Kranken nicht zugelassen werden.

2. Im Krankenzimmer oder einem besonderen, nur dem Pflegepersonal zugänglichen Vorraum dazu sind aufzustellen:

A. für das Pflegepersonal Gelegenheit zum Waschen der Hände (Seife, Handtuch, Nagelbürste) und eine einprozentige Lysollösung herzustellen durch Mischen von 1 Kinderlöffel Lysol in 1 Liter Wasser;
B. zum Reinigen beschmutzter Leib- und Bettwäsche ein Behälter mit Schmierseifenlösung (herzustellen durch Auflösen von $^1/_2$ Kilo Schmierseife auf 17 Liter Wasser);
C. ein Eimer mit täglich frisch herzustellender Kalkmilch (1 Liter zerkleinerter gebrannter Kalk wird durch Hinzufügen von $^3/_4$ Liter Wasser zum Zerfallen gebracht, mit 3 Liter Wasser ersetzt und das Ganze umgerührt) zur Desinfektion der Abgänge, des Eiters, Verbandstoffe, werthloser Unterlagen;
D. ein Behälter mit täglich frisch zu bereitender, zweiprozentiger Sodalösung (20 g Soda in 1 Liter Wasser) zum Reinigen der Ess- und Trinkgeschirre.

3. Das Pflegepersonal darf im Krankenzimmer nichts geniessen und muss sich nach jeder Berührung des Kranken die Hände in den zu 2 A bezeichneten Flüssigkeiten reinigen, insbesondere wenn es beim Umbetten des Kranken, oder beim Klystirgeben thätig gewesen oder sonst mit Fäkalien des Kranken in Berührung gekommen sein kann.

4. Die gebrauchte Bett- und Leibwäsche des Kranken ist sofort nach dem Gebrauche in die zu 2 B genannte Flüssigkeit zu tauchen und darin mindestens 24 Stunden zu verwahren. Bett- und Lagerstroh, Verbandstoffe und ähnliche werthlose mit den Kranken oder seinen Abgängen in Berührung gekommenene Gegenstände (Lappen, Tücher) sind entweder zu verbrennen oder wie die Absonderungen zu behandeln (siehe Ziffer 5).

5. Die Abgänge des Kranken (Stuhlgang, Urin, Erbrochenes, Speichel, Auswurf, Eiter, Gurgelwasser) sind sofort nach ihrer Entleerung mit den gleichen Theilen der zu 2 C bezeichneten Flüssigkeit zu ersetzen und ehe sie in den Abort entleert werden, mindestens eine Stunde stehen zu lassen.

Gefässe mit Auswurfstoffen in offene Rinnen, Gräben, auf das Land zu schütten, ist untersagt.

6. Die Ess- und Trinkgeräthe des Kranken dürfen von anderen Personen während der Dauer der Krankheit nicht benutzt werden und sind unmittelbar nach ihrem Gebrauche in der zu 2 D bezeichneten Sodalösung zu reinigen. Speisereste müssen, sofern sie nicht verbrannt werden, wie Abgänge (vergl. Ziffer 5) behandelt werden.

7. Der Fussboden der Krankenstube ist täglich mit Schmierseifenlösung (vergl. Ziffer 2 B) zu reinigen.

8. Die Sitzbretter der Aborte sind täglich mindestens ein Mal mit Schmierseifenlösung (siehe Ziffer 2 B) zu scheuern.

9. Der Kranke darf aus seiner Wohnung ohne polizeiliche Erlaubniss nur zum Zwecke der Ueberführung in das nächste Krankenhaus entfernt werden. Die zum Zwecke der Ueberführung benutzten Transportmittel sind unmittelbar nach dem Gebrauche zu desinfiziren nach Anweisung des Kreisarztes. Der Besitzer des Fuhrwerkes ist über die Natur der Krankheit zu unterrichten.

10. Die Leiche eines an Typhus Gestorbenen ist ohne vorherige

Waschung sofort in ein mit 5prozentiger Karbollösung getränktes Leichentuch zu hüllen. Die Ausstellung der Leiche, die Ansammlung oder Bewirthung von Menschen im Trauerhause sind untersagt. Ein Transport ist nur mit Genehmigung der Ortspolizeibehörde statthaft. Der Todesfall ist der Ortspolizei unverzüglich anzuzeigen.

11. Jeder Fall von länger als drei Tage dauerndem Unwohlsein, insbesondere wenn dasselbe mit Durchfall und Fieber einhergeht, ist unverzüglich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

12. Nach erfolgter Genesung sind die Krankenstube, die Wäsche des Kranken, die Kleidung der Pflegerin nach Anweisung der Ortspolizeibehörde zu desinfiziren.

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung drohe ich Ihnen auf Grund des §. 10 II 17 A. L. R., des Regulativs betreffend die Bekämpfung ansteckender Krankheiten vom 8. August 1835 (G.-S. S. 240) und des §. 132 Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.-S. S. 228) eine Geldstrafe von 10 Mark hiermit ausdrücklich an, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle eine entsprechende Haftstrafe tritt.

Anlage 3.

Nachdem hierorts der Typhus ausgebrochen ist, ersuche ich Sie bis auf Weiteres in Ihrem Gewerbebetriebe nur abgekochtes Wasser zu verwenden bezw. an Gäste oder Kunden zu verabfolgen.

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung u. s. w. wie zu Anlage 2.

Anlage 4.

Nachdem hierorts der Typhus ausgebrochen ist, ersuche ich Sie bis auf Weiteres nur abgekochte Milch feilzuhalten oder zu verkaufen.

Für jeden Fall der Zuwiderhandlung u. s. w. wie zu Anlage 2.

Hebammen-Gebührenordnung. Bekanntmachung des Königl. Regierungspräsidenten in Oppeln vom 15. Juni 1900.

Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten wird für die Hebammen des Regierungsbezirks Oppeln nachstehende mit dem 1. Juli 1900 in Kraft tretende Gebührenordnung erlassen:

1. Die Bezahlung der Hebammen bleibt der freien Vereinbarung überlassen. Ist eine solche Vereinbarung nicht getroffen, so gelten die nachstehenden Bestimmungen.

2. Für die Hülfe bei einer leichten natürlichen Entbindung, Fehl- oder Frühgeburt, die nicht länger als 12 Stunden die Hebamme in Anspruch genommen hat: 4—12 Mark.

3. Für eine die Hebamme über 12 Stunden in Anspruch nehmende Entbindung, sowie für eine Zwillingsgeburt: 5—15 Mark.

4. Für eine regelwidrige Geburt, zu der ein Arzt nachweislich nicht zugezogen werden konnte: 5—15 Mark.

5. Für den Beistand bei einer Entbindung, zu welcher ein Geburtshelfer zugezogen wurde nicht unter: 6 Mark.

6. Für jeden Wochen- und sonst verlangten Besuch bei Tage: 0,50 bis 2,50 Mark.

Desgleichen bei Nacht verlangt in der Zeit von 10 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens: 1—5 Mark.

7. Für kleinere Hülfeleistungen ausserhalb der Geburt und des Wochenbettes, Setzen von Klystieren, Anlegen des Katheters, Blutegelsetzen, Schröpfen und ähnliche Verrichtungen neben der Gebühr für den Besuch: 0,50—1 Mark.

8. Für die Untersuchung einer Schwangeren, so weit sie nicht zu den Verrichtungen bei der Entbindung gehört, ohne die Gebühr für den Besuch: 1—3 Mark.

9. Für eine Nachtwache einschliesslich der Gebühr für den Besuch: 2 bis 5 Mark.

10. Für eine Tag- und Nachtwache: 3—6 Mark.

11. Bei geburtshülflichen Verrichtungen in Häusern, die über 2 km von

der Wohnung der Hebamme entfernt sind, steht der Hebamme das Recht zu, ausser den Gebühren für die Verrichtungen und den Besuch für die Hin- und Rückfahrt freie Fuhre oder eine Entschädigung von 20—40 Pfg. für jedes zurückgelegte oder angefangene Kilometer zu verlangen, das letztere auch dann, wenn sie den Weg zu Fuss zurückgelegt hat.

12. Bei nachweislich wenig bemittelten Personen, sowie in Fällen, in welchen die Bezahlung aus der Kasse von Armenverbänden oder aus sonstigen öffentlichen Fonds geleistet wird, sind die niedrigsten Sätze in Anwendung zu bringen.

C. Königreich Bayern.

Verkehr mit Arznei- oder Geheimmitteln Polizeiliche Beaufsichtigung des Wohnungswesens. Ergänzung und Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches für das Königreich Baiern vom 26. Dezember 1871. Gesetz vom 22. Juni 1900.

§. 1. Im 6. Hauptstück des Polizeistrafgesetzbuches vom 26. Dezember 1871 wird nach Art. 72 folgender neue Art. 72a eingestellt:

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird ausser dem Falle des §. 376 Abs. 1, Ziff. 5 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich betraft, wer den Verordnungen in Bezug auf den Verkehr mit Arznei- oder Geheimmitteln, welche zur Heilung oder Verhütung von Krankheiten der Menschen oder Thiere bestimmt sind, zuwiderhandelt.

§. 2. Der Art. 73 enthält in Abs. II und III folgende Fassung:

Gleicher Strafe unterliegt, wer den Verordnungen, ober- oder ortspolizeilichen Vorschriften zuwiderhandelt, welche aus Rücksichten auf die Gesundheit oder Sittlichkeit über das Beziehen neu hergestellter Wohnungen oder Wohnungsräume, über die Beschaffenheit und die Belegung von Wohnungen oder Wohnungsräumen und über die polizeiliche Beaufsichtigung des Wohnungswesens erlassen sind. In den Fällen des Absatzes I und II hat der Richter zu erkennen, dass die Polizeibehörde berechtigt ist, die Beseitigung des vorschriftswidrigen Zustandes, bezw. die Räumung der vorschriftswidrigen Wohnung zu verfügen.

§. 3. Der Art. 101 erhält folgende Fassung:

An Geld bis zu 150 Mark oder mit Haft werden Bauherren, Baumeister oder Bauhandwerker gestraft, wenn sie den baupolizeilichen Vorschriften zuwiderhandeln.

Baupolizeiliche Vorschriften können in Bezug auf Festsetzung und Einhaltung der Bau- und Vorgartenlinien, dann zum Zwecke der Feuersicherheit und Festigkeit der Bauführung, sowie der Gesundheit durch Verordnung, ober- oder ortspolizeilichen Vorschriften erlassen werden. Im Interesse der Verschönerung können baupolizeiliche Vorschriften für Städte von mehr als 20000 Seelen durch Verordnung oder ortspolizeiliche Vorschrift getroffen werden. Die hierauf gegründeten Abänderungen des Bauplanes dürfen jedoch die Kosten der Bauführung nicht wesentlich vermehren.

§. 4. Der Art. 102 wird aufgehoben.

Der Tag, an welchem dieser Artikel ausser Kraft, sowie Art. 101 für die Pfalz in Kraft tritt, wird durch Verordnung bestimmt.

Berichtigung. Die Anmerkung auf der ersten Seite (143) der Beilage zur vorigen Nummer der Zeitschrift (Nr. 14) entspricht nicht dem Thatbestand; denn es handelte sich in dem betreffenden Falle um eine rachsüchtige Denunziation, die sich in dem gegen den Denunzianten eingeleiteten Strafverfahren als fälschliche Beschuldigung herausstellte. Die Anmerkung muss daher lauten: Derselbe war fälschlich beschuldigt worden, einen Gefangenen u. s. w. zu haben. Ausserdem muss es in der Ueberschrift des betreffenden Reichsgerichtsurtheils nicht „§. 16a“, sondern „§. 164“ heissen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath i. Minden i. W.

J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 16. **15. August.** 1900.

Rechtsprechung.

Schriftliche Gutachten von Fachbehörden, deren Einholung nicht den in §§. 367 Z.-Pr.-O. enthaltenen Vorschriften entsprechen, sind gleichwohl vom Richter zu berücksichtigen. Begriff „Unfall" im Sinne einer Privat-Unfallversicherung. Ursächlicher Zusammenhang des Todes mit einem solchen, wenn eine innere Erkrankung die Ursache zu dem todtbringenden Unfall gegeben hat. Urtheil des Reichsgerichts (VIII. Zivilsenats) vom 3. Oktober 1899.

Der Geschäftsreisende W. M., der bei dem verklagten Vereine für den Todesfall mit 10000 M. versichert war, wurde am Morgen des 18. September 1895 im Seitengraben einer Landstrasse bei Oldenburg todt aufgefunden. Der zur Hülfeleistung zugezogene Arzt, Dr. K., stellte das Zeugniss aus, M. sei in Folge Verletzung der Halswirbel gestorben. Dieser Auffassung trat ein auf Antrag der Parteien herbeigezogenes Gutachten der Grossherzoglich Mecklenburgischen Medizinalkommission entgegen. Dieses Gutachten aber blieb unbeachtet, und das Berufungsgericht beliess es bei der in erster Instanz ausgesprochenen Verurtheilung des Beklagten, weil es „nach der bona fides des Versicherungsvertrages die Klägerin zu sehr belasten und den Zwecken der Unfallversicherung widersprechen würde, wenn man von ihr verlangen wollte, dass sie den Beweis für den Ausschluss der an sich vorliegenden Möglichkeit eines Schlagflusses oder Ohnmachtsanfalles führe."

Dieses Urtheil wurde aufgehoben und die Sache an's Berufungsgericht zurückverwiesen, aus folgenden Gründen:

. . . Die ganze Beweiswürdigung wird sich nach Befinden anders gestalten, wenn dabei auch noch das Gutachten der Grossherzoglichen Medizinalkommission in Betracht gezogen wird. Jetzt hat sich das Berufungsurtheil mit der Begründung darüber hinweggesetzt: die Einholung eines solchen schriftlichen Erachtens widerspreche den Grundsätzen der Zivilprozessordnung, und es erscheine zweifelhaft, ob die Parteien auf die Befolgung ihrer Vorschriften wirksam hätten verzichten können. Diese Auffassung ist rechtsirrthümlich. In der Zivilprozessordnung findet sich zwar keine dem §. 83 Abs. 3 Str.-P.-O. entsprechende Vorschrift über Einholung des Gutachtens von Fachbehörden, und die in den §§. 367 flg. Z.-P.-O. enthaltenen Bestimmungen sind alle darauf berechnet, dass Einzelpersonen als Sachverständige dienen. Aber daraus folgt nur, dass die Parteien kein prozessuales Recht haben auf Herbeiziehung solcher Gutachten durch den Richter. Prinzipiell ausgeschlossen dagegen ist es nicht, sie als Erkenntnissquelle zu benutzen, wenn sie beigebracht sind, und auch nicht, dass der Richter an ihrer Herbeiziehung mitwirkt. Durch den Vortrag der Parteien werden sie Theil des Prozessstoffes, und der Richter hat sich damit abzufinden, weil nach §. 259 Z.-P.-O. seine Ueberzeugung aus dem gesammten Inhalte der Verhandlungs- und Beweisergebnisse zu schöpfen ist.

Das Gutachten gelangt am Schlusse zu der Feststellung, es sei unwahrscheinlich, dass der Versicherte den Tod durch Bruch der Halswirbelsäule erlitten habe; viel wahrscheinlicher sei die Annahme, dass er, von einer Ohnmacht befallen, in den Graben gestürzt und darin erstickt sei, bezw. dass der Sturz durch einen Schlagfluss hervorgerufen wurde. Nun ist der Klageanspruch daraus hergeleitet, dass „ein Unfall" im Sinne der Versicherungsbedingungen vorliege, also ein Ereigniss, von welchem der Versicherte in überraschender und von seinem Willen unabhängiger Weise durch mechanische Gewalt von aussen her plötzlich betroffen und körperlich verletzt worden ist. Wesentlich abgestellt ist dabei nicht gerade auf den Halswirbelbruch. Der Nachdruck liegt vielmehr

darauf, dass M. in den Graben gefallen und dort in Folge eines weiteren, damit im Kausalzusammenhange stehenden Ereignisses vom Tode ereilt worden ist. Dieses Ereigniss könnte also auch die im Gutachten der Grossherzoglichen Medizinalkommission hervorgehobenen Eventualität des Erstickungstodes sein. Darauf, wie man den Absturz sich zu erklären hat, würde es nicht wesentlich ankommen. Nicht nur wenn M. ausgeglitten oder in Folge einer Unachtsamkeit der Grabenböschung zu nahe gekommen sein sollte, sondern auch wenn er am Grabenrande stehend von einer Ohnmacht betroffen oder in seiner Bewegungsfreiheit durch einen Schlaganfall gehemmt worden wäre, könnte doch ein den Klageanspruch rechtfertigender Unfall vorliegen, wenn der Richter sich nur zu überzeugen vermag, dass der Tod nicht schon vor dem Absturze eingetreten war. Denn dem äusseren Anscheine nach bliebe dann immer der Sturz in den Graben das Ereigniss, welches den todbringenden Unfall darstellte oder nach sich zog. Die vorausgehende innere Erkrankung (Ohnmacht oder Schlaganfall) hätte nur den Anstoss dazu gegeben, aber nicht selbst die Todesursache gebildet.

Nach allen diesen Richtungen bedarf es noch thatsächlicher Feststellungen in der Berufungsinstanz. Das jetzt vorliegende Urtheil verstösst in mehrfacher Beziehung gegen §. 259 Z.-P.-O. und unterliegt daher der Aufhebung." . . . .

In Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung sind die Medizinalbeamten berechtigt, Gebühren für die im ortspolizeilichen Interesse ausgeführten Verrichtungen gemäss §. 1, Abs. 1 des Gesetzes vom 9. März 1872 zu beanspruchen. Urtheil des Kammergerichts (XI. Zivilsenats) in Berlin vom 26. Juni 1900.

Es ist unter den Parteien unstreitig, dass der Kläger für Verrichtungen solcher Art, wie die der Klage zu Grunde liegenden, früher nach §. 1, Abs. 3 des Gesetzes, betr. die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsärztlicher, medizinal- oder sanitätspolizeilicher Geschäfte zu gewährenden Vergütungen vom 9. März 1872 Gebühren von der Stadtgemeinde Potsdam zu beanspruchen hatte.

Streit herrscht nur darüber, ob er diese Gebühren auch nach dem Inkrafttreten des Polizeikostengesetzes vom 20. April 1892, und zwar nun vom Staat, zu fordern berechtigt ist. Dies war in Uebereinstimmung mit den Entscheidungen des Kammergerichts vom 23. August 1898 [1]) und des Reichsgerichts vom 5. Januar 1899 [2]) in dem Vorprozesse der beiden Parteien, deren Begründungen diesseits als durchaus zutreffend erachtet werden, zu bejahen. Durch das Gesetz vom 20. April 1892 ist an dem bisherigen Rechtszustande weiter nichts geändert worden, als dass der Träger der Kostenlast für die im Gesetz vom 9. August 1872 den Medizinalbeamten gewährleisteten Vergütungen ein anderer geworden ist. An Stelle der Gemeinde ist der Staat getreten, wogegen von der Gemeinde eine Kopfsteuer zur Staatskasse entrichtet wird. Insbesondere haben die „ortspolizeilichen Interessen" der Gemeinden durch das Gesetz vom 20. April 1892 ihren Charakter nicht verloren und sind nicht zu „allgemeinen staatlichen Interesse" im Sinne des §. 1, Abs. 1 des Gesetzes vom 9. März 1872 geworden. Nach wie vor bilden die ortspolizeilichen Interessen den Gegensatz zu den unmittelbaren Staatsinteressen. Dass zu den ersteren gerade die in Rede stehenden gehören, kann aber namentlich im Hinblick auf §. 6 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, wo u. A. als zu den Gegenständen der ortspolizeilichen Vorschriften gehörend „Sorge für Leben und Gesundheit" gezählt wird, begründeten Zweifeln nicht unterliegen. Wenn das Königliche Oberverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 20. Januar 1899 [3]) in der Verwaltungsstreitsache der Stadtgemeinde Köln a. Rh. wider den Königlichen Oberpräsidenten der Rheinprovinz die gegentheilige Auffassung damit begründet, dass schon bei Einführung des Gebührengesetzes vom

---

[1]) S. Beilage zu Nr. 13 der Zeitschrift; Jahrg. 1898, S. 89.

[2]) S. Beilage zu Nr. 5 der Zeitschrift; Jahrg. 1899, S. 33.

[3]) Siehe Beilage zu Nr. 9 der Zeitschrift, Jahrg. 1899, S. 63; ferner das Urtheil des Oberverwaltungsgerichts vom 1. Dezember 1899, Beilage zu Nr. 9 der Zeitschrift, Jahrg. 1900, S. 97.

9. März 1872 in einzelnen Städten die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung vom Staate zu tragen gewesen seien, und dass daher — wollte man nicht eine Lücke im Gesetz annehmen — die im ortspolizeilichen Interesse jener Städte erfolgten Verrichtungen der Medizinalbeamten als im allgemeinen staatlichen Interesse im Sinne des §. 1, Abs. 1 des Gebührengesetzes als erfolgt erachtet werden müssten, so kann dem nicht beigetreten werden. Denn wenn auch wirklich die Tragweite des Gesetzes vom 9. März 1872 mit Rücksicht auf die vom Oberverwaltungsgericht hervorgehobene Verschiedenheit bezüglich der Kosten der Polizeiverwaltung zunächst örtlich verschieden gewesen ist, so kann doch nicht angenommen werden, dass in denjenigen Gemeinden, in welchen auf Grund des Gebührengesetzes die Medizinalbeamten einen Anspruch auf Gebühren erlangt haben, dieser Anspruch später durch das Gesetz vom 20. April 1892 stillschweigend beseitigt werden sollte und beseitigt worden ist. Es hätte hierzu einer ausdrücklichen Gesetzesbestimmung bedurft. Vielmehr theilt das erkennende Gericht die in dem obengenannten Urtheile des Reichsgerichts zur Geltung gelangte Auffassung, dass die Medizinalbeamten ihre Ansprüche auf Gebühren, welche ihnen früher auf Grund des Gesetzes vom 9. März 1872 gegen die Gemeinde zustanden, nunmehr in Folge des Gesetzes vom 20. April 1892 gegen den Staat erheben können.

Somit ist das diese Ansprüche als berechtigt anerkennende Urtheil erster Instanz[1]) begründet, die Berufung gegen dasselbe war daher zurückzuweisen.

Die Kosten der Berufung fallen dem Beklagten gemäss §. 97 Z.-Pr.-O. zur Last.

Die forstwirthschaftliche Berufsgenossenschaft ist, obwohl sie von der Königlichen Regierung vertreten wird, eine nichtstaatliche Person und demnach ein selbstständiges, vom Fiskus vollständig verschiedenes Subjekt des Privatrechts. Eine im Auftrage derselben von dem Regierungs- und Medizinalrath vorgenommene Untersuchung eines Unfallverletzten charakterisirt sich nicht als unentgeltliche amtliche Thätigkeit, sondern ist gebührenpflichtig. Urtheil des Landgerichts zu Bielefeld (I. Zivilkammer) vom 31. Mai 1900.

Der Kläger, welcher als Regierungs- und Medizinalrath bei der Königlichen Regierung zu M. angestellt ist, ist nach §. 17 der Instruktion zur Geschäftsführung der Regierungen vom 23. Oktober 1817 nicht ausschliesslich Beamter; er darf vielmehr neben seinen Amtsgeschäften ärztliche Praxis ausüben. Macht er von dieser Befugniss Gebrauch, so ist er nicht als Beamter thätig, sondern als Privatarzt. Die Rechtsverhältnisse, welche sich für ihn aus dieser Thätigkeit ergeben, unterstehen daher hinsichtlich ihrer Beurtheilung dem Privatrecht und nicht dem öffentlichen Recht. Ein von ihm in seiner Eigenschaft als praktischer Arzt geltend gemachter Anspruch ist ein rein privatrechtlicher. Vermöge dieser seiner privatrechtlichen Natur gehört er selbstverständlich vor die ordentlichen Gerichte. Kläger hat als praktischer Arzt Klage erhoben. Zur Entscheidung über den hierauf geltend gemachten Anspruch sind daher die ordentlichen Gerichte zuständig.

Hieran wird einerseits dadurch nichts geändert, dass die Beklagte von der Königlichen Regierung, der vorgesetzten Dienstbehörde des Klägers vertreten wird. Denn hierdurch ist die Klage nicht gegen die Königliche Regierung als solche, also als die Staatsbehörde, bei welcher der Kläger als Beamter angestellt ist, gerichtet. Die Person, gegen welche die Klage gerichtet ist, ist und bleibt eine nichtstaatliche Person. Sie ist eine auf dem Unfallversicherungsgesetze vom 5. Mai 1886 beruhende Berufsgenossenschaft. Wenn auch nach §. 102 dieses Gesetzes für land- und forstwirthschaftliche Betriebe (nach §. 13 des erwähnten Gesetzes sind diese die Träger der Versicherung, die zu diesem Zwecke zu Berufsgenossenschaften vereinigt werden), welche für Rechnung des Reiches oder eines Bundesstaates verwaltet werden, an die Stelle der Berufsgenossenschaft das Reich bezw. der betreffende Bundesstaat tritt, so wird hierdurch für fiskalische Betriebe der Land- und Forstwirthschaft die Berufsgenossenschaft nicht in ihrem Wesen und ihrer recht-

---

[1]) Siehe Beilage zu Nr. 9 der Zeitschrift; Jahrg. 1900, S. 96.

lichen Natur geändert. Sie erhält vielmehr vermöge ihrer gesetzlichen Verfassung in dem betreffenden Staate nur einen Vertreter, welcher durch die zu Ausführungsbehörden bestimmten Regierungen die Befugnisse und Obliegenheiten der Genossenschaftsversammlung und des Genossenschaftsvorstandes wahrnehmen lässt. Sie hat aber dadurch nicht aufgehört, eine Berufsgenossenschaft zu sein, und bleibt ein selbstständiges, vom Fiskus völlig verschiedenes Subjekt des Privatrechts.

Anderseits wird die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts nicht deswegen ausgeschlossen oder beschränkt, weil bei der Entscheidung über den Anspruch des Klägers Fragen des öffentlichen Rechts zu beantworten sind. Denn wenn einer Gerichtsbehörde, wie es hier der Fall ist, die Entscheidung über einen Anspruch an sich zusteht, so hat sie über alle Rechtsfragen zu befinden, von deren Beantwortung diese abhängt. Sie ist somit, sofern nicht von der zuständigen Behörde der Kompetenz-Konflikt erhoben ist, zuständig, auch über Fragen öffentlich rechtlicher Natur zu entscheiden. (Beschluss der vereinigten Zivilsenate des Reichsgerichts vom 27. April 1898, Justizministerialblatt 1898, S. 190; R.-G.-E. Bd. 14, S. 263, Bd. 22, S. 288, Bd. 25, S. 330.)

Im vorliegenden Falle ist also das angerufene und an sich zuständige Gericht zur Entscheidung über die Begründung oder Nichtbegründung des klägerischen Anspruches in seinem ganzen Umfange, mithin auch darüber, ob Kläger die Untersuchung des Landwirths E., für die er das mit der Klage geltend gemachte Honorar verlangt, als Beamter, wie die Beklagte behauptet, oder abgesehen von dieser Eigenschaft als Arzt wie jeder Andere dieses Berufs vorgenommen hat, kompetent. Der hierzu abweichenden Annahme des ersten Richters kann somit nicht als rechtsbegründet beigepflichtet werden.

Anlangend die Beantwortung der bezeichneten, in das öffentliche Recht hinüberspielenden Frage, so kann es allerdings zweifelhaft sein, ob nicht die Königliche Regierung zu M., bei welcher Kläger als Beamter angestellt ist, als seine vorgesetzte Dienstbehörde hätte berechtigt sein können, von ihm als Beamter die Untersuchung zu verlangen. Eine derartige Berechtigung hätte aber vorausgesetzt, dass die Untersuchung innerhalb des Ressort der Königlichen Regierung zu M. vorzunehmen gewesen wäre. Denn nur innerhalb ihres Ressorts kann die Königliche Regierung die bei ihr angestellten Beamten beschäftigen. Dies trifft jedoch im vorliegenden Falle nicht zu. Der Ort des Unfalles, wesswegen die Beklagte die Thätigkeit des Klägers in Anspruch genommen hat, liegt nicht im Gebiete der Königlichen Regierung zu M., sondern im Kreise R. Nur in Folge des Umstandes, dass die Königliche Regierung zu M. Ausführungsbehörde im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Mai 1886 ist, hat sie in dieser ihrer Eigenschaft die Thätigkeit des Klägers in einer Angelegenheit in Anspruch genommen, wo sie als Königliche Regierung nicht thätig sein kann und auch ihre Beamten nicht als solche fungiren können. Demzufolge kann von einer amtlichen Beauftragung und Thätigkeit des Klägers keine Rede sein. Aber selbst abgesehen hiervon, liegt eine ihm als Beamter aufgetragene Thätigkeit des Klägers nicht vor. Nach den vorgelegten Akten der Königlichen Regierung betr. den Unfall E. hatte Kläger, welcher um sein ärztliches Gutachten ersucht war, erklärt, sich ohne eine Untersuchung des Landwirths E. über dessen Gesundheitszustand kein Urtheil bilden, also auch kein Urtheil abgeben zu können. Er hat deswegen der Beklagten noch anheimgestellt, eine Untersuchung des E. durch ihn vornehmen zu lassen; diese Untersuchung hätte ebensogut jeder andere ärztliche Sachverständige vornehmen können, einer von einem Medizinalrath vorgenommenen Untersuchung bedurfte es nicht. Auf das Anheimgeben des Klägers hat sodann die Beklagte das in den Regierungsakten befindliche Schreiben an den Oberförster K. zu H.-O. gerichtet, in welchem dieser beauftragt wird, den p. E. zu veranlassen, sich behufs ärztlicher Untersuchung beim Kläger einzufinden; dieses Schreiben ist von sämmtlichen Mitgliedern der Abtheilung III der Königlichen Regierung unterzeichnet. Es bestand also bei dem Beklagten die Absicht, die ärztliche Thätigkeit des Klägers in Anspruch zu nehmen. Sie hat sie auch in Wirklichkeit in Anspruch genommen; denn die Untersuchung des p. E. durch den Kläger hat stattgefunden.

Dass der Kläger nicht in amtlicher Funktion, sondern in seiner Eigenschaft als praktischer Arzt die ihm aufgetragene Handlung vorgenommen hat,

hat früher auch die Beklagte selbst angenommen. Sie hat in der Beantwortung der Einwendung der Oberrechnungskammer offen und klar diesen Standpunkt, welcher der richtige ist, vertreten.

Kläger hat daher für die von ihm der Beklagten in seiner Eigenschaft als Arzt geleistete Thätigkeit einen Anspruch auf Honorar. Die verlangte Summe ist nicht bemängelt, entspricht übrigens der Medizinaltaxe vom 21. Juni 1815. Der Klageanspruch ist somit gerechtfertigt, jedoch konnten vom 1. Januar 1900 nur Verzugszinsen zu 4 % zugebilligt werden (Art. 10, Satz 2 des preuss. Ausführungsgesetzes zum B. G.-B.).

Unter Aufhebung des Urtheils des Königlichen Amtsgerichts zu M. vom 15. Dezember 1899 wird somit die Beklagte verurtheilt, dem Kläger 9 Mark nebst Zinsen zu 5 % seit dem 30. Juni 1898 bis zum 31. Dezember 1898 und zu 4 % seit dem 1. Januar 1900 zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

Verbot der Einfuhr von Fleischkonserven, Würsten und sonstigen Gemengen und zerkleinertem Fleisch. Kaiserliche Verordnung vom 30. Juni 1900, betreffend theilweise Inkraftsetzung des Gesetzes, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc.

verordnen auf Grund des §. 30, Abs. 2 des Gesetzes, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900 (Reichs-Ges.-Bl. S. 547) im Namen des Reichs, mit Zustimmung des Bundesraths, was folgt:

Der §. 12, Abs. 1 des Gesetzes, betr. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, vom 3. Juni 1900 (Reichs-Ges.-Bl. S. 547) tritt am 1. Oktober 1900 in Kraft. Gleichzeitig treten die Vorschriften des §. 26 Nr. 1, 2, des §. 27 Nr. 1 und der §. 28, 29 in Kraft, soweit sie die Zuwiderhandlungen gegen den §. 12, Abs. 1 und das Verbot betreffen, Fleisch, das den Vorschriften des §. 12, Abs. 1 zuwider eingeführt worden ist, als Nahrungs- oder Genussmittel für Menschen in Verkehr zu bringen.

B. Königreich Preussen.

Aerztliche und spezialärztliche Fürsorge für die Zöglinge der Taubstummen-Anstalten. Fortbildungskurse für die Aerzte an diesen Anstalten. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 10. Juli 1900 — U. III. A. M. Nr. 1205 — an sämmtliche Provinzialschulkollegien und Regierungen.

Unter dem 7. September 1898 — M. 11797 U III A — war eine Erhebung angeordnet worden, über die ärztliche und spezialärztliche Fürsorge für die Zöglinge der Taubstummen-Anstalten.

Die Berichte ergaben, dass die ärztliche Hülfe für die Zöglinge der Taubstummen-Anstalten insoweit sicher gestellt ist, dass der allgemeine Gesundheitszustand derselben bei der Aufnahme festgestellt wird, und dass bestimmten Aerzten die Behandlung in Krankheitsfällen vertragsmässig über tragen ist.

Dagegen wurde ermittelt, dass nicht immer die spezialärztliche Fürsorge dem Bedürfnisse der Anstalten und dem gegenwärtigen Stande der medizinischen Wissenschaft entspricht. Eine spezialärztliche Vorbildung des Anstaltsarztes auf dem Gebiete der Gehör-, Seh- und Sprechorgane ist aber wenigstens insoweit unerlässlich, dass die sachgemässe Behandlung gewöhnlicher Fälle von ihm geleistet und die rechtzeitige Einleitung der spezialärztlichen Behandlung von ihm beurtheilt und veranlasst werden kann.

Um diesem Bedürfnisse zu genügen, sind an der hiesigen Königlichen Taubstummen-Anstalt besondere Kurse eingerichtet worden, welche dazu bestimmt

sind, den an Taubstummen-Anstalten thätigen Aerzten durch eine Reihe von Vorträgen, Demonstrationen und Uebungen, mit denen hervorragende Spezialisten betraut sind, die für die Untersuchung und die allgemeine Behandlung taubstummer Kinder erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln und sie ausserdem mit den Aufgaben und Methoden der Taubstummenerziehung wie mit den wichtigsten schulärztlichen Fragen bekannt zu machen.

Der erste dieser Aerztekurse, welcher in der Zeit vom 14. Mai bis 2. Juni d. J. an der hiesigen Königlichen Taubstummen-Anstalt unter Zugrundelegung des beifolgenden Lehrplanes abgehalten worden ist, hat den Erwartungen durchaus entsprochen. Wiederholt und mit steigendem Nachdruck haben die theilnehmenden Aerzte ihrem Danke für die ihnen hier gewährte spezialistische und allgemeine Fortbildung sowie der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass das Gelernte und Gesehene ihrer Praxis in den Taubstummen-Anstalten und damit den Zöglingen zu Gute kommen werde.

Dadurch, dass die Theilnehmer in den Taubstummen-Unterricht selbst eingeführt wurden und verschiedene Anstalten besuchten, ist ein engeres und vertrauensvolleres Verhältniss zwischen den Aerzten und Taubstummenlehrern angebracht worden; das Verständniss für die beiderseitigen Aufgaben ist gewachsen.

Die an den Zöglingen der hiesigen Königlichen Taubstummen-Anstalt gelegentlich des Kursus ausgeführten Untersuchungen haben zur Evidenz ergeben, dass eine spezialärztliche Untersuchung und fortdauernde Beaufsichtigung der Gehör-, Seh- und Sprechapparate auch für den Unterricht der Taubstummen, für das, was man von dem einzelnen Zögling verlangen, und, wie man es verlangen kann, von der grössten Wichtigkeit ist. Nur durch diese fortgesetzten körperlichen Beobachtungen lässt sich namentlich auch feststellen, wie weit noch durch das Gehör eine geistige Vermittelung stattfinden, und wie weit vermöge des Baues und der Anlage seiner Sprechorgane der taub Geborene oder taub Gewordene noch zur Artikulation der Lautsprache gebracht werden kann.

Für die bei der Aufnahme in die Anstalt durch den Arzt zu vollziehende Feststellung der allgemeinen und der besonderen körperlichen und geistigen Verhältnisse des taubstummen Kindes und die weitere regelmässige Beobachtung desselben ist das in der Anlage C. beigefügte Schema eines ärztlichen Personalbogens ausgearbeitet worden.

Anlage A.

Lehrplan für die Ausbildung von Aerzten zwecks geeigneter Untersuchung und Behandlung taubstummer Kinder.

A. Ueber schulärztliche Thätigkeit im Allgemeinen. Geh. Ober-Medizinalrath Dr. Schmidtmann. Wöchentlich 1 Stunde.

B. Die Taubheit, sowie Untersuchung und Behandlung des Ohres und des Nasenrachenraumes. Sanitätsrath Dr. Arthur Hartmann. Wöchentlich zwei Mal je 4 und ein Mal 3 Stunden.

1. Ursache der Taubheit (angeborene und erworbene Taubheit), Statistik.
2. Hörvermögen der Taubstummen; Methode der Hörprüfung, Hörprüfungsapparate.
3. Praktische Hörprüfung.
4. Untersuchungsmethoden des Ohres, der Nase und des Nasenrachenraumes.
5. Praktische Hörprüfung in Verbindung mit Untersuchung des Ohres, der Nase und des Nasenrachenraumes.
6. Anatomie des Ohres, der Nase und des Nasenrachenraumes; Demonstration von Präparaten.
7. Prophylaxe und Heilbarkeit der Taubheit.
8. Behandlung des Ohres, der Nase und des Nasenrachenraumes.

C. Untersuchung und Behandlung der Rachenhöhle und des Kehlkopfes. Oberstabsarzt Dr. Landgraf. Wöchentlich 2 Stunden.

1. Untersuchungsmethoden.
2. Anatomie der Rachenhöhle und des Kehlkopfes.

3. Physiologie der Rachenhöhle und des Kehlkopfes.
4. Besprechung der häufiger vorkommenden pathologischen Verhältnisse bei Taubstummen mit Demonstration an Kindern und Besprechung der Behandlung.

D. Untersuchung und Behandlung des Auges. Prof. Dr. Sielex. 1. und 3. Woche 3 Stunden. 2. Woche 2 Stunden.

1. Anatomie und Physiologie des Auges.
2. Handhabung des Augenspiegels, namentlich die Refraktionsbestimmung. mit demselben.
3. Die Lehre von der Brillenverordnung.
4. Die Unterweisung in den namentlich im Kindesalter vorkommenden äusseren Augenkrankheiten, besonders in derjenigen der Hornhaut.
5. Die Beschaffenheit der Augen in ihrem Einflusse auf die Berufswahl

E. Physiologie, Psychologie und Pathologie der Sprache. Dr. Hermann Gutzmann. 1. Woche 4 Stunden; 2. und 3. Woche 2 Stunden.

I. Anatomie und Physiologie der Sprache (mit praktischen Uebungen).

1. Athmung; Messungsmethoden; graphische Darstellung der Athmung.
2. Stimme; Sprech- und Singstimme; Stimmansätze beim Sprechen.
3. Allgemeine Anatomie und Physiologie des Ansatzrohres.
4. Bildung der Vokale und Konsonanten; physiologische Untersuchungsmethoden (Phonautograph und andere graphische Methoden) und praktische Anwendung derselben.

II. Psychologie der Sprache.

1. Entwickelung der Sprache beim normalen Kinde.
2. Psychologie der Sprache beim normalen Kinde.

III. Pathologie der Sprache.

1. Eintheilung und allgemeine Besprechung der Sprachstörungen.
   a. peripher-impressive Sprachstörungen;
   b. zentrale Sprachstörungen;
   c. peripher-expressive Sprachstörungen.
2. Die Veränderungen der Sprache bei Schwerhörigen und Ertaubten; Analyse der Erscheinungen (praktische Uebungen).
3. Die verschiedenen Formen der Aphasien; ihr Verhältniss zur Taubheit; die Hörstummheit.
4. Stottern und die verschiedenen Formen des Stammelns.

F. Taubstummenbildung. Direktor Schulrath Walther. Wöchentlich 3 Stunden.

I. Geschichtliches.

1. Vereinzelte Unterrichtsversuche in Spanien, England, Holland, Frankreich und Deutschland.
2. Errichtung von Taubstummen-Anstalten und Begründung der ersten Unterrichtssysteme:
   a. die französiche Methode;
   b. die deutsche Methode.
3. Die Verallgemeinerung des Taubstummenunterrichts.
4. Die methodische Ausgestaltung des Taubstummenunterrichts.

II. Der Taubstumme in seiner Eigenart.

1. Die körperliche Entwickelung und Eigenart.
2. Die geistige und sittliche Entwickelung.
3. Die Geberdensprache.

III. Die Bildung der Taubstummen.

1. Der Artikulationsunterricht.
2. Der Sprachunterricht.
3. Weitere Unterrichtsmassnahmen.
4. Hörübungen.

IV. Fürsorge für die aus den Taubstummen-Anstalten entlassenen Zöglinge.

Formular I. { Knaben weiss / Mädchen blau }

Aerztlicher Personalbogen.

Taubstummenanstalt zu . . . . .

Vor- und Zuname: . . . . .
geb. am . . . . . .
zu . . . . . Kreis . . .

Sohn / Tochter? { des (der) (Name)
Beruf

Geimpft im Jahre:
Wiedergeimpft im Jahre:

ehelich?
wievieltes Kind?

Taubgeboren?
Krankheiten bezw. Gebrechen bei Geschwistern? (Schwerhörigkeit, Taubheit, Sprachstörungen, Epilepsie, Alkoholismus etc.) bei den Eltern oder sonstigen Verwandten?
Taub geworden? im Alter von . . Jahren, wodurch?
Sprach das Kind vor der Ertaubung?

Etwaige Bildungs- und Heilversuche?

Tag der ärztlichen Untersuchung.	Ansteckende Krankheiten: a. selbst b. Familie c. im Hause	Parasiten: Scabies, Pediculi etc.	Allgemeine Körperkonstitution	Grösse: cm.	Gewicht: kg.	Konstitutionelle Krankheiten: Skrophulose, Tuberkulose, Syphilis, Lepra, Epilepsie etc.	Brustumfang, Herz, Lunge. Bauch: (Bruch?)	Knochengerüst, Wirbelsäule.	Hörorgan: Aeusserer Gehörgang? Trommelfell? Mittelohr? Eustachische Röhre durchgängig? Nasen-, Rachenraum? Rachenmandel?	Nase, Mund, Kehlkopf: Zähne, Zungenmandel, Gaumensegelmandel, Kehlkopfeingang, Taschenbänder, Stimmlippen, Luftröhre?	Augen: R. u. L. Sehschärfe, Refraktion, Hornhaut, Aderhaut, Netzhaut etc.?	Allgemeiner geistiger Zustand: Geweckt, normal begabt, schwach begabt, schwachsinnig, blödsinnig (idiotisch)?	Hörfähigkeit: Worte welche? in welcher Entfernung? Vokale, welche? Konsonanten welche? Welche Geräusche überhaupt? Welche Tonreihe?[1]	Sprache: Noch vorhanden? Athmung? Stimme? Aussprache? Welche Störung[2] macht sich beim Artikulationsunterricht in der Anstalt bemerkbar? 1. Sprach-Athmung? 2. Sprechstimme? 3. Aussprache?	Bemerkungen (etwaige sonstige Abnormitäten, insbesondere des Schädels, Gesichtes etc.).

[1]) Mit kontinuirlicher Tonreihe zu prüfen. [2]) Erst nach Beobachtung zu beantworten.

Folgerungen aus der ärztlichen Untersuchung,

Tag der ärztlichen Untersuchung.	Für Lehrer und Unterricht.	Für Eltern und Haus.

C. Königreich Bayern.

Verhandlungen der Aerztekammern im Jahre 1899. Erlass des Ministeriums des Innern vom 14. Juli 1900.

Auf die Verhandlungen der Aerztekammern Bayerns vom 30. Oktober 1899 ergeht nach Einvernahme des k. Obermedizinalausschusses nachstehende Verbescheidung:

1. Sämmtliche Aerztekammern haben der k. Staatsregierung einen vom Bezirksvereine Würzburg eingebrachten, aber nicht aufrecht erhaltenen Antrag nebst Motiven, die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Verbesserung des Wohnungswesens betreffend, als Material zur Berücksichtigung unterbreitet.

Diese gesetzliche Grundlage ist geschaffen worden durch das Gesetz vom 22. Juni lfd. J., die Ergänzung und Abänderung des Polizeistrafgesetzbuches für das Königreich Bayern vom 26. Dezember 1871 betreffend, welches die polizeiliche Beaufsichtigung des Wohnungs- und Schlafstellenwesens und ein polizeiliches Vorgehen gegen diesbezügliche Missstände ermöglicht.

Auf Grund dieses Gesetzes werden demnächst weitere Massnahmen zur Sache in Erwägung gezogen werden.

2. Dasselbe Gesetz hat auch die gesetzliche Grundlage geschaffen für die Ergänzung des pfälzischen baupolizeilichen Rechts und für Erlassung einer umfassenden Bauordnung für die Pfalz nach dem Muster der rechtsrheinischen Bauordnung.

Hierdurch ist einer Anregung entsprochen, welche die Aerztekammer der Pfalz schon im Jahre 1898 gegeben hat.

3. Die Aerztekammer der Oberpfalz und von Regensburg hat den von Hofrath Dr. Brauser in Regensburg gestellten Antrag, welcher die Abänderung der Allerhöchsten Verordnung vom 26. April 1882, die Aufnahme in die Volksschule und die Entlassung aus derselben betreffend, bezweckt, angenommen und dahin präzisirt, dass Kinder unter 5 Jahren 9 Monaten gar nicht, solche von 5 Jahren 9 Monaten ab bis zum schulpflichtigen Alter von 6 Jahren nur mit ärztlichem Zeugniss über genügende Entwickelung von Körper und Geist in die Schulen genommen werden sollen.

Diesem Antrage haben sich mit Ausnahme der unterfränkischen Aerztekammer sämmtliche übrigen Aerztekammern Bayerns angeschlossen.

Die unterfränkische Aerztekammer stellte die Bitte, die zur Allerhöchsten Verordnung vom 26. April 1882 seitens der k. Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg erlassene Entschliessung vom 9. April 1888, betreffend die Aufnahme in die Volksschule, wegen ihrer Zweckmässigkeit auf das ganze Königreich auszudehnen.

Diese Anträge wurden dem k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zur zuständigen Würdigung zugeleitet.

4. Die Aerztekammer von Mittelfranken hat auf Antrag des ärztlichen Bezirksvereins Nürnberg die Bitte gestellt, den Mitgliedern der Krankenkassen die Benützung der Heilmittel der im Besitze des Staates befindlichen Bäder durch Verbilligung der Heilfaktoren in diesen Bädern und durch Ermässigung der Fahrpreise nach und von solchen Heilbädern zu erwirken.

Das k. Staatsministerium des Innern hat diese Bitte den k. Staatsministerien des k. Hauses und des Aeusseren und der Finanzen zur zuständigen Erwägung übermittelt.

5. Dieselbe Aerztekammer hat die Einführung fabrikmässig hergestellter Tabletten in den Apotheken beantragt.

Dieser Antrag wird im Zusammenhang mit der in Aussicht stehenden Revision der Allerhöchsten Verordnung vom 8. Dezember 1890, das Arzneibuch für das Deutsche Reich, dann die Zubereitung und Feilhaltung von Arzneien betreffend, in entsprechende Verhandlung und Erwägung gezogen werden.

D. Fürstenthum Schaumburg-Lippe.

Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen. Anweisung des Fürstl. Schaumburg-Lippischen Ministeriums vom 27. Juni 1900.

1. Zu den Krankheiten, welche vermöge ihrer Uebertragbarkeit auf gesunde Personen besondere Vorschriften für die Schulen erfordern, gehören

a. Cholera, Pocken, Scharlach, Masern, Rötheln, Diphtherie, Flecktyphus

Ruhr, Rückfallfieber, Kopfgenickkrampf, Aussatz (Lepra), Rotzkrankheit, Milzbrand, Wuthkrankheit;

b. Unterleibstyphus, kontagiöse Augenentzündung, bösartiger Kopfgrind, Krätze, Keuchhusten so bald und so lange er krampfartig auftritt;

c) Lungenschwindsucht.

2. Kinder, welche an einer unter Ziffer 1 a und b genannten Krankheit leiden, sind vom Besuche der Schule auszuschliessen.

3. Vom Schulbesuche sind ferner auszuschliessen gesunde Kinder, wenn in dem Hausstande, dem sie angehören, ein Fall der unter Ziff. 1 a genannten Krankheiten vorkommt, es müsste denn ärztlich bescheinigt sein, dass das Schulkind durch ausreichende Absonderung vor der Gefahr der Ansteckung geschützt ist.

Bei Erkrankungen an Masern und Rötheln können die gesunden dem Hausstande angehörenden Kinder die Schule weiter besuchen, auch wenn sie von den Erkrankten nicht streng abgesondert sind, falls sie nachweislich die Krankheit früher überstanden haben.

4. Kinder, welche gemäss Ziffer 2 oder 3 vom Schulbesuch ausgeschlossen sind, dürfen, abgesehen von den unter Ziffer 3 gestatteten Ausnahmen, wieder zugelassen werden, wenn die Gefahr der Ansteckung nach ärztlicher Bescheinigung für beseitigt anzusehen ist.

Es ist darauf hinzuwirken, dass vor der Wiederzulassung zum Schulbesuch das Kind und seine Kleidungsstücke gründlich gereinigt werden.

5. Von jeder Ausschliessung eines Kindes vom Schulbesuch wegen ansteckender Krankheiten (Ziff. 2 und 3) ist dem Leiter der Schule (Klassenlehrer) seitens des Haushaltungsvorstandes alsbald Anzeige zu erstatten.

Die auf der Polizeiverordnung vom 11. Oktober 1887 — Landesverordnung Bd. XVI, S. 3 — beruhende Anzeigepflicht an die Polizeibehörde wird hiervon nicht berührt.

6. Aus Pensionaten oder sonstigen geschlossenen Erziehungsanstalten dürfen Zöglinge während der Dauer oder unmittelbar nach dem Erlöschen einer im Hause aufgetretenen ansteckenden Krankheit nur dann in die Heimath entlassen werden, wenn dies nach ärztlichem Gutachten ohne die Gefahr einer Uebertragung der Krankheit geschehen kann und alle vom Arzte für nöthig erachteten Vorsichtsmassregeln beobachtet werden. Unter dieser Voraussetzung sind die Zöglinge auf Verlangen der Eltern, Vormünder, Pfleger zu entlassen.

7. Wenn eine im Schulhause wohnhafte Person in eine der unter Ziffer 1 a und b genannten Krankheiten verfällt, so hat der Haushaltungsvorstand hiervon sofort nach erlangter Kenntniss des Wesens der Krankheit dem Schulvorstande und der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen, unbeschadet der etwa seitens des behandelnden Arztes zu erstattenden Anzeige.

8. Wenn im Hausstande eines Lehrers eine der unter Ziff. 1 a u. b genannten Krankheiten auftritt, so ist der Lehrer verpflichtet, unmittelbar nach Feststellung der Krankheit dem Leiter der Schule Anzeige zu machen, unter gleichzeitiger Angabe, ob der Erkrankte auf die Pflege des Lehrers angewiesen ist und ob die Wohnungsverhältnisse eine Abtrennung des Lehrers von dem Erkrankten zulassen oder nicht. Der Leiter übersendet die Anzeige nebst den erwähnten Angaben sofort der Polizeibehörde.

Handelt es sich um Erkrankung an Scharlach, Diphtherie, Flecktyphus, Pocken, epidemischen Kopfgenickkrampf, so hat der Lehrer sich des Besuches der Schule unbedingt zu enthalten, bis entweder seitens der Polizeibehörde die Erlaubniss zur Fortsetzung des Unterrichts ertheilt oder nach ärztlicher Bescheinigung die Gefahr der Ansteckung für beseitigt anzusehen ist.

Betrifft die Erkrankung Cholera, Ruhr, Masern, Rötheln, Unterleibstyphus, kontagiöse Augenentzündung, Keuchhusten, Krätze, so ist ein Aussetzen des Unterrichts seitens des Lehrers nicht erforderlich, so lange nicht seitens der Polizeibehörde oder des Kreisphysikus die Fortsetzung des Unterrichts beanstandet wird.

Wird die Ertheilung des Unterrichts gestattet (oder nicht beanstandet), so hat der Lehrer während der Dauer der Ansteckungsgefahr möglichst den Verkehr mit dem Kranken aufzugeben, oder aber, falls die völlige Trennung nicht durchführbar ist, zu beachten, dass er

a. das Krankenzimmer so selten und für so kurze Zeit als möglich betrete;

b. dem Kranken möglichst fern bleibe, jede unmittelbare Berührung mit ihm, seinem Auswurfe und sonstigen Abgängen, vermeide;

c. den Besuch des Krankenzimmers möglichst auf die Abendstunden beschränke, vor Beginn des Morgenunterrichts und zwischen Morgen- und Nachmittagunterricht gänzlich unterlasse;
d. nicht mit denselben Kleidern das Krankenzimmer betrete, in denen er Unterricht ertheilt;
e. falls er aus besonderen Gründen vor Beginn des Unterrichts oder zwischen den Unterrichtszeiten das Krankenzimmer zu betreten genöthigt ist, dass er dann vor dem Besuch der Schule Gesicht, Bart, Kopfhaar, Hände mit Seife gründlich wasche und die Kleider einschliesslich Taschentuch wechsele;
f. keinerlei Gebrauchsgegenstände, die im Krankenzimmer gewesen, in die Schule mitbringe;
g. den Verkehr mit den mit der Pflege des Kranken beschäftigten Personen auch ausserhalb des Krankenzimmers thunlichst beschränke;
h. vom Besuch der Schule sofort abstehe, sobald er an sich Vorboten einer Erkrankung bemerkt.

9. Sobald im Schulort oder in seiner Nachbarschaft mehrere Fälle einer ansteckenden Krankheit (Ziff. 1 a und b) zur Kenntniss kommen, so haben Schulvorstand und Lehrer das besondere Augenmerk auf Reinhaltung des Schulgrundstücks und aller seiner Theile, sowie auch auf gehörige Lüftung der Schulzimmer zu richten. Schulzimmer sind täglich sorgfältig zu reinigen, die Fenster in der unterrichtsfreien Zeit andauernd offen zu halten, die Bedürfnissanstalten täglich zu reinigen und zu desinfiziren.

Schulkinder dürfen diese Arbeiten nicht verrichten.

10. Zur Verhütung der Verbreitung der Schwindsucht (Ziff. 1 c) durch die Schulen ist seitens der Schulvorstände darauf hinzuwirken, dass
a. in den Schulzimmern, Gängen und auf den Treppenabsätzen eine genügende Zahl von Spucknäpfen in geeigneter Beschaffenheit[1]) (Wasserspucknäpfe) aufgestellt werde;
b. Lehrer und Schüler, welche mit einem chronischen oder verdächtigen Auswurf behaftet sind, sich zur Entleerung desselben der Spucknäpfe oder der sogenannten Dettweiler'schen Spuckfläschchen bedienen;
c. derartige Schüler möglichst in die Nähe der Spucknäpfe gesetzt;
d. der Inhalt der Spucknäpfe täglich in die Abortsgruben entleert und die Näpfe täglich gründlich möglichst mit heissem Wasser ausgespült werden;
e. für die regelmässige feuchte Reinigung der Schulzimmer und Beseitigung des Staubes durch feuchtes Abwischen gesorgt, trockenes Auskehren und Abstäuben vermieden wird.
f. alle Schüler dahin belehrt und angeleitet werden, sich des Ausspeiens auf Fussböden in geschlossenen Räumen überall zu enthalten.

11. Die Betheiligung der Schulen an dem Begräbniss der an Scharlach, Pocken, Diphtherie, Flecktyphus, epidemischem Kopfgenickkrampf Gestorbenen hat zu unterbleiben. Beim Auftreten anderer ansteckenden Krankheiten entscheidet die Polizeibehörde über die Zulässigkeit der Leichenbegleitung seitens der Schulen nach Einholung eines ärztlichen Gutachtens.

12. Ueber die Schliessung der Schulen oder einzelner Klassen derselben entscheidet die Ortspolizeibehörde. In der Regel soll die Schliessung nur auf Antrag des zuständigen Kreisphysikus verfügt werden.

Sollte im einzelnen Falle die Ortsschulbehörde oder bei höheren Lehranstalten der Leiter der Anschauung sein, dass die Voraussetzungen zur Schliessung der Schule vorliegen, ohne dass seitens des Kreisphysikus ein Antrag gestellt wird, so sind dem Kreisphysikus die betreffenden Thatsachen zur weiteren Entschliessung ungesäumt zur Kenntniss zu bringen.

Als Richtschnur hat zu gelten, dass 1. bei Keuchhusten die Schulen nicht zu schliessen sind, da die Ausschliessung der befallenen Kinder genügt; 2. bei Masern und Rötheln die Ausschliessung der unter Ziff. 2 und 3 bezeichneten Kinder ausreicht und die Schliessung der Schule nur dann anzuordnen ist, wenn die Epidemie ausnahmsweise bösartig auftritt, d. h. die Sterblichkeit ungewöhnlich gross ist und die Erkrankungen in einzelnen Schulen oder Klassen besonders

[1]) Zweckentsprechende Wasserspucknäpfe werden von dem Fabrikanten Herm. Köster in Halver i. W. zum Preise von 1,90 M. für das Stück geliefert.

Zur Vermeidung des Umherspritzens der Wassertheilchen ist täglich nur so viel Wasser einzuschütten, dass der Boden des Gefässes bedeckt bleibt. Die Füllung mit Sand, Sägespänen, Holzwolle ist zu unterlassen.

zahlreich sind; 3. bei bösartigem und epidemischem Auftreten von Ruhr, Scharlach, Diphtherie, Pocken, Kopfgenickkrampf, Flecktyphus die Schliessung der Schule oder der besonders gefährdeten Schulklassen nothwendig ist, wenn Thatsachen dafür sprechen, dass die Ansteckung durch den Schulbesuch begünstigt wird, wenn entweder die Schulkinder die zuerst Erkrankten sind, oder die Mehrzahl der Erkrankten bildet oder überhaupt die Zahl der erkrankten Schulkinder besonders gross ist. In diesen Fällen ist anzunehmen, dass die Ausschliessung der unter Ziff. 2 und 3 bezeichneten Kinder nicht mehr genügt.

13. Wird wegen ansteckender Krankheiten eine Schule oder Schulklasse geschlossen, so sind für die Dauer der Schliessung auch sonstige Vereinigungen und Versammlungen von Schulkindern, z. B. im Konfirmandenunterricht oder bei gottesdienstlichen Anlässen thunlichst zu vermeiden.

14. Die Wiedereröffnung der Schule oder Schulklasse erfolgt durch die Ortspolizeibehörde nach zuvor eingeholtem ärztlichen Gutachten.

15. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf private Unterrichts- und Erziehungsanstalten, Kinderbewahrungsanstalten, Kindergärten, Spielschulen u. s. w. Anwendung.

Schliessung der Schulen bei ansteckenden Krankheiten. Polizeiverordnung des Fürstl. Schaumburg-Lippischen Ministeriums vom 27. Juni 1900.

§. 1. Ueber die Schliessung von Schulen oder einzelner Klassen derselben wegen ansteckender Krankheiten, sowie über die Wiedereröffnung geschlossener Schulen oder einzelner Schulklassen hat fortan die Ortspolizeibehörde (§. 1 des Ges. vom 22. Mai 1882) zu beschliessen.

§. 2. Die Schliessung und Wiedereröffnung hat erst nach Anhörung des zuständigen Kreisphysikus zu erfolgen. Letzterer ist so berechtigt wie verpflichtet, entsprechende Anträge auch unaufgefordert bei der Ortspolizeibehörde zu stellen.

§. 3. Von jeder Schliessung und Wiedereröffnung ist dem Ministerium und dem Landesschulinspektor Mittheilung zu machen.

§. 4. Die entgegenstehenden Bestimmungen im §. 9, 11 und 12 der Polizeiverordnung vom 11. Oktober 1887 werden aufgehoben.

D. Elsass-Lothringen.

Berechtigung der Drogisten sich als Apotheker zu bezeichnen. Entscheidung des Ministeriums vom 9. April 1900.

Die Auffassung, dass nur derjenige berechtigt sei, sich Apotheker zu nennen, welcher neben der nach §. 29 der Gewerbeordnung für die Ausübung des Apothekergewerbes erforderlichen Approbation, auch im Besitze einer konzessionirten Apotheke sich befinde, wird zwar in einer Verordnung des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern vom 28. März 1895 (Reger, Bd. 16, S. 3) vertreten, lässt sich aber rechtlich nicht halten. Sie steht im Widerspruch mit der Thatsache, dass der pharmazeutische Approbationsschein den Empfangsberechtigten amtlich unter der Adresse „an den Apotheker Herrn N. N." zugefertigt wird. Auch die Kaiserliche Verordnung vom 14. Juli 1898 über die Errichtung eines Apothekerraths (Gesetzbl. S. 69) beruft in §. 2 zu Mitgliedern dieses Raths vier aus den eine Apotheke nicht besitzenden Apothekern.

Dagegen unterliegt es keinem Bedenken, in einzelnen Fällen, in welchen der Titel Apotheker von dem zu seiner Führung an und für sich Berechtigten dazu benutzt wird, nach aussen den Irrthum zu erwecken, als betreibe er eine konzessionirte Apotheke, den Gebrauch dieses Titels polizeilich zu untersagen. Auf diesem Standpunkt steht der Erlass des preussischen Ministers der geistlichen und Medizinalangelegenheiten vom 15. Februar 1882, sowie die Bekanntmachung des Berliner Polizeipräsidenten vom 12. Februar 1898.

Ob ein solcher Irrthum erregt wird, unterliegt der Prüfung von Fall zu Fall. Wenn z. B. ein Drogist über seiner Drogenhandlung lediglich die Bezeichnung anbringen würde: „N. N., Apotheker", so würde ein polizeiliches Einschreiten zweifellos geboten sein. Ist das Geschäft jedoch als Drogenhandlung bezeichnet, und auf dem Aushängeschild dem Namen des Drogisten der Zusatz beigefügt: „diplomirter Apotheker", so ist dieser Umstand kaum geeignet, einen Irrthum der bezeichneten Art hervorzurufen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath i. Minden i. W.
J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 17. **1. September.** 1900.

Rechtsprechung.

Bestrafung eines Kurpfuschers wegen unlauteren Wettbewerbs. Urtheil des Königl. Landgerichts (I. Strafkammer) zu Bautzen (a) vom 31. März 1900 und des Reichsgerichts (IV. Strafsenats) vom 16. Juni 1900.

a. Urtheil des Landgerichts.

Der Angeklagte hat in der in Reichenberg in Böhmen erscheinenden Reichenberger Zeitung, die, wie ihm bekannt ist, auch in Zittau und Umgegend viel gelesen wird, zugestandenermassen am 13. August 1899 ein Inserat folgenden Inhalts veröffentlicht:

„Damen erhalten schnelle Hilfe in allen diskreten Leiden, wie Regelstörungen jeder Art, Weissfluss u. s. w., selbst Brustknoten (Krebs), sowie alle nur vorkommenden Krankheiten heilt schnellstens

N. Ströhmer, Zittau i/S.
Breitestrasse 26."

Er versichert, in dem Inserat sei durch ein Versehen der Redaktion das Wort „heilbare" vor dem Worte „Krankheiten" weggelassen worden. Ihn treffe hieran keine Schuld. Er wisse sehr wohl, dass nicht schlechthin „alle nur vorkommenden Krankheiten" heilbar seien.

Ueber sein Studium der Homöopathie, seine Heilweise und seine Erfolge, hat er in der Hauptverhandlung Folgendes angegeben:

Da seine Kinder, von denen vier in früher Jugend gestorben seien, öfter krank gewesen seien, habe er auf den Rath von Bekannten homöopathische Heilmittel angewendet und dabei ihre Wirkung kennen gelernt. Auf diese Weise sei er zuerst mit der homöopathischen Heilmethode in Berührung gekommen. Er habe sich dann in das Studium derselben vertieft an der Hand folgender homöopathischer Bücher, die er sich angeschafft habe: Des Lehrbuchs von Dr. Gerhart, der Arzneimittellehre von Dr. Heinicke, der Arzneimittellehre von Farrington und des Lehrbuchs der Therapie von Dr. Schwabe. So sei er nach und nach mit den Grundsätzen und dem Wesen der Homöopathie vertraut geworden. Er sei der Ueberzeugung, dass alle Krankheiten, soweit sie überhaupt heilbar seien, sich im Wege des homöopathischen Heilverfahrens heilen liessen. Auf die genannten Bücher könne er sich bei seiner Rathsertheilung mit grösster Sicherheit verlassen, da sie über jede nur denkbare Krankheit und deren Behandlung in ausführlichster Weise Aufschluss geben. — Er wende lediglich innere Mittel (Pulver und Tropfen) an, die er seinen Patienten auf Rezepten verschreibe und die ihnen dann in der Löwenapotheke in Zittau verabreicht würden. Nur in ganz vereinzelten Fälle verordne er auch äusserliche Mittel, insbesondere Umschläge und Spülungen. Den Sitz und das Wesen einer Krankheit erkenne er in der Hauptsache aus den Symptomen, die ihm der Patient angäbe, wie Hitze und Frösteln, vor allen Dingen aber aus der Art und der Stärke des Schmerzes, den der Patient empfinde. So konstatire er z. B. das Vorhandensein einer Lungenentzündung daraus, „dass der Patient röchle und starke Hitze habe." Eine äussere oder innere Untersuchung der Körpertheile nähme er in der Regel nicht vor. Er thue dies nur in ganz seltenen Fällen und nur dann, wenn der Kranke es ausdrücklich verlange. — Er habe bereits eine grosse Zahl von Kranken auf diese Weise mit gutem Erfolge behandelt. Auch akute und schwere Erkrankungen, wie Fiebererkrankungen, Verbrennungen, Lungenentzündung habe er in der angegebenen Weise geheilt.

Was das Inserat anlange, so sei er in der That fähig, Frauenleiden aller

Art, insbesondere Regelstörungen und Weissfluss, auch Brustknoten schnellstens zu heilen. Das Inserat enthalte also durchweg wahrheitsgemässe Zusicherungen.

Regelstörungen, und zwar zu spärliche Menstruation, beseitige er lediglich mit homöopathischen Mitteln. Bei ihrer Auswahl müsse unterschieden werden „zwischen blonden Frauenspersonen, die weichen Gemüths seien, und brünetten, die barschen Wesens und zu kommandiren gewohnt seien." Bei zu starker Menstruation ordne er ausser der Anwendung innerer Mittel ruhige Körperlage der Patientin an.

Weissfluss behandle er gleichfalls mit homöopathischen Heilmitteln, überdies aber auch mit Ausspülungen des inneren Geschlechtstheils.

Bestimmte Fälle, in denen er Regelstörungen und Weissfluss geheilt habe, sei er nicht im Stande anzugeben.

Krebs in seiner völlig ausgebildeten Gestalt sei nicht heilbar, wohl aber könne man ihn in seinen Anfangsstadien, in denen er sich als „Brustknoten" darstelle, heilen. So lange noch keine Eiterung wahrzunehmen sei, habe man es lediglich mit „Brustknoten" zu thun. Er erkenne das Vorhandensein von Brustknoten aus der Beschreibung, die der jeweilige Patient über die Art seiner Schmerzen gäbe. Zur Erweichung wende er äusserlich warme Oelumschläge, innerlich aber zur Zertheilung und zur Rückgängigmachung der Knotenbildung homöopathische Mittel an.

Dass die in dem Inserat vom Angeklagten gegebene Versicherung, „er heile alle nur vorkommenden Krankheiten", eine Unwahrheit enthält, bedarf keiner besonderen Darlegung.

Das Gericht ist aber — trotz der Darstellung des Angeklagten — weiter noch zu der Ueberzeugung gelangt, dass auch die vom Angeklagten in dem Inserat gemachten Angaben, er könne Frauenleiden, insbesondere Regelstörungen und Weissfluss, ja auch „Brustknoten" (Krebs) heilen, der Wahrheit nicht entspricht. Diese Ueberzeugung gründet sich auf das Sachverständigengutachten, das der Königliche Bezirksarzt Medizinalrath Dr. von Mücke in der Hauptverhandlung unter seinem Eide erstattet hat. Dr. von Mücke hat nämlich Folgendes bekundet:

Dem Angeklagten sei es seinem Gewerbe und seinem ganzen Bildungsgange nach vollkommen unmöglich gewesen, über den anatomischen Bau des Menschen und seiner Organe, über die Lebensvorgänge und Lebensäusserungen im gesunden und kranken Menschen, über den Einfluss der verschiedenen Arzneimittel und die Anwendung der verschiedenen, zur Verhütung oder Heilung von Krankheiten geeigneten sonstigen Massnahmen sich diejenigen eingehenden Kenntnisse zu verschaffen, die für jeden unerlässlich seien, der Krankheiten mit Aussicht auf Erfolg behandeln wolle. Es fehle ihm daher auch jede Fähigkeit, Krankheitszustände von vornherein richtig zu erkennen und zu beurtheilen. An dieser Thatsache vermöge auch das angebliche „Studium" der vom Angeklagten bezeichneten Bücher nichts zu ändern. Die Bücher (die übrigens dem Sachverständigen in der Hauptverhandlung vorgelegen haben) seien so verfasst, dass zu ihrem Verständnisse wissenschaftliche Vorbildung erforderlich sei. Theilweise enthielten sie eine Menge fremdsprachlicher medizinischer Fachausdrücke, die der Angeklagte ohne Kenntniss der griechischen und lateinischen Sprache unmöglich verstehen könne. Der Angeklagte sei auch um deswillen nicht in der Lage, Krankheitserscheinungen richtig zu erkennen, weil er ja seine Patienten nur in den seltensten Fällen körperlich untersuche. Auf dem Wege, auf dem der Angeklagte seine Diagnose zu stellen pflege, lasse sich das Wesen einzelner Krankheitszustände mit Sicherheit nicht erkennen. Die Lehre des Angeklagten von der Unterscheidung zwischen blonden und brünetten Frauenspersonen bei Behandlung von Regelstörungen sei ganz unhaltbar. Die homöopathischen Mittel, die der Angeklagte bei Regelstörung und Weissfluss verordne, seien völlig werthlos, da sie viel zu schwach seien, um auch nur den geringsten Einfluss auf den Gang einer Krankheit auszuüben. Uebrigens seien die Entstehungsursachen von Regelstörung und Weissfluss so ausserordentlich mannigfaltiger Art, dass der Angeklagte sie bei seiner mangelhaften Vorbildung gar nicht differenziren könne. Es könne bei dieser Sachlage, zumal ja der Angeklagte bestimmte Fälle, in denen er bei Regelstörung und Weissfluss Heilerfolge erzielt habe, gar nicht habe namhaft machen können, nicht für erwiesen angesehen werden, dass er die bezeichneten Krankheiten zu „heilen" im Stande sei. — Krebs, sowohl in seiner völlig ausgebildeten Form

wie in den Anfangsstadien (vom Angeklagten als „Brustknoten" bezeichnet), könne der Angeklagte unmöglich heilen. Das vom Angeklagten angewendete Verfahren sei sogar direkt gesundheitsschädlich. Krebs sei überhaupt nur auf operativem Wege heilbar. Hierzu und vor allen Dingen auch zu mikroskopischen Untersuchungen, die die Krebsbehandlung nöthig mache, sei der Angeklagte unfähig. Die zwei von ihm angeführten Fälle, aus denen sich übrigens noch keineswegs mit Sicherheit entnehmen lasse, ob es sich auch wirklich um „Brustknoten" gehandelt habe, genügten nicht im Entferntesten, seine Befähigung zur Behandlung und Heilung von Krebs darzuthun. Mit seinen in dem Inserat gegebenen Zusicherungen verspreche der Angeklagte also mehr als er halten könne.

Die Unfähigkeit des Angeklagten, spezifische Fälle von „Frauenleiden" richtig zu beurtheilen und sachgemäss zu behandeln, ergiebt sich weiter noch aus folgenden Thatsachen:

Im Juli 1898 hat sich die verehelichte S. aus R. wegen einer schon seit geraumer Zeit anhaltenden Erkrankung ihrer Geschlechtsorgane in die Behandlung des Angeklagten begeben. Er hat ihr erklärt, „ihre Gebärmutter habe sich gesenkt", hat ihr verordnet einen Ring zu tragen, hat ihr Pulver zum Einnehmen verschrieben und ihr Watte in die Scheide eingelegt. Da die S. hiernach keine Besserung verspürt hat, hat sie am 30. Juli 1898 den praktischen Arzt Dr. Z. in Z. aufgesucht. Dieser hat ohne Weiteres konstatirt, dass von einer Senkung der Gebärmutter gar keine Rede sei, dass die S. vielmehr an Kolpitis adhaesiva mit starker Narbenbildung im hinteren Scheidengewölbe leide und dass diese Krankheit nur durch Einführung feuchter und schleimiger Mittel in den Scheidengang allmählich zu heilen sei.

Nach dem Gutachten des Dr. F., dem sich das Gericht unbedenklich angeschlossen hat, ist die Verordnung des Pulvers völlig werthlos gewesen; die Einlegung der Watte hat unzweifelhaft geschadet; desgleichen würde das Tragen eines Ringes, den die S. übrigens nicht angewendet hat, im vorliegenden Falle direkt nachtheilig gewesen sein.

Ferner hat der Angeklagte die Ehefrau des Handelsmannes L. in Z., die am 11. Oktober 1899 gestorben ist, etwa von Ende September 1899 an bis zu ihrem Tode in Behandlung gehabt. Die L. war erst von verschiedenen Zittauer Aerzten, zuletzt von Dr. Dz., behandelt worden. Letzterer konstatirte weit vorgeschrittenen Gebärmutterkrebs und liess dem Ehemanne seiner Patientin das Ergebniss seiner Untersuchung mittheilen. Als sich L. darauf in seiner Angst an den Angeklagten wandte und diesem ausdrücklich erklärte, was Dr. Dz. ermittelt habe, untersuchte der Angeklagte die verehelichte L. blos an der Brust, konstatirte „Blutandrang nach dem Herzen" und „Lungenleiden" und verschrieb ihr Pulver und Tropfen zum Einnehmen. Nach dem überzeugenden Gutachten des Dr. Dz. dieses Arztes hat die L. keinerlei Lungenleiden gehabt und sind die Anordnungen des Angeklagten völlig zwecklos und widersinnig gewesen.

Der Angeklagte hat in dem Inserat behauptet, ihm wohne eine eigenartige Befähigung zur Heilung von Frauenleiden, insbesondere von Regelstörung und Weissfluss, ja selbst von Krebsleiden inne. Das Inserat ist nicht anders zu verstehen, als dass er nach dieser Hinsicht praktische Erfahrung besitze, nach seiner besonderen Methode dauernde Heilung jener Krankheiten schon erzielt habe. Diese Angabe thatsächlicher Art über die Beschaffenheit seiner heilgewerblichen Leistungen sind, wie nach dem bisher Ausgeführten erwiesen ist, objektiv unwahr. Dass sie auch zur Irreführung, namentlich des mittleren und niederen Publikums, geeignet sind, liegt auf der Hand.

Der Angeklagte ist sich auch der Unwahrheit seiner Angaben bewusst gewesen: In den Fällen L. und S. hat er eine so verkehrte Behandlung vorgenommen, dass die Annahme ohne Weiteres begründet erscheint, er habe sich überhaupt bewusst ohne die erforderlichen Kenntnisse dem Heilberufe unterzogen. Thatsächlich hat er die wohlbegründete Ueberzeugung von seiner Befähigung zur schnellen und sicheren Heilung der mehrerwähnten Leiden mangels ausreichender praktischer Erfahrung und wissenschaftlicher Kenntnisse nicht besessen. Seine Erklärung, er habe sich an der Hand gewisser, wenn auch von Aerzten verfasster Bücher in die Homöopathie vertieft, kann keine Beachtung finden, denn es ist nach dem Gutachten des

Dr. von Mücke nicht anzunehmen, dass er geglaubt habe, er werde daraus zuverlässige Erfahrung gerade auf dem Gebiete der Frauenheilkunde sammeln können. Es kommt hinzu, dass er bestimmte Fälle, in denen er gerade Leiden wie Regelstörung, Weissfluss und Krebs nachweislich wirklich geheilt hätte, gar nicht anzuführen vermocht hat. Er hat also nach Ansicht des Gerichts jene objektiv unwahren Angaben wissentlich gemacht.

Die Uebertreibung seiner heilgewerblichen Leistungen lässt ferner deutlich die Absicht erkennen, die der Angeklagte mit der Veröffentlichung des Inserats verfolgt hat: Dadurch, dass er die Schnelligkeit seiner Heilweise besonders betont, dadurch, dass er sogar Krebs zu heilen verspricht, sucht er den Anschein zu erwecken, als sei er im Besitze ganz aussergewöhnlich heilkräftiger Mittel und als sei seine Heilmethode eine ganz besonders glückliche und erfolgreiche, erfolgreicher als die durch medizinisches Studium geschulter Aerzte. Er sucht somit durch seine Reklame den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen.

Der Angeklagte hat nach alledem in der Absicht, den Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorzurufen, in Zittau und Umgebung im August 1899 in einer öffentlichen Bekanntmachung über die Beschaffenheit seiner gewerblichen Leistungen wissentlich unwahre und zur Irreführung geeignete Angaben thatsächlicher Art gemacht. — Vergehen nach §. 4 des Reichsgesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896. —

Der zur Verfolgung dieses Vergehens erforderliche Strafantrag ist Blatt 1 der Akten von dem Vorstand des ärztlichen Bezirksvereins Zittau, also eines „Verbands zur Förderung gewerblicher Interessen" rechtzeitig und formrichtig gestellt worden (§. 12 leg. cit.).

Das Gericht lässt es dahin gestellt, ob auch in der Versicherung des Angeklagten, er könne „alle nur vorkommenden Krankheiten" heilen, eine nach §. 4 des erwähnten Gesetzes strafbare Handlung zu erblicken ist, oder ob sie vielleicht nur anzusehen ist als eine allgemeine marktschreierische Anpreisung, deren Unwahrheit jeder erkennen muss, die also keine „zur Irreführung geeigneten Angaben" enthält.

Man hat eine Geldstrafe in Höhe von 400 Mark als angemessene Ahndung erachtet. Es ist hierbei berücksichtigt worden, dass die That des Angeklagten von der grössten Gewissenlosigkeit zeugt und dass er dadurch unberechenbaren Schaden anrichten kann, insofern er durch seine reklamhafte Annonce leichtgläubige Kranke davon abhält, rechtzeitig sachgemässe Hülfe, die häufig nur operativer Art sein kann, nachzusuchen. Das Gericht ist der Ansicht, dass einem gemeingefährlichen Treiben wie dem des Angeklagten nicht scharf genug entgegengetreten werden kann.

Das Reichsgericht (IV. Strafsenat) hat die gegen dieses Urtheil eingelegte Revision durch Urtheil vom 16. Juni 1900 als unbegründet und kostenpflichtig verworfen, da die Anwendung des Strafgesetzes auf den im Urtheile für festgestellt erachteten Sachverhalt einen Rechtsirrthum nicht erkennen lässt.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

Inkraftsetzung der im §. 154 Abs. 3 der Gewerbeordnung getroffenen Bestimmung. Kaiserliche Verordnung vom 9. Juli 1900.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preussen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths, auf Grund des Artikels 9 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung, vom 1. Juni 1891 (Reichs-Gesetzblatt S. 261), was folgt:

Die Bestimmung des §. 154 Abs. 3 der Gewerbeordnung tritt am 1 Januar 1901 mit der Massgabe in Kraft, dass auf die dort bezeichneten Werkstätten mit Motorbetrieb, vorbehaltlich der Ausnahmen, welche der Bundesrath zulässt,

die §§. 135 bis 138, 139a, 139b, sofern aber in diesen Werkstätten in der Regel zehn oder mehr Arbeiter beschäftigt werden und es sich nicht um Betriebe der Kleider- und Wäschekonfektion (§. 1 der Verordnung vom 31. Mai 1897 — Reichs-Gesetzbl. S. 459 —) handelt, auch die §§. 138a, 139 der Gewerbeordnung entsprechende Anwendung finden.

Die gegenwärtige Verordnung erstreckt sich nicht auf Werkstätten mit Motorbetrieb, in denen der Arbeitgeber ausschliesslich zu seiner Familie gehörige Personen beschäftigt.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Ausführungsbestimmungen des Bundesraths über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen in Werkstätten mit Motorbetrieb. Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 13. Juli 1900.

Auf Grund des §. 154 Abs. 3 der Gewerbeordnung hat der Bundesrath für Werkstätten, in welchen durch elementare Kraft (Dampf, Wind, Wasser, Gas, Luft, Elektrizität u. s. w.) bewegte Triebwerke nicht bloss vorübergehend zur Verwendung kommen, die aus dem Folgenden sich ergebenden Ausnahmen von den nach der Kaiserlichen Verordnung vom 9. Juli 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 565) vom 1. Januar 1901 ab auf sie Anwendung findenden Bestimmungen der §§. 135 bis 139b der Gewerbeordnung nachgelassen.

I. Werkstätten mit zehn oder mehr Arbeitern.

1. In Werkstätten mit Motorbetrieb, in welchen in der Regel zehn oder mehr Arbeiter beschäftigt werden, dürfen Kinder zwischen dreizehn und vierzehn Jahren, welche nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind, zehn Stunden täglich beschäftigt werden. In Schleifer- und Polierwerkstätten der Glas-, Stein- und Metallverarbeitung darf jedoch ihre Beschäftigung die Dauer von sechs Stunden täglich nicht überschreiten.

II. Werkstätten mit weniger als zehn Arbeitern.

A. Allgemeine Bestimmungen.

2. Auf Werkstätten mit Motorbetrieb, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigt werden, finden die §§. 135 bis 138 der Gewerbeordnung mit den aus Ziffer 3 bis 10 sich ergebenden Abänderungen Anwendung.

3. (§. 135 der Gewerbeordnung.) Kinder unter dreizehn Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Kinder über dreizehn Jahre dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

Die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren und von jungen Leuten zwischen vierzehn und sechzehn Jahren darf die Dauer von zehn Stunden täglich nicht überschreiten. In Schleifer- und Polierwerkstätten der Glas-, Stein- und Metallverarbeitung dürfen jedoch Kinder nicht länger als sechs Stunden täglich beschäftigt werden.

4. (§. 136 der Gewerbeordnung.) Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter (Ziffer 3) dürfen nicht vor fünfeinhalb Uhr Morgens beginnen und nicht über achteinhalb Uhr Abends dauern. Zwischen den Arbeitsstunden müssen an jedem Arbeitstage regelmässige Pausen gewährt werden. Für jugendliche Arbeiter, welche nur sechs Stunden täglich beschäftigt werden, muss die Pause mindestens eine halbe Stunde betragen. Den übrigen jugendlichen Arbeitern muss mindestens entweder Mittags eine einstündige, sowie Vormittags und Nachmittags je eine halbstündige, oder Mittags eine einundeinhalbstündige Pause gewährt werden. Eine Vor- und Nachmittagspause braucht nicht gewährt zu werden, sofern die jugendlichen Arbeiter täglich nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden und die Dauer ihrer durch eine Pause nicht unterbrochenen Arbeitszeit am Vor- und Nachmittage je vier Stunden nicht übersteigt.

Während der Pausen darf den jugendlichen Arbeitern eine Beschäftigung im Werkstattbetriebe nicht gestattet werden. An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Konfirmanden-, Beicht- und Kommunionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

5. (§. 137 der Gewerbeordnung.) Arbeiterinnen dürfen nicht in der Nachtzeit von achteinhalb Uhr Abends bis fünfeinhalb Uhr Morgens und am Sonnabend, sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach fünfeinhalb Uhr Nachmittags beschäftigt werden.

Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über sechzehn Jahre darf die Dauer von elf Stunden täglich, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von zehn Stunden nicht überschreiten.

Zwischen den Arbeitsstunden muss den Arbeiterinnen eine mindestens einstündige Mittagspause gewährt werden.

Arbeiterinnen über sechzehn Jahre, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens ein und eine halbe Stunde beträgt.

Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugniss eines approbirten Arztes dies für zulässig erklärt.

Die Bestimmungen im Abs. 1, 2 finden auf Arbeiterinnen, welche in Badeanstalten ausschliesslich oder vorwiegend mit der Bereitung der Bäder und der Bedienung des Publikums beschäftigt sind, keine Anwendung.

6. (§. 138 der Gewerbeordnung.) Sollen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, so hat der Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige zu machen. In der Anzeige ist die Lage der Werkstätte und die Art des Betriebes anzugeben.

Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass in den Werkstatträumen, in welchen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, eine Tafel ausgehängt ist, welche in der von der Landes-Zentralbehörde zu bestimmenden Fassung und in deutlicher Schrift einen Auszug aus den Bestimmungen über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen enthält.

7. Ueber die in Ziffer 5 Abs. 1, 2 festgesetzte Zeit hinaus dürfen Arbeiterinnen über sechzehn Jahre an vierzig Tagen im Jahre beschäftigt werden. Diese Beschäftigung darf dreizehn Stunden täglich nicht überschreiten und nicht länger als bis zehn Uhr Abends dauern. Hierbei kommt jeder Tag in Anrechnung, an welchem auch nur eine Arbeiterin über die nach Ziffer 5 zulässige Dauer der Arbeitszeit hinaus beschäftigt ist.

Gewerbetreibende, welche Arbeiterinnen über sechzehn Jahre auf Grund der vorstehenden Bestimmungen über die in Ziffer 5 Abs. 1, 2 festgesetzte Zeit hinaus beschäftigen, sind verpflichtet, ein Verzeichniss anzulegen, in welches jeder Tag, an dem Ueberarbeit stattgefunden hat, noch am Tage der Ueberarbeit einzutragen ist. Das Verzeichniss ist auf Erfordern der Ortspolizeibehörde sowie dem Gewerbeaufsichtsbeamten jeder Zeit vorzulegen.

8. Für mehr als vierzig Tage im Jahre kann auf Antrag des Arbeitgebers eine Ueberbeschäftigung in dem aus Ziffer 7 Abs. 1 sich ergebenden Umfang von der unteren Verwaltungsbehörde gestattet werden, wenn die Arbeitszeit für die Werkstätte oder die betreffende Abtheilung der Werkstätte so geregelt wird, dass ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmässige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet.

Der Antrag ist schriftlich zu stellen und muss den Grund, aus welchem die Erlaubniss beantragt wird, die Zahl der in Betracht kommenden Arbeiterinnen, das Mass der längeren Beschäftigung, sowie den Zeitraum angeben, für welchen dieselbe stattfinden soll. Der Bescheid der unteren Verwaltungsbehörde auf den Antrag ist binnen drei Tagen schriftlich zu ertheilen. Gegen die Versagung der Erlaubniss steht die Beschwerde an die vorgesetzte Behörde zu.

Die untere Verwaltungsbehörde hat über die Fälle, in welchen die Erlaubniss ertheilt worden ist, ein Verzeichniss zu führen, in welches der Name des Arbeitgebers und die für den schriftlichen Antrag vorgeschriebenen Angaben einzutragen sind.

Die untere Verwaltungsbehörde kann die Beschäftigung von Arbeiterinnen über sechzehn Jahre, welche kein Hauswesen zu besorgen haben und eine Fortbildungsschule nicht besuchen, bei den im §. 105c Abs. 1 der Gewerbeordnung unter Ziffer 3 und 4 bezeichneten Arbeiten an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen Nachmittags nach fünfeinhalb Uhr, jedoch nicht über achteinhalb Uhr Abends hinaus, gestatten. Die Erlaubniss ist schriftlich zu ertheilen und vom Arbeitgeber zu verwahren.

9. Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmässigen Betrieb einer Werkstätte unterbrochen haben, so können Ausnahmen von den in Ziffer 3 Abs. 2, Ziffer 4 und 5 Abs. 1 bis 3 vorgesehenen Beschränkungen auf die Dauer von vier Wochen durch die untere Verwaltungsbehörde, auf längere Zeit durch die höhere Verwaltungsbehörde zugelassen werden. In dringenden Fällen solcher

Art, sowie zur Verhütung von Unglücksfällen kann die Ortspolizeibehörde solche Ausnahmen höchstens auf die Dauer von zwei Wochen gestatten.

Wenn die Natur des Betriebs oder Rücksichten auf die Arbeiter in einzelnen Werkstätten es erwünscht erscheinen lassen, dass die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter oder der Arbeiterinnen in einer anderen als der durch Ziffer 4, 5 Abs. 1, 3 vorgesehenen Weise geregelt wird, so kann auf besonderen Antrag eine anderweite Regelung hinsichtlich der Pausen durch die untere Verwaltungsbehörde, im Uebrigen durch die höhere Verwaltungsbehörde gestattet werden. Jedoch dürfen in solchen Fällen die jugendlichen Arbeiter nicht länger als sechs Stunden beschäftigt werden, wenn zwischen den Arbeitsstunden nicht Pausen von zusammen mindestens einstündiger Dauer gewährt werden.

Die auf Grund vorstehender Bestimmungen zu treffenden Verfügungen müssen schriftlich erlassen werden.

B. Besondere Bestimmungen für Werkstätten des Handwerks.

10. In Werkstätten des Handwerks mit Motorbetrieb, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigt werden, finden auf die Beschäftigung männlicher jugendlicher Arbeiter die Bestimmungen unter Ziffer 3 Abs. 2 Satz 1, Ziffer 4 Abs. 1, 2 und Ziffer 6 keine Anwendung.

Zum Handwerk im Sinne der vorstehenden Bestimmung sind zu rechnen die Betriebe der Bandagisten, Bandwirker, Böttcher, Buchbinder, Büchsenmacher, Bürsten- und Pinselmacher, Drahtflechter, Drechsler, Stein-, Zink-, Kupfer- und Stahldrucker, Färber- und Zeugdrucker, Feilenhauer, Feinmechaniker, Gerber, Glaser, Gold- und Silberarbeiter, Graveure, Handschuhmacher, Hutmacher, Kammmacher, Klempner, Kürschner, Kupferschmiede, Messerschmiede, Metallgiesser, Metzger (Fleischer), Mühlenbauer, Musikinstrumentenmacher, Posamentiere, Sattler (Riemer, Täschner), Schiffbauer, Schlosser, Grob- und Hufschmiede, Schneider, Schreiner (Tischler), Schuhmacher, Seifensieder, Seiler, Stellmacher (Wagner, Radmacher), Tapezirer, Töpfer, Tuchmacher, Uhrmacher, Weber.

Durch Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde kann für ihren Bezirk oder Theile desselben bestimmt werden, dass gewisse Arten der vorbezeichneten Gewerbszweige, welche nach den besonderen Verhältnissen des Bezirks nicht handwerksmässig betrieben werden, nicht zum Handwerk im Sinne der vorstehenden Bestimmung zu rechnen sind.

III. Werkstätten mit Wasserbetrieb.

11. Auf Werkstätten der unter I und II bezeichneten Art, in welchen ausschliesslich oder vorwiegend unregelmässige Wasserkraft als Triebkraft benutzt wird, mit Ausnahme der Schleifer- und Poliererwerkstätten der Glas-, Stein- und Metallbearbeitung, finden die §§. 135 bis 138 der Gewerbeordnung nur in dem aus Ziffer 12 bis 17 sich ergebenden Umfang Anwendung.

12. (§. 135 Abs. 1 der Gewerbeordnung.) Kinder unter dreizehn Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. Kinder über dreizehn Jahre dürfen nur beschäftigt werden, wenn sie nicht mehr zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind.

13. (§. 136 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3, §. 137 Abs. 1 der Gewerbeordnung.) Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen dürfen nicht vor fünfeinhalb Uhr Morgens beginnen und nicht über achteinhalb Uhr Abends dauern.

An Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Konfirmanden-, Beicht- und Kommunionunterricht bestimmten Stunden dürfen jugendliche Arbeiter nicht beschäftigt werden.

14. (§. 137 Abs. 4, 5 der Gewerbeordnung.) Arbeiterinnen über sechzehn Jahre, welche ein Hauswesen zu besorgen haben, sind auf ihren Antrag eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen, sofern diese nicht mindestens ein und eine halbe Stunde beträgt.

Wöchnerinnen dürfen während vier Wochen nach ihrer Niederkunft überhaupt nicht und während der folgenden zwei Wochen nur beschäftigt werden, wenn das Zeugniss eines approbirten Arztes dies für zulässig erklärt.

15. (§. 138 der Gewerbeordnung.) Sollen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, so hat der Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung der Ortspolizeibehörde eine schriftliche Anzeige zu machen. In der Anzeige ist die Lage der Werkstätte und die Art des Betriebes anzugeben.

Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, dass in den Werkstatträumen, in welchen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, eine Tafel

ausgehängt ist, welche in der von der Landes-Zentralbehörde zu bestimmenden Fassung und in deutlicher Schrift dienen Auszug aus den Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern enthält.

16. In Werkstätten, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigt werden, dürfen Arbeiterinnen über sechzehn Jahre an vierzig Tagen im Jahre über achteinhalb Uhr Abends hinaus bis spätestens zehn Uhr Abends beschäftigt werden. Hierbei kommt jeder Tag in Anrechnung, an welchem auch nur eine Arbeiterin über achteinhalb Uhr Abends beschäftigt wird. Die Bestimmungen der Ziffer 7 Abs. 2 über das Verzeichniss finden entsprechende Anwendung. Für mehr als vierzig Tage kann die Beschäftigung bis zehn Uhr Abends unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen in Ziffer 8 Abs. 1 bis 3 gestattet werden.

Für Werkstätten, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigt werden, kann, wenn der regelmässige Betrieb durch Naturereignisse oder Unglücksfälle unterbrochen ist, oder wenn die Natur des Betriebs oder die Rücksichten auf die Arbeiter es erwünscht erscheinen lassen, die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in der Zeit zwischen achteinhalb Uhr Abends und fünfeinhalb Uhr Morgens und die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen, sowie während der von dem ordentlichen Seelsorger für den Katechumenen- und Konfirmanden-, Beicht- und Kommunionunterricht bestimmten Stunden unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen in Ziffer 9 gestattet werden.

17. Auf die Beschäftigung männlicher jugendlicher Arbeiter in Werkstätten des Handwerks mit Motorbetrieb, in denen in der Regel weniger als zehn Arbeiter beschäftigt werden (Ziffer 10), finden die Bestimmungen unter Ziffer 13 Abs. 1 und Ziffer 15 keine Anwendung.

IV. Bäckereien und Konditoreien, Getreidemühlen, Konfektionswerkstätten.

18. Für Bäckereien und Konditoreien, welche nicht als Fabriken anzusehen sind, gelten, auch wenn sie mit Motoren betrieben werden, die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 4. März 1896 (Reichs-Gesetzbl. S. 55), für die nicht als Fabriken anzusehenden Getreidemühlen mit Motorbetrieb mit Ausnahme derjenigen, in welchen ausschliesslich oder vorwiegend Dampfkraft verwendet wird, die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 26. April 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 273). Die Bestimmungen in dem §. 135 Abs. 2, 3, den §§. 136, 137 Abs. 2 bis 3 und dem §. 138 der Gewerbeordnung finden auf diese Betriebe keine Anwendung.

19. In der Kleider- und Wäschekonfektion gelten auch für Werkstätten mit Motorbetrieb die Bestimmungen der Verordnung vom 31. Mai 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 459).

V. Schlussbestimmung.

20. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 1. Januar 1901 in Kraft.

B. Königreich Preussen.

Gleichberechtigung der bei einer nichtpreussischen Universität im Deutschen Reiche erworbenen medizinischen Doktorwürde. Bekanntmachung des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 5. Mai 1900.

Mit Bezug auf §. 2 Nr. 2 des Gesetzes, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes etc., vom 16. September 1899 (Ges.-Samml. S. 172) wird hierdurch bestimmt, dass die bei einer nichtpreussischen Universität im Deutschen Reiche erworbene medizinische Doktorwürde der von Preussischen Universitäten ertheilten als gleichstehend zu erachten ist.

Aerztliche Standesordnungen. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 6. Juli 1900 an sämmtliche Königlichen Oberpräsidenten.

Gegen Form und Inhalt der von der Aerztekammer der Provinz Sachsen unter dem 1. Dezember 1898 beschlossenen Standesordnung für die Aerzte dieser Provinz habe ich meinerseits Bedenken nicht zu erheben.

Wenn aber der Vorstand der dortigen Aerztekammer beabsichtigt, diese

Standesordnung bei den ihm nach §. 5 Abs. 1 der Allerhöchsten Verordnung vom 25. Mai 1887 (Ges.-S. S. 169) und §. 57 des Gesetzes vom 25. November 1899 (Ges.-S. S. 565) obliegenden Beschlüssen zu Grunde zu legen, so mache ich darauf aufmerksam, dass Standesordnungsbestimmungen weder für das Verfahren aus §. 5 der Verordnung vom 25. Mai 1887 noch für das ehrengerichtliche Verfahren bindende Kraft haben, dass vielmehr die Mitglieder des Aerztekammervorstandes ebenso ihre Beschlüsse nach ihrer freien Ueberzeugung zu fassen haben werden, wie dies bezüglich der Beschlüsse und Entscheidungen der ärztlichen Ehrengerichte durch §. 37 Abs. 2 des Gesetzes vom 25. November 1899 ausdrücklich vorgeschrieben ist.

Transport von Fleisch. Verordnung des Königl. Polizeipräsidenten in Berlin vom 18. Juli 1900.

§. 1. Geschlachtetes Vieh und Theile von solchem, insbesondere auch einzelne Fleischstücke müssen, wenn sie in Fuhrwerken jeglicher Art mit Einschluss von Handwagen und Karren transportirt werden, derartig ringsumschlossen oder verdeckt sein, dass sie dem Anblick von aussen her vollständig entzogen sind.

§. 2. Dasselbe gilt beim Transporte in Mulden, Körben und ähnlichen Gegenständen, sofern er im Betriebe des Fleischergewerbes erfolgt.

§. 3. Tücher und andere Decken, welche zu diesem Zwecke verwandt werden, müssen durchaus sauber sein.

§. 4. Die zum Transport benutzten Wagen, Karren, Mulden u. s. w. müssen stets in sauberem Zustande gehalten werden.

§. 5. Beim Transporte von geschlachtetem Vieh und Theilen von solchen auf offenen Wagen dürfen auf dem Fleisch bezw. auf dem dasselbe bedeckenden Tüchern oder Decken Personen weder sitzen, noch liegen.

§. 6. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle verhältnissmässige Haftstrafe tritt, geahndet.

§. 7. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Anmeldung des Heilpersonals. Polizeiverordnung des Königl. Regierungspräsidenten in Stralsund vom 30. Mai 1900.

§. 1. Approbirte Aerzte mit Ausnahme der Militärärzte und approbirte Zahnärzte, welche im hiesigen Regierungsbezirk ihren Wohnsitz nehmen, haben sich innerhalb 14 Tagen unter Vorlegung der Approbation und mit der Verpflichtung zur Angabe der erforderlichen Aufzeichnungen über ihre persönlichen und Berufsverhältnisse bei dem zuständigen Kreismedizinalbeamten persönlich oder schriftlich zu melden. Innerhalb der gleichen Frist ist die Wohnsitzveränderung dem Medizinalbeamten anzuzeigen.

§. 2. Apothekenbesitzer und Apothekenverwalter haben vor der Uebernahme einer Apotheke oder Apothekenverwaltung sich bei dem zuständigen Kreismedizinalbeamten unter Vorlegung der Approbation mit der Verpflichtung zur Angabe der erforderlichen Aufzeichnungen ihrer persönlichen und Berufsverhaltnisse schriftlich oder persönlich zu melden und vor der Abgabe einer Apotheke (Besitzwechsel) oder Apothekenverwaltung dem Medizinalbeamten Anzeige zu erstatten.

§. 3. Approbirte Thierärzte, welche zur Ausübung der Praxis im hiesigen Regierungsbezirk ihren Wohnsitz nehmen, haben sich unter Vorlegung der Approbation und mit der Verpflichtung zur Angabe der erforderlichen Aufzeichnungen über ihre persönlichen und Berufsverhältnisse innerhalb 14 Tagen bei dem zuständigen Kreisthierarzt persönlich oder schriftlich zu melden und innerhalb der gleichen Frist die Veränderung des Wohnsitzes anzuzeigen.

§. 4. Hebammen, welche zwecks Ausübungen ihres Berufs im hiesigen Regierungsbezirk sich niederlassen, haben vor Beginn der Berufsausübung unter Vorlegung ihres Prüfungszeugnisses und ihrer sämmtlichen Berufsgeräthschaften sowie unter Angabe ihrer persönlichen und Berufsverhältnisse sich bei dem zuständigen Kreismedizinalbeamten persönlich zu melden und von einer Wohnsitzveränderung oder Aufgabe der Berufsthätigkeit dem Medizinalbeamten innerhalb 14 Tagen Anzeige zu erstatten.

§. 5. Staatlich geprüfte Heilgehülfen und Masseure, sowie Heilgehülfinnen

und Masseusen, welche zur Ausübung der Heilgehülfenthätigkeit und Massage sich im hiesigen Regierungsbezirk niederlassen, haben sich unter Vorlegung ihres Befähigungszeugnisses und unter Mittheilung der erforderlichen Angaben über ihre persönlichen und Berufsverhältnisse bei dem zuständigen Kreismedizinalbeamten persönlich oder schriftlich zu melden und von einer Wohnsitzveränderung oder Aufgabe der Berufsthätigkeit innerhalb 14 Tagen Anzeige zu erstatten.

§. 6. Personen, welche die Heilkunde bei Menschen und Thieren, ohne hierzu staatlich approbirt zu sein, gewerbsmässig ausüben, haben dies spätestens 4 Wochen nach dem Beginn der Ausübung der für ihren Wohnsitz zuständigen Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

§. 7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.

B. Königreich Württemberg.

Verkehr mit Arzneimitteln ausserhalb der Apotheken. Verfügung des Ministeriums des Innern vom 10. Juli 1900.

Auf Grund des §. 367 Ziffer 5 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich, sowie des Art. 28 Ziff. 1 und Art. 32 Ziff. 5 des Polizeistrafgesetzes vom 27. Dezember 1871 wird über den Verkehr mit Arzneimitteln ausserhalb der Apotheken Nachstehendes verfügt.

§. 1. Wer mit Arzneimitteln, welche dem freien Verkehr überlassen sind, gewerbsmässig Handel treiben will, hat gemäss §. 35 Abs. 6 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 6. August 1896 (Reichs-Gesetzblatt S. 685) und §. 27 Abs. 2 der Vollzugsverfügung zur Gewerbeordnung vom 9. November 1883 (Reg.-Blatt S. 234) eine besondere Anzeige hiervon an das Oberamt, in dessen Bezirk das Gewerbe betrieben wird, zu erstatten und solche der Ortspolizeibehörde behufs Vorlage an das Oberamt zu übergeben.

In der Anzeige sind die Räume zu bezeichnen, in denen die Arzneimittel aufbewahrt und feilgehalten werden sollen. Jeder spätere Wechsel der Räume ist vor der Benutzung derselben dem Oberamt durch Vermittelung der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

Sofern die in §. 35 Abs. 6 der Gewerbeordnung vorgeschriebene Anzeige von dem Betrieb des Handels mit Arzneimitteln bei Inkrafttreten gegenwärtiger Verfügung schon erstattet ist, hat die Ortspolizeibehörde den betreffenden Geschäftsinhaber zur nachträglichen Angabe der Räume, in welchen die Arzneimittel aufbewahrt und feilgehalten werden, zu veranlassen.

Der Oberamtsarzt hat die in dem Oberamtsbezirk befindlichen Geschäfte der in Abs. 1 bezeichneten Art technisch zu überwachen und über dieselben ein Verzeichniss zu führen. Zu diesem Zweck ist ihm durch das Oberamt von den einkommenden Anzeigen jeweils Kenntniss zu geben.

§. 2. Sämmtliche Gelasse, in denen die Arzneimittel aufbewahrt und feilgehalten werden, müssen reinlich gehalten, genügend geräumig, hell, trocken und gut lüftbar sein.

Die Aufbewahrung und Feilhaltung der Arzneimittel in anderen Räumen, als den nach §. 1 der Behörde bezeichneten, ist verboten.

§. 3. Die Arzneimittel sind sowohl in den Verkaufs-, als in den Vorrathsräumen in dichten, festen Behältern mit gutschliessenden Deckeln oder Stöpseln aufzubewahren.

Die Schiebladen, in welchen die Arzneimittel lose liegen, müssen entweder mit dichtschliessenden Staubdeckeln versehen sein oder in vollen Füllungen laufen.

Jeder Behälter darf nur einerlei Waare enthalten. In Fächer getheilte Schiebladen für verschiedene Arzneimittel sind nicht zulässig.

§. 4. Die Behälter, in welchen die einzelnen Arzneimittel aufbewahrt werden, sind derart übersichtlich geordnet und getrennt von den übrigen Waaren aufzustellen, dass jede Verwechselung oder Vermischung der giftigen, stark wirkenden und übrigen sogenannten indifferenten Arzneimittel unter einander oder mit anderen Gegenständen, insbesondere mit Nahrungs- und Genussmitteln, ausgeschlossen ist.

Jeder Behälter ist auf seiner Aussenseite mit einer dem Inhalt entsprechenden deutlichen und dauerhaften Bezeichnung in deutscher Sprache zu versehen. Neben dem deutschen Namen ist die lateinische Bezeichnung in

kleinerer Schrift zulässig. Die Bezeichnung in lateinischer Sprache allein ist nur statthaft bei Mitteln, welche einen deutschen Namen überhaupt nicht haben.

Die Behälter und die Umhüllungen für Thierheilmittel müssen die deutliche und dauerhafte Aufschrift „Nur für Thiere“ tragen.

§. 5. Die Behälter (Gläser, Schachteln, Papierdüten u. s. w.), in welchen die Arzneimittel abgegeben werden, sind mit der entsprechenden Bezeichnung nach Massgabe des §. 4 Abs. 2 u. 3 und mit der Firma des Verkäufers zu versehen.

§. 6. Die zum Abwägen und Abmessen der Arzneimittel oder zu sonstigen Hantirungen mit denselben erforderlichen Geräthschaften (Waagen, Löffel u. s. w.) sind stets reinlich und in guter Beschaffenheit zu erhalten und dürfen nur für diese Zwecke verwendet werden.

Zur Haltung von präzisirten Waagen und Gewichten ist der Geschäftsinhaber nicht verpflichtet.

§. 7. Die Arzneimittel müssen den Anforderungen an handelsgute Waare entsprechen. Sie dürfen nur in brauchbarem, unverdorbenem, unverfälschtem und nicht verunreinigtem Zustande feilgehalten und abgegeben werden.

§. 8. In den Verkaufsräumen ist ein alphabetisches Verzeichniss der feilgehaltenen Arzneimittel aufzulegen.

§. 9. Sofern der Geschäftsinhaber auch mit Giften und giftigen Farben Handel treibt, hat er hierbei die Vorschriften über den Verkehr mit Giften (zu vrgl. Minist.-Verfügung vom 4. Juni 1895, Reg.-Bl. S. 178) genau zu beachten.

§. 10. Die in §. 1 bezeichneten Geschäfte unterliegen unvermutheten Revisionen durch die Oberamtsärzte.

Die Revisionen sind in der Regel jährlich einmal vorzunehmen. Bei Geschäften, welche nur ganz wenige Arzneimittel führen und deren etwaiger Gifthandel gleichfalls nicht von Belang ist, genügt es, wenn die Revisionen etwa alle zwei Jahre vorgenommen werden. Im Falle unzuverlässiger Geschäftsführung können die Fristen entsprechend gekürzt werden.

An Orten ausserhalb des Sitzes des Oberamtsarztes haben die Revisionen, wenn nicht der Umfang des Geschäftsbetriebs einen grösseren Zeitaufwand erfordert, gelegentlich sonstiger dienstlicher Anwesenheit des Oberamtsarztes stattzufinden.

Zu den Revisionen ist in der Regel ein Vertreter der Ortspolizeibehörde beizuziehen.

§. 11. Dem Oberamtsarzt kann erforderlichenfalls zu seiner Unterstützung bei der Vornahme der Revisionen ein pharmazeutischer Sachverständiger durch das Medizinalkollegium beigegeben werden.

Anträge hierauf sind durch das Oberamt und das Oberamtsphysikat bei dem Medizinalkollegium zu stellen.

§. 12. Die in §§. 10 und 11 bezeichneten Revisionen haben sich bei denjenigen Geschäften, welche zugleich Handel mit Gift und giftigen Farben betreiben, auch auf die Beobachtung der Vorschriften über den Verkehr mit Giften zu erstrecken. Eine besondere Visitation des Gifthandels findet in Geschäften dieser Art nicht statt.

§. 13. Die Geschäftsinhaber sind verpflichtet, den mit der Revision beauftragten Personen den Zutritt zu allen Räumen, in welchen Arzneimittel und Giftwaaren aufbewahrt oder feilgehalten werden, zu gestatten.

Der Visitator ist befugt, nach seiner Wahl Proben der Arzneimittel zum Zwecke der Untersuchung gegen Empfangsbescheinigung zu entnehmen. Auf Verlangen ist dem Geschäftsinhaber ein Theil der Probe amtlich verschlossen und versiegelt zurückzulassen. Für die entnommenen Proben ist Entschädigung in Höhe des üblichen Kaufpreises zu leisten.

§. 14. Bei solchen Arzneimitteln, welche in Gläsern, Schachteln, Papierbeuteln u. s. w. abgefasst geführt werden, genügt zum Zweck der Prüfung ihrer Beschaffenheit die Vornahme von Stichproben.

Ergiebt sich hierbei, dass das betreffende Mittel den Vorschriften des §. 7 nicht entspricht, so kann die Untersuchung auf den ganzen Vorrath desselben ausgedehnt werden.

§. 15. Ueber die Revision ist ein Protokoll nach dem vorgeschriebenen, von dem Sekretariat des Medizinalkollegiums zu beziehenden Formular aufzunehmen, welches von dem Oberamtsarzt, dem ihm zu seiner Unterstützung etwa beigegebenen pharmazeutischen Sachverständigen, dem Polizeibeamten und dem Geschäftsinhaber oder seinem Vertreter zu unterzeichnen ist.

Etwaige von dem Geschäftsinhaber oder seinem Vertreter erhobene Einwendungen sind in dem Protokoll zu bemerken.

Das Protokoll ist von dem Oberamtsarzt mit den entsprechenden Anträgen dem Oberamt zur weiteren Verfügung mitzutheilen.

Das Oberamt hat insbesondere auch dafür Sorge zu tragen, dass die Erledigung der vorgefundenen Mängel in geeigneter Weise kontrolirt wird. Nöthigenfalls hat die Nachkontrole durch den Oberamtsarzt stattzufinden.

Ueber die im Laufe des Jahres ausgeführten Revisionen haben die Oberamtsärzte in den Physikatsberichten Mittheilung zu machen.

§. 16. Ergiebt sich bei der Revision oder durch anderweite Feststellungen, dass die Handhabung des Arzneimittelhandels Leben und Gesundheit von Menschen gefährdet, so ist der Handel gemäss §. 35 Abs. 4 der Gew.-Ordn. zu untersagen.

Zur Untersagung des Handels ist nach §. 27 Abs. 1 der Vollzugsverfügung zur Gewerbeordnung vom 9. November 1883 das Oberamt zuständig. Bezüglich des Verfahrens wird auf §§. 6 und 7 der Königlichen Verordnung vom 19. Juni 1873, betreffend das Verfahren in Gewerbesachen (Reg.-Blatt S. 251), und §. 2 der Ministerialverfügung vom 12. Dezember 1896, betreffend den Vollzug der Gewerbeordnung (Reg.-Blatt S. 322) hingewiesen.

§. 17. Den vorstehenden Vorschriften unterliegen auch die sogenannten Schrankdrogisten.

Auf den Grosshandel mit Arzneimitteln findet diese Verfügung keine Anwendung (zu vergl. übrigens §. 35 Abs. 4 und 6 der Gewerberrdnung).

§. 18. Die Verzeichnisse der durch die Revisionen entstandenen Kosten (Diäten und Reisekosten der Oberamtsärzte, Kosten der etwa beigegebenen pharmazeutischen Sachverständigen, Auslagen für die entnommenen Proben von Arzneimitteln etc.) sind durch die Oberämter bei dem Medizinalkollegium einzureichen.

Das Medizinalkollegium hat die Kostenverzeichnisse zu prüfen und solche vierteljährlich mit einer Gesammtübersicht dem Ministerim des Innern zur Zahlungsanweisung vorzulegen.

§. 19. Gegenwärtige Verfügung tritt am 1. Oktober 1900 in Kraft.

Die Bestimmungen in §§. 3 und 4 Abs. 2 und 3 finden auf diejenigen Geschäfte, welche schon vor Inkrafttreten dieser Verfügung bestanden haben, erst vom 1. April 1901 ab Anwendung.

Durch die vorstehende Verfügung wird vom Tage ihres Inkrafttretens (Abs. 1) an der §. 40 der Ministerial-Verfügung vom 1. Juli 1885, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken, sowie die Zubereitung und Feilhaltung der Arzneien (Reg.-Blatt S. 305), ersetzt.

C. Herzogthum Braunschweig.

Verwaltung von Apotheken. Bekanntmachung des Ober-Sanitätskollegiums vom 21. Mai 1900.

Es ist in den letzten Jahren wiederholt vorgekommen, dass Inhaber von Personalkonzessionen an uns das Ersuchen richteten, ihnen die Verwaltung ihrer Apotheken zu gestatten, wobei als Grund für dies Ersuchen Kränklichkeit oder die Beschwerden des Alters angeführt wurden. Wie nun zu unserer Kenntniss gekommen ist, haben sich solche von uns auf Grund §. 75 des Medizinalgesetzes genehmigten Verwaltungen regelmässig zu Pachtverhältnissen zwischen den Inhabern der Konzession und den administrirenden Provisoren umgestaltet, womit gegen §. 72 des Medizinalgesetzes, welcher nur bei realberechtigten Apotheken von einer Verpachtung bezw. Administrirung redet, verstossen und der Charakter der Personalkonzession wesentlich verschoben ist. Wir nehmen daraus Veranlassung, die Herren Apothekenbesitzer darauf aufmerksam zu machen, dass nach §. 75 des Medizinalgesetzes solche Apotheken, die auf Grund einer Personalkonzession betrieben werden, nur unter bestimmten Umständen verwaltet werden können. Wir werden in Zukunft jedes an uns herantretende Gesuch wegen Einsetzung einer Administration sorgfältig daraufhin prüfen, ob die nach §. 75 des Medizinalgesetzes erforderlichen Vorbedingungen für eine solche auch wirklich gegeben sind, und werden gegebenen Falls streng darauf achten, dass zwischen dem Konzessionar und dem administrirenden Provisor kein Pachtverhältniss sich herausbildet.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.-u. Geh. Med.-Rath i. Minden i. W.
J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 18. **15. September.** 1900.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Grundsätze über die Regelung des Milchverkehrs. Runderlass der Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten (M. Nr. 5731), für Landwirthschaft (I. A. Nr. 1281), für Handel (C. Nr. 1769) und des Innern (IIa. Nr. 4289) vom 29. Mai 1900 an sämmtliche Königliche Oberpräsidenten.

Die mittelst gemeinschaftlichen Erlasses vom 27. Mai 1899 — M. d. g. A., M. 5913, M. f. L. D. u. F., I. A. 2298, M. d. I., II. 5828, M. f. H., C. 3996 — mitgetheilten Grundsätze[1]) über die Regelung des Verkehrs mit Milch sind. in einzelnen Punkten von mehreren Seiten missverstanden worden. Man ist von der Annahme ausgegangen, dass jene Grundsätze für die Prüfung der Milch durch Chemiker aufgestellt worden seien. Diese Ansicht ist nicht zutreffend; die Grundsätze sollen lediglich als Richtschnur für die polizeiliche Regelung und Ueberwachung des Verkehrs mit Milch und zwar unter jederzeitiger Berücksichtigung der örtlichen u. s. w. Verhältnisse dienen. Soweit Vorschriften für die Untersuchung der Milch darin enthalten sind, beziehen sie sich ausschliesslich auf solche Untersuchungen, welche erfahrungsgemäss durch polizeiliche Organe ausgeführt werden können. In welchem Umfange die polizeiliche Ueberwachung in den einzelnen Gemeinwesen (Bezirken, Kreisen, Ortschaften) erforderlich und durchführbar ist, findet nach der Beurtheilung und Entscheidung der zuständigen Behörden in den polizeilichen Massregeln Ausdruck.

Bei Beachtung vorstehender Gesichtspunkte ergiebt sich, dass die Grundsätze wissenschaftliche Methoden der Milchuntersuchung, z. B. Feststellung der Trockensubstanz, Feststellung des Fettgehaltes nach Soxhlet u. a., Prüfung der Milchsäuerung durch die Alkoholprobe u. s. w., welche zur Erzielung einwandfreier Ergebnisse nur von Fachchemikern ausgeführt werden können, nicht berühren.

Vorschriften über Bestrafungen von Uebertretungen gehören lediglich in polizeiliche Verordnungen.

Einige Punkte der Grundsätze bedürfen zur Vermeidung von Missverständnissen der Erläuterung.

I. Ziffer 2.

Eine Ausscheidung der Halbmilch aus dem Verkehr lässt sich nur allmählich herbeiführen, da die Bevölkerung an diese Milch gewöhnt ist; dieselbe ist auf besonderen Wunsch einer Anzahl von Milchhändlern grosser Städte vorläufig im Verkehr belassen worden.

Aus diesem Grunde mussten auch die Grenzzahlen für Fettgehalt für die verschiedenen Arten von Milch festgehalten werden.

2, a und c.

Zu einer Aenderung der Grenzen für den Fettgehalt von Voll- und Magermilch liegt nach den bisherigen Erfahrungen kein Grund vor.

Ziffer 4 Absatz 2.

Der letzte Satz: „Während des Ablesens muss die Quecksilberkugel der Milchwaage vollständig unter der Milchoberfläche verbleiben“ bezieht sich selbstverständlich auf das Ablesen der Milchtemperatur von dem an der Mehrzahl der Milcharäometer befindlichen Thermometer. Zur Vermeidung von Missverständnissen ist der erwähnte Satz wie folgt zu fassen:

„Während des Ablesens der Temperatur der Milch von dem an der Milch-

[1]) Siehe Beilage zu Nr. 18, Jahrg. 1899, S. 103.

waage befindlichen Thermometer muss die Quecksilberkugel unter der Milchoberfläche verbleiben."

I. Ziffer 5.

Der Wortlaut: „In allen zweifelhaften Fällen „auch" letzterer Art ist die chemische Untersuchung .... vorzunehmen", ergiebt unzweideutig, dass in allen Fällen zweifelhafter Art auf Antrag des Betroffenen die Untersuchung durch einen Nahrungsmittelchemiker erfolgen muss. Dass auf Verlangen eine amtlich verschlossene Probe in den Händen des Betroffenen bleiben muss, ergiebt sich aus den Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes.

Ziffer 8c.

Die Parenthese ist durch den Zusatz: „und gleich wirkende" zu ergänzen, so dass der Satz c folgende Fassung erhält:

Milch von Kühen, die mit giftigen Arzneimitteln, welche in die Milch übergehen (Arsen ..... und gleichwirkende) behandelt werden.

Kindermilch.

Die thierärztliche Untersuchung solcher Kühe, welche Kindermilch liefern, kann überall eingeführt werden, wo sich ein Bedürfniss dafür zu erkennen giebt, wie aus dem ersten Absatz des sich auf Kindermilch beziehenden Theiles hervorgeht, welcher darauf hinweist, dass Gewinnungs- und Verkaufsstätten für Kindermilch „gesundheitspolizeilich besonders sorgfältig zu überwachen sind."

Absatz 8 in diesem Theile erhält folgende Fassung:

Kindermilch von solchen Kühen darf, unbeschadet der Bestimmungen zu I. Ziffer 8 und 9, nicht als Vorzugsmilch verwerthet werden.

Der Absatz 10 daselbst wird Schlusssatz zum Abschnitt I in folgender Fassung:

Schlusssatz.

Alle Kühe, namentlich aber Thiere zur Gewinnung von Kindermilch, sind sauber zu halten; ihre Euter müssen vor dem Melken sorgfältig gereinigt werden. Die melkenden Personen haben sich grösster Sauberkeit zu befleissigen, also vor dem Melken Hände und Arme mit Seife zu waschen und saubere Schürzen anzulegen. Mit Ausschlägen behaftete oder an ansteckende Krankheiten leidende Personen dürfen nicht melken.

II. Ziffer 4 Absatz 2.

Hölzerne Milchgefässe aus Kiefern- oder anderem Holz, welches durch seine Weichheit der Verschmutzung und damit der Zersetzung und Infizirung der Milch Vorschub leistet, sollen in Zukunft aus dem Verkehr verschwinden. Hölzerne Milchgefässe aus festeren Holzarbeiten (Eichenholz) können auch in Zukunft im Verkehr beibehalten werden, wenn sie eine Form haben, welche eine völlige Säuberung ermöglicht und den Einblick in alle Theile des Innern des Gefässes gestattet.

Absatz 3. Eine Reinigung der Milchgefässe mit Sodalösung kann nicht gestattet werden.

Ziffer 6.

Die Transportgefässe müssen, wie die Standgefässe, mit unabnehmbarer, dem Inhalte entsprechender Schrift versehen sein.

Ausbildung von Wochenbettpflegerinnen. Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 22. Juni — M. Nr. 7909 — an sämmtliche Königliche Oberpräsidenten.

Die anbei zurückfolgenden Berichte der Regierungspräsidenten zu Aachen, Köln, Koblenz, Düsseldorf und Trier, betr. den Antrag des „Aerztlichen Lesevereins" in Aachen: für Wochenbettpflegerinnen eine staatliche Ausbildung, Prüfung und Beaufsichtigung einzuführen, haben mir Anlass gegeben, die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen über diese Frage gutachtlich zu hören und die bezüglichen Verhältnisse auch in einigen anderen Regierungsbezirken zu prüfen.

Hiernach vermag ich ein allgemeines Bedürfniss für die staatliche Ausbildung von Wochenbettpflegerinnen oder sog. Erstwärterinnen, welche an Stelle der dazu berufenen Hebammen bei den von Aerzten übernommenen Geburts-

fällen thätig sein sollen, nicht anzuerkennen. Die nach dem Vorschlage des Aerztlichen Lesevereins zu Aachen ausgebildeten und geprüften Wochenbettpflegerinnen würden voraussichtlich bald nichts anderes als einen zweiten minderwerthigen Hebammenstand darstellen und die Hebammen sowohl in ihrem Ansehen, als in ihren Existenzbedingungen auf das Erheblichste schädigen. Dies widerspricht den gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung. Es muss daran festgehalten werden, dass die Hebamme die geeignete Gehilfin des Arztes bei seiner geburtshilflichen Thätigkeit ist und zwar nicht blos bei den Geburten, wo sein Beistand nothwendig und erfordert wird, sondern auch bei den normal verlaufenden Fällen, in denen der Arzt die Abwartung des gesammten Geburtsverlaufs übernommen hat. Die Hebamme ist vermöge ihrer Vorbildung und praktischen Erfahrung im Stande, falls der Arzt die Kreissende anderer Berufspflichten wegen vorübergehend verlassen muss, gefahrdrohende Ereignisse rechtzeitig zu erkennen und die oft erforderlichen sofortigen Massnahmen anzuordnen. Ihr Ersatz durch die sog. Erstwärterinnen kann als ein vollgültiger nach keiner Richtung gelten und birgt unter Umständen eine Gefährdung der Kreissenden in sich, selbst wenn die Pflegerin nebenbei auch etwas vom Geburtsverlaufe, wie der Entwurf vorschlägt, gelernt haben sollte.

Die Aerzte haben hiernach alle Veranlassung, auf die Zuziehung von Hebammen bei den von ihnen geleiteten Geburten zu dringen und das unberechtigte Vorurtheil gegen die Hebammen in den Kreisen der Bevölkerung, welche nach Angabe des ärztlichen Lesevereins zur Zeit von der Zuziehung der Hebammen neben dem Arzte nichts wissen wollen zu bekämpfen.

Eine Besserung ist in dieser Beziehung neben der Aufklärung des Publikums auch dann zu erhoffen, wenn der ärztliche Leseverein nach dem Vorgange mehrerer ärztlichen Vereine im Regierungsbezirke Düsseldorf seine Mitglieder verpflichten würde, die Leitung von Geburtsfällen ohne Zuziehung einer Hebamme fernerhin nicht mehr zu übernehmen.

Der beklagenswerthen Verdrängung der Hebamme aus den wohlhabenden Familien dürfte alsdann bald ein Ziel gesetzt sein und die Hebamme auch in jenen Kreisen wieder als die sachkundige berufene Helferin angesehen werden, wie sie es sonst überall und anscheinend bisher unbestritten auch dort in der minder wohlhabenden Bevölkerung ist.

Das Bedürfniss der Ausbildung von Pflegerinnen für das Wochenbett ist dagegen nicht zu bestreiten. Dasselbe muss anerkannt werden und wird sich voraussichtlich mit dem steigenden Wohlstande der Bevölkerung in erhöhtem Masse bemerkbar machen. Denn wenn die Pflege der Wöchnerin gewissermassen auch nur einen Zweig der allgemeinen Krankenpflege darstellt, so hat dieselbe doch soviel Eigenartiges, dass eine besondere Ausbildung als erwünscht und zweckmässig erachtet werden muss. Hierzu kommt, dass neben der Pflege vielfach auch die Stellvertretung in der Leitung des Hausstandes erforderlich wird. Hiernach stellt dieses Gebiet der Krankenpflege mit seinen erhöhten Anforderungen ein segensreiches und dankbares Arbeitsfeld namentlich für Frauen aus den gebildeteren Ständen dar. Es wird daher die Aufmerksamkeit der Frauenvereine, der Zweigvereine des Vaterländischen Frauenvereins oder sonstiger Wohlthätigkeitsvereine, welche sich mit der Krankenpflege befassen, auf die planmässige Inangriffnahme der Ausbildung geeigneter Frauen in der Wochenbettspflege zu lenken sein.

Zu solcher Ausbildung genügt nach der Auffassung der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen und nach den anderwärts gewonnenen Erfahrungen die praktische Unterweisung in geburtshülflichen Anstalten oder Wöchnerinnenasylen während 2—3 Monaten, wenn die Auszubildende mit den Grundsätzen der allgemeinen Krankenpflege bereits vertraut ist.

Alle in dieser Richtung sich bewegenden Bestrebungen verdienen von den Behörden unterstützt zu werden. Dies wird in der Weise geschehen können, dass zunächst festgestellt wird, an welchen Anstalten und unter welchen Bedingungen der Unterricht in der Wochenbettspflege ertheilt werden kann. Die in Frage kommenden Vereine in der dortigen Provinz würden alsdann hiervon in geeigneter Weise zu verständigen sein.

Ew. Excellenz darf ich hiernach die geeignete Veranlassung ergebenst anheimstellen.

Tuberkulose-Merkblatt.[1]) Erlass des Ministers des Innern vom 17. August 1900 — IIa 6520 — an sämmtliche Regierungspräsidenten.

Im Kaiserlichen Gesundheitsamt ist unter dem Titel „Tuberkulose-Merkblatt" eine gemeinfassliche Belehrung über das Wesen und die Bekämpfung der Lungenschwindsucht ausgearbeitet worden. Die Tuberkulose ist, wie bekannt, die verbreitetste und verheerendste aller Krankheiten; es giebt kein anderes menschliches Leiden, welches bis in die Neuzeit hinein Familienglück und Volkswohl in gleichem Masse geschädigt hätte. Die neuere ärztliche Wissenschaft hat indessen erkannt, dass die Krankheit, welche sie bisher für unheilbar gehalten hatte, einer Besserung und selbst einer vollständigen Heilung sehr wohl zugängig ist. Nicht minder wichtig war die Erfahrung, dass die Verhütung der Tuberkulose, d. h. der Schutz vor einer Uebertragung des Krankheitskeimes und die Vernichtung des letzteren, durch verhältnissmässig einfache, mehr oder weniger Jedermann zu Gebote stehende Mittel gefördert werden kann. Diese Kenntniss in weiteren Kreisen der Bevölkerung zu verbreiten, ist der Zweck des Merkblattes.

Im Hinblick auf den gemeinnützigen Zweck ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren ergebenst, die Ihnen unterstellten Behörden und Beamten des diesseitigen Ressorts auf das Merkblatt aufmerksam zu machen und ihnen zu empfehlen, sich seine thunlichste Verbreitung angelegen sein zu lassen.

Von dem Verlage von Julius Springer in Berlin N. können 100 Exemplare zum Preise von 3 Mark, 1000 Exemplare zum Preise von 25 Mark bezogen werden.

Begleitpersonal bei Ueberführung weiblicher Kranken in Irren- pp. Anstalten. Runderlass der Minister der u. s. w. Medizinalangelegenheiten und des Innern vom 10. August 1900 — M. d. g. A. Nr. 6465, II. Ag., M. d. I., Nr. IIa, 5723 — an sämmtliche Oberpräsidenten.

Aus Anlass eines Einzelfalles nehmen wir Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass es in der Regel zu vermeiden ist, bei der Ueberführung von weiblichen Kranken in eine Anstalt für Geisteskranke oder Epileptische Personen männlichen Geschlechts zur Begleitung zuzulassen. Soweit es nicht die nächsten männlichen Angehörigen sind, erscheint eine solche Begleitung nur statthaft, wenn bei besonders schwierigen Fällen das Bedürfniss besteht, der weiblichen Begleitung der Kranken noch eine männliche Hülfe zuzuordnen.

Ew. Excellenz ersuchen wir, die Ortsbehörden in geeigneter Weise mit entsprechender Anweisung versehen zu lassen und dafür Sorge zu tragen, dass auch die Vorstände der öffentlichen und privaten Anstalten für Geisteskranke und Epileptische bei der Ueberführung weiblicher Personen nach diesen Grundsätzen verfahren.

Anzeigepflicht bei Lungen- und Kehlkopftuberkulose (Schwindsucht). Polizeiverordnung für die Stadt Trier vom 8. Juni 1900.

§. 1. Jeder in Gasthöfen, Logirhäusern, Herbergen, Schlafstellen, Pensionaten und Internaten, in Waisen-, Armen- und Siechenhäusern, sowie in Krankenanstalten vorkommende Erkrankungsfall von Lungen- oder Kehlkopftuberkulose (Schwindsucht) ist von dem behandelnden Arzte, bezw. von dem Haushaltungs- oder Anstaltsvorstande binnen 24 Stunden nach Feststellung der Krankheit der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

§. 2. In jedem Fall, in welchem ein an vorgeschrittener Lungen- oder Kehlkopftuberkulose (Schwindsucht) Erkrankter in Rücksicht auf seine Wohnungsverhältnisse seine Umgebung hochgradig gefährdet, bezw. aus seiner Wohnung verzieht oder in seiner Wohnung stirbt, ist der behandelnde Arzt bezw. Haushaltungsvorstand verpflichtet, der Ortspolizeibehörde innerhalb 24 Stunden nach Eintritt des Falles Anzeige zu erstatten.

§. 3. Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder verhältnissmässiger Haft bestraft.

§. 4. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

---

[1]) Ein gleicher Erlass ist in fast allen anderen Bundesstaaten ergangen; in Bayern unter dem 19. August d. J.

Desinfektion beim Auftreten ansteckender Krankheiten. Polizei-Verordnung für die Stadt Trier vom 8. Juni 1900.

§. 1. Die Haushaltungs- und Anstaltsvorstände, Haus-, Gast-, Herbergs- und Quartierwirthe und deren Stellvertreter, sowie die behandelnden Aerzte haben dafür Sorge zu tragen, dass bei dem Auftreten ansteckender Krankheiten, welche gemäss des Regulativs vom 8. August 1835 (G.-S. S. 240) oder gemäss besonderer Verordnungen anzeigepflichtig sind, sowohl während des Bestehens der Krankheit, sowie alsbald nach deren Ablauf eine sorgfältige Desinfektion der Ausscheidungen der Kranken, der von ihnen benutzten Sachen, Räume und der in diesen befindlichen Gegenstände, der Genesenen bezw. Verstorbenen, der Pfleger oder anderer mit den Kranken in Verkehr gekommener Personen nach Massgabe der in den „Desinfektions- und Verhaltungsvorschriften bei ansteckenden Krankheiten“ vom 30. Mai dieses Jahres enthaltenen Anweisungen erfolge.

§. 2. a. Die in §. 1 genannten Verpflichteten haben dafür Sorge zu tragen, dass bei Krankheits- und Sterbefällen

A. von 1. Cholera, 2. Pocken, 3. Pest, 4. Fleck- und Rückfalltyphus, 5. bösartigem Scharlach, 6. Diphtherie, 7. Lepra (Aussatz), 8. Kopfgenickkrampf,

B. von 9. Unterleibstyphus, 10. bösartiger Ruhr, 11. bösartigen Masern, 12. Milzbrand, 13. Rotz und Wurm, 14. Wuthkrankheit,

die in §. 7b der Desinfektions- und Verhaltungsvorschriften bezeichnete Schluss- oder Wohnungs-Desinfektion durch die Desinfektoren der städtischen Desinfektionsanstalt ausgeführt werde.

b. Bei den unter B. Ziffer 9 bis 14 genannten Krankheiten kann auf besondere Anordnung der Ortspolizeibehörde von einer Schluss- oder Wohnungsdesinfektion durch die städtischen Desinfektoren abgesehen werden, wenn durch ein der Ortspolizeibehörde (Armen-Deputation) vorzulegendes ärztliches Zeugniss der Nachweis erbracht wird, dass während des Krankheitsverlaufes und unmittelbar nach Beendigung der Krankheit durch Genesung oder Tod, bezw. nach Entfernung des Kranken aus seiner Wohnung, die in den §§. 7 und ff. an a. O. (der gen. Desinfektions- und Verhaltungsvorschriften) vorgeschriebenen Desinfektions-Massregeln sorgfältig durchgeführt wurden und falls der Königliche Kreisphysikus nicht die amtliche Vornahme der Desinfektion (z. B. in Gasthöfen, Logirhäusern, Herbergen, Schlafstellen, Pensionaten und Internaten; Waisen-, Siechen- und Armenhäusern oder bei wiederholten Erkrankungen in demselben Haushalt, Hause oder dergl.) für nothwendig erachtet.

c. Die Vorstände von Kranken-Anstalten können, wenn sie im Besitze eines nach dem Gutachten des Kreisphysikus zweckdienlichen Desinfektions-Apparates sind, bei Krankheits- und Sterbefällen der in Absatz a unter A und B genannten Krankheiten von der Verpflichtung der Ausführung der amtlichen Schlussdesinfektion durch die städtischen Desinfektoren mittelst besonderer ortspolizeilicher Anordnung entbunden werden.

§. 3. Die Herbeiführung der vorstehend in §. 2 unter a und b dieser Verordnung vorgeschriebenen Desinfektionen oder ortspolizeilichen Anordnungen ist seitens der daselbst genannten Pflichtigen innerhalb 24 Stunden nach ärztlich festgestellter Genesung oder nachdem der Kranke oder Verstorbene aus dem Krankenzimmer oder der Wohnung entfernt worden ist, bei der Ortspolizeibehörde (städtischen Armen-Deputation) zu beantragen.

§. 4. Bei Krankheits- oder Sterbefällen an Lungen- oder Kehlkopf-Tuberkulose (Schwindsucht), soweit solche nach den §§. 1 und 2 der Polizei-Verordnung über die Anzeigepflicht bei Lungen- und Kehlkopftuberkulose (Schwindsucht) vom heutigen Tage d. J. für Aerzte, Haushaltungs- und Anstaltsvorstände anzeigepflichtig sind, kann den Verpflichteten die Vornahme der Desinfektion des Krankenzimmers nach §. 17 Nr. 17 der genannten Desinfektions- und Verhaltungs-Vorschriften durch die Ortspolizeibehörde auferlegt werden. In allen den Fällen, in denen der Königliche Kreisphysikus die amtliche Desinfektion für nothwendig erachtet, ist diese auf besondere ortspolizeiliche Anordnung lediglich durch die städtischen Desinfektoren zu bewirken. Die Frist, innerhalb welcher die Desinfektion in jedem Falle auszuführen ist, wird von der Ortspolizeibehörde festgesetzt.

§. 5. Mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder verhältnissmässiger Haft wird bestraft, wer den in §§. 1 bis 4 enthaltenen Vorschriften zuwiderhandelt, wer die Ausführung der in den §§. 2 bis 4 angeordneten Desinfektionen hindert oder

unmöglich macht, sofern nicht durch die Zuwiderhandlung die im §. 327 des R.-Str.-G. vorgesehene höhere Strafe Anwendung findet. Ausserdem kann die Ausführung der angeordneten Desinfektionen auf Kosten der nach §§. 2 und 4 Verpflichteten durch die Ortspolizeibehörde (Armen-Deputation) bewirkt werden.

§. 6. Diese Polizei-Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

B. Königreich Sachsen.

Anmeldepflicht der an staatlichen Anstalten angestellten Aerzte gegenüber dem Bezirksarzt. Welche Aerzte sind als beamtete Aerzte bei Ausstellung von Zeugnissen anzusehen? Verordnung des Ministers des Innern vom 28. November 1899.

Der Kreishauptmannschaft L. wird auf den Beschluss vom 9. November d. J., eine Anfrage des Bezirksarztes Dr. B. in D. betr., eröffnet, dass die an staatlichen Anstalten angestellten Aerzte der Anzeigepflicht nach der Verordnung vom 21. Oktober 1869 und bezw. 14. September 1899 nur insoweit unterworfen sind, als sie Privatpraxis in irgend welcher Form betreiben. Beschränkt sich ihre Thätigkeit lediglich auf ihr Amt, so sind sie nicht verpflichtet, ihre Niederlassung bezw. den Wechsel ihres Wohnortes dem Bezirksarzte zu melden; solchenfalls wird der letztere das Erforderliche aus der amtlichen Bekanntgabe der Anstellungen und Versetzungen im „Dresdner Journal" und in der „Leipziger Zeitung" ersehen können. Die von dem Bezirksarzte Dr. B. weiter gestellte Frage, welche Aerzte als beamtete Aerzte bei Ausstellung von Zeugnissen anzusehen seien, eignet sich in dieser Allgemeinheit nicht zur Beantwortung durch das Ministerium des Innern; dem Bezirksarzt Dr. B. ist vielmehr zu überlassen, sofern ihm Zweifel in einzelnen Fällen hierüber beigehen, die Entschliessung der zuständigen Behörden hierüber zu beantragen.

Errichtung einer fünften Hauptmannschaft in Chemnitz. Verordnung vom 10. Juli 1900.

§. 1. Mit dem 1. Oktober 1900 wird eine fünfte Kreishauptmannschaft mit dem Sitze in Chemnitz errichtet. Ihr werden von dem jetzigen Regierungsbezirke Zwickau die Bezirke der Amtshauptmannschaften Annaberg, Chemnitz, Flöha, Glauchau und Marienberg, sowie der Stadtbezirk Chemnitz zugetheilt.

§. 6. Im Einzelnen wird noch Folgendes bestimmt:

2. Zu den §§. 2 flg. und 23 flg. der Ausführungsverordnung zu dem Gesetze über die ärztlichen Bezirksvereine vom 23. März 1896:

Die ärztlichen Bezirksvereine in jedem der neuen Regierungsbezirke Zwickau und Chemnitz werden vom 1. Oktober 1900 ab zu je einem ärztlichen Kreisvereine vereinigt. Ebenso wird vom 1. Oktober 1900 ab für jeden der genannten Regierungsbezirke ein besonderer pharmazeutischer Kreisverein gebildet. Von diesem Zeitpunkte ab stellen der bisherige ärztliche und der bisherige pharmazeutische Kreisverein im dermaligen Regierungsbezirke Zwickau ihre Thätigkeit ein.

3. Zu §. 3 der Verordnung über Errichtung eines Landes-Medizinal-Kollegiums vom 12. April 1865 und §§. 8 und 26 der Ausführungsverordnung zu dem Gesetze über die ärztlichen Bezirksvereine vom 23. März 1896:

Die aus dem bisherigen Regierungsbezirke Zwickau gewählten ausserordentlichen ärztlichen und pharmazeutischen Mitglieder des Landes-Medizinal-Kollegiums und deren Stellvertreter haben noch bis Ende des Jahres 1900 in ihren bezüglichen Aemtern zu verbleiben. Vom 1. Januar 1901 ab wird die Zahl der ausserordentlichen Mitglieder des Landes-Medizinalkollegiums aus dem Stande der Aerzte auf 11 erhöht.

Als ausserordentliche Mitglieder des Landes-Medizinalkollegiums sind aus jedem der neuen Regierungsbezirke Zwickau und Chemnitz künftig zu wählen: aus dem Stande der Aerzte: je 2 Mitglieder und 2 Stellvertreter, aus dem Stande der Apotheker: je 1 Mitglied und 1 Stellvertreter.

Die Wahl erfolgt, wie bisher, jedes Mal auf 5 Jahre; doch wird für die erstmalig gewählten ausserordentlichen Mitglieder der Zeitpunkt des Ausscheidens vom Ministerium des Innern besonders bestimmt werden.

5. Zur Verordnung über die Prüfung der Apothekergehülfen vom 18. Februar 1876:

Prüfungsbehörden für die Prüfung der Apothekergehülfen bestehen vom 1. Oktober 1900 ab in Bautzen, Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau.

Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind bei der betreffenden Kreishauptmannschaft anzubringen.

6. Zur Verordnung, die künftigen Medizinalbezirke und die beiden Apothekenrevisionsbezirke betreffend, vom 18. September 1874:

Die der neuen Kreishauptmannschaft Chemnitz zugewiesenen Verwaltungs- und Medizinalbezirke verbleiben bis auf Weiteres bei dem 2. Apothekenrevisionsbezirke.

C. Königreich Württemberg.

Die Vornahme medizinalpolizeilicher Visitationen bei den Gelehrten- und Realschulen. Erlass des Ministeriums des Innern vom 21. April 1900 an das Medizinalkollegium, die Kreisregierungen, Oberämter und Oberamtsphysikate.

In Abänderung des Medizinalerlasses vom 7. Februar 1876, betreffend die Vornahme medizinalpolizeilicher Visitationen bei den der Oberstudienbehörde unmittelbar unterstellten Gelehrten- und Realschulen, wird hierdurch im Einverständniss mit dem Ministerium des Kirchen- und Schulwesens angeordnet, dass die Oberamtsärzte die Visitationen der oben bezeichneten Anstalten künftighin aus eigener Initiative in Verbindung mit den Gemeindemedizinalvisitationen vorzunehmen haben. Der Zeitpunkt der Vornahme der Visitationen ist jeweils von den Oberamtsärzten den Schulvorständen behufs Einleitung des Weiteren rechtzeitig mitzutheilen.

Für die Visitation der im Stadtdirektionsbezirk Stuttgart befindlichen Anstalten — zu vergleichen §. 3 des Ministerialerlasses vom 13. September 1889, betreffend die ärztlichen periodischen Visitationen innerhalb des Stadtdirektionsbezirks Stuttgart, in Absicht auf öffentliche Gesundheitspflege — werden 6jährige Perioden festgesetzt.

Vollzug des Reichsgesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900. Verfügung des Ministeriums des Innern vom 18. Juli 1900.

Zu §§. 1, 3 und 4 des Gesetzes.

§. 1. Die in §. 1 des Gesetzes vorgeschriebenen Anzeigen sind an die Ortspolizeibehörde zu erstatten. Beim Wechsel des Aufenthaltsortes eines Erkrankten hat die Ortspolizeibehörde des bisherigen derjenigen des neuen Aufenthaltsortes Mittheilung zu machen.

Bei Krankheits- und Todesfällen, welche auf Schiffen oder Flössen vorkommen (§. 3 Abs. 2 des Gesetzes), hat bis auf Weiteres die Anzeige an die Ortspolizeibehörde des nächsten Landungsplatzes zu erfolgen.

Für die von der Ortspolizeibehörde auf Verlangen unentgeltlich zu verabfolgenden Meldekarten für schriftliche Anzeigen (§. 4 des Gesetzes) wird ein Formular vorgeschrieben werden.

Zu §. 6 des Gesetzes.

§. 2. Sobald die Ortspolizeibehörde durch die Anzeige oder auf anderem Wege von dem Ausbruch oder dem Verdachte des Auftretens einer der in §. 1 Abs. 1 des Gesetzes genannten Krankheiten Kenntniss erhält, hat dieselbe den Oberamtsarzt und gleichzeitig auch das Oberamt auf kürzestem Wege (telegraphisch, telephonisch oder durch Expressboten) zu benachrichtigen.

§. 3. Auf die Benachrichtigung seitens der Ortspolizeibehörde (§. 2) und in Nothfällen auch ohne eine solche abzuwarten, hat sich der Oberamtsarzt unverzüglich an Ort und Stelle zu begeben, um die erforderlichen Ermittelungen über die Art, den Stand und die Ursache der Krankheit vorzunehmen.

Die Ermittelungen sind dem Oberamt alsbald mit einer Erklärung darüber, ob der Ausbruch der Krankheit festgestellt, oder der Verdacht des Ausbruchs begründet ist, sowie mit einer Aeusserung über die zu ergreifenden Schutzmassregeln mitzutheilen.

Ist nach dem Gutachten des Oberamtsarztes der Ausbruch der Krankheit

festgestellt oder der Verdacht des Ausbruchs begründet, so ist hiervon das Medizinalkollegium durch das Oberamt sofort telegraphisch zu benachrichtigen (zu vergl. auch §. 12). Ausserdem ist in allen Fällen, auch wenn der Verdacht des Ausbruchs der Krankheit sich nicht bestätigt hat, über das Ergebniss der Ermittelungen und die getroffenen Anordnungen dem Medizinalkollegium durch das Oberamt und den Oberamtsarzt mit thunlichster Beschleunigung ein gemeinschaftlicher Bericht zu erstatten.

§. 4. Ueber die angemeldeten Krankheits- und Todesfälle hat die Ortspolizeibehörde ein fortlaufendes Verzeichniss zu führen.

Nach der ersten Feststellung der Krankheit sind die weiter angemeldeten Krankheits- und Todesfälle täglich zur Kenntniss des Oberamts und des Oberamtsarztes zu bringen.

§. 5. Die in §. 6 Abs. 3 des Gesetzes der höheren Verwaltungsbehörde vorbehaltene Anordnung von Ermittelungen über jeden einzelnen Krankheits- oder Todesfall steht bis auf Weiteres dem Medizinalkollegium zu.

„Unter-Verwaltungsbehörde" im Sinne des §. 6 Abs. 3 zweiter Satz des Gesetzes ist das Oberamt.

Zu §. 7 des Gesetzes.

§. 6. Für die polizeiliche Anordnung der Oeffnung einer Leiche ist das Oberamt und in dringenden Fällen die Ortspolizeibehörde zuständig.

Zu §. 8 des Gesetzes.

§. 7. Zur Anordnung der Schutzmassregeln ist, soweit nicht andere Bestimmungen getroffen sind, das Oberamt zuständig.

In dringenden Fällen können die zunächst erforderlichen Schutzmassregeln auch durch die Ortspolizeibehörde in vorsorglicher Weise getroffen werden. Die diesbezüglichen Anordnungen der Ortspolizeibehörde bleiben insolange in Kraft, bis von dem Oberamt anderweite Verfügung getroffen wird.

Zu §. 9 des Gesetzes.

§. 8. Die von dem Oberamtsarzt der Polizeibehörde zu machende schriftliche Mittheilung von den vorläufig getroffenen Massnahmen hat an das Oberamt und die Ortspolizeibehörde zu erfolgen.

Zu §§. 11—22 des Gesetzes.

§. 9. Insolange die in §. 22 des Gesetzes dem Bundesrath vorbehaltenen Ausführungsvorschriften zu den §§. 12—21 des Gesetzes nicht ergangen sind, haben die Polizeibehörden im Falle des Ausbruchs der Pocken und der Cholera bei den auf Grund des Gesetzes zu treffenden Massnahmen die näheren Bestimmungen der Ministerialverfügung vom 28. April 1888, betreffend die polizeilichen Massregeln beim Ausbruch der Menschenpocken (Reg.-Blatt S. 227), bezw. der Ministerialverfügung vom 1. August 1893, betreffend Massregeln wider die Cholera (Reg.-Blatt S. 245), zu beachten, soweit diese Bestimmungen sich innerhalb der vom Reichsgesetz gezogenen Grenzen halten.

§. 10. Die in §§. 13 und 15 des Gesetzes vorgesehenen Anordnungen bleiben zunächst dem Ministerium des Innern vorbehalten.

In dringenden Fällen kann auch durch das Oberamt die Abhaltung von Märkten, Messen und anderen Veranstaltungen, welche eine Ansammlung grösserer Menschenmengen mit sich bringen, verboten oder beschränkt werden (§. 15 Ziff. 3 des Gesetzes). Von einer derartigen Anordnung ist dem Ministerium des Innern Anzeige zu erstatten.

Zu §. 36 des Gesetzes.

§. 41. Der für den Oberamtsbezirk zuständige beamtete Arzt ist der Oberamtsarzt, für den Stadtdirektionsbezirk Stuttgart der Stadtdirektionsarzt bezw. der etwa aufgestellte Stellvertreter.

Die Zuziehung eines anderen Arztes in den Fällen des §. 36 Abs. 2 des Gesetzes steht dem Oberamt bezw. der Stadtdirektion zu.

Zu §. 42 des Gesetzes.

§. 12. Die Benachrichtigung des Kaiserlichen Gesundheitsamts von der Feststellung des Ausbruchs einer gemeingefährlichen Krankheit in einer Ortschaft hat durch das Oberamt auf telegraphischem Wege zu erfolgen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath i. Minden i. W.
J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 19. **1. Oktober.** 1900.

Rechtsprechung.

Polizeiliches Einschreiten aus sanitären Gründen gegen privilegirte Abdeckereien. Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts (III. Senats) vom 10. Januar 1900. (III. 1895).

Der Kläger betreibt zu J. die Abdeckerei und kocht dabei in einem Kessel, dessen Dunstrohr unmittelbar in's Freie führt, Fett und Knochen von Thieren zu den verschiedensten Tageszeiten aus. In Folge vielfacher Klagen und Beschwerden erliess die beklagte Polizeiverwaltung an ihn unter dem 3. Januar 1898 folgende Verfügung:

> „Sie werden hierdurch aufgefordert, das Auskochen des Fettes und der Knochen gefallener, oder wegen Krankheit getödteter Thiere auf ihrem Abdeckereigrundstücke von jetzt ab zu unterlassen, widrigenfalls gegen Sie auf Grund des §. 132 Nr. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 eine Geldstrafe von dreissig Mark, an deren Stelle für den Fall des Unvermögens eine Haftstrafe von vier Tagen tritt, festgesetzt werden wird."

Die hiergegen angestellte Klage wies der Kreisausschuss zurück, auf die Berufung des Klägers bestätigte der Bezirksausschuss diese Entscheidung.

Der Kläger hat noch die Revision eingelegt. Das Rechtsmittel ist jedoch nicht begründet.

Nach der ganzen Sachlage kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die angefochtene Verfügung lediglich deshalb erlassen worden ist, weil sich bei dem Auskochen des Fettes und der Knochen auf dem Grundstücke des Klägers Gerüche verbreiteten, durch die die Gesundheit der Bewohner der umliegenden Häuser gefährdet und die Leichtigkeit des Verkehrs auf der bei dem Abdeckereigrundstücke befindlichen öffentlichen Strasse beeinträchtigt werde. Ungeachtet ihres allgemeinen Wortlauts ist sie daher dahin zu verstehen, dass dem Kläger nur ein solches Auskochen verboten worden ist, welches die Gesundheit von Menschen gefährdet und den öffentlichen Verkehr beeinträchtigt. Dazu, dem Kläger bestimmte Einrichtungen vorzuschreiben, oder auch blos anzugeben, welche geeignet seien, diese polizeiwidrigen Wirkungen des Auskochens, deren thatsächliches Vorhandensein vom Vorderrichter festgestellt worden ist, auch gar nicht zweifelhaft sein kann, zu beseitigen, war die Beklagte nicht verpflichtet (von Brauchitsch, Verwaltungsgesetze Bd. I, 13./15. Aufl., S. 149, Anm. 238). Ist der Kläger im Stande, derartige Einrichtungen zu treffen [Benutzung des nach den Vorgängen in dem Gutachten des Gewerbeinspektors vom 25. Januar 1897 beschriebenen Kafillapparates, Anbringung von Hauben und Abzugsrohren, welche die Dämpfe in die Feuerung leiten, an dem Kochkessel, wie sie in der technischen Anleitung zur Wahrnehmung der den Kreis- (Stadt-) Ausschüssen (Magistraten) hinsichtlich der Genehmigung gewerblicher Anlagen übertragenen Zuständigkeiten vom 15. Mai 1895 (M.-Bl. d. i. V. S. 196) für die Konzessionirung von Abdeckereien angeordnet ist, oder dergleichen] und dadurch den Grund des erlassenen Verbotes zu heben, so ist diesem genügt; die angedrohte Strafe darf dann nicht gegen ihn festgesetzt werden, und er ist befugt, die Zurücknahme der Verfügung wegen veränderter Verhältnisse zu betreiben. Will er dagegen das Auskochen nicht in anderer Weise als bisher vornehmen, oder kann er es nicht, ohne die Gesundheit von Menschen zu gefährden oder den öffentlichen Verkehr zu beeinträchtigen, ausführen, so muss er es unterlassen, wenn das Verbot sonst gerechtfertigt ist. Dies ist aber der

Fall; denn das Privilegium, auf welches sich der Kläger berufen hat, vermag ihn nicht vor dem in der Verfügung vom 3. Januar 1898 zum Ausdrucke gelangten polizeilichen Einschreiten zu schützen.

Verbot des Feilhaltens von Druckschriften („Die Grundursache der meisten chronischen Krankheiten, besonders der beständigen Leiden des weiblichen Geschlechts") im Umherziehen. Urtheil des Königl. Preuss. Oberverwaltungsgerichts vom 25. April 1900.

. . . . Wenn durch die im §. 56 Abs. 3 der Gewerbeordnung enthaltene Vorschrift Druckschriften vom Feilbieten im Umherziehen ausgeschlossen werden, „insofern sie in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniss zu geben geeignet sind", so ist die hiermit gegebene Begriffsbestimmung offenbar eine weitgehende. Ihre hier wesentlichste Ausdehnung erhält die Bestimmung dadurch, dass es nach den Worten „Aergerniss zu geben geeignet sind" nicht sowohl auf den Inhalt der Druckschrift an sich, als vielmehr auf eine bestimmte Wirkung ankommt, welche die Druckschrift bei Gelegenheit und in Folge ihrer Verbreitung durch das Wandergewerbe auf Käufer oder Nichtkäufer auszuüben geeignet ist.

Wegen der besonderen Art dieser Verbreitung wird die bezeichnete Wirkung durch an sich anerkennenswerthe Eigenschaften einer Druckschrift, wie wissenschaftliche Richtung, Reinheit und Gesetzmässigkeit der Absicht des Verfassers, nicht ausgeschlossen. Es fragt sich nur, ob die Druckschrift, wenn sie im Umherziehen feilgeboten wird, nach vernünftigem Ermessen im Stande ist, ein berechtigtes sittliches oder religiöses Gefühl zu verletzen und dadurch Aergerniss zu geben.

Diese Frage ist hinsichtlich der hier in Rede stehenden Druckschrift, deren Werth und Bedeutung im Uebrigen ganz dahingestellt bleiben können, unbedenklich zu bejahen. Es genügen dazu die Thatsachen, dass die Schrift ausschliesslich von dem Geschlechtsleben des Menschen handelt, dass sie die Absicht verfolgt, die Zeiten, in welchen die Beischlafsvollziehung naturgemäss und daher allein zulässig sei, einschränkend zu bestimmen (Blatt 11 bis zum Schlusse), und dass sie diesen Zweck durch lebhaft gefärbte Schilderungen des für zulässig erachteten sowie des angeblich naturwidrigen Beischlafs und deren Folgen zu erreichen sucht (Blatt 13, 14, 15, 16, 17 bis zum Schlusse).

Ueber die Zulässigkeit des Feilbietens einer solchen Druckschrift in einer Buchhandlung für die ärztll che Fachwissenschaft oder in einem sonstigen stehenden Gewerbebetriebe ist vorliegend nicht zu entscheiden. Wichtig ist hier, dass der im Umherziehen stattfindende Gewerbetrieb sich seiner Natur nach an die breitesten Schichten der Bevölkerung wendet. Sein Publikum setzt sich zu einem erheblichen Theile aus Personen zusammen, welche durch den Mangel an Zeit und Gelegenheit, an Geldmitteln und an Erfahrung sich abhalten lassen, die Stätten des stehenden Gewerbebetriebes aufzusuchen. Unter diesen Personen befinden sich naturgemäss viele, welche aus Mangel an geistiger Reife garnicht im Stande sind, an einer Druckschrift wie der hier vorliegenden ein berechtigtes, namentlich ein wissenschaftliches Interesse zu nehmen, und welche aller Voraussicht nach von dem Inhalte der Schrift, wenn er ihnen nicht durch den Betrieb des Wandergewerbes zugänglich gemacht worden wäre, keine Kenntniss erlangt haben würden. Es bedarf aber keines Beweises dafür, dass die den wesentlichen Inhalt der hier fraglichen Druckschrift ausmachenden Erörterungen über die Beischlafsvollziehung und deren Folgen, bei dem Fortfalle eines berechtigten Interesses, die nach den Grundsätzen der Sittlichkeit als Gebot anerkannte Schamhaftigkeit verletzen. Danach ist die Schrift durchaus geeignet, sowohl den Leser, dem das berechtigte Interesse an seinem Inhalte abgeht, als auch andere Personen, die an dem Lesen der Schrift durch derartig Unberufene ihrerseits Anstoss nehmen, in ihrem sittlichen Gefühl zu verletzen und dadurch Aergerniss zu geben. Dass die gleichen Ursachen des Aergernisses möchlicher Weise auch ohne die Vermittelung des Wandergewerbes gegeben sein können, ist für die Beurtheilung unerheblich. Denn die Absicht des Gesetzgebers ist erkennbar darauf gerichtet, durch den Ausschluss solcher Druckschriften, welche das Aergerniss zu geben geeignet sind, vom Feilbieten im Umherziehen, wenngleich nur eine, so doch eine besonders wirksame Veranlassung zu der Herbeiführung des Aergernisses zu beseitigen.

Für die von der Klägerin schliesslich noch verlangte Berücksichtigung ihrer persönlichen Vertrauenswürdigkeit bieten die über den Gewerbebetrieb im Umherziehen geltenden Bestimmungen keinen Raum.

Gesundheitsgefährliches Geräusch beim Auf- und Abladen sowie Bearbeiten von Eisenwaaren. Urtheil des Königl. Preuss. Oberverwaltungsgerichts vom 9. Mai 1900.

. . . . Nach dem Ergebniss der Beweisaufnahme konnte jedoch auch unter Berücksichtigung, dass Langenschwalbach als Badeort von Kranken besucht wird, nicht anerkannt werden, dass das von dem Gewerbebetrieb des Klägers ausgehende Geräusch Leben und Gesundheit der Anwohner gefährdet.

Die Zeugen W., B., M., Wo. und Ma., die sämmtlich Kurgäste wohnen haben und von denen die beiden Erstgenannten für die Aufnahme von Kurgästen bestimmte Hôtels besitzen, stimmen darin überein, dass sie und ihre Familien die von dem Betriebe des Klägers ausgehenden Geräusche nicht als Belästigungen — abgesehen von gelegentlicher unvorsichtiger Haltung der Arbeiter, wie Wo. bemerkt — empfunden, und dass auch ihre Kurgäste keine Klagen verlautbart haben. Die Wohngebäude der Zeugen liegen demjenigen des Klägers gerade oder schräge gegenüber und nur dasjenige von B. ist von ihm etwa 100 m entfernt. Dr. P. bestätigt dies für das Jahr 1898, obschon er damals unmittelbar neben dem Kläger gewohnt hat. Schwester C. hat dagegen, wenn sie an dem Wohngebäude des Klägers vorüberging und gerade Schienen ab- und aufgeladen wurden, das Geräusch auf der Strasse als lästig empfunden, das jedenfalls die in der Nähe wohnenden Personen stören müsste, kann aber, weil sie hierauf nicht geachtet habe, nicht sagen, wie oft und in welcher Weise sie früher während ihres Aufenthaltes im Innern des Schwesternhauses, das von dem Haus des Klägers nur durch ein Haus getrennt ist, durch das Geräusch belästigt worden sei. Auch Kreisphysikus Dr. O. bekundet, dass das durch das Abladen und Durchschlagen der Schienen entstehende Geräusch ein schauderhaftes sei, und dass verschiedene Damen es ihm als ein unerträgliches bezeichnet hätten.

Danach spricht dagegen, dass es sich in der That hier um Leben und Gesundheit gefährdende Geräusche handelt, sehr wesentlich, dass eine Anzahl Nachbarn des Klägers im Innern ihrer Räume die Geräusche nicht einmal als belästigend empfunden haben, und dasselbe muss von ihren Kurgästen vorausgesetzt werden, da sie anderenfalls doch wohl mit Klagen über das Geräusch nicht zurückgehalten haben würden. Sehr bemerkenswerth ist auch, dass die Schwester C. offenbar nicht unter dem Eindruck gestanden hat, es habe sich das Geräusch im Innern des Schwesternhauses als erheblich belästigend oder gar Leben und Gesundheit gefährdend geltend gemacht, da sie andernfalls doch wohl hierüber etwas in Erinnerung behalten hätte. Demgegenüber kann das Gegentheil nicht schon auf Grund der Mittheilungen einiger Damen an den Kreisphysikus festgestellt werden. Es ist auch augenscheinlich, dass das von dem Kreisphysikus ebenfalls beanstandete Auf- und Abladen ohne Erzeugung irgend bedenklicher Geräusche vor sich gehen kann, wenn nämlich die eisernen Schienen etc. auf den Wagen und die Abladestelle nicht geworfen, sondern mit einer gewissen Behutsamkeit gelegt werden. Hierauf zu halten, ist der Kläger verpflichtet, und dass dies bisher unbeachtet geblieben ist, dafür liegt nicht ein Mehreres vor, als dass die Arbeiter gelegentlich einmal, vermuthlich versehentlich, Schienen haben fallen lassen. Die aus der Zufahrt beladener Wagen entstehenden Geräusche können ebenfalls über dasjenige Mass von Geräusch nicht hinausgehen, was von den Anwohnern an verkehrsreichen Strassen, wenn dass wirthschaftliche Leben nicht gestört werden soll, vertragen werden muss und, abgesehen vielleicht von besonders krankhaft angelegten Personen, denen die Wahl eines anderen von der Strasse mehr abgelegenen Aufenthaltsortes anheimgestellt bleibt, auch ohne Nachtheil für Leben und Gesundheit ertragen werden kann. Bedenklicher sind zweifellos die aus der Zurichtung von Schienen und eisernen Trägern entstehenden Geräusche; ausser Betracht kann aber für die Würdigung der Wirkung solcher Geräusche nicht bleiben, dass im Betriebe des Klägers eine derartige Thätigkeit nicht stetig vor sich geht, sondern nur gelegentlich einmal, wenn dies zur Befriedigung des Bedürfnisses eines Kunden nothwendig wird. Mit Rücksicht auf die Wahrnehmungen der Nachbarn des Klägers kann

jedenfalls zur Zeit nicht für dargethan erachtet werden, dass die Handhabung des Geschäftsbetriebes, auch was die Zurichtung von Schienen u. s. w. anbetrifft, Leben und Gesundheit zu gefährden geeignet ist.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

Beschränkungen der Ein- und Durchfuhr aus Glasgow. Bekanntmachung vom 14. September 1900.

Auf Grund des §. 25 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 306) und der Bekanntmachung, betreffend die Ein- und Durchfuhrbeschränkungen zur Abwehr von Cholera- und Pestgefahr, vom 4. Juli 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 555) werden hiermit nachstehende Vorschriften vom Tage ihrer Verkündung ab in Vollzug gesetzt:

1. Die Ein- und Durchfuhr von Leibwäsche, alten und getragenen Kleidungsstücken, gebrauchtem Bettzeuge, Hadern und Lumpen jeder Art aus Glasgow ist verboten.

2. Auf Leibwäsche, Bettzeug und Kleidungsstücke, welche Reisende zu ihrem Gebrauche mit sich führen, oder welche als Umzugsgut eingeführt werden, findet das Verbot unter Nr. 1 keine Anwendung. Jedoch kann die Gestattung ihrer Einfuhr von einer vorherigen Desinfektion abhängig gemacht werden.

3. Der Reichskanzler ist ermächtigt, Ausnahmen von dem Verbot unter Anordnung der erforderlichen Vorsichtsmassnahmen zuzulassen.

B. Königreich Preussen.

Anlage, Bau und Einrichtung von öffentlichen und Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irren-Anstalten. Erlass der Minister der öffentlichen Arbeiten, für Handel und Gewerbe, der u. s. w. Medizinalangelegenheiten und des Innern — M. d. ö. A. III. Nr. 12243, M. f. H. u. G. B. Nr. 5403, M. d. g. A. M. Nr. 6322, M. d. I. IIa Nr. 5979 — vom 26. Juli 1900 an sämmtliche Herren Oberpräsidenten, ausschliessl. der Oberpräsidenten zu Danzig und Breslau.

Nachdem seitens der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen über die, bezüglich der Anlage, des Baues und der Einrichtung von öffentlichen und Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irren-Anstalten zu stellenden Anforderungen bestimmte Grundsätze aufgestellt waren, sind für die Provinzen des Staates und für den Stadtbezirk Berlin, jedoch ausschliesslich der Provinzen Westpreussen und Schlesien, unter Zustimmung der Provinzialräthe Polizeiverordnungen über Anlage, Bau und Einrichtung von öffentlichen und Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irren-Anstalten nach dem, durch unseren gemeinschaftlichen Erlass vom 19. August 1895 mitgetheilten Muster erlassen worden. Das Ober-Verwaltungsgericht hat in der Entscheidung vom 27. Mai 1899[1]) die für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin erlassene

---

[1]) In dem betreffenden Urtheil des Oberverwaltungsgerichts vom 27. Mai 1899 heisst es:

Wie die sachliche Uebereinstimmung mit dem Inhalte des Entwurfs zu einer Polizeiverordnung, der durch den Ministerialerlass an sämmtliche Oberpräsidenten und an den Regierungspräsidenten zu Sigmaringen, betr. die Anlage, den Bau und die Einrichtung der öffentlichen und Privatkrankenanstalten, vom 19. August 1895 mitgetheilt worden ist, klar zeigt, verfolgt die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten für die Provinz Brandenburg vom 8. Juli 1898, deren §. 28 Abs. 1 demnächst durch die Polizeiverordnung vom 16. Dezember 1898 (Amtsbl. S. 527) eine andere Fassung erhalten hat, für diejenigen Anstalten, die nach dem §. 30 der Reichsgewerbeordnung konzessionspflichtig sind, denselben Zweck, welchen der Erlass hat, nämlich den §. 115 Abs. 3 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 zur Ausführung zu bringen. Nachdem im §. 115 zunächst angeordnet ist, dass über Anträge auf Ertheilung a. der Konzession zu Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten (§. 30 Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung) der Bezirksausschuss beschliesst und gegen den die Konzession (Erlaubniss) verfolgenden Beschluss innerhalb zwei

Polizeiverordnung vom 8. Juli 1898 für rechtsungültig erklärt mit der Begründung, dass allgemeine Anordnungen im Sinne des §. 115 Abs. 3 des Zuständigkeitsgesetzes, durch welche die Konzessionsbehörden für die von ihnen zu treffende Entscheidung gebunden werden sollen, nicht im Wege einer Poli-

---

Wochen der Antrag auf mündliche Verhandlung im Verwaltungsstreitverfahren stattfindet, schreibt der Abs. 3 vor:

„Für die im Verwaltungsstreitverfahren in den Fällen zu a zu treffenden Entscheidungen sind die von den Medizinalaufsichtsbehörden innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen allgemeinen Anordnungen über die gesundheitspolizeilichen Anforderungen, welche an die baulichen und sonstigen technischen Einrichtungen der unter a bezeichneten Anstalten zu stellen sind, massgebend."

Diese allgemeinen Anordnungen sind also bestimmt, die konzessionirende Behörde zu binden. Daraus folgt, dass sie nicht in der Form einer Polizeiverordnung ergehen können. Denn, wie das Oberverwaltungsgericht schon in dem Urtheile vom 19. Januar 1898 dargelegt hat, ist eine Polizeiverordnung ausgeschlossen, wenn gegenüber den Unterthanen weder ein Gebot oder ein Verbot noch eine Strafdrohung zum Ausdruck gebracht, vielmehr blos eine andere Behörde bindende Normen getroffen werden sollen, und es ist deshalb damals eine Polizeiverordnung, welche gleichfalls erlassen war, um das Ermessen einer konzessionirenden Behörde, des zur Ertheilung der Erlaubniss zum Betriebe der Gast- oder Schankwirthschaft in B. berufenen Stadt- und Bezirksausschusses daselbst, auszuschliessen, für rechtsungültig erklärt worden. Ebenso bestehen die Polizeiverordnungen vom 8. Juli und 16. Dezbr. 1898 als solche nicht zu Recht.

Dies hindert jedoch nicht, dass sie als allgemeine Anordnungen im Sinne des §. 115 Abs. 3 des Zuständigkeitsgesetzes Wirksamkeit haben. Denn für solche Anordnungen ist eine besondere Form nicht vorgeschrieben, und die Mitwirkung des Provinzialraths, die bei den beiden Polizeiverordnungen stattgefunden hat, hat nicht zur Folge, dass sie nicht mehr als eigene Anordnungen des Oberpräsidenten angesehen werden könnten. Es muss ihnen aber aus einem anderen Grunde die Gültigkeit als allgemeine Anordnungen abgesprochen werden.

Der §. 28 in seiner früheren und jetzigen Fassung lässt zahlreiche Ausnahmen von den vorher gestellten Anforderungen zu und überträgt die Ertheilung des Dispenses theils dem Regierungspräsidenten, theils dem Polizeipräsidenten in B., theils dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten im Einverständnisse mit dem Minister des Innern. Durch diese Uebertragung der im Einzelfalle zu treffenden Entscheidung von dem Bezirksausschuss auf andere Behörden ist die den Medizinalaufsichtsbehörden in dem §. 115 Abs. 3 des Zuständigkeitsgesetzes verliehene Befugniss überschritten. Die allgemeinen Anordnungen nach dem Abs. 3 des §. 115 können nur entweder ausnahmslose Vorschriften treffen, oder, falls sie Ausnahmen gestatten, müssen sie deren Anwendung der konzessionirenden Behörde überlassen. Wenn in Baupolizeiordnungen anderen Behörden als den zur Ertheilung der Bauerlaubniss berufenen ein Dispensrecht beigelegt werden darf, so findet dies in dem §. 145 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 seine gesetzliche Stütze. Einem gleichen Vorgehen bei den allgemeinen Anordnungen über die gesundheitspolizeilichen Anforderungen, welche an die baulichen und sonstigen technischen Einrichtungen der Privatkranken-, Privatentbindungs- und Privatirrenanstalten zu stellen sind, stehen der §. 30 der Reichsgewerbeordnung und der §. 115 des Zuständigkeitsgesetzes entgegen.

An sich macht der §. 28 nur diejenigen Bestimmungen der Polizeiverordnung ungültig, von denen er Ausnahmen zulässt. Diese Ausnahmen sind aber, soweit die Privatkrankenanstalten in Betracht kommen, so zahlreich und einschneidend, und die von ihnen nicht berührten Anforderungen hängen mit den berührten sachlich so eng zusammen, dass es nicht möglich ist, die ersteren von den letzteren zu sondern und für sich allein aufrecht zu erhalten. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als den gesammten Vorschriften der Polizeiverordnung über die Anlage, den Bau und die Einrichtung von Privatkrankenanstalten die Geltung als allgemeine Anforderungen gemäss §. 115 Abs. 3 des Zuständigkeitsgesetzes zu versagen.

Die Vorentscheidung, die diese Vorschriften als für den Bezirksausschuss massgebend angesehen hat, unterliegt hiernach der Aufhebung.

zeiverordnung erlassen werden könnten. Auch als eine von den Medizinal-Aufsichtsbehörden erlassene Allgemeine Anordnung (§. 115 Abs. 3 a. a. O.) entbehre die Polizeiverordnung der rechtlichen Gültigkeit, da die Entscheidung über die Gestattung von Ausnahmen von den Bestimmungen der Polizeiverordnung nicht den Konzessions-, sondern anderen Behörden übertragen und diese Ausnahmen so zahlreich seien, auch mit anderen Vorschriften in so engem sachlichen Zusammenhange ständen, dass nur erübrige, den gesammten Vorschriften die Anerkennung der Gültigkeit zu versagen.

In dem der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts zu Grunde liegenden Falle handelt es sich um die von dem Bezirksausschusse zu ertheilende Konzession für eine Prirat-Krankenanstalt (§. 30 der Reichsgewerbeordnung und §. 115 des Zuständigkeitsgesetzes). Die erlassenen Polizeiverordnungen beziehen sich nach ihrer überall gleichlautenden Ueberschrift und Einleitung nicht allein auf die der Konzessionspflicht unterliegenden Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irrenanstalten, sondern auch auf die öffentlichen Anstalten, welche den Charakter von Wohlthätigkeitsanstalten tragen oder von öffentlichen Korporationen (Kommunalverw., Kreisen, Gemeinden pp.) errichtet werden und einer Konzessionspflicht nicht unterliegen, und zwar auch dann nicht, wenn sie gewerbsmässig betrieben werden. Da in dem Urtheile des Oberverwaltungsgerichts ein Unterschied zwischen konzessionspflichtigen und konzessionsfreien Anstalten nicht gemacht, sondern die Polizeiverordnung ihrem vollen Umfange nach für reehtsungültig erklärt ist, so werden durch die Entscheidung die der Konzessionspflicht nicht unterliegenden Anstalten mitbetroffen. Dies unterliegt jedoch gewissen Bedenken; denn für die konzessionsfreien Anstalten, welche die überwiegende Mehrzahl unter den in Betracht kommenden Kranken- pp. Anstalten bilden, bietet die Polizeiverordnung die gesetzlich gegebene Norm, um die Erfüllung der aus gesundheits- oder baupolizeilichen Gründen an den Bau oder die Einrichtung dieser Anstalten zu stellenden Anforderung zu sichern und die in dem Urtheile des Oberverwaltungsgerichts entwickelten Gründe treffen jedenfalls für die der Konzessionspflicht nicht unterliegenden Anstalten nicht zu, da für letztere eine bindende Entscheidung der Konzessionsbehörde nicht in Frage kommt. Es wird daher die erste sich darbietende Gelegenheit dazu benutzt werden müssen, um bezüglich der konzessionsfreien Anstalten eine deklarirende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herbeizuführen. Bezüglich der der Konzessionspflicht unterliegenden Anstalten dürfte eine Abänderung der getroffenen Entscheidung nicht zu erwarten sein, zumal das Oberverwaltungsgericht schon anderweitig den Grundsatz aufgestellt hat, dass Polizeiverordnungen, welche lediglich dazu bestimmt sind, die Konzessionsbehörden in ihren Entscheidungen zu binden, der Gültigkeit entbehren.

Mit Rücksicht auf die hiernach sich ergebende Sach- und Rechtslage bestimmen wir Folgendes:

1. Ew. Excellenz wollen die Regierungspräsidenten anweisen, den materiellen Inhalt der für die dortige Provinz erlassenen Polizeiverordnung in Form einer allgemeinen Anordnung im Sinne des §. 115 Abs. 3 des Zuständigkeitsgesetzes den Bezirksausschüssen zur Nachachtung bei der Konzessionirung der Privat-Kranken-, Entbindungs- und Irren-Anstalten mitzutheilen.

Die „Allgemeine Anordnung“ hat sich ihrem Wortlaute nach genau an die bestehende Polizeiverordnung anzuschliessen unter alleiniger Abänderung der Ueberschrift und der Einleitung, sowie unter Fortfall der Schluss- und Strafbestimmungen. Unter den Schlussbestimmungen befindet sich auch der von der Zulässigkeit von Ausnahmen handelnde Paragraph; statt desselben ist ein neuer gleichlautender Paragraph anzufügen, in welchem nur statt der Worte:

„Der Regierungspräsident . . . . . zulassen.“

zu sagen ist:

„Der Bezirksausschuss in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.“

2. Was die der Konzessionspflicht nicht unterliegenden Anstalten anbelangt, so ist in Bezug auf diese unverändert daran festzuhalten, dass für sie die erlassenen Polizeiverordnungen zu Recht bestehen und zur Anwendung zu bringen sind. Zur Sicherung einer gleichmässigen und energischen Durchführung der in den Polizeiverordnungen enthaltenen Vorschriften sind die für die Ertheilung der Baukonsense zuständigen Polizeibehörden durch die Regierungspräsidenten erneut mit der Anweisung zu verschen, dass sie alle bei ihnen eingehenden Gesuche um Ertheilung der Erlaubniss zum Bau oder zum Umbau

von Kranken- pp. Anstalten, welche der Konzessionspflicht nicht unterliegen, vor der Ertheilung des Baukonsenses den Regierungspräsidenten vorzulegen haben. Diese haben die Vorlagen nach der Richtung einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, ob durch dieselben den Vorschriften der Polizeiverordnung genügt ist, und das weiter Erforderliche anzuordnen. Wir machen insbesondere darauf aufmerksam, dass die Vorschriften der Polizeiverordnungen über die gesundheitspolizeilichen Anforderungen, welche an die baulichen und sonstigen technischen Einrichtungen der Anstalten zu stellen sind, auch denjenigen Krankenanstalten gegenüber zur Geltung zu bringen sind, welche von den Vorständen der Invaliditäts- und Altersversicherung, den Berufsgenossenschaften pp. errichtet werden.

3. Ew. Excellenz wollen feststellen und im Bejahungsfalls an den unterzeichneten Minister der Medizinalangelegenheiten darüber berichten, ob sich in dem Ihrer Aufsicht unterstellten Bezirke Verhandlungen im Geschäftsgange befinden, welche dazu Anlass bieten könnten, die Frage, ob die erlassenen Polizeiverordnungen bezüglich der konzessionsfreien Anstalten der Rechtsgültigkeit nicht entbehren, vor dem Oberverwaltungsgericht von Neuem zum Austrage zu bringen. Zugleich wollen Ew. Excellenz die Regierungspräsidenten bezw. den Polizeipräsidenten zu Berlin anweisen, bis dahin, wo eine anderweite Entscheidung ergangen sein wird, über eintretende Fälle hierher zu berichten.

4. Es erscheint nicht ausgeschlossen, dass zu Krankenanstalten pp., welche der Konzessionspflicht unterliegen, bereits bestehende Baulichkeiten, und zwar ohne dass an denselben bauliche Veränderungen vorgenommen werden, in Benutzung genommen werden. Da in solchen Fällen die Ertheilung eines Baukonsenses nicht in Frage kommt, so ist in Aussicht genommen, die bestehenden Polizeiverordnungen in der Richtung zu ergänzen, dass in Fällen der beregten Art dem Unternehmer eine Anzeigepflicht auferlegt wird mit der Massgabe, dass die Benutzung des Gebäudes zu dem beabsichtigten Zwecke erst dann gestattet wird, nach dem festgestellt ist, dass das Gebäude nach seiner Bauart und Einrichtung den bestehenden Anforderungen entspricht. Die Abänderung der betreffenden Polizeiverordnungen bleibt indess bis dahin vorbehalten, wo eine die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnungen bezüglich der konzessionsfreien Anstalten anerkennende Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ergangen sein wird. Die Polizeibehörden sind indess schon jetzt anzuweisen, Fällen der beregten Art ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und eventuell an den Regierungspräsidenten zu berichten.

Ew. Excellenz wollen hiernach das Weitere gefälligst veranlassen.

Herstellung und Vertrieb von Trinkbranntweinen. Erlass der Minister für Finanzen, für Landwirthschaft etc., für Handel etc., der u. s. w. Medizinalangelegenheiten und des Innern vom 5. September 1900 — F.-M. III. Nr. 7571, M. f. Landw. I. Aa. Nr. 4863, M. f. H. u. G. Nr. 5800, M. d. g. A. M. Nr. 6661, M. d. Inn. IIb. Nr. 3096 — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Während die Reinheit des von den Branntweinbrennereien und Reinigungsanstalten für Trinkzwecke gelieferten Branntweins gegen früher erheblich zugenommen hat, tritt die Verwendung von sogenannten Branntweinschärfen bei der Bereitung von Trinkbranntweinen immer mehr hervor und stellt einen beklagenswerthen Missstand in gesundheitlicher Hinsicht dar. Dieses Verfahren bezweckt, minderwerthigen Branntwein durch den Zusatz fremdartiger Stoffe, namentlich durch Beimischung scharfer Ingredienzien das Aussehen und den Geschmack guten Branntweins zu geben. In der Regel geschieht der Zusatz in der unlauteren Absicht, das Gemisch unter dem Schein unverfälschter Waare in den Verkehr zu bringen und zu dem gleichen Preise wie diese zu verkaufen.

Nach einer Mittheilung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes hat sich die Fabrikation solcher Branntwein-Essenzen oder -Schärfen in neuester Zeit zu einem besonderen Industriezweige entwickelt. Die unter Bezeichnungen wie:

Branntwein-Essenz, Verstärkungs-Essenz, Paprika-Essenz, Branntwein-Schärfe, Korn-Schärfe, Korn-Stärke u. s. w.

in den Handel gebrachten Flüssigkeiten werden am häufigsten zu einem Preise von 3—5 Mark pro Liter abgegeben. Sie bestehen aus alkoholischen Lösungen verschiedener, zum Theil brennend scharf schmeckender Stoffe, wie dem Harz des spanischen Pfeffers, dem Piperin, einem wesentlichen Bestandtheile des

schwarzen Pefeffers, und dem Harz der Paradieskörner. Ausserdem enthalten sie häufig Fuseloel, ätherische Oele, z. B. Nelkenoel, Essigäther, ferner Vanillin, Zucker u. a. m.

Nach den gedruckten Gebrauchsanweisungen, welche den Branntwein-Essenzen und -Schärfen in der Regel beigegeben werden, soll meistens 1 Liter derselben zu 100 Litern Branntwein zugesetzt werden. Als Zweck dieses Zusatzes wird in einigen Fällen ausdrücklich angegeben, dass diese Essenzen und Schärfen besonders da zu empfehlen seien, wo es nöthig sei, bei der Herstellung der Branntweine zu sparen, um sehr billige Verkaufspreise zu ermöglichen. In der That zeigen die mit solchen Stoffen hergestellten Trinkbranntweine einen scharfen Geschmack, wie er sonst nur theueren Branntweinen eigen zu sein pflegt.

Die Abnehmer solcher Trinkbranntweine werden hierdurch absichtlich in einen Irrthum versetzt und den Verkäufern wird somit ein Gewinn zugewandt, den der Käufer ihnen bei Kenntniss der Sachlage nicht zugestehen würde.

Die Verwendung solcher Trinkbranntweine kann aber auch zu Schädigungen der Gesundheit führen, sofern bei ihrem dauernden Genuss jene scharfen Stoffe den schädlichen Einfluss des Alkohols, besonders bei schwachem Magen des Konsumenten, vermehren, ohne dass sie gleichzeitig eine nützliche Wirkung auszuüben vermögen.

Aus diesen Gründen ist es wünschenswerth, nach Möglichkeit auf eine Einschränkung des Genusses derartig hergestellter Trinkbranntweine hinzuwirken und den Verkehr mit diesen Branntweinen schärfer als bisher zu überwachen.

Ein Zusatz scharfer Stoffe der beschriebenen Art zu Trinkbranntweinen kann daran erkannt werden, dass diese Branntweine beim Verdunsten einen Rückstand hinterlassen, der auf der Zunge einen brennenden Geschmack hervorruft. Vielfach wird es hierfür schon genügen, eine Menge von etwa 2—3 Schnäpsen von üblicher Grösse in einer sauberen kleinen Porzellanschaale auf verdampfendem Wasser (auf der Deckelöffnung eines mit kochendem Wasser erfüllten Theekessels) zur Verdunstung zu bringen und den Geschmack des verbleibenden Rückstandes mit der Zunge zu prüfen. Eine eingehendere Prüfung muss allerdings dem chemischen Sachverständigen vorbehalten bleiben.

Insoweit die zur Verwendung gelangenden Branntweinschärfen und Essenzen als gesundheitsgefährlich zu erachten oder zur Fälschung der Trinkbranntweine bestimmt sind, erscheint eine Abhülfe auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 und des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes vom 27. Mai 1896 möglich. Aus dem Nahrungsmittelgesetz (R.-G.-Bl. S. 145) kommen hierbei die §§. 10, 11, 12 und 14, aus dem Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes (R.-G.-Bl. S. 145) die §§. 1, 4 und 12 in Frage.

Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen haben bereits Verurtheilungen stattgefunden.

Ew. Hochwohlgeboren ersuchen wir, dafür Sorge zu tragen, dass eine strengere Ueberwachung der mit der Herstellung und dem Vertriebe von Trinkbranntweinen sich befassenden Betriebe nach der bezeichneten Richtung ausgeübt wird.

Ueber den Erfolg sehen wir nach zwei Jahren weiterem Berichte entgegen.

C. Königreich Württemberg.

Verkehr mit Giften. Erlass des K. Ministeriums des Innern vom 1. August 1900 an das K. Medizinalkollegium, die K. Kreisregierungen, die K. Stadtdirektion und das K. Stadtdirektionsphysikat Stuttgart, die K. Oberämter und die K. Oberamtsphysikate.

Um die Ziffer 2 des Ministerialerlasses vom 26. Juni 1895, betr. den Verkehr mit Giften (Amtsblatt S. 257), mit den Bestimmungen des §. 10 Abs. 2 und §. 12 der Ministerialverfügung vom 10. Juli d. J., betr. den Verkehr mit Arzneimitteln ausserhalb der Apotheken (s. Beilage zu Nr. 17 der Zeitschrift, S. 261) in Uebereinstimmung zu bringen, wird den oben genannten Behörden eröffnet, dass es künftighin für genügend erachtet wird, wenn die den Oberamtsärzten obliegenden unvermutheten Revisionen der Lagerräume und Verkaufsstätten der Gifthändler bei solchen Geschäften, deren Gifthandel nicht von Belang ist und welche als zuverlässig bekannt sind, etwa alle zwei Jahre vorgenommen werden.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath i. Minden i. W.
J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 20. **15. Oktober.** 1900.

Rechtsprechung.

Bei einem gemeinschaftlichen, von mehreren Aerzten abgegebenen Gutachten steht, abgesehen von den Fällen, in denen es sich um ein Gutachten über den Gesundheitszustand eines Menschen handelt, nicht jedem derselben die volle Gebühr des §. 3 Abs. 6 des Gesetzes vom 9. März 1872 zu, sondern nur allen zusammen diese Gebühr bis zum Höchstbetrage von 24 Mark. Beschluss des Oberlandesgerichts (IV. Zivilsenats) zu Köln vom 11. August 1900.

Den drei Beschwerdeführern wurden in der vorbezeichneten, beim Landgerichte in Saarbrücken anhängig gewesenen Zivilprozessache für ein gemeinschaftliches schriftliches Gutachten eine Sachverständigengebühr von zusammen 30 M. zugebilligt. Aus Veranlassung einer späteren Erinnerung der Königlichen Ober-Rechnungskammer setzte das Landgericht in Saarbrücken die Sachverständigengebühr durch Beschluss vom 11. August 1900 auf 24 M. fest und wurde jeder der Sachverständigen aufgefordert, zwei M. zurückzuerstatten. Die von den Sachverständigen gegen die anderweite Festsetzung eingelegte Beschwerde erscheint nicht begründet. Aus der Bestimmung des §. 3 Nr. 6 in Verbindung mit §. 4 des Gesetzes vom 9. März 1872, betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsärztlicher etc. Geschäfte zu gewährenden Vergütungen geht klar und unzweideutig hervor, dass im vorliegenden Falle den Sachverständigen zusammen eine höhere Vergütung als 24 M. nicht zugebilligt werden konnte. Die Annahme, dass bei Erstattung eines Gutachtens durch mehrere Sachverständige einem jedem derselben die volle Gebühr des §. 3 Nr. 6 a. a. O. zustehe, ist nicht richtig. Nur für den hier nicht zutreffenden Fall, dass es sich um ein gemeinschaftliches Gutachten über den Gemüthszustand eines Menschen handelt, ist im §. 4 Abs. 2 eine Ausnahmebestimmung gegeben und gerade aus dieser letzteren ergiebt sich der sichere Schluss, dass das Gesetz für die anderen Fälle eines gemeinschaftlich erstatteten Gutachtens nur die einmalige Zahlung des im §. 3 Nr. 6 bestimmten Gebühr vorgesehen hat. Denn es würde jene Bestimmung nicht erforderlich gewesen sein, wenn den zweiten zu einem gemeinschaftlichen Gutachten über den Gemüthszustand eines Menschen aufgeforderten Medizinalbeamten die volle Gebühr des §. 3 Nr. 6 schon auf Grund dieser letzteren Vorschrift zugestanden hätte. Der Versuch der Beschwerdeführer, den §. 4 Abs. 2 so auszulegen, dass auch der zu einem gemeinschaftlichen Gutachten über den körperlichen Zustand eines Menschen zugezogene weitere Medizinalbeamte Anspruch auf die volle Gebühr des §. 3 Nr. 6 habe, scheitert an dem klaren Wortlaute der Bestimmung, der keinen Zweifel darüber lässt, dass der hier in Frage stehende Fall eines gemeinschaftlichen Gutachtens über die Bewegungsfähigkeit einer Hand nicht darunter fallen kann. Es war daher die Beschwerde als unbegründet mit der aus §. 97 C.-P.-O. sich ergebenden Kosten zurückzuweisen [1]).

Versagung der Erlaubniss zur Errichtung einer Privatkrankenanstalt wegen mangelhafter Beschaffenheit der Räume. Beschluss des Preuss. Oberverwaltungsgerichts vom 24. Januar 1900.

Der Vorderrichter hat dem Kläger die Erlaubniss zur Errichtung einer

---

[1]) Siehe die entgegengesetzte Entscheidung des Landgerichts zu Aurich vom 24. April 1899 in Nr. 11 der Zeitschrift; 1899, S. 350.

Privatkrankenanstalt in dem Hause . . . . strasse 125 zu C. versagt, weil er gemäss den in dem diesseitigen Urtheil vom 27. Mai 1899 aufgestellten Grundsätzen auf Grund freier Prüfung und unabhängig von den Vorschriften der Polizeiverordnung vom 8. Juli 1898 zu der Ueberzeugung gelangt ist, dass die in Aussicht genommenen Räumlichkeiten den gesundheitspolizeilichen Anforderungen nicht entsprechen. Dies ist daraus gefolgert worden, dass der im vorderen Theil der Stockwerke befindliche Korridor der Fenster und also der unmittelbaren Zuführung von Licht und Luft entbehrt, und dass derselbe Mangel bei dem überdies mit 1,30 m nicht ausreichend breiten hinteren Korridor, der mit einem Fenster lediglich nach dem Treppenflur versehen ist, zutrifft.

Der Kläger hat hiergegen das Rechtsmittel eingelegt, das gemäss §§. 115, 118 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 die Revision ist. Die Nachprüfung hat sich deshalb nach §. 94 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 darauf zu beschränken, ob die Vorentscheidung auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen, beruhe oder ob das Verfahren an einem wesentlichen Mangel leide.

Ersteres trifft nicht zu, da nach §. 30 Nr. 2 der Reichsgewerbeordnung die Erlaubniss versagt werden durfte, wenn nach den von dem Kläger eingereichten Beschreibungen und Plänen die baulichen und sonstigen technischen Einrichtungen der Anstalt den gesundheitspolizeilichen Anforderungen nicht entsprechen. In dieser Beziehung hatte der Vorderrichter, wie in dem vorausgegangenen Revisionsurtheil ausgeführt ist, mangels einer gültigen Anordnung der Medizinalaufsichtsbehörden im Sinne des § 115 des Zuständigkeitsgesetzes nach seinem freien Ermessen zu prüfen, welche gesundheitspolizeilichen Anforderungen zu stellen sind.

Ebensowenig liegt ein wesentlicher Mangel im Verfahren vor, da offensichtlich anzuerkennen ist, dass die Anforderungen, die der Vorderrichter stellt, gesundheitspolizeilicher Art sind, und dass es keinenfalls gegen die klare Lage der Sache verstösst, dass der Vorderrichter Korridore, die nur 1,30 m breit sind und denen nicht unmittelbar Licht und Luft zugeführt werden, für eine Krankenanstalt als ungeeignet erachtet. Hierfür ist es insbesondere ganz unerheblich, in welcher Art die Heilbehandlung vor sich gehen soll. Was der Kläger aber hinsichtlich des ihm angeblich feindseligen Sachverständigen angeführt hat, durfte der Vorderrichter unbeachtet lassen, weil er seine Entscheidung auf das Gutachten eines Sachverständigen nicht gegründet hat, und eben so durfte er sich der Prüfung enthalten, ob der Kläger für zuverlässig zu erachten sei, wenn er zur Versagung der Erlaubniss schon wegen der Mängel des in Aussicht genommenen Lokals gelangte. . . . . .

Ueberlassen von nicht freigegebenen Arzneimitteln seitens eines Kassenarztes an Kassenmitglieder. Urtheil des Oberlandesgerichts (Strafsenats) zu Breslau vom 29. August 1900.

Nach der Feststellung des Landgerichtes zu B. ist der Angeklagte, der praktische Arzt Dr. med. F., Kassenarzt der Fabrikkrankenkasse zu E., welche satzungsgemäss ihren 400—500 Mitgliedern als Krankenunterstützung u. A. freie Arznei gewährt. Bei dieser Kasse besteht seit mehr als Jahresfrist bis in die neuste Zeit hinein der Brauch, behufs einer jährlichen Ersparniss von mehreren tausend Mark die Arzneien durch den Kassenvorstand von inländischen Apotheken in völlig gebrauchsfähigem Zustande im Grossen zu beziehen und der Obhut des angeklagten Kassenarztes anzuvertrauen, der nun für die erkrankten Kassenmitglieder die nach seiner ärztlichen Ansicht im Einzelfalle angebrachte, Arznei aussucht, das erforderliche Quantum aussondert und zu selbstständigem Gebrauche als Heilmittel unter näherer Anweisung nach Haus verabreicht. Unter den also bezogenen und vom Angeklagten verabfolgten Arzneimitteln haben sich bis in die jüngste Zeit auch solche befunden, deren Handel nicht freigegeben ist, welche vielmehr ihrer Form oder ihrem Inhalte nach zu den unter A oder B der Kaiserlichen Verordnung vom 27. Januar 1890 aufgeführten Heilmitteln oder Arzneien gehören. Dies ist dem Angeklagten bekannt gewesen. Eine polizeiliche Erlaubniss zum Ueberlassen von Arz-

neien an Andere hat er nicht besessen. Auf Grund dieses Sachverhaltes hat das Landgericht weiter festgestellt, dass der Angeklagte bis in die jüngste Zeit ohne polizeiliche Erlaubniss Arzneien, mit denen der Handel nicht freigegeben ist, an Andere überlassen hat, und die vom Schöffengericht ausgesprochene Verurtheilung aus §. 367[3] Str.-Ges.-B. bestätigt. Die formell einwandsfreie Revision des Angeklagten rügt Verletzung des §. 367[3] Str.-Ges.-B. durch Verkennung des Rechts-Begriffes „an Andere überlassen" und verlangt Aufhebung des angefochtenen Urteils und Freisprechung des Angeklagten.

Die Revision ist nicht begründet.

Richtig ist, dass die Worte „an Andere überlassen" in der Rechtsprechung eine verschiedene Auslegung gefunden haben, eine einschränkende, im Sinne der Revision, durch die Entscheidungen des Kammergerichts vom 5. Mai 1884 (Johow, Jahrbuch für Entscheidungen d. K. G., V. S. 39) und vom 16. Januar 1893 (Goltdammer, Archiv für Strafrecht 40, S. 352), der Oberlandesgerichte zu Frankfurt a. M. vom 15. Januar 1896 (abgedruckt in der Pharm. Ztg. vom 22. April 1896, No. 33) und zu Jena (abgedruckt in der Pharm. Zeitung vom 28. April 1900, No. 34) und eine ausdehnende, im Sinne der Anklage, durch die Entscheidungen der Oberlandesgerichte zu Hamm (contra H.) vom 17. April 1899 und zu Celle (contra K. u. Gen.) vom 29. Mai 1899. Das Revisionsgericht schliesst sich der letzteren Auffassung an.

Für eine ausdehnende Auslegung des Strafgesetzes spricht einmal der Wortlaut „oder sonst an Andere überlässt", welcher, wie das Landgericht treffend hervorhebt, so allgemein wie möglich gehalten ist, und der, wie das Reichsgericht ausführt, in anscheinend noch umfassenderer Form gewählt ist, als die gleichbedeutende Fassung des Nahrungsmittelgesetzes vom 14. Mai 1879 §. 12[1] „in Verkehr bringen" (R.-G.-Entsch. III, 122). Das Reichsgericht versteht sonach mit dem Berufungsgericht unter „Ueberlassen an Andere" jede Handlung, wodurch ein Mensch auf den anderen die thatsächliche Verfügungsgewalt überträgt. Ob die Kassenmitglieder, an welche der Angeklagte die Arzneimittel überlassen hat, Miteigenthum an diesen gehabt haben, oder ob wie das Revisionsgericht annimmt, dies nicht der Fall war, erscheint hiernach gleichgültig. Zu dieser ausdehnenden Auffassung zwingt aber auch der Sinn des Gesetzes, welches wesentlich den Charakter einer vorbeugenden, gesundheitspolizeilichen Vorschrift hat, um das Publikum ausgiebig vor den Gefahren zu schützen, welche aus der unbeaufsichtigten Verabreichung von Arzneimitteln durch Personen ohne ausreichend geprüfte Sachkenntniss entstehen können. Zu diesem Zwecke hat das Gesetz die Verabreichung der, nach Form oder Inhalt sich als Heilmittel darstellenden, Zubereitungen oder Stoffe, wie sie die Kaiserl. Verordnung vom 27. Januar 1890 zu A und B aufführt — d. h. Verabreichung aller, unter Umständen gefährlicher, Heilmittel — lediglich den, staatlich beaufsichtigten, Apotheken vorbehalten. Abgesehen hiervon ist die Ueberlassung dieser Heilmittel nur auf Grund polizeilicher Erlaubniss gestattet, um so die Polizeibehörde in den Stand zu setzen, durch die Auswahl der geeigneten Personen und die Ueberwachung ihrer Thätigkeit einer Gefährdung des Publikums vorzubeugen. Die Gefahren aber, die sich aus der unmittelbaren Verabreichung von Heilmitteln, unter Umgehung der Apotheken im einzelnen Falle, ergeben, bestehen hauptsächlich einmal in dem Mangel an jeder Kontrolle über die gehörige Aufbewahrung und äussere Kenntlichmachung der Heilmittel und ferner in der fehlenden Gewähr für eine gute, unverdorbene Beschaffenheit, sowie für die richtige Menge der zu verabreichenden Arznei. Für alles dies hat der auf diesem Gebiete sachverständige Apotheker aufzukommen. Die der staatlichen Konzession voraufgegangene Prüfung und die regelmässige Ueberwachung durch staatliche Organe bürgt für die gehörige Erfüllung dieser unumgänglichen Anforderungen. Ein wesentliches Kontrollmittel endlich ist das ärztliche Rezept, in welchem der Arzt für den einzelnen Fall die Verordnung ertheilt, die der Apotheker auszuführen hat. Das Zusammenwirken beider, ein Jeder auf seinem Gebiete sachverständigen Personen verbürgt die Verabreichung des im besonderen Falle nach Beschaffenheit und Menge geeigneten, Heilmittels. Diese für Arzt und Apotheker wesentliche Kontrolle fällt fort, wenn der Arzt aus dem Vorrathe bereits fertiggestellter Heilmittel selbst verabreicht. Mit Recht hat daher schon das Obertribunal — gestützt auf das eingehende Gutachten der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen vom 28. Januar 1852 (Ges.-S. S. 175) — in seinem Erkenntniss vom 5. Mai 1854 (Ges.-S. S. 278) das

sogenannte „Selbstdispensiren“ der Aerzte ohne polizeiliche Erlaubniss für strafbar erachtet und den §. 345[2] des früheren Preussischen Strafgesetzbuches (wörtlich übereinstimmend mit §. 367[8] R.-Str.-G.-B.) angewendet. Die Annahme der Revision, dass die persönliche Eigenschaft des Angeklagten als Arzt jede Gefährdung im vorliegenden Falle ausschliesse, wiederlegt sich nach den vorstehenden Ausführungen von selbst, welche die Nothwendigkeit der Trennung der Geschäfte des Arztes von denen des Apothekers zeigen. Dass bei dieser ausdehnenden Auslegung der Strafvorschrift unter Umständen sich Härten ergeben können, ist nicht zu leugnen. Das von der Revision aufgeführte Beispiel, wonach auch das Abholenlassen von Arzneien aus der Apotheke durch Boten unter das Strafgesetz falle, erledigt sich freilich durch den Hinweis, dass der Bote unmittelbar für den Auftraggeber die Verfügungsgewalt erwirbt, sie also nicht erst später auf ihn überträgt. Wohl aber wird durch diese Auslegung die Zulässigkeit der sogenannten Hausapotheke des Familienvaters auf die in der Kaiserlichen Verordnung zu A und B nicht erwähnten, Heilmittel eng beschränkt. Denn auch ihm gegenüber sind Familienangehörige und Gesinde „Andere“. Aber diese Beschränkung hat der Gesetzgeber, unbekümmert um etwaige Unbequemlichkeiten und Mehrkosten des Publikums, aus höheren Gründen der öffentlichen Sicherheit gewollt in Anbetracht der grossen Gefahr, die die Verabfolgung gefährlicher Heilmittel aus vorhandenen Vorräthen durch Nichtsachverständige und ohne regelmässige Kontrolle im Gefolge haben kann. Etwaige Härten aber — durch Ertheilung von Erlaubniss zum Arzneimittelverkehr unter besonderen Bedingungen an einzelne Personen — zu vermeiden, ist der Polizeibehörde überlassen.

Die Fassung des §. 115 Gewerbeordnung sodann beweist nichts für die Zulässigkeit der unmittelbaren Arzneiabgabe durch Gewerbetreibende an Arbeiter, da dieser Paragraph selbstverständlich die Verabfolgung nur unter Einhaltung der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, also auch des hier streitigen §. 367[8] Str.-G.-B., gestattet. Wenn endlich der Angeklagte die Kassenmitglieder für Miteigenthümer, somit nicht für „Andere“ und deshalb die Ueberlassung von Heilmitteln an sie für erlaubt hält, so befindet er sich nicht nur in einem zivilrechtlichen Irrthum, insofern er den Kassenmitgliedern, statt der juristischen Person der Kasse das Eigenthum beilegt, er irrt vielmehr auch über die Tragweite des Ausdrucks „an Andere überlassen“, mithin über die Bedeutung des Strafgesetzes. Unkenntniss des Strafgesetzes schützt aber nicht vor Strafe. Aus diesen Erwägungen und da auch sonst die Entscheidung des Berufungsgerichts nicht auf Rechtsirrthum beruht, war die Revision des Angeklagten zu verwerfen.

Die Kosten des erfolglosen Rechtsmittels treffen ihn nach §. 505 Str.-Proz.-Ordn.

Apotheker haben nicht die Berechtigung zur Ankündigung von Geheimmitteln, falls diese polizeilich verboten ist. Urtheil des Kammergerichts (Strafsenats) vom 17. September 1900.

Die für den Reg.-Bez. Breslau bestehende Polizeiverordnung, betreffend das Verbot der Ankündigung von Geheimmitteln (im vorliegenden Falle handelte es sich um Blutreinigungsthee und Magentropfen) ist gültig und steht nicht mit der Verordnung vom 27. Januar 1890 in Widerspruch. Wenn auch den Apothekern der Verkauf der beregten Arzneimittel gestattet ist, so steht ihnen doch keineswegs das Recht zu, diese Arzneimittel öffentlich anzupreisen.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Die Bestimmungen über die Benutzung der Kleinbahnen bei Dienstreisen der Staatsbeamten finden vorläufig auf die Dienstreisen der Medizinalbeamten keine Anwendung. Staatsministerialbeschluss vom 16. Juli d. J. und Runderlass des Ministers der u. s. w. Medizinalangelegenheiten vom 13. August 1900 — Nr. 1154 M. — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Hinsichtlich der Reisekosten der Medizinalbeamten bei Benutzung von Kleinbahnen hat das Königliche Staatsministerium unter dem 16. Juli d. J. Folgendes beschlossen:

„Der Beschluss vom 25. Oktober 1898, betreffend die Benutzung von Kleinbahnen bei Dienstreisen der Staatsbeamten — St.-M. Nr. 4375 — findet auf diejenigen Beamten, welche unter den §. 2 des Gesetzes, betreffend die den Medizinalbeamten für die Besorgung gerichtsärztlicher, medizinal- oder sanitätspolizeilichsr Geschäfte zu gewährenden Vergütungen vom 9. März 1872 (G.-S. S. 255) fallen, so lange die Besoldungsverhältnisse dieser Beamten nicht anderweitig geregelt sind, nur mit der Massgabe Anwendung, dass auch bei den darnach ausschliesslich auf Kleinbahnen oder theils auf solchen, theils auf Landwegen zurückzulegenden Reisen Zu- und Abgangsgebühren, also für Reisen auf Kleinbahnen überhaupt dieselben Entschädigungen wie für Reisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen nach den durch Art. V, Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Reisekosten und Tagegelder der Staatsbeamten vom 21. Juni 1867 (Ges.-S. S. 192) aufrecht erhaltenen älteren Vorschriften zu gewähren sind."

Dies wird in Verfolg des Runderlasses vom 2. Januar v. J. — G. III Nr. 3117 — zur Nachachtung mit dem Bemerken mitgetheilt, dass

1. in denjenigen Fällen, in welchen Medizinalbeamte eine nachträgliche Revision der für sie seit dem Inkrafttreten des Staatsministerialbeschlusses vom 25. Oktober 1898 festgesetzten Liquidationen unter Zugrundelegung des obigen Staatsministerialbeschlusses beanspruchen, diese Revision stattzufinden hat und den betreffenden Beamten die sich etwa ergebenden Mehrbeträge nachzuzahlen sind;

2. in denjenigen bisher vorgekommenen Fällen, in welchen eine Festsetzung der Liquidationen der Medizinalbeamten noch nicht stattgefunden hat, die durch den obigen Staatsministerialbeschluss festgesetzten Vergütungen zu gewähren sind.

Verkehr mit verfälschtem und nachgemachtem Honig. Runderlass der Minister des Innern, für Landwirthschaft und der u. s. w. Medizinalangelegenheiten — M. d. I. II^{a} 6381, M. f. L. I A^{a} 4658, M. d. g. A. M. 7053 — vom 30. August 1900 an sämmtliche Königlichen Regierungspräsidenten.

Es ist in neuerer Zeit der zunehmende Verkehr mit verfälschtem und nachgemachtem Honig zur Sprache gekommen und auf die Schädigungen hingewiesen worden, welche den Bienenzüchtern hierdurch zugefügt werden. In Eingaben, die dem Reichstage und dem Bundesrathe zugegangen sind, wurde der Erlass eines Sondergesetzes beantragt, welches den Deklarationszwang für Kunsthonig einführt und die Bezeichnung der künstlichen Ersatzmittel für Honig mit irreführenden Namen verbietet. In den Berathungen im Bundesrathe und von dem Regierungskommissar in der Petitionskommission des Reichstages ist geltend gemacht worden, dass ein Bedürfniss für eine gesetzliche Sonderregelung des Verkehrs mit Honig und dessen Ersatzmitteln nicht anzuerkennen sei, und dass mit dem durch das Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 gebotenen Handhaben, wenn sie im Allgemeinen und mit Nachdruck zur Anwendung gelangen, die in Frage stehenden Missstände ausreichend bekämpft werden könnten.

In der That ergiebt das von dem Kaiserlichen Gesundheitsamt gesammelte Material, dass nach der Rechtsprechung das Nahrungsmittelgesetz genügt hat, um Honigverfälschungen und um betrügerischen Handel mit verfälschtem oder nachgemachtem Honig strafrechtlich zu ahnden.

Wenn der Vertrieb verfälschten oder nachgemachten Honigs anscheinend dennoch in beträchlichem Umfange stattfindet, so wird dies überwiegend dem Umstande zuzuschreiben sein, dass der Handel mit Honig noch nicht genügend überwacht wird, während die Feststellung von Verfälschungen auf chemischem Wege oft grossen Schwierigkeiten begegnet. Dem ersteren Mangel wird durch die Anordnung häufigerer Probe-Entnahmen und Untersuchungen seitens der Nahrungsmittel-Polizeibehörden abgeholfen werden können. Insbesondere wird es sich empfehlen, denjenigen Honigsorten und honigähnlichen Zubereitungen

die unter zu Täuschungen leicht Anlass gebenden Bezeichnungen oder fremdklingenden Namen in den Verkehr gebracht werden, erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden zu lassen. Um den Schwierigkeiten in der zweiterwähnten Richtung zu begegnen, erscheint der aus Imkerkreisen stammende Vorschlag erwägenswerth, zur Nachweisung der Honigverfälschung sich nicht ausschliesslich der Nahrungsmittelchemiker zu bedienen, sondern auch solche, durch praktische Erfahrungen und Zuverlässigkeit sich auszeichnende Sachverständige zu Hülfe zu nehmen, die durch die Geruchs- und Zungenprobe reinen Naturhonig von verfälschter und nachgemachter Waare zu unterscheiden verstehen.

Wir ersuchen, hiernach die mit dem Vollzuge des Nahrungsmittelgesetzes betrauten Organe mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Sollten bei den dort getroffenen Massnahmen Fabrikationsstellen ermittelt werden, in denen im grösseren Umfange eine als Verfälschung im Sinne des Nahrungsmittelgesetzes zu betrachtende Bearbeitung des Honigs stattfindet oder Nachahmungen von diesen angefertigt werden, so wollen Sie uns Namen und Sitz dieser Betriebe, sowie, wenn möglich, auch ihre annähernde Jahresproduktion in den letzten Jahren mittheilen.

Taxe für die Bezirkshebammen. Bekanntmachung des Regierungspräsidenten in Magdeburg vom 11. August 1900.

Unter Aufhebung der diesseits unterm 5. Juli 1884 erlassenen, im Stück 28 des Amtsblattes hiesiger Königlicher Regierung von 1884 unter Nr. 1081 veröffentlichten Taxe für die Bezirks-Hebammen setze ich mit der auf Grund des §. 80 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten ertheilten Genehmigung hierdurch fest, dass die Hebammen für ihre Dienstleistungen nachstehende Gebühren zu fordern haben:

1. für eine leichte, natürliche Entbindung 4—10 Mark,
2. für eine Zwillingsgeburt 6—12 Mark,
3. für eine natürliche, sich über 20 Stunden verzögernde Entbindung 8—15 Mark,
4. für eine Fuss-, Steissgeburt oder eine durch die Wendung beendigte Geburt 5—10 Mark,
5. für die Hülfe bei einer unzeitigen Geburt 4—10 Mark,
6. für die Lösung der angewachsenen Nachgeburt 5—10 Mark,
7. für jeden nachfolgenden Besuch 50 Pfg. bis 1 Mark. Bei Besuchen in einer Entfernung von mehr als 2 km vom Wohnort der Hebamme hat dieselbe ausserdem Anspruch auf eine Reisevergütung von 20 Pfg. für das Kilometer, wobei jedes angefangene Kilometer für voll zu berechnen ist,
8. für die Untersuchung einer Schwangeren 1 bis 3 Mark,
9. für die Applikation des Katheters 1—2 Mark,
10. für die Applikation eines trockenen Schröpfkopfes 10—20 Pfg.,
11. für die Applikation eines blutigen Schröpfkopfes 15—20 Pfg.,
12. für das Setzen eines Klystiers 1—1.50 Mark,
18. für das Setzen eines Blutegels 50 Pfg., für jeden ferneren Blutege 10 Pfennig,
14. für eine Nachtwache 2—3 Mark.

Von den vorgenannten Gebührensätzen kommen die höheren bei notorisch Wohlhabenden, die niederen bei Leuten von geringem Vermögen und in allen Fällen, wo die Kosten aus öffentlichen Fonds bestritten werden, zur Anwendung.

Die in Pos. 6, 8, 9, 12 und 14 angeführten Gebührensätze dürfen nicht besonders in Anrechnung gebracht werden, sofern die betreffenden Dienstleistungen in Abwartung der in Pos. 1—5 aufgeführten Geburten verrichtet worden sind.

Anmeldepflicht für Aerzte und Apotheker. Polizeiverordnung des Königl. Regierungspräsidenten in Koblenz vom 21. August 1900.

§. 1. Aerzte und Zahnärzte, welche im Regierungsbezirk Koblenz ent-

weder eigene Praxis, ärztliche Vertretung oder Assistenz ausüben oder in Krankenhäusern thätig sein wollen, sind verpflichtet, dieses vor Beginn ihrer Thätigkeit dem Königlichen Kreisphysikus, in dessen Amtsbezirk sie sich niederzulassen oder eine Vertretung zu übernehmen beabsichtigen, unter Vorlegung der Approbationsurkunde mündlich oder schriftlich zu melden. Gleichzeitig sind dem genannten Beamten folgende Angaben zu machen:

1. Vor- und Zuname des Arztes (bezw. Zahnarztes). 2. Wohnort: 3. Erste Niederlassung: 4. Geboren den . . ten . . . . zu . . . . Kreis: . . . . 5. Konfession: 6. Ort und Datum der Approbation: 7. Prädikat im Examen: 8. Ort und Datum der Promotion: 9. Welche Auszeichnungen besitzt der Arzt und an welchen Tagen sind diese verliehen? Bekleidet der Arzt staatliche oder kommunale Stellungen? 10. Bemerkungen über etwaige Ablegung des Physikatsexamens mit Angabe von Datum und Prädikat:

§. 2. Dasselbe gilt von approbirten Apothekern, welche sich als Apothekenbesitzer oder -Verwalter im Regierungsbezirk Koblenz niederlassen oder eine Apotheke nur vertretungsweise verwalten wollen.

Gleichzeitig mit der Vorlage der Approbationsurkunde sind dem Königlichen Kreisphysikus folgende Angaben zu machen:

1. Vor- und Zuname des Apothekers: 2. Geboren den . . ten . . . . . 1 . . . zu . . . . . Kreis . . . . . 3. Konfession: 4. Ort und Datum der Approbation . . . . . den . . ten . . . . . 1 . . . 5. Prädikat im Examen: 6. Zutreffendenfalls Ort und Datum der Promotion: 7. Bisheriger bezw. letzter Aufenthalt . . . . . Kreis . . . . . .

§. 3. Thierärzte u. s. w.

§. 4. Jeder Wechsel des Wohnortes der vorgenannten Personen ist spätestens binnen 14 Tagen dem zuständigen Kreisphysikus bezw. Kreisthierarzte zu melden. Dasselbe gilt von dem Aufgeben der Praxis oder der Vertretung.

§. 5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zum Betrage von 60 Mark und im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§. 6. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem 1. Oktober 1900 in Kraft. Gleichzeitig wird die Polizeiverordnung vom 3. Januar 1876, soweit sie die vorgenannten Personen betrifft, aufgehoben.

B. Elsass-Lothringen.

Ausbildung der Apothekerlehrlinge. Rundschreiben des Bezirkspräsidenten zu Strassburg vom 14. Juli 1900 an sämmtliche Apotheker des Bezirks.

Die Prüfungskommission für Apothekergehülfen hat seit einiger Zeit wahrgenommen, dass die Apothekerlehrlinge mehr und mehr ungenügend vorbereitet zum Examen kommen. Das Ergebniss liegt nach dem Berichte der Kommission in der Regel an der zunehmenden mangelhaften Unterweisung seitens der Lehrherren. Aus diesem Berichte führe ich folgende Stellen an:

„Thatsache ist, dass bei Durchsicht der schriftlichen Arbeiten, namentlich über Chemie und Botanik, das Gefühl erweckt wird, dass die Examinanden nicht über Selbstgesehenes und Selbstdargestelltes berichten, sondern einfach Auswendiggelerntes wiedergeben. Dasselbe gilt für die praktische Prüfung, für die Bereitung der chemischen und galenischen Präparate. Es tritt hierbei die Wahrscheinlichkeit hervor, dass die Lehrlinge, oder doch die meisten unter ihnen, solche Präparate, namentlich die ersteren, eben jetzt erst bei der Prüfung zum ersten Mal darstellen.

Noch schlimmer steht es bei der Untersuchung der Arzneimittel auf Reinheit. Die Prüfungskommission hat bei der Ausführung derselben die Ueberzeugung gewonnen, dass der grösste Theil der Kandidaten selten oder nie eine solche Untersuchung vorgenommen hat. Auch ist in den Laboratoriumsjournalen in den meisten Fällen nichts über solche Uebungen aufgezeichnet.

Etwas besser steht es mit der Anfertigung der Rezepte. Man erkennt, dass hierauf das Hauptgewicht gelegt wird, um den Anfänger sobald wie möglich zum Serviren in der Offizin abzurichten, damit er den Dienst eines Gehilfen versehen kann. Die Ausbildung der Lehrlinge zu Gehilfen ist allerdings in der Bekanntmachung vom 13. November 1875 vorgesehen, aber jedenfalls nicht in exklusiver Richtung beabsichtigt. Dieser einseitige Unterrichtsmodus kommt auch dem Lehrling nicht zu gut, weil derselbe, durch einen solchen Dienst ermüdet und abgespannt, wenig Lust mehr zum theoretischen Studiren, für welches ihm gewöhnlich die Abendstunden zugewiesen sind, verspürt.

Mangelhaft ist ferner die Vorbildung in der Pharmakognosie und in der Botanik. Den jungen Leuten müsste auch ausserhalb der Ausgangstage, und hauptsächlich in den Landapotheken Gelegenheit gegeben werden, Pflanzen zu sammeln und unter der Leitung der Prinzipale zu bestimmen, um die auf solche Weise erkannten Pflanzen zu einem Herbarium sorgfältig zu klassiren und aufzubewahren, statt, wie solches nur zu häufig vorkommt, gekaufte oder entliehene Herbarien bei der Prüfung vorzulegen. Es würden alsdann bei der mündlichen Prüfung nicht in so bedauerlicher Weise Unwissenheiten hervortreten, die nicht selten auf eine lässige Lehre schliessen lassen.

Auch die Apothekergesetzgebung ist den Prüflingen in der Regel nicht genügend bekannt und es lässt sich auch hier eine Lücke im Unterricht erkennen. Gewöhnlich lernen sie einzelne Bestimmungen auswendig, ohne Sinn und Bedeutung der Gesetzgebung zu erfahren.

Die Laboratoriumsjournale sind in Ermangelung der pflichtschuldigen Uebungen meistens zu dürftig ausgestattet."

Den Lehrherren muss deshalb auf das Dringendste anempfohlen werden, dass sie ihren Verpflichtungen den ihnen anvertrauten Lehrlingen gegenüber in gebührender Weise nachkommen. Es ist gewiss nicht zu viel verlangt, wenn man von ihnen erwartet, dass sie mit den Lehrlingen die gewöhnlichen galenischen Laboratoriumsarbeiten durchmachen und ebenso die gebräuchlichsten chemischen Präparate mindestens einmal, wenn auch in beschränktem Massstabe, mit den hierzu nöthigen Erläuterungen anfertigen lassen. Aus eigener Anschauung erlernt der Lehrling den Darstellungsvorgang viel leichter und begreift ihn auf viel nachhaltigere Weise als durch mechanisches Erlernen aus Büchern.

Was die Untersuchung auf Reinheit anbelangt, so wird von den Revisionskommissionen stets darauf gedrungen, dass ein Waarenprüfungsbuch in den Apotheken geführt wird. Ohne Zweifel wird dies demnächst auch wie in Preussen, Baden u. s. w. gesetzlich eingeführt.

Die den jungen Leuten zu gewährenden botanischen Ausflüge dienen demselben nicht allein zur Belehrung, sondern auch zur Erholung; eine Wohlthat, die bei der gebundenen Lebensart in den Apotheken nicht zu unterschätzen ist. Es darf übrigens nicht unerwähnt bleiben, dass der Lehrling nicht da ist, um als Arbeitskraft ausgenützt zu werden, sondern seiner theoretischen und praktischen Ausbildung wegen, für die er ja Lehrgeld bezahlt. Erst bei vorgerückter Lehrzeit, wenn er einmal unter fortwährender Aufsicht der Prinzipale oder eines examinirten Gehilfen selbstständig rezeptiren kann, wird er einigermassen den Dienst eines Gehilfen leisten können. Uebungen, abwechselnd in der Offizin, im Laboratorium und in der freien Natur, geben dem Lehrling stets neue Frische und Anregung, weiter auf dem Gebiet seiner Kunst und Wissenschaft fortzuarbeiten.

Die Prüfungskommission habe ich angewiesen, künftig noch strenger wie bisher bei der Prüfung zu verfahren, auch habe ich sie ersucht, mir bei jedem Fall zu berichten, ob das Ergebniss der Prüfung darauf hinweist, dass der Lehrling deshalb nicht bestanden hat, weil die Lehre mangelhaft war.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.

J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 21. **1. November.** 1900.

Rechtsprechung.

Der Apotheker kann für Mängel, die sich bei der Apothekenrevision ergeben haben, strafrechtlich verantwortlich gemacht werden. Urtheil des Kammergerichts (Strafsenats) zu Berlin vom 24. September 1900.

Der Vorderrichter (Landgericht zu Wiesbaden) irrt rechtlich, wenn er nicht den Ministerialerlass vom 16. Dezember 1893, betreffend Einrichtungen und den Betrieb von Apotheken, sowie die ergänzenden Ministerialerlasse als Verordnungen im Sinne des §. 367, Nr. 5 des R.-Str.-G.-B. gelten lassen will. Wenn dieses von „Verordnungen“ spricht, so versteht es hierunter nicht allgemeine Polizeiverordnungen, wie der Vorderrichter annimmt, sondern nur Vorschriften, die von zuständiger Seite erlassen sind. Meint das Strafgesetzbuch eigentliche Polizeiverordnungen, so bringt es auch die entsprechende Bezeichnung (z. B. im §. 366) zur Anwendung.

Apparate (Panaxora und Oxydonor victory) sind keine Geheimmittel. Urtheil des Kammergerichts (Strafsenats) in Berlin vom 15. Oktober 1900.

Wegen Ankündigung durch Druckschrift von zwei Apparaten, „Panaxora“ und „Oxydonor victory“, durch deren Gebrauch angeblich dem Körper Sauerstoff zugeführt und üble Substanzen aus ihm ohne Schmerzen entfernt werden sollten, waren die betreffenden Fabrikanten in den Anklagezustand versetzt. Sie bestritten, dass ihre Apparate Geheimmittel im Sinne der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen seien; denn darunter seien nur Arzneimittel, die dem Körper zugeführt werden, zu verstehen. Gleichwohl wurden die Angeklagten sowohl vom Schöffengericht, als von der Strafkammer des Landgerichts verurtheilt; der Strafsenat des Kammergerichts erkannte jedoch auf Freisprechung mit der Begründung, dass unter Geheimmittel nur solche Arzneimittel zu verstehen seien, die dem menschlichen Körper ganz oder zum Theil eingeführt werden. Apparate, wie die in Rede stehenden oder wie das Voltakreuz, Gehörapparate u. s. w. könnten nicht als Geheimmittel angesehen werden.

Medizinal-Gesetzgebung.

Deutsches Reich.

Vorläufige Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 (Reichs-Gesetzbl. S. 306) behufs Bekämpfung der Pest. Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 6. Oktober 1900.

Auf Grund der §§. 22, 27, 40 und 42 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 wird zur Bekämpfung der Pest Folgendes bestimmt:

1. Zu §§. 12, 13. Die Polizeibehörden haben ein besonderes Augenmerk auf solche Personen zu richten, welche sich kürzlich in einem von der Pest heimgesuchten Orte aufgehalten haben.

Es empfiehlt sich, diese Personen einer nach dem Gutachten des beamteten Arztes zu bemessenden, aber nicht länger als zehn Tage seit dem letzten Tage ihrer Anwesenheit am Pestorte dauernder Beobachtung zu unterstellen, jedoch in schonender Form und so, dass Belästigungen der Personen thunlichst vermieden werden. Die Beobachtung wird in der Regel darauf beschränkt werden können, dass durch einen Arzt oder eine sonst geeignete Person zeitweise Er-

kundigung über den Gesundheitszustand der betreffenden Personen eingezogen wird. Erforderlichen Falles sollen zur Erleichterung dieser Massnahme die höheren Verwaltungsbehörden für den Umfang ihres Bezirks oder für Theile desselben anordnen, dass zureisende Personen, welche sich innerhalb zehn Tagen vor ihrer Ankunft in einem von der Pest betroffenen Ort oder Bezirk aufgehalten haben, nach ihrer Ankunft der Ortspolizeibehörde binnen einer zu bestimmenden möglichst kurzen Frist schriftlich oder mündlich zu melden sind.

Eine verschärfte Art der Beobachtung, verbunden mit Beschränkungen in der Wahl des Aufenthalts, oder der Arbeitsstätte (z. B. Anweisung eines bestimmten Aufenthalts, Verpflichtung zum zeitweisen persönlichen Erscheinen vor der Gesundheitsbehörde, Untersagung des Verkehrs an bestimmten Orten) ist solchen Personen gegenüber zulässig, welche obdachlos oder ohne festen Wohnsitz sind, oder berufs- oder gewohnheitsmässig umherziehen, z. B. fremdländische Auswanderer und Arbeiter, Zigeuner, Landstreicher, Hausirer.

2. Zu §§. 14, 18. An Pest erkrankte oder krankheitsverdächtige Personen sind ohne Verzug unter Beobachtung der Bestimmung im §. 14 Abs. 2 und 3 des Gesetzes abzusondern; das Gleiche gilt für ansteckungsverdächtige Personen, insoweit nicht der beamtete Arzt eine einfachere Art der Beobachtung (vergl. Ziffer 1) für ausreichend erachtet. Als krankheitsverdächtig sind solche Personen zu betrachten, welche unter Erscheinungen erkrankt sind, die den Ausbruch der Pest befürchten lassen, als ansteckungsverdächtig solche, bei welchen dergleichen Erscheinungen zwar nicht vorliegen, jedoch die Besorgniss gerechtfertigt ist, dass sie den Krankheitsstoff der Pest aufgenommen haben. Die Absonderung der ansteckungsverdächtigen Personen darf nur bis zur Dauer von zehn Tagen angeordnet werden.

Unter Umständen kann es sich empfehlen, die Kranken, anstatt sie zur Absonderung in ein Krankenhaus oder in einen sonst geeigneten Unterkunftsraum zu verbringen, in der Wohnung zu belassen und die Gesunden aus derselben zu entfernen. Es kann sogar die Räumung des ganzen Hauses angezeigt sein, namentlich wenn in ihm ungünstige sanitäre Zustände (Ueberfüllung, Unreinlichkeit und dergl.) herrschen. Die Räumung ist insbesondere dann nothwendig, wenn unter den Ratten oder Mäusen in einem solchen Hause die Pest ausgebrochen ist, oder wenn es sich um ein sogenanntes Pesthaus handelt, in welchem unter den Bewohnern die Seuche wiederholt auftritt. Die gänzliche oder theilweise Räumung von Wohnungen oder Häusern gegen den Willen der davon Betroffenen ist jedoch an die Voraussetzung geknüpft, dass der beamtete Arzt sie zur wirksamen Bekämpfung der Pest für unerlässlich erklärt.

Für den Transport der Kranken und Krankheits- oder Ansteckungsverdächtigen sollen dem öffentlichen Verkehre dienende Fuhrwerke (Droschken, Strassenbahnen, und dergl.) in der Regel nicht benutzt werden.

Die Polizeibehörden haben alle Insassen eines Hauses, in welchem ein Pestfall vorgekommen ist, in Bezug auf ihren Gesundheitszustand, erforderlichen Falls durch Absonderung, einer Beobachtung zu unterwerfen und dafür Sorge zu tragen, dass Erkrankungen und Todesfälle jeder Art, welche in einem solchen Hause sich ereignen, zu ihrer Kenntniss gelangen.

Wohnungen oder Häuser, in denen an der Pest erkrankte Personen sich befinden, sind kenntlich zu machen.

3. Zu §. 15. Die zuständigen Behörden haben ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, inwieweit Veranstaltungen, welche eine Ansammlung grösserer Menschenmengen mit sich bringen (Messen, Märkte u. s. w.), an oder in der Nähe solcher Orte, in welchen die Pest ausgebrochen ist, zu untersagen sind.

Verkaufsstellen von Lebensmitteln in Häusern, in denen ein Pestfall vorgekommen ist, sind zu schliessen, sofern nach dem Gutachten des beamteten Arztes die Fortsetzung des Betriebes als gefährlich zu betrachten ist.

Die Polizeibehörden der von Pest ergriffenen Orte haben dafür zu sorgen, dass Gegenstände, von denen anzunehmen ist, dass sie mit dem Krankheitsstoff der Pest behaftet sind, vor wirksamer Desinfektion nicht in den Verkehr gelangen.

Insbesondere ist für Orte oder Bezirke, in denen die Pest sich weiter verbreitet, die Ausfuhr von gebrauchter Leibwäsche, gebrauchtem Bettzeug, alten und getragenen Kleidungsstücken, sowie von Hadern und Lumpen aller Art zu verbieten. Ausgenommen sind neue Abfälle, welche unmittelbar aus Spinnereien, Webereien, Konfektions- und Bleichanstalten kommen, Kunstwolle, neue Papierschnitzel, sowie unverdächtiges Reisegepäck.

Einfuhrverbote gegen inländische Pestorte sind nicht zulässig. Das Verbot der Einfuhr bestimmter Waaren und anderer Gegenstände aus dem Auslande richtet sich nach den gemäss §. 25 des Gesetzes in Vollzug gesetzten Bestimmungen (vrgl. Bekanntmachung vom 4. Juli 1900, Reichs-Ges.-Bl. S. 555).

Für gebrauchtes Bettzeug, Leibwäsche und getragene Kleidungsstücke, welche aus einem Pestorte stammen und seit Verlassen desselben noch nicht wirksam desinfizirt worden sind, kann eine Desinfektion angeordnet werden. Im Uebrigen ist eine Desinfektion von Gegenständen des Güter- und Reiseverkehrs einschliesslich der von Reisenden getragenen Wäsche- und Kleidungsstücke nur dann geboten und zulässig, wenn die Gegenstände nach dem Gutachten des beamteten Arztes als mit dem Ansteckungsstoff der Pest behaftet anzusehen sind.

Weitergehende Beschränkungen des Gepäck- und Güterverkehrs, sowie des Verkehrs mit Post- (Brief- und Packet-) Sendungen sind nicht zulässig.

4. Zu §. 16. Jugendliche Personen aus Behausungen, in denen ein Fall von Pest vorgekommen ist, müssen, so lange nach dem Gutachten des beamteten Arztes eine Weiterverbreitung der Seuche aus diesen Behausungen zu befürchten ist, vom Schulbesuche ferngehalten werden.

Das Gleiche gilt hinsichtlich des Besuches jedes anderen Unterrichts, an welchem eine grössere Anzahl von Personen theilnimmt.

5. Zu §. 19. In Häusern, in welchen Pestfälle vorgekommmen, sind die erforderlichen Massnahmen zur Desinfektion der Ausscheidungen des Kranken, sowie der mit dem Kranken oder Gestorbenen in Berührung gekommenen Gegenstände zu treffen. Ganz besonderer Aufmerksamkeit ist der Desinfektion infizirter Räume, sowie der Betten und der Leibwäsche des Kranken oder Gestorbenen zuzuwenden. Auch ist Vorsorge zu treffen, dass Fahrzeuge, welche zur Beförderung von kranken, krankheits- und ansteckungsverdächtigen Personen gedient haben, alsbald und vor anderweiter Benutzung desinfizirt werden.

Häuser, in denen an der Pest verendete Ratten gefunden werden, sind zu desinfiziren, soweit dies von dem beamteten Arzte für erforderlich erachtet wird. Wohnungen und Häuser, welche wegen Pestausbruchs geräumt worden sind, dürfen erst nach einer wirksamen Desinfektion zur Wiederbenutzung freigegeben werden.

Die Desinfektionen sind nach Massgabe der aus der Anlage 1 ersichtlichen Anweisung zu bewirken.

6. Zu §. 20. Ganz besondere Aufmerksamkeit ist der Vertilgung von Ratten, Mäusen und sonstigem Ungeziefer zuzuwenden. Es ist insbesondere Vorkehrung dafür zu treffen, dass die Ortspolizeibehörde, sobald an einem Orte unter den Ratten (insbesondere in Getreidelagern, Lebensmittelmagazinen und dergl.) ein auffälliges Sterben aus unbekannter Ursache beobachtet wird, von diesem Vorkommniss unverzüglich Kenntniss erhält. Einige todte Ratten sind in möglichst frischem Zustande unter genauer Beobachtung der für die Versendung pestverdächtiger Untersuchungsobjekte ergehenden Anweisung sofort denjenigen Stellen zu übersenden, welche von den Landesregierungen mit der bakteriologischen Untersuchung pestverdächtiger Fälle beauftragt sind; die übrigen todten Ratten sind am besten zu verbrennen oder in einer hinreichend tiefen Grube, mit Kalkmilch reichlich übergossen, zu verscharren. Die Berührung solcher Ratten mit der Hand ist zu vermeiden. Der Platz, auf welchen sie gefunden wurden, ist zu desinfiziren.

7. Zu §. 21. Die Leichen der an Pest Gestorbenen sind in Tücher zu hüllen, welche mit einer desinfizirenden Flüssigkeit getränkt sind, und alsdann in dichte Särge zu legen, welche am Boden mit einer reichlichen Schicht Sägemehl, Torfmull oder anderen aufsaugenden Stoffen bedeckt sind. Die eingesargten Leichen sind, sofern nicht das Sterbehaus geräumt wird, thunlichst bald aus der Behausung zu entfernen. Das Waschen der Leichen ist zu vermeiden. Soll es ausnahmsweise stattfinden, so darf es nur unter den von dem beamteten Arzt angeordneten Vorsichtsmassregeln und nur mit desinfizirenden Flüssigkeiten ausgeführt werden. Die Ausstellung der Leichen im Sterbehaus oder im offenen Sarg ist zu untersagen, das Leichengefolge möglichst zu beschränken und dessen Eintritt in die Sterbewohnung zu verbieten. Die Beförderung der Leichen von Personen, welche an der Pest gestorben sind, nach einem anderen als dem ordnungsmässigen Beerdigungsort ist zu untersagen. Die Beerdigung der Pestleichen ist thunlichst zu beschleunigen.

Eine Oeffnung der Leiche darf nur auf Anordnung oder mit Genehmi-

gung der Polizeibehörde und in der Regel nur in Gegenwart des mit der Feststellung der Krankheit beauftragten Arztes stattfinden. Die Leichenöffnung ist nur anzuordnen, insoweit sie der beamtete Arzt zur Feststellung der Krankheit für erforderlich hält. Im Uebrigen darf die Genehmigung zur Leichenöffnung nur zu wissenschaftlichen Zwecken und nach Massgabe der von der zuständigen Behörde zu erlassenden Vorschriften ertheilt werden. Die Leichenöffnung wird zweckmässig in dem abgedichteten Sarge vorgenommen.

8. Zu §. 22. Die Aufhebung der zur Abwehr der Pestgefahr getroffenen Anordnungen darf nur nach Anhörung des beamteten Arztes erfolgen.

9. Zu §. 27. Für das Arbeiten und den Verkehr mit Pesterregern gelten die aus der Anlage 2 ersichtlichen Bestimmungen.

10. Zu §. 40. Für den Eisenbahnverkehr gelten die in der Anlage 3 enthaltenen Bestimmungen.

11. Zu §. 42. Neben der im §. 42 des Gesetzes vorgeschriebenen Benachrichtigung von dem Ausbruch der Pest sind von den Behörden an das Kaiserliche Gesundheitsamt mitzutheilen:

a. tägliche Uebersichten über die weiteren Erkrankungs- und Todesfälle unter Benennung der Ortschaften und Bezirke,

b. wöchentlich eine Nachweisung über den Verlauf der Seuche in den einzelnen Ortschaften nach Massgabe des als Anlage 4 beigefügten Formulars.

Die täglichen Uebersichten sind auf kürzestem Wege zu übermitteln. Die Wochennachweisungen sind so zeitig abzusenden, dass bis Montag Mittag die Mittheilungen über die in der vergangenen Woche bis Sonnabend einschliesslich gemeldeten Erkrankungen und Todesfälle im Gesundheitsamt eingehen.

Anlage 1.

Desinfektionsanweisung bei Pest.

I. Desinfektionsmittel.

a. Kresol, Karbolsäure.

1. Verdünntes Kresolwasser. Zur Herstellung wird 1 Gewichtstheil Kresolseifenlösung (Liquor Cresoli saponatus des Arzneibuchs für das Deutsche Reich, Vierte Ausgabe) mit 19 Gewichtstheilen Wasser gemischt. 100 Theile enthalten annähernd 2,5 Theile rohes Kresol. — Das Kresolwasser (Aqua cresolica des Arzneibuchs für das Deutsche Reich, Vierte Ausgabe) enthält in 100 Theilen 5 Theile rohes Kresol, ist also vor dem Gebrauche mit gleichen Theilen Wasser zu verdünnen.

2. Karbolsäurelösung. 1 Gewichtstheil verflüssigte Karbolsäure (Acidum carbolicum liquefactum) wird mit 30 Gewichtstheilen Wasser gemischt.

b. Chlorkalk.

Der Chlorkalk hat nur dann eine ausreichende desinfizirende Wirkung, wenn er frisch bereitet und in wohlverschlossenen Gefässen aufbewahrt ist; er muss stark nach Chlor riechen. Er wird in Mischung von 1 : 50 Gewichtstheilen Wasser verwendet.

c. Kalk, und zwar:

1. Kalkmilch. Zur Herstellung derselben wird 1 Liter zerkleinerter reiner gebrannter Kalk, sogenannter Fettkalk, mit 4 Liter Wasser gemischt, und zwar in folgender Weise:

Es wird von dem Wasser etwa $^3/_4$ Liter in das zum Mischen bestimmte Gefäss gegossen und dann der Kalk hineingelegt. Nachdem der Kalk das Wasser aufgesogen hat und dabei zu Pulver zerfallen ist, wird er mit dem übrigen Wasser zu Kalkmilch verrührt.

2. Kalkbrühe, welche durch Verdünnung von 1 Theile Kalkmilch mit 9 Theilen Wasser frisch bereitet wird.

d. Kaliseife.

3 Gewichtstheile Kaliseife (sogenannte Schmierseife oder grüne Seife oder schwarze Seife) werden in 100 Gewichtstheilen siedend heissem Wasser gelöst (z. B. $^1/_2$ kg Seife in 17 Liter Wasser).

Diese Lösung ist heiss zu verwenden.

e. Formaldehyd.

Der Formaldehyd ist ein stark riechendes, auf die Schleimhäute der Luftwege, der Nase, der Augen reizend wirkendes Gas, das aus Formalin, einer im Handel vorkommenden, etwa 25prozentigen wässerigen Lösung des Formaldehyds (Formaldehydum solutum des Arzneibuchs) durch Kochen oder Zerstäubung mit Wasserdampf oder Erhitzen sich entwickeln lässt. Das Formalin

ist bis zur Benutzung gut verschlossen und vor Licht geschützt aufzubewahren.

Der Formaldehyd in Gasform ist für die Desinfektion geschlossener oder allseitig gut abschliessbarer Räume verwendbar und eignet sich zur Vernichtung von Krankheitskeimen, die an frei liegenden Flächen oberflächlich oder doch nur in geringer Tiefe haften. Zum Zustandekommen der desinfizirenden Wirkung sind erforderlich:

vorgängiger allseitig dichter Abschluss des zu desinfizirenden Raumes durch Verklebung, Verkittung aller Undichtigkeiten der Fenster und Thüren, der Ventilationsöffnungen und dergleichen,

Entwickelung von Formaldehyd in einem Mengenverhältnisse von wenigstens 5 g auf 1 cbm Luftraum,

gleichzeitige Entwickelung von Wasserdampf bis zu einer vollständigen Sättigung der Luft des zu desinfizirenden Raumes (auf 100 cbm Raum sind 3 Liter Wasser zu verdampfen),

wenigstens sieben Stunden andauerndes ununterbrochenes Verschlossenbleiben des mit Formaldehyd und Wasserdampf erfüllten Raumes; diese Zeit kann bei Entwickelung doppelt grosser Mengen von Formaldehyd auf die Hälfte abgekürzt werden.

Formaldehyd kann in Verbindung mit Wasserdampf von aussen her durch Schlüssellöcher, durch kleine in die Thür gebohrte Oeffnungen und dergleichen in den zu desinfizirenden Raum geleitet werden. Werden Thüren und Fenster geschlossen vorgefunden und sind keine andere Oeffnungen (z. B. für Ventilation, offene Ofenthüren) vorhanden, so empfiehlt es sich, die Desinfektion mittelst Formaldehyds auszuführen, ohne vorher das Zimmer zu betreten, bezw. ohne die vorherigen Abdichtungen vorzunehmen; für diesen Fall ist die Entwickelung wenigstens vier Mal grössere Mengen Formaldehyds, als sie für die Desinfektion nach geschehener Abdichtung angegeben sind, erforderlich.

Die Desinfektion mittelst Formaldehyds darf nur nach bewährten Methoden ausgeübt und nur geübten Desinfektoren anvertraut werden, die für jeden einzelnen Fall mit genauer Anweisung zu versehen sind. Nach Beendigung der Desinfektion empfiehlt es sich, zur Beseitigung des den Räumen noch anhaftenden Formaldehydgeruchs Ammoniakgas einzuleiten.

f. Dampfapparate.

Als geeignet können nur solche Apparate und Einrichtungen angesehen werden, welche von Sachverständigen geprüft sind.

Auch Nothbehelfseinrichtungen können unter Umständen ausreichen.

Die Prüfung derartiger Apparate und Einrichtungen hat sich zu erstrecken namentlich auf die Anordnung der Dampfzuleitung und -Ableitung, auf die Handhabungsweise und die für eine gründliche Desinfektion erforderliche Dauer der Dampfeinwirkung.

Die Bedienung der Apparate u. s. w. ist, wenn irgend angängig, wohl unterrichteten Desinfektoren zu übertragen.

g. Siedehitze.

Auskochen in Wasser, Salzwasser oder Lauge wirkt desinfizirend. Die Flüssigkeit muss die Gegenstände vollständig bedecken und mindestens zehn Minuten lang im Sieden gehalten werden.

Unter den angeführten Desinfektionsmitteln ist die Auswahl nach Lage der Umstände zu treffen. Es ist zulässig, dass seitens der beamteten Aerzte unter Umständen auch andere in Bezug auf ihre desinfizirende Wirksamkeit erprobte Mittel angewendet werden; die Mischungs- bezw. Lösungsverhältnisse, sowie die Verwendungsweise solcher Mittel sind so zu wählen, dass der Erfolg der Desinfektion nicht nachsteht einer mit den unter a bis g bezeichneten Mitteln ausgeführten Desinfektion.

II. Anwendung der Desinfektionsmittel im Einzelnen.

1. Alle Ausscheidungen der Kranken (Wund- und Geschwürsausscheidungen, Auswurf und Nasenschleim, etwaige bei Sterbenden aus Mund und Nase hervorgequollene schaumige Flüssigkeit, Blut und Urin, Erbrochenes und Stuhlgang) sind mit dem unter Ia beschriebenen verdünnten Kresolwasser oder durch Siedehitze (I g) zu desinfiziren. Es empfiehlt sich, solche Ausscheidungen unmittelbar in Gefässen aufzufangen, welche die Desinfektionsflüssigkeit in mindestens gleicher Menge enthalten, und sie hierauf mit der letzteren gründlich zu verrühren. Verbandgegenstände sind, wenn das Verbrennen derselben (vergl. Ziffer 9) nicht angängig ist, unmittelbar nach dem Gebrauch ebenfalls

in solche mit verdünntem Kresolwasser (I a) beschickte Gefässe zu legen, so dass sie von der Flüssigkeit vollständig bedeckt sind.

Die Gemische sollen mindestens zwei Stunden stehen bleiben und dürfen erst dann beseitigt werden.

Schmutzwässer sind mit Chlorkalk oder Kalkmilch zu desinfiziren und zwar ist vom Chlorkalke so viel zuzusetzen, bis die Flüssigkeit stark nach Chlor riecht, von Kalkmilch so viel, dass das Gemisch rothes Lackmuspapier stark und dauernd blau färbt. In allen Fällen darf die Flüssigkeit erst nach zwei Stunden abgegossen werden.

2. Hände und sonstige Körpertheile müssen jedes Mal, wenn sie mit infizirten Dingen (Ausscheidungen der Kranken, beschmutzter Wäsche u. s. w.) in Berührung gekommen sind, durch gründliches Waschen mit verdünntem Kresolwasser oder Karbolsäurelösung (I a) desinfizirt werden.

Bei Berührung mit infizirten Dingen, Pestkranken, Pestleichen, bei Desinfektionen von Häusern u. s. w. können die Hände vor dem Eindringen von Krankheitskeimen durch gründliches Einreiben mit Oel, Paraffinsalbe (Vaselin) und dergleichen geschützt werden.

3. Bett- und Leibwäsche, sowie waschbare Kleidungsstücke und dergl. sind entweder auszukochen (I g), oder in ein Gefäss mit verdünntem Kresolwasser oder Karbolsäurelösung (I a) zu stecken. Die Flüssigkeit muss in den Gefässen die eingetauchten Gegenstände vollständig bedecken. In dem Kresolwasser oder der Karbolsäurelösung bleiben die Gegenstände wenigstens zwei Stunden. Dann werden sie mit Wasser gespült und weiter gereinigt. Das dabei ablaufende Wasser kann als unverdächtig behandelt werden.

4. Kleidungsstücke, die nicht gewaschen werden können, Matratzen, Teppiche und alles, was sich zur Dampfdesinfektion eignet, sind in Dampfapparaten zu desinfiziren (I f).

5. Alle diese zu desinfizirenden Gegenstände sind beim Zusammenpacken und bevor sie nach den Desinfektionsanstalten oder -Apparaten geschafft werden, in Tücher, welche mit Karbolsäurelösung (I a) angefeuchtet sind, einzuschlagen und, wenn möglich, in gut schliessenden Gefässen zu verwahren.

Wer solche Wäsche u. s. w. vor der Desinfektion angefasst hat, muss seine Hände in der unter Ziffer 2 angegebenen Weise desinfiziren.

6. Zur Desinfektion infizirter oder der Infektion verdächtiger Räume, namentlich solcher, in denen sich Pestkranke aufgehalten haben, sind zunächst die Lagerstätten, Geräthschaften und dergleichen, ferner die Wände und der Fussboden, unter Umständen auch die Decke mittelst Lappen, die mit verdünntem Kresolwasser oder Korbolsäurelösung (I a) getränkt sind, gründlich abzuwaschen; besonders ist darauf zu achten, dass diese Lösungen auch in alle Spalten, Risse und Fugen eindringen.

Die Lagerstellen von Kranken oder von Verstorbenen und die in der Umgebung von wenigstens 2 m Entfernung befindlichen Geräthschaften, Wand- und Fussbodenflächen sind bei dieser Desinfektion besonders zu berücksichtigen.

Alsdann sind die Räumlichkeiten und Geräthschaften mit einer reichlichen Menge Wasser oder Kaliseifenlösung (I d) zu spülen. Nach ausgeführter Desinfektion ist gründlich zu lüften.

7. Die Anwendung des Formaldehyds empfiehlt sich besonders zur sogenannten Oberflächendesinfektion. Ausserdem gewährt sie den Desinfektoren einen gewissen Schutz vor einer Infektion bei den nach Ziffer 6 auszuführenden mechanischen Desinfektionsarbeiten und ist möglichst vor dem Beginn sonstiger Desinfektion in der Weise auszuführen, dass die zu desinfizirenden Räumlichkeiten erst nach der beendeten Formaldehyddesinfektion betreten zu werden brauchen (vergl. I e, Abs. 3).

Nach vorausgegangener Desinfektion mittelst Formaldehyds können nur die Wände, die Zimmerdecke, die freien glatten Flächen der Geräthschaften als desinfizirt gelten. Alles Uebrige, namentlich alle diejenigen Theile, welche Risse und Fugen aufweisen, sind gemäss den vorstehend gegebenen Verschriften zu desinfiziren.

8. Gegenstände von Leder, Holz- und Metalltheile von Möbeln, sowie ähnliche Gegenstände werden sorgfältig und wiederholt mit Lappen abgerieben, die mit verdünntem Kresolwasser oder Karbolsäurelösung (I a) befeuchtet sind. Die gebrauchten Lappen sind zu verbrennen.

Pelzwerk wird auf der Haarseite bis auf die Haarwurzel mit verdünntem

Kresolwasser oder Karbolsäurelösung (I a) durchweicht. Nach zwölfstündiger Einwirkung derselben darf es ausgewaschen und weiter gereinigt werden.

Plüsch- und ähnliche Möbelbezüge werden nach Ziffer 3 und 4 desinfizirt oder mit verdünntem Kresolwasser oder Karbolsäurelösung (I a) durchfeuchtet, feucht gebürstet und mehrere Tage hinter einander gelüftet und dem Sonnenlicht ausgesetzt.

9. Gegenstände von geringem Werthe (Inhalt von Strohsäcken, gebrauchte Lappen und dergl.) sind zu verbrennen.

10. Etwa aufgefundene Kadaver von Nagethieren, namentlich von Ratten und Mäusen, sind in feuchte, mit verdünntem Kresolwasser oder Karbolsäurelösung (I a) getränkte Lappen einzuschlagen, ohne dass sie dabei mit den blossen Fingern berührt werden; alsdann sind dieselben durch gründliches Auskochen — mindestens eine Stunde lang — unschädlich zu machen oder besser sofort zu verbrennen oder, wenn beides nicht durchführbar, in einer hinreichend tiefen Grube, mit Kalkmilch reichlich übergossen, zu verscharren.

11. Durch Ausscheidungen von Kranken beschmutzte Erde, Pflaster, sowie Rinnsteine, ferner der Platz, auf welchem Rattenkadaver gefunden wurden, werden durch Uebergiessen mit verdünntem Kresolwasser (I a), oder Kalkmilch (I c, 1) desinfizirt.

12. Soll sich die Desinfektion auch auf Personen erstrecken, so ist dafür Sorge zu tragen, dass dieselben ihren ganzen Körper mit Seife abwaschen und ein vollständiges Bad nehmen. Kleider und Effekten derselben sind nach Ziffer 3 und 4 zu behandeln.

13. Die Leichen der an Pest Gestorbenen sind in Tücher zu hüllen, welche mit einer der unter I a aufgeführten desinfizirenden Flüssigkeiten getränkt sind, und alsdann in dichte Särge zu legen, welche am Boden mit einer reichlichen Schicht Sägemehl, Torfmull oder anderen aufsaugenden Stoffen bedeckt sind.

14. Die Desinfektion des Kiel- (Bilge-) Raumes der im Fluss- und Binnenschifffahrtsverkehr benutzten Fahrzeuge, die Desinfektion des Ballastwassers und des etwa infizirten Trinkwassers ist nach den Vorschriften über die gesundheitspolizeiliche Kontrole der einen deutschen Hafen anlaufenden Seeschiffe zu bewirken.

15. Abweichungen von den Vorschriften unter Ziffer 1 bis 14 sind zulässig, soweit nach dem Gutachten des beamteten Arztes die Wirkung der Desinfektion gesichert ist.

Anlage 2.

Vorschriften über das Arbeiten und den Verkehr mit Pesterregern.

§. 1. Die Aufbewahrung von lebenden Erregern der Pest, sowie die Vornahme von wissenschaftlichen Versuchen mit diesen Erregern ist nur mit Erlaubniss der Landes-Zentralbehörde gestattet. Für das Kaiserliche Gesundheitsamt tritt an Stelle derselben das Reichsamt des Innern, für Militär- und Marine-Anstalten das zuständige Kriegs-Ministerium beziehungsweise das Reichs-Marineamt.

§. 2. Die Ertheilung der Erlaubniss ist von dem Nachweis abhängig, dass für die im §. 1 bezeichneten Arbeiten besondere Räume vorhanden sind, welche bezüglich ihrer Beschaffenheit, Einrichtung und Ausstattung folgende Voraussetzungen erfüllen:

1. Die Räume sollen durch eine massive Wand (ohne Thür) getrennt von anderen Räumen liegen und für sich einen eigenen, sicher abschliessbaren Eingang besitzen. Das Schloss der Eingangsthür darf sich nur mittelst des dazu gehörigen Schlüssels öffnen lassen, nicht durch sogenannte Hauptschlüssel. Grundsätzlich sollen wenigstens zwei Räume vorhanden sein, von denen der eine hauptsächlich für die Züchtung des Erregers und für mikroskopische Untersuchungen und dergleichen, der andere hauptsächlich für Unterbringung, Sektion und Vernichtung der Versuchsthiere zu verwenden ist. Die Räume sollen unmittelbar neben einander liegen und durch eine abschliessbare Zwischenthür verbunden sein. Wenn nur ein einziger Raum zur Verfügung steht und ausnahmsweise für ausreichend erachtet wird, so empfiehlt es sich, diesen so herzurichten, dass eine sichere, gesonderte Unterbringung der Versuchsthiere darin gewährleistet wird.

2. Die Räume sollen gut lüftbar und für Licht überall, namentlich auch

in den Winkeln, leicht zugänglich sein, glatte, undurchlässige, leicht zu reinigende und zu desinfizirende Fussböden und Wände haben; sie sollen keine Oeffnungen besitzen, durch welche kleinere Thiere oder Ratten schlüpfen können. Lüftungsöffnungen sind mit dichten Drahtnetzen zu überziehen. Die Fenster müssen dicht schliessen; werden sie geöffnet, so sind Einsätze mit engmaschigem Drahtgitter einzufügen.

3. Die Räume sollen für sich allein mit allen denjenigen Einrichtungen und Instrumenten ausgestattet sein, welche für die Züchtung von Mikroorganismen und zur Anstellung von Thierversuchen erforderlich sind; namentlich dürfen nicht fehlen:

a. ein mit sicherem Schlosse versehener Behälter zur Aufbewahrung lebender Kulturen und verdächtigen Materials,

b. Einrichtungen für sichere Unterbringung der Versuchsthiere (am zweckmässigsten hohe, in Wasserdampf sterilisirbare Glasgefässe mit Drahtumhüllung und fest anschliessendem Drahtdeckel mit Watteabschluss), ferner Einrichtungen für die Oeffnung der Thiere, für die Vernichtung der Kadaver und sonstiger infizirter Gegenstände, wie Streumaterialien und Futterreste (z. B. Verbrennungsofen, Dampfkochtopf, Gefässe mit konzentrirter Schwefelsäure),

c. Einrichtungen zur Desinfektion und Reinigung der Hände (Waschvorrichtung) und aller bei den Arbeiten gebrauchten Gegenstände (z. B. Autoklav oder Dampfkochtopf, Heissluftsterilisator).

4. Andere Gegenstände, als die zur Ausführung der Untersuchungen erforderlichen, dürfen in den Räumen nicht untergebracht werden.

§. 3. Bei nicht staatlichen Anstalten mit Arbeitsräumen der im §. 2 bezeichneten Beschaffenheit ist die Ertheilung der Erlaubniss noch von dem Nachweis abhängig, dass der Leiter den erforderlichen Grad persönlicher Zuverlässigkeit bakteriologischer Ausbildung besitzt.

Die Erlaubniss ist bei einem Wechsel des Leiters oder einer Veränderung der betreffenden Räume von Neuem nachzusuchen. Sie ist jeder Zeit widerruflich.

§. 4. Der Leiter der im §. 1 bezeichneten Versuche hat für die dauernde ordnungsmässige Instandhaltung und für den gesammten Betrieb in den Arbeitsräumen, namentlich für die Durchführung der bei dem Aufbewahren von Kulturen der Pesterreger, sowie bei Thierversuchen mit diesen Erregern zu beobachtenden Massregeln Sorge zu tragen. Er darf in Behinderungsfällen, sowie für einzelne Arbeiten und Verrichtungen nur solche Persönlichkeiten mit seiner Vertretung betrauen oder zu seiner Hülfe heranziehen, welche nach Vorbildung und persönlichen Eigenschaften (Zuverlässigkeit u. s. w.) im Stande sind, die volle Verantwortlichkeit zu übernehmen. Ständige Vertreter sind der Landes-Zentralbehörde namhaft zu machen und bedürfen ebenfalls Erlaubniss. Ist aus besonderen Gründen anderen Personen der Zutritt zu gestatten, so hat der Leiter die zur Sicherung gegen Ansteckungsgefahr erforderlichen Massregeln zu treffen.

Es empfiehlt sich, dass die in Pestlaboratorien thätigen Personen (Leiter, Vertreter, Diener) aktiv gegen Pest immunisirt sind.

§. 5. Die Verwendung von Dienern bei Arbeiten mit Pesterregern ist nur dann gestattet, wenn dieselben über die aus einer Verschleppung dieser Krankheitserreger entstehenden Gefahren wohl unterrichtet und in der sachgemässen Behandlung bakteriologischer Geräthe, Kulturen und infizirter Thiere gut ausgebildet sind.

Alle dem Diener etwa übertragenen Arbeiten (wie Reinigung des Laboratoriums, Fütterung der Thiere, Desinfektion und Reinigung der Käfige, Unschädlichmachung und Vernichtung des Mistes, der Streu und der Kadaver) haben nach genauer Anweisung des Leiters zu geschehen.

Der Diener darf nur in Gegenwart und unter Aufsicht des Leiters oder seines Vertreters in den Arbeitsräumen sich aufhalten.

§. 6. Während des Aufenthalts in den Arbeitsräumen sind leicht desinfizirbare und waschbare Schutzüberkleider zu tragen, welche vor dem Verlassen der Räume wieder abzulegen sind; diese Schutzkleider sind vor der Ausgabe zur Wäsche in den Arbeitsräumen selbst zu desinfiziren.

In den Räumen darf nur bei geschlossenen Thüren und Fenstern gearbeitet werden, das Rauchen in den Räumen ist verboten.

Sämmtliche mit infektionstüchtigem Material in Berührung gekommenen Gegenstände, ausgenommen das zur Aufbewahrung bestimmte Material, sind möglichst sofort zu desinfiziren oder zu vernichten.

Bei den Arbeiten mit Versuchsthieren ist namentlich sorgfältig darauf zu achten, dass ein Entweichen von Thieren oder eine Verstreuung von infektionstüchtigem Materiale nicht stattfindet.

Thiere, welche in den Arbeitsräumen untergebracht waren, sind in diesen selbst zu vernichten; die Kadaver werden zweckmässig entweder verbrannt oder in konzentrirter Schwefelsäure aufgelöst oder mittelst Dampfes sterilisirt.

Die Arbeitsräume sind ausserhalb der Zeit ihrer Benutzung sicher verschlossen zu halten.

Vor dem Verlassen der Räume hat sich der Leiter oder sein Vertreter zu vergewissern, dass die Versuchsthiere und Kulturen sicher untergebracht sind und dass Infektionsmaterial nicht verstreut ist.

§. 7. Die Kulturen der Pesterreger, sowie das mit solchen behaftete Material sollen in einem besonderen Behälter (§. 2 Ziffer 3a) unter sicherem Verschluss aufbewahrt werden und dürfen den Dienern nicht zugänglich sein.

§. 8. Der Handel mit Kulturen der Pesterreger, sowie die Ueberlassung solcher Kulturen an Personen, welche die im §. 1 bezeichnete Erlaubniss nicht besitzen, ist verboten.

§. 9. Die Versendung von lebenden Kulturen der Pesterreger erfolgt in zugeschmolzenen Glasröhren, die umgeben von einer weichen Hülle (Filtrierpapier und Watte oder Holzwolle) in einem durch übergreifenden Deckel gut verschlossenen Blechgefässe stehen; das letztere ist seinerseits noch in einer Kiste mit Holzwolle oder Watte zu verpacken. Es empfiehlt sich, nur frisch angelegte, noch nicht im Brutschranke gehaltene Aussaaten auf festem Nährboden zu versenden. In entsprechender Weise wie die Kulturen ist Pestmaterial zu verpacken.

Die Sendung muss mit starkem Bindfaden umschnürt, versiegelt und mit deutlich geschriebener Adresse, sowie mit dem Vermerke „Vorsicht“ versehen werden. Bei Beförderung durch die Post ist die Sendung als dringendes Packet aufzugeben und dem Empfänger telegraphisch anzukündigen.

§. 10. Durch diese Vorschriften werden nicht betroffen Untersuchungen des behandelnden approbirten Arztes zu ausschliesslich diagnostischen Zwecken bis zur Feststellung des Krankheitscharakters nach üblichen bakteriologischen Untersuchungsmethoden; durch solche Untersuchungen darf jedoch die Meldung pestverdächtiger Fälle keinen Aufschub erleiden.

Auch werden durch diese Vorschriften die allgemeinen disziplinaren Verhältnisse der Leiter von Versuchen mit Pesterregern zu den Vorstehern der Anstalten, an welchen sie beschäftigt werden, nicht berührt.

Anlage 3.

Grundsätze für Massnahmen im Eisenbahnverkehr zu Pestzeiten.

1. Beim Auftreten der Pest findet eine allgemeine und regelmässige Untersuchung der Reisenden nicht statt; es werden jedoch dem Eisenbahnpersonale bekannt gegeben:

a. die Stationen, auf welchen Aerzte sofort erreichbar und zur Verfügung sind,

b. die Stationen, bei welchen geeignete Krankenhäuser zur Unterbringung von Pestkranken bereit stehen (Krankenübergabestationen).

Die Bezeichnung dieser Stationen erfolgt durch die Landes-Zentralbehörde unter Berücksichtigung der Verbreitung der Seuche und der Verkehrsverhältnisse.

Ein Verzeichniss der unter a und b bezeichneten Stationen ist, nach der geographischen Reihenfolge der Stationen geordnet, jedem Führer eines Zuges, welcher zur Personenbeförderung dient, zu übergeben.

2. Auf den zu 1a und b bezeichneten Stationen, sowie, falls eine ärztliche Ueberwachung der Reisenden an der Grenze angeordnet ist, auf den Zollrevisionsstationen sind zur Vornahme der Untersuchung Erkrankter die erforderlichen, entsprechend auszustattenden Räume von der Eisenbahnverwaltung, soweit sie ihr zur Verfügung stehen, herzugeben.

3. Die Schaffner haben den Zugführer von jeder während der Fahrt vorkommenden auffälligen Erkrankung sofort Meldung zu machen.

Der Schaffner hat sich des Erkrankten nach Kräften anzunehmen; er hat alsdann jedoch jede Berührung mit anderen Personen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Der Erkrankte ist der nächsten im Verzeichniss aufgeführten Uebergabestation zu übergeben, wenn er dies wünscht, oder wenn sein Zustand eine Weiterbeförderung unthunlich macht. Berührt der Zug vor der Ankunft auf der nächsten Uebergabestation eine Zwischenstation, so hat der Zugführer sofort beim Eintreffen dem diensthabenden Stationsbeamten Anzeige zu machen; dieser hat alsdann der Krankenübergabestation ungesäumt telegraphisch Meldung zu erstatten, damit möglichst die unmittelbare Abnahme des Erkrankten aus dem Zuge selbst durch die Krankenhausverwaltung, die Polizei- oder die Gesundheitsbehörde veranlasst werden kann.

Verlangte der Erkrankte seine Reise fortzusetzen, so ist die ärztliche Entscheidung darüber, ob der Reisende weiter befördert werden darf, auf der nächsten Station, auf welcher ein Arzt anwesend ist, einzuholen.

Will der Erkrankte den Zug auf einer Station vor der nächsten Uebergabestation verlassen, so ist er hieran nicht zu hindern. Der Zugführer hat aber dem diensthabenden Beamten der Station, auf welcher der Erkrankte den Zug verlässt, Meldung zu machen, damit der Beamte, falls der Erkrankte nicht bis zum Eintreffen ärztlicher Hülfe auf dem Bahnhofe, wo er möglichst abzusondern sein würde, bleiben will, seinen Namen, Wohnort und sein Absteigequartier feststellen und unverzüglich der nächsten Polizeibehörde unter Angabe der näheren Umstände mittheilen kann.

4. Erkrankt ein Reisender unterwegs in auffälliger Weise, so sind alsbald sämmtliche Mitreisenden, ausgenommen solche Personen, welche zu seiner Unterstützung bei ihm bleiben, aus dem Wagenabtheil, in welchem der Erkrankte sich befindet, zu entfernen und in einem anderen Abtheil, abgesondert von den übrigen Reisenden, unterzubringen. Bei der Ankunft auf der Krankenübergabestation sind diejenigen Personen, welche sich mit dem Kranken in demselben Wagenabtheil befunden haben, sofort dem etwa anwesenden Arzte zu bezeichnen, damit dieser demselben die nöthigen Weisungen ertheilen kann.

Im Uebrigen muss das Eisenbahnpersonal beim Vorkommen verdächtiger Erkrankungen mit der grössten Vorsicht und Ruhe vorgehen, damit alles vermieden wird, was zu unnöthigen Besorgnissen unter den Reisenden oder sonst beim Publikum Anlass geben könnte.

5. Der Wagen, in welchem sich ein Pestkranker befunden hat, ist sofort ausser Dienst zu stellen und der nächsten geeigneten Station zur Desinfektion zu übergeben. Die näheren Vorschriften über diese Desinfektion, sowie über die sonstige Behandlung der Eisenbahn-Personen- und Schlafwagen bei Pestgefahr enthält die beigefügte Anweisung A.

6. Eine Beschränkung des Eisenbahngepäck- und Güterverkehrs findet, abgesehen von den bezüglich einzelner Gegenstände ergehenden Ausfuhr- und Einfuhrverboten, nicht statt.

7. Eine Desinfektion von Reisegepäck und Gütern findet nur in folgenden Fällen statt:

a. Auf den zu 2 bezeichneten Zollrevisionsstationen erfolgt auf ärztliche Anordnung zwangsweise die Desinfektion von schmutziger Wäsche, alten und getragenen Kleidungsstücken und sonstigen Gegenständen, welche zum Gepäck eines Reisenden gehören, oder als Umzugsgut anzusehen sind und aus einem pestverseuchten Bezirke stammen, sofern dieselben nach ärztlichem Ermessen als mit dem Ansteckungsstoffe der Pest behaftet zu erachten sind.

b. Im Uebrigen erfolgt eine Desinfektion von Express-, Eil- und Frachtgütern — auch auf den Zollrevisionsstationen — nur bei solchen Gegenständen, welche nach Ansicht der Ortsgesundheitsbehörde als mit dem Ansteckungsstoffe der Pest behaftet zu erachten sind.

Briefe und Korrespondenzen, Drucksachen, Bücher, Zeitungen, Geschäftspapiere u. s. w. unterliegen keiner Desinfektion.

Die Einrichtung und Ausführung der Desinfektion wird von den Gesundheitsbehörden veranlasst, welchen von dem Eisenbahnpersonale thunlichst Hülfe zu leisten ist.

8. Sämmtliche Beamte der Eisenbahnverwaltung haben den Anforderungen der Polizeibehörden und der beaufsichtigten Aerzte, soweit es in ihren Kräften steht und nach den dienstlichen Verhältnissen ausführbar ist, unbedingt Folge zu leisten und auch ohne besondere Aufforderung denselben alle erforderlichen Mittheilungen zu machen. Von allen Dienstanweisungen und Massnahmen gegen die Pestgefahr und von allen getroffenen Anordnungen und Einrichtungen

ist stets sofort den dabei in Frage kommenden Gesundheitsbehörden Mittheilung zu machen.

9. Ein Auszug dieser Anweisung, welcher die Verhaltungsmassregeln für das Eisenbahnpersonal bei pestverdächtigen Erkrankungen auf der Eisenbahnfahrt enthält, ist beigefügt. Von diesen Verhaltungsmassregeln ist jedem Fahrbeamten eines jeden zur Personenbeförderung dienenden Zuges ein Abdruck zuzustellen.

10. Von jedem durch den Arzt als Pest erkannten Erkrankungsfall ist seitens des betreffenden Stationsvorstehers sofort der vorgesetzten Betriebsbehörde und der Ortspolizeibehörde schriftliche Anzeige zu erstatten, welche, soweit sie zu erlangen sind, folgende Angaben enthalten soll:

a. Ort und Tag der Erkrankung;
b. Name, Geschlecht, Alter, Stand oder Gewerbe des Erkrankten;
c. woher der Kranke zugereist ist;
d. wo der Kranke untergebracht ist.

A. Anweisung über die Behandlung der Eisenbahn-Personen- und Schlafwagen bei Pestgefahr.

1. Während eines Pestausbruchs im Inland oder in einem benachbarten Gebiet ist für besonders sorgfältige Reinigung und Lüftung der dem Personenverkehre dienenden Wagen Sorge zu tragen; es gilt dies namentlich in Bezug auf Wagen der 3. und 4. Klasse, welche zu Massentransporten von Personen aus einer von der Pest ergriffenen Gegend gedient haben.

2. Ein Personenwagen, in welchem ein Pestkranker sich befunden hat, ist sofort ausser Dienst zu stellen und der nächsten mit den nöthigen Einrichtungen versehenen Station zur Desinfektion zu überweisen, welche in nachstehend angegebener Weise zu bewirken ist.

Etwaige grobe Verunreinigungen im Innern des Wagens sind durch sorgfältiges und wiederholtes Abreiben mit Lappen, welche mit Karbolsäurelösung befeuchtet sind, zu beseitigen. Alsdann sind die Läufer, Matten, Teppiche, Vorhänge und beweglichen Polster abzunehmen, in Tücher, welche mit Karbolsäurelösung stark angefeuchtet sind, einzuschlagen und der Dampfdesinfektion zu unterwerfen. Ein vorheriges Ausklopfen dieser Gegenstände ist zu vermeiden. Gegenstände aus Leder, welche eine Dampfdesinfektion nicht vertragen, sind mit Karbolsäurelösung gründlich abzureiben. Demnächst ist der Wagen durchweg einer sorgfältigen Reinigung, wobei seine abwaschbaren Theile mit Karbolsäurelösung zu behandeln sind, zu unterwerfen und sodann in einem warmen, luftigen und trockenen Raume mindestens drei Tage lang aufzustellen.

Die bei der Reinigung verwendeten Lappen sind zu verbrennen.

Zur Herstellung der Karbolsäurelösung wird 1 Gewichtstheil verflüssigte Karbolsäure (Acidum carbolicum liquefactum des Arzneibuchs für das Deutsche Reich) mit 30 Gewichtstheilen Wasser gemischt.

3. Ist ein Schlafwagen von einem Pestkranken benutzt worden, so muss die während der Fahrt gebrauchte Wäsche desinfizirt werden. Zu diesem Zwecke ist sie in Tücher, welche mit Karbolsäurelösung stark befeuchtet sind, einzuschlagen und alsdann in ein Gefäss mit Karbolsäurelösung so, dass sie von der Flüssigkeit vollständig bedeckt wird, zu legen; frühestens nach zwei Stunden ist dann die Wäsche mit Wasser zu spülen und zu reinigen. Zur Wäsche sind zu rechnen: die Laken, die Bezüge der Bettkissen und der Decken, sowie die Handtücher. Die Desinfektion des Wagens selbst hat in der unter Ziffer 2 vorgeschriebenen Weise zu erfolgen; dabei sind jedoch auch die von dem Kranken benutzten Bettkissen, Decken und beweglichen Matratzen in der dort angegebenen Weise einzuschlagen und alsdann der Dampfdesinfektion zu unterwerfen. Statt der Desinfektion mit Karbolsäurelösung kann die Wäsche auch der Dampfdesinfektion unterworfen werden.

Für den Fall, dass es sich als nothwendig erweisen sollte, einen Schlafwagenlauf gänzlich einzustellen, bleibt Bestimmung vorbehalten.

4. Die vorstehenden Bestimmungen finden sinngemässe Anwendung bei Erkrankungen von Zug- und Postbeamten in den von ihnen benutzten Gepäck- und Postwagen.

5. Die mit der Desinfektion beauftragten Arbeiter haben jedes Mal, wenn sie mit infizirten Dingen in Berührung gekommen sind, die Hände durch sorgfältiges Waschen mit Karbolsäurelösung zu desinfiziren und sich sonst gründ-

lich zu reinigen. Es empfiehlt sich, dass die Desinfektoren waschbare Oberkleider tragen; diese sind in derselben Weise wie die Wäsche aus den Schlafwagen zu desinfiziren.

B. Verhaltungsmassregeln für das Eisenbahnpersonal bei pestverdächtigen Erkrankungen auf der Eisenbahnfahrt.

1. Von jeder auffälligen Erkrankung, welche während der Eisenbahnfahrt vorkommt, hat der Schaffner dem Zugführer sofort Meldung zu machen.

2. Der Schaffner hat sich des Erkrankten nach Kräften anzunehmen; er hat alsdann jedoch jede Berührung mit anderen Personen nach Möglichkeit zu vermeiden.

3. Der Erkrankte ist der nächsten im Verzeichniss aufgeführten Uebergabestation zu übergeben, wenn er dies wünscht, oder wenn sein Zustand eine Weiterbeförderung unthunlich macht. Berührt der Zug vor der Ankunft auf der nächsten Uebergabestation eine Zwischenstation, so hat der Zugführer sofort beim Eintreffen dem diensthabenden Stationsbeamten Anzeige zu machen; dieser hat alsdann der Krankenübergabestation ungesäumt telegraphisch Meldung zu erstatten, damit möglichst die unmittelbare Abnahme des Erkrankten aus dem Zuge selbst durch die Krankenhausverwaltung, die Polizei- oder die Gesundheitsbehörde veranlasst werden kann.

Verlangt der Erkrankte seine Reise fortzusetzen, so ist die ärztliche Entscheidung darüber, ob der Reisende weiter befördert werden darf, auf der nächsten Station, auf welcher ein Arzt anwesend ist, einzuholen. Will der Erkrankte den Zug auf einer Station vor der nächsten Uebergabestation verlassen, so ist er hieran nicht zu hindern, der Zugführer hat aber dem diensthabenden Beamten der Station, auf welcher der Erkrankte den Zug verlässt, Meldung zu machen, damit der Beamte, falls der Erkrankte nicht bis zum Eintreffen ärztlicher Hülfe auf dem Bahnhofe, wo er möglichst abzusondern sein würde, bleiben will, seinen Namen, Wohnort und sein Absteigequartier feststellen und unverzüglich der nächsten Polizeibehörde unter Angabe der näheren Umstände mittheilen kann.

4. Sämmtliche Mitreisenden, ausgenommen solche Personen, welche zur Unterstützung bei dem Erkrankten bleiben, sind aus dem Wagenabtheil, in welchem sich derselbe befindet, zu entfernen und in einem anderen Abtheil, abgesondert von den übrigen Reisenden, unterzubringen.

5. Die Zugbeamten haben, wenn sie mit einem Erkrankten in Berührung gekommen sind, sich sorgfältig zu reinigen. Das Gleiche ist Reisenden in derselben Lage zu empfehlen.

Anlage 4.

Wöchentlich dem Kaiserlichen Gesundheitsamte einzusenden.

Nachweisung

über die in der Zeit vom ..... bis ..... 1 .. vorgekommenen Pestfälle.

Pestverdächtige Fälle sind nicht aufzunehmen.

Name der Ortschaft (mit Angabe des Verwaltungsbezirks)	Einwohnerzahl (letzte Volkszählung)	Neu erkrankt sind	Davon innerhalb der letzten 10 Tage vor der Erkrankung oder bereits krank von auswärts zugegangen	Gestorben sind	Bemerkungen (insbesondere Tag des Ausbruchs im Berichtsort; Angabe des Ortes, woher die in Spalte 4 aufgeführten Personen zugezogen sind u. s. w.)
1.	2.	3.	4.	5.	6.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.

J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 22. **15. November.** 1900.

Rechtsprechung.

Stempelpflicht bei Verleihung des Titels Sanitätsrath. Urtheil des Reichsgerichts (IV. Zivilsenats vom 10. Juli 1900.

Thatbestand: Dem Kläger, welcher damals praktischer Arzt in Frankfurt a. M. war, wurde durch Schreiben des Königlichen Polizeipräsidiums zu Frankfurt a. M. vom 9. Mai 1890 mitgetheilt, dass ihm von Se. Majestät dem Kaiser und König der Charakter als Sanitätsrath verliehen sei, unter der gleichzeitigen Aufforderung, den tarifmässigen Stempel für die Verleihung mit 300 M. zu entrichten, worauf ihm das Allerhöchst vollzogene Patent zugehen werde (Blatt 4). Die Verleihung war ohne Bewerbung des Klägers erfolgt (Blatt 32); der Kläger zahlte am 13. Mai die geforderte Stempelpflicht und erhielt daraufhin das Patent ausgehändigt, führt auch seitdem den ihm verliehenen Titel (Blatt 33). Er ist jedoch der Ansicht, dass er zur Entrichtung der Stempelabgabe nicht verpflichtet gewesen sei und hat deshalb auf Erstattung von 300 M. nebst 5 % Zinsen seit Oktober 1899 geklagt (Blatt 11).

Entscheidungsgründe. Nach Tarifstelle 60, Lit. e des preussischen Stempelsteuergesetzes unterliegt die Verleihung von Titeln an Privatpersonen einem Stempelgesetze von 300 M. Der Kläger bestreitet in erster Linie, dass die Tarifstelle 60 e auf die Verleihung des Titels „Sanitätsrath" an nicht beamtete Aerzte überhaupt anwendbar sei, eventuell, dass im Sinne des §. 12 Lit. a des Stempelsteuergesetzes die stempelpflichtige Urkunde „auf seine Veranlassung ertheilt sei". Beide Revisionsangriffe müssen erfolglos bleiben.

1. Kläger ist unzweifelhaft eine Privatperson. Wenn auch die Berufsthätigkeit der nicht beamteten Aerzte dem Gemeinwohle dient, die Anerkennung besonderer Verdienste in Ausübung dieses Berufes im staatlichen Interesse liegen mag, so sind diese Aerzte nichts destoweniger Privatpersonen. So wenig wie die Person der nicht beamteten Aerzte, nimmt das Gesetz den Titel „Sanitätsrath" von der Stempelpflicht aus. Zwar ist in einer von der Regierung bei der Berathung des jetzigen Stempelsteuergesetzes vorgelegten Schätzung der zu erwartenden Erträgnisse bemerkt, für die Verleihung des Titels „Sanitätsrath" (und einiger anderer) sei ein besonderes Erträgniss nicht angesetzt, „weil Titelverleihungen an diese Personen wegen des konkurrirenden staatlichen Interesses wie bisher, so auch in Zukunft kosten- und stempelfrei zur Ausfertigung kommen sollen." (Kommissionsbericht S. 163.) Allein zutreffend haben die Vorinstanzen diese Bemerkungen für bedeutungslos erklärt, weil ihr Inhalt im Gesetz nicht Ausdruck gefunden hat. Uebrigens mag noch darauf hingewiesen werden, dass diese Bemerkung gar nicht nothwendig in dem Sinne einer gesetzlich gewollten Stempelbefreiung zu verstehen ist; es kann damit auch gemeint sein, auch in Zukunft werde die Anordnung stempelfreier Behandlung in jedem einzelnen Falle, von Amtswegen oder auf Antrag des Betheiligten, so sehr die Regel bilden, dass ein nennenswerthes Erträgniss aus der Verleihung der bezüglichen Titel nicht zu erwarten sei. Bei dieser Auffassung steht die Bemerkung in Einklang mit der vom Finanzminister in der Sitzung des XI. Kommission des Abgeordnetenhauses vom 2. Mai 1875 abgegebenen Erklärung, „der Stempel könne auch hier im Gnadenwege erlassen werden."

2. Dem Kläger ist, wie feststeht, der Titel ohne jedes Zuthun seinerseits landesherrlich verliehen worden. Da einerseits in Tarifstelle 60 e Titelverleihungen an Privatpersonen ganz allgemein und ausnahmslos als stempel-

pflichtig erklärt sind, anderseits nach §. 12 Lit. a des Stempelsteuergesetzes zur Zahlung der Stempelsteuer derjenige verpflichtet ist, „auf dessen Veranlassung“ die stempelpflichtige Urkunde „ertheilt“ ist, so muss es rechtlich möglich und zulässig sein, den Kläger als den Veranlasser der ihm ertheilten Urkunde über die Titelverleihung zu behandeln. Die Vorinstanzen haben die Veranlassung darin gefunden, dass der Kläger die Verleihung widerspruchslos angenommen hat, indem er die Verleihungsurkunde sich aushändigen liess und den Titel thatsächlich führt. Das ist zu billigen, wie sich aus folgenden Erwägungen ergiebt: Nach §. 4 des Stempelsteuergesetzes und nach der ganzen Tendenz des Gesetzes muss davon ausgegangen werden, dass in Fällen der vorliegenden Art die Stempelpflicht an die dem Ausgezeichneten auszuhändigende Urkunde (das Patent) geknüpft ist, diese also die stempelpflichtige Urknnde darstellt. Nun war der Kläger nicht verpflichtet, die ihn zugedachte Auszeichnung anzunehmen, er konnte sie ablehnen. Es ist zweifellos, dass er im Falle der Ablehnung zur Zahlung einer Stempelsteuer nicht verpflichtet war und daraus folgt, dass in diesem Falle eine stempelfähige Urkunde überhaupt nicht vorhanden war, da sich eine Stempelpflicht „an sich“, ohne einen zur Zahlung des Stempels „eigentlich Verpflichteten“ nicht begründen lässt. Die Stempelpflicht der Verleihungsurkunde gelangt demnach erst durch die Einwirkung der Aushändigung der Verleihungsurkunde und die dadurch zum Ausdruck gebrachte Annahme des Gnadenerweises seitens des damit Bedachten zur Entstehung; dies ist ein unentbehrliches Merkmal des stempelpflichtigen Thatbestandes, gerade wie bei gewissen ausländischen Urkunden deren Gebrauch im Inlande oder bei den in §. 16 Lit. e des Stempelsteuergesetzes bezeichneten Urkunden die Mobilmachung ein Thatbestandsmerkmal bilden. Erst auf diesem Wege kam der Allerhöchste Gnadenerweis dem Kläger gegenüber zur rechtlichen Wirksamkeit und erst von diesem Augenblicke an konnte ihm das gerade hierdurch stempelpflichtig gewordene Patent als „ertheilt“ gelten. Da sonach der Kläger die für die Spempelpflicht entscheidende Handlung aus freiem Entschlusse vorgenommen hat, so ist er mit Recht als „Veranlasser“ der stempelpflichtigen Urkunde angesehen worden.

Begriff einer Privatkrankenanstalt. Urtheil des Oberlandesgerichts zu Dresden vom 28. Dezember 1899.

Der Angeklagte betreibt im ersten Stockwerke seines eigenen Hauses seit 5 Jahren mit behördlicher Genehmigung eine mit einer vegetarischen Speiseanstalt verbundene Badeanstalt, die er in seinen Ankündigungen Naturheilbad nennt. In dieser Anstalt behandelt er auch Kranke nach den Grundsätzen der sogenannten Naturheilmethode. Diese bringen zumeist in seiner Anstalt und in dem zu seinem Hause gehörigen Garten den ganzen Tag behufs ihrer Pflege nnd Heilung zu und zahlen hierfür und für ihre volle Beköstigung 4 M. für den Tag. Manche der Kranken wohnen während ihrer Behandlung wochenlang in seinem Hause, jedoch nicht in seiner im ersten Stockwerk gelegenen Wohnung, sondern in den im Erdgeschoss und im zweiten Stockwerk gelegenen, aus je 4 Zimmern bestehenden Räumen, die er an einen Barbiergehülfen und zwei Frauen vermiethet hat. Die Abmiether sind zur Aufnahme der Kranken nicht verpflichtet, der Angeklagte hat ihnen aber bei Abschluss der Miethverträge mit ihrem Einverständniss in Aussicht gestellt, er werde ihnen solche Personen als Untermiether zuweisen. Er hat die Befugniss, diese Kranken in ihren Zimmern jederzeit znm Zwecke ihrer Heilung oder Pflege ungehindert zu besuchen. Zum Betriebe einer Privatkrankenanstalt hat er keine Konzession. Gegen seine Verurtheilung nach §§. 30, 147, 1 Gewerbeordnung macht er mit der Revision geltend, dass Kranke bei ihm während ihrer Behandlung nicht wohnten, die bei seinen Abmiethern aber wohnenden Kranken von diesen und nicht von ihm verpflegt würden.

Dieser Einwand ist unbeachtlich. Entscheidend ist der Umstand, dass der Angeklagte durch Vermittelung seiner von ihm hierzu bestimmten Miether eine Veranstaltung getroffen hat, die ihm seit Jahren regelmässig die Füglichkeit bietet, Kranke zu dauerndem Aufenthalte behufs Behandlung ihrer Leiden in seinem Hause zu haben uud sie dort nach seinem uneingeschränkten Er-

messen zu behandeln. Denn diese dauernde Einrichtung giebt seiner Anstalt selbst wenn diese nur zur Behandlung der Leiden der in seinem Hause wohnenden Kranken und nicht zugleich auch zu deren Verpflegung dienen sollte, die Eigenschaft einer Privatkrankenanstalt im Sinne des §. 30 der Gewerbeordnung.

Auch eine von Laien verschriebene Verordnung ist als ein Rezept im Sinne der bayerischen Apothekenbetriebsordnung vom 19. März 1895 anzusehen. Urtheil des Oberlandesgerichts in München (Strafsenats) vom 9. Oktober 1900.

Ein Apotheker hatte auf ein Rezept hin, aus dessen Fassung und Beschaffenheit er annehmen musste, dass es nicht von einer berechtigten Medizinalperson herrührte, die betreffende Arznei (bestehend aus Salmiak, Seifenspiritus, Kampfergeist und Terpentinöl) angefertigt, und war deshalb wegen Uebertretung des §. 367 Ziffer 5 Str.-G.-B. in Verbindung mit §. 20 Abs. 3 der Bayerischen Allerhöchsten Verordnung vom 19. März 1895 angeklagt. In den beiden ersten Instanzen wurde er freigesprochen; das Oberlandesgericht in München wies jedoch die Sache zur nochmaligen Entscheidung an das Landgericht zurück mit der Begründung, „dass nach §. 20, Abs. 3 der Allerhöchsten Verordnung der Begriff „Rezept" ganz allgemein und im weitesten Sinne aufgefasst werden müsse, also auch bezüglich der ganzen Stoffe, die im Handverkauf abgegeben werden dürfen. Im vorliegenden Falle wäre zwar das betreffende Schriftsstück an sich nicht als Rezept zu erachten gewesen, aber durch die hinzugefügte Aufforderung der Ueberbringerin, die aufgezeichnete Flüssigkeit zugleich zuzubereiten, wurde es zum Rezept. Der Angeklagte habe es auch als solches aufgefasst, da er diesem Ansinnen entsprach und die Flüssigkeit zubereitet habe."

Begriff „Zuverlässig bekannte Personen" im Sinne des Giftgesetzes. Urtheil des Kammergerichts (Strafsenats) vom 1. November 1900.

Der Apotheker Str. aus Breslau war angeschuldigt worden, sich gegen die Polizeiverordnung vom 24. August 1895 vergangen zu haben; Gift soll danach ohne polizeiliche Erlaubniss nur an solche Personen abgegeben werden, die als zuverlässig bekannt sind und das Gift zu einem erlaubten gewerblichen, wirthschaftlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zweck benutzen wollen. Das Schöffengericht verurtheilte den Angeklagten, welcher einem Mädchen Gift verabfolgt hatte, nachdem er das Mädchen gefragt hatte, wozu das Gift gebraucht werden solle, zu 30 M. Geldstrafe. Die Strafkammer verwarf die gegen diese Entscheidung eingelegte Berufung, da der Angeklagte das Gift ohne Weiteres nur an Personen abgeben dürfe, welche ihm als zuverlässig bekannt seien; es genüge nicht, dass sich der Angeklagte erkundige, wozu das Gift Verwendung finden solle. Gegen seine Verurtheilung legte der Angeklagte Revision beim Kammergericht ein und behauptete, der Apotheker dürfe schon dann Gift ohne polizeiliche Genehmigung verabfolgen, wenn er die Käufer für zuverlässig erachte. Der Oberstaatsanwalt beantragte die Zurückweisung der Revision, da die Vorentscheidung nicht rechtsirrthümlich sei. Das Kammergericht gab diesem Antrag statt und wies die Revision als unbegründet zurück, da der Vorderrichter die beregte Mintsterlalpolizeiverordnung ohne Rechtsirrthum angewandt habe; als zuverlässig bekannte Personen seien diejenigen anzusehen, die man von früher her kenne und ihre Zuverlässigkeit auf Grund dieser Kenntniss annehme.

Untersagung des Handels mit Arzneiwaaren und Drogen. Urtheil des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 20. Oktober 1900.

Nach der Enstehungsgeschichte des §. 35 Abs. 4 der Gewerbeordnung gestattet das Gesetz aber nur, den Handel mit solchen Drogen und chemischen

Präparaten zu untersagen, die zu Heilzwecken dienen, es lässt aber nicht die Untersagung des gesammten Betriebes einer Drogenhandlung zu; auch nach der Untersagung kann der fragliche Drogist den Drogenhandel mit der Beschränkung weiter betreiben, dass er von seinem Handel Drogen und chemische Präparate, die zu Heilzwecken dienen, ausschliesst. Für die Untersagung genügt nicht die Feststellung, dass Thatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit der betreffenden Person in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun. Erforderlich ist vielmehr, dass die Handhabung des Gewerbebetriebes Leben und Gesundheit von Menschen gefährde; die Thatsache der Gefährdung ist entscheidend, nicht schon das formelle Moment der Uebertretung der für den Drogenhandel bestehenden gesetzlichen Vorschriften. In Betracht können für die Untersagung alle diejenigen Momente kommen, aus denen sich die Art und Weise des Geschäftsgebahrens ergiebt, insbesondere soweit stark wirkende Mittel in Betracht kommen, auch die Art ihrer Aufbewahrung, Signirung und Abgabe. Zur Untersagung ist nicht erforderlich, dass ein Schaden bereits eingetreten sei; es genügt, wenn aus der Handhabung des Betriebes erhellt, dass Leben und Gesundheit von Menschen dadurch in Frage gestellt wird.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Deutsches Reich.

Vereinbarung der betheiligten deutschen Bundesregierungen über die medizinische Doktorpromotion. In Kraft getreten am 1. Oktober 1900.

1) Die unterzeichneten Unterichts-Ministerien haben sich dahin verständigt, dass eine Neuregelung der medizinischen Doktorpromotion nach Massgabe der anliegenden Grundzüge erfolgen soll.

2) Die Grundzüge sind in die Promotionsordnungen der einzelnen medizinischen Fakultäten vollinhaltlich aufzunehmen. Dabei ist jedoch davon auszugehen, dass es sich um Minimalerfordernisse handelt und es den einzelnen Promotionsordnungen überlassen bleibt, die Anforderungen an die Promotion zu verschärfen.

3) Die erfolgten Promotionen sollen halbjährlich im „Reich-Anzeiger“ nach dem beigefügten Formular in tabellarischer Form veröffentlicht werden. Zu diesem Zwecke werden die betheiligten Ministerien die ausgefüllten Formulare bezüglich des Sommer-Halbjahres bis zum 1. Dezember, bezüglich des Winter-Halbjahres bis zum 1. Juni jedes Jahres an die Redaktion des „Reichs-Anzeigers“ einsenden, welche dieselben sammelt und baldigt zum Abdruck bringt.

4) Die Durchführung der Neuordnung ist so zu beschleunigen, dass sie auf alle sich nach dem 1. Oktober d. J. zur Promotion meldenden Kandidaten zur Anwendung gelangt.

Grundzüge.

A. Allgemeines.

I. Der medizinische Doktorgrad darf nur verliehen werden auf Grund einer durch den Druck veröffentlichten Dissertation und einer mündlichen Prüfung.

Eine Promotio in absentia findet unter keinen Umständen statt.

II. Durch die Dissertation soll der Kandidat sich darüber ausweisen, dass er die Befähigung erlangt hat, selbständig wissenschaftlich zu arbeiten.

Die Dissertation ist in deutscher Sprache abzufassen; die Anwendung einer anderen Sprache ist mit Genehmigung der Fakultät zulässig. Am Schlusse der Dissertation ist der Lebenslauf des Kanditaten anzufügen.

Bei Vorlage der Dissertation hat der Kandidat anzugeben, ob und in welcher wissenschaftlichen oder Krankenanstalt er die Dissertation ausgearbeitet und inwieweit er sich bei Ausarbeitung derselben etwa noch sonst fremden Raths bedient hat. Dieser Angabe ist die eidesstattliche Versicherung hinzuzufügen, dass darüber hinaus keine weitere Beihülfe stattgefunden habe.

Nach Annahme der Dissertation durch die Fakultät hat der Kandidat die Drucklegung auf eigene Kosten zu besorgen. Dabei ist auf der Rückseite des Titelblatts die Genehmigung der Fakultät unter namentlicher Bezeichnung des oder der Referenten etwa in folgender Art zu erwähnen:

„Gedruckt mit Genehmigung der medizinischen Fakultät
der Universität .... (Name).
Referent: Professor ..... (Name)."

III. Die mündliche Prüfung besteht nach Verschiedenheit der Fälle (vergl. unten VI, VII, XII, XIII) entweder in einem einfachen Colloquium, oder in einem Examen rigorosum.

B. Die Promotion von Inländern.
(Angehörige des Deutschen Reiches.)

IV. Die Zulassung von Inländern darf in der Regel erst erfolgen, nachdem sie die Approbation als Arzt für das Reichsgebiet beigebracht haben.

V. Ausnahmen können in besonderen Fällen durch einstimmigen Beschluss der Fakultät mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zugelassen werden, wo die Erfüllung jener Vorbedingung dem Kandidaten aus gewichtigen Gründen nicht zuzumuthen ist.

Dabei darf jedoch hinsichtlich der Vorbildung unter die Anforderungen des Zeugnisses der Reife von einem deutschen Realgymnasium, hinsichtlich der sonstigen beizubringenden Ausweise unter das in Nr. XIII 2 festgesetzte Mass — vorbehaltlich des zu b daselbst zugelassenen Dispenses — in keinem Falle herabgegangen werden.

VI. Die mündliche Prüfung beschränkt sich in den regelmässigen Fällen der Nr. IV auf ein Colloquium vor dem Dekan oder seinem Vertreter als Vorsitzenden und zwei gewählten Mitgliedern der Fakultät. Jeder der drei Examinatoren hat den einzelnen Kandidaten in der Regel eine Viertelstunde zu prüfen. Dabei soll die wissenschaftliche mehr als die praktische Seite der Medizin betont werden.

VII. In den Ausnahmefällen der Nr. V ist das Examen rigorosum abzulegen. Die Prüfungskommission besteht aus dem Dekan oder seinem Vertreter als Vorsitzendem und mindestens sieben weiteren, von der Fakultät gewählten Examinatoren. Die Prüfung zerfällt in einen theoretischen und einen praktisch-klinischen Theil.

Die theoretische Prüfung hat sich auf folgende Fächer zu erstrecken:

1) Anatomie,
2) Physiologie,
3) pathologische Anatomie mit Einschluss der allgemeinen Pathologie,
4) Hygiene.

In jedem der Fächer zu 1 und 2 wird der einzelne Kandidat mindestens eine Stunde, in jedem der Fächer zu 3 und 4 mindestens eine halbe Stunde geprüft und es muss dabei ausser dem Examinator noch der Vorsitzende oder im Behinderungsfall ein anderes Mitglied der Prüfungskommission zugegen sein. Die Prüfung ist insoweit öffentlich, dass jedem medizinischen Lehrer an einer Deutschen Universität und jedem für das Deutsche Reich approbirten Arzte der Zutritt freisteht.

In der Woche vorher findet die praktisch-klinische Prüfung in der Inneren Medizin, in der Chirurgie und in der Geburtshülfe und Gynäkologie am Krankenbette statt. Die Prüfung umfasst die Stellung einer oder, nach Befinden des Examinators, zweier Diagnosen, an welche sich ein weiteres Examen, wie es bei der ärztlichen Prüfung vorzunehmen ist, anschliesst.

XIII. Sowohl bei dem Colloquium wie bei dem Rigorosum erfolgt die Feststellung des Ergebnisses durch mündliche oder schriftliche Abstimmung. Jedes Mitglied der Prüfungskommission stimmt mit „bestanden" oder„ nicht bestanden" ab. Im Colloquium genügt, um die Gesammtzensur „bestanden"

(rite) zu erhalten, die einfache Majorität, im Rigorosum muss der Kandidat zur Erlangung derselben Zensur mindestens drei Viertel der Gesammtstimmenzahl und darunter die Stimmen der praktisch-klinischen Examinatoren in den zu VII Absatz 4 genannten Fächern für sich haben.

Eine höhere Zensur, als welche „gut" (cum laude) und „sehr gut" (magna cum laude) zugelassen sind, darf nur ertheilt werden, wenn die Dissertation als besonders tüchtige Leistung anzuerkennen ist; die Kommission entscheidet darüber mit einfacher Majorität. Ausnahmsweise kann auch, aber nur durch einstimmigen und von der Fakultät genehmigten Beschluss der Kommission, die Zensur „ausgezeichnet" (summa cum laude) ertheilt werden.

IX. Hat der Kandidat die mündliche Prüfung nicht bestanden, so muss er sie ganz wiederholen. Das kann frühestens nach 3 Monate (Colloquium) oder nach 6 Monaten (Rigorosum) geschehen.

X. Der Promotionsakt darf erst nach der durch den Druck erfolgten Veröffentlichung der Dissertation und nach bestandener mündlicher Prüfung erfolgen.

XI. Die Gebühren sollen in den Ausnahmefällen der Nr. V, also in allen Fällen, in welchem das Examen rigorosum stattzufinden hat, 50 % mehr als in den regelmässigen Fällen der Nr. IV, jedenfalls aber nicht weniger als 450 M. betragen.

C. Die Promotion von Ausländern.

(Nichtangehörige des Deutschen Reiches.)

XII. Auf Ausländer, welche die ärztliche Approbation für das Deutsche Reich erlangt haben, finden bezüglich der Promotion dieselben Vorschriften Anwendnng, wie auf die in gleicher Lage befindlichen Inländer.

XIII. Ausländer, welche die ärztliche Approbation für das Deutsche Reich nicht besitzen, haben sich bei der Fakultät behufs ihrer Zulassung zur Promotion darüber auszuweisen:

1) dass ihnen eine Vorbildung zu theil geworden ist, welche in dem Staate, dessen Angehörige sie sind, für die Erwerbung des medizinischen Doktorgrades und die Ablegung der ärztlichen Prüfung erfordert wird; fehlt es in dieser Beziehung in ihrem Heimathsstaate an bestimmten Festsetzungen, so haben sie durch vorgelegte Reifezeugnisse (nöthigenfalls unter Beifügung inländischer Ergänzungszeugnisse) mindestens eine Vorbildung nachzuweisen, welche den Anforderungen für das Zeugniss der Reife an deutschen Realgymnasien entspricht;

2) dass sie nach Erlangung dieser Vorbildung

a. so viel Semester, wie in Deutschland für die Zulassung zur ärztlichen Prüfung vorgeschrieben sind, an einer gut eingerichteten medizinischen Fakultät ein geordnetes medizinisches Studium, ähnlich wie es in Deutschland üblich ist, geführt und

b. mindestens eines dieser Semester an derjenigen deutschen Universität, bei welcher sie promoviren wollen, studirt haben.

Von letzterem Erforderniss kann, wenn der Kandidat der Fakultät genauer bekannt ist, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde ausnahmsweise abgesehen werden.

Im Uebrigen und abgesehen von Nr. V finden auf diese Ausländer bezüglich ihrer Promotion diejenigen Vorschriften Anwendung, welche für die in gleicher Lage befindlichen Inländer gelten.

D. Schlussbestimmungen.

XIV. An Stelle der zur Genehmigung ungedruckt vorzulegenden Dissertation kann nach Ermessen der Fakultät auch eine bereits durch den Druck veröffentlichte wissenschaftliche Arbeit des Kandidaten treten. Die Vorschriften zu II finden in diesem Falle entsprechende Anwendung.

XIV. Die Ehrenpromotion, promotio honoris causa, wird durch vorstehende Bestimmungen nicht berührt.

Tabellarische Uebersicht der Promotionen.

1. Promovirende Universität	2. Name des Promovenden und Vorname.	3. Zeit und Ort der Geburt	4. Wohnort	5. Staatsangehörigkeit	6. Vorbildung (also bei Inländern: Reifezeugniss mit Angabe der Anstalt und des Datums, bei Ausländern: dasselbe oder nach XIII, 1)

7. Studiengang. (Angabe der Studienorte und der Studienzeiten an jedem derselben)	8. Titel der Dissertation mit Angabe des Druckorts und gegebenenfalls des Verlegers	8. Referent	10. Ob Colloquium oder Rigorosum (mit Angabe des Datums	11. Im ersten Falle zu Spalte 10: Datum der Approbation als Arzt	12. Zensur	13. Datum der Promotion

B. Königreich Preussen.

Verunreinigung von Trinkwasserleitungen. Rund-Verfügung des Regierungspräsidenten in Potsdam vom 23. Mai 1900 an sämmtliche Landräthe u. s. w. des Bezirks, sowie sämmtlichen Kreisphysikern zur Beachtung bei der Feststellung der ursächlichen Momente ansteckender Krankheiten mitgetheilt.

Durch eine Reihe von Erfahrungen ist erwiesen, dass bei dem noch vielfach üblichen unmittelbaren Anschluss der Klosets (Pissoirs) an die Wasserleitung Verunreinigungen der Trinkwasserleitung dadurch erfolgen können, dass die in den Klosets (Pissoirs) angesammelten Schmutzstoffe in die Wasserleitung angesogen werden. Diese Möglichkeit liegt, worauf neuerdings von sachverständiger Seite wiederum hingewiesen, dann vor, wenn bei Verstopfung der Schmutzwasserleitung oder wie bei den Etagenklosets bei Anfüllung des Beckens bis zu seinem oberen Rande gleichzeitig eine Absperrung oder Entleerung des Wasserleitungsrohres erfolgt.

Aus Anlass einer derartigen neuerdings vorgekommenen Verunreinigung der Wasserleitung in Köln wurde für die Spülung der Klosetanlagen (Pissoirs) die Einschaltung von Wasserbehältern mit Schwimmerventil und Ueberlaufrohr angeordnet.

Es liegt auf der Hand, dass in solchen Fällen auch Infektionsstoffe (Typhus-, Cholera-, Ruhr- u. a. Keime) in die Wasserleitung gelangen und zur Verbreitung dieser Krankheiten Anlass geben können, eine Beziehung, wie sie bei Gelegenheit zweier Typhusepidemien in Oberschlesien als in hohem Masse wahrscheinlich erwiesen werden konnte.

Um den hieraus entspringenden Gefahren zu begegnen, wird daher überall darauf hinzuwirken sein, dass an die Stelle des unmittelbaren Anschlusses der Klosets (Pissoirs) an die Wasserleitung die Einschaltung von geeigneten Wasserbehältern — sogen. Spülkästen — angeordnet wird, wie dies in Amerika und England, wo man diesen Gefahren schon seit lange seine Aufmerksamkeit zugewandt hat, bereits allgemein üblich ist. Im diesseitigen Bezirk ist, soweit hier bekannt geworden, der unmittelbare Anschluss der Klosets an die Wasserleitung bisher nur in der Stadt Brandenburg verboten.

Ich ersuche, bei allen in Frage kommenden Neuanschlüssen wie desgleichen bei dem Erlass entsprechender Polizeiverordnungen sowie ihrer Abänderung dafür zu sorgen, dass, soweit es bisher nicht geschehen, statt des unmittelbaren Anschlusses der Klosets (Pissoirs) an die Wasserleitung die Einschaltung von Spülkästen vorgeschrieben wird.

An die Herren Landräthe des Bezirks, den Polizeipräsidenten hier, die

Königlichen Polizeidirektionen in Schöneberg und Rixdorf und die Polizeiverwaltungen in Brandenburg und Spandau.

Abschrift zur Kenntniss und Berücksichtigung bei der Feststellung der ursächlichen Momente ansteckender Krankheiten.

C. Königreich Sachsen.

Bekämpfung der Tuberkulose der Menschen. Verordnung des Ministeriums des Innern vom 29. September 1900.

Um dem Ueberhandnehmen der Tuberkulose in der Bevölkerung thunlichst zu steuern, wird andurch Folgendes verordnet:

1. Die Leichenfrauen haben über jeden in Folge von Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht eingetretenen Todesfall der Ortspolizeibehörde schriftlich Meldung zu machen.

Ist der Verstorbene unmittelbar vor dem Tode von einem Arzte behandelt worden, so hat der letztere auf Ersuchen der Leichenfrau die Todesursache zu bescheinigen.

Die Meldung hat vor der Beerdigung der Leiche zu erfolgen.

2. Die Aerzte haben in jedem Falle, in welchem ein von ihnen behandelter, an vorgeschrittener Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht Erkrankter aus seiner Wohnung verzieht oder in Rücksicht auf seine Wohnungsverhältnisse hochgradig gefährdet, der Ortspolizeibehörde schriftlich Anzeige zu erstatten.

3. Jeder in Privatkrankenanstalten, in Waisen-, Armen- und Siechenhäusern, sowie in Gast- und Logirhäusern, Herbergen, Schlafstellen, Internaten und Pensionaten vorkommende Erkrankungsfall an Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht ist von dem behandelnden Arzte, wenn aber ein Arzt nicht zugezogen ist, von dem Haushaltungs- bezw. Anstaltsvorstand binnen 3 Tagen nach erlangter Kenntniss schriftlich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

4. Die Ortspolizeibehörden haben auf die an sie gelangten Anzeigen bezw. Meldungen oder sobald sie sonst von einem Todes- oder Erkrankungsfalle in Folge von Lungen- oder Kehlkopfschwindsucht Kenntniss erhalten, die Desinfektion der Wohnung des betreffenden Kranken und ihres Inhaltes zu veranlassen.

Bei Todesfällen ist diese Desinfektion alsbald nach der Beerdigung, bezw. Ueberführung der Leiche in die Leichenhalle, bei Erkrankungsfällen alsbald, nachdem der Kranke seine bisherige Wohnung oder Aufenthaltsstelle verlassen hat, vorzunehmen.

Etwaige Auslassungen der Aerzte auf den Meldungen oder Anzeigen bezüglich der Desinfektion sind bei Anordnung und Ausführung der letzteren thunlichst zu berücksichtigen; auch wird den Ortspolizeibehörden empfohlen, bei der Desinfektion nach Anleitung der Bezirksärzte zu verfahren.

Die Kosten der Desinfektion sind bei mittellosen Kranken oder Verstorbenen aus der Gemeindekasse, in selbstständigen Gutsbezirken von der Gutsherrschaft zu übertragen.

Die Anzeigen und Meldungen selbs oder Abschriften derselben sind von den Ortspolizeibehörden thunlichst bald an den Bezirksarzt weiter zu geben; dabei haben die Ortspolizeibehörden zu bemerken, was bisher von ihnen verfügt worden ist.

5. Ortspolizeibehörden im Sinne dieser Verordnung sind
   in Städten mit Rev. Städteordnung die Stadträthe,
   „ mittleren und kleinen Städten die Bürgermeister,
   „ Landgemeinden die Gemeindevorstände,
   „ selbstständigen Gutzbezirken die Gutsvorsteher.

Handelt es sich um eine Erkrankung oder einen Todesfall in der Familie des Gutsvorstehers selbst, so hat an des letzteren Stelle die Amtshauptmannschaft als Polizeibehörde einzutreten.

6. Formulare zu den Anzeigen und Meldungen werden auf Verlangen von den Bezirksärzten unentgeltlich verabfolgt.

7. Nichtbeachtung der oben in Punkt 1, 2 und 3 ertheilten Vorschriften hat Geldstrafe bis zu 150 M. oder Haft bis zu 6 Wochen zur Folge.

Die Leichenfrauen, gegen welche im Unterlassungsfalle disziplinell einzuschreiten ist, sind seitens der Ortspolizeibehörde auf die Vorschriften dieser Verordnung aufmerksam zu machen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 23. **1. Dezember.** 1900.

Rechtsprechung.

Unter einem Zeugnisse über den Gesundheitszustand eines Menschen ist nicht nur die Bezeugung unmittelbar wahrnehmbarer Thatsachen, sondern auch die sachverständige Würdigung dieser Thatsachen in ihren Folgen für die Gesundheit zu verstehen. Urtheil des Reichsgerichts (II. Strafsenats) vom 18. Mai 1900.

In dem angefochtenen Urtheile wird festgestellt, dass die Bezeugung, „es liegen schwere Hautverletzungen vor, welche nach Wochen heilen und auf Jahre hin Zeichen hinterlassen werden", unrichtig sei, und es wird erwogen, dass von schweren Hautverletzungen bei den nur vorhanden gewesenen Schwellungen und Blutunterlaufungen unter der undurchtrennt gebliebenen Haut nicht habe gesprochen werden können und die Heilung thatsächlich innerhalb der nächsten Tage eingetreten sei. Der Angeklagte, dem bei der von ihm vorgenommenen sehr sorgfältigen Untersuchung die leichte Natur der Verletzungen nicht entgangen sei, habe das Vorhandensein schwerer Hautverletzungen, welche nach Wochen heilen und auf Jahre Zeichen hinterlassen würden, wider besseres Wissen bezeugt.

Lediglich dieses Zeugniss wird für strafbar erachtet, nicht der in dem Atteste ausserdem enthaltene unbestimmte Ausspruch, die Heilung der Hautverletzungen werde „vielleicht" 4—5 Wochen dauern. Von dem Angeklagten in seinem Zeugnisse wie von dem Thatrichter wird unterschieden zwischen der Heilung und dem Zurückbleiben von Zeichen (Spuren) der Verletzungen, und es wird in dem Urtheile bedenkenfrei festgestellt, dass trotz zurückgebliebener Spuren die Heilung innerhalb weniger Tage erfolgt ist. Nicht zu beanstanden ist es ferner, wenn die Strafkammer bei der rechtlichen Beurtheilung der That davon ausgeht, dass nicht nur die Mittheilung über den Befund der ärztlichen Untersuchung, sondern auch die Würdigung des Befundes vom ärztlichen Standpunkte aus unter den Begriff eines Zeugnisses im Sinne des §. 278 Str.-G.-B.'s falle. Denn der §. 278 erfordert ein Zeugniss über den Gesundheitszustand eines Menschen, und die Gesundheit ist nach der Beschaffenheit der menschlichen Organe und der Art ihres Funktionirens bei den einzelnen Menschen dergestalt verschieden, dass ein und dasselbe dem einen schädlich, dem anderen unschädlich oder weniger schädlich sein kann. Allerdings giebt es Vorkommnisse und Erscheinungen an dem menschlichen Körper, die nach den Lehren der Heilwissenschaft und der Erfahrung den Gesundheitszustand unter allen Umständen beeinflussen müssen, und dass schon die Bescheinigung eines solchen Vorkommnisses oder einer solchen Erscheinung bei einem Menschen als Zeugniss über dessen Gesundheitszustand zu gelten hat, ist nicht zu bezweifeln.

Nicht minder muss aber die ärztliche Darstellung, welche Wirkungen die beschriebenen Erscheinungen und Zustände auf den körperlichen Organismus nach seiner besonderen Beschaffenheit ausgeübt und inwieweit sie das körperliche Wohlsein in dem einzelnen Falle beinflusst haben, als Zeugniss über den Gesundheitszustand eines Menschen angesehen werden. In vielen Fällen wird der Sachverständige auch die Dauer der Gesundheitsschädigung wenigstens annähernd bemessen können, und der Arzt, der solches thut, und sich auf Grund des von ihm festgestellten Befundes hierüber in seinem Atteste ausspricht, stellt dadurch ein Zeugniss über den Gesundheitszustand eines Menschen aus. Unter einem solchen Zeugniss ist begrifflich nicht nur die Bezeugung unmittelbar wahrnehmbarer Thatsachen, sondern auch die sachverständige Würdigung dieser Thatsachen in ihren Folgen für die Gesundheit zu verstehen. Es ist daher

nicht rechtsirrig, wenn der erste Richter annimmt, dass durch die wissenschaftlich unrichtige Bezeugung des Vorhandenseins schwerer Hautverletzungen und ihrer Folgen für die Gesundheit der Thatbestand des §. 278 Str.-Ges.-B.s erfüllt sei.

Hiernach war die Revision des Angeklagten zu verwerfen.

Berechtigung des Medizinalbeamten auf Gebühren für die Verrichtung sanitätspolizeilicher Geschäfte im ortspolizeilichen Interesse in Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung. Urtheil des Königlichen Landgerichts (II. Zivilkammer) zu Köln vom 3. Oktober 1900.

Der Beklagte wird verurtheilt, an den Kläger Neun Mark nebst 4% Zinsen seit dem Tage der Klagezustellung zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Thatbestand:

Der Kläger ist Polizeiphysikus in Köln, wo schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 20. April 1892 die örtliche Polizeiverwaltung von einer Königlichen Behörde geführt wurde.

Am 20. Oktober 1898 erhielt der Kläger von dem Königlichen Polizeipräsidenten zu Köln durch Vermittelung des Gewerbeinspektors den Auftrag zur Erstattung eines Gutachtens über die durch die P. sche Fabrik zu Köln verursachte Rauchbelästigung.

Der Kläger hat dann vor Erstattung des Gutachtens am 24. und 26. September 1898 die Fabrik besichtigt und alsdann das Gutachten abgegeben. An Gebühren berechnete er hierfür je 3 M. für die beiden Besichtigungen und 6 M. für das Gutachten, zusammen 12 Mark. Der Beklagte hat ihm aber nur je 1,50 M. Fuhrkosten für die beiden Besichtigungen, also nur 3 M. zugebilligt.

Der Kläger beantragt nunmehr im Wege der Klage

„den Beklagten zur Zahlung von 9 M. nebst 4% Zinsen seit dem Klagetage zu verurtheilen."

Er führt gestützt auf die Entscheidungen des Kammergerichts (VIII. Senat) vom 23. Augst 1898[1]) und (XI. Senat) vom 26. Juni 1900[2]) sowie des Reichsgerichts (IV. Senat) vom 15. Januar 1899[3]) aus, dass ihm auch trotz des Gesetzes vom 20. April 1872 die von ihm berechneten Gebühren nach §. 1 Abs. 3 des Gesetzes vom 9. März 1892 zuständen. Der Beklage begehrt „Abweisung der Klage", indem er sich auf die Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts (I. Senat) vom 20. Januar 1899 und vom 1. Dezember 1899 bezieht und geltend macht, dass nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 20. April 1892 hier nur noch die Entschädigung des §. 1 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. März 1872 eintrete.

Entscheidungsgründe:

Nach §. 1 des preussischen Gesetzes vom 9. März 1872 erhalten die Medizinalbeamten für medizinalpolizeiliche Verrichtungen, die sie im allgemeinen staatlichen Interesse an ihrem Wohnorte vollziehen, aus der Staatskasse nur 1,50 M. für Fuhrkosten, während sie Gemeinden gegenüber, wenn ihre Thätigkeit für ortspolizeiliche, von den Gemeinden zu befriedigende Interessen beansprucht wird, Tagesgebühren bis zu 15 M. verlangen können, ebenso wie Privaten gegenüber, wenn ihre Thätigkeit durch ein Privatinteresse veranlasst ist. Die Auslegung des Oberverwaltungsgerichts, dass mit den Worten „im allgemeinen staatlichen Interesse" in jenem §. 1 l. c. die Verschiedenheit der Vergütung lediglich davon abhängig gemacht sein soll, wer die Kosten der einzelnen Verrichtung zu tragen habe oder für wessen Rechnung der Medizinalbeamte thätig werde, erscheint nicht zutreffend. Hiergegen spricht zunächst der Umstand, dass die Bezugnahme auf die Person des Zahlungspflichtigen bereits durch die Worte „aus der Staatskasse" und „gegenüber den Gemeinden" im §. 1 l. c. hinreichend ausgedrückt ist. Aus der Fassung des §. 1 l. c., der den Schwerpunkt darauf legt, in wessen Interesse die Thätigkeit des Beamten erfolgt oder durch wessen Interesse sie veranlasst ist, namentlich aber aus der Gegenüberstellung der „allgemeinen staatlichen", der „ortspolizei-

---

[1]) Siehe Beilage zu Nr. 13 der Zeitschrift, 1898, S. 89.
[2]) Siehe Beilage zu Nr. 11 der Zeitschrift, 1900, S. 168.
[3]) Siehe Beilage zu Nr. 5 der Zeitschrift, 1899, S. 33.

lichen" und der „privaten" Interessen geht hervor, dass für die verschiedene Benennung der Vergütung nicht die Person des Zahlungspflichtigen entscheidend ist, sondern dass unter „den allgemeinen staatlichen Interessen" die landespolizeilichen Interessen gegenüber den ortspolizeilichen zu verstehen sind und dass somit der §. 1 l. c. die Bezüge der Medizinalbeamten je nach der Veranlassung und dem Inhalte ihrer Thätigkeit, nicht aber nach der Person des Zahlungspflichtigen verschieden bemisst. Da nun die hier geleistete Thätigkeit des Klägers nach §. 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850 als im ortspolizeilichen Interesse erfolgt anzusehen ist, so hätte der Kläger vor dem Jahre 1893 gegen die Gemeinde deshalb zweifellos einen Anspruch nach §. 1 Abs. 3 l. c. erheben können.

Es frägt sich aber, ob jetzt, nachdem in Folge des Gesetzes vom 20. April 1892 der Beklagte die durch die Ortspolizei in Köln entstehenden Kosten selbst übernommen hat und somit der Anspruch des Klägers nicht mehr „gegenüber der Gemeinde" entsteht, der Kläger vom Beklagten nur die Sätze des §. 1 Abs. 1 des Gesetzes von 1872 oder immer noch die Vergütung des §. 1 Abs. 3 verlangen kann. Da das Gesetz von 1892 lediglich finanziellen Charakter hat, so haben dadurch, dass nach jenem Gesetze die Kosten der Ortspolizei in Köln jetzt der Beklagte trägt, die ortspolizeilichen Interessen der Gemeinde Köln ihre Eigenschaft als solche nicht verloren und sind nicht zu allgemeinen staatlichen Interessen im Sinne des §. 1 des Gesetzes von 1872 geworden. Durch die blosse Veränderung des Zahlungspflichtigen kann aber das Gesetz von 1892 nicht auch die den Medizinalbeamten zustehende Vergütung geändert haben, da diese Vergütung nach der gegebenen Auslegung des §. 1 des Gesetzes von 1872 sich nicht nach der Person des Zahlungspflichtigen, sondern danach richtet, welches Interesse durch die Thätigkeit des Medizinalbeamten im einzelnen Falle befriedigt wird. Das Gesetz von 1892, das lediglich zwischen Staat und Gemeinde die Frage der Kostentragung regeln wollte, hat aber auch in die nach dem Gesetze von 1872 den Medizinalbeamten zustehenden Ansprüche nicht stillschweigend eingreifen wollen; es hätte hierzu vielmehr bei dem wesentlich anderweitigen Zwecke des Gesetzes einer ausdrücklichen, unzweideutigen Gesetzesbestimmung bedurft.

Will man daher für den Fall, wo die Ortspolizei für Rechnung des Staates durch dessen Behörde verwaltet wird, nicht eine Lücke im Gesetze bezüglich der den Medizinalbeamten für ortspolizeiliche Verrichtungen zustehenden Vergütung annehmen, so muss man mit den Erkenntnissen des Kammergerichts und des Reichsgerichts nunmehr den §. 1 Abs. 3 des Gesetzes von 1872 dahin auslegen, dass die Medizinalbeamten die ihnen dort gewährten Ansprüche jetzt unmittelbar und in vollem Umfange gegen den Staat erheben können.

Hiernach war der Beklagte, da die Angemessenheit der vom Kläger berechneten Gebühren im Uebrigen nicht bestritten ist, wie geschehen zu verurtheilen, unter Berücksichtigung des §. 91 Z.-P.-O. wegen der Kosten.

Belästigungen durch das mit dem Betriebe eines Petroleummotors verbundene Eindringen von Gestank u. s. w. auf die benachbarten Grundstücke. Urtheil des Landgerichts zu Neisse (Zivilsenat) vom 3. März 1900.

Da nach Art. 181 Einführungs-Gesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch auf das zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehende Eigenthum von dieser Zeit an die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Anwendung finden, so war für den vorliegenden nach dem 1. Januar 1900 zur Entscheidung gelangenden Rechtsstreit der §. 906 Bürgerlichen Gesetzbuchs massgebend, welcher bestimmt:

„Der Eigenthümer eines Grundstücks kann die Zuführung von Dämpfen, Gerüchen und ähnliche von einem anderen Grundstück ausgehende Einwirkungen insoweit nicht verbieten, als die Einwirkung die Benutzung seines Grundstücks nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt oder durch eine Benutzung des anderen Grundstücks herbeigeführt wird, die nach den örtlichen Verhältnissen bei Grundstücken dieser Lage gewöhnlich ist."

Aus dieser Bestimmung folgt per argumentum contrario, dass der Grundstückseigenthümer derartige Immissionen sich nicht gefallen zu lassen braucht, wenn sie sein Grundstück wesentlich beeinträchtigen und wenn sie von einer

nach der Lage der Grundstücke nicht gewöhnlichen Benutzung des anderen Grundstücks herrühren. Beide Voraussetzungen liegen, wie die richterliche Augenscheineinnahme und die Beweisaufnahme an Ort und Stelle ergeben hat, hier unzweifelhaft vor.

Das Grundstück der Beklagten liegt nicht etwa in einem Fabrikviertel, sondern in der Villenvorstadt von P. Rechts und links von diesem Grundstücke liegen Landhäuser, Villengrundstücke, deren Werth, wie der Häusersachverständige B. aus P. zutreffend sich äusserte, namentlich in den sich hinter den Villen hinziehenden Gärten und in der guten Luft besteht, die man dort athmet. Die örtlichen Verhältnisse sind also, wie keinem Bedenken unterliegt, derartige, dass die Benutzung eines Nachbargrundstücks, welches die Luft verunreinigt und Niederschläge zur Folge hat, die auf das Wachsthum der Bäume schädigend einwirken, als eine „gewöhnliche" nicht erachtet werden kann.

Und beides war vor, bei und nach Erhebung der Klage in hohem Maasse der Fall. In dem an Ort und Stelle abgehaltenen Beweisaufnahmetermin ergab sich, dass die in der Windrichtung der Petroleumgase liegenden Bäume im Gegensatz zu den Bäumen im hinteren Theile des Gartens des Mitklägers N. ein verkümmertes Aussehen hatten, und dass sich in den Gärten der Kläger in der Höhe der Werkstatt (Schlosserei) der Beklagten ein recht unangenehmer Geruch geltend machte, der offensichtlich in Folge der Windrichtung von der Werkstatt nach den Gärten und zwar durch die von dem Petroleummotor (von 4 Pferdekräften) ausströmenden Dämpfe hervorgerufen wurde. Die Vernehmung der Zeugen aber hat sogar zum Erweise gebracht, dass der im Termine sich bemerklich machende Gestank noch weit hinter dem sonst dann und wann hervorgetretenen zurückgeblieben ist. . . . .

Die Beweisaufnahme ist sonach derart zu Ungunsten der Beklagten ausgefallen, dass die Kläger auf Grund des Beweisergebnisses die sofortige Verurtheilung der Beklagten zur Beseitigung der Immissionen hätten verlangen können und dies umsomehr, als nach dem Gutachten des B. die Verkaufsmöglichkeit der klägerischen Grundstücke durch die Einwirkungen des Petroleummotors, namentlich durch den Gestank, erheblich beeinträchtigt wird. Da indessen der Sachverständige B. seine Ansicht dahin kundgegeben hat, dass die schädlichen Einwirkungen des Petroleummotors auf die Umgebung, insbesondere der Gestank, den er auch als einen übermässigen und als einen solchen bezeichnet, der die Umgebung erheblich belästigt, durch gewisse Vorkehrungen der Beklagten, insbesondere durch eine vor dem Austritt ins Freie zu bewirkende Verbrennung der Gase, durch Erneuerung des Wassers im Wasserreservoir und durch Erhöhung der Esse möglicherweise auf ein Minimum reduzirt werden könnte, so haben sich die Kläger aus Billigkeitsrücksichten dazu bequemt, den Beklagten behufs Beseitigung der Immissionen eine dreimonatliche Frist zu gewähren.

Wenn nun in dem nach dem doppelten Ablauf der Frist anstehenden neuen Verhandlungstermine die Beklagten die Erklärung der Kläger, dass die Beklagten wohl die vom Sachverständigen ihnen empfohlenen Vorkehrungen gar nicht oder nicht gehörig getroffen haben, und dass der Gestank und die den Bäumen schädlichen Niederschläge sich nach wie vor geltend machen, mit dem Antrage auf Vertagung beantworten, weil sie sich auf diese neuen Behauptungen der Kläger nicht zu erklären vermöchten, so war der Vertagungsantrag beim Widerspruch der Kläger zurückzuweisen, weil es sich hier nicht um neue Behauptungen, sondern um die Wiederholung der alten, bereits bewiesenen Behauptungen handelt und die Beklagten auf diese Wiederholung gefasst sein mussten.

Ebensowenig genügt aber das eventuelle Bestreiten der Beklagten. Denn nachdem einmal das Klagefundament voll erwiesen worden war, war es Sache der Beklagten, ihrerseits zu behaupten und unter Beweis zu stellen dass sie alles, was ihnen der Sachverständige zur Verbesserung des Zustandes anempfohlen habe, ausgeführt hätten, und dass auch der Erfolg nicht ausgeblieben sei. Hierzu erklärte sich der Vertreter der Beklagten auf richterliche Befragen ausser Stand. Da nun nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch der Grundstückseigenthümer die Beseitigung solcher Einwirkungen verlangen kann, so folgt hieraus wenn auch nicht in erster, so doch in zweiter Linie die Verpflichtung der Beklagten, den Petroleummotor zu entfernen, wenn nicht Einrichtungen getroffen werden, durch welche die mit dem Betriebe des Mo-

tors verknüpften schädlichen Einwirkungen auf das Nachbargrundstück sich verhindern lassen. Ist dies möglich, — und die Möglichkeit ist nach dem Gutachten des Sachverständigen B. nicht ausgeschlossen, — so können die Kläger nicht unbedingt die Beseitigung des Motors, sondern nur alternativ die Vornahme der betreffenden Einrichtungen oder die Beseitigung des Motors verlangen und es rechtfertigt sich hieraus die getroffene Entscheidung, wonach die Beklagten verurtheilt werden, Einrichtungen zu treffen, durch die das mit dem Betriebe des auf ihrem Grundstücke aufgestellten Petroleummotors verbreitete Eindringen von Gestank auf die Grundstücke der Kläger und von Petroleumniederschlägen auf das Grundstück des Mitklägers N. verhindert wird, oder den gedachten Petroleummotor von ihrem Grundstück zu entfernen.[1])

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Kontrole der sittenärztlichen Untersuchung der Prostituirten durch die Medizinalbeamten. Runderlass der Minister der u. s. w. Medizinalangelegenheiten und des Innern vom 22. August 1900 — M. d. g. A. M. Nr. 12103 U. I., M. d. Inn. II[a] Nr. 6748 — an sämmtliche Regierungspräsidenten.

Die in einzelnen Städten ausgeführte ausserordentliche Revision der sittenärztlichen Untersuchung hat ergeben, dass die ärztlich technische Ausführung nicht in allen Punkten den Bestimmungen des Erlasses vom 13. Mai 1898[2]) entspricht. Wir bestimmen daher, dass die zuständigen Medizinalbeamten angewiesen werden, der sittenärztlichen Untersuchung der Prostituirten jährlich mindestens einmal beizuwohnen und über ihre Beobachtungen, sowie insbesondere darüber, ob die Bestimmungen des vorgenannten Erlasses beobachtet sind, zu berichten.

Die Revision ist durch den Regierungs- und Medizinalrath auszuführen, sofern der Sittenarzt selbst Medizinalbeamter ist, im Uebrigen hat der Regierungs- und Medizinalrath gelegentlich anderweiter dienstlicher Anwesenheit an Orten, in welchen eine sittenärztliche Untersuchung der Prostituirten eingerichtet ist, sich über die Ausführung der sittenpolizeilichen Untersuchung und die Verhältnisse der Prostituirten zu unterrichten.

Beaufsichtigung der beruflichen Thätigkeit der Hebammen. Verfügung des Königlichen Regierungspräsidenten in Lüneburg vom 10. August 1900 an sämmtliche Kreisphysiker des Bezirks.

Es hat sich das Bedürfniss herausgestellt, eine strengere Beaufsichtigung der beruflichen Thätigkeit der Hebammen, im Besonderen der Befolgung der ihnen zur Verhütung des Kindbettfiebers ertheilten Anweisungen, eintreten zu lassen, als sie durch die alle 3 Jahre vorzunehmenden Nachprüfungen und die alljährliche Vorlegung der Tagebücher ausführbar erscheint.

Zu dem Zwecke ersuche ich, bei jedem von den Hebammen gemeldeten oder sonst zur Kenntniss gelangenden Falle von Erkrankung an Kindbettfieber, sowie bei jedem Todesfalle in der Geburt oder im Wochenbette, eine eingehende Untersuchung über die Ursache der Erkrankung oder des Todes, sowie über ein etwaiges schuldhaftes Verhalten der betheiligten Hebammen anzustellen.

Es empfiehlt sich, sofern nicht sofortige Untersuchung an Ort und Stelle angezeigt erscheint, zunächst die Hebamme zur Ausfüllung des in einer entsprechenden Anzahl von Exemplaren beigefügten Fragebogens zu veranlassen, bezw. den Fragebogen nach den Angaben der Hebamme auszufüllen; die ausgefüllten Fragebogen sind zu den Akten zu nehmen.

Sofern durch die Beantwortung der gestellten Fragen die Ursache der Erkrankung oder des Todes nicht völlig aufgeklärt, oder ein schuldhaftes Verhalten nicht ausser Frage gestellt wird, ist eine Untersuchung an Ort und

---

[1]) Durch Aufstellung eines Benzinmotors soll dem Uebelstande abgeholfen sein.

[2]) S. Beilage zu Nr. 13 der Zeitschrift, 1898, S. 91.

Stelle vorzunehmen. Bei derselben wird, so weit erforderlich, durch Untersuchung der erkrankten Wöchnerin, sowie durch Benehmen mit dem etwa zugezogenen Arzte und durch eingehende Erkundigungen über die Vorgänge bei der Geburt bei den Angehörigen oder anderen zugegen gewesenen Personen den Thatbestand nach jeder Richtung hin thunlich aufzuklären sein.

Der Hebamme sind die erforderlichen Anweisungen zu ertheilen, etwaige sonst erforderliche Massnahmen bei der zuständigen Polizeibehörde in Vorschlag zu bringen. Sofern ein schuldhaftes Verhalten der Hebamme nachgewiesen ist und ihre Bestrafung nach Prüfung der besonderen Umstände des Falles angezeigt erscheint, ist dieselbe auf Grund der Polizeiverordnung der vormaligen Königlichen Landdrostei hierselbst vom 21. Januar 1884, betreffend die Pflichten der Hebammen, bei der zuständigen Polizeibehörde zu beantragen. Beim Unterlassen der nach §. 5 der gedachten Polizeiverordnung vorgeschriebenen Anzeige ist in jedem Falle Strafantrag zu stellen.

Die Herren Kreisphysiker werden ermächtigt, die zur Vornahme von Untersuchung an Ort und Stelle erforderlichen Dienstreisen ohne besondere Requisition vorzunehmen.

Die Reisekosten-Liquidation ist mir mit einem Bericht über das Ergebniss der Untersuchung, in welchem auch die Gründe, aus denen eine örtliche Untersuchung erforderlich war, anzugeben sind, durch Vermittelung des Landraths vorzulegen.

Die Herren Kreisphysiker werden ferner ermächtigt, alljährlich auf einer eintägigen Rundreise mehrere Hebammen ihres Kreises unvermuthet in ihren Wohnungen aufzusuchen, eine Revision ihrer Geräthe, Kleider und Tagebücher vorzunehmen und dabei eine Besprechung der in das Tagebuch eingetragenen Fälle anzuschliessen.

Den Hebammen ist durch die Polizeibehörden, unter Hinweis auf §. 1 der angezogenen Polizeiverordnung eröffnet, dass sie derartige unvermuthete Revisionen in Zukunft zu gewärtigen haben. Es empfiehlt sich die Hebammen zu veranlassen, dass sie die ihnen von den vorgeordneten Behörden zugehenden Verfügungen zu einem Heft vereinigt aufbewahren und bei den Revisionen vorlegen.

Die Reisekosten-Liquidation ist mir durch Vermittelung des Landraths vorzulegen. Das Ergebniss der Revisionen ist in dem auf Grund meiner Verfügung vom 10. September 1896 I. A. 10559 zu erstattenden Berichte über das Ergebniss der Nachprüfungen zu berücksichtigen.

Gegen besserungs- und bildungsunfähige Hebammen ist bei den Untersuchungen über Erkrankungen und Todesfälle im Wochenbett, sowie bei den Hausrevisionen Belastungsmaterial zu sammeln und, sofern dasselbe ausreichend erscheint, die Einleitung des Verfahrens auf Entziehung des Prüfungszeugnisses bei der zuständigen Polizeibehörde zu beantragen.

Fragebogen.

1. Wie heisst die Wöchnerin?
2. Wie alt ist sie?
3. Wie oft hat sie vorher schon geboren?
4. An welchem Tage und zu welcher Stunde sind Sie bei der Gebärenden eingetroffen?
5. Sind Sie mit einem Waschkleid und mit einer reinen weissen Schürze bekleidet gewesen?
6. Haben Sie sich vor der inneren Untersuchung ordnungsmässig mit Wasser und Seife und Handbürste gewaschen?
7. Haben Sie sich mit Karbolsäure ordnungsmässig desinfizirt? Oder mit welchem anderen Desinfektionsmittel?
8. Haben Sie die äusseren Geschlechtstheile der Gebärenden vor der Untersuchung gereinigt? und womit?
9. Haben Sie der Schwangeren reine Leibwäsche angezogen und das Geburtslager mit reinen Bezügen überzogen oder warum nicht?
10. Welche Kindeslage haben Sie festgestellt?
11. Wie war die Beschaffenheit des Muttermundes bei Ihrer ersten Untersuchung?
12. Wann erfolgte die Geburt des Kindes?
13. Ist bei der Geburt ein Arzt zugegen gewesen und welcher?
14. Ist Kunsthülfe angewendet worden und welche?
15. Wie oft haben Sie innerlich untersucht?
16. Ist bei der Geburt ein Dammriss

oder eine andere Verletzung erfolgt?
17. Wann ist die Nachgeburt geboren? Ist dieselbe von selbst gekommen oder durch äusseren Druck, oder durch innere Handgriffe? War dieselbe vollständig?
18. Haben Sie nach der Geburt die Wöchnerin ordnungsmässig gewaschen?
19. Haben Sie nach der Geburt reine Unterlagen verwendet?
20. Hat bei der Geburt eine erhebliche Blutung stattgefunden?
21. Wie war das Befinden gleich nach der Geburt?
22. Wie oft haben Sie die Wöchnerin besucht?
23. Haben Sie bei jedem Besuch die Körperwärme mittelst Thermometer gemessen?
24. Haben Sie bei jedem Besuch den Puls gezählt?
25. An welchem Tage ist zuerst Fieber aufgetreten?
26. Wann ist der Arzt zugezogen? und welcher?
27. Welche andere Krankheitserscheinungen (Fieberfrost, Leibschmerz, Erbrechen, Durchfall u. s. w.) sind aufgetreten?
28. Wie verhielt sich der Wochenfluss?
29. Haben Sie kurz vor und nach der Entbindung der Erkrankten andere Frauen entbunden? Wie befinden sich diese?
30. Sind Sie seit der Erkrankung der Wöchnerin von der Pflege derselben ferngeblieben?
31. Was ist Ihnen darüber bekannt, wie sich die Wöchnerin jetzt befindet?
32. Was ist Ihrer Ansicht nach die Ursache, dass die Wöchnerin an Kindbettfieber erkrankt ist?

B. Grossherzogthum Mecklenburg-Schwerin.

Verhütung der Einschleppung der ägyptischen Augenkrankheit. a. Grossherzogliche Verordnung vom 23. Juni 1900 und b. Ministerialerlass vom 23. Juni 1900 an sämmtliche Kreisphysiker.

a. §. 1. Arbeiter und Dienstboten, welche aus Ländern oder Bezirke kommen, wo die ägyptische Augenkrankheit heimisch ist, und truppweise im Grossherzogthum eintreffen, müssen spätestens innerhalb 8 Tagen nach ihrem Zuzug am bestimmungsmässigen Arbeits- oder Dienstort ärztlich darauf untersucht werden, ob sie an der ägyptischen Augenkrankheit leiden.

Das Grossherzogliche Ministerium, Abth. für Medizinalangelegenheiten, macht im ersten Vierteljahr jedes Jahres im Regierungsblatt bekannt, in welchen Ländern oder Bezirken die ägyptische Augenkrankheit im Sinne des Absatzes 1 heimisch ist.[1])

§. 2. Der Obrigkeit des bestimmungsmässigen Arbeits- oder Dienstorts liegt es ob, die ärztliche Untersuchung zu bewirken.

§. 3. Die Untersuchung ist unnöthig, wenn nachgewiesen wird, dass der betreffende Arbeiter oder Dienstbote in den letzten 4 Wochen schon in Bezug auf die ägyptische Augenkrankheit ärztlich untersucht und gesund befunden ist.

§. 4. Wer das Geschäft eines Gesindevermiethers oder Stellenvermittlers betreibt, ist verpflichtet, wenn er für Arbeitgeber oder Dienstherren Arbeiter oder Dienstboten besorgt, welche aus Ländern oder Bezirken kommen, wo die ägyptische Augenkrankheit heimisch ist (§. 1 Absatz 2), und truppweise im Grossherzogthum eintreffen, von dem Abgang des Arbeiters oder Dienstboten an den bestimmungsmässigen Arbeits- oder Dienstort der Obrigkeit dieses Ortes innerhalb der Grossherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Strelitz unverzüglich Anzeige zu machen.

Die Uebertretung dieser Vorschrift wird mit Geldstrafe bis zu 30 M bestraft. Die Strafe kann durch polizeiliche Strafverfügung festgesetzt werden.

§. 5. Hat die Untersuchung den Ausbruch oder den Verdacht des Ausbruchs der ägyptischen Augenkrankheit festgestellt, so hat die Ortsobrigkeit

[1]) Durch Bekanntmachung vom 25. Juni 1900 werden hierher gerechnet: 1. innerhalb des Deutschen Reichs: die Provinzen Ostpreussen, Posen, Schlesien und Westpreussen der Preussischen Monarchie; 2. im Ausland: Russland, Böhmen, Mähren und Galizien, Italien und Rumänien.

dem Kreisphysikus Mittheilung zu machen, und tritt das medizinalordnungsmässige Verfahren ein.

---

b. In Folge der Zunahme der Erkrankungen an der ägyptischen Augenkrankheit unter den fremdländischen Arbeitern im hiesigen Lande und in Erwägung, dass bereits einzelne Trachomerkrankungen von Schulkindern in ländlichen Ortschaften festgestellt sind, werden die Kreisphysiker hierdurch aufgefordert,

1. jede Gelegenheit bei Dienstreisen wahrzunehmen, um die Ausführung der von ihnen nach Benehmen mit den Ortsobrigkeiten in Bezug auf ärztliche Behandlung und Ueberwachung von granulösen Augenkranken getroffenen Massregeln zu kontroliren und beständig ihr Augenmerk darauf zu richten, dass die Vorschriften der Verordnung vom 23. Juni 1900 beachtet werden, wo dies aber nicht geschieht, mit der betheiligten Ortsobrigkeit in Verbindung zu treten,

2. wenn Dienstgeschäfte sie nach Orten oder in der Nähe von Orten ihres Bezirkes führen, in welchen sich Domaniallandschulen befinden, diese Gelegenheit zu benutzen, um die Schulkinder auf Trachom zu untersuchen und die Lehrer darauf hinzuführen, auf das etwaige Vorhandensein ansteckender Augenkrankheiten unter den Schülern besonders zu achten.

Bei dieser Gelegenheit wollen die Kreisphysiker in Nachachtung des Zirkulars vom 11. Mai 1891 die Schulen auch in Bezug auf die nach den Verhältnissen berechtigten Ansprüche der Schulhygiene einer Besichtigung unterziehen.

3. Im Falle der Erkrankung eines Schulkindes an Trachom oder trachomverdächtigem Katarrh sind folgende sanitätspolizeiliche Schutzmassregeln unerlässlich:

a. Es ist sofort eine ärztliche Untersuchung sämmtlicher Schulkinder vorzunehmen.

b. Die an Trachom oder trachomverdächtigem Bindehautkatarrh krank befundenen Kinder sind, wenn eine vermehrte Absonderung, besonders eitriger Natur, besteht, vom Unterricht auszuschliessen, bis die Absonderung beseitigt ist. Zu letzterem Zweck ist tägliche Behandlung durch einen Arzt nothwendig und zwar thunlichst in einem Krankenhause resp. der Universitätsaugenklinik.

c. Kranke ohne vermehrte Absonderung, auch solche, bei denen dieselbe durch Behandlung beseitigt ist, können am Unterricht theilnehmen; dieselben sind jedoch auf eine besondere Bank zu setzen und dürfen ihre Schulutensilien Wasch- und Trinkgefässe nur für sich gebrauchen. Am allgemeinen Geräthturnen, gemeinsamen Spielen dürfen sie nicht theilnehmen.

d. Auch die zum Unterrichte zugelassenen kranken Kinder müssen fortgesetzt ärztlich weiter behandelt werden.

e. Zweckmässig ist es, wenn die zweifellos trachomatösen Kinder und die trachomverdächtigen je eine besondere Schulbank bekommen.

f. Sind trachomatöse oder trachomverdächtige Kinder gefunden, so ist mindestens alle 3 Wochen, nach Bedarf noch häufiger, eine Wiederholung der Untersuchung sämmtlicher Schulkinder vorzunehmen.

g. Die Angehörigen und Hausgenossen von Erkrankten sind zu veranlassen, sich ebenfalls der Untersuchung durch den Kreisphysikus zu unterziehen, und anzuhalten, die in der „Belehrung über das Trachom“ gegebenen Vorsichtsmassregeln, besonders bezüglich Waschgeräth und Handtuch, zu befolgen.

4. Zunächst haben die Kreisphysiker eine besondere Reise nach einer Anzahl von Domaniallandschulen ihres Bezirks zu unternehmen und die dortigen Schulkinder auf das Vorhandensein ansteckender Augenkrankheiten zu untersuchen. Die Auswahl der Schulen hat nach Benehmen mit dem zuständigen Grossherzoglichen Amt zu erfolgen und sind dabei in erster Linie Ortschaften zu berücksichtigen, in welchen fremdländische Arbeiter zugewandert sind.

Das Ergebniss dieser Besichtigungen ist in einem Bericht dem unterzeichneten Ministerium binnen 3 Monaten darzulegen.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.
J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden.

Rechtsprechung und Medizinal-Gesetzgebung.

Beilage zur Zeitschrift für Medizinal-Beamte.

Nr. 24. **15. Dezember.** 1900.

Rechtsprechung.

Ein Sachverständiger kann für das Hauptverfahren nicht deshalb abgelehnt werden, weil er im Vorverfahren gehört worden ist. Urtheil des Reichsgerichts (II. Strafsenats) vom 6. März 1900.

.... Nach §. 24, Abs. 1 Str.-P.-O. kann ein Richter sowohl in Fällen, in denen er von der Ausübung des Richteramtes Kraft Gesetzes ausgeschlossen ist, als auch wegen Besorgniss der Befangenheit abgelehnt werden. Auf diese Vorschrift weist §. 74, Abs. 1, Satz 1 Str.-P.-O. zurück, indem er die Ablehnung eines Sachverständigen aus denselben Gründen gestattet, welche zur Ablehnung eines Richters berechtigen. Nach Massgabe des §. 22 Nr. 5 Str.-P.-O. würde hiernach ein Sachverständiger als solcher abgelehnt werden können, wenn er in der Sache als Zeuge oder Sachverständiger vernommen worden ist. In §. 74, Abs. 1, Satz 2 ist jedoch bestimmt, dass aus der früheren Vernehmung des Sachverständigen als Zeuge ein Ablehnungsgrund nicht hergeleitet werden kann. Der Fall einer früheren Vernehmung des Sachverständigen als Sachverständigen ist hiernach allerdings nicht besonders erwähnt; dieser Umstand vermag jedoch nicht zu der Annahme zu führen, dass die Vorschrift des §. 22 Nr. 5 a. a. O. auch auf diesen Fall Anwendung zu finden habe.

..... Diese Nichterwähnung erklärt sich vielmehr daraus, dass das Gesetz die Unzulässigkeit der Ablehnung eines Sachverständigen für selbstverständlich erachtet. Sollen nicht die Interessen des Beschuldigten selbst anf das Schwerste gefährdet werden, so muss die Auswahl der zuzuziehenden Sachverständigen von vornherein sich auf diejenigen Persönlichkeiten richten, welche hierzu am geeignetsten erscheinen. Um so weniger kann dem Angeklagten das Recht zustehen, einen im Vorverfahren vernommenen Sachverständigen lediglich wegen dieser Vernehmung für das Hauptverfahren abzulehnen und damit nach seinem Belieben ein Beweismittel zu beseitigen, welches unter Umständen im Interesse der Stafverfolgung ebenso unentbehrlich sein kann wie die Vernehmung eines Zeugen, der schon im Vorverfahren als solcher vernommen worden ist. In §. 83 Abs. 1 Str.-P.-O. ist überdies vorgeschrieben, dass der Richter eine neue Begutachtung durch dieselben Sachverständigen anordnen kann . . .

Der Medizinalbeamte in Preussen ist nicht berechtigt, bei Revision der Drogenhandlungen vorschriftswidrig feilgehaltene Arzneimittel ohne Zuziehung der Ortspolizei mit Beschlag zu belegen. Urtheil des Reichsgerichts (III. Strafsenats) vom 22. Februar 1900.[1])

. . . Die Entscheidung der Sache hängt davon ab, ob der Kreisphysikus ein Recht zu seinem Vorgehen hatte.

Die Entwickelung, welche die Ordnung der Medizinalverhältnisse in Preussen genommen hat, führt zur Verneinung dieser Frage.

---

[1]) Mit Rücksicht auf seine Wichtigkeit ist das in der Beilage zu Nr. 14 der Zeitschrift bereits im Auszuge mitgetheilte Urtheil hier ausführlicher wiedergegeben.

. . . Dass bei den Besichtigungen durch die Ortspolizeibehörde bei der Fest-stellung strafbarer Handlungen (§. 367 Nr. 8, 5 St.-G.-B.) diese ein Beschlagnahmerecht nach §. 98, Abs. 1 St.-P.-O. unter den dort gegebenen Voraussetzungen und als Massregel präventiver Natur allgemein zum Schutze von Leben und Gesundheit hat, steht ausser Zweifel. Umsoweniger lag für diese Fälle ein Bedürfniss vor, das gleiche Recht dem Kreisphysikus beizulegen, was denn auch nirgends geschehen ist und insbesondere aus dem Umstande, dass der Physikus im Falle seiner Anwesenheit die Besichtigung zu leiten hat, nicht gefolgert werden kann.

Ebensowenig aber lässt sich ein solches Bedürfniss für die Kommissarien des Regierungspräsidenten über die Grenzen hinaus, welche für die Revisionen der Apotheken durch die vorher erwähnten Erlasse im Falle der Auffindung, verdorbener und verfälschter Arzneimittel und pharmazeutischer Präparate gezogen sind, ersehen, zumal da nach §. 7 der Anweisung vom 16. Dezember 1893 ein Vertreter der Ortspolizeibehörde bei diesen Besichtigungen auf Verlangen des beamteten Bevollmächtigten gegenwärtig sein muss.

Die Beilegung eines solchen weitergehenden Beschlagnahmerechtes an diese Kommissarien lässt sich denn auch nirgends nachweisen.

Fehlt aber ein solches, so ist, wie oben ausgeführt, die erkannte Freisprechung des Angeklagten nicht zu beanstanden.

Die Ausführungen in der Revision der örtlichen Staatsanwaltschaft widerlegen sich durch die geschichtliche Entwickelung der Vorschriften über die Besichtigungen der Drogenhandlungen von selbst.

Der in der Revision in Bezug genommene Erlass der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, des Innern und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 5. Juli 1898 weist im Wesentlichen nur darauf hin, dass auch die sog. Schrankdrogisten den Vorschriften vom 1. Februar 1894 unterliegen.

Wenn es demgegenüber am Schlusse heisst:

„Durch eine scharfe Kontrole der Erfüllung der Anzeigepflicht, durch häufige und unerwartete Besichtigungen seitens ber berufenen sachverständigen Personen, sowie durch Untersagung des Gewerbebetriebes in jedem Falle, in dem Leben oder Gesundheit von Menschen durch die Art der Ausübung des Betriebes gefährdet werden, wird es voraussichtlich gelingen, die Ausschreitungen der Schrankdrogisten und ihrer Lieferanten zu verhüten“,

so erweist sich dies sichtlich nur als eine Einschärfung bestehender Bestimmungen, insbesondere der Zuziehung jener sachverständigen Personen zu den Besichtigungen. Keineswegs ist dies dahin zu verstehen, dass dadurch nebenbei eine Neuerung, Revisionen durch die Sachverständigen allein, als Organe der Ortspolizeibehörden, hat eingeführt werden sollen.

Es beweist dieser Schlusssatz auch nichts für eine angebliche, dem Wortlaute widersprechende Auslegung der Nr. 1 der Vorschriften vom 1. Februar 1894 seitens der betheiligten Ressortminister.

Dass aber die Anwesenheit eines Polizeibeamten bei der Besichtigung keineswegs als sachlich gleichgültig angesehen werden kann, beweisen eben die Umstände des vorliegenden Falles.

Begriff „Nahrungsmittel“ im Sinne des Reichsgesetzes vom 14. Mai 1879 (R.-G.-Bl. S. 145; Hefe fällt darunter). Urtheil des Reichsgerichts (III. Strafsenats) vom 28. Mai 1900.

. . . Wie in der Rechtsprechung anerkannt ist, kommt es für den Begriff des Nahrungsmittels im Sinne des Gesetzes vom 14. Mai 1879 nicht darauf an, ob der betreffende Stoff für sich allein zur Ernährung des Menschen geeignet ist; es fallen vielmehr unter den Begriff auch alle die Stoffe, welche erst in Verbindung oder nach der Verarbeitung mit anderen Stoffen bestimmt sind, zur menschlichen Nahrung zu dienen. Nun stellt das Urtheil fest, dass Hefe bei der Brot-(Gebäck-)Bereitung in der Weise verwendet wird, dass sie dem Brot-

teig im Verhältnisse von 1 zu 100 bis 200 Gewichtstheilen zugesetzt wird zu dem Zwecke und mit der Wirkung, dass sie den Brotteig in seiner Beschaffenheit verändert, ihn „treibt", auflockert und durch diese ihre Einwirkung das Brot (Gebäck) verdaulich macht. Die Hefe ist hiernach ein Ingredienz der Brotbereitung, das dem Grundstoffe des Brotes (bezw. den Stoffen, aus welchen der Teig besteht) zugesetzt und mit ihm verarbeitet wird zur Herstellung des unmittelbar zur Nahrung dienenden Produktes, des Brotes. Daraus ergiebt sich für die natürliche Auffassung, dass die Hefe ein Bestandtheil des mit ihr hergestellten Brotes bezw. Gebäcks geworden ist, und es kann nicht darauf ankommen, ob und welche chemische Veränderungen ihre ursprünglichen Stofftheile in der wechselseitigen Beeinflussung mit den übrigen im Brotteige enthaltenen Stoffen erlitten haben, und ob und wie viel von diesen ursprünglichen Bestandtheilen in dem Produkte durch die chemische Wissenschaft noch nachweisbar ist.

Da hiernach das angefochtene Urtheil auf einer rechtsirrthümlichen Auffassung des Begriffes des Nahrungsmittels beruht, unterliegt es der Aufhebung.

---

1. Der Begriff des „Annehmens" eines Titels etc. im Sinne des §. 300 Nr. 8 St.-G.-B. setzt stets eine eigene Thätigkeit des Annehmenden voraus und kann nicht in der blossen Duldung der Anrede von Seiten Anderer gefunden werden.

2. „Ueberlassen" von Gift oder Arzneien an Andere im Sinne des §. 367 Nr. 3 St.-G.-B. liegt nicht vor, wenn die gedachten Stoffe bei der Behandlung von Patienten verwendet werden. Urtheil des Reichsgerichts (I. Strafsenats) vom 16. Juni 1900.

1. ... Das Annehmen eines Titels setzt eine eigene Thätigkeit des Angeklagten voraus, nicht ein blosses Dulden der Anrede mit dem Titel von Seiten Anderer. Solche Thätigkeit ist nicht bloss darin zu finden, dass der Angeklagte sich selbst den Titel beilegt, sondern auch darin, dass er Anderen den Glauben beibringt, ihm komme der Titel zu, und sie dadurch bestimmt, diesen in Bezug auf ihn anzuwenden. Darum wäre es rechtlich zulässig gewesen, in dem Aufhängen des Bildes in dem Wartezimmer[1]) die Absicht des Angeklagten zu finden, seine Kunden darauf hinzuweisen, dass er „Doktor von M." heisse, und solcher absichtliche Hinweis müsste als Annahme dieser Bezeichnung aufgefasst werden. Aber diese Absicht ist verneint. Die Ausführung der örtlichen Staatsanwaltschaft, der Angeklagte habe sich der Erkenntniss nicht verschliessen können, dass das Bild jene Wirkung auf die Kunden haben müsse, ist, wenn nicht unzulässiger Widerspruch gegen die Feststellung, die Geltendmachung einer Fahrlässigkeit, die für den Thatbestand des §. 360 Nr. 8 nicht ausreicht. Von „Annehmen" eines Titels kann nur bei einer vorsätzlichen Handlung die Rede sein.

2. Der §. 367 Nr. 3 St.-G.-B. verbietet, Gift oder Arzneien, soweit der Handel mit ihnen nicht freigegeben ist, zuzubereiten, feilzuhalten, zu verkaufen oder an Andere zu überlassen. Der Angeklagte hat nun Stoffe besessen, die unter jene Bezeichnung fallen, aber es wird nichts anderes für bewiesen angenommen, als dass er jene Stoffe in den Sprechstunden bei der Behandlung von Kranken benutzt hat, und darin ein Ueberlassen an andere nicht gefunden. Die Revision hält das für irrig, da auch die Uebertragung der Stoffe auf den Körper Anderer durch Einreiben und dergleichen als ein „Ueberlassen" im Sinne des Gesetzes sich darstelle. Das würde zutreffen können, wenn es sich um die Stoffe handelte, die auch nach der Verwendung bei der Behandlung der Kranken ihre sachliche Selbstständigkeit behalten und der Verfügung der Kranken, bei denen sie verwendet werden, unterliegen. Davon kann jedoch nicht die Rede sein bei den Präparaten, deren Verwendung im angefochtenen Urtheil festgestellt ist. Die Lösungen und Salben, deren Gebrauch dem Angeklagten nachgewiesen ist, wurden dadurch verbraucht, mithin nicht den Kranken überlassen.

[1]) In dem Wartezimmer des angeklagten Kurpfuschers war sein ihm von seinen Freunden geschenktes Bild aufgehängt, das die Unterschrift trug: „Herrn Dr. von M. zur Erinnerung an" u. s. w.

Begriff „Geheimmittel"; öffentliches Ankündigen von Geheimmitteln durch Broschüren. Urtheil des Kammergerichts (Strafsenats) vom 19. November 1900.

Der Drogenhändler L. hatte seinen Kunden eine Broschüre der Hamburger Firma Wasmuth u. Co. ausgehändigt, in welcher u. a. Pain Killer angepriesen war; die Zusammensetzung des Mittels war nicht klar und deutlich angegeben; eine Erklärung war in lateinischer Sprache angegeben. Das Strafgericht hatte einen Sachverständigen vernommen, welcher erklärte, Pain Killer bestehe aus Menthol und sei nur wenige Pfennige werth, obschon 65 Pf. dafür gefordert wurden. Die Strafkammer erachtete L. für schuldig und verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe, da er ein Geheimmittel angepriesen habe; es sei nicht in allgemein verständlicher Weise angegeben worden, aus welchen Stoffen Pain Killer bestehe. Das Publikum würde das Mittel nicht kaufen, wenn es wüsste, woraus es thatsächlich bestehe. Auch sei unbedingt anzunehmen, dass ein öffentliches Ankündigen und Anpreisen dadurch stattgefunden habe, dass die Reklameschrift an Kunden zu dem Zwecke vertheilt worden sei, um in Kreisen von Freunden und Bekannten zu zirkuliren. Das Kammergericht wies die Revision als unbegründet zurück, da der Begriff des Geheimmittels nicht verkannt sei. Der Vorderrichter nehme zutreffend an, dass in gemeinverständlicher Weise Bestandtheile und Mengeverhältniss angegeben werden müssen; auch sei hinreichend festgestellt, dass eine öffentliche Ankündigung durch Vertheilung der Reklameschrift stattgefunden habe.

Wann ist die zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten dienende polizeiliche Thätigkeit eine landes- oder ortspolizeiliche? Urtheil des Königlich Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 27. Juni 1899.

... Gesetzliche Vorschriften darüber, in welchen Fällen die zur Bekämpfung von ansteckenden Krankheiten dienende polizeiliche Thätigkeit als eine landespolizeiliche anzusehen ist und unter welchen Voraussetzungen sie als ortspolizeiliche zu gelten hat, bestehen nicht; die Unterscheidung kann daher, wie in dem Urtheil vom 6. Januar 1896 dargelegt ist, nur von dem Zwecke der ergriffenen Massregeln abhängig gemacht werden. Zielen sie auf die Verhinderung der Einschleppung einer ansteckenden Krankheit aus dem Auslande in das Inland oder auf die Bekämpfung der Verbreitung im Inlande von einer Gegend zur anderen ab, so sind sie als landespolizeiliche anzusehen; sind sie dagegen auf Bekämpfung und Beschränkung der Krankheit innerhalb des einzelnen Orts gerichtet, so sind sie als ortspolizeiliche zu erachten. Massregeln zur Ermittelung der an einer ansteckenden Krankheit leidenden Personen und zur Herbeiführung ihrer Heilung aber verfolgen offenbar in erster Reihe den letzteren Zweck und zwar auch dann, wenn sie wegen der grossen Ausbreitung der Krankheit in einer Mehrzahl von Ortschaften eines weiteren Gebiets gleichzeitig vorzunehmen sind; denn immer bleiben sie zunächst und unmittelbar darauf gerichtet, die einzelne Ortschaft von der Krankheit frei zu machen, und dienen nur mittelbar dem Zweck, der Verbreitung der Krankheit im weiteren Gebiete entgegenzuwirken. Daran ändert auch nichts, wenn sie in Folge allgemeiner, den Ortspolizeibehörden ertheilter Anweisungen der vorgesetzten Landespolizeibehörde vorgenommen sind; denn dadurch, dass eine an sich ortspolizeiliche Massregel auf Anweisung der Landespolizeibehörde, als vorgesetzten Polizeiaufsichtsbehörde, angeordnet ist, wird sie noch nicht zur landespolizeilichen, ja nicht einmal dadurch, dass sich die Landespolizeibehörde in befugter Weise selbst an die Stelle der Ortspolizeibehörde gesetzt hat. Deshalb sind auch in dem vom Vorderrichter angeführten Urtheil vom 27. Oktober 1896 die im Streit befangenen polizeilichen Massregeln, obwohl einige von ihnen von dem Regierungspräsidenten selbst oder doch von ihm beigegebenen Beamten unmittelbar ausgegangen waren, wegen ihres Inhalts und Zieles als ortspolizeiliche angesehen worden, darunter insbesondere die auf Unterbringung und Pflege der Kranken gerichteten.

Nicht minder verfehlt ist die Bezugnahme der Kläger auf §§. 18 c und 63 des Regulativs vom 8. August 1835. Selbst wenn aus diesen Vorschriften

hervorginge, dass die Polizeibehörde nicht befugt ist, die im sanitätspolizeilichen Interesse angeordnete Heilung der an kontagiöser Augenentzündung erkrankten Personen selbst durchzuführen, so würde doch daraus nicht folgen, dass die Kosten der Durchführung nicht zu denen der örtlichen Polizeiverwaltung zu rechnen sind; denn die Beantwortung der Frage, ob die Kosten einer Massregel Polizeikosten sind, ist nicht von der Feststellung abhängig, ob sie rechtlich zulässig, nothwendig und angemessen war, sondern allein von der, ob sie in Ausübung der Polizeigewalt getroffen ist. Kläger legen aber auch den angeführten Stellen des Regulativs eine Bedeutung bei, die sie garnicht haben. Der §. 63 ist nicht bestimmt, die im Falle des Auftretens kontagiöser Augenkrankheit zu treffenden polizeilichen Massnahmen erschöpfend aufzuführen; er soll vielmehr nur die Beschränkungen, welche den erkrankten Personen im Verkehr mit Dritten aufzuerlegen sind, angeben und auf die Verhütung ihrer Anhäufung in öffentlichen Anstalten hinweisen; daher kann weder aus ihm, noch aus dem ausschliesslich von dem Verkehr der Kranken mit Dritten handelnden §. 18 gefolgert werden, dass die Herbeiführung der Heilung ausserhalb der Aufgaben der Polizeibehörde liegt. Das Gegentheil ergiebt sich vielmehr aus den auf alle Arten ansteckender Krankheiten anzuwendenden §§. 16 und 17, die ersichtlich von der auch ohnehin aus der Natur der Sache folgenden Auffassung ausgehen, dass es die erste Aufgabe der Polizeibehörde ist, die Heilung der erkrankten Personen, ohne die eine vollständige Beseitigung der Ansteckungsgefahr nicht denkbar ist, herbeizuführen. Dies scheinen die Kläger auch nicht ganz zu verkennen, wohl aber anzunehmen, dass die Polizeibehörde sich darauf zu beschränken habe, die Heilung der erkrankten Personen anzuordnen und die Befolgung ihrer Anordnungen durch Androhung und Festsetzung von Geldstrafen durchzusetzen, dass sie aber niemals die Durchführung ihrer Anordnungen selbst in die Hand nehmen dürfe. Das Regulativ enthält indess eine derartige Beschränkung der Polizeibehörden nicht, vielmehr setzen die Vorschriften des §. 16 die Befugniss, Kranke zwangsweise in einer Heilanstalt unterzubringen, voraus. Noch weniger ist eine solche aus den allgemeinen Vorschriften im §. 132 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 herzuleiten, da hier die Zulässigkeit unmittelbaren Zwanges, wie er durch die Ueberführung in eine Heilanstalt oder die Vorführung vor einen von der Polizeibehörde bestimmten Arzt zwecks Anwendung äusserlicher Arznei auf einen erkrankten Körpertheil geübt wird, ausdrücklich anerkannt wird. Es ist daher nicht ersichtlich, wie der Vorderrichter durch die Annahme, dass die Polizeibehörde zu zwangsweiser Durchführung ihrer auf Heilung der Kranken gerichteten Anordnungen befugt sei, das bestehende Recht verletzt haben soll.

Auch die weitere Annahme, dass die Kosten der zwangsweisen Heilung zu denen der örtlichen Polizeiverwaltung gehören, giebt zu keinen Bedenken Anlass. Zu diesen Kosten gehören einerseits die Unkosten, die aus der Einrichtung und Thätigkeit des Verwaltungsorganismus erwachsen, namentlich diejenigen, die durch die Einsetzung und den Unterhalt des verwaltenden Personals und durch dessen Ausrüstung mit dem zum Dienstbetrieb Erforderlichen an Gebäuden oder einzelnen Räumlichkeiten, Materialien, Geräthschaften und Hilfsleistungen Dritter unmittelbar entstehen, und anderseits die Aufwendungen zur Erfüllung derjenigen materiellen Aufgaben, deren Pflege der Obhut der Polizei anvertraut ist, mit anderen Worten derjenigen Ausgaben, welche in Folge der verwaltenden Thätigkeit, durch die im Wege des Zwanges erfolgte Ausführung der gegen Dritte getroffenen Anordnungen, der Herstellung polizeimässiger Zustände in der Aussenwelt, mittelbar entstehen. Die Aufwendungen für die zwangsweise Durchführung der im sanitätspolizeilichen Interesse angeordneten Heilung der an ansteckenden Krankheiten erkrankten Personen aber gehören offenbar zu den Ausgaben für Herstellung polizeimässiger Zustände in der Aussenwelt und sind daher von dem zur Tragung der Polizeikosten Verpflichteten zu übernehmen, soweit sie nicht von dem zur Erfüllung der polizeilichen Anordnung unmittelbar verpflichteten Dritten beigetrieben werden können. Fehlsam aber ist die Annahme des Vorderrichters, dass der Träger dieser Verpflichtung der Amtsbezirk sei. Wie in den von den Klägern angeführten Urtheilen vom 8. Januar 1881, 11. April und 19. Oktober 1888 dargelegt ist, sind nur die unmittelbaren Kosten der Polizeiverwaltung, die durch Einsetzung und Thätigkeit ihres Verwaltungsorganismus entstandenen, als Kosten der Amts-

verwaltung im Sinne des §. 70 Abs. 4 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 / 19. März 1881 anzusehen und vom Amtsbezirk zu tragen, während hinsichtlich der mittelbaren Polizeikosten, der durch Herstellung polizeimässiger Zustände erwachsenen Ausgaben, die Vorschrift des §. 3 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, nach der die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung den Gemeinden (Gutsbezirken) obliegen, unberührt geblieben ist. Die Vorentscheidung beruht daher auf unrichtiger Anwendung des §. 70 Abs. 4 der Kreisordnung und Nichtanwendung des §. 3 des Polizeiverwaltungsgesetzes und unterliegt nach §§. 94 Nr. 1 und 98 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1983 der Aufhebung.

Polizeiliche Untersagung der Benutzung einer Kegelbahn nach 10 Uhr Abends wegen Störung der Nachtruhe der Anwohner. Urtheil des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 10. Oktober 1900.

Die gegen diese Entscheidung des Bezirksausschusses zu Osnabrück vom 12. Dezember 1899 von der Beklagten rechtzeitig eingelegte Berufung ist begründet.

Was die Frage angeht, ob das durch den Betrieb der Kegelbahn nach 10 Uhr Abends verursachte Geräusch geeignet ist, die Nachtruhe der in den umliegenden Häusern wohnenden Personen und insbesondere derjenigen, deren Schlafzimmer nach der Seite der Kegelbahn hinausliegen, zu stören, so hat der Gerichtshof nach dem Ergebniss der Beweisaufnahme dies bejaht. Die Zeugin Wittwe Dr. hat nach ihrer eidlichen Bekundung während der Monate Juli und August 1899, wo sehr oft bis spät Abends gekegelt wurde, wegen des Geräusches des Kegelns und des Lärmens und Singens der kegelnden Gäste bis 12 Uhr Abends in der Regel wenig Schlaf bekommen. Die Zeugin Schr. hat eidlich bekundet, ihre Tochter und ihre beiden Söhne seien häufig ganz ausser sich darüber gewesen, dass ihre Nachtruhe noch lange nach 11 Uhr durch das Kegeln gestört worden sei. Die ebenfalls eidlich vernommene Zeugin Schw. ist schon zu Zeiten der früheren Wirthe B. und B. häufig durch das Kegeln spät Abends in ihrer Nachtruhe gestört worden. Häufig war recht arger Spektakel beim Kegeln, besonders wenn Schüler oder jüngere Leute dort kegelten. In früheren Jahren hat diese Zeugin sich nach ihrer Aussage auch mehrfach bei der Polizeidirektion über das späte Kegeln und das Lärmen beschwert, in letzterer Zeit nicht mehr.

Diesen Bekundungen gegenüber kann aus den Aussagen der vernommenen vier Gegenbeweiszeugen nicht gefolgert werden, dass das Kegeln auf der Kegelbahn des Klägers die Nachtruhe zu stören nicht geeignet ist. Die Aussagen der Zeugen K. und Kn. kommen überhaupt nicht in Betracht, da ihre Schlafräume nicht nach der Seite der Kegelbahn zuliegen. Ebensowenig kann aus der Aussage des Zeugen Fr. etwas entnommen werden, da sein Haus auf der entgegengesetzten Strassenseite liegt und nicht klargestellt ist, ob die Schlafräume überhaupt nach der Richtung der Kegelbahn gehen. Die Zeugin H. hört nach ihrer eigenen Angabe auf dem einen Ohr nicht ganz scharf. Es bleibt daher aus den gesammten Aussagen der Gegenbeweiszeugen nur die eine Bekundung dieser Zeugin, dass auch ihre bei ihr wohnende Schwester niemals durch das Kegeln gestört worden sei. Dass aber einzelne Anwohner durch das Geräusch in ihrem Schlaf nicht gestört werden, vermag nicht darzuthun, dass dies bei anderen nicht der Fall gewesen ist.

Für die zu treffende Entscheidung kommt es daher auf die Beantwortung der Frage an, ob eine häufige Störung der Nachtruhe durch den Betrieb einer Kegelbahn nicht nur eine Belästigung, sondern eine Gesundheitsgefahr (§. 10 Titel 17 Theil II des Allgemeinen Landrechts) für die davon betroffenen Personen bedeutet. In einem Falle, in dem es sich um Störung der Nachtruhe durch das Gebell der in einer Thierklinik befindlichen Hunde handelte, hat der Gerichtshof zu dieser Frage bereits Stellung genommen und in dem betreffenden, im Preussischen Verwaltungsblatt, XX. Jahrgang, Seite 245 abgedruckten Erkenntnisse vom 24. Juni 1899 ausgeführt:

„dass ein derartiges, den Schlaf der Anwohner störendes, nächtliches Geräusch ein die Gesundheit schädigendes ist, bedarf eines weiteren Beweises nicht, und ist überdies von dem Stadtphysikus Dr. L. ausdrücklich bejaht worden."

Das Gleiche war auch hier anzunehmen. Bei den gesteigerten Anforderungen, die das heutige Erwerbs- und Verkehrsleben an die Kräfte und die Gesundheit der Menschen, zumal in grösseren Städten stellt, ist die thunlichste Sicherung der Nachtruhe gegen lärmende Geräusche ein dringendes Erforderniss im Interesse der Gesundheit. Es kann auch nicht darauf ankommen, ob durch das Geräusch einzelne Nachbarn nicht in ihrem Schlaf gestört werden. Es genügt vielmehr, dass dies bei zahlreichen anderen, weniger widerstandsfähig veranlagten Personen der Fall ist. Endlich lässt sich auch dagegen eine begründete Einwendung nicht erheben, dass als Zeitpunkt für die Beendigung des Kegelns 10 Uhr Abends festgesetzt worden ist, da diese Stunde auch heute noch in weiten Kreisen die für den Beginn der Nachtruhe massgebende ist.

Medizinal-Gesetzgebung.

A. Königreich Preussen.

Zulassung von privaten Anstalten zur Gewinnung von Thierlymphe. Runderlass der Minister der u. s. w. Medizinalangelegenheiten und des Innern vom 13. November 1900 — M. d. g. A. Nr. 13404, M. d. Inn. II^{a} Nr. 7879 — an sämmtliche Königliche Regierungspräsidenten.

Unter Bezug auf unseren Erlass vom 28. Februar d. Js. — M. d. g. A. Nr. 13827 N II U III A, M. d. Inn. II^{a} — theilen wir zur gefälligen Kenntnissnahme ergebenst mit, dass in Preussen von privaten Anstalten zur Gewinnnung von Thierlymphe die Anstalten des Sanitätsraths Dr. Pissin zu Berlin und des Arztes Dr. Protze zu Elberfeld unter staatliche Aufsicht gestellt worden sind, nachdem sie die durch die Bundesrathsbeschlüsse vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt haben.

B. Grossherzogthum Hessen.

Besichtigung von Fabrikanlagen. Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 17. Oktober 1900 an die Grossherzoglichen Kreisgesundheitsämter.

Die in der Ministerialabtheilung für Landwirthschaft, Handel und Gewerbe für zweckmässig erachtete zeitweise Theilnahme der Grossherzoglichen Kreisärzte oder geeigneten Falls auch der Grossherzoglichen Kreisassistenzärzte an Besichtigungen der Fabrikanlagen durch Beamte der Gewerbeinspektionen wird Ihnen in Zukunft noch mehr wie seither Gelegenheit geben, sich im Sinnne des §. 33 der Dienstinstruktion an der Ueberwachung und Beaufsichtigung solcher Gewerbebetriebe zu betheiligen, welche die öffentliche Gesundheit sowie diejenige der Arbeiter im Besonderen zu schädigen geeignet erscheinen.

Die Anregung zu den gemeinschaftlichen Besichtigungen werden in der Regel von Ihnen auszugehen haben, jedoch bleibt den Gewerbeinspektionen unbenommen, auch ihrerseits jene zu veranlassen, wenn Ihre Mitwirkung jeweilig zur Prüfung hygienischer Fragen nothwendig erscheint. Damit den gemeinsamen Inspektionen ein bestimmtes Arbeitsprogramm zu Grunde gelegt werden könne, empfiehlt es sich, denselben von Fall zu Fall eine genaue Besprechung sämmtlicher hygienischer Gesichtspunkte, welche bei der Besichtigung vorzugsweise in Frage kommen werden, vorausgehen zu lassen.

Unter III. 5. Ihrer Jahresberichte erwarten wir eine übersichtliche Berichterstattung über die Zahl und Ergebnisse der gemeinschaftlichen Fabrikinspektionen.

Die Grossherzoglichen Gewerbeinspektionen sind im Sinne vorstehender Verfügung angewiesen worden.

Ausführung des Gesetzes über die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900. Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 26. Oktober 1900.

Zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 (Reichsgesetzblatt Nr. 24 Seite 306 ff.) wird hiermit bestimmt:

§. 1. Ortspolizeibehörde, sowie Polizeibehörde im Sinne der §§. 1, 4, 6 und 7 des Reichsgesetzes sind die Bürgermeistereien, die für die einzelnen Gemeinden oder Gemarkungen bestellten besonderen staatlichen Polizeibehörden oder Polizeibeamten. Diese Behörden sind auch verpflichtet, die in §. 1 Absatz 2 des Gesetzes beim Wechsel des Aufenthaltsortes eines Erkrankten vorgeschriebene Benachrichtigung der Polizeibehörde des neuen Aufenthaltsortes unverzüglich zu veranlassen.

Des Weiteren haben dieselben gleichzeitig mit der in §. 6. des Gesetzes vorgesehenen Benachrichtigung des zuständigen beamteten Arztes (Kreisarztes), der für die Anordnung der Schutzmassregeln zuständigen Behörde (siehe unten §. 3) von dem Ausbruch oder dem Verdachte des Auftretens einer der in §. 1 des Gesetzes genannten Krankheiten auf dem kürzesten Wege Mittheilung zu machen.

§. 2. Bei Krankheits- und Todesfällen, welche auf Schiffen oder Flössen vorkommen (§. 3 Absatz 2 des Gesetzes), hat bis auf Weiteres die Anzeige an die nach §. 1 dieser Bekanntmachung zuständige Behörde des ersten Landungsplatzes zu erfolgen.

§. 3 Alle übrigen Anordnungen der Polizeibehörden, insbesondere die Anordnung von Schutzmassregeln, sowie die den unteren Verwaltungsbehörden übertragenen Verrichtungen sind von den Kreisämtern, in den Städten, auf welche die Städte-Ordnung Anwendung findet, von den Bürgermeistereien, in den Städten Darmstadt und Giessen von den Polizeiämtern wahrzunehmen.

In dringenden Fällen können jedoch die zunächst erforderlichen Schutzmassnahmen auch in den Landgemeinden durch die Bürgermeistereien vorsorglich getroffen werden.

Die diesbezüglichen Anordnungen bleiben in so lange in Kraft, bis von dem zuständigen Kreisamt anderweitige Verfügung erlassen wird.

§. 4. Die von dem Kreisarzte oder dessen Stellvertreter der Polizeibehörde nach §. 9 des Gesetzes zu machende schriftliche Mittheilung von den vorläufig getroffenen Anordnungen hat sowohl an das Kreisamt, wie auch an die Ortspolizeibehörde zu erfolgen.

§. 5. Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 6 des Gesetzes ist die Ministerialabtheilung für öffentliche Gesundheitspflege.

§. 6. Landesbehörde und Landesregierung ist das Ministerium des Innern, welches auch die in §. 13 des Gesetzes vorgesehenen Anordnungen zu erlassen hat. In dringenden Fällen kann jedoch auch das Kreisamt diese letzteren Anordnungen treffen, sowie die Abhaltung von Märkten, Messen und anderen Veranstaltungen, welche eine Ansammlung grösserer Menschenmengen mit sich bringen, verbieten oder beschränken (§. 15 Ziffer 3 des Gesetzes).

Von derartigen Massnahmen ist dem Ministerium des Innern Anzeige zu machen.

§. 7. Die Kosten, welche durch die in §. 37 des Gesetzes genannten Massnahmen entstehen, fallen bis auf Weiteres der Polizeikasse zur Last.

Die Benachrichtigung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes von der Feststellung des Ausbruchs einer gemeingefährlichen Krankheit in einer Ortschaft (§. 42 des Gesetzes) hat durch den Kreisarzt auf telegraphischem Wege zu erfolgen.

§. 9. Diese Bestimmungen treten mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Rapmund, Reg.- u. Geh. Med.-Rath in Minden i. W.

J. C. C. Bruns Buchdruckerei, Minden.

3 2044 103 012 050